

Budget 2016  
Finanzplan 2016–2019



<b>Bericht und Antrag des Regierungsrats</b>	5	2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	157
		2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	161
		2031	Arbeitslosenkasse	165
<b>Detailinformationen</b>		2035	Amt für öffentlichen Verkehr	168
Kennzahlen	33	2040	Sozialversicherungen	172
Laufende Rechnung		2050	Landwirtschaftsamt	173
– Total pro Direktion	34	2065	Amt für Wohnungswesen	178
– Saldo pro Amt	35	2067	Amt für wirtschaftliche Landesversorgung	181
– Artengliederung	37	2070	Handelsregisteramt	182
Investitionsrechnung		2071	Konkursamt	185
– Total pro Direktion	41			
– Saldo pro Amt	42			
– Artengliederung	43	<b>30</b>	<b>Baudirektion</b>	
			Direktionsübersicht	189
<b>Institutionelle Gliederung</b>		3000	Direktionssekretariat	190
<b>10 Gesetzgebende Behörden</b>		3020	Tiefbauamt	195
1000 Kantonsrat	47	3023	Strassenunterhalt	211
		3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	212
<b>11 Allgemeine Verwaltung</b>		3032	Nationalstrassen	213
Übersicht	49	3050	Amt für Umweltschutz	214
1100 Regierungsrat	50	3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	219
1120 Staatskanzlei	51	3060	Hochbauamt	220
1126 Staatsarchiv	54	3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	228
1128 Ombudsstelle	58	3080	Amt für Raumplanung	230
1129 Datenschutz	59			
		<b>35</b>	<b>Sicherheitsdirektion</b>	
<b>15 Direktion des Innern</b>			Direktionsübersicht	235
Direktionsübersicht	61	3500	Direktionssekretariat	237
1500 Direktionssekretariat	62	3540	Amt für Zivilschutz und Militär	241
1515 Grundbuch- und Vermessungsamt	66	3541	Stabsstelle Notorganisation	245
1530 Amt für Wald und Wild	71	3542	Zivilschutz Spezialfinanzierung	248
1550 Sozialamt	77	3581	Strassenverkehrsamt	249
1552 Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	83	3587	Amt für Feuerschutz	254
1580 Amt für Denkmalpflege und Archäologie	87	3590	Zuger Polizei	255
		3592	Amt für Migration	263
<b>17 Direktion für Bildung und Kultur</b>		3595	Strafanstalt	266
Direktionsübersicht	93	3596	Amt für Justizvollzug	267
1700 Direktionssekretariat	95	3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	271
1730 Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	99			
1733 Kantonsschule Zug	102	<b>40</b>	<b>Gesundheitsdirektion</b>	
1734 Kantonsschule Menzingen	107		Direktionsübersicht	273
1736 Fachmittelschule Zug	111	4000	Direktionssekretariat	274
1740 Amt für gemeindliche Schulen	114	4005	Amt für Verbraucherschutz	279
1777 Amt für Berufsberatung	120	4021	Rettungsdienst	284
1780 Amt für Sport	125	4030	Spitäler	289
1790 Amt für Kultur	129	4050	Amt für Gesundheit	290
		4055	Gesundheitsamt	296
<b>20 Volkswirtschaftsdirektion</b>		4060	Medizinalamt	297
Direktionsübersicht	133	4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	298
2000 Direktionssekretariat	135			
2011 Amt für Berufsbildung	140	<b>50</b>	<b>Finanzdirektion</b>	
2012 Amt für Brückenangebote	144		Direktionsübersicht	303
2013 Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	148	5000	Direktionssekretariat	305
2015 Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	153	5001	Finanzkontrolle	310

## Inhaltsverzeichnis

5010	Personalamt	313	6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	345
5011	Allgemeiner Personalaufwand	317	6111	Obergericht: Verwaltung	346
5020	Finanzverwaltung	318	6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	347
5022	Allgemeiner Finanzbereich	322	6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	348
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	324	6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	349
5050	Amt für Informatik und Organisation	325	6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	350
5060	Steuerverwaltung	331	6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	351
5065	Kantonssteuern	338	6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	352
5068	Bundessteuern	339	6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	353
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	340	6183	Schätzungskommission	354
<b>61</b>	<b>Richterliche Behörden</b>			<b>Selbstständig öffentlich-rechtliche Anstalten</b>	
	Übersicht	341		Pädagogische Hochschule Zug	357
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	342		Interkantonale Strafanstalt Bostadel	361
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	343		Gebäudeversicherung Zug	363
6106	Strafgericht: Verwaltung	344			

## Häufig verwendete Abkürzungen

Abs.	Absatz	IT	Informationstechnologie
Abw.	Abweichung	KR	Kantonsrat
BD	Baudirektion	OR	Obligationenrecht
BGS	Bereinigte Gesetzessammlung (des Kantons Zug)	KRB	Kantonsratsbeschluss
Bst.	Buchstabe	PE	Personaleinheit
DBK	Direktion für Bildung und Kultur	RR	Regierungsrat
DI	Direktion des Innern	RRB	Regierungsratsbeschluss
EG	Einführungsgesetz	SD	Sicherheitsdirektion
FD	Finanzdirektion	SKA	Staatskanzlei
FV	Finanzvermögen	SR	Systematische Rechtssammlung (des Bundes)
GD	Gesundheitsdirektion	Stv.	Stellvertreter/in
GEVER	Geschäftsverwaltungsprogramm	VD	Volkswirtschaftsdirektion
HRM	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden	VV	Verwaltungsvermögen
		ZGB	Zivilgesetzbuch

## **Bericht und Antrag des Regierungsrats**



## Bericht und Antrag des Regierungsrats

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf § 41 Bst. h der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1), § 7 Abs. 5 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1) und §§ 21 und 22 sowie § 35 Abs. 1 und Abs. 2a des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1) unterbreiten wir Ihnen hiermit das Budget 2016 und den Finanzplan 2016–2019 des Kantons Zug.

Wir beantragen Ihnen,

1. auf das Budget 2016 einzutreten und es zu genehmigen;
2. die Leistungsaufträge 2016 zu genehmigen;
3. den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2016 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
4. das Budget 2016 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen;
5. den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2016 unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen;
6. den Finanzplan 2016–2019 zur Kenntnis zu nehmen;
7. die Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten bis 2030 zur Kenntnis zu nehmen (siehe dazu Ziffer 8 des Berichts).

Zug, 8. September 2015

Mit vorzüglicher Hochachtung

Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Heinz Tännler  
Der Landschreiber: Tobias Moser

## In Kürze

**Das Zuger Entlastungsprogramm 2015–2018 hat die Ziele erreicht. Trotzdem weist das Budget 2016 ein Defizit von 26,3 Millionen Franken aus. Die Gründe dafür sind das verhaltene Wachstum der Steuererträge und unerwartet hohe Aufwandsteigerungen. Diese neutralisieren die Einsparungen des Entlastungsprogramms 2015–2018. Bis 2018 muss auch die Ressourcenausgleichsreserve von 340 Millionen aufgelöst werden. Der Regierungsrat wird deshalb die Finanzstrategie überarbeiten und mit dem Projekt «Finanzen 2019» den Finanzhaushalt langfristig ausgleichen. Dazu gehört möglicherweise auch eine Steuererhöhung.**

Das Budget 2016 weist einen Aufwandüberschuss von 26,3 Millionen Franken aus. Allerdings werden 150 Millionen Franken aus der Ressourcenausgleichsreserve eingesetzt. Das operative Defizit beträgt also 176,3 Millionen Franken. Die Einsparungen, die das Entlastungsprogramm 2015–2018 generiert hat, werden durch verhalten steigende Erträge und einen höheren Aufwand bei den Abschreibungen sowie durch höhere Beiträge für den Nationalen Finanzausgleich (NFA), das Gesundheitswesen, das Asylwesen oder für soziale Einrichtungen wieder neutralisiert.

### Entlastungsprogramm 2015–2018 hat Ziele erreicht

Das vom Regierungsrat eingeleitete Entlastungsprogramm 2015–2018 entlastet das Budget 2016 um 35,4 Millionen Franken. Ab 2018 werden es jährlich rund 100 Millionen Franken sein. Damit wird die Zielvorgabe von 80–100 Millionen Franken jährlich erreicht, sofern der Kantonsrat den nötigen Gesetzesänderungen zustimmt. Zudem dürfen der Verwaltung keine neuen Aufgaben übertragen werden, die zusätzliche finanzielle Belastungen verursachen.

### Verhaltenes Wachstum bei Steuereinnahmen

Budget und Finanzplan zeigen eine verhaltene Entwicklung der Einnahmen. Die Fiskalerträge und der Anteil an der direkten Bundessteuer nahmen zwischen 2011 und 2014 ab, steigen nun wieder leicht an. Sie dürften aber erst 2019 wieder den Stand des Jahres 2011 erreichen. Hauptgründe dafür sind die schwierige Wirtschaftslage, die Frankenstärke, die Negativzinsen sowie die Unsicherheiten für internationale Unternehmen wegen der vielen politischen Vorstösse auf nationaler Ebene. Im Weiteren wirken sich auch die Steuer-gesetzrevisionen der letzten Jahre auf kantonaler und auf Bundesebene auf die Erträge aus.

### NFA-Reserve wird aufgelöst

Im Sinne einer vorsichtigen Finanzpolitik hat der Regierungsrat die Ressourcenausgleichsreserve in den finanziell guten Jahren 2007 bis 2009 mit 380 Millionen Franken geäufnet. Reserven dienen dazu, die Ergebnisse der Laufenden Rechnung in finanziell schwierigen Jahren auszugleichen, bis die eingeleiteten Massnahmen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt greifen. Im Budget 2015 war eine erste Entnahme von 40 Millionen Franken eingestellt. Bis ins Jahr 2018 dürfte die Reserve vollständig aufgelöst werden.

### Starke finanzielle Belastung durch Investitionsprojekte

Die vom Kantonsrat beschlossenen Infrastrukturprojekte belaufen sich im Budget 2016 auf 111,3 Millionen Franken und liegen somit um 22,0 Millionen höher als im Vorjahr. Bis ins Jahr 2019 fallen für alle Investitionen Nettoausgaben von insgesamt 409,2 Millionen Franken an. Im Strassenbau handelt es sich vorab um die Tangente Zug/Baar, im Hochbau um das Amt für Verbraucherschutz in Steinhäusern, die Kantonsschule Menzingen und die Dreifachsporthalle der Kantonsschule Zug. Die Abschreibungen belasten die Laufende Rechnung des Jahres 2016 mit 71,3 Millionen Franken.

### Regierungsrat reagiert

Der Regierungsrat setzt alles daran, den Aufwand mit geeigneten Massnahmen abzubauen. Dafür wird er die Finanzstrategie überarbeiten. Gleichzeitig wird er mit dem Projekt «Finanzen 2019» die Einnahmen und Ausgaben langfristig in Einklang bringen. Im Unterschied zum Entlastungsprogramm 2015–2018, das mit Sofortmassnahmen Wirkung entfaltet, geht es jetzt darum, eine strategische Analyse des gesamten Aufgaben- und Leistungskatalogs zu erarbeiten. Dabei ist ein Leistungsabbau nicht zu vermeiden und auch Steuererhöhungen sind möglich. Nach den positiven Erfahrungen bei der Erarbeitung des Entlastungsprogramms 2015–2018 ist der Regierungsrat zuversichtlich, dass die Verwaltung auch die anstehenden Herausforderungen stemmen kann.



## 2 Übersicht über Legislaturziele 2015–2018

Zug ist ein lebenswerter Kanton mit starker Wirtschaft, gutem Bildungsangebot, breitem Kulturschaffen, schöner Landschaft und aktiven Einwohnerinnen und Einwohnern. Gestützt auf die Strategie 2010–2018 hat der Regierungsrat die Ziele für die Legislaturperiode 2015–2018 festgelegt.

Auch angesichts der angespannten Finanzlage gilt es, diesen hohen Standard wenn immer möglich zu pflegen und zu stärken. Dabei sind folgende sechs zentrale Herausforderungen aktiv anzugehen:

- a) Balance zwischen Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen
- b) Spitzenposition im Standortwettbewerb
- c) Vernetzte, eigenverantwortliche Gesellschaft
- d) Attraktiver Wohn- und Lebensraum
- e) Aktive Kooperation
- f) Kurze Wege zu Behörden und Verwaltung

Die Legislaturziele definieren die Handlungsfelder, in denen die übergeordneten strategischen Ziele umgesetzt werden. Sie zeigen auf, wie die einzelnen Bereiche und damit auch die Arbeit der Direktionen ineinandergreifen.

Auf den nächsten Seiten findet sich eine Übersicht der Legislaturziele 2015–2018, gegliedert nach den sechs zentralen Herausforderungen.

## Gesamtübersicht Legislaturziele

Titel = Sechs zentrale Herausforderungen gemäss Strategie 2010–2018

1, 2, 3 = Strategische Ziele L1, L2, L3 = Legislaturziele

Legislatur 2015–2018		Federführende Direktion und beteiligte Ämter		
Balance zwischen Wachstum und Wahrung natürlicher Ressourcen				
1 Der Kanton Zug strebt ein Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum an, das kleiner als bisher ist				
L1	Überarbeitung Raumordnungskonzept	BD	3080	Amt für Raumplanung
2 Der Kanton Zug ermöglicht eine gute Verdichtung im bestehenden Siedlungsgebiet				
3 Der Kanton Zug fördert den sparsamen und nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und Landschaften				
Spitzenposition im Standortwettbewerb				
4 Der Kanton investiert gezielt und wirksam in Schlüsselinfrastrukturen				
L2	Planung und Überbauung Areal an der Aa	BD	3060	Hochbauamt
L3	Konzentration kantonale Verwaltung am Standort Aabachstrasse und Umgebung	BD		
L4	Ausbau Mittelschulen	BD	1733	Kantonsschule Zug
			1734	Kantonsschule Menzingen
			3060	Hochbauamt
5 Der Kanton Zug sichert eine gute Erschliessung				
L5	Ausbau Strassen für Privatverkehr, öV und Langsamverkehr: Tangente Zug Baar, Umfahrung Cham Hünenberg, Stadttunnel Zug	BD	3020	Tiefbauamt
L6	Sicherung Netzzugang Stadtbahn Zug	VD	2035	Amt für öffentlichen Verkehr
L7	Verbesserung Bahnverbindungen Zürich–Zug–Luzern	VD	2035	Amt für öffentlichen Verkehr
6 Der Kanton Zug hat Steuern, die für natürliche und juristische Personen zu den tiefsten der Schweiz gehören und im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind				
L8	Sicherung konkurrenzfähige Unternehmenssteuern nach Unternehmenssteuerreform III	FD	5060	Steuerverwaltung
7 Der Kanton Zug verfolgt eine berechenbare und stabile Steuerpolitik				
8 Der Kanton Zug erhebt angemessene Gebühren				
9 Der Kanton Zug hat einen langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt				
L9	Reduktion NFA-Belastung	FD	5000	Direktionssekretariat
L10	Verhinderung strukturelle Defizite	FD	5000	Direktionssekretariat
10 Der Kanton Zug sorgt dafür, dass das Bildungsniveau der Bevölkerung hoch ist				
L11	Stärkung schulischer Weg über Sekundarschule und Entlastung Langzeitgymnasium	DBK	1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule
			1740	Amt für gemeindliche Schulen
L12	Aufbau Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz in Zug	VD	2000	Direktionssekretariat
			2011	Amt für Berufsbildung
11 Der Kanton Zug richtet sein Berufsbildungsangebot auf die Wirtschaft der Region aus				
L13	Aufbau Höhere Fachschule für Zahntechnik	VD		
L14	Stärkere Nutzung Fachkräftepotenzial	VD	2011	Amt für Berufsbildung
L15	Aufbau «Berufsbildung International Zug»	VD	2011	Amt für Berufsbildung
			2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum
			2019	Kaufmännisches Bildungszentrum

Legislatur 2015–2018		Federführende Direktion und beteiligte Ämter		
Vernetzte, eigenverantwortliche Gesellschaft				
12 Der Kanton Zug bietet seinen Einwohnerinnen und Einwohnern Perspektiven, die sie nutzen und in deren Rahmen sie sich engagieren, weiterentwickeln und austauschen				
L16	Entwicklung Leitbild und Konzept für Kinder- und Jugendförderung mit Gemeinden und Organisationen	DI	1550	Sozialamt
L17	Ausbau Kulturwerkstatt Theiler-Haus	DBK	1790	Amt für Kultur
13 Der Kanton Zug fördert Toleranz und Respekt und gewährleistet die Sicherheit				
L18	Verbundlösung für Bewältigung ausserordentlicher Ereignisse	SD	3540	Amt für Zivilschutz und Militär
			3541	Stabsstelle Notorganisation
			3590	Zuger Polizei
L19	Stärkung polizeiliche Präsenz im virtuellen Raum	SD	3590	Zuger Polizei
14 Der Kanton Zug beteiligt Bevölkerung und Unternehmen aktiv an der Weiterentwicklung des hiesigen Lebens- und Wirtschaftsraums				
L20	Förderung Freiwilligenarbeit	DI	1550	Sozialamt
15 Der Kanton Zug fördert private Bestrebungen zur Aufwertung des Lebens- und Wirtschaftsraums				
L21	Unterstützung private Trägerschaft bei Planung und Bau neues «Kunsthause am See»	BD		
L22	Unterstützung Technologieinnovation durch Mitwirkung an «technologycluster-zug»	VD	2000	Direktionssekretariat
Attraktiver Wohn- und Lebensraum				
16 Der Kanton Zug schafft Rahmenbedingungen, die breiten Bevölkerungskreisen angemessenes Wohnen und sinnvolle Freizeitaktivitäten ermöglichen				
L23	Aufbau Zug als Testregion für modernes öV-Zugangssystem	VD		
17 Der Kanton Zug fördert einen vielfältigen und wertschöpfungsintensiven Arbeitsmarkt sowie ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen				
18 Der Kanton Zug schafft gute Rahmenbedingungen für verschiedene Familienformen				
19 Der Kanton Zug geht die Herausforderungen der Alterung der Gesellschaft proaktiv an				
L24	Entwicklung Konzept für Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	GD	4050	Amt für Gesundheit
L25	Nutzung Potenzial der älteren Bevölkerung	DBK	1777	Amt für Berufsberatung
			2065	Amt für Wohnungswesen
20 Der Kanton Zug ermöglicht den Austausch unter den Generationen und nutzt das Potenzial der älteren Bevölkerung				
Aktive Kooperation				
21 Der Kanton Zug beteiligt sich aktiv an überkantonalen, nationalen und internationalen Kooperationen, hauptsächlich mit den Räumen Zürich und Zentralschweiz				
L26	Sicherstellung bedarfsgerechte stationäre und ambulante Versorgung mit Kooperationen	GD		
L27	Stärkung «psychische Gesundheit» und Aufbau integrierte Psychiatrieversorgung mit Uri und Schwyz	GD	4000	Direktionssekretariat
			4050	Amt für Gesundheit
L28	Intensivierung interkantonale Polizeizusammenarbeit	SD	3590	Zuger Polizei
L29	Sicherstellung bedarfsgerechte Haftinfrastruktur und Strafvollzugsregelungen	SD	3596	Amt für Justizvollzug
L30	Mitgestaltung beim Projekt «Stärkung des Produktionsstandorts» der Metropolitan-konferenz Zürich	VD		
22 Der Kanton pflegt eine aktive Zusammenarbeit und einen regelmässigen Austausch mit den Einwohnergemeinden				
L31	Klärung Zusammenarbeit Kanton und Gemeinden im Bereich Informatik	FD	5000	Direktionssekretariat

Legislatur 2015–2018

Federführende Direktion und beteiligte Ämter

Kurze Wege zu Behörden und Verwaltung

**23 Der Kanton Zug pflegt die kurzen Wege zur leistungsfähigen Verwaltung mit einem hohen Service public und sehr guten Dienstleistungen**

L32 Ausbau E-Government

FD	1777	Amt für Berufsberatung
	5050	Amt für Informatik und Organisation
	5060	Steuerverwaltung

**24 Der Kanton Zug ist ein attraktiver Arbeitgeber, der das Potenzial seiner Mitarbeitenden nutzt und fördert**

L33 Aktualisierung kantonale Personalstrategie für Erhaltung Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit als Arbeitgeber

FD	5010	Personalamt
----	------	-------------

### 3 Entlastungsprogramm 2015–2018

Am 8. Juli 2014 hat der Regierungsrat das Entlastungsprogramm 2015–2018 initiiert und folgende Eckwerte festgelegt:

- Bei der Leistungserbringung ist Notwendiges/Wesentliches von Wünschbarem/Unwesentlichem zu trennen.
- Alle müssen sparen. Der Bericht der BAK Basel betreffend Evaluation des Finanzhaushalts des Kantons Zug vom 17. Juni 2014 ist eines der Instrumente zur Identifikation von Entlastungsmassnahmen. Um die definierte Entlastung erreichen zu können, wurde das Referenzniveau für die Fallkostenpauschale auf 110 Prozent festgelegt.
- Es sind keine Steuererhöhungen vorgesehen. Gebührenerhöhungen sind denkbar.
- Bundesvorgaben oder -leistungen gelten für das kantonale Handeln und kantonale Leistungen als Referenzgrössen.
- Der Personalaufwand ist zu senken.
- Die Investitionsausgaben sind zu senken.
- Die Gemeinden sind bei der Erarbeitung einzubeziehen.
- Die Legislaturziele 2015–2018 sind bei der Umsetzung der Eckwerte zu berücksichtigen.

#### 3.1 Entlastungen im Budget 2015

Folgende Sofortmassnahmen sind bereits mit dem Budget 2015 umgesetzt worden:

- a) Sistierung aller zusätzlich beantragten Stellen.
- b) Beschränkung des Sach- und übrigen Betriebsaufwands auf das Niveau des Durchschnitts der Jahresrechnungen der letzten drei Jahre.
- c) Reduktion der Nettoinvestitionen um 69,9 Millionen Franken, das heisst auf das Niveau des Durchschnitts der Jahresrechnungen der letzten drei Jahre (ausgenommen waren die vom Volk, Kantonsrat und Regierungsrat bereits bewilligten Objektkredite).
- d) Zusätzliche Kürzung um 9,9 Millionen Franken beim Sachaufwand, die der Kantonsrat am 27. November 2014 beschlossen hat.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Auswirkungen dieser Sofortmassnahmen. Es handelt sich dabei um die Differenz der ersten Eingaben der Direktionen und dem vom Kantonsrat genehmigten Budget 2015. Der Aufwand konnte um insgesamt 29,7 Millionen Franken gesenkt werden.

Die Reduktion der Nettoinvestitionen wirkte sich mit 26,5 Millionen Franken positiv auf den Abschreibungsaufwand aus. Da jedoch die Investitionen in den Strassenbau über die Spezialfinanzierung finanziert werden, mussten die Einlagen bzw. Entnahmen aus der Spezialfinanzierung neu berechnet werden. Das führte zu einer rechnerischen Mehrbelastung der Laufenden Rechnung um 20,4 Millionen Franken. Der Nettoeffekt betrug somit lediglich 6,1 Millionen Franken. Eine Reduktion von Strassenbauinvestitionen entlastet zwar den Liquiditätsabfluss, hat aber auf das Ergebnis der Laufenden Rechnung keinen Einfluss, da sie jeweils zu hundert Prozent zulasten der Spezialfinanzierung abgeschrieben werden:

Kontengruppe	Bereich	Entlastung in Mio. Fr.
30	Personalaufwand	3,5
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	12,8
33	Abschreibungen	26,5
35/45	Einlagen/Entnahmen Spezialfinanzierungen	-20,4
34	Finanzaufwand	1,3
3*	Weitere Aufwandpositionen	6,0
	<b>Total Entlastung Aufwand</b>	<b>29,7</b>
40	Fiskalertrag	-14,0
4*	Weitere Ertragspositionen	-0,3
	<b>Total Belastung Ertrag</b>	<b>-14,3</b>
	<b>Total Entlastung der Laufenden Rechnung im Budget 2015</b>	<b>15,4</b>

Beim Fiskalertrag musste im Budget 2015 gegenüber der ersten Eingabe eine Korrektur von 14,0 Millionen Franken vorgenommen werden. Dadurch wurden die Einsparungen auf der Aufwandseite zum Teil wieder neutralisiert.

### 3.2 Entlastungen in Budget und Finanzplan 2016–2019

Die im Budget 2015 berücksichtigten Entlastungen haben zu einer um 15,4 Millionen Franken tieferen Ausgangslage für das Budget 2016 geführt.

Die finanziellen Auswirkungen des Entlastungsprogramms 2015–2018 im Budget und Finanzplan 2016–2019 sind in nachfolgender Tabelle dargestellt. Wenn der Kantonsrat allen vom Regierungsrat beantragten Massnahmen zustimmt, kann der Finanzhaushalt ab dem Jahr 2018 dauerhaft um rund 100 Millionen Franken pro Jahr entlastet werden. Die Reserveentnahmen sind nicht Bestandteil des Entlastungsprogramms 2015–2018.

Die Tabelle zeigt die Beiträge pro Direktion an das Entlastungsprogramm 2015–2018. Es handelt sich dabei nicht um eine Rangliste, da selbstverständlich nicht alle Direktionen die gleichen Voraussetzungen bezüglich Entlastungspotenzial aufweisen. In einzelnen Bereichen ist es auch möglich, dass die Entlastung bei einer Direktion zu einer Mehrbelastung in einer anderen führt.

Regierung und Verwaltung haben in kurzer Zeit einen enormen Effort geleistet, um das gesteckte Ziel zu erreichen und den Staatshaushalt bis ins Jahr 2018 um fast 100 Millionen Franken zu entlasten.

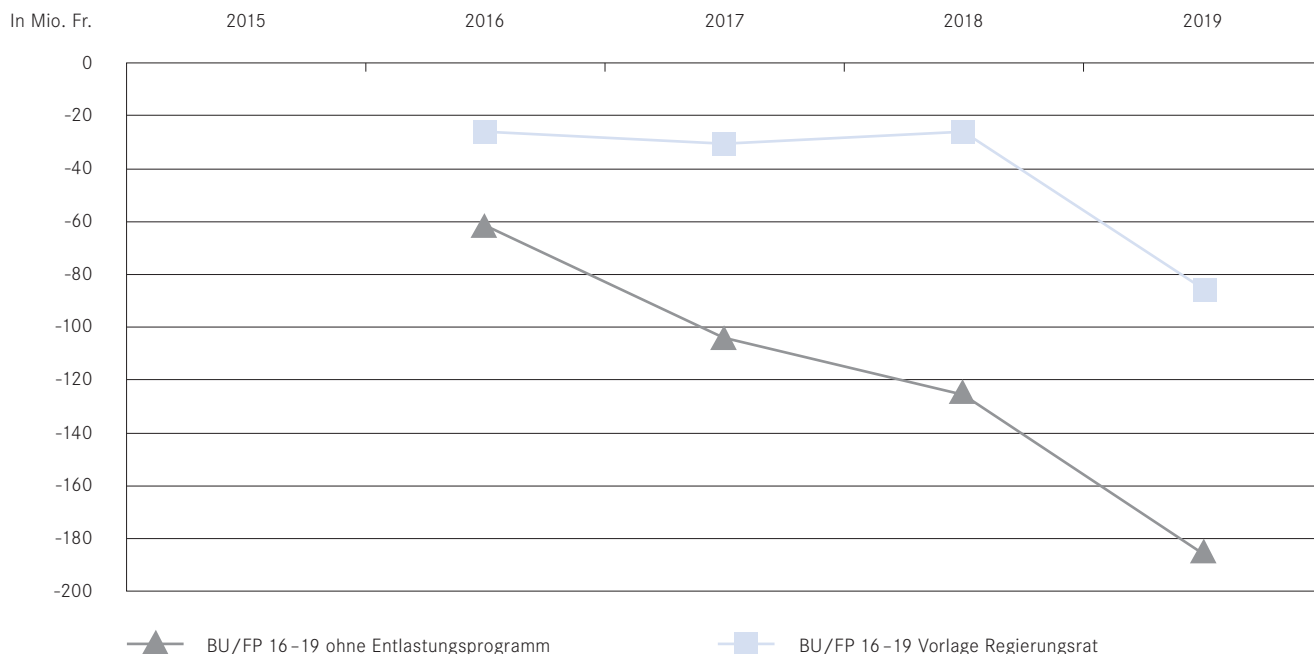
Entlastungsprogramm 2015–2018 in Mio. Fr.	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	2018 in %*)	Plan 2019
Allgemeine Verwaltung + KR	0,4	0,7	0,9	-7	1,1
Direktion des Innern	3,0	8,0	8,6	-11	8,6
Direktion für Bildung und Kultur	2,6	8,3	11,6	-5	11,6
Volkswirtschaftsdirektion	5,0	10,0	14,7	-10	14,9
Baudirektion	7,3	8,0	8,6	-15	8,6
Sicherheitsdirektion	3,5	6,0	7,2	-12	7,5
Gesundheitsdirektion	10,1	7,4	7,8	-5	7,8
Finanzdirektion	1,3	3,2	12,3	-5	12,3
Kantons- und Bundessteuern	1,3	2,8	7,9	1	8,1
Beitrag Zuger Einwohnergemeinden	-	18,0	18,0		18,0
Richterliche Behörden	0,9	1,1	1,3	-6	1,3
<b>Total Kanton</b>	<b>35,4</b>	<b>73,4</b>	<b>99,0</b>		<b>99,8</b>

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

\*) Die Prozentangaben in der Spalte 2018 beziehen sich auf die Entlastung der jeweiligen Direktion im Planjahr 2018 bezogen auf den Saldo ohne Entlastungsprogramm.

Die Tabelle verdeutlicht, um wie viel schlechter die Saldi der Laufenden Rechnung im Budget und in den Planjahren ohne Massnahmen aus dem Entlastungsprogramm 2015–2018 ausgefallen wären. Eine detaillierte Liste der Auswirkungen aller Massnahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 auf Budget und Finanzplan 2016–2019 ist auf der Internetseite des Kantons zum Entlastungsprogramm unter folgendem Link aufgeschaltet: <http://www.zg.ch/behoerden/finanzdirektion/direktionssekretariat/entlastungsprogramm-2015-2018>. Die Auswirkungen des Entlastungsprogramms 2015–2018 auf die Direktionen sind in den Leistungsaufträgen und Globalbudgets der Ämter kommentiert (siehe Institutionelle Gliederung).

Insgesamt beläuft sich die Entlastung des Staatshaushalts aufgrund des Entlastungsprogramms 2015–2018 im Budget 2015 auf 15,4 Millionen Franken (siehe Ziffer 3.1), im Budget 2016 auf 35,4 Millionen Franken und im Planjahr 2017 auf 73,4 Millionen Franken. Im Planjahr 2018 ist dann eine Entlastung von 99,0 Millionen Franken erreicht, die sich auch im Planjahr 2019 in der gleichen Grössenordnung fortsetzt. Dies unter der Voraussetzung, dass der Kantonsrat den Gesetzesänderungen im Paket 2 ohne Abstriche zustimmt. Grafisch lassen sich die Differenzen der Jahresergebnisse mit und ohne Entlastungsprogramm wie folgt darstellen:



Die Reserveentnahmen in den Jahren 2016–2018 sind in beiden Linien berücksichtigt und somit nicht Bestandteil des Entlastungsprogramms 2015–2018. Da im Planjahr 2019 keine Reserveentnahme mehr eingestellt ist, fällt dort der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung auf 85,6 Millionen Franken. Dieser Aufwandüberschuss muss durch die Überarbeitung der Finanzstrategie und mit geeigneten Massnahmen abgebaut werden.

#### 4 Überarbeitung der Finanzstrategie und Projekt «Finanzen 2019»

##### 4.1 Neue Finanzstrategie 2017–2025

Die vorliegenden Budget- und Finanzplanzahlen zeigen, dass die Finanzstrategie 2012–2020 nicht mehr geeignet ist, das finanzpolitische Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes zu erreichen. Der Regierungsrat hat deshalb beschlossen, die Finanzstrategie zu überarbeiten, um für notwendige Massnahmen die strategischen Leitlinien vorzugeben. Die Arbeiten dazu werden im Herbst 2015 aufgenommen. Die neue Finanzstrategie wird bei der Budgetierung 2017 zum ersten Mal Anwendung finden. Damit wird das Legislaturziel L10 fortgeführt, wonach strukturelle Defizite zu verhindern sind.

Im Kantonsrat wurde in der Debatte zum letztjährigen Budget 2015 eine lineare Kürzung über alle Direktionen beschlossen. Mit solchen pauschalen linearen Kürzungen kann das strukturelle Problem nicht sachgerecht gelöst werden. Ein grosser Teil der Aufwendungen der kantonalen Verwaltung ist durch übergeordnetes Bundesrecht gebunden (z. B. NFA, Gesundheitsbereich, Asyl, Soziale Einrichtungen, Kindes- und Erwachsenenschutz). Somit müssten allfällige lineare Kürzungen zu einem grossen Teil über den Personalaufwand umgesetzt werden. Ein Abbau des Personals hätte ganz direkt Leistungsabbau in verschiedenen Bereichen zur Folge. Andererseits wäre es kontraproduktiv, Stellen abzubauen, die direkt Erträge generieren, wie in der Steuerverwaltung, im Strassenverkehrsamt oder im Zusammenhang mit Programmvereinbarungen. Zum Beispiel würde eine Kürzung des Personalaufwands um fünf Prozent zu einem Abbau von 85 Personalstellen führen. Eine solch drastische Massnahme wäre nur mit einer hohen Anzahl an Entlassungen umsetzbar.

Der Regierungsrat hat mit dem Entlastungsprogramm 2015–2018 bewiesen, dass er den Spardruck ernst nimmt und alles daran setzt, die Aufwandüberschüsse mit geeigneten Massnahmen abzubauen. Mit dem sofort angeordneten Personalstopp und der Kürzung der Stellen um ein Prozent wird der Personalaufwand gesenkt. Alle Bereiche der Leistungserbringung wurden kritisch durchleuchtet und Sofortmassnahmen eingeleitet. Dabei ist auch der Kantonsrat gefordert. Der Verwaltung sollen keine neuen Aufgaben übertragen werden, die zu zusätzlichen finanziellen Belastungen führen. Und dem Regierungsrat ist für die Umsetzung der notwendigen Massnahmen zum Abbau des weiterhin bestehenden strukturellen Defizits die notwendige Zeit einzuräumen.

## 4.2 Projekt «Finanzen 2019»

Trotz den Anstrengungen im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 und obwohl die NFA-Reserve aufgelöst wird, müssen in allen Planjahren immer noch Aufwandüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe ausgewiesen werden. Der Regierungsrat wird die notwendigen Massnahmen zum Abbau des Defizits von rund 85 Millionen Franken im Planjahr 2019, gestützt auf die neue Finanzstrategie, mit dem Projekt «Finanzen 2019» festlegen. Diese Massnahmen wirken ab dem Budget 2017.

Nach den positiven Erfahrungen bei der Erarbeitung des Entlastungsprogramms 2015–2018 ist der Regierungsrat zuversichtlich, dass die Verwaltung auch die anstehenden Herausforderungen stemmen kann. Damit diese mit Erfolg umgesetzt werden können, ist wo möglich und sinnvoll wiederum der Einbezug aller betroffenen Organisationseinheiten und Institutionen notwendig. Ebenfalls werden die Ergebnisse von laufenden Projekten einfließen, also zum Beispiel der «Verwaltung 2020», wo die Struktur der Zuger Verwaltungsorganisation vertieft geprüft und allenfalls angepasst wird. Oder der «ZFA-Reform 2018», bei der es um die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden geht.

Im Projekt «Finanzen 2019» müssen Leistungen und Ausgaben kritisch überprüft und wenn möglich abgebaut oder ganz weggelassen werden. Um den Finanzhaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen, sind einschneidende Massnahmen nicht zu vermeiden. Dabei darf es keine Tabus geben. So muss auch die Einnahmenseite durchleuchtet werden. Allenfalls sind Steuererhöhungen, zum Beispiel die Erhöhung des kantonalen Steuerfusses, in Betracht zu ziehen. Die Steuerauserschöpfung des Kantons Zug gehört zu den tiefsten aller Kantone und liegt weit unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Für das strukturelle Defizit des Kantons sind neben den Aufwandsteigerungen auch die Erträge verantwortlich. Im letztjährigen Finanzplan wurde bei den Fiskalerträgen und beim Anteil an der direkten Bundessteuer noch mit jährlichen Steigerungsraten von vier bis fünf Prozent gerechnet. Dies war aufgrund der langjährigen Erfahrungswerte durchaus angemessen. Im aktuellen Finanzplan kann aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen lediglich noch mit ein bis zwei Prozent Wachstum pro Jahr gerechnet werden, Hauptgründe dafür sind die schwierige Wirtschaftslage, die Frankenstärke, die Negativzinsen sowie die Unsicherheiten für internationale Unternehmen aufgrund der vielen politischen Vorstösse auf nationaler Ebene. Im Weiteren wirken sich auch die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre auf kantonaler und auf Bundesebene auf die Erträge aus. Die nachfolgenden Tabellen zeigen die entsprechenden Auswirkungen:

<b>Fiskalerträge</b> In Mio. Fr.	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Finanzplan 2015–2018	649,0	674,7	709,3	740,0
Finanzplan 2016–2019		666,3	679,5	701,8
Differenz		-8,4	-29,8	-38,2

<b>Anteil direkte Bundessteuer</b> In Mio. Fr.	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
Finanzplan 2015–2018	252,5	267,0	280,0	293,0
Finanzplan 2016–2019		226,5	230,5	235,5
Differenz		-40,5	-49,5	-57,5

Im Planjahr 2018 fallen die erwarteten Steuererträge somit bei der aktuellen Planung um insgesamt rund 96 Millionen Franken tiefer aus als noch vor einem Jahr. Die Massnahmen aus dem Entlastungsprogramm 2015–2018 werden somit durch Mindereinnahmen praktisch wieder neutralisiert.



## 5 Budget 2016 und Finanzplan 2016–2019

### 5.1 Neuerung gegenüber dem Vorjahr

Neu gibt es mit der Kostenstelle 3596 das «Amt für Justizvollzug», das aus der Zusammenlegung der Strafanstalt (Kostenstelle 3595) und dem Vollzugs- und Bewährungsdienst (Kostenstelle 3597) hervorgegangen ist.

### 5.2 Wirtschaftliches Umfeld<sup>1</sup>

Nach dem Fall der Euro-Kursuntergrenze im Januar 2015 kam es in der Schweiz zu einer abrupten Wachstumsabschwächung. Am deutlichsten haben sich die Auswirkungen bei der Exportwirtschaft gezeigt. Auch die Handelsbilanz mit Dienstleistungen lieferte einen negativen Beitrag. Die konjunkturellen Auswirkungen der Frankenstärke bleiben schwer abzuschätzen und die schweizerische Volkswirtschaft ist gegenüber starken Ausschlägen des Wechselkurses verwundbar. Die Unsicherheit bezüglich der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union lastet tendenziell auf der Investitionsdynamik und könnten diese weiter beeinträchtigen. Zudem herrschen derzeit schwierige monetäre Bedingungen (negative Leitzinsen in der Schweiz, quantitative Lockerung der Europäischen Zentralbank), deren Auswirkungen ungewiss sind.

Die aktuellen Stimmungsindikatoren weisen für die schweizerische Wirtschaft auf eine weiterhin gedämpfte Entwicklung hin. Sofern sich die Weltkonjunktur weiter erholt und die Binnenkonjunktur weiterhin als Wachstumsstütze fungiert, schätzt die Expertengruppe des Bundes die schweizerischen Konjunkturperspektiven für 2015 und 2016 nach wie vor als verhalten, aber noch positiv ein. Seit Januar hat sich die Frankenaufwertung auch stark auf verschiedene Preise ausgewirkt (Produzenten-, Import-, Export- und Konsumentenpreise). Der Abwärtstrend bei den Konsumentenpreisen hat sich fortgesetzt. Die Prognose für die Konsumentenpreisentwicklung bleibt unverändert bei minus einem Prozent für 2015 und plus 0,3 Prozent für 2016.

### 5.3 Übersicht über die Finanzzahlen

Übersicht Laufende Rechnung In Mio. Fr.	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-1'407,1	-1'461,1	-1'464,5	-3,4	0,2	-1'475,7	-1'471,3	-1'493,4
Total Ertrag	1'268,1	1'331,9	1'438,2	106,3	8,0	1'445,1	1'445,1	1'407,7
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-139,0	-129,2	-26,3	102,8	-79,6	-30,6	-26,2	-85,6

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Trotz der berücksichtigten Massnahmen aus dem Entlastungsprogramm 2015–2018 weist der Kanton weiterhin sowohl im Budget wie auch in den Planjahren Aufwandüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe aus. Der Gesamtaufwand bewegt sich weiterhin auf dem Niveau des Vorjahres. Dies zeigt, dass die Entlastungsmassnahmen durch Aufwandsteigerungen wieder neutralisiert worden sind. Während der Personalaufwand um 4,4 Millionen Franken gesenkt werden konnte, wachsen gegenüber dem Vorjahr die Abschreibungen um 6,8 Millionen Franken und die NFA-Beiträge um 9,6 Millionen Franken an.

Auf der Ertragsseite steigen zwar die Fiskalerträge um 17,3 Millionen Franken an, jedoch fällt der kantonale Anteil an der direkten Bundessteuer um 26,0 Millionen Franken tiefer aus. Die in obiger Tabelle ausgewiesenen hohen Erträge sind auf folgende Entnahmen aus der Ressourcenausgleichsreserve zurückzuführen:

Fr. 150 Mio. im Jahr 2016 (Stand der NFA-Reserve: Fr. 190 Mio.)

Fr. 120 Mio. im Jahr 2017 (Stand der NFA-Reserve: Fr. 70 Mio.)

Fr. 70 Mio. im Jahr 2018 (NFA-Reserve ist aufgelöst)

Die NFA-Reserve ist in den finanziell guten Jahren 2007 bis 2009 mit insgesamt 380 Millionen Franken geäufnet worden. Reserven dienen dazu, das Ergebnis der Laufenden Rechnung in finanziell schwierigen Jahren auszugleichen, bis die eingeleiteten Massnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts greifen. Im Budget 2015 war eine Entnahme von 40 Millionen Franken eingestellt.

<sup>1</sup> SECO, Konjunkturtendenzen Sommer 2015

In § 2 Abs. 2 des Finanzhaushaltsgesetzes (BGS 611.1) ist vorgeschrieben, dass die Laufende Rechnung über die letzten fünf Jahre ausgeglichen sein muss. Dies ist seit der Rechnung 2014 nicht mehr gewährleistet. Und auch in den Planjahren kann diese Vorgabe trotz Entlastungsprogramm 2015–2018 und Reserveentnahmen nicht erreicht werden:

Mehrjahresbetrachtung In Mio. Fr.	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Ergebnis Laufende Rechnung	6,0	-20,5	-139,0	-129,2	-26,3	-30,6	-26,2	-85,6
Mittelwert über letzte fünf Jahre	38,9	14,4	-13,7	-39,6	-61,8	-69,1	-70,3	-59,6

In der Vergangenheit ist diese gesetzliche Vorgabe auch nicht eingehalten worden, jedoch in die andere Richtung, weil zum Teil markante Ertragsüberschüsse erwirtschaftet wurden. Im Sinne einer vorsichtigen Finanzpolitik wurde mit diesen Überschüssen das Eigenkapital geäufnet, das jetzt gezielt verwendet werden kann. Die Übersicht über die Ergebnisse der Laufenden Rechnung in den Jahren 2004 bis 2011 zeigt folgendes Bild:

Mehrjahresbetrachtung In Mio. Fr.	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Ergebnis Laufende Rechnung	45,5	169,6	154,7	162,2	102,0	1,4	0,4	84,8
Mittelwert über letzte fünf Jahre	22,1	49,7	70,9	103,3	126,8	118,0	84,1	70,2

## 6 Informationen zu den wichtigsten Positionen

### 6.1 Personal

Personalaufwand In Mio. Fr.	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total	-316,8	-322,8	-318,3	-316,5	-317,2	-321,2
Abweichung zum Vorjahr			4,4	1,8	-0,7	-4,0
Abweichung zum Vorjahr in %			-1,40 %	-0,57 %	0,24 %	1,24 %
Budgetvorgabe in %			0,65 %	0,15 %	0,50 %	1,60 %

Über den gesamten Planungszeitraum werden die Budgetvorgaben unterschritten. Gegenüber dem Budget 2015 sinkt der Personalaufwand um 4,4 Millionen Franken.

Der Regierungsrat hat im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 beschlossen, den Personalaufwand zu beschränken und den Stellenetat um ein Prozent zu senken, wobei die Lehrpersonen ausgenommen waren, da diese bereits durch andere Massnahmen massiv Stellen abgebaut hatten. Diese Stellenreduktionen verteilen sich auf die beiden Jahre 2016 und 2017. Sie sind vom Personalamt berechnet und bei allen Ämtern berücksichtigt worden.

Bei den Beförderungen (Stufen- /Klassenanstiege und Einmalzulagen) sowie bei den Treue- und Erfahrungszulagen (TREZ) hat der Regierungsrat im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 beschlossen, die Lohnentwicklung zu beschränken. Die dafür nötigen Anpassungen der Rechtsgrundlagen werden ab dem Jahr 2017 greifen.

Weiter hat der Regierungsrat beschlossen, dass in den Jahren 2016–2018 neue Aufgaben mit den vorhandenen Personalressourcen erledigt werden müssen. Im Planjahr 2019 sind im Sinne einer Prognose wieder neue Stellen eingerechnet; diese sind aber noch nicht bewilligt.

## 6.2 Sach- und übriger Betriebsaufwand

Die pauschale Kürzung von 5,7 Millionen Franken, die der Kantonsrat im Budget 2015 beschlossen hat, betraf den gesamten Sach- und übrigen Betriebsaufwand (Kontengruppe 31). Damit diese Kürzung nachhaltig ist, darf das Budget 2016 den Vorjahreswert nicht überschreiten. Es zeigt sich folgendes Bild:

Sach- und übriger Betriebsaufwand In Mio. Fr.	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total	-108,2	-106,2	-107,2	-107,5	-106,4	-106,0
Abweichung zum Vorjahr			-0,9	-0,3	1,1	0,4
Abweichung zum Vorjahr in %			0,9 %	0,3 %	-1,0 %	-0,4 %
Budgetvorgabe in %			0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Die ausgewiesene Überschreitung im Budget 2016 ist effektiv erfolgsneutral, weil damit direkt Erträge zusammenhängen. Es handelt sich um folgende Positionen:

Fr. 0,6 Mio. bei der Zivilschutz Spezialfinanzierung

Fr. 0,1 Mio. bei der Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung

Fr. 0,2 Mio. bei den Kantonssteuern für die Einzugsprovision von Quellensteuern

Fr. 0,9 Mio. Total

Somit sind im Sach- und übrigen Betriebsaufwand in der Nettobetrachtung über den ganzen Kanton gegenüber dem Budget 2015 effektiv keine Mehraufwände angefallen. Die pauschale Kürzung des Kantonsrats konnte nachhaltig umgesetzt werden. Zu diesem Ergebnis haben alle Direktionen beigetragen. Dabei ist erschwerend dazugekommen, dass zum Teil hohe zusätzliche Aufwände budgetiert werden mussten, vor allem durch den Anstieg der Anzahl Betreuten bei den Sozialen Diensten Asyl, wobei auch hier ein Teil des Mehraufwandes durch den Bund wieder zurückerstattet wird.

## 6.3 Ausgleichszahlungen an andere Kantone

Nationaler Finanzausgleich In Mio. Fr.	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Ressourcenausgleich	-277,9	-315,0	-324,6	-9,6	3,0	-337,1	-319,7	-325,4
Härteausgleich	-1,6	-1,6	-1,6	0,0	0,0	-1,5	-1,4	-1,3
Total	-279,5	-316,6	-326,2	-9,6	3,0	-338,6	-321,1	-326,7
Anteil der Gemeinden	35,9	36,4	35,0	-1,4	-3,9	35,6	36,8	37,6

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Der Betrag im Budget 2016 entspricht den Berechnungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung. In den Planjahren stützen wir uns auf die aktuellen Prognosen der BAK Basel.

#### 6.4 Fiskalertrag

Fiskalertrag In Mio. Fr.	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Einkommenssteuern	284,1	315,4	301,1	-14,3	-4,5	306,7	320,5	328,7
Vermögenssteuern	83,9	84,0	91,6	7,6	9,0	94,1	98,1	101,5
Quellensteuern	27,5	24,0	32,8	8,8	36,7	33,4	34,0	34,6
<b>Total direkte Steuern natürliche Personen</b>	<b>395,5</b>	<b>423,4</b>	<b>425,5</b>	<b>2,1</b>	<b>0,5</b>	<b>434,2</b>	<b>452,6</b>	<b>464,8</b>
Gewinnsteuern	189,4	171,0	185,0	14,0	8,2	188,0	191,0	194,0
Kapitalsteuern	20,6	21,2	21,8	0,6	2,8	22,2	22,6	23,0
<b>Total direkte Steuern juristische Personen</b>	<b>210,0</b>	<b>192,2</b>	<b>206,8</b>	<b>14,6</b>	<b>7,6</b>	<b>210,2</b>	<b>213,6</b>	<b>217,0</b>
Übrige direkte Steuern (Nach- und Steuerstrafen)	2,7	3,0	3,0	0,0	0,0	3,0	3,0	3,0
<b>Total direkte Steuern</b>	<b>608,3</b>	<b>618,6</b>	<b>635,3</b>	<b>16,7</b>	<b>2,7</b>	<b>647,4</b>	<b>669,2</b>	<b>684,8</b>
Besitz- und Aufwandsteuern (Verkehrsabgaben)	30,2	30,4	31,0	0,6	2,0	32,1	32,6	33,2
<b>Total Fiskalertrag</b>	<b>638,5</b>	<b>649,0</b>	<b>666,3</b>	<b>17,3</b>	<b>2,7</b>	<b>679,5</b>	<b>701,8</b>	<b>718,0</b>

Die Steuererträge **natürlicher Personen** werden im gleichen Rahmen wie im Vorjahr ausfallen. Es wird lediglich mit einer Zunahme von 2,1 Millionen Franken oder 0,5 Prozent gerechnet. In den Planjahren wird mit einer weiterhin moderaten Zunahme von je 1 bis 2 Prozent pro Jahr je nach Steuerart gerechnet.

Bei den Steuererträgen **juristischer Personen** wird gegenüber dem Vorjahresbudget mit einer Zunahme um 14,6 Millionen Franken gerechnet. In den Planjahren wird dann von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 1 bis 2 Prozent ausgegangen. Bekannte grössere Einzelfälle wurden gesondert hinzu- oder abgerechnet. Zudem wurde die Frankenstärke berücksichtigt.

Die **übrigen direkten Steuern** werden wie in den Vorjahren budgetiert. Es handelt sich um Erträge aus Nachsteuern und Steuerstrafen. Sie sind im Voraus jeweils schwer abschätzbar und im Gesamtergebnis oft von einigen wenigen grossen Fällen abhängig.

#### 6.5 Kantonsanteile an Bundessteuern

Anteile an Bundessteuern In Mio. Fr.	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Anteil an Direkter Bundessteuer (inkl. Repartitionen)	227,0	252,5	226,5	-26,0	-10,3	230,5	235,5	240,5
Anteil an Verrechnungssteuer	7,9	7,1	7,9	0,8	11,3	8,2	8,4	8,6
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	0,2	0,2	0,1	-0,1	-50,0	0,1	0,1	0,1
<b>Total</b>	<b>235,1</b>	<b>259,8</b>	<b>234,5</b>	<b>-25,3</b>	<b>-9,7</b>	<b>238,8</b>	<b>244,0</b>	<b>249,2</b>

Die bisherigen Bundessteuererträge im laufenden Jahr lassen erwarten, dass die eingestellten Werte im Jahr 2015 voraussichtlich nicht erreicht werden können. Für das **Budget 2016** ist daher von einer tieferen effektiven Ausgangsbasis auszugehen und es werden Erträge erwartet, die in etwa dem Niveau von 2014 entsprechen. Ausgehend von dieser tieferen Basis wird in den **Planjahren** von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 1 bis 2 Prozent pro Jahr ausgegangen.

## 6.6 Investitionen und Abschreibungen

Im Budget und Finanzplan sind folgende Investitionen eingestellt:

Nettoinvestitionen In Mio. Fr.	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Sachanlagen	-73,4	-65,2	-84,9	-19,7	30,2	-77,9	-66,6	-27,0
Spezialfinanzierung Strassenbau	-20,0	-24,1	-26,4	-2,3	9,5	-27,0	-46,2	-53,2
<b>Total</b>	<b>-93,4</b>	<b>-89,3</b>	<b>-111,3</b>	<b>-22,0</b>	<b>24,7</b>	<b>-104,9</b>	<b>-112,8</b>	<b>-80,2</b>
Abweichung zum Vorjahr						6,4	-7,9	32,6
Abweichung zum Vorjahr in %						-5,8 %	7,5 %	-28,9 %

Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Regierungsrat in den Budgetvorgaben beschlossen hat, keine Verpflichtungskredite einzustellen, wenn bis zur Verabschiedung des Budgets durch den Regierungsrat im September 2015 nicht ein Kantonsratsbeschluss oder Volksentscheid vorliegt.

Aus den im Budget und Finanzplan eingestellten Investitionen ergeben sich nachstehende Abschreibungen im Verwaltungsvermögen (VV). Auch hier ist aufgrund der hohen Investitionen mit markant steigenden Aufwänden zu rechnen:

Abschreibungen VV In Mio. Fr.	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Sachanlagen	-39,8	-40,4	-44,9	-4,6	11,3	-46,6	-47,3	-43,2
Spezialfinanzierung Strassenbau	-20,0	-24,1	-26,4	-2,3	9,5	-27,0	-46,2	-53,2
<b>Total (Kontengruppe 33)</b>	<b>-59,8</b>	<b>-64,4</b>	<b>-71,3</b>	<b>-6,8</b>	<b>10,6</b>	<b>-73,6</b>	<b>-93,5</b>	<b>-96,4</b>
Abweichung zum Vorjahr						-2,3	-19,9	-2,9
Abweichung zum Vorjahr in %						3,2 %	27,0 %	3,1 %

Die Aufwandüberschüsse und die hohen Nettoinvestitionen führen zu tiefen Selbstfinanzierungsgraden. Seit der Rechnung 2014 liegen sie unter 100 Prozent und ab dem Budget 2016 sogar im Minus-Bereich, was jeweils zu einer Verminderung der Liquidität führt.

Selbstfinanzierungsgrad In %	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Mehrjahresbetrachtung	105,5	13,9	-59,2	-91,2	-77,2	-54,4	-1,2	-7,0
Mittelwert über letzte fünf Jahre	170,4	120,8	65,9	25,6	-21,6	-53,6	-56,6	-46,2

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

## 7 Vergleich mit dem Finanzhaushaltsmodell der BAK Basel

Die BAK Basel hat das Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Zug (FHHM) per September 2015 aktualisiert. Vor allem bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung stellt sie wiederum sehr optimistische Prognosen an, die für den Regierungsrat nicht nachvollziehbar sind. In den letzten Jahren hat sich immer wieder gezeigt, dass das Finanzhaushaltsmodell keine verlässlichen Prognosen liefern konnte, die für die Finanzplanung des Kantons Zug von Nutzen waren. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat nach sorgfältiger Analyse und im Rahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 entschieden, das Finanzhaushaltsmodell in Zukunft nicht mehr aktualisieren zu lassen und den Vertrag auf Ende 2015 zu kündigen.

## 8 Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten bis 2030

### 8.1 Ausgangslage

Nach § 38 Bst. f und g des Finanzhaushaltsgesetzes vom 31. August 2006 (BGS 611.1) beschafft die Finanzdirektion die liquiden Mittel und bewirtschaftet das Finanzvermögen. Die Finanzdirektion prüft jeweils mit der Finanzierungsprognose zu kantonalen Investitionsprojekten, inwieweit der Kanton die geplanten Investitionen langfristig ohne Fremdverschuldung finanzieren kann. Es geht dabei um eine langfristige Beurteilung der Liquiditätssituation des Kantons.

Ausgangslage bilden Budget und Finanzplan 2016–2019, wo folgende Investitionen eingestellt sind:

Nettoinvestitionen In Mio. Fr.	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total	-111,3	-104,9	-112,8	-80,2

Diese Investitionen führen zusammen mit anderen liquiditätswirksamen Ausgaben zu folgender Entwicklung der liquiden Mittel:

Liquidität In Mio. Fr.	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Flüssige Mittel und Festgelder	600,0	450,0	340,0	270,0

### 8.2 Finanzierungsprognose 2016–2019

Der Regierungsrat hat im Rahmen der Budgetvorgaben am 24. März 2015 beschlossen, im Budget und den Planjahren keine Verpflichtungskredite einzustellen, wenn bis zur Verabschiedung des Budgets durch den Regierungsrat im September 2015 nicht ein Kantonsratsbeschluss oder Volksentscheid vorliegt. Damit wurde die Investitionsrechnung nicht durch Ausgaben belastet, für die noch nicht bekannt ist, ob und wann der Kantonsrat entsprechende Beschlüsse fassen wird.

In der Finanzierungsprognose werden demgegenüber alle Investitionen berücksichtigt, auch solche Projekte, die sich erst in Erarbeitung befinden. Sollten alle diese Investitionen gemäss aktuellem Wissensstand beschlossen werden, könnte die Liquidität bis ins Jahr 2019 zusätzlich um rund 190 Millionen Franken abnehmen. Diese Informationen stützen sich auf die von den Direktionen gemeldeten Investitionsprojekte über 5,0 Millionen Franken, die in den nachfolgenden Tabellen einzeln erwähnt sind. Für die übrigen Vorhaben sind Pauschalbeträge eingestellt.

### 8.3 Finanzierungsprognose 2020–2030

Im Zeitraum 2020–2030 fallen gemäss der gemeldeten Investitionsprojekte und den pauschal eingestellten Beträgen Ausgaben von insgesamt rund 1,7 Milliarden Franken an. Da die liquiden Mittel des Kantons per Ende 2020 oder 2021 aufgebraucht sein werden, müssten diese Mittel auf dem Geld- und Kapitalmarkt beschafft werden, um alle vorgesehenen Nettoinvestitionen finanzieren zu können. Es ist nicht zu vermeiden, im Rahmen des Projekts «Finanzen 2019» auch die Investitionsausgaben markant zu senken. Dabei ist auch der Kantonsrat gefordert.

In der nachfolgenden Tabelle finden sich alle Investitionen im Zeitraum 2016–2030 über fünf Millionen Franken. Für die restlichen Vorhaben sind pauschale Beträge eingesetzt.

Investitionsprojekte 2016–2030																		
Amts-nummer	Projektnummer Kurzbezeichnung	In Mio. Fr.	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Total 2016–30
Sozialwesen																		
1550	DI1550.0030 Investitionsbeitrag	Ausgaben	-1,0	-7,2	-5,1	-5,0												-18,3
	Wohnheim Eichholz, Neubau	Einnahmen				0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	2,5
Öffentlicher Verkehr																		
2035	VD2035.0023 Rückzahlung	Ausgaben																
	Vorfinanzierung Durchmesserinie	Einnahmen	6,0	6,6														12,6
2035	VD2035.0028 Investitionsbeitrag	Ausgaben	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-5,6	-84,0
	Bahninfrastrukturfonds BIF	Einnahmen																
2035	(neu) Investitionsbeitrag	Ausgaben					-3,0	-3,0	-2,5	-24,1	-35,6	-35,3	-21,8					-125,3
	Stadtbahn Zug, 2. Teilergänzung	Einnahmen												25,0	25,0	25,0	25,0	100,0
Tiefbau																		
3020	TB3020.0013	Ausgaben			-3,0	-4,0	-1,0											-8,0
	GW 3000, Reussdamm	Einnahmen				1,5	0,1											1,6
3020	TB3020.0023	Ausgaben	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2		-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-10,8
	Diverses Wasserbau	Einnahmen																
3020	TB3020.0126	Ausgaben	-7,5	-2,0	-0,5													-10,0
	KS P Sihlbrugg Sand AG	Einnahmen																
3020	TB3020.0139	Ausgaben	-0,3	-0,7	-0,7	-1,0	-1,3	-25,0	-45,0	-45,0	-40,0	-32,5	-16,0	-9,0	-1,0			-217,5
	Umfahrung Cham-Hünenberg	Einnahmen					2,5	5,2	3,5	1,8	0,9	0,9						14,8
3020	TB3020.0147	Ausgaben	-3,0	-10,0	-30,0	-40,0	-40,0	-30,0	-20,0	-10,0	-5,0	-5,0						-193,0
	Tangente Zug/Baar	Einnahmen																
3020	TB3020.0204	Ausgaben					-2,0	-2,0	-2,0	-2,0	-2,0	-2,0	-2,0	-2,0	-2,0	-2,0	-2,0	-22,0
	Diverses Lokale Korrekturen	Einnahmen																
3020	TB3020.0205	Ausgaben	-0,2	-0,4	-0,3	-0,4	-0,9	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-1,0	-12,2
	Div. Betriebs-/Sicherheitsausrüst.	Einnahmen																
3020	TB3020.0214	Ausgaben	-0,2	-0,4	-0,7	-11,0	-19,0	-13,0	-0,7									-45,0
	Nidfuren-Schmittli	Einnahmen																
3020	TB3020.0223	Ausgaben	-0,3	-0,5	-1,5	-1,5	-1,5	-0,4										-5,7
	Kommunikation und Leittechnik	Einnahmen																
3020	TB3020.0224	Ausgaben	-0,1	-0,4	-0,3	-0,6	-7,0	-8,0	-0,1									-16,5
	KS 4 Kollermühle-Alpenblick	Einnahmen																
3020	TB3020.0227	Ausgaben	-0,1	-0,2	-0,2	-2,5	-6,3	-6,3										-15,6
	KS 4b Zuger-/Baarerstrasse	Einnahmen				1,3	3,3	3,0										7,6

Investitionsprojekte 2016–2030																		
Amts- nummer	Projektnummer Kurzbezeichnung	In Mio. Fr.	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Total 2016–30
3020	TB3020.0229	Ausgaben	-0,1	-0,1	-0,2	-2,9	-1,4											-4,7
	KS H Schochenmühle-Bossard	Einnahmen																
3020	TB3020.0307	Ausgaben	-0,1	-0,2	-0,2	-6,0	-3,5											-10,0
	KS N Lättich-Baarburgrank	Einnahmen																
3020	TB3020.0310	Ausgaben				-0,1	-0,3	-4,0	-4,0									-8,4
	KS P Hinterburg-Lüthärtigen	Einnahmen																
3020	TB3020.0311	Ausgaben	-0,1	-0,1	-4,8	-4,7												-9,7
	KS P Sand AG-Blatt	Einnahmen																
3020	TB3020 (diverse)	Ausgaben	-17,1	-18,8	-19,4	-12,9	-16,9	-9,3	-7,2	-7,2	-7,0	-5,6	-5,7	-5,9	-6,0	-6,3		-151,6
	Diverse Projekte	Einnahmen																
	<b>Hochbau</b>																	
3060	HB3060.0105	Ausgaben	-8,0	-6,0	-1,0													-15,0
	AVS Steinhausen	Einnahmen																
3060	HB3060.0106	Ausgaben	-25,0	-25,0	-25,0	-5,6												-80,6
	Kantonsschule Menzingen	Einnahmen																
3060	HB3060.0115	Ausgaben	-2,8	-3,5	-3,5	-3,5												-13,3
	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)	Einnahmen																
3060	HB3060.0117	Ausgaben	-5,0	-9,0	-9,0	-0,7												-23,7
	Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5	Einnahmen																
3060	HB3060.0119	Ausgaben	-5,0	-0,5														-5,5
	Kantonsschule Zug, Neubau Provisorien	Einnahmen																
3060	HB3060.0120	Ausgaben	-5,5	-6,8	-5,7													-18,0
	Kantonsschule Zug, Dreifachsporthalle	Einnahmen	3,0															3,0
3060	HB3060.0121	Ausgaben	-3,7															-3,7
	Brückenangebot; Aufstockung Trakt 1 GIBZ	Einnahmen																
3060	HB3060.0138	Ausgaben		-3,0	-10,0	-2,0												-15,0
	Instandsetzung AZ Schönauf	Einnahmen		1,5	3,5													5,0
3060	HB3060.0150	Ausgaben	-1,8	-7,6														-9,4
	Kauf und bauliche Massnahmen Chamau	Einnahmen																
3060	HB3060.0151	Ausgaben				-1,5	-5,0	-7,0	-9,0	-21,0	-30,0	-30,0	-35,0	-35,0				-173,5
	Hauptstützpunkt ZVB	Einnahmen																
3060	(neu) Sanierung Hochbau und Shedhalle und Planung Gebäude Ost	Ausgaben	-1,0	-4,0	-15,0	-10,0												-30,0
		Einnahmen																



Investitionsprojekte 2016–2030																		
Amts-nummer	Projektnummer Kurzbezeichnung	In Mio. Fr.	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	Total 2016–30
3060	(neu)	Ausgaben	-1,5	-3,0	-4,0													-8,5
	Planung und Ausführung Theilerhaus	Einnahmen																
3060	(neu)	Ausgaben	-1,0	-3,0	-10,0	-20,0	-6,0											-40,0
	Neubau Gebäude Ost und Kauf GS 2906	Einnahmen																
3060	(neu)	Ausgaben	-0,5	-0,5		-3,0	-4,0		-21,0	-10,0	-20,0	-30,0	-30,0	-5,0				-124,0
	Kantonsschule Cham Röhrlberg	Einnahmen																
3060	(neu)	Ausgaben		-1,0	-2,0	-3,0												-6,0
	Kantonsschule Zug, Projektierung/Sanierung	Einnahmen																
3060	(neu) Strategische Büroraumplanung	Ausgaben					-28,0	-28,0	-28,0	-5,3	-5,3	-12,0	-12,0	-10,4	-10,4			-139,4
	Diverse Projekte	Einnahmen														5,5		5,5
3060	HB3060 (diverse)	Ausgaben					-40,0	-40,0	-40,0	-40,0	-40,0	-40,0	-40,0	-40,0	-40,0	-40,0	-40,0	-440,0
	Pauschalbetrag	Einnahmen																
	Gesundheitswesen																	
4000	(neu)	Ausgaben		25,0														25,0
	Psychiatrieversorgung; Grundstückserwerb	Einnahmen																
	Steuerwesen																	
5060	IT5060.0194	Ausgaben		-4,0	-8,0	-6,0	-1,0	-1,0										-20,0
	Ablösung ISOV Steuern	Einnahmen																
	Total Investitionen über Fr. 5,0 Mio.		-87,7	-90,6	-162,4	-150,5	-187,4	-172,5	-183,4	-174,2	-191,4	-198,9	-169,9	-89,7	-41,8	-25,2	-30,7	-1'956,3
	Restliche Investitionen (Schätzung)		-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-20,0	-300,0
	Total Investitionen liquiditätswirksam		-107,7	-110,6	-182,4	-170,5	-207,4	-192,5	-203,4	-194,2	-211,4	-218,9	-189,9	-109,7	-61,8	-45,2	-50,7	-2'256,3
	Eigenleistungen Tiefbauamt für Strassenbau		-7,5	-7,5	-7,4	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-7,5	-112,4
	Total Investitionen Kanton		-115,2	-118,1	-189,8	-178,0	-214,9	-200,0	-210,9	-201,7	-218,9	-226,4	-197,4	-117,2	-69,3	-52,7	-58,2	-2'368,7

## 9 Tabellen

Die nachfolgenden Tabellen 1–11 geben eine umfassende Übersicht über die wichtigsten Entwicklungen im Finanzhaushalt des Kantons. Die Kommentare beziehen sich jeweils auf die Veränderungen zwischen den Budgets 2016 und 2015, wobei die Abweichungen sowohl in Franken als auch in Prozenten angegeben sind.

**Tabelle 1: Laufende Rechnung – Überblick**

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-1'407,1	-1'461,1	-1'464,5	-3,4	0,2	-1'475,7	-1'471,3	-1'493,4
Total Ertrag	1'268,1	1'331,9	1'438,2	106,3	8,0	1'445,1	1'445,1	1'407,7
Ertrags-/Aufwandüberschuss	-139,0	-129,2	-26,3	102,8	-79,6	-30,6	-26,2	-85,6

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2015 (Antrag des Regierungsrats) hat der Kantonsrat am 27. November 2014 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2015	Aufwand	Ertrag	Saldo
Antrag des Regierungsrats	-1'471,0	1'331,9	-139,1
Änderungen durch KR	9,9		9,9
Durch KR beschlossenes Budget	-1'461,1	1'331,9	-129,2

**Tabelle 2: Laufende Rechnung – Gestufter Erfolgsausweis**

Laufende Rechnung In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
30 Personalaufwand	-316,8	-322,8	-318,3	4,4	-1,4	-316,5	-317,2	-321,2
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-108,2	-106,2	-107,2	-0,9	0,9	-107,5	-106,4	-106,0
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-59,8	-64,4	-71,3	-6,8	10,6	-73,6	-93,5	-96,4
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen	-14,3	-11,6	-9,5	2,1	-17,9	-9,9	-1,2	-1,2
36 Transferaufwand	-810,2	-853,1	-862,2	-9,1	1,1	-874,5	-858,1	-872,1
37 Durchlaufende Beiträge	-82,3	-86,3	-84,7	1,6	-1,9	-84,2	-85,2	-86,6
39 Interne Verrechnungen	-3,1	-3,2	-2,1	1,1	-33,1	-2,4	-2,4	-2,4
<b>Total betrieblicher Aufwand</b>	<b>-1'394,7</b>	<b>-1'447,6</b>	<b>-1'455,3</b>	<b>-7,7</b>	<b>0,5</b>	<b>-1'468,5</b>	<b>-1'463,9</b>	<b>-1'485,8</b>
40 Fiskalertrag	638,5	649,0	666,3	17,3	2,7	679,5	701,8	718,0
41 Regalien und Konzessionen	2,2	2,2	11,8	9,7	447,1	11,8	11,4	11,4
42 Entgelte	66,5	67,0	70,0	3,0	4,5	69,9	70,6	70,4
43 Verschiedene Erträge	6,4	6,6	7,6	1,0	14,4	7,8	7,7	7,8
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen							9,9	16,3
46 Transferertrag	424,3	435,5	404,7	-30,8	-7,1	428,9	436,9	444,6
47 Durchlaufende Beiträge	82,3	86,3	84,7	-1,6	-1,9	84,2	85,2	86,6
49 Interne Verrechnungen	3,1	3,2	2,1	-1,1	-33,1	2,4	2,4	2,4
<b>Total betrieblicher Ertrag</b>	<b>1'223,4</b>	<b>1'249,8</b>	<b>1'247,2</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>1'284,4</b>	<b>1'326,0</b>	<b>1'357,4</b>
<b>Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit</b>	<b>-171,4</b>	<b>-197,8</b>	<b>-208,1</b>	<b>-10,3</b>	<b>5,2</b>	<b>-184,1</b>	<b>-137,9</b>	<b>-128,3</b>
34 Finanzaufwand	-12,2	-12,1	-9,2	3,0	-24,3	-7,2	-7,4	-7,6
44 Finanzertrag	44,7	42,1	41,0	-1,1	-2,7	40,6	49,1	50,3
<b>Ergebnis aus Finanzierung</b>	<b>32,6</b>	<b>30,0</b>	<b>31,8</b>	<b>1,8</b>	<b>6,1</b>	<b>33,5</b>	<b>41,7</b>	<b>42,7</b>
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>-138,8</b>	<b>-167,9</b>	<b>-176,3</b>	<b>-8,5</b>	<b>5,0</b>	<b>-150,6</b>	<b>-96,2</b>	<b>-85,6</b>

Laufende Rechnung In Mio. Franken		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
38	Ausserordentlicher Aufwand	-0,2	-1,3		1,3	-100,0			
48	Ausserordentlicher Ertrag		40,0	150,0	110,0	275,0	120,0	70,0	
	<b>Ausserordentliches Ergebnis</b>	<b>-0,2</b>	<b>38,7</b>	<b>150,0</b>	<b>111,3</b>	<b>287,7</b>	<b>120,0</b>	<b>70,0</b>	
	<b>Ertrags-/Aufwandüberschuss</b>	<b>-139,0</b>	<b>-129,2</b>	<b>-26,3</b>	<b>102,8</b>	<b>-79,6</b>	<b>-30,6</b>	<b>-26,2</b>	<b>-85,6</b>

Tabelle 3: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Aufwandes

In Mio. Franken	Rechnung 2014	in % vom Total	Budget 2015	in % vom Total	Budget 2016	in % vom Total
Personalaufwand	-316,8	22,5	-322,8	22,1	-318,3	21,7
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-108,2	7,7	-106,2	7,3	-107,2	7,3
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-59,8	4,2	-64,4	4,4	-71,3	4,9
Finanzaufwand	-12,2	0,9	-12,1	0,8	-9,2	0,6
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-14,3	1,0	-11,6	0,8	-9,5	0,7
Transferaufwand	-810,2	57,6	-853,1	58,4	-862,2	58,9
Durchlaufende Beiträge	-82,3	5,8	-86,3	5,9	-84,7	5,8
Ausserordentlicher Aufwand	-0,2	0,0	-1,3	0,1		0,0
Interne Verrechnungen	-3,1	0,2	-3,2	0,2	-2,1	0,1
<b>Total Aufwand</b>	<b>-1'407,1</b>	<b>100,0</b>	<b>-1'461,1</b>	<b>100,0</b>	<b>-1'464,5</b>	<b>100,0</b>

Tabelle 4: Laufende Rechnung – Aufwand nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Personalaufwand	-322,8	-318,3	4,4	-1,4	Siehe Kapitel «Personalaufwand»
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-106,2	-107,2	-0,9	0,9	Zunahme: Übriger Betriebsaufwand 5,3 Mio. Franken (Pauschale Kürzung KR Budget 2015: 5,7 Mio. Franken) Abnahmen: Material- und Warenaufwand 1,0 Mio. Franken, Nicht aktivierbare Anlagen 1,5 Mio. Franken, Dienstleistungen und Honorare 0,9 Mio. Franken
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64,4	-71,3	-6,8	10,6	Zunahmen: Hochbauten 5,5 Mio. Franken, Spezialfinanzierung Strassenbau 2,3 Mio. Franken Abnahme: Mobilien 1,3 Mio. Franken
Finanzaufwand	-12,1	-9,2	3,0	-24,3	Zunahme: Verschiedener Finanzaufwand (Habenzins-Belastung/Negativzins) 0,8 Mio. Franken Abnahme: Verschiedener Finanzaufwand (Zinsvergütungen und Skonto Steuern) 3,7 Mio. Franken
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-11,6	-9,5	2,1	-17,9	Zunahme: Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung 0,5 Mio. Franken Abnahmen: Spezialfinanzierung Strassenbau 2,2 Mio. Franken, Spezialfinanzierung Zivilschutz 0,4 Mio. Franken
Transferaufwand	-853,1	-862,2	-9,1	1,1	Zunahmen: Ressourcen- und Härteausgleich 9,6 Mio. Franken, Beiträge an Gemeinwesen und Dritte 6,8 Mio. Franken (davon 1,4 Mio. Franken Sozialamt, 1,2 Mio. Franken Amt für Berufsbildung, 1,7 Mio. Franken Sozialversicherungen, 1,2 Mio. Franken Amt für Umweltschutz und 2,4 Mio. Franken Spitäler) Abnahmen: 0,8 Mio. Franken Abschreibungen Investitionsbeiträge, Innerkantonaler Finanzausgleich Gemeinden an Gemeinden 6,8 Mio. Franken (erfolgsneutral siehe Transferertrag)
Durchlaufende Beiträge	-86,3	-84,7	1,6	-1,9	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Aufwand	-1,3		1,3	-100,0	Abnahme: Zusätzliche Abschreibung auf Beteiligung ZVB 1,3 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	-3,2	-2,1	1,1	-33,1	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Interne Verrechnungen)

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 5: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Ertrages

In Mio. Franken	Rechnung 2014	in % vom Total	Budget 2015	in % vom Total	Budget 2016	in % vom Total
Fiskalertrag	638,5	50,3	649,0	48,7	666,3	46,3
Regalien und Konzessionen	2,2	0,2	2,2	0,2	11,8	0,8
Entgelte	66,5	5,2	67,0	5,0	70,0	4,9
Verschiedene Erträge	6,4	0,5	6,6	0,5	7,6	0,5
Finanzertrag	44,7	3,5	42,1	3,2	41,0	2,8
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0,0	0,0		0,0		0,0
Transferertrag	424,3	33,5	435,5	32,7	404,7	28,1
Durchlaufende Beiträge	82,3	6,5	86,3	6,5	84,7	5,9
Ausserordentlicher Ertrag	0,0	0,0	40,0	3,0	150,0	10,4
Interne Verrechnungen	3,1	0,2	3,2	0,2	2,1	0,1
<b>Total Ertrag</b>	<b>1'268,1</b>	<b>100,0</b>	<b>1'331,9</b>	<b>100,0</b>	<b>1'438,2</b>	<b>100,0</b>

Tabelle 6: Laufende Rechnung – Ertrag nach Artengliederung mit Kommentar

In Mio. Franken	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Fiskalertrag	649,0	666,3	17,3	2,7	Zunahmen: Direkte Steuern natürliche Personen 2,1 Mio. Franken, Direkte Steuern juristische Personen 14,6 Mio. Franken, Motorfahrzeugsteuern 0,6 Mio. Franken
Regalien und Konzessionen	2,2	11,8	9,7	447,1	Zunahme: Anteil am Reingewinn der SNB 9,7 Mio. Franken
Entgelte	67,0	70,0	3,0	4,5	Zunahmen: Gebühren für Amtshandlungen 1,0 Mio. Franken, Schul- und Kurs-gelder 0,5 Mio. Franken, Benützungsgebühren und Dienstleistungen 0,5 Mio. Franken, Rückerstattungen 0,5 Mio. Franken, Bussen 0,5 Mio. Franken
Verschiedene Erträge	6,6	7,6	1,0	14,4	Zunahme: Aktivierbare Projektierungskosten (Tiefbau) 1,0 Mio. Franken
Finanzertrag	42,1	41,0	-1,1	-2,7	Zunahme: Liegenschaftenertrag VV 0,5 Mio. Franken Abnahme: Zinsertrag 2,0 Mio. Franken
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen					Keine Entnahme geplant
Transferertrag	435,5	404,7	-30,8	-7,1	Zunahmen: Entschädigung von Gemeinwesen 1,3 Mio. Franken, Beiträge von Gemeinwesen und Dritten 1,4 Mio. Franken Abnahme: Anteil an Direkter Bundessteuer 26,0 Mio. Franken, Innerkantonaler Finanzausgleich Gemeinden an Gemeinden 6,8 Mio. Franken (erfolgsneutral siehe Transferaufwand)
Durchlaufende Beiträge	86,3	84,7	-1,6	-1,9	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Ertrag	40,0	150,0	110,0	275,0	Zunahme: Entnahme aus Reserve Ressourcenausgleich 110,0 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	3,2	2,1	-1,1	-33,1	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Interne Verrechnungen)

Tabelle 7: Investitionsrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Investitionsausgaben	-114,9	-102,3	-129,4	-27,0	26,4	-117,9	-118,5	-85,2
Investitionseinnahmen	21,4	13,1	18,1	5,0	38,5	13,1	5,8	5,1
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>-93,4</b>	<b>-89,3</b>	<b>-111,3</b>	<b>-22,0</b>	<b>24,7</b>	<b>-104,9</b>	<b>-112,8</b>	<b>-80,2</b>

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2015 (Antrag des Regierungsrats) hat der Kantonsrat am 27. November 2014 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2015	Ausgaben	Einnahmen	Netto
Antrag des Regierungsrats	-102,8	13,1	-89,8
Änderungen durch KR	0,5		0,5
Durch KR beschlossenes Budget	-102,3	13,1	-89,3

Tabelle 8: Wesentlichste Investitionsprojekte in den Jahren 2016-2019

In Mio. Franken

Budget 2016		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-26,4
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-25,0
Amt für Verbraucherschutz, Steinhausen	Bauausführung	-8,0
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-8,0
Bahninfrastrukturfonds (BIF)	Investitionsbeitrag	-5,5
Alle übrigen Projekte		-38,4
<b>Total Nettoinvestitionen</b>		<b>-111,3</b>
Plan 2017		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-27,0
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-25,0
Erweiterungsbau GIBZ	Trakt 5	-9,0
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-8,5
Chamau	Kauf und bauliche Massnahmen	-7,5
Alle übrigen Projekte		-27,8
<b>Total Nettoinvestitionen</b>		<b>-104,9</b>
Plan 2018		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-46,2
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-25,0
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-9,6
Erweiterungsbau GIBZ	Trakt 5	-9,0
Kantonsschule Zug	Neubau Turnhalle	-7,0
Alle übrigen Projekte		-15,9
<b>Total Nettoinvestitionen</b>		<b>-112,8</b>
Plan 2019		Betrag
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-53,2
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-6,8
Bahninfrastrukturfonds (BIF)	Investitionsbeitrag	-5,6
KSM Menzingen	Bauausführung inkl. Landerwerb	-5,6
VZ3 / ZVB Hauptstützpunkt	Planungskredit Fokus	-3,5
Alle übrigen Projekte		-5,5
<b>Total Nettoinvestitionen</b>		<b>-80,2</b>

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 9: Finanzrechnung

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-1'407,1	-1'461,1	-1'464,5	-3,4	0,2	-1'475,7	-1'471,3	-1'493,4
Total Ertrag	1'268,1	1'331,9	1'438,2	106,3	8,0	1'445,1	1'445,1	1'407,7
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>-139,0</b>	<b>-129,2</b>	<b>-26,3</b>	<b>102,8</b>	<b>-79,6</b>	<b>-30,6</b>	<b>-26,2</b>	<b>-85,6</b>
Zuzüglich Abschreibungen	69,3	76,2	80,9	4,7	6,2	83,7	103,6	106,3
Veränderung Spezialfinanzierungen	14,3	11,6	9,5	-2,1	-17,9	9,9	-8,8	-15,1
Veränderung Reserven	0,2	-40,0	-150,0	-110,0	275,0	-120,0	-70,0	
<b>Finanzierungsbeitrag</b>	<b>-55,3</b>	<b>-81,4</b>	<b>-85,9</b>	<b>-4,5</b>	<b>5,6</b>	<b>-57,0</b>	<b>-1,3</b>	<b>5,6</b>
Abzüglich Nettoinvestitionen	-93,4	-89,3	-111,3	-22,0	24,7	-104,9	-112,8	-80,2
<b>Finanzierungsfehlbetrag</b>	<b>-148,7</b>	<b>-170,6</b>	<b>-197,2</b>	<b>-26,5</b>	<b>15,5</b>	<b>-161,9</b>	<b>-114,1</b>	<b>-74,6</b>

Tabelle 10: Abschreibungen, Spezialfinanzierungen und Reserven

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Übersicht Abschreibungen und Wertberichtigungen (Verwaltungsvermögen)</b>								
Ordentliche Abschreibungen Sachanlagen	-39,5	-40,4	-44,9	-4,6	11,3	-46,6	-47,3	-43,2
Ausserplanmässige Abschreibungen Sachanlagen	-0,3							
Ordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9,5	-10,4	-9,6	0,8	-7,9	-10,1	-10,1	-10,0
Abschreibungen Spezialfinanzierung Strassenbau	-20,0	-24,1	-26,4	-2,3	9,5	-27,0	-46,2	-53,2
Wertberichtigungen Darlehen								
Wertberichtigungen Beteiligungen	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Zusätzliche Abschreibungen auf Sachanlagen								
Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen								
Zusätzliche Abschreibungen auf Darlehen								
Zusätzliche Abschreibungen auf Beteiligungen		-1,3		1,3	-100,0			
<b>Total Abschreibungen und Wertberichtigungen</b>	<b>-69,3</b>	<b>-76,2</b>	<b>-80,9</b>	<b>-4,7</b>	<b>6,2</b>	<b>-83,7</b>	<b>-103,6</b>	<b>-106,3</b>
<b>Spezialfinanzierungen</b>								
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-14,3	-11,6	-9,5	2,1	-17,9	-9,9	-1,2	-1,2
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen							9,9	16,3
<b>Veränderung Spezialfinanzierungen</b>	<b>-14,3</b>	<b>-11,6</b>	<b>-9,5</b>	<b>2,1</b>	<b>-17,9</b>	<b>-9,9</b>	<b>8,8</b>	<b>15,1</b>
<b>Reserven</b>								
Einlagen in Reserven	-0,2							
Entnahmen aus Reserven		40,0	150,0	110,0	275,0	120,0	70,0	
<b>Veränderung Reserven</b>	<b>-0,2</b>	<b>40,0</b>	<b>150,0</b>	<b>110,0</b>	<b>275,0</b>	<b>120,0</b>	<b>70,0</b>	

Tabelle 11: Planbilanz

In Mio. Franken	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Aktiven</b>								
Finanzvermögen	1'214,7	1'062,7	870,3	-192,4	-18,1	714,6	591,7	520,0
Verwaltungsvermögen	460,6	484,2	514,6	30,4	6,3	535,8	544,9	518,8
<b>Total Aktiven</b>	<b>1'675,4</b>	<b>1'546,9</b>	<b>1'384,9</b>	<b>-162,0</b>	<b>-10,5</b>	<b>1'250,4</b>	<b>1'136,7</b>	<b>1'038,7</b>
<b>Passiven</b>								
<b>Fremdkapital</b>	<b>-664,9</b>	<b>-694,0</b>	<b>-698,7</b>	<b>-4,8</b>	<b>0,7</b>	<b>-704,9</b>	<b>-696,2</b>	<b>-699,0</b>
<b>Eigenkapital</b>	<b>-1'010,5</b>	<b>-852,9</b>	<b>-686,2</b>	<b>166,8</b>	<b>-19,6</b>	<b>-545,4</b>	<b>-440,5</b>	<b>-339,7</b>
Spezialfinanzierungen	-217,4	-229,0	-238,6	-9,5	4,2	-248,5	-239,7	-224,6
Reserven	-437,5	-397,5	-247,5	150,0	-37,7	-127,5	-57,5	-57,5
Freies Eigenkapital	-355,6	-226,4	-200,1	26,3	-11,6	-169,4	-143,3	-57,6
<b>Total Passiven</b>	<b>-1'675,4</b>	<b>-1'546,9</b>	<b>-1'384,9</b>	<b>162,0</b>	<b>-10,5</b>	<b>-1'250,4</b>	<b>-1'136,7</b>	<b>-1'038,7</b>

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.





## Detailinformationen

Kennzahlen

Laufende Rechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung

Investitionsrechnung

- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung



## Detailinformationen

### Kennzahlen

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Selbstfinanzierungsgrad</b>						
$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Nettoinvestitionen}}$	-59,2 %	-91,2 %	-77,2 %	-54,4 %	-1,2 %	7,0 %

#### Richtwerte:

100 % = anzustrebende Zielgrösse, > 100 % = Zunahme der liquiden Mittel, < 100 % = Abnahme der liquiden Mittel

#### Aussage:

Anteil der Nettoinvestitionen, die der Kanton Zug aus den im Berichtsjahr erarbeiteten liquiden Mitteln finanzieren kann.

#### Selbstfinanzierungsanteil

$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	-4,7 %	-6,8 %	-7,1 %	-4,6 %	-0,1 %	0,4 %
--	--------	--------	--------	--------	--------	-------

#### Richtwerte:

> 20 % = gut, 10-20 % = mittel, < 10 % = schlecht

#### Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher der Kanton Zug zur Finanzierung der Nettoinvestitionen aufwenden kann.

#### Investitionsanteil

$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Gesamtausgaben}}$	8,3 %	7,2 %	9,0 %	8,2 %	8,4 %	6,1 %
---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

#### Richtwerte:

< 7,5 % = schwache Investitionstätigkeit, > 7,5 % = mittlere bis starke Investitionstätigkeit

#### Aussage:

Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen

#### Zinsbelastungsanteil

$\frac{\text{Nettozinsaufwand} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	-0,4 %	-0,3 %	-0,1 %	-0,1 %	-0,2 %	-0,2 %
--	--------	--------	--------	--------	--------	--------

#### Richtwerte:

bis 4 % = gut, 4-9 % = genügend, > 9 % = schlecht

#### Aussage:

Anteil des laufenden Ertrages, welcher durch den Nettozinsaufwand gebunden ist.

#### Kapitaldienstanteil

$\frac{\text{Kapitaldienst} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$	5,4 %	5,9 %	6,6 %	6,7 %	7,9 %	7,8 %
---	-------	-------	-------	-------	-------	-------

#### Richtwerte:

bis 5 % = geringe Belastung, 5-15 % = tragbare Belastung, > 15 % = hohe Belastung

#### Aussage:

Mass für die Belastung des Finanzhaushaltes durch den Nettozinsaufwand und die Abschreibungen.

**Detailinformationen**  
**Laufende Rechnung**

**Total pro Direktion**

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>10</b>	<b>Gesetzgebende Behörden</b>								
	Aufwand	-1'144'432.95	-1'074'271	-1'153'300	-79'029	7,4	-1'157'800	-1'162'100	-1'171'300
	Ertrag								
	Saldo	-1'144'432.95	-1'074'271	-1'153'300	-79'029	7,4	-1'157'800	-1'162'100	-1'171'300
<b>11</b>	<b>Allgemeine Verwaltung</b>								
	Aufwand	-14'490'970.54	-14'430'696	-14'387'530	43'166	-0,3	-13'960'930	-14'010'730	-13'674'630
	Ertrag	3'183'202.30	3'256'000	3'367'540	111'540	3,4	2'947'540	2'608'540	2'508'540
	Saldo	-11'307'768.24	-11'174'696	-11'019'990	154'706	-1,4	-11'013'390	-11'402'190	-11'166'090
<b>15</b>	<b>Direktion des Innern</b>								
	Aufwand	-92'529'411.35	-95'531'977	-97'773'568	-2'241'591	2,3	-91'777'173	-91'290'973	-93'217'173
	Ertrag	21'926'552.41	22'578'200	23'641'500	1'063'300	4,7	22'410'000	22'002'000	21'996'000
	Saldo	-70'602'858.94	-72'953'777	-74'132'068	-1'178'291	1,6	-69'367'173	-69'288'973	-71'221'173
<b>17</b>	<b>Direktion für Bildung und Kultur</b>								
	Aufwand	-227'993'833.59	-230'711'288	-229'728'870	982'418	-0,4	-226'326'000	-225'016'300	-225'802'051
	Ertrag	19'081'636.45	18'559'700	18'482'200	-77'500	-0,4	18'542'800	18'545'000	18'545'000
	Saldo	-208'912'197.14	-212'151'588	-211'246'670	904'918	-0,4	-207'783'200	-206'471'300	-207'257'051
<b>20</b>	<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>								
	Aufwand	-227'717'172.92	-236'236'941	-234'385'265	1'851'676	-0,8	-232'988'765	-229'749'665	-232'985'815
	Ertrag	97'193'572.18	101'260'000	99'027'150	-2'232'850	-2,2	97'846'050	98'824'150	99'314'650
	Saldo	-130'523'600.74	-134'976'941	-135'358'115	-381'174	0,3	-135'142'715	-130'925'515	-133'671'165
<b>30</b>	<b>Baudirektion</b>								
	Aufwand	-107'260'396.36	-109'937'393	-108'846'761	1'090'632	-1,0	-108'200'061	-118'296'661	-125'552'061
	Ertrag	54'716'713.84	54'974'388	56'634'676	1'660'288	3,0	57'126'876	67'551'376	74'549'276
	Saldo	-52'543'682.52	-54'963'005	-52'212'085	2'750'920	-5,0	-51'073'185	-50'745'285	-51'002'785
<b>35</b>	<b>Sicherheitsdirektion</b>								
	Aufwand	-77'567'775.40	-79'170'534	-78'739'550	430'984	-0,5	-79'176'450	-78'583'050	-79'055'250
	Ertrag	21'443'914.09	22'722'350	24'174'040	1'451'690	6,4	25'811'640	25'394'740	25'320'940
	Saldo	-56'123'861.31	-56'448'184	-54'565'510	1'882'674	-3,3	-53'364'810	-53'188'310	-53'734'310
<b>40</b>	<b>Gesundheitsdirektion</b>								
	Aufwand	-163'092'016.45	-170'210'220	-173'179'200	-2'968'980	1,7	-181'391'400	-187'228'700	-192'935'400
	Ertrag	39'259'107.47	40'481'200	42'998'300	2'517'100	6,2	44'405'700	45'925'700	47'325'700
	Saldo	-123'832'908.98	-129'729'020	-130'180'900	-451'880	0,3	-136'985'700	-141'303'000	-145'609'700
<b>50</b>	<b>Finanzdirektion</b>								
	Aufwand	-463'859'895.34	-493'532'764	-496'299'030	-2'766'266	0,6	-510'595'285	-495'662'865	-498'485'485
	Ertrag	1'001'861'713.35	1'059'250'180	1'160'547'254	101'297'074	9,6	1'166'654'300	1'154'896'700	1'108'855'300
	Saldo	538'001'818.01	565'717'416	664'248'224	98'530'808	17,4	656'059'015	659'233'835	610'369'815
<b>61</b>	<b>Richterliche Behörden</b>								
	Aufwand	-31'421'709.47	-30'234'660	-30'020'250	214'410	-0,7	-30'135'350	-30'251'050	-30'477'850
	Ertrag	9'418'159.34	8'825'700	9'322'200	496'500	5,6	9'322'200	9'322'200	9'322'200
	Saldo	-22'003'550.13	-21'408'960	-20'698'050	710'910	-3,3	-20'813'150	-20'928'850	-21'155'650
	<b>Total Kanton</b>								
	Aufwand	-1'407'077'614.37	-1'461'070'744	-1'464'513'324	-3'442'580	0,2	-1'475'709'214	-1'471'252'094	-1'493'357'015
	Ertrag	1'268'084'571.43	1'331'907'718	1'438'194'860	106'287'142	8,0	1'445'067'106	1'445'070'406	1'407'737'606
	Saldo	-138'993'042.94	-129'163'026	-26'318'464	102'844'562	-79,6	-30'642'108	-26'181'688	-85'619'409

**Detailinformationen**  
**Laufende Rechnung**

**Saldo pro Amt**

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
1000	Kantonsrat	-1'144'432.95	-1'074'271	-1'153'300	-79'029	7,4	-1'157'800	-1'162'100	-1'171'300
<b>10</b>	<b>Gesetzgebende Behörden</b>	<b>-1'144'432.95</b>	<b>-1'074'271</b>	<b>-1'153'300</b>	<b>-79'029</b>	<b>7,4</b>	<b>-1'157'800</b>	<b>-1'162'100</b>	<b>-1'171'300</b>
1100	Regierungsrat	-3'252'882.57	-3'333'991	-3'216'660	117'331	-3,5	-3'035'660	-3'034'460	-2'817'360
1120	Staatskanzlei	-5'406'016.65	-5'324'448	-5'310'300	14'148	-0,3	-5'466'900	-5'855'400	-5'815'000
1126	Staatsarchiv	-1'897'961.30	-1'819'387	-1'807'220	12'167	-0,7	-1'813'120	-1'811'920	-1'827'220
1128	Ombudsstelle	-305'183.18	-315'126	-314'530	596	-0,2	-324'830	-326'330	-329'330
1129	Datenschutz	-445'724.54	-381'744	-371'280	10'464	-2,7	-372'880	-374'080	-377'180
<b>11</b>	<b>Allgemeine Verwaltung</b>	<b>-11'307'768.24</b>	<b>-11'174'696</b>	<b>-11'019'990</b>	<b>154'706</b>	<b>-1,4</b>	<b>-11'013'390</b>	<b>-11'402'190</b>	<b>-11'166'090</b>
1500	Direktionssekretariat DI	-2'910'499.69	-2'854'250	-2'681'445	172'805	-6,1	-2'678'850	-2'691'650	-2'717'650
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'289'231.75	-1'389'853	-1'399'453	-9'600	0,7	-1'418'003	-1'450'903	-1'506'703
1530	Amt für Wald und Wild	-4'835'690.10	-4'745'462	-4'555'100	190'362	-4,0	-4'237'400	-4'229'500	-4'253'800
1550	Sozialamt	-48'444'643.47	-51'765'575	-53'298'000	-1'532'425	3,0	-48'820'200	-48'818'600	-48'764'200
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-5'982'840.41	-6'085'262	-6'609'300	-524'038	8,6	-6'605'700	-6'618'600	-8'413'200
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-7'139'953.52	-6'113'375	-5'588'770	524'605	-8,6	-5'607'020	-5'479'720	-5'565'620
<b>15</b>	<b>Direktion des Innern</b>	<b>-70'602'858.94</b>	<b>-72'953'777</b>	<b>-74'132'068</b>	<b>-1'178'291</b>	<b>1,6</b>	<b>-69'367'173</b>	<b>-69'288'973</b>	<b>-71'221'173</b>
1700	Direktionssekretariat DBK	-32'140'177.10	-32'232'045	-32'711'890	-479'845	1,5	-32'804'590	-31'010'890	-31'121'490
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-7'941'224.05	-9'350'980	-8'506'500	844'480	-9,0	-8'753'000	-8'884'800	-9'168'700
1733	Kantonsschule Zug	-39'144'456.32	-38'688'028	-37'007'070	1'680'958	-4,3	-35'887'000	-35'598'800	-35'510'300
1734	Kantonsschule Menzingen	-8'350'107.55	-8'693'189	-9'920'500	-1'227'311	14,1	-9'925'700	-10'403'800	-10'498'801
1736	Fachmittelschule	-4'814'876.27	-5'251'682	-5'551'860	-300'178	5,7	-5'410'960	-5'420'660	-5'453'360
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-103'905'609.17	-104'829'155	-104'980'400	-151'245	0,1	-105'060'800	-105'269'000	-105'572'200
1777	Amt für Berufsberatung	-4'338'129.08	-4'346'700	-4'308'900	37'800	-0,9	-4'255'600	-4'236'100	-4'257'000
1780	Amt für Sport	-1'372'642.65	-1'621'117	-1'502'550	118'567	-7,3	-1'528'650	-1'484'250	-1'496'650
1790	Amt für Kultur	-6'904'974.95	-7'138'692	-6'757'000	381'692	-5,3	-4'156'900	-4'163'000	-4'178'550
<b>17</b>	<b>Direktion für Bildung und Kultur</b>	<b>-208'912'197.14</b>	<b>-212'151'588</b>	<b>-211'246'670</b>	<b>904'918</b>	<b>-0,4</b>	<b>-207'783'200</b>	<b>-206'471'300</b>	<b>-207'257'051</b>
2000	Direktionssekretariat VD	-1'737'644.22	-1'859'422	-1'704'000	155'422	-8,4	-1'695'900	-1'693'500	-1'696'600
2011	Amt für Berufsbildung	-15'334'515.53	-18'338'382	-19'502'515	-1'164'133	6,3	-21'407'715	-21'731'915	-22'460'815
2012	Amt für Brückenangebote	-4'613'687.14	-4'903'530	-4'791'950	111'580	-2,3	-4'670'950	-4'608'750	-4'653'550
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-19'560'243.74	-20'406'293	-18'377'030	2'029'263	-9,9	-18'107'630	-18'020'730	-18'159'230
2015	LBBZ Schluechthof Cham	-2'108'008.91	-2'042'625	-1'757'250	285'375	-14,0	-1'767'450	-1'769'150	-1'861'650
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-12'220'126.01	-12'448'537	-12'265'100	183'437	-1,5	-11'982'900	-11'667'600	-11'836'300
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'918'589.51	-5'141'052	-5'218'900	-77'848	1,5	-5'246'100	-5'274'700	-5'342'700
2031	Arbeitslosenkasse	-1'264'778.00	-1'154'561	-1'114'300	40'261	-3,5	-129'900	310'100	280'100
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-30'531'246.41	-30'063'805	-30'530'120	-466'315	1,6	-28'963'120	-26'886'620	-26'829'720
2040	Sozialversicherungen	-34'582'482.18	-34'653'140	-36'285'000	-1'631'860	4,7	-37'325'000	-35'615'000	-37'055'000
2050	Landwirtschaftsamt	-2'538'308.89	-2'739'137	-2'574'750	164'387	-6,0	-2'390'050	-2'482'450	-2'518'700
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'595'466.65	-2'902'092	-3'025'300	-123'208	4,2	-3'236'400	-3'240'100	-3'248'100
2070	Handelsregisteramt	2'495'475.69	2'562'643	2'569'900	7'257	0,3	2'562'200	2'545'500	2'519'300
2071	Konkursamt	-1'013'979.24	-887'008	-781'800	105'208	-11,9	-781'800	-790'600	-808'200
<b>20</b>	<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>	<b>-130'523'600.74</b>	<b>-134'976'941</b>	<b>-135'358'115</b>	<b>-381'174</b>	<b>0,3</b>	<b>-135'142'715</b>	<b>-130'925'515</b>	<b>-133'671'165</b>
3000	Direktionssekretariat BD	-2'349'824.70	-2'423'353	-2'635'200	-211'847	8,7	-2'661'600	-2'672'700	-2'695'400
3020	Tiefbauamt	-3'424'326.54	-16'916'948	-15'170'800	1'746'148	-10,3	-15'169'200	-15'079'600	-15'132'900
3023	Strassenunterhalt	-12'892'695.01							
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3050	Amt für Umweltschutz	-3'922'998.49	-3'865'708	-5'124'100	-1'258'392	32,6	-3'849'600	-3'830'500	-3'887'500
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3060	Hochbauamt	-24'533'161.13	-26'271'124	-24'015'185	2'255'939	-8,6	-24'104'385	-24'150'285	-24'242'085
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung		42'286		-42'286	-100,0			
3080	Amt für Raumplanung	-5'420'676.65	-5'528'158	-5'266'800	261'358	-4,7	-5'288'400	-5'012'200	-5'044'900
<b>30</b>	<b>Baudirektion</b>	<b>-52'543'682.52</b>	<b>-54'963'005</b>	<b>-52'212'085</b>	<b>2'750'920</b>	<b>-5,0</b>	<b>-51'073'185</b>	<b>-50'745'285</b>	<b>-51'002'785</b>

**Detailinformationen**  
**Laufende Rechnung**

**Saldo pro Amt**

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
3500	Direktionssekretariat SD	-2'314'584.78	-2'412'414	-2'404'460	7'954	-0,3	-2'271'060	-2'280'060	-2'298'760
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'156'155.96	-2'352'244	-2'157'820	194'424	-8,3	-2'175'320	-2'211'020	-2'212'120
3541	Stabsstelle Notorganisation	-105'391.10	-449'694	-513'700	-64'006	14,2	-728'700	-597'200	-597'300
3542	Zivilschutz Spezialfinanzierung		39'710		-39'710	-100,0			
3581	Strassenverkehrsamt	2'301'176.80	2'612'685	2'951'920	339'235	13,0	3'626'720	3'571'820	3'389'520
3587	Amt für Feuerschutz	-257'310.40	-230'818	-227'400	3'418	-1,5	-227'600	-227'600	-227'600
3590	Zuger Polizei	-44'685'865.34	-44'025'730	-42'800'300	1'225'430	-2,8	-42'146'700	-41'968'300	-42'251'100
3592	Amt für Migration	-1'417'324.93	-1'639'906	-1'636'280	3'626	-0,2	-1'665'880	-1'685'780	-1'719'280
3595	Strafanstalt	-2'806'344.28	-2'789'810		2'789'810	-100,0			
3596	Amt für Justizvollzug			-7'777'470	-7'777'470		-7'776'270	-7'790'170	-7'817'670
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-4'682'061.32	-5'199'963		5'199'963	-100,0			
<b>35</b>	<b>Sicherheitsdirektion</b>	<b>-56'123'861.31</b>	<b>-56'448'184</b>	<b>-54'565'510</b>	<b>1'882'674</b>	<b>-3,3</b>	<b>-53'364'810</b>	<b>-53'188'310</b>	<b>-53'734'310</b>
4000	Direktionssekretariat GD	-23'910'366.12	-22'913'406	-21'710'300	1'203'106	-5,3	-22'641'700	-23'677'500	-24'620'100
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'774'834.61	-2'953'820	-2'979'000	-25'180	0,9	-2'992'400	-2'986'100	-3'013'800
4021	Rettungsdienst	-2'669'574.14	-2'790'152	-2'237'800	552'352	-19,8	-2'265'100	-2'306'300	-2'389'000
4030	Spitäler	-87'276'240.75	-93'527'000	-95'877'000	-2'350'000	2,5	-102'377'000	-105'577'000	-108'777'000
4050	Amt für Gesundheit		-5'778'873	-5'598'000	180'873	-3,1	-4'910'700	-4'937'600	-4'950'800
4055	Gesundheitsamt	-3'140'189.02							
4060	Medizinalamt	-2'266'125.25							
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'795'579.09	-1'765'769	-1'778'800	-13'031	0,7	-1'798'800	-1'818'500	-1'859'000
<b>40</b>	<b>Gesundheitsdirektion</b>	<b>-123'832'908.98</b>	<b>-129'729'020</b>	<b>-130'180'900</b>	<b>-451'880</b>	<b>0,3</b>	<b>-136'985'700</b>	<b>-141'303'000</b>	<b>-145'609'700</b>
5000	Direktionssekretariat FD	-2'183'626.21	-2'249'581	-2'226'660	22'921	-1,0	-2'229'460	-2'209'260	-2'233'860
5001	Finanzkontrolle	-670'994.27	-705'839	-713'930	-8'091	1,1	-713'030	-716'430	-723'230
5010	Personalamt	-1'355'538.35	-1'355'996	-1'359'225	-3'229	0,2	-1'336'500	-1'322'200	-1'333'700
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-6'076'622.38	-6'242'183	-5'422'800	819'383	-13,1	-5'639'700	-5'656'800	-5'479'700
5020	Finanzverwaltung	-1'658'325.21	-1'684'330	-1'699'355	-15'025	0,9	-1'699'055	-1'708'055	-1'724'995
5022	Allgemeiner Finanzbereich	-9'969'341.79	-16'277'473	-10'508'600	5'768'873	-35,4	5'990'700	13'861'700	19'309'700
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-243'607'225.00	-240'191'000	-141'199'246	98'991'754	-41,2	-182'934'000	-214'289'000	-289'113'000
5050	Amt für Informatik und Organisation AIO	-9'641'360.41	-9'425'952	-10'778'000	-1'352'048	14,3	-10'923'400	-10'954'400	-11'017'200
5060	Steuerverwaltung	-15'682'055.01	-16'070'770	-16'411'960	-341'190	2,1	-16'264'540	-16'254'720	-16'281'200
5065	Kantonssteuern	593'710'042.81	604'600'540	624'540'000	19'939'460	3,3	637'530'000	658'955'000	674'190'000
5068	Bundessteuern	235'136'863.83	259'820'000	234'528'000	-25'292'000	-9,7	238'778'000	244'028'000	249'277'000
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	-4'500'000	-4'500'000	0	0,0	-4'500'000	-4'500'000	-4'500'000
<b>50</b>	<b>Finanzdirektion</b>	<b>538'001'818.01</b>	<b>565'717'416</b>	<b>664'248'224</b>	<b>98'530'808</b>	<b>17,4</b>	<b>656'059'015</b>	<b>659'233'835</b>	<b>610'369'815</b>
6101	Kantonsgesicht: Verwaltung	-5'577'793.25	-5'484'790	-5'598'050	-113'260	2,1	-5'625'450	-5'653'150	-5'708'650
6102	Kantonsgesicht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'199'223.65	2'544'132	2'543'750	-382	-0,0	2'543'750	2'543'750	2'543'750
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'934'578.87	-2'017'348	-1'910'810	106'538	-5,3	-1'920'210	-1'929'810	-1'948'610
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-957'197.93	-700'032	-689'500	10'532	-1,5	-689'500	-689'500	-689'500
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'927'757.90	-5'136'138	-5'073'550	62'588	-1,2	-5'098'050	-5'122'650	-5'172'150
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	250'966.75	363'389	364'300	911	0,3	364'300	364'300	364'300
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-167'878.00	-253'352	-240'500	12'852	-5,1	-240'500	-240'500	-240'500
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	-6'986.25	52'931	54'000	1'069	2,0	54'000	54'000	54'000
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-8'391'004.77	-8'371'147	-8'140'735	230'412	-2,8	-8'180'635	-8'220'435	-8'295'435
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	177'514.22	471'356	680'250	208'894	44,3	680'250	680'250	680'250
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'632'145.39	-2'678'645	-2'673'170	5'475	-0,2	-2'685'970	-2'698'770	-2'724'570
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	91'540.45	32'695	147'000	114'305	349,6	147'000	147'000	147'000
6183	Schätzungskommission	-127'452.84	-232'011	-161'035	70'976	-30,6	-162'135	-163'335	-165'535
<b>61</b>	<b>Richterliche Behörden</b>	<b>-22'003'550.13</b>	<b>-21'408'960</b>	<b>-20'698'050</b>	<b>710'910</b>	<b>-3,3</b>	<b>-20'813'150</b>	<b>-20'928'850</b>	<b>-21'155'650</b>
	<b>Total Kanton</b>	<b>-138'993'042.94</b>	<b>-129'163'026</b>	<b>-26'318'464</b>	<b>102'844'562</b>	<b>-79,6</b>	<b>-30'642'108</b>	<b>-26'181'688</b>	<b>-85'619'409</b>

**Detailinformationen**  
**Laufende Rechnung**

**Artengliederung**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-8'873'529.93	-8'798'300	-8'966'300	-168'000	1,9	-9'018'700	-9'060'500	-9'151'100
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-176'436'826.75	-179'934'300	-179'344'450	589'850	-0,3	-178'891'900	-179'576'300	-182'765'300
302	Löhne Lehrpersonal	-68'054'201.95	-69'052'300	-67'174'900	1'877'400	-2,7	-65'254'200	-65'005'500	-65'305'601
304	Zulagen	-3'388'954.47	-3'578'500	-3'602'500	-24'000	0,7	-3'620'500	-3'638'600	-3'674'800
305	Arbeitgeberbeiträge	-53'252'304.95	-54'933'600	-53'981'300	952'300	-1,7	-54'333'800	-54'602'700	-54'935'300
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-2'505'222.95	-1'182'800	-1'000'000	182'800	-15,5	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
309	Übriger Personalaufwand	-4'281'975.56	-5'295'340	-4'259'705	1'035'635	-19,6	-4'335'025	-4'334'005	-4'327'425
<b>30</b>	<b>Personalaufwand</b>	<b>-316'793'016.56</b>	<b>-322'775'140</b>	<b>-318'329'155</b>	<b>4'445'985</b>	<b>-1,4</b>	<b>-316'454'125</b>	<b>-317'217'605</b>	<b>-321'159'526</b>
310	Material- und Warenaufwand	-10'256'068.80	-11'329'239	-10'334'950	994'289	-8,8	-10'259'370	-10'160'970	-10'110'570
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-7'010'817.97	-6'911'142	-5'383'545	1'527'597	-22,1	-5'345'145	-5'148'445	-5'014'545
312	Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	-3'534'670.17	-4'352'590	-4'126'830	225'760	-5,2	-4'146'830	-4'142'830	-4'141'830
313	Dienstleistungen und Honorare	-32'317'558.05	-31'071'844	-30'210'788	861'056	-2,8	-30'147'588	-30'440'488	-30'507'961
314	Baulicher/ betrieblicher Unterhalt Grundstücke VV	-20'749'943.17	-22'208'000	-21'839'400	368'600	-1,7	-21'965'900	-20'942'600	-21'001'300
315	Unterhalt Mobilien	-10'356'167.98	-12'919'050	-13'017'250	-98'200	0,8	-13'257'650	-13'382'650	-13'340'877
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-10'842'312.84	-10'480'546	-10'433'626	46'920	-0,4	-10'452'326	-10'343'026	-10'218'526
317	Spesenentschädigungen	-2'456'077.38	-2'464'300	-2'242'550	221'750	-9,0	-2'245'850	-2'248'850	-2'218'250
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-5'744'000.13	-5'497'500	-5'243'500	254'000	-4,6	-5'243'500	-5'243'500	-5'243'500
319	Übriger Betriebsaufwand	-4'942'672.01	1'018'671	-4'324'095	-5'342'766	-524,5	-4'408'995	-4'298'195	-4'226'395
<b>31</b>	<b>Sach- und übriger Betriebsaufwand</b>	<b>-108'210'288.50</b>	<b>-106'215'540</b>	<b>-107'156'534</b>	<b>-940'994</b>	<b>0,9</b>	<b>-107'473'154</b>	<b>-106'351'554</b>	<b>-106'023'754</b>
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-59'762'226.27	-64'440'000	-71'281'000	-6'841'000	10,6	-73'604'000	-93'522'000	-96'375'000
<b>33</b>	<b>Abschreibungen Verwaltungs- vermögen</b>	<b>-59'762'226.27</b>	<b>-64'440'000</b>	<b>-71'281'000</b>	<b>-6'841'000</b>	<b>10,6</b>	<b>-73'604'000</b>	<b>-93'522'000</b>	<b>-96'375'000</b>
340	Zinsaufwand	-19'098.00	-30'000	-20'000	10'000	-33,3	-20'000	-20'000	-20'000
341	Realisierte Kursverluste	-5'243.47							
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	-878'179.01	-858'470	-867'580	-9'110	1,1	-867'580	-867'580	-867'580
349	Verschiedener Finanzaufwand	-11'265'509.22	-11'250'000	-8'300'000	2'950'000	-26,2	-6'290'000	-6'480'000	-6'690'000
<b>34</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>-12'168'029.70</b>	<b>-12'138'470</b>	<b>-9'187'580</b>	<b>2'950'890</b>	<b>-24,3</b>	<b>-7'177'580</b>	<b>-7'367'580</b>	<b>-7'577'580</b>
350	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital		-402'800	-41'000	361'800	-89,8	-238'500	-237'500	-234'400
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-14'292'656.63	-11'219'658	-9'504'455	1'715'203	-15,3	-9'673'155	-9'38'755	-9'72'655
<b>35</b>	<b>Einlagen in Spezialfinanzierungen</b>	<b>-14'292'656.63</b>	<b>-11'622'458</b>	<b>-9'545'455</b>	<b>2'077'003</b>	<b>-17,9</b>	<b>-9'911'655</b>	<b>-1'176'255</b>	<b>-1'207'055</b>
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-9'253'371.10	-9'525'500	-9'945'000	-419'500	4,4	-9'541'900	-9'380'900	-9'408'900
362	Finanz- und Lastenausgleich	-354'571'345.00	-380'846'380	-383'642'800	-2'796'420	0,7	-396'897'000	-380'859'000	-387'474'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-436'895'946.47	-452'259'456	-459'010'500	-6'751'044	1,5	-457'998'300	-457'742'900	-465'233'800
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-4'000.00	-3'000	-3'000	0	0,0	-3'000	-2'000	-2'000
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9'505'050.26	-10'416'000	-9'596'000	820'000	-7,9	-10'091'000	-10'088'000	-9'965'000
<b>36</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>-810'229'712.83</b>	<b>-853'050'336</b>	<b>-862'197'300</b>	<b>-9'146'964</b>	<b>1,1</b>	<b>-874'531'200</b>	<b>-858'072'800</b>	<b>-872'083'700</b>

Detailinformationen  
Laufende Rechnung

Artengliederung

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
370	Durchlaufende Beiträge	-82'305'212.55	-86'329'400	-84'680'400	1'649'000	-1,9	-84'190'400	-85'180'400	-86'580'400
<b>37</b>	<b>Durchlaufende Beiträge</b>	<b>-82'305'212.55</b>	<b>-86'329'400</b>	<b>-84'680'400</b>	<b>1'649'000</b>	<b>-1,9</b>	<b>-84'190'400</b>	<b>-85'180'400</b>	<b>-86'580'400</b>
387	A.o. Transferaufwand; zusätzliche Abschreibungen		-1'308'000		1'308'000	-100,0			
389	Einlagen in das Eigenkapital	-167'869.76							
<b>38</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>-167'869.76</b>	<b>-1'308'000</b>		<b>1'308'000</b>	<b>-100,0</b>			
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'307'433.05	-1'266'000	-1'340'000	-74'000	5,8	-1'362'000	-1'385'000	-1'408'000
392	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	-33'512.55	-32'500	-32'500	0	0,0	-32'500	-32'500	-32'500
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-469'217.27							
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-636'999.49	-1'113'900	-25'400	1'088'500	-97,7	-271'600	-280'400	-274'500
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-401'212.36	-419'000	-378'000	41'000	-9,8	-341'000	-306'000	-275'000
399	Übrige Interne Verrechnungen	-300'226.85	-360'000	-360'000	0	0,0	-360'000	-360'000	-360'000
<b>39</b>	<b>Interne Verrechnungen</b>	<b>-3'148'601.57</b>	<b>-3'191'400</b>	<b>-2'135'900</b>	<b>1'055'500</b>	<b>-33,1</b>	<b>-2'367'100</b>	<b>-2'363'900</b>	<b>-2'350'000</b>
<b>3</b>	<b>Aufwand</b>	<b>-1'407'077'614.37</b>	<b>-1'461'070'744</b>	<b>-1'464'513'324</b>	<b>-3'442'580</b>	<b>0,2</b>	<b>-1'475'709'214</b>	<b>-1'471'252'094</b>	<b>-1'493'357'015</b>



**Detailinformationen**  
**Laufende Rechnung**

**Artengliederung**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
400	Direkte Steuern natürliche Personen	395'511'169.45	423'400'000	425'500'000	2'100'000	0,5	434'200'000	452'600'000	464'800'000
401	Direkte Steuern juristische Personen	210'000'091.95	192'200'000	206'800'000	14'600'000	7,6	210'200'000	213'600'000	217'000'000
402	Übrige direkte Steuern	2'755'386.22	3'000'000	3'000'000	0	0,0	3'000'000	3'000'000	3'000'000
403	Besitz- und Aufwandsteuern	30'185'825.85	30'400'000	31'000'000	600'000	2,0	32'058'000	32'626'000	33'204'000
<b>40</b>	<b>Fiskalertrag</b>	<b>638'452'473.47</b>	<b>649'000'000</b>	<b>666'300'000</b>	<b>17'300'000</b>	<b>2,7</b>	<b>679'458'000</b>	<b>701'826'000</b>	<b>718'004'000</b>
410	Regalien	272'335.35	282'300	269'300	-13'000	-4,6	269'300	269'300	269'300
411	Schweiz. Nationalbank			9'670'900	9'670'900		9'670'900	9'670'900	9'670'900
412	Konzessionen	1'836'574.95	1'824'800	1'825'000	200		1'825'000	1'390'000	1'390'000
413	Ertragsanteile Lotterien, Sport-Toto, Wetten	52'571.35	53'000	53'000	0	0,0	53'000	53'000	53'000
<b>41</b>	<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2'161'481.65</b>	<b>2'160'100</b>	<b>11'818'200</b>	<b>9'658'100</b>	<b>447,1</b>	<b>11'818'200</b>	<b>11'383'200</b>	<b>11'383'200</b>
420	Ersatzabgaben	980'227.00	985'000	938'000	-47'000	-4,8	938'000	938'000	938'000
421	Gebühren für Amtshandlungen	28'047'158.72	29'124'550	30'108'100	983'550	3,4	29'804'400	30'023'600	29'917'100
422	Spital- und Heimplatz, Kostgelder	652'905.53	795'000	745'000	-50'000	-6,3	745'000	745'000	745'000
423	Schul- und Kursgelder	6'365'168.02	5'656'000	6'157'350	501'350	8,9	6'179'650	6'202'150	6'202'150
424	Benützungsgeldern und Dienstleistungen	7'902'334.80	8'904'145	9'355'345	451'200	5,1	9'589'545	9'580'045	9'570'045
425	Erlös aus Verkäufen	2'624'529.63	2'573'500	2'770'900	197'400	7,7	3'354'500	3'676'400	3'526'400
426	Rückerstattungen	9'964'398.11	8'618'100	9'090'662	472'562	5,5	8'410'562	8'505'062	8'588'562
427	Bussen	7'356'198.26	8'424'500	8'956'500	532'000	6,3	8'963'500	8'971'500	8'979'500
429	Übrige Entgelte	2'648'874.18	1'947'500	1'923'900	-23'600	-1,2	1'923'900	1'973'900	1'973'900
<b>42</b>	<b>Entgelte</b>	<b>66'541'794.25</b>	<b>67'028'295</b>	<b>70'045'757</b>	<b>3'017'462</b>	<b>4,5</b>	<b>69'909'057</b>	<b>70'615'657</b>	<b>70'440'657</b>
430	Verschiedene betriebliche Erträge	329'760.85	75'000	75'000	0	0,0	235'000	275'000	275'000
431	Aktivierung Eigenleistungen	6'035'100.00	6'505'000	7'471'000	966'000	14,9	7'471'000	7'428'000	7'453'000
432	Bestandesveränderungen	11'475.00	-2'000	-2'000	0	0,0	2'000	-2'000	2'000
439	Übriger Ertrag	71'254.01	53'000	45'000	-8'000	-15,1	58'000	48'000	49'000
<b>43</b>	<b>Verschiedene Erträge</b>	<b>6'447'589.86</b>	<b>6'631'000</b>	<b>7'589'000</b>	<b>958'000</b>	<b>14,4</b>	<b>7'766'000</b>	<b>7'749'000</b>	<b>7'779'000</b>
440	Zinsertrag	5'129'098.79	3'357'300	1'396'300	-1'961'000	-58,4	1'031'300	2'006'300	3'206'300
441	Realisierte Gewinne FV	544'594.00							
442	Beteiligungsertrag FV	813'000.00	813'000	792'000	-21'000	-2,6	792'000	792'000	792'000
443	Liegenschaftenertrag FV	1'218'888.30	1'073'030	1'108'990	35'960	3,4	1'108'990	1'108'990	1'108'990
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'541'827.95	28'474'100	28'561'400	87'300	0,3	28'572'300	36'066'100	36'055'200
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen		6'000	6'000	0	0,0	6'000	6'000	6'000
447	Liegenschaftenertrag VV	7'871'849.64	7'800'540	8'344'419	543'879	7,0	8'364'419	8'373'419	8'373'419
448	Erträge von gemieteten Liegenschaften	601'224.90	571'000	758'500	187'500	32,8	758'500	758'500	758'500
<b>44</b>	<b>Finanzertrag</b>	<b>44'720'483.58</b>	<b>42'094'970</b>	<b>40'967'609</b>	<b>-1'127'361</b>	<b>-2,7</b>	<b>40'633'509</b>	<b>49'111'309</b>	<b>50'300'409</b>
451	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im EK							9'939'800	16'340'800
<b>45</b>	<b>Entnahmen aus Spezialfinanzierungen</b>							<b>9'939'800</b>	<b>16'340'800</b>

**Detailinformationen**  
**Laufende Rechnung**

**Artengliederung**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
460	Ertragsanteile	245'673'929.28	270'629'373	245'232'000	-25'397'373	-9,4	249'709'200	255'058'200	260'376'200
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	16'586'628.84	17'090'200	18'343'800	1'253'600	7,3	18'658'200	17'710'200	17'766'200
462	Finanz- und Lastenausgleich	110'964'120.00	96'155'380	87'943'554	-8'211'826	-8,5	89'463'000	92'070'000	93'861'000
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	50'943'491.53	51'550'300	52'985'140	1'434'840	2,8	70'903'540	71'870'640	72'363'640
469	Verschiedener Transferertrag	138'764.85	47'300	153'500	106'200	224,5	190'900	192'100	192'100
<b>46</b>	<b>Transferertrag</b>	<b>424'306'934.50</b>	<b>435'472'553</b>	<b>404'657'994</b>	<b>-30'814'559</b>	<b>-7,1</b>	<b>428'924'840</b>	<b>436'901'140</b>	<b>444'559'140</b>
470	Durchlaufende Beiträge	82'305'212.55	86'329'400	84'680'400	-1'649'000	-1,9	84'190'400	85'180'400	86'580'400
<b>47</b>	<b>Durchlaufende Beiträge</b>	<b>82'305'212.55</b>	<b>86'329'400</b>	<b>84'680'400</b>	<b>-1'649'000</b>	<b>-1,9</b>	<b>84'190'400</b>	<b>85'180'400</b>	<b>86'580'400</b>
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		40'000'000	150'000'000	110'000'000	275,0	120'000'000	70'000'000	
<b>48</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>		<b>40'000'000</b>	<b>150'000'000</b>	<b>110'000'000</b>	<b>275,0</b>	<b>120'000'000</b>	<b>70'000'000</b>	
491	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	1'307'433.05	1'266'000	1'340'000	74'000	5,8	1'362'000	1'385'000	1'408'000
492	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten	33'512.55	32'500	32'500	0	0,0	32'500	32'500	32'500
493	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	469'217.27							
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzertrag	636'999.49	1'113'900	25'400	-1'088'500	-97,7	271'600	280'400	274'500
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	401'212.36	419'000	378'000	-41'000	-9,8	341'000	306'000	275'000
499	Übrige Interne Verrechnungen	300'226.85	360'000	360'000	0	0,0	360'000	360'000	360'000
<b>49</b>	<b>Interne Verrechnungen</b>	<b>3'148'601.57</b>	<b>3'191'400</b>	<b>2'135'900</b>	<b>-1'055'500</b>	<b>-33,1</b>	<b>2'367'100</b>	<b>2'363'900</b>	<b>2'350'000</b>
<b>4</b>	<b>Ertrag</b>	<b>1'268'084'571.43</b>	<b>1'331'907'718</b>	<b>1'438'194'860</b>	<b>106'287'142</b>	<b>8,0</b>	<b>1'445'067'106</b>	<b>1'445'070'406</b>	<b>1'407'737'606</b>

Detailinformationen  
Investitionsrechnung

Total pro Direktion

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
11	<b>Allgemeine Verwaltung</b>								
	Ausgaben	-128'714.40	-155'000	-125'000	30'000	-19,4	-65'000		
	Einnahmen	8'500.00							
	Saldo	-120'214.40	-155'000	-125'000	30'000	-19,4	-65'000		
15	<b>Direktion des Innern</b>								
	Ausgaben	-2'676'483.85	-4'591'000	-4'274'000	317'000	-6,9	-3'430'000	-1'490'000	-1'595'000
	Einnahmen	465'953.66	377'500	300'000	-77'500	-20,5	300'000	300'000	300'000
	Saldo	-2'210'530.19	-4'213'500	-3'974'000	239'500	-5,7	-3'130'000	-1'190'000	-1'295'000
17	<b>Direktion für Bildung und Kultur</b>								
	Ausgaben	-1'413'128.79	-2'102'000	-487'000	1'615'000	-76,8	-300'000	-300'000	-300'000
	Einnahmen	363'163.46	400'000	360'000	-40'000	-10,0	360'000	360'000	250'000
	Saldo	-1'049'965.33	-1'702'000	-127'000	1'575'000	-92,5	60'000	60'000	-50'000
20	<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>								
	Ausgaben	-5'897'390.90	-7'465'300	-12'873'000	-5'407'700	72,4	-11'570'000	-11'648'000	-10'448'000
	Einnahmen	3'881'821.25	3'448'000	9'118'000	5'670'000	164,4	9'668'000	3'068'000	3'068'000
	Saldo	-2'015'569.65	-4'017'300	-3'755'000	262'300	-6,5	-1'902'000	-8'580'000	-7'380'000
30	<b>Baudirektion</b>								
	Ausgaben	-89'111'323.01	-76'753'000	-102'129'000	-25'376'000	33,1	-91'052'000	-94'405'000	-65'313'000
	Einnahmen	16'293'133.95	6'802'135	6'940'000	137'865	2,0	2'584'500	1'383'000	1'158'000
	Saldo	-72'818'189.06	-69'950'865	-95'189'000	-25'238'135	36,1	-88'467'500	-93'022'000	-64'155'000
35	<b>Sicherheitsdirektion</b>								
	Ausgaben	-6'989'752.14	-9'638'000	-3'477'232	6'160'768	-63,9	-620'000	-550'000	
	Einnahmen	220'000.00	1'650'000	850'000	-800'000	-48,5			
	Saldo	-6'769'752.14	-7'988'000	-2'627'232	5'360'768	-67,1	-620'000	-550'000	
40	<b>Gesundheitsdirektion</b>								
	Ausgaben	-1'034'799.76	-510'000	-447'000	63'000	-12,4	-3'380'000	-390'000	-680'000
	Einnahmen	5'000.00	5'000	5'000	0	0,0	3'000	5'000	
	Saldo	-1'029'799.76	-505'000	-442'000	63'000	-12,5	-3'377'000	-385'000	-680'000
50	<b>Finanzdirektion</b>								
	Ausgaben	-7'605'390.04	-1'108'000	-5'545'000	-4'437'000	400,5	-7'530'000	-9'760'000	-6'900'000
	Einnahmen	211'150.65	376'000	516'000	140'000	37,2	172'000	644'000	300'000
	Saldo	-7'394'239.39	-732'000	-5'029'000	-4'297'000	587,0	-7'358'000	-9'116'000	-6'600'000
	<b>Total Kanton</b>								
	Ausgaben	-114'856'982.89	-102'322'300	-129'357'232	-27'034'932	26,4	-117'947'000	-118'543'000	-85'236'000
	Einnahmen	21'448'722.97	13'058'635	18'089'000	5'030'365	38,5	13'087'500	5'760'000	5'076'000
	Saldo	-93'408'259.92	-89'263'665	-111'268'232	-22'004'567	24,7	-104'859'500	-112'783'000	-80'160'000

**Detailinformationen**  
**Investitionsrechnung**

**Saldo pro Amt**

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>10</b>	<b>Gesetzgebende Behörden</b>								
1120	Staatskanzlei	-69'065.60							
1126	Staatsarchiv	-51'148.80	-155'000	-125'000	30'000	-19,4	-65'000		
<b>11</b>	<b>Allgemeine Verwaltung</b>	<b>-120'214.40</b>	<b>-155'000</b>	<b>-125'000</b>	<b>30'000</b>	<b>-19,4</b>	<b>-65'000</b>		
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-296'411.09	-1'242'000	-1'375'000	-133'000	10,7	-70'000	-110'000	-75'000
1530	Amt für Wald und Wild	-501'398.05	-1'471'500	-1'315'000	156'500	-10,6	-740'000	-560'000	-700'000
1550	Sozialamt	-1'392'397.00	-1'500'000	-800'000	700'000	-46,7	-1'800'000		
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-20'324.05		-484'000	-484'000		-520'000	-520'000	-520'000
<b>15</b>	<b>Direktion des Innern</b>	<b>-2'210'530.19</b>	<b>-4'213'500</b>	<b>-3'974'000</b>	<b>239'500</b>	<b>-5,7</b>	<b>-3'130'000</b>	<b>-1'190'000</b>	<b>-1'295'000</b>
1733	Kantonsschule Zug	-1'065'321.01	-1'698'000	-137'000	1'561'000	-91,9			
1734	Kantonsschule Menzingen	-60'365.90	-104'000	-50'000	54'000	-51,9			
1777	Amt für Berufsberatung	128'163.46	100'000	60'000	-40'000	-40,0	60'000	60'000	-50'000
1790	Amt für Kultur	-52'441.88							
<b>17</b>	<b>Direktion für Bildung und Kultur</b>	<b>-1'049'965.33</b>	<b>-1'702'000</b>	<b>-127'000</b>	<b>1'575'000</b>	<b>-92,5</b>	<b>60'000</b>	<b>60'000</b>	<b>-50'000</b>
2000	Direktionssekretariat VD	-888'137.15	-610'000	-100'000	510'000	-83,6	0	0	0
2011	Amt für Berufsbildung	-300'000.00		-1'100'000	-1'100'000		50'000	50'000	50'000
2012	Amt für Brückenangebote		-200'000		200'000	-100,0			
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-256'814.90	-240'000		240'000	-100,0			
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-127'726.50	-120'000	-277'000	-157'000	130,8			
2031	Arbeitslosenkasse		-100'000		100'000	-100,0			
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-474'801.60	-1'140'000	-771'000	369'000	-32,4	-150'000	-7'350'000	-6'150'000
2050	Landwirtschaftsamt	31'910.50	-207'300	-242'000	-34'700	16,7	-192'000	-162'000	-162'000
2065	Amt für Wohnungswesen		-1'100'000	-1'100'000	0	0,0	-1'100'000	-1'100'000	-1'100'000
2070	Handelsregisteramt		-300'000	-150'000	150'000	-50,0	-480'000		
2071	Konkursamt			-15'000	-15'000		-30'000	-18'000	-18'000
<b>20</b>	<b>Volkswirtschaftsdirektion</b>	<b>-2'015'569.65</b>	<b>-4'017'300</b>	<b>-3'755'000</b>	<b>262'300</b>	<b>-6,5</b>	<b>-1'902'000</b>	<b>-8'580'000</b>	<b>-7'380'000</b>
3000	Direktionssekretariat BD	-239'358.50	-1'100'000	-1'000'000	100'000	-9,1	0	0	0
3020	Tiefbauamt	-15'516'904.25	-29'512'665	-35'561'000	-6'048'335	20,5	-28'889'500	-48'521'000	-54'143'000
3023	Strassenunterhalt	-348'129.10							
3031	Tiefbauamt: Kantonsstrassen	-12'074'866.48							
3032	Nationalstrassen	0.00							
3050	Amt für Umweltschutz	1'531'524.82	-450'000	-650'000	-200'000	44,4	-400'000	-50'000	-25'000
3060	Hochbauamt	-46'140'561.84	-37'695'000	-57'511'000	-19'816'000	52,6	-58'811'000	-44'184'000	-9'770'000
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-1'212.36	-600'000		600'000	-100,0			
3080	Amt für Raumplanung	-28'681.35	-593'200	-467'000	126'200	-21,3	-367'000	-267'000	-217'000
<b>30</b>	<b>Baudirektion</b>	<b>-72'818'189.06</b>	<b>-69'950'865</b>	<b>-95'189'000</b>	<b>-25'238'135</b>	<b>36,1</b>	<b>-88'467'500</b>	<b>-93'022'000</b>	<b>-64'155'000</b>
3541	Stabsstelle Notorganisation	-282'211.89	-150'000		150'000	-100,0			
3581	Strassenverkehrsamt	-481'106.64	-190'000	-100'000	90'000	-47,4	-50'000		
3587	Amt für Feuerschutz	-77'733.30	-618'000	-31'232	586'768	-94,9			
3590	Zuger Polizei	-5'928'700.31	-7'030'000	-2'496'000	4'534'000	-64,5	-570'000	-550'000	
<b>35</b>	<b>Sicherheitsdirektion</b>	<b>-6'769'752.14</b>	<b>-7'988'000</b>	<b>-2'627'232</b>	<b>5'360'768</b>	<b>-67,1</b>	<b>-620'000</b>	<b>-550'000</b>	
4005	Amt für Verbraucherschutz	-233'896.00		-57'000	-57'000				-300'000
4021	Rettungsdienst	-720'102.51	-505'000	-385'000	120'000	-23,8	-377'000	-385'000	-380'000
4030	Spitäler	4'778.15					-3'000'000		
4060	Medizinalamt	-80'579.40							
<b>40</b>	<b>Gesundheitsdirektion</b>	<b>-1'029'799.76</b>	<b>-505'000</b>	<b>-442'000</b>	<b>63'000</b>	<b>-12,5</b>	<b>-3'377'000</b>	<b>-385'000</b>	<b>-680'000</b>
5000	Direktionssekretariat FD	-24'300.00	-366'000	-714'000	-348'000	95,1			
5010	Personalamt			-60'000	-60'000		-60'000	-966'000	-450'000
5020	Finanzverwaltung	-346'814.00	-198'000		198'000	-100,0	-198'000		
5022	Allgemeiner Finanzbereich	11'827.65	3'000'000		-3'000'000	-100,0			
5050	Amt für Informatik und Organisation AIO	-5'479'464.19	-1'798'000	-3'135'000	-1'337'000	74,4	-2'780'000	-150'000	-150'000
5060	Steuerverwaltung	-1'555'488.85	-1'370'000	-1'120'000	250'000	-18,2	-4'320'000	-8'000'000	-6'000'000
<b>50</b>	<b>Finanzdirektion</b>	<b>-7'394'239.39</b>	<b>-732'000</b>	<b>-5'029'000</b>	<b>-4'297'000</b>	<b>587,0</b>	<b>-7'358'000</b>	<b>-9'116'000</b>	<b>-6'600'000</b>
<b>61</b>	<b>Richterliche Behörden</b>								
	<b>Total Kanton</b>	<b>-93'408'259.92</b>	<b>-89'263'665</b>	<b>-111'268'232</b>	<b>-22'004'567</b>	<b>24,7</b>	<b>-104'859'500</b>	<b>-112'783'000</b>	<b>-80'160'000</b>

**Detailinformationen**  
**Investitionsrechnung**

**Artengliederung**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
500	Grundstücke unbebaut		-50'000		50'000	-100,0			
501	Strassen/Verkehrswege	-33'912'998.70	-31'820'000	-37'066'000	-5'246'000	16,5	-29'631'000	-48'881'000	-54'143'000
502	Wasserbau	-5'394'854.90	-2'480'000	-1'475'000	1'005'000	-40,5	-1'010'000	-700'000	-750'000
503	Übriger Tiefbau	-348'913.48	-600'000	-900'000	-300'000	50,0	-500'000	-300'000	-50'000
504	Hochbauten	-45'891'772.90	-38'225'000	-60'474'000	-22'249'000	58,2	-58'811'000	-44'184'000	-9'770'000
505	Waldungen		-30'000	-10'000	20'000	-66,7	-10'000	-10'000	-10'000
506	Mobilien	-19'630'279.96	-16'266'000	-12'184'000	4'082'000	-25,1	-9'345'000	-11'128'000	-7'873'000
<b>50</b>	<b>Sachanlagen</b>	<b>-105'178'819.94</b>	<b>-89'471'000</b>	<b>-112'109'000</b>	<b>-22'638'000</b>	<b>25,3</b>	<b>-99'307'000</b>	<b>-105'203'000</b>	<b>-72'596'000</b>
542	Darlehen Gemeinden und Gemeindezweckverbände		-500'000	-500'000	0	0,0	-500'000	-500'000	-500'000
545	Darlehen private Unternehmungen	-2'321'500.00	-2'800'000	-3'000'000	-200'000	7,1	-3'000'000	-3'000'000	-3'000'000
546	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck	-300'000.00		-100'000	-100'000				
547	Darlehen private Haushalte	-235'000.00	-300'000	-300'000	0	0,0	-300'000	-300'000	-300'000
<b>54</b>	<b>Darlehen</b>	<b>-2'856'500.00</b>	<b>-3'600'000</b>	<b>-3'900'000</b>	<b>-300'000</b>	<b>8,3</b>	<b>-3'800'000</b>	<b>-3'800'000</b>	<b>-3'800'000</b>
561	Investitionsbeiträge Kantone und Konkordate			-1'000'000	-1'000'000				
562	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	-600'538.05	-422'000	-719'000	-297'000	70,4	-660'000	-360'000	-360'000
564	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen	-1'002'206.00	-1'688'000	-6'852'232	-5'164'232	305,9	-6'700'000	-6'800'000	-6'100'000
565	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	-489'336.85	-1'038'300	-730'000	308'300	-29,7	-3'730'000	-730'000	-730'000
566	Investitionsbeiträge priv. Org. ohne Erwerbszweck	-1'392'397.00	-1'500'000	-800'000	700'000	-46,7	-1'800'000		
567	Investitionsbeiträge private Haushalte	-544'958.50	-1'250'000	-1'335'000	-85'000	6,8	-200'000	-200'000	-200'000
<b>56</b>	<b>Eigene Investitionsbeiträge</b>	<b>-4'029'436.40</b>	<b>-5'898'300</b>	<b>-11'436'232</b>	<b>-5'537'932</b>	<b>93,9</b>	<b>-13'090'000</b>	<b>-8'090'000</b>	<b>-7'390'000</b>
572	Durchl. Beiträge Gemeinden/ Gemeindezweckverbände	-240'014.00	-1'010'000	-400'000	610'000	-60,4	-300'000		
575	Durchl. Beiträge private Unternehmungen	-651'680.40	-948'000	-437'000	511'000	-53,9	-425'000	-425'000	-425'000
577	Durchl. Beiträge private Haushalte	-1'900'532.15	-1'395'000	-1'075'000	320'000	-22,9	-1'025'000	-1'025'000	-1'025'000
<b>57</b>	<b>Durchlaufende Investitions- beiträge</b>	<b>-2'792'226.55</b>	<b>-3'353'000</b>	<b>-1'912'000</b>	<b>1'441'000</b>	<b>-43,0</b>	<b>-1'750'000</b>	<b>-1'450'000</b>	<b>-1'450'000</b>
<b>5</b>	<b>Investitionsausgaben</b>	<b>-114'856'982.89</b>	<b>-102'322'300</b>	<b>-129'357'232</b>	<b>-27'034'932</b>	<b>26,4</b>	<b>-117'947'000</b>	<b>-118'543'000</b>	<b>-85'236'000</b>

Detailinformationen  
Investitionsrechnung

Artengliederung

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
606	Übertragung Mobilien	30'912.91	5'000	5'000	0	0,0	3'000	5'000	
<b>60</b>	<b>Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen</b>	<b>30'912.91</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>3'000</b>	<b>5'000</b>	
614	Rückerstattungen Hochbauten	22'890.00							
<b>61</b>	<b>Rückerstattungen</b>	<b>22'890.00</b>							
630	Investitionsbeiträge Bund	12'825'013.85	5'904'835	3'545'000	-2'359'835	-40,0	1'051'500	600'000	375'000
632	Investitionsbeiträge Gemeinden/-zweckverbände	2'264'813.25	777'800	3'649'000	2'871'200	369,1	205'000	677'000	333'000
635	Investitionsbeiträge private Unternehmungen	282'208.05					450'000		
<b>63</b>	<b>Investitionsbeiträge für eigene Rechnung</b>	<b>15'372'035.15</b>	<b>6'682'635</b>	<b>7'194'000</b>	<b>511'365</b>	<b>7,7</b>	<b>1'706'500</b>	<b>1'277'000</b>	<b>708'000</b>
644	Darlehen öffentliche Unternehmungen			6'000'000	6'000'000		6'600'000		
645	Darlehen private Unternehmungen	2'846'353.15	2'618'000	2'618'000	0	0,0	2'618'000	2'618'000	2'618'000
646	Darlehen private Organisationen ohne Erwerbszweck						50'000	50'000	50'000
647	Darlehen private Haushalte	363'163.46	400'000	360'000	-40'000	-10,0	360'000	360'000	250'000
<b>64</b>	<b>Rückzahlung von Darlehen</b>	<b>3'209'516.61</b>	<b>3'018'000</b>	<b>8'978'000</b>	<b>5'960'000</b>	<b>197,5</b>	<b>9'628'000</b>	<b>3'028'000</b>	<b>2'918'000</b>
664	Rückzahlung öffentliche Unternehmungen	21'141.75							
<b>66</b>	<b>Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge</b>	<b>21'141.75</b>							
670	Durchl. Beiträge Bund	2'792'226.55	3'353'000	1'912'000	-1'441'000	-43,0	1'750'000	1'450'000	1'450'000
<b>67</b>	<b>Durchlaufende Investitions- beiträge</b>	<b>2'792'226.55</b>	<b>3'353'000</b>	<b>1'912'000</b>	<b>-1'441'000</b>	<b>-43,0</b>	<b>1'750'000</b>	<b>1'450'000</b>	<b>1'450'000</b>
<b>6</b>	<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>21'448'722.97</b>	<b>13'058'635</b>	<b>18'089'000</b>	<b>5'030'365</b>	<b>38,5</b>	<b>13'087'500</b>	<b>5'760'000</b>	<b>5'076'000</b>

# Institutionelle Gliederung

Übersicht

Leistungsauftrag

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung





## Ohne Leistungsauftrag

### 1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-798'911,30	-725'000	-800'000	-75'000	10,3	-804'100	-808'000	-816'100
301	Löhne Angestellte der Ver- waltung und Rechtspflege	-33'287,55	-17'000	-23'000	-6'000	35,3	-23'100	-23'200	-23'400
305	Arbeitgeberbeiträge	-49'187,40	-66'900	-71'700	-4'800	7,2	-72'000	-72'300	-73'200
309	Übriger Personalaufwand		-15'000	-10'000	5'000	-33,3	-10'000	-10'000	-10'000
313	Dienstleistungen und Honorare	-25'795,40	-25'000	-25'000	0	0,0	-25'000	-25'000	-25'000
315	Unterhalt Mobilien		-45'000	-20'000	25'000	-55,6	-20'000	-20'000	-20'000
317	Spesenentschädigungen	-29'189,65	-6'900	-6'900	0	0,0	-6'900	-6'900	-6'900
319	Übriger Betriebsaufwand	-155'561,65	-120'971	-144'200	-23'229	19,2	-144'200	-144'200	-144'200
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-52'500,00	-52'500	-52'500	0	0,0	-52'500	-52'500	-52'500
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-1'144'432,95</b>	<b>-1'074'271</b>	<b>-1'153'300</b>	<b>-79'029</b>	<b>7,4</b>	<b>-1'157'800</b>	<b>-1'162'100</b>	<b>-1'171'300</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-1'144'432,95</b>	<b>-1'074'271</b>	<b>-1'153'300</b>	<b>-79'029</b>	<b>7,4</b>	<b>-1'157'800</b>	<b>-1'162'100</b>	<b>-1'171'300</b>

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

Kein Beitrag

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Höherer Personalaufwand für Kantonsrats- und Kommissionssitzungen (Neue Geschäftsordnung des Kantonsrats)

Tieferer Sachaufwand, da keine Ausgaben für neue Software

Die Budgetkürzung 2015 des Kantonsrats kann nicht weitergeführt werden (Position 319)

#### Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

### 2 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Keine

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs, 5)

Keine



Institutionelle Gliederung  
Allgemeine Verwaltung  
Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
1100	Regierungsrat	-3'252'882.57	-3'333'991	-3'216'660	117'331	-3,5	-3'035'660	-3'034'460	-2'817'360
1120	Staatskanzlei	-5'406'016.65	-5'324'448	-5'310'300	14'148	-0,3	-5'466'900	-5'855'400	-5'815'000
1126	Staatsarchiv	-1'897'961.30	-1'819'387	-1'807'220	12'167	-0,7	-1'813'120	-1'811'920	-1'827'220
1128	Ombudsstelle	-305'183.18	-315'126	-314'530	596	-0,2	-324'830	-326'330	-329'330
1129	Datenschutz	-445'724.54	-381'744	-371'280	10'464	-2,7	-372'880	-374'080	-377'180
11	Allgemeine Verwaltung	-11'307'768.24	-11'174'696	-11'019'990	154'706	-1,4	-11'013'390	-11'402'190	-11'166'090

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
1120	Staatskanzlei	-69'065.60							
1126	Staatsarchiv	-51'148.80	-155'000	-125'000	30'000	-19,4	-65'000		
11	Allgemeine Verwaltung	-120'214.40	-155'000	-125'000	30'000	-19,4	-65'000	0	0

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Keine Bemerkung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'004'269.90	-2'006'800	-2'006'800	0	0,0	-2'016'800	-2'026'900	-2'047'200
305	Arbeitgeberbeiträge	-724'088.90	-774'600	-654'100	120'500	-15,6	-663'100	-666'800	-464'400
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-239'736.60	-82'800		82'800	-100,0			
313	Dienstleistungen und Honorare	-20'693.70	-30'000	-80'000	-50'000	166,7	-80'000	-65'000	-30'000
317	Spesenentschädigungen	-206'166.50	-210'100	-207'900	2'200	-1,0	-207'900	-207'900	-207'900
319	Übriger Betriebsaufwand	-133'000.37	-125'591	-123'000	2'591	-2,1	-123'000	-123'000	-123'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-40'000.00	-200'000	-200'000	0	0,0			
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-3'367'955.97</b>	<b>-3'429'891</b>	<b>-3'271'800</b>	<b>158'091</b>	<b>-4,6</b>	<b>-3'090'800</b>	<b>-3'089'600</b>	<b>-2'872'500</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	700.00							
426	Rückerstattungen	114'373.40	95'900	55'140	-40'760	-42,5	55'140	55'140	55'140
	<b>Total Ertrag</b>	<b>115'073.40</b>	<b>95'900</b>	<b>55'140</b>	<b>-40'760</b>	<b>-42,5</b>	<b>55'140</b>	<b>55'140</b>	<b>55'140</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-3'252'882.57</b>	<b>-3'333'991</b>	<b>-3'216'660</b>	<b>117'331</b>	<b>-3,5</b>	<b>-3'035'660</b>	<b>-3'034'460</b>	<b>-2'817'360</b>

Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
17'000 Franken weniger übriger Betriebsaufwand infolge Sistierung Aktionsplan e-Gov
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
42'000 Franken höherer Personalaufwand infolge höherer AG-Beiträge an Pensionskassen  
50'000 Franken höhere Kosten für die Strategie des Regierungsrats ab 2019 (Position 313)  
40'000 Franken tiefere Rückerstattungen bei den Verwaltungsratsentschädigungen (Pos 426)

Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
200'000 Franken tiefere Beiträge an Gemeinwesen und Dritte ab 2017; die Soforthilfe bei Katastrophen und Kriegen soll aus Lotteriefonds finanziert werden  
200'000 Franken tiefere Personalkosten ab 2019 infolge geplanter Streichung der ausserordentlichen Sparbeiträge an die Mitglieder des Regierungsrates
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
50'000 Franken höhere Kosten im 2017 für die Strategie des Regierungsrats ab 2019 (Position 313)  
35'000 Franken höhere Kosten im 2018 für die Strategie des Regierungsrats ab 2019 (Position 313)

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Kantonsrats und des Regierungsrats. Sie koordiniert und unterstützt die Verwaltung in Rechts- und Verfahrensfragen. Sie betreibt die Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip und ist zuständig für die operative Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie betreibt das Ausweisbüro und hat die operative Verantwortung für die Telefonie-Vermittlung.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Unterstützung Kantonsrats- und Regierungsratsgeschäfte

- Stabsleistungen für Kantons- und Regierungsrat
- Koordination und Unterstützung der Verwaltung in formellen und rechtlichen Fragen
- Durchführung von Abstimmungen und Wahlen
- Information der Bevölkerung über Geschäfte des Regierungsrates

##### Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung

- Ausstellen von Pässen und Identitätskarten
- Vermitteln von Telefonanrufern in die gewünschten Amtsstellen

##### Leistungsgruppe 3: Übrige Aufgaben

- Technische Verantwortung für den kantonalen Internetauftritt [www.zg.ch](http://www.zg.ch)
- Ausstellen von Beglaubigungen
- Betreiben der Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip

##### Leistungsgruppe 4: Kommunikation

- Entwicklung von Kommunikationsstrategien und -konzeptionen für Regierungsrat und Kanton
- Realisation Öffentlichkeits-/Medienarbeit für Regierungsrat
- Beratung und Begleitung bei Kommunikationsaufgaben für Regierungsrat, Kanton und Direktionsvorsteher
- Kontrollinstanz CI/CD für Kanton und Direktionen
- Leitung Arbeitsgruppe Kommunikation für Regierungsrat und Kanton
- Anlaufstelle für Medien für Regierungsrat, Kanton und Direktionen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 22. Juni 2001 über die Ausweise für Schweizer Angehörige (Ausweisgesetz, AwG; SR 143.1)
- Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (WAG) vom 28. September 2006 (BGS 131.1)
- Gesetz über die Organisation und Verwaltung der Gemeinden (Gemeindengesetz) vom 4. September 1980 (BGS 171.1)
- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung vom 20. Februar 2014 (BGS 158.1)
- Kantonsratsbeschluss über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (Verwaltungsgebührentarif) vom 11. März 1974 (BGS 641.1)
- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrats (GO RR) vom 26. September 2013 (BGS 151.1)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrates (GO KR) vom 28. August 2014 (BGS 141.1)
- Leitlinien zur Kommunikation vom 27. Januar 2015 (BGS 152.33)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

- Mit der Umstellung vom Proporz- auf das Majorzwahlsystem bei Exekutivwahlen müssen vermehrt Ergänzungswahlen angesetzt werden, da im Majorzwahlsystem ein Nachrücken nicht möglich ist.

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Unterstützung Kantonsrats- und Regierungsratsgeschäfte</b>					
1	Hohe juristische und formale Qualität der Vorlagen an den Kantonsrat	Kantonsrat, Medien	Keine für Dritte relevanten Fehler	Keine für Dritte relevanten Fehler	Gleich
2	Hohe juristische und formale Qualität der Regierungsratsbeschlüsse	Adressaten der Regierungsratsbeschlüsse	Keine für Dritte relevanten Fehler	Keine für Dritte relevanten Fehler	Gleich
3	Sicherstellung der hohen Qualität von Erlasstexten	Direktionen	Keine Reklamation	Keine Reklamation	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
4	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter, KdK, ZRK usw.	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
5	Fehlerfreie Durchführung von Abstimmungen und Wahlen	Einwohnerinnen und Einwohner	Keine rechtlichen, technischen, juristischen, logistischen und kommunikativen Fehler	Keine rechtlichen, technischen, logistischen und kommunikativen Fehler	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung</b>					
6	Effizientes Ausstellen von Ausweisen	Einwohnerinnen und Einwohner	Pro Antrag max. 80 Min.	Pro Antrag max. 76 Min.	Gleich
7	Schnelles und korrektes Vermitteln von Gesprächen	Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner	Mind. 2 Systemmessungen, ø Vermittlungsdauer 30 Sek.	Mind. 2 Systemmessungen, ø Vermittlungsdauer 30 Sek.	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Übrige Aufgaben</b>					
8	Hohe Verfügbarkeit von www.zg.ch	Internetnutzende	Systemverfügbarkeit mind. 99 %, d. h. die ungeplante Ausfallzeit beträgt max. 5'256 Min./Jahr	Systemverfügbarkeit mind. 99 %, d. h. die ungeplante Ausfallzeit beträgt max. 5'256 Min./Jahr	Gleich
9	Schnelles Ausstellen von Apostillen und Überbeglaubigungen	Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24 Std.	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24 Std.	Gleich
10	Kompetente und zeitgerechte Auskünfte von der Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip	Direktionen, Gemeinden	Auskunft innert 1 Kalenderwoche; keine Reklamationen	Auskunft innert 1 Kalenderwoche; keine Reklamationen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Kommunikation</b>					
11	Kompetente und schnelle Abwicklung der Anfragen und Aufgaben	Regierungsrat, Direktionsvorsteher, Verwaltungseinheiten, Medien	Professioneller Standard	Professioneller Standard	Gleich
12	Fristgerechte Beratung und Ausführung	Regierungsrat, Direktionsvorsteher, Verwaltungseinheiten, Medien	Kompetente und effiziente Ausführungen	Kompetente und effiziente Ausführungen	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
KR-/RR-Vorlagen	Anzahl	311 / 1'157	350 / 1'100	340 / 1'100	Gleich
KR-Sitzungen	Halbtage	26	23	26	Gleich
Wahlen/Abstimmungen	Anzahl	3/4	2/4	2/4	Gleich
Ausweis anträge	Anzahl	14'256	17'000	15'400	Sinkend
Apostillen/Beglaubigungen	Anzahl	18'665	18'000	18'000	Gleich
Regierungsratssitzungen	Anzahl	39	40	40	Gleich
Mitberichte und Vernehmlassungen	Anzahl		10	10	Gleich
Anfragen an die Fachstelle Öffentlichkeitsprinzip	Anzahl		30	30	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Zahl der Anträge im Ausweiswesen dürfte sich nach den Spitzenjahren 2014, 2015 und 2016 wieder auf dem tieferen Niveau von 2013 einpendeln.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-8'260'561.35	-8'291'548	-8'416'700	-125'152	1,5	-8'153'300	-8'200'800	-8'060'400
Total Ertrag	2'854'544.70	2'967'100	3'106'400	139'300	4,7	2'686'400	2'345'400	2'245'400
Saldo	-5'406'016.65	-5'324'448	-5'310'300	14'148	-0,3	-5'466'900	-5'855'400	-5'815'000

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

- 75'000 Franken weniger Sachaufwand durch Verzicht bzw. Reduktion der Druckkosten
- 17'000 Franken weniger Aufwand für den Fachsupport für Fachanwendungen
- 160'000 Franken nachhaltige Mehreinnahmen infolge Gebührenerhöhungen bei den Beglaubigungen

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- 50'000 Franken höhere Einnahmen infolge Gebührenmehrertrag im Ausweiswesen
- 15'000 Franken höherer Aufwand wegen höheren Abgaben an den Bund im Ausweiswesen
- 40'000 Franken höherer Aufwand für Ergänzungswahl Majorz
- Die Budgetkürzung 2015 des Kantonsrats konnte nicht weitergeführt werden

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

- 100'000 Franken Minderaufwand wegen des geplanten Verzichts auf Druck der Gesetzessammlungen (GS und BGS) ab 2018
- 50'000 Franken Entlastung Personalaufwand 2017–2019

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- Aufwand und Ertrag im Ausweiswesen dürften sich nach den Spitzenjahren 2013 bis 2016 (rund 15'000 Anträge) wieder auf einem tieferen Niveau einpendeln.
- Wegen kontinuierlicher Verlagerung der Inserate in die elektronischen Medien sinken die Konzessionsgebühren Amtsblatt seit Jahren.

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
AL1120.0005 Übertragung Geräte Ausweisbüro ins Finanzvermögen								
Ausgaben								
Einnahmen	8'500.00							
IT1120.0003 «Doppelter Pukelsheim»								
Ausgaben	-77'565.60							
Einnahmen								
Total Budgetkredite								
Ausgaben	-77'565.60							
Einnahmen	8'500.00							
Saldo	-69'065.60							

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

##### Kommentar Budget

Beide Projekte sind abgeschlossen.

##### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Staatsarchiv gewährleistet die authentische Überlieferung und fachgerechte Langzeitarchivierung von administrativ, juristisch, wirtschaftlich, historisch, sozial und kulturell relevanten Unterlagen für die Bedürfnisse von Staat, Bevölkerung, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Als Gedächtnis des Kantons und der Gesellschaft stellt das Staatsarchiv sicher, dass staatliches Handeln transparent, nachvollziehbar und bei Bedarf kontrollierbar ist und der politische und gesellschaftliche Wandel nachvollzogen und historisch aufgearbeitet werden kann.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: GEVER und Aktenführung

- Verantwortung für das verwaltungsweit eingesetzte elektronische Geschäftsverwaltungssystem GEVER
- Beratung der kantonalen Verwaltung, der privaten Dritten mit Leistungsvereinbarung und der Gerichte bei Fragen der Aktenführung
- Allgemeine Hilfestellung (Grundlagenwissen, Leitfäden und Schulungen) bei der Umsetzung der zentralen Anforderungen an die Aktenführung

##### Leistungsgruppe 2: Aktenübernahmen und Erschliessung

- Übernahme von Unterlagen von bleibendem Wert aus der Produktion der anbieterpflichtigen Stellen
- Sicherung von Unterlagen privater Herkunft mit besonderer Bedeutung für den Kanton Zug
- Bestandesnachweis des dauerhaft übernommenen Archivgutes

##### Leistungsgruppe 3: Analoge und digitale Langzeitarchivierung

- Dauerhafte Erhaltung der Bestände
- Dauerhafte Gewährleistung der Lesbarkeit und Benutzbarkeit aller Unterlagen

##### Leistungsgruppe 4: Benutzung, Vermittlung und Kundendienste

- Verfügbarmachung der Unterlagen für Berechtigte
- Auskunftserteilung zu archivischen und historischen Fragen
- Beratung aller Gemeinden in Archivfragen
- Pflege einer Fachbibliothek zu Archivmanagement und zum Verständnis des Archivguts
- Förderung und fachliche Unterstützung von Forschung und Bildungsarbeit

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Archivgesetz vom 29. Januar 2004 (BGS 152.4)
- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung vom 20. Februar 2014 (BGS 158.1)
- Verordnung über die Aktenführung vom 20. März 2012 (BGS 152.42)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: GEVER und Aktenführung</b>					
1	Ein störungsarmer Betrieb von GEVER wird gewährleistet	Verwaltung	Systemverfügbarkeit 99,8 %; Datenerhaltung 100 %	Systemverfügbarkeit 99,8 %; Datenerhaltung 100 %	Gleich
2	GEVER bleibt rechtlich und technisch normenkonform und berücksichtigt – soweit möglich – die konsolidierten User-Bedürfnisse	Verwaltung	Systematische Auswertung Useranliegen; Einhaltung Records Management-Normen; genügend Speicher; Umsetzung kantonale IT-Normen	Angemessene Berücksichtigung der Useranliegen; Einhaltung Records Management-Normen; genügend Speicher; Umsetzung kantonale IT-Normen	Gleich
3	Aktenführende Stellen werden kompetent bei der Aktenführung unterstützt	Verwaltung, Private Dritte mit Leistungsvereinbarung, Gerichte	Leitfäden jährlich aktualisiert; 15 Beratungsaktivitäten (Beratungen, Schulungen)	Leitfäden jährlich auf Aktualität hin überprüft; 15 Beratungsaktivitäten (Beratungen, Schulungen)	Gleich



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
4	GEVER-Mandanten bereitstellen für restrukturierte Verwaltungsstellen	Verwaltung		2 Amtsstellen pro Jahr sind neu implementiert	Gleich
A	GEVER-Ausbreitung (bei Instanzen ohne Konsul)	Verwaltung	7 neue Mandanten	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 2: Aktenübernahmen und Erschliessung</b>					
5	Kontinuierliche Erhöhung der Aktenbildner mit Archivierungsvereinbarung	Verwaltung, Private Dritte mit Leistungsvereinbarung, Gerichte	2 neue Archivierungsvereinbarungen pro Jahr	2 neue Archivierungsvereinbarungen pro Jahr	Gleich
6	Systematische Erschliessung des Archivguts mit elektronischen Findmitteln	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit	Erfassung Ablieferungen mind. auf Amtsstufe (Inhalt, Laufzeit, Umfang) binnen 6 Wochen	Erfassung Ablieferungen mind. auf Amtsstufe (Inhalt, Laufzeit, Umfang) binnen 6 Wochen	Gleich
7	Überführung elektronischer Ablieferungen ins digitale Langzeitarchiv	Verwaltung, Private Dritte mit Leistungsvereinbarung, Gerichte, Öffentlichkeit	Mind. 1 elektronische Ablieferung verarbeitet	Mind. 3 elektronische Ablieferungen verarbeitet	Steigend
8	Sicherung von Archiven privater Dritter als Depots oder Schenkungen	Forschende, Schüler/innen, Studierende	Erschliessung auf Bestandesebene binnen 6 Wochen; Depot-/Schenkungsvertrag archivseitig binnen 3 Monaten	Erschliessung auf Bestandesebene binnen 6 Wochen; Depot-/Schenkungsvertrag archivseitig binnen 3 Monaten	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Analoge und digitale Langzeitarchivierung</b>					
9	Bestandserhaltende Massnahmen zur Erhaltung der Lesbarkeit und Benutzbarkeit	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit	12 Klimaauswertungen; mind. 2'000 Digitalisate; 20 Restaurierungen (Bände, Pläne, Dokumente)	12 Klimaauswertungen; mind. 5'000 Digitalisate; 20 Restaurierungen (Bände, Pläne, Dokumente)	Gleich
B	Digitalisierungsprojekt «Historische Karten und Pläne 1803–1922»	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit	Inventarisierung Pläne; Schadenserfassung; Festlegen technische Parameter; Reinigung/Restaurierung begonnen; Auftragsvergabe Digitalisierung erfolgt	Inventarisierung Pläne fortgesetzt; Feinfestlegung technische Parameter; Reinigung/Restaurierung fortgesetzt; Digitalisierung 1. Tranche	2017 Digitalisierung 2. Tranche; 2018 Digitalisierung 3. Tranche
<b>Leistungsgruppe 4: Benutzung, Vermittlung und Kundendienste</b>					
10	Fristgerechte und kompetente Erteilung von Auskünften an Amtsstellen und die Öffentlichkeit	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit	Beantwortung binnen 5 Arbeitstagen unter Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben	Beantwortung binnen 5 Arbeitstagen unter Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben	Gleich
11	Aktuelle Nachführung der Personen- und Ämterdatenbank PERAD	Verwaltung, Öffentlichkeit	Publikation (per 30. Januar des Folgejahres)	Publikation (per 30. Januar des Folgejahres)	Gleich
12	Verwaltung wird mittels historischem Beitrag in «Personaliitig» mit Zuger Geschichte vertraut gemacht	Verwaltung, Öffentlichkeit	In jeder Ausgabe ein gehaltvoller Beitrag	In jeder Ausgabe ein gehaltvoller Beitrag	Gleich
13	Aktuellhalten der Fachbibliothek	Verwaltung, Forschende, Schüler/innen, Studierende, Öffentlichkeit	Mind. 90 % der neubeschafften Titel sind katalogisiert und online	Mind. 90 % der neubeschafften Titel sind katalogisiert und online	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

Zielsetzung 4: Die Ausbreitung des Geschäftsverwaltungssystems GEVER ist voraussichtlich per Ende 2015 abgeschlossen. Durch Reorganisationen im Rahmen des EP werden pro Jahr weiterhin ca. 2 Mandantenanpassungen notwendig sein.

### 3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
GEVER-Mandanten/User	Anzahl		66/700	70/800	Gleich
Aktenablieferungen	Anzahl/ Laufmeter		55/300	55/300	Gleich
Schriftliche Fachauskünfte	Anzahl		400	400	Gleich
IT-Emergency-Interventionen	Anzahl		3	3	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Die Ausbreitung von GEVER ist per Ende 2015 im Wesentlichen abgeschlossen. Trotz Mandantenanpassungen bleibt die Userzahl in etwa konstant.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-2'111'545.50	-2'012'387	-2'013'220	-833	0,0	-2'019'120	-2'019'920	-2'035'220
Total Ertrag	213'584.20	193'000	206'000	13'000	6,7	206'000	208'000	208'000
Saldo	-1'897'961.30	-1'819'387	-1'807'220	12'167	-0,7	-1'813'120	-1'811'920	-1'827'220

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

30'000 Franken weniger Personal- sowie Sach- und übriger Betriebsaufwand durch Weiterführung der Kantonsratskürzungen

12'000 Franken tiefere Kosten bei der Weiterentwicklung der GEVER-Fachanwendung

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

13'000 Franken ausgewiesene Mehreinnahmen gegenüber dem Budget 2014 aufgrund der bereinigten Berechnung (Rückerstattungen Gemeinden, Arbeitsplatzpauschalen für Dritte)

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

Die im Budget vorgesehenen Entlastungsmassnahmen kommen grundsätzlich auch in den Jahren 2017–2019 zum Tragen

2'000 Franken mehr Gebühreneinnahmen ab 2018, sofern der Kantonsrat der Revision des geltenden Verwaltungsgebührentarifs zustimmt

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

7'000 Franken im 2017 für die Durchführung des Archivtages «Tag der offenen Tür»

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT1126.0001 Security-Audit und Ausbreitung						
Ausgaben	-46'828.80	-30'000				
Einnahmen						
IT1126.0002 Speicherausbau GEVER						
Ausgaben	-4'320.00	-35'000				
Einnahmen						
IT1126.0003 eCH-Schnittstellen Datenim-/export						
Ausgaben		-90'000	-30'000			
Einnahmen						

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT1126.0004	Anbindung GEVER an digitale Langzeitarchivierung								
	Ausgaben			-95'000			-65'000		
	Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>									
	<b>Ausgaben</b>	-51'148.80	-155'000	-125'000			-65'000		
	<b>Einnahmen</b>								
	<b>Saldo</b>	-51'148.80	-155'000	-125'000			-65'000		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

#### Kommentar Budget

ad IT1126.0001-0004: Die ursprünglichen Projektbudgets können eingehalten werden

ad IT1126.0003: eCH - schweizweit geltender Standard (Prozessaustauschplattformen) für den Datenaustausch in standardisiertem Format

ad IT1126.0004: Neues Projekt Anbindung GEVER an die digitale Langzeitarchivierung (DLZA). Die DLZA gewährleistet das langfristige Halten elektronisch erzeugter Daten aus der Geschäftsverwaltung

#### Kommentar Finanzplan

ad IT1126.0004: Das Projekt ist auf maximal drei Jahre ausgelegt

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-706.00		-139'500	-139'500		-147'500	-148'200	-149'700
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-235'942.65	-235'500	-99'000	136'500	-58,0	-99'500	-100'000	-101'000
305	Arbeitgeberbeiträge	-53'374.30	-53'500	-53'400	100	-0,2	-55'200	-55'500	-56'000
309	Übriger Personalaufwand	-1'765.50	-4'950	-3'770	1'180	-23,8	-3'770	-3'770	-3'770
310	Material- und Warenaufwand	-8'617.10	-10'100	-9'360	740	-7,3	-9'360	-9'360	-9'360
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-800		800	-100,0			
313	Dienstleistungen und Honorare	-187.50	-3'000	-3'000	0	0,0	-3'000	-3'000	-3'000
315	Unterhalt Mobilien	-548.20	-2'800	-800	2'000	-71,4	-800	-800	-800
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-2'100.63	-2'000	-2'100	-100	5,0	-2'100	-2'100	-2'100
317	Spesenentschädigungen	-728.80	-1'800	-1'800	0	0,0	-1'800	-1'800	-1'800
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'212.50	-676	-1'800	-1'124	166,3	-1'800	-1'800	-1'800
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-305'183.18</b>	<b>-315'126</b>	<b>-314'530</b>	<b>596</b>	<b>-0,2</b>	<b>-324'830</b>	<b>-326'330</b>	<b>-329'330</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-305'183.18</b>	<b>-315'126</b>	<b>-314'530</b>	<b>596</b>	<b>-0,2</b>	<b>-324'830</b>	<b>-326'330</b>	<b>-329'330</b>

Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
Keine wesentlichen Beträge  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
310 gedruckter Jahresbericht, gesetzlicher Auftrag, «einziges Werbemittel»  
315 Folgekosten für neue IT-Lösung niedriger als erwartet  
Weitere freiwillige Budgetkürzungen

Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen			-135'400	-135'400		-136'100	-136'800	-138'100
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-314'780.05	-252'700	-117'900	134'800	-53,3	-118'500	-119'100	-120'300
305	Arbeitgeberbeiträge	-76'068.55	-52'000	-54'300	-2'300	4,4	-54'600	-54'800	-55'400
309	Übriger Personalaufwand	-1'155.95	-4'600	-4'480	120	-2,6	-4'480	-4'480	-4'480
310	Material- und Warenaufwand	-20'057.59	-18'200	-13'600	4'600	-25,3	-13'600	-13'600	-13'600
313	Dienstleistungen und Honorare	-19'514.25	-37'000	-33'300	3'700	-10,0	-33'300	-33'000	-33'000
315	Unterhalt Mobilien	-10'082.10	-16'000	-5'900	10'100	-63,1	-5'900	-5'900	-5'900
317	Spesenentschädigungen	-591.20	-1'000	-1'000	0	0,0	-1'000	-1'000	-1'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-3'474.85	-244	-5'400	-5'156	2113,1	-5'400	-5'400	-5'400
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-445'724.54</b>	<b>-381'744</b>	<b>-371'280</b>	<b>10'464</b>	<b>-2,7</b>	<b>-372'880</b>	<b>-374'080</b>	<b>-377'180</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-445'724.54</b>	<b>-381'744</b>	<b>-371'280</b>	<b>10'464</b>	<b>-2,7</b>	<b>-372'880</b>	<b>-374'080</b>	<b>-377'180</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

4'300 Franken tiefere Druckkosten infolge Verzichts auf Papierdruck des Datenschutzberichts

3'700 Franken tiefere Aufwendungen beim Fachsupport für Fachanwendungen

10'100 Franken tiefere Kosten EDV-Wartung infolge Verzichts auf Newsletter sowie Websitemigration auf zg.ch

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

**Kommentar Finanzplan**

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine



Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
1500	Direktionssekretariat	-2'910'499.69	-2'854'250	-2'681'445	172'805	-6,1	-2'678'850	-2'691'650	-2'717'650
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-1'289'231.75	-1'389'853	-1'399'453	-9'600	0,7	-1'418'003	-1'450'903	-1'506'703
1530	Amt für Wald und Wild	-4'835'690.10	-4'745'462	-4'555'100	190'362	-4,0	-4'237'400	-4'229'500	-4'253'800
1550	Sozialamt	-48'444'643.47	-51'765'575	-53'298'000	-1'532'425	3,0	-48'820'200	-48'818'600	-48'764'200
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	-5'982'840.41	-6'085'262	-6'609'300	-524'038	8,6	-6'605'700	-6'618'600	-8'413'200
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-7'139'953.52	-6'113'375	-5'588'770	524'605	-8,6	-5'607'020	-5'479'720	-5'565'620
15	<b>Direktion des Innern</b>	<b>-70'602'858.94</b>	<b>-72'953'777</b>	<b>-74'132'068</b>	<b>-1'178'291</b>	<b>1,6</b>	<b>-69'367'173</b>	<b>-69'288'973</b>	<b>-71'221'173</b>

Direktion des Innern

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-296'411.09	-1'242'000	-1'375'000	-133'000	10,7	-70'000	-110'000	-75'000
1530	Amt für Wald und Wild	-501'398.05	-1'471'500	-1'315'000	156'500	-10,6	-740'000	-560'000	-700'000
1550	Sozialamt	-1'392'397.00	-1'500'000	-800'000	700'000	-46,7	-1'800'000		
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-20'324.05		-484'000	-484'000		-520'000	-520'000	-520'000
15	<b>Direktion des Innern</b>	<b>-2'210'530.19</b>	<b>-4'213'500</b>	<b>-3'974'000</b>	<b>239'500</b>	<b>-5,7</b>	<b>-3'130'000</b>	<b>-1'190'000</b>	<b>-1'295'000</b>

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Die wesentlichen Änderungen zum Budget 2015 ergeben sich im Sozialamt (Leistungsvereinbarungen, Anstieg der Anzahl Betreuten bei den Sozialen Diensten Asyl) und im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (Mehraufwand für Hilfskräfte und Private Mandatspersonen).

Im Finanzplanjahr 2017 kommt der grosse Teil der Massnahmen aus dem Entlastungsprogramms zum Tragen, weshalb der Saldo über die ganze Direktion betrachtet massgeblich sinkt. Der berechnete Personalbedarf aufgrund steigender Fallzahlen beim KES begründet den Anstieg im Finanzplanjahr 2019.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabs-, Planungs- und Koordinationsstelle der Direktion des Innern. Es unterstützt die Vorsteherin der Direktion des Innern und berät sie fachlich. Im Weiteren nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und berät Amtsstellen, Einwohner-, Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden sowie Private in juristischen Fragen. Ihm obliegen namentlich die allgemeine Gemeinde- und Wahlaufsicht, das Zivilstands- und Bürgerrechtswesen sowie das Grundbuch- und Notariatsinspektorat.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte

- Instruktion Beschwerden
- Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Erarbeitung der Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat
- Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen
- Erarbeitung von Verfügungen und Verträgen
- Massnahmenplan Gleichstellung und Umsetzung

##### Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst

- Auskunftserteilung an Dritte insbesondere zu Fragen des Bürgerrechts, Gemeinderechts, Sachenrechts sowie des Wahl- und Abstimmungsrechts
- Gemeindeaufsicht inkl. Schulung und Beratung
- Wahl- und Abstimmungsaufsicht
- Rechtliche Unterstützung der Direktionsämter insbesondere beim Erlass von Verfügungen und bei Verträgen, Leistungs-, Subventions- und Programmvereinbarungen

##### Leistungsgruppe 3: Rechnungswesen und Controlling

- Rechnungsführung für Direktion des Innern
- Erstellen der Jahresrechnung für die schweizerische Bauernhausforschung

##### Leistungsgruppe 4: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst

- Erfüllung der Aufgaben der Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen
- Vorbereitung und Antrag an das Bundesamt für Migration zur Erteilung der eidg. Einbürgerungsbewilligung
- Bearbeitung Gesuche um Erteilung kantonaues Bürgerrecht
- Schulung und Beratung Bürgergemeinden und Zivilstandsämter
- Inspektion Zivilstandsämter (alle 2 Jahre, 2016 nicht)
- Prüfung Zivilstandsurkunden
- Führung Sonderzivilstandsamt
- Bearbeitung Gesuche um Namensänderung

##### Leistungsgruppe 5: Grundbuch- und Notariatsinspektorat

- Inspektion gemeindliche Urkundspersonen und Inspektion des Grundbuch- und Vermessungsamtes
- Schulungen für Urkundspersonen
- Prüfung Verfügungen der Volkswirtschaftsdirektion im Bereich des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG; Lex Koller) und des Bundesgesetzes über das bürgerliche Bodenrecht (BGBB) und Einreichung Beschwerden an das Verwaltungsgericht
- Beratung von Gemeinden und Privatpersonen in Grundbuchfragen

##### Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen/Kommunikation

- Allgemeine Stabsaufgaben (Strategische Planung, Steuerung, Koordination der Aufgaben)
- Direktionsinterne und -externe Kommunikation
- Führung Bibliothek (Direktion des Innern und Gesundheitsdirektion)

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz, BÜG, SR 141.0) und dazugehörige Verordnung
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
- Bundesgesetz über das bürgerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991 (BGBB, 211.412.11)
- Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG, 211.412.41) und dazugehörige Verordnung
- Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (PfG, SR 211.423) und dazugehörige Verordnung
- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)
- Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (ZStV, SR 211.112.2)
- Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechts (kantonaues Bürgerrechtsgesetz, kant. BÜG) vom 3. September 1992 (BGS 121.3) und dazugehörige Verordnung



Leistungsauftrag

- Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) vom 28. September 2006 (BGS 131.1) und dazugehörige Verordnung
  - Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) vom 4. September 1980 (BGS 171.1)
  - Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB) vom 17. August 1911 (BGS 211.1)
  - Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
  - Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen vom 3. Juni 1946 (BGS 223.1)
  - Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz, BGS 611.1) vom 31. August 2006
  - Vollzugsverordnung über das Zivilstandswesen (Kantonale Zivilstandsverordnung) vom 28. April 1981 (BGS 212.1)
- 1.4 Kommentar Grundlagen**  
Keine wesentlichen Änderungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte</b>					
1	Hohe Qualität der Anträge und Aussprachepapiere	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
2	Beförderliche Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen Verwaltungsgericht, Bundesgericht	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	Gleich
3	Fristgerechte Einreichung von Mitberichten und Stellungnahmen	Direktionen, Gerichte	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
4	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
A	Revision Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) im Bereich Nachbarrecht	Regierungsrat, Kantonsrat, Stimmberechtigte	Regierungsratsbeschluss liegt vor	Kantonsratsbeschluss verabschiedet Revisionsvorlage	
B	Massnahmen im Bereich Gleichstellung von Frau und Mann erarbeiten und umsetzen	Regierungsrat, Direktionen, Mitarbeitende	Konzept zur Umsetzung Massnahmenplan liegt vor	Konzept zur Umsetzung Massnahmenplan liegt vor	
<b>Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst</b>					
5	Rasche und kompetente Auskunftserteilung zu Fragen des Gemeinderechts und des Wahl- und Abstimmungsrechts	Verwaltungsstellen, Gemeinden und Private	Einfache Anfragen innert 2 Arbeitstagen, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	Einfache Anfragen innert 2 Arbeitstagen, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	Gleich
6	Zeit- und fachgerechte Aufsicht bei eidg. und kant. Abstimmungen und Wahlen	Gemeinden, Staatskanzlei	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Stimmbüroprotokolle innert 20 Minuten nach Prüfungsabschluss	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Stimmbüroprotokolle innert 20 Minuten nach Prüfungsabschluss	Gleich
7	Zeit- und fachgerechte Aufsicht gemäss BGGB	Landwirtschaftsamt, Private	95 % der Verfügungen innert 1 Woche geprüft	95 % der Verfügungen vom Sachbearbeiter innert 1 Woche geprüft	Gleich
8	Wahrnehmung Beschwerdeberechtigung bei Verfügungen betreffend Grundstücken durch Personen im Ausland	VD, Private	95 % der Verfügungen innert 1 Woche geprüft	95 % der Verfügungen vom Sachbearbeiter innert 1 Woche geprüft	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
C	Erfolgreiche Einführung der neuen Mitglieder in Gemeindebehörden in ihr Amt	Neu gewählte kommunale Behördenmitglieder	Bis Ende Juni Weiterbildungskurse für neu gewählte Mitglieder der Gemeinderäte und des Stadtrates Zug sowie der Rechnungsprüfungskommissionen durchgeführt	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 3: Rechnungswesen und Controlling</b>					
9	Fristgerechte Erstellung der Jahresrechnung der schweizerischen Bauernhausforschung	Schweizerische Bauernhausforschung	Innert Frist	Innert Frist	Gleich
10	Zeit- und fachgerechte formelle Prüfung Jahresrechnungen und Budgets der Gemeinden	Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst</b>					
11	Beförderliche und fachgerechte Instruktion der Einbürgerungsgesuche	Gesuchstellende, Regierungsrat, Gemeinden, Verwaltungsgericht, Bundesgericht	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang aller notwendigen Unterlagen und Kostenvorschuss	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang aller notwendigen Unterlagen und Kostenvorschuss	Gleich
12	Kontinuierliche Weiterbildung Behördenmitglieder Bürgergemeinden	Bürgerrätinnen und -räte, Bürgerschreiberinnen und -schreiber	Mitwirkung bei Workshop zu aktuellen Fragestellungen des Bürgerrechts	Mitwirkung bei Workshop zu aktuellen Fragestellungen des Bürgerrechts	Gleich
13	Fachgerechte und beförderliche Bearbeitung der Gesuche um Namensänderung	Gesuchstellende	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	Gleich
14	Praxisnahe Vermittlung von Staatskundewissen an Einbürgerungswillige	Private, die Einbürgerungsgesuch gestellt haben	Staatsbürgerlicher Kurs durchgeführt	Staatsbürgerlicher Kurs durchgeführt	Gleich
15	Zeit- und fachgerechte Information und Beratung der Zivilstandsämter	Zivilstandsämter	Aktenprüfung und Beantwortung von Anfragen innert 1 Woche	Aktenprüfung und Beantwortung von Anfragen innert 1 Woche nach Vollständigkeit der Unterlagen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Grundbuch- und Notariatsinspektorat</b>					
16	Regelmässige Inspektion des Grundbuch- und Vermessungsamtes	Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA)	Inspektion im GVA durchgeführt	Inspektion im GVA durchgeführt	Gleich
17	Vermittlung neuester Wissensstand für Delegation gemeindlicher Urkundspersonen	Urkundspersonen	Workshop durchgeführt	Workshop durchgeführt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen/Kommunikation</b>					
18	Information und Dialog zu aktuellen Themen der Direktion. Beratung und Unterstützung der Ämter in Bereichen der Kommunikation	Medien, Öffentlichkeit, Stakeholder, Mitarbeitende	> 30 Medienkontakte	> 30 Medienkontakte	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**

- a) Entlastungsprogramm  
Keine wesentlichen Bemerkungen
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Projekt C fällt weg, da keine Gesamterneuerungswahlen im 2016  
Zielsetzungen 7, 8 und 15 präzisiert

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
RR-Anträge der Direktion des Innern	Anzahl	139	150	150	Gleich
Beschwerden	Entscheide		20–25	20–25	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		60	60	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	RR-Anträge		8–12	8–12	Gleich
Jahresrechnungen und Budgets Gemeinden	Anzahl		66	66	Gleich
Einbürgerungen	Gesuche		350–400	350–400	Gleich
Namensänderungen	Gesuche		80–90	80–90	Gleich
Verfügungen BGG und BewG	Anzahl		200	160	Gleich

Direktion des Innern

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Im Jahr 2014 gingen 124 Verfügungen zum BGG und BewG zur Prüfung ein, die Anzahl für das 2016 wurde entsprechend nach unten angepasst

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-3'281'720.69	-3'142'550	-2'969'845	172'705	-5,5	-2'967'250	-2'980'050	-3'006'050
Total Ertrag	371'221.00	288'300	288'400	100	0,0	288'400	288'400	288'400
Saldo	-2'910'499.69	-2'854'250	-2'681'445	172'805	-6,1	-2'678'850	-2'691'650	-2'717'650

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

18'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

b) Weitere wesentliche Abweichungen

105'000 Franken gemäss RRB vom 23.08.2015 - Anteil des Kantons Zug an Aufsichtsgebühren der Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht entfällt ab 2016

10'000 Franken durch weniger Aufwand Fachgruppe Gleichstellung

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Keine

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Grundbuch- und Vermessungsamt (GVA) führt das Grundbuch als öffentliches Register, in welchem die Grundstücke, deren Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Berechtigungen an den Grundstücken (z.B. Leitungsrechte, Grundpfandrechte) geführt bzw. verwaltet werden. Es leitet die amtliche Vermessung, welche die Grundlagen des Privateigentums an Grundstücken erhebt und zur Verfügung stellt. Ebenfalls koordiniert das GVA die Geodaten des Kantons Zug und stellt die öffentlich zugänglichen Daten im GIS Zug (Geo-Informationssystem) dar. Zudem baut es den Kataster über die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) auf.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs

- Anschaffen und Betreuen der Fachapplikation (Grundbuchsoftware) samt Anschlussprogrammen
- Schaffen von Rechtssicherheit beim Vollzug von Grundbuchanmeldungen
- Bereinigung alter Rechte im Hinblick auf Einführung des eidgenössischen Grundbuchs
- Mündliche und schriftliche (Grundbuchauszüge) Auskünfte aus dem Grundbuch
- Vorprüfen von Grundbuchgeschäften

##### Leistungsgruppe 2: Beurkundung

- Beurkundung von Rechtsgeschäften über die Errichtung und Erhöhung von Grundpfandrechten

##### Leistungsgruppe 3: Betreuen des Vermessungswerks

- Aufbereiten der Geoinformationsgrundlagen (Referenzdaten, Basisplan der amtlichen Vermessung)
- Vermessungswerk nach den Vorgaben des Bundes periodisch nachführen und weiterentwickeln
- Aufsicht über Leistungsvereinbarungen und Verifikation der Arbeiten der laufenden Nachführung
- Baukontrollmessungen im Auftrag der Gemeinden Zug und Menzingen sowie Sondervermessungen für kantonale Stellen und Dritte

##### Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug

- Anschaffen und Betreuen der Fachapplikationen für Vermessungswerk und GIS Zug, samt Schnittstellen
- Koordination der Geobasisdaten im GIS Zug
- GIS-Dienstleistungen im Auftrag kantonaler und kommunaler Verwaltungsstellen (Projektbegleitung, Beratung, Koordination)
- Bereitstellen der aktuellen Geodaten im GIS Zug
- Abgabe von Geodaten in ausgedruckter und digitaler Form (Organisation, technische Einrichtung)
- Umsetzen und Koordinieren der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes und des Kantons, unter Einbezug der Gemeinden, allenfalls Dritter

##### Leistungsgruppe 5: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

- Aufbau eines Katasters mit den gesetzlich vorgesehenen Themen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen

##### Leistungsgruppe 6: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)

- Information über wichtige Ereignisse, Neuerungen und Praxis des GVA
- Weiterbildung Dritter (Urkundspersonen, GIS-Beteiligte, weitere Fachpersonen)
- Mitwirkung in Fachverbänden (z.B. CadastreSuisse, KKGeo, ALK GI ZCH, VSGV)

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB) vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
- Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG) vom 3. Oktober 2003 (SR 221.301)
- Bundesgesetz über Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeolG) vom 5. Oktober 2007 (SR 510.62) und dazugehörige eidgenössische und kantonale Erlasse
- Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) vom 2. September 2009 (SR 510.622.4)
- Grundbuchverordnung (GBV) vom 23. September 2011 (SR 211.432.1)
- Gesetz betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
- Gesetz über den Gebührentarif im Grundbuchwesen (Grundbuchgebührentarif) vom 27. September 2007 (BGS 215.35)
- Gesetz über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsgesetz, GeolG-ZG) vom 29. März 2012 (BGS 215.71)
- Verordnung über Geoinformation im Kanton Zug (Geoinformationsverordnung, GeolV-ZG) vom 18. Dezember 2012 (BGS 215.711)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs</b>					
1	Prüfung einer Grundbuchanmeldung erfolgt fehlerfrei und rechtmässig	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte, mögliche Rechtserwerber/innen	Innert 20 Tagen nach dem Tagebucheintrag (Ausnahme: Geschäfte mit laufendem BewG-Verfahren)	Innert 20 Tagen nach dem Tagebucheintrag (Ausnahme: Geschäfte mit laufendem BewG-Verfahren)	Gleich
2	Auskünfte werden zeitgerecht, kundenorientiert und korrekt (den gesetzlichen Grundlagen entsprechend) erteilt	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte, mögliche Rechtserwerber/innen, Urkundspersonen	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert 2 Tagen seit Eingang	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert 2 Tagen seit Eingang	Gleich
3	Grundbuchauszüge sind kundengerecht, rasch und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen zugestellt	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte, mögliche Rechtserwerber/innen, Urkundspersonen	Grundbuchauszüge sind innert 2 Tagen nach Bestellung zugestellt	Grundbuchauszüge sind innert 2 Tagen nach Bestellung zugestellt	Gleich
4	Vorprüfungen von Grundbuchgeschäften sind zeitgerecht an die Hand genommen und führen zu korrekten Anmeldungen	Urkundspersonen sowie Privatpersonen zum Eigengebrauch	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen; keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen; keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte	Gleich
A	Ein weiteres Bereinigungslos ist abgeschlossen	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte in unbereinigten Gemeinden	Im Grundbuch ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben	Im Grundbuch ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben	
B	Integration neue Grundbuchsoftware	Eigentümer/innen, dinglich Berechtigte, mögliche Rechtserwerber/innen	Inhalt des Werkvertrags ist festgelegt	Neue Grundbuchsoftware ist eingeführt	Projekt ist 2016 abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 2: Beurkundung</b>					
5	Schnelle und flexible Beurkundung von Grundpfandrechten	Kreditinstitute, Grundeigentümer/innen	Die öffentliche Beurkundung ist innert 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)	Öffentliche Beurkundung innert 5 Tagen vollzogen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Betreuen des Vermessungswerks</b>					
6	Georeferenzdaten sind aktuell	Bauherren, GIS-Fachleute, Gemeinden, Öffentlichkeit	Aktualisierung der Daten erfolgt innerhalb der Frist von 6 Monaten. Als Massstab dient die mittlere Zeitspanne zwischen Eingang der Meldung und der Lieferung aktualisierter Daten	Aktualisierung der Daten (laufende Nachführung) erfolgt innerhalb der Frist von 6 Monaten; als Massstab dient die mittlere Zeitspanne zwischen Eingang der Meldung und der Lieferung aktualisierter Daten	Gleich
7	Jährliche Leistungsvereinbarung über die amtliche Vermessung mit dem Bund ist erfüllt	Kanton, Gemeinden, Bund, Öffentlichkeit	Erfüllungsgrad 100 %	Erfüllungsgrad 100 %	Gleich
8	Korrekte Nachführung der amtlichen Vermessung	Grundeigentümer/innen, Öffentlichkeit	6 Kontrollprüfungen	6 Kontrollprüfungen	Gleich
9	Baukontrolle und Sondervermessungen sind terminrett erfüllt	Gemeinden und Bauherren, Verwaltungsstellen des Kantons	Innerhalb vereinbarter Frist	Innerhalb vereinbarter Frist und Genauigkeit	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
C	Seeegründe von Ägerisee und Zugersee (Zuger Teil) werden mittels Bathymetrie neu vermessen	Kanton, Gemeinden, GIS-Fachleute, Öffentlichkeit	Die Daten stehen bis Mitte August allen kantonalen Stellen zur Verfügung	Daten Zugersee stehen bis Mitte August allen kantonalen Stellen zur Verfügung	Projekt ist 2016 abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug</b>					
10	Geodatenaktualisierung erfolgt effizienter	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen	Die Aktualisierung läuft automatisiert, der Ausbau der Batch-Verarbeitung ist erfolgt	«Fällt weg»	
11	Produktmanagement GIS Zug (Organisation, Betrieb und Weiterentwicklung)	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen, Werke, Planer/innen und Öffentlichkeit		Architekturkonzept liegt vor	Gleich
12	Geodienste (WMS / WFS / embedded ZugMap) werden ausgebaut	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen, Werke, Planer/innen, Öffentlichkeit sowie Anbindung zur nationalen Geodateninfrastruktur	Anzahl angebotene Geodienste erhöht	Erste Geodienste auf interkantonomer Ebene bereitgestellt	Steigend
13	Erarbeiten der Datenmodelle nach kantonalem Recht sowie Umsetzen der Datenmodelle nach Bundesrecht	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltung, Dritte	Kommunale Geobasisdaten-kataloge sind erstellt	«Fällt weg»	
D	ZUGIS-Tools sind auf die neue Softwareplattform migriert	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen	Neue Softwareplattform ist evaluiert	Neue Softwareplattform ist evaluiert	Migration eines ZUGIS-Tools pro Jahr
E	Wechsel Bezugsrahmen (LV95) für GIS-Themen	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen, Werke, Planer/innen und Öffentlichkeit		Umsetzungskonzept mit Zeitplan ist erstellt	Realisierung gemäss Umsetzungskonzept
<b>Leistungsgruppe 5: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)</b>					
F	Aufbau des ÖREB-Katasters	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltung; Öffentlichkeit	Einführungskonzept und Entwurf Verordnungstext sind erstellt	Technische Lösung ist bekannt; alle Fachstellen sind über ihre Aufgaben informiert	Aufbau des Katasters gemäss Einführungskonzept
<b>Leistungsgruppe 6: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)</b>					
14	Regelmässige Information mit aktuellem Inhalt	Mitarbeitende, Öffentlichkeit, Urkundspersonen	3 Newsletter; 1 GIS-Tagung; 2 Arbeitsgruppensitzungen mit der Delegation der gemeindlichen Urkundspersonen	3 Newsletter; 1 GIS-Tagung; 2 Arbeitsgruppensitzungen mit der Delegation der gemeindlichen Urkundspersonen	Gleich
G	Der Datenaustausch von Objektdaten ist koordiniert	Fachstellen der kantonalen, kommunalen Verwaltungen und Dritte	Anforderungen für Schnittstellen sind aufgenommen	Erster Basisdienst exemplarisch bereitgestellt; Betriebskonzept erstellt	Projekt ist 2016 abgeschlossen

#### Kommentar Zielsetzungen

a) Entlastungsprogramm

Auf die Erstellung eines eigenen Orthofotos in der Leistungsgruppe 3 wird verzichtet

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Zielsetzung 10: fällt weg; Werkzeuge für Batch-Verarbeitung stehen zur Verfügung und werden eingesetzt; Zielsetzung in Leistungsbeschreibung «Bereitstellen der aktuellen Geodaten im GIS Zug» enthalten

Zielsetzung 13: fällt weg; es bestehen Abhängigkeiten zu Dritten; es gibt keine Fristen in der Gesetzgebung für die Erstellung der kommunalen Geobasisdatenkataloge

Zielsetzung D: Zeitliche Verzögerungen infolge Abhängigkeiten zu anderen Gebieten, zum Beispiel Umsetzung Geoinformationsgesetzgebung und Vorliegen der erforderlichen minimalen Geodatenmodelle; Grundlagenerarbeitung geht der Migration der neuen Softwareplattform vor

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Grundbuchanmeldungen	Anzahl	6'111	6'000	6'000	Gleich
Bestellungen von Grundbuchauszügen	Anzahl		2'500	2'500	Gleich
Öffentliche Beurkundungen	Anzahl		300	300	Gleich
Ausdrucke aus ZugMap	Anzahl	57'819	60'000	65'000	Gleich
Ausdrucke aus ZUGIS	Anzahl	6'343	7'000	0	«Fällt weg»

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Ausdrucke aus ZUGIS: sind künftig in den Ausdrucken aus ZugMap enthalten (ZugMap und ZugMap.secure)

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-5'250'420.66	-5'759'353	-5'751'153	8'200	-0,1	-5'746'303	-5'769'203	-5'815'003
Total Ertrag	3'961'188.91	4'369'500	4'351'700	-17'800	-0,4	4'328'300	4'318'300	4'308'300
Saldo	-1'289'231.75	-1'389'853	-1'399'453	-9'600	0,7	-1'418'003	-1'450'903	-1'506'703

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

10'000 Franken Reduktion aufgrund des Verzichts von Schnellheftern für Grundbuchbelege

140'000 Franken Reduktion aufgrund des Verzichts auf die Erstellung einer eigenen, kantonsweiten Orthofoto

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Mehraufwand Wartungskosten und Supportkosten für Grundbuchsoftware aufgrund des Einsatzes von zwei Lösungen während der Ablösungsphase

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

In den Planjahren 2018-2019 fallen Mehrausgaben für den Einkauf von Orthofotos Dritter für bestimmte Teilgebiete im Betrag von je 29'000 Franken an

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT1515.0091 ISOV-Grundbuch						
Ausgaben	-259.70					
Einnahmen	17'412.91					
IT1515.0094 Strategie Objektdaten						
Ausgaben	-151.00	-40'000	-90'000			
Einnahmen						
IT1515.0095 Neue Grundbuchsoftware						
Ausgaben	-313'413.30	-942'000	-1'200'000			
Einnahmen						
IT1515.0096 Migration ZUGIS-Tools						
Ausgaben		-260'000	-85'000	-70'000	-110'000	-75'000
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung  
 Direktion des Innern  
 1515 – Grundbuch- und Vermessungsamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Budgetkredite								
Ausgaben	-313'824.00	-1'242'000	-1'375'000			-70'000	-110'000	-75'000
Einnahmen	17'412.91							
Saldo	-296'411.09	-1'242'000	-1'375'000			-70'000	-110'000	-75'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

**Kommentar Budget**

IT1515.0095: Abschluss Realisierungs- und Einführungsphase im 2016; die im Budget 2015 eingestellte Tranche wird nicht vollständig beansprucht, die entsprechende Beanspruchung erfolgt erst 2016

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung



## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wald und Wild (AFW) ist zuständig für den Schutz der Zuger Wälder, der Gewässer- und Wildlebensräume sowie die nachhaltige Nutzung von Holz-, Fisch- und Wildbeständen. Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören das Planen und Überwachen von Schutzmassnahmen, das Nutzungsmanagement und die Beratung und Schulung Dritter.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Wald

- Übergeordnete Waldplanung und Naturgefahrenplanung
- Erhaltung und Förderung der Waldfunktionen
- Bewirtschaftung und Pflege der staatlichen Wälder und Ufergehölze
- Gewässeraufsicht und Bau / Unterhalt von Walderschliessungen und Schutzbauten (Hang-, Bachverbauungen)

##### Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd

- Fischereiliches und wildbiologisches Schutz- und Nutzungsmanagement
- Betrieb der Fischbrutanlage Walchwil (Fischereikonkordat Zugersee)
- Betrieb des Seereinigungs- und Uferschutzdienstes
- Patentausgabe und Verpachtungen

##### Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung

- Erarbeitung von Verfügungen und Erlassentwürfen
- Verfassen von Stellungnahmen, Mitberichten und Gutachten
- Mitarbeit in Kommissionen, Projektgruppen oder Ausschüssen

##### Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information

- Beratung und Arbeiten für Dritte
- Planung und Durchführung von Aufsichts- und Kontrollaufgaben
- Aus- und Weiterbildung Dritter, v. a. Forstpersonal der Korporationen, Jagdlehrgängerinnen und Jagdlehrgänger
- Betreiben eines Pikettdienstes (Wildunfälle, Gewässerverschmutzungen)
- Information der Öffentlichkeit

##### Leistungsgruppe 5: Diverse

- Führen des Sekretariats der Natur- und Landschaftsschutzkommission
- Mitarbeit in der Notorganisation (Kantonaler Führungsstab)

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) vom 10. Dezember 1907, Art. 699
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG, SR 451) vom 1. Juli 1966
- Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG, SR 700) vom 22. Juni 1979
- Bundesgesetz über die Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG, SR 814.20) vom 24. Januar 1991
- Bundesgesetz über den Wald (Waldgesetz, WaG, SR 921.0) vom 4. Oktober 1991
- Verordnung über den Wald (Waldverordnung, WaV, SR 921.01) vom 30. November 1992
- Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG, SR 922.0) vom 20. Juni 1986
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF, SR 923.0) vom 21. Juni 1991
- Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz (BGS 432.1) vom 1. Juli 1993
- Planungs- und Baugesetz (PBG, BGS 721.11) vom 26. November 1998
- Gewässergesetz (GewG, BGS 731.1) vom 25. November 1999
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz, BGS 931.1) vom 17. Dezember 1998
- Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, BGS 932.1) vom 25. Oktober 1990
- Konkordat über die Fischerei im Zugersee (BGS 933.11) vom 20. November 1969
- Ausführungsbestimmungen zum Konkordat über die Fischerei im Zugersee (BGS 933.111) vom 23. Mai 1996
- Gesetz über die Fischerei im Kanton Zug (BGS 933.21) vom 26. Januar 1995
- Kantonaler Richtplan 2004

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Qualitativer und quantitativer Erhalt der Wildlebensräume und ausgewählter Wildvorkommen im Kanton Zug	Öffentlichkeit	Rehwild-Zählbestand mind. 15 Rehe pro 100 ha Wald; Feldhasen-Zähldichte Talgebiet 0,5 (+/- 0,3) Hasen/ha Offenland, Berg zwischen 3,3 (+/- 0,8) Hasen/ha Offenland	Rehwild-Zählbestand mind. 14 Rehe pro Hundert ha Wald; Feldhasen-Zähldichte Talgebiet 0,5 (+/- 0,3) Hasen/ha Offenland, Berg zwischen 3,3 (+/- 0,8) Hasen/ha Offenland	Gleich
<b>Leistungsgruppe 1: Wald</b>					
2	Wald erfüllt Waldfunktionen nachhaltig	Waldeigentumsberechtigte Privatwald	17'000 m³ Holz durch AFW-Förster/innen zur Erfüllung der Waldfunktionen gezeichnet	15'000 m³ Holz durch AFW-Förster/innen zur Erfüllung der Waldfunktionen gezeichnet	Gleich
3	Wald schützt vor Naturgefahren (Hochwasser, Rutsche, Steinschläge, Erosionen)	Öffentlichkeit	140 ha Schutzwald gepflegt	110 ha Schutzwald gepflegt	Gleich
4	Ausgewogene Wald-Wild-Situation	Waldeigentumsberechtigte, Öffentlichkeit	Situationsbericht Nachwuchskontrolle der Indikatorflächen (Wald-Wild-Monitoring) bis 30. Juni an Direktionsvorsteherin	Situationsbericht Nachwuchskontrolle im Zuger Wald (Wald-Wild-Monitoring) bis 30. Juni an Direktionsvorsteherin	Gleich
5	Holzernte etwas geringer als der Holzzuwachs	Öffentlichkeit	50'000 bis 80'000 m³ Holznutzung	40'000 bis 60'000 m³ Holznutzung	Gleich
6	Gefahrenpotenzial der dem AFW zugeteilten Bäche ist gering	Öffentlichkeit	Von den nach Gefahrenpotenzialen priorisierten Bachabschnitten sind bis 15. Dezember kontrolliert: 100 % A-Abschnitte, 30 % B-Abschnitte, 15 % C-Abschnitte	Von den nach Gefahrenpotenzialen priorisierten Bachabschnitten sind bis 15. Dezember kontrolliert: 100 % A-Abschnitte, 30 % B-Abschnitte, 15 % C-Abschnitte	Gleich
7	Hochwertige Waldnaturschutzgebiete und besondere Lebensräume	Öffentlichkeit	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 115 ha aufgewertet	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft mind. 85 ha aufgewertet	Gleich
8	Zustand des Jungwaldes ist nachhaltig	Öffentlichkeit	110 ha Jungwald gepflegt	110 ha Jungwald gepflegt	Gleich
9	Visuell und ökologisch wertvolle kantonale Ufergehölze	Öffentlichkeit	6,1 km Uferlänge gepflegt	5.5 km Uferlänge gepflegt	Steigend
A	Für Waldnaturschutzgebiete gemäss kantonalem Richtplan bestehen Detailprojekte	Öffentlichkeit und Waldeigentumsberechtigte	Bis 31. Dezember sind 2 neue Waldnaturschutz-Detailprojekte bis zur Unterschriftsreife erstellt; Meilenstein: 1. Projekt bis 31. August	«Fällt weg»	
B	Gefahrenkarten sind aktuell	Öffentlichkeit	Konzept zur Aktualisierung der bestehenden Gefahrenkarten ist bis 15. Dezember erstellt	«Fällt weg»	
C	Umbau Wildverbiss-Kontrollsystem	Waldeigentumsberechtigte, Öffentlichkeit		Bis 1. Mai neues Aufnahmesystem operativ	
D	Nachhaltigkeitsbericht über Zuger Wald ist erstellt	Waldeigentumsberechtigte, Öffentlichkeit		Bis 31. Oktober ist der Bericht zu Händen BAFU erstellt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd</b>					
10	Erhalt der Lokalform Zuger Rötél durch künstliche Erbrütung und Besatzmassnahmen	Öffentlichkeit	300'000 Vorsommerlings-Besatzäquivalente	300'000 Vorsommerlings-Besatzäquivalente	Gleich
11	Seeforelle Besatzmaterial für alle Zuflüsse Zuger- und Ägerisee gewinnen	Öffentlichkeit	Bruterfolg 95 % der in der Brutanlage eingelegten Eier; Sicherstellung eines Seeforellen-Jahrgangs 2015 in der Oberen Lorze trotz verminderter oder unterbundener Naturverlaichung durch den Feinmaterialeintrag durch den Hangrutsch Herrenmatt, Allenwinden	Bruterfolg 95 % der in der Brutanlage eingelegten Eier und Sicherstellung eines Seeforellen-Jahrgangs 2016 in der Oberen Lorze trotz verminderter oder unterbundener Naturverlaichung durch den Feinmaterialeintrag durch den Hangrutsch Herrenmatt, Allenwinden	Sinkend
12	Beibehalt Niveau Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	Angelfischer/innen, Tourismus	350 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	350 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	Gleich
13	Effizienter Einsatz der Fischereiaufsicht für das Fischereikonkordat Zugersee	Konkordatskantone	Maximalaufwand Fischereiaufsicht unter 1'000 Stunden	Maximalaufwand Fischereiaufsicht unter 900 Stunden	Sinkend
14	Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung der Wildbestände durch die Jagd	Jägerschaft, Öffentlichkeit	Jagdlichen Nutzung mind. 35 % des Frühjahrsbestandes	Jagdlichen Nutzung mind. 30 % des Frühjahrsbestandes	Gleich
15	Schilf- und Uferschutzintervention	Öffentlichkeit	Beginn der Schwemmholtzbergung spätestens 24 Std. nach Ereignis (unter Vorbehalt der Sicherheit für den Einsatz mit dem Seereinigungsboot)	Beginn der Schwemmholtzbergung spätestens 24 Std. nach Ereignis (unter Vorbehalt der Sicherheit für den Einsatz mit dem Seereinigungsboot)	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung</b>					
16	Fristgerechte Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	Direktionsvorsteherin, Generalsekretariat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
17	Hohe Qualität von Bewilligungen und Verfügungen des AFW	Diverse öffentliche und private Gesuchsteller	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	Gleich
18	Fristgerechte Ausarbeitung der Entwürfe von DI-Verfügungen	Direktionsvorsteherin	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
19	Fristgerechte direktionsübergreifende Stellungnahmen	Andere kantonale Fachstellen, vorab ARP Koordinationsstelle	100 % innert Frist oder zeitgerechter Antrag für Fristverlängerung	100 % innert Frist oder zeitgerechter Antrag für Fristverlängerung	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information</b>					
20	Jagdausübung ist gut betreut und kontrolliert	Öffentlichkeit	Mind. 1 Kontrolleinsatz der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagtag bei insgesamt mind. 300 Std. Jagdaufsicht an Jagdtagen	Mind. 1 Kontrolleinsatz der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagtag bei insgesamt mind. 300 Std. Jagdaufsicht an Jagdtagen	Gleich
21	Wald ist frei von unbewilligten Bauten und Anlagen	Öffentlichkeit	Forstdienst entdeckt nicht bewilligte Bauten und Anlagen im Wald spätestens 6 Monate nach Erstellung und meldet dies binnen 3 Wochen nach Entdeckung der Amtsleitung	Forstdienst meldet entdeckte, nicht bewilligte Bauten und Anlagen im Wald innert 3 Wochen der Amtsleitung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
22	Wildhut ist rund um die Uhr bei Wildunfällen schnell vor Ort	Öffentlichkeit	Bei 98 % der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert 15 Min. nach Erhalt Meldung zum Unfallort unterwegs	Bei 98 % der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert 15 Min. nach Erhalt Meldung zum Unfallort unterwegs	Gleich
23	Zuger Forstpersonal ist gut aus- und weitergebildet	Waldeigentumsberechtigte, Öffentlichkeit	Zuger Forstdienst leistet 50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden	Zuger Forstdienst leistet 50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden	Gleich
24	Gut ausgebildete und geprüfte angehende Jäger/innen	Angehende Jäger/innen, Patentjägerverein	Gestaltung von mind. 2 Aus- bildungskursen sowie Durch- führung aller Prüfungen je Ausbildungs- jahr	Gestaltung von mind. 2 Aus- bildungskursen sowie Durch- führung aller Prüfungen je Ausbildungs- jahr	Gleich
25	Schüler/innen sind über die Zusammenhänge in den Bereichen Wald, Wild und Wasser gut informiert	Schulen, Schüler/innen, Öffentlichkeit	Förster/innen, Wildhüter/ innen oder Fischereiaufseher/ innen veranstalten 60 Füh- rungen, Exkursionen und/oder Vorträge	Förster/innen, Wildhüter/ innen oder Fischereiaufseher/ innen veranstalten 50 Füh- rungen, Exkursionen und/oder Vorträge	Gleich
E	Öffentlichkeit wird regel- mässig über Wild-Themen informiert	Öffentlichkeit	Forum-Wild-Veranstaltung bis Ende Jahr durchgeführt	«Fällt weg»	
F	Tag des offenen Klassen- zimmers im Jagdlehrgang	Öffentlichkeit	Bis Ende Jahr wird mind. 1 Kursabend im Jagdlehrgang als öffentliche Veranstaltung geführt	Orientierungsveranstaltung Jagdlehrgang 2016–2018 bis 31. Juni durchgeführt	
<b>Leistungsgruppe 5: Diverse</b>					
26	Bedarfsgerechte beratende Tätigkeit der Natur- und Land- schaftsschutzkommission für die Fachstellen der Baudirek- tion	Baudirektion	100 % der Stellungnahmen sind binnen 7 Tagen unter- schriftsfertig an den Kommis- sionspräsidenten/die Kom- missionspräsidentin weitergeleitet	100 % der Stellungnahmen sind binnen 7 Tagen unter- schriftsfertig an den Kommis- sionspräsidenten/die Kom- missionspräsidentin weitergeleitet	Gleich
27	Flexible Einsatzbereitschaft für Aufgaben des kantonalen Führungsstabs	Sicherheitsdirektion, Öffent- lichkeit	Leisten von mind. 100 Arbeits- stunden zugunsten der Notor- ganisation des Kantons Zug	Leisten von mind. 100 Arbeits- stunden zugunsten der Notor- ganisation des Kantons Zug	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

##### a) Entlastungsprogramm

Zu 02, 03, 05, und 07: Reduktion der Nutzungs- und Pflegeleistungen bedingt durch Plafonierung der Beiträge  
Zu 25: Reduktion der Leistungen für Öffentlichkeitsarbeit

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Zu 04: Erhebung wird von Indikatorflächen zu flächendeckendem Aufnahmenetz verbessert  
Zu 09: kurzfristige Reduktion aufgrund guten Pflegezustands Ufergehölze  
Zu 13: Einsatz ZIVI für Routinearbeiten  
Zu 14: Anteil Jagdstrecke an Reduktion geringer als bei höheren Bestandeszahlen  
Zu C: Zur Verbesserung der Aussagekraft wird Kontrollsystem von Einzelflächen zu flächendeckendem Netz umgebaut

### 3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Fliessgewässer-Unterhalt zur Gefahrenabwehr und -prävention	Laufmeter	780	800	800	Gleich
Bauanfragen/Vorprüfungen im Bereich Gewässer für Koordinationsstelle oder Bauherrschaften	Anzahl	61	50	60	Gleich

Institutionelle Gliederung  
Direktion des Innern  
1530 – Amt für Wald und Wild

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Beurteilung von Waldabstandsunterschreitungen zuhanden der Koordinationsstelle oder für Bauanfragen Dritter	Anzahl	60	45	50	Gleich
Bergung von Fall- und Unfallwild bei Wildunfällen sowie Wildunfallbescheinigung	Stunden	583	650	600	Gleich
Holz zeichnen durch AFW-Förster/innen	m³	19'099	17'000	15'000	Gleich
Beitragsgesuche von Waldeigentumsberechtigten (Jungwaldpflege, Schutzwaldpflege, Waldnaturschutzeingriffe usw.) prüfen und bewilligen	Anzahl		310	290	Gleich
Beratung in Sachen Wildschadenverhütung und -vergütung für die Land- und Forstwirtschaft	Stunden	230	250	230	Gleich
Einsatz Seereinigungsboot zugunsten Freibäder Zugersee, Bootsstationierungsanlagen und Schilf- und Uferschutz	Stunden	87	125	100	Gleich
Abnahme und Streifen der Laichtiere aus der Netzfischerei	Stunden	97	110	100	Gleich
Baustellen- und Notabfischungen bei Eingriffen in die Gewässer	Stunden	226	180	220	Steigend
Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	Anzahl		350	350	Gleich
Verkauf Niederwildjagdpatente	Anzahl		215	225	Gleich
Auftrag zur Erarbeitung von DI-Verfügungen	Anzahl		20	20	Gleich
Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	Anzahl		105	80	Gleich
Direktionsübergreifende Stellungnahmen	Anzahl		60	60	Gleich
Führen des Sekretariats für die Natur- und Landschaftsschutzkommission des Kantons Zug	Aufwandstunden		80	80	Gleich

Direktion des Innern

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**

Zu 5 und 6: Reduktion der Nutzungs- und Pflegeleistungen aufgrund Massnahmen Entlastungsprogramm

**4 Laufende Rechnung (Globalbudget)**

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-6'110'244.67	-6'017'162	-5'749'500	267'662	-4,4	-5'440'700	-5'409'800	-5'438'100
Total Ertrag	1'274'554.57	1'271'700	1'194'400	-77'300	-6,1	1'203'300	1'180'300	1'184'300
Saldo	-4'835'690.10	-4'745'462	-4'555'100	190'362	-4,0	-4'237'400	-4'229'500	-4'253'800

**Kommentar Budget**

- a) Entlastungsprogramm  
330'000 Franken Minderaufwand aus den Massnahmen des Entlastungsprogramms  
22'000 Franken Mehraufwand DL Dritter Massnahmen Gewässer  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

**Kommentar Finanzplan**

- a) Entlastungsprogramm  
Abbau einer Personalstelle, spätestens per Januar 2017  
Die Entlastungen des Budget sind nachhaltig und werden in den Planjahren gemäss Eingaben des Entlastungsprogramms weiter ausgebaut  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
DI1530.0001 Anschaffung Fahr- zeuge, Maschinen, Einrichtungen						
Ausgaben	-65'515.35	-127'000				-50'000
Einnahmen						
DI1530.0002 Neu- und Ausbau von Gewässerschutz- bauten im Wald						
Ausgaben	-393'790.30	-1'230'000	-1'225'000	-630'000	-450'000	-450'000
Einnahmen	71'040.75					
DI1530.0031 Erwerb von Waldungen						
Ausgaben		-30'000	-10'000	-10'000	-10'000	-10'000
Einnahmen						
DI1530.0033 Neu-/Ausbau/ Erneuerung Erschliessung.+ Schutzbauten						
Ausgaben	-52'704.00	-130'000	-60'000	-60'000	-60'000	-150'000
Einnahmen						
DI1530.0061 Beitr. an Gden f. forstl. Erschliess.+ Schutzbauten						
Ausgaben	-437'929.15	-272'000	-240'000	-260'000	-260'000	-260'000
Einnahmen						
DI1530.0062 Beitr. an Priv f. forstl. Erschliess.+ Schutzbauten						
Ausgaben		-60'000	-30'000	-30'000	-30'000	-30'000
Einnahmen						
DI1530.0063 Bundesbeitrag Programmverein- barung Schutz- bautenWaG						
Ausgaben						
Einnahmen	377'500.00	377'500	250'000	250'000	250'000	250'000
<b>Total Budgetkredite</b>						
<b>Ausgaben</b>	<b>-949'938.80</b>	<b>-1'849'000</b>	<b>-1'565'000</b>	<b>-990'000</b>	<b>-810'000</b>	<b>-950'000</b>
<b>Einnahmen</b>	<b>448'540.75</b>	<b>377'500</b>	<b>250'000</b>	<b>250'000</b>	<b>250'000</b>	<b>250'000</b>
<b>Saldo</b>	<b>-501'398.05</b>	<b>-1'471'500</b>	<b>-1'315'000</b>	<b>-740'000</b>	<b>-560'000</b>	<b>-700'000</b>

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Beim Projekt DI1530.0002 Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten im Wald sind im Jahr 2016 grosse Investitionen bei den Hochwasserschutzprojekten am Lutisbach und am Sulzmattbach erforderlich

### Kommentar Finanzplan

Projekt DI1530.0033 Neu-/Ausbau/Erneuerung Erschliessung+Schutzbauten: An der kantonseigenen Sparenstrasse (Gemeinde Menzingen) müssen die diversen Kunstbauten ab 2019 einer umfassenden Sanierung unterzogen werden. Der Investitionsbedarf erhöht sich entsprechend.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Sozialamt entwickelt Lösungen für soziale Brennpunkte und unterstützt mit seinen Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Zuger Bevölkerung. Es ist zuständig für die Planung, Steuerung und Aufsicht sowie die Information und Koordination wichtiger sozial- und gesellschaftspolitischer Massnahmen, insbesondere in den Bereichen Asyl, soziale Einrichtungen, Sozialhilfe, Integration, Kind, Jugend, Familie und Alter.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl

- Unterbringung, Betreuung, Beratung und finanzielle Unterstützung der Asylsuchenden, Flüchtlinge und von Personen aus dem Nothilfebereich
- Akquisition und Unterhalt von Unterkünften
- Reporting und Abrechnung gegenüber Bund

##### Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen

- Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit sozialen Organisationen
- Betriebsbewilligung, Anerkennung und Ausübung der Aufsicht über soziale Einrichtungen
- Individuelle Kostenübernahmegarantien in ausserkantonalen sozialen Einrichtungen
- Führen der kantonalen IVSE-Verbindungsstelle (Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen)
- Beurteilung und Finanzierung von Investitionsprojekten sozialer Einrichtungen
- Bedarfsanalyse und Angebotsplanung im Behindertenbereich

##### Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte

- Prüfung und Bearbeitung von Beitragsgesuchen im Bereich Jugendförderung
- Prüfung und Bearbeitung von Beitragsgesuchen im Bereich Integration
- Prüfung und Bearbeitung von Lotteriefondsgesuchen im Sozialbereich

##### Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte

- Erarbeitung Regierungsratsanträge / Kantonsratsanträge
- Erarbeitung Rechtsgrundlagen
- Verfassen von Mitberichten und Vernehmlassungen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen

##### Leistungsgruppe 5: Planung, Koordination und Information

- Koordination und Beratung betreffend Sozialhilfe, Kinder- und Jugendförderung, familienergänzende Kinderbetreuung, Alter und Integration
- Führung der kantonalen Fachstelle Integration und der Ansprechstelle Integration gegenüber dem Bund
- Umsetzung des kantonalen Integrationsprogrammes KIP
- Bedarfserhebung und Information über Angebote betreffend familienergänzende Kinderbetreuung

- Überprüfung und Weiterentwicklung der Qualitätsanforderungen in der familienergänzenden Kinderbetreuung
- Bereitstellung von Informationsplattformen im Internet

##### Leistungsgruppe 6: Entwicklung und übrige Aufgaben

- Projekte und Grundlagen
- Ausübung der Oberaufsicht Kinderbetreuung und der Aufsicht Sozialhilfe
- Sekretariat bzw. Einsitz kantonale Kommissionen
- Sekretariat Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)
- Geltendmachung von Sozialhilfeleistungen gegenüber Bund, Kantonen und Gemeinden
- Administration und Führung Empfang Neugasse 2

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) vom 20. November 1989 (SR 0.107)
- Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) vom 13. Dezember 2006 (ICRPD; SR 0.109)
- Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz) vom 16. Dezember 2005 (AuG; SR 142.20)
- Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG; SR 142.31)
- Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen vom 6. Oktober 2006 (IFEG; SR 831.26)
- Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz) vom 24. Juni 1977 (ZUG; SR 851.1)
- Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern vom 24. Oktober 2007 (VIntA; SR 142.205)
- Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2) vom 11. August 1999 (AsylV 2; SR 142.312)
- Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption vom 19. Oktober 1977 (PAVO; SR 211.222.338)
- Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz) vom 29. September 2005 (BGS 213.4)
- Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz) vom 16. Dezember 1982 (SHG; BGS 861.4)
- Gesetz über soziale Einrichtungen vom 26. August 2010 (SEG; BGS 861.5)
- Verordnung über die Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus vom 8. August 2000 (BGS 122.72)



- Verordnung zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsverordnung) vom 14. November 2006 (KiBeV; BGS 213.42)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz (Sozialhilfeverordnung) vom 20. Dezember 1983 (BGS 861.41)
- Verordnung betreffend Sozialhilfe für Personen aus dem Asylbereich vom 27. Januar 2009 (BGS 861.42)

- Verordnung zum Gesetz über soziale Einrichtungen vom 16. November 2010 (SEV; BGS 861.512)
- Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen vom 13. Dezember 2002 (IVSE; BGS 861.52)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl</b>					
1	Regelmässige Beratungen	Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich (ohne Nothilfe)	Anzahl Beratungsgespräche/ Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70 % (315 Gespräche/ 450 Personen)	Anzahl Beratungsgespräche/ Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 60 % (315 Gespräche/ 525 Personen)	Gleich
2	Gezielte Förderung der Integration	Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge zwischen 18–55 Jahren	Anzahl Leistungsempfangende mit 1 beruflichen Integrationsmassnahme: 40 % (ca. 200 Personen / 80 Massnahmen); Anzahl Leistungsempfangende mit 1 sprachlichen Integrationsmassnahme: 40 % (ca. 200 Personen / 80 Massnahmen)	Anzahl Leistungsempfangende mit 1 beruflichen Integrationsmassnahme: 40 % (ca. 200 Personen / 80 Massnahmen); Anzahl Leistungsempfangende mit 1 sprachlichen Integrationsmassnahme: 40 % (ca. 200 Personen / 80 Massnahmen)	Gleich
3	Ersatz wegfallender Asyl- und Nothilfeunterkünfte	Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich inkl. Nothilfe	100 % genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	100 % genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	Gleich
4	Freiwilligenarbeit ausbauen und konsolidieren	Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, anerkannte Flüchtlinge	Mit neuen Freiwilligen (ca. 5) Eintrittsgespräch führen Mit allen Freiwilligen (ca. 15) – Vereinbarung abschliessen – Begleitungsgespräch 2 x pro Jahr	Mit neuen Freiwilligen (ca. 5) Eintrittsgespräch führen Mit allen Freiwilligen (ca. 15) – Vereinbarung abschliessen – Begleitungsgespräch 2 x pro Jahr	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen</b>					
5	Kontinuierliches und systematisches Kontraktmanagement (Überprüfung Angebot, Qualität und Finanzen, Auszahlungen, Anpassungen der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen)	Soziale Einrichtungen und ihre Adressatinnen und Adressaten Beratungs- und Fachstellen und ihre Adressatinnen Adressaten	Anzahl Controllinggespräche: 17; Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 4	Anzahl Controllinggespräche: 16; Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 14	Sinkend
6	Regelmässige Überprüfung der Bewilligungs- und Anerkennungsvoraussetzungen	Soziale Einrichtungen und ihre Adressatinnen und Adressaten	Anzahl Überprüfungen: 15	Anzahl überprüfte Einrichtungen: 9	Gleich
A	Einstufungssystem IBB (Individueller Betreuungsbedarf): Einführung Indikatorenraaster und Pilotphase	Soziale Einrichtungen	Einführung in 2 Einrichtungen	in allen Einrichtungen eingeführt	Gleich



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
B	Aufarbeitung Fürsorgerische Zwangsmassnahmen im Kanton Zug (bis 1981)	Betroffene, Öffentlichkeit	Schlussbericht liegt vor	Schlussbericht liegt vor	
<b>Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte</b>					
7	Fachgerechte und fristgemässe Behandlung und Zahlungsabwicklung von Beitragsgesuchen	Gemeinden, Private Organisationen, Verbände, Jugendgruppen, Bildungseinrichtungen, Migrationsorganisationen	95 % innert 2 Monaten, ab publizierter Eingangsfrist bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf	95 % innert 2 Monaten, ab publizierter Eingangsfrist bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte</b>					
8	Fristgerechtes Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen und Antworten auf parlamentarische Vorstösse	Direktion	100 % innert Frist (ø 40 Geschäfte)	95 % innert Frist (ø 40 Geschäfte)	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Planung, Koordination und Information</b>					
9	Die Kinderbetreuungswebsite wird jährlich aktualisiert und systematisch beworben	Gemeinden, Firmen, Fachstellen, Privatpersonen	Kinderbetreuungswebsite im April aktualisiert (ø 210 Einrichtungen); ca. 2'700 Broschüren im Mai versandt	Kinderbetreuungswebsite im April aktualisiert (ø 210 Einrichtungen); Infokarten versandt	Gleich
10	Umsetzung und Koordination des Kantonalen Integrationsprogrammes (KIP)	Bund, Kanton, Gemeinden, private Organisationen, Migrationsorganisationen, Bevölkerung	Mind. 80 % der Bundesgelder werden abgeholt und programmzielgemäss eingesetzt	Mind. 80 % der Bundesgelder werden abgeholt und programmzielgemäss eingesetzt	Gleich
C	Sozialberichterstattung	Direktionen, Gemeinden, Organisationen, Institutionen	Bericht liegt Ende Jahr im Entwurf vor	Bericht ist abgeschlossen und veröffentlicht	
<b>Leistungsgruppe 6: Entwicklung und übrige Aufgaben</b>					
11	Effiziente Durchführung, Vor- und Nachbearbeitung von kantonalen Kommissionssitzungen	Integrationskommission, Fachkommission Projekt Jugendförderung, Verwaltungskommission Alimenteninkasso	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 9; jährliche Sitzungsgeldabrechnung von 25 Kommissionsmitgliedern	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 7; jährliche Sitzungsgeldabrechnungen	Gleich
12	Fristgerechte Prüfung und Bearbeitung der Unterstützungsanzeigen	Gemeinden, Kantone, Bund	100 % innerhalb gesetzlicher Vorgabe	95 % innerhalb gesetzlicher Vorgabe	Gleich
D	Aufsicht Sozialhilfe: systematische Visitation der Sozialdienste der Einwohner- und Bürgergemeinden	Sozialdienste der Einwohner- und Bürgergemeinden	Umsetzung Konzept; Visitationsbericht von 5 Gemeinden liegt vor	Umsetzung Konzept; Visitationsbericht von 5 Gemeinden liegt vor	Gleich
E	Frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	Gemeinden, Institutionen, Organisationen, Familien mit Vorschulkindern	3 erweiterte Analysen bzw. Konzepte in den 3 Handlungsfeldern liegen vor	Massnahmen in den drei Handlungsfeldern 3 geplant, Umsetzung gestartet	Massnahmenumsetzung
L16	Entwicklung Leitbild und Konzept für Kinder-/Jugendförderung in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Organisationen	Direktionen, Gemeinden, Organisationen, Institutionen, Kinder und Jugendliche	Analyse von Situation und Entwicklungsbedarf auf kantonaler und gemeindlicher Ebene bezüglich Schutz, Förderung und Partizipation liegt vor	Analyse von Situation und Entwicklungsbedarf auf kantonaler und gemeindlicher Ebene abgeschlossen. Leitbild und Konzept in Erarbeitung	Abschluss Leitbild und Konzept. Start Umsetzung erste Massnahmen

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
L20	Förderung der Freiwilligenarbeit in den Gemeinden	Gemeinden, Privatpersonen	Unterstützungsangebot für die Implementierung der Nachbarschaftshilfe in den Gemeinden durch Benevol ist eingeführt; Website ist angepasst	Förderungsprojekt ist evaluiert und abgeschlossen	
L24	Konzept zur Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	Angehörige von betreuten Personen	Befragung der Zuger Gemeinden, Institutionen und Verbände zur Situation der Betreuung und Pflege durch Angehörige	«Fällt weg»	
L25	Veranstaltung für Fachpersonen und weitere Interessierte über Talente und Expertenwissen älterer Menschen	Fachpersonen und weitere Interessierte	Veranstaltung wird im 1. Halbjahr 2015 durchgeführt	«Fällt weg»	

#### Kommentar Zielsetzungen

- a) Entlastungsprogramm  
Leistungsziel 9: Kinderbetreuungsbrochure wird nicht mehr gedruckt und versandt, es werden nur noch Infokarten versandt
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Legislaturziele 24 und 25 fallen weg

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
RR-Anträge (KSA)	Anzahl	32	45	40	Gleich
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	19	19	19	Sinkend
Asyl, zu betreuende Personen:	Anzahl	1'050	880	1'080	Steigend
– Asylsuchende N		302	230	280	Sinkend
– Nothilfe		64	80	70	Gleich
– Vorläufig Aufgenommene F		173	160	175	Gleich
– Vorläufig Aufgenommene F7+		103	130	105	Gleich
– Anerkannte Flüchtlinge B		254	160	270	Steigend
– Anerkannte Flüchtlinge B5+			40	30	Steigend
– Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge F		120	70	130	Steigend
– Aufenthaltsstatus C		34	10	20	Gleich
Asyl, unterzubringende Personen:	Anzahl	1'050	880	1'080	Steigend
– Durchgangsstation		98	80	90	Gleich
– Dezentrale Unterkunft		587	500	620	Gleich
– Nothilfe-Unterkunft		50	40	50	Gleich
– Private Unterkunft		299	230	300	Gleich
– Andere Unterbringung		16	30	20	Gleich
Soziale Einrichtungen, Platzangebot:	Anzahl Plätze				
– Wohnen ( kombiniert mit Arbeit oder Beschäftigung)		292	302	300	Gleich
– Geschützte Arbeitsplätze (intern und extern)		294	296	296	Steigend
– Beschäftigung (intern und extern)		211	207	205	Steigend
Kostenübernahmegarantien (KÜG) für Zugerinnen und Zuger	Aufwand in Fr.	12'884'894	15'019'000	14'619'000	Gleich
Kostenübernahmegarantien (KÜG) für Zugerinnen und Zuger	Behandelte Gesuche	298	350	325	Gleich

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Durch KÜG finanzierte Platzierungen für Zugewanderte und Zugewanderte	Anzahl Betreute Total	195	220	225	Sinkend
– davon ausserkantonale		162	180	165	Sinkend
– davon innerkantonale		33	40	60	Sinkend
Lotteriefondsgesuche	Anzahl	39	40	50	Gleich
Beitragsgesuche Jugendförderung	Anzahl	39	45	45	Gleich
Beitragsgesuche Integration	Anzahl	56	50	35	Gleich
Unterstützung: Zugewanderte Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in anderen Kantonen	Dossier	61	65	60	Sinkend
Unterstützung: Bürgerinnen und Bürger anderer Kantone mit Wohnsitz im Kanton Zug	Dossier	124	100	110	Sinkend

Direktion des Innern

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Asyl: Das neue Bundesasylzentrum Gubel führt zu einer gewissen Entlastung, jedoch nicht im Ausmass wie beim Budget 2015 erwartet, da die Asylzahlen im Verlaufe des Jahres 2014 bereits stark angestiegen sind. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingsströme muss trotzdem damit gerechnet werden, dass die Zahl der Asylsuchenden weiter steigt.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-64'350'836.37	-67'446'775	-70'217'000	-2'770'225	4,1	-64'501'200	-64'124'600	-64'070'200
Total Ertrag	15'906'192.90	15'681'200	16'919'000	1'237'800	7,9	15'681'000	15'306'000	15'306'000
Saldo	-48'444'643.47	-51'765'575	-53'298'000	-1'532'425	3,0	-48'820'200	-48'818'600	-48'764'200

#### Kommentar Budget

Das Amt hat eine Zuwendung der Prof. Otto Beisheim-Stiftung von 400'000 Franken budgetiert (RRB vom 24. Februar 2015)

##### a) Entlastungsprogramm

- 410'000 Franken Verzicht und Reduktion Leistungs- und Subventionsvereinbarungen
- 400'000 Franken Reduktion Kostenübernahmegarantien Soziale Einrichtungen
- 270'000 Franken Mehraufwand bei den sozialen Diensten Asyl durch Entlastungsmassnahmen in anderen Direktionen

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- 900'000 Franken Mehraufwand für Leistungs- und Subventionsvereinbarungen
- 1'700'000 Franken Mehraufwand durch Anstieg der Anzahl Betreuten bei den Sozialen Diensten Asyl sowie aufgrund Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG 142.20)
- 770'000 Franken Mehrertrag durch Anstieg der Anzahl Betreuten bei den Sozialen Diensten Asyl

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

- 5'100'000 Franken Entlastung im Planjahr 2017 durch diverse Massnahmen bei den Leistungs- und Subventionsvereinbarungen sowie den Kostenübernahmegarantien und durch die Gesetzesänderung ZUG.
- 650'000 Franken Mehraufwand bei den sozialen Diensten Asyl durch Entlastungsmassnahmen in anderen Direktionen

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
DI1550.0024 Wohn- u. Werkheim Schmetterling						
Ausgaben	-1'354'000.00					
Einnahmen						
DI1550.0027 ZUWEBE, Umbau Werkstätte Bösch						
Ausgaben		-1'500'000	-800'000	-1'800'000		
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung  
 Direktion des Innern  
 1550 – Sozialamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
DI1550.0034 ZUWEBE: Beitrag Umbau/Sanierung Wohnhaus Ried								
Ausgaben	-38'397.00							
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben	-1'392'397.00	-1'500'000	-800'000			-1'800'000		
Einnahmen								
Saldo	-1'392'397.00	-1'500'000	-800'000			-1'800'000		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

**Kommentar Budget**

DI 1550.0027 ZUWEBE, Umbau Werkstätte Bösch: Das Projekt ist in Prüfung und wird frühestens ab 2016 realisiert; es wird mit Investitionen von rund 4 Millionen Franken gerechnet; der vorgesehene Kantonsbeitrag von 3,6 Millionen Franken wurde im Rahmen des Entlastungsprogramms um eine Million Franken reduziert

**Kommentar Finanzplan**

Siehe Kommentar Budget

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (KES), mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und den Abteilungen Unterstützende Dienste (KESUD), Revisorat/Kanzlei (KESRK) sowie dem Mandatszentrum (KESMAZ), bildet die kantonale Fachstelle des zivilen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### **Leistungsgruppe 1: Abklärung, Errichtung oder Anordnung behördlicher Massnahmen**

- Erfassung von Meldungen über Gefährdungen des Kindes- und Erwachsenenwohls
- Erfassung von Meldungen über ärztliche Unterbringung
- Formelle Prüfung der Meldungen
- Materielle Prüfung der Meldungen
- Abklärung und Prüfung der Notwendigkeit einer behördlichen Massnahme
- Errichtung einer Beistandschaft (Begleit-, Mitwirkungs- Vertretungs- oder umfassende Beistandschaft; Vormundschaft)
- Einsetzung einer Beistandsperson und Auftragserteilung
- Anordnung einer fürsorgerischen Unterbringung
- Erteilung von Weisungen
- Vernehmlassung bei Beschwerden gegen eine behördliche Massnahme vor dem Verwaltungsgericht

##### **Leistungsgruppe 2: Genehmigung von Einzelgeschäften und Mitwirkung bei zustimmungsbedürftigen Geschäften**

- Bearbeitung von genehmigungspflichtigen Einzelgeschäften (z. B. Vorsorgeauftrag, Patientenverfügung, Unterhaltsvertrag, Gemeinsame elterliche Sorge, Vermögensanlagestrategie usw.)
- Bearbeitung von zustimmungsbedürftigen Geschäfte gemäss Art. 416 und 417 ZGB

##### **Leistungsgruppe 3: Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen (Mandatsführung)**

- Führung angeordneter Mandate durch das MaZ, Fachstellen oder Privatpersonen

##### **Leistungsgruppe 4: Überwachung der Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen sowie Registeraufgaben**

- Führung der Falladministration und Geschäftskontrolle
- Instruktion, Begleitung und Kontrolle der Beistandspersonen
- Prüfung und Genehmigung der im Rahmen der Beistandschaft eingereichten Inventare, Berichte und Rechnungen
- Prüfung der Einhaltung der festgelegten Vermögensanlagestrategien nach VBVV (SR 211.223.11)

- Ausrichtung und Rückforderung der Entschädigungen für die Mandatsführung
- Überprüfung der Notwendigkeit angeordneter behördlicher Massnahmen
- Beurteilung von Beschwerden über Mandatspersonen
- Erteilung von Registerauskünften für Handlungsfähigkeitszeugnisse, Waffenerwerbsscheine, Einbürgerungsgesuche usw.

##### **Leistungsgruppe 5: Bewilligung Pflegeplatzverhältnisse und Adoptionen**

- Prüfung und Bewilligung von Pflegeplatzverhältnissen
- Betreuung und Beaufsichtigung der Pflegeeltern
- Prüfung und Zustimmung von /zu Adoptionen

##### **Leistungsgruppe 6: Verfahrensabschluss**

- Aufhebung Massnahme und Abschreibungen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210) insbesondere Änderung vom 19. Dezember 2008
- Verordnung über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (SR 211.223.11)
- Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1), Änderung vom 26. Januar 2012, Kantonsratsvorlage Nr. 2036.7 Laufnummer 13731 und Ausführungsverordnungen
- Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) vom 1. April 1976 (BGS 162.1)
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz, GesG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 821.1)
- Verordnung über Entschädigung und Spesenersatz bei Beistandschaften und Vormundschaften (BGS 213.52)
- Kantonsratsbeschluss über die Gebühren in Verwaltungs- und Zivilsachen (BGS 641.1)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Leistungsgruppe 6 «Aufbau der Gesamtorganisation» wurde gestrichen, da es sich nicht um ein eigentliches Leistungsziel handelt

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Abklärung, Errichtung oder Anordnung behördlicher Massnahmen</b>					
1	Der Eingang sämtlicher Gefährdungsmeldungen ist zeitnah bestätigt	Melder/in, Betroffene/r, Institutionen	Innerhalb von 5 Arbeitstagen ist der Eingang einer Gefährdung bestätigt	Innerhalb von 5 Arbeitstagen ist der Eingang einer Gefährdung bestätigt	Steigend
2	Prüfung und fristgerechte Abklärung der Notwendigkeit einer behördlichen Massnahme sind erfolgt	Betroffene, zuständiges Behördenmitglied	Die Abklärung ist innerhalb von 2 Monaten abgeschlossen und 1 Empfehlung zur Errichtung der Massnahme ausgearbeitet	Abklärung ist innerhalb von 2 Monaten abgeschlossen und 1 Empfehlung zur Errichtung der Massnahme ausgearbeitet	Steigend
3	Die Errichtung / Anordnung einer behördlichen Massnahme ist zeitgerecht erfolgt	Betroffene	Die Massnahme ist innerhalb von 2 Monaten nach Abschluss der Abklärung errichtet / angeordnet	Massnahme ist innerhalb von 2 Monaten nach Abschluss der Abklärung errichtet / angeordnet	Steigend
4	Der Eingang von Notfall-Gefährdungsmeldungen ist gleichentags bestätigt	Melder/in, Betroffene/r, Institutionen		Innerhalb von 24 Std. ist der Eingang von Notfall-Gefährdungsmeldungen bestätigt	Steigend
<b>Leistungsgruppe 2: Genehmigung von Einzelgeschäften und Mitwirkung bei zustimmungsbedürftigen Geschäften</b>					
5	Zustimmungsbedürftige Geschäfte gemäss Art. 416 und 417 ZGB sowie genehmigungspflichtige Einzelgeschäfte sind bearbeitet	Betroffene, Mandatstragende	Die Bearbeitung der eingegangenen Anträge ist nach 2 (bei gemeinsamer elterlicher Sorge: nach 3) Monaten abgeschlossen	Bearbeitung der vollständig eingereichten Anträge ist nach 2 Monaten abgeschlossen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen (Mandatsführung)</b>					
6	Die Beistandspersonen erfüllen die behördlich angeordneten Aufgaben	Betroffene	Die Beistandspersonen erledigen ihre Aufgaben nach festgelegten Standards. Ein internes Audit zeigt auf, dass die Standards zu 80 % erfüllt werden	Die Beistandspersonen erledigen ihre Aufgaben nach festgelegten Standards. Ein internes Audit zeigt auf, dass die Standards zu 80 % erfüllt werden	Gleich
7	Alle neuen privaten Mandatspersonen (priMa) sind hinsichtlich ihrer fachlichen und persönlichen Eignung geprüft	Betroffene	Die Eignung der Privaten Mandatstragenden werden nach festgelegten Standards geprüft und sind sich der gestellten Aufgaben bewusst	Die Eignung der Privaten Mandatstragenden werden nach festgelegten Standards geprüft und sind sich der gestellten Aufgaben bewusst	Gleich
8	Systematische Instruktion, Begleitung und Überwachung der Mandatstragenden erfolgt	Mandatstragende, Betroffene		Innerhalb von 4 Wochen nach Mandatsübernahme findet ein Instruktionsgespräch statt. Pro Jahr findet je 1 Weiterbildung pro Region (4) statt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Überwachung der Führung und Umsetzung angeordneter behördlicher Massnahmen sowie Registeraufgaben</b>					
9	Inventare sind geprüft und genehmigt	Betroffene, Mandatstragende		Prüfung und Genehmigung der Inventare erfolgt innert 6 Wochen nach Eingang der vollständigen Unterlagen	Steigend
10	Berichte und Rechnung sind geprüft und genehmigt	Betroffene, Mandatstragende		Bericht und Rechnung sind innert 3 Monaten nach Eingang der vollständigen Unterlagen geprüft	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
11	Inventare, Berichte und Rechnungen sind geprüft und genehmigt	Betroffene, Mandatstragende	Die Prüfung und Genehmigung sind 3 Monate nach Ablauf der Einreichungsfrist erfolgt	«Fällt weg»	
12	Systematische Instruktion, Begleitung und Überwachung der Mandatstragenden	Mandatstragende, Betroffene	Mit allen neuen Privaten Mandatstragenden wird bis spätestens 6 Monate nach Mandatsübernahme ein 2. Instruktionstermin durchgeführt. Pro Jahr findet je 1 Anlass pro Region (4) statt	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 5: Bewilligung Pflegeplatzverhältnisse und Adoptionen</b>					
13	Pflegeverhältnisse sind geprüft und bewilligt	Betroffene, Pflegeeltern	Pflegeverhältnisse sind innert 4 bis 6 Wochen nach Eingang der Meldung geprüft und bewilligt	Pflegeverhältnisse sind innert 12 Wochen nach Eingang der Meldung und den vollständigen Unterlagen geprüft, bewilligt und abgeschlossen	Gleich
14	Die Pflegeeltern sind betreut und beaufsichtigt	Betroffene, Pflegeeltern	Die Pflegeeltern werden mindestens 2 x jährlich kontaktiert und es wird 1 jährlicher Bericht erstellt	Pflegeeltern werden mindestens 2 x jährlich kontaktiert, 1 x jährlich besucht und es wird 1 jährlicher Bericht erstellt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 6: Verfahrensabschluss</b>					
15	Die Archivierung ist rechtzeitig erfolgt	KES		Innert 4 Wochen nach Eintritt der Rechtskraft ist das Dossier archiviert	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

- a) Entlastungsprogramm  
Keine wesentlichen Bemerkungen  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Ziele 4, 8 und 15 sind neu; Ziel 11 wurde in Ziele 9 und 10 aufgeteilt; Ziel 12 wurde neu in Ziel 8 formuliert

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Laufende Massnahmen	Fall	1'207	1'300	1'230	Steigend
Neu angeordnete Massnahmen	Fall	206	200	215	Steigend
Anzahl durch das Mandatszentrum geführte Mandate	Mandat	492	520	530	Steigend
Gefährdungsmeldungen	Meldung		500	550	Steigend
Pflegeplatzverhältnisse	Pflegeplatz		50	60	Steigend
Anzahl Mandate geführt von der Fachstelle punkto Jugend und Kind	Mandate		210	220	Steigend
Anzahl Mandate geführt durch die Fachstelle Kinder- und Jugendberatung Zug	Mandate		80	80	Gleich
Geführte Erwachsenenmandate durch private Mandatspersonen (priMa)	Fall			570	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl Fälle nahm von 2013 auf 2014 um rund fünf Prozent und die eingegangenen Gefährdungsmeldungen um zwölf Prozent zu; die Fallzahl für das Budget 2016 wurde auf dieser Basis berechnet und angepasst

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-6'103'215.23	-6'897'762	-7'389'300	-491'538	7,1	-7'406'700	-7'419'600	-9'214'200
Total Ertrag	120'374.82	812'500	780'000	-32'500	-4,0	801'000	801'000	801'000
Saldo	-5'982'840.41	-6'085'262	-6'609'300	-524'038	8,6	-6'605'700	-6'618'600	-8'413'200

##### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
Keine wesentlichen Bemerkungen
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
155'000 Franken Mehraufwand Löhne; hauptsächlich direktionsintern verschobene Stellenprozente  
101'000 Franken Mehraufwand Hilfskräfte  
75'000 Franken Mehraufwand Private Mandatsträger  
96'300 Franken Mehraufwand Arbeitgeberbeiträge an Sozial- und Unfallversicherungen und Pensionskasse

##### Kommentar Finanzplan

Die geschätzte jährliche Fallzunahme von fünf Prozent und die Zunahme Fallbearbeitung von zehn Prozent bedingen laufend steigende Personalressourcen. Aufgrund des Stellenstopps bis 2018 erscheinen die elf zusätzlich benötigten Vollzeitstellen erst im Finanzplanjahr 2019. Dies verursacht die hohe Abweichung von über 1,7 Millionen Franken zum Vorplanjahr 2018.

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist verantwortlich für den Erhalt, die Pflege, die Dokumentation und die Erforschung des archäologischen und bauhistorischen Erbes des Kantons Zug.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung

- Stellungnahmen bei Bauanfragen und Baugesuchen, bei Orts- und Bebauungsplanungen sowie geplanten baulichen Veränderungen hinsichtlich Ortsbildschutzzone, Inventarobjekt und Schutzobjekt sowie deren Umgebung, Weilerzone, Inventar schützenswerte Ortsbilder Schweiz ISOS
- Beraten von Gemeinden bei Bauvorhaben in den Ortsbildschutzzonen und Mitarbeit bei Planungen und Wettbewerben
- Fachliche Begleitung von Eigentümerschaften bei Umbauten, Sanierungen und Renovierungen

##### Leistungsgruppe 2: Bauhistorische Untersuchungen, archäologische Rettungsgrabungen und Auswertung

- Stellungnahmen bei Bauanfragen und Baugesuchen sowie geplanten baulichen Veränderungen hinsichtlich archäologischer Rettungsgrabungen und bauhistorischen Untersuchungen
- Zustimmung und Durchführen von archäologischen Rettungsgrabungen und bauhistorischen Untersuchungen sowie Prospektionen (Erkunden und Aufsuchen von Fundstellen), Aushubüberwachungen und Kurzdokumentationen
- Bergen von Fundmaterial und Proben
- Aufarbeitung und Bereitstellung der Felddokumentationen zur Archivreife
- wissenschaftliche Auswertungen von bauhistorischen Untersuchungen und archäologische Rettungsgrabungen
- Kunstdenkmäler-Inventarisierung

##### Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)

- Einleitung des Verfahrens für die Unterschutzstellung
- Schutzabklärung (Beurteilung Schutzwürdigkeit, Vornahme Augenscheine, Spezialabklärungen, Nutzungsstudien)
- Mitwirkung in Beschwerdeverfahren zu Unterschutzstellungen
- Führen des Verzeichnisses der geschützten Denkmäler
- Erlass oder Vorbereitung von Zusicherungsbeschlüssen, Berechnung und Auszahlung der Beitragsgesuche gemäss Zusicherungsbeschluss
- Zustimmung für die Veränderung geschützter Denkmäler
- Organisation Sitzungen der kantonalen Denkmalkommission (Vorbereitung Unterlagen, Einladung, Durchführung, Protokoll)

##### Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung

- Führen des Inventars der schützenswerten Denkmäler sowie umfassende Revision alle zehn Jahre

- Führen der denkmalpflegerischen Objekt-Datenbank und der archäologischen Fundstellendatenbank
- Erstellen von Einsatzdokumentationen in Bezug auf das Kulturgüterschutzinventar (KGS),
- Vorsorgliche Konservierung und Inventarisierung der archäologischen Funde
- Erfassung historischer Baubestand

##### Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit

- Information, Vorträge und Führungen über die Tätigkeiten von Denkmalpflege und Archäologie
- Erstellen von Publikationen
- Auskünfte an Interessierte, Medienschaffende und Fachkolleginnen und Fachkollegen
- Kulturgüterschutzmassnahmen in Zusammenarbeit mit Kulturgüterschutz-Organisation und Feuerwehren

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Übereinkommen zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa vom 3. Oktober 1985 («Granada-Konvention», in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Juli 1996, SR 0.440.4)
- Europäisches Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes (revidierte Fassung) vom 16. Januar 1992 («Malta-Konvention», für die Schweiz in Kraft getreten am 28. September 1996, SR 0.440.5)
- Bundesgesetz über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten, bei Katastrophen und in Notlagen (KGSG) vom 20. Juni 2014 (SR 520.3)
- Schweizerisches Inventar der Kulturgüter von nationaler Bedeutung. Kulturgüterschutzverzeichnis gemäss Haager Abkommen vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (SR 0.520.3). Ausgabe 2009 (am 27. November 2009 vom Bundesrat genehmigt)
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (SR 451)
- ISOS – Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (für den Kanton Zug in Kraft getreten am 1. Juni 2000)
- Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransfergesetz, KGTG) vom 20. Juni 2003 (SR 444.1)
- Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) vom 26. April 1990 (BGS 423.11)
- Kantonaler Richtplan 2004

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

- Bei den wesentlichen rechtlichen Grundlagen wird das neue Bundesgesetz über den Kulturgüterschutz aufgenommen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung</b>					
1	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme abgeben	Amt für Raumplanung (ARP), Gemeinden	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist	Gleich
2	Zeitgerechtes Einholen von externem Spezialwissen für Stellungnahmen	Bauherrschaften, ARP, Gemeinden, Denkmalkommission	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist	Bei 100 % Auftragserteilung innerhalb 2 Wochen nach Eingang Offerte	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Bauhistorische Untersuchungen, archäologische Rettungsgrabungen und Auswertung</b>					
3	Zeitgerechte Verfügungen (Bauuntersuchungen, Rettungsgrabungen) zu Bauvorhaben und Planungen abgeben	ARP, Gemeinden	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist	100 % innert Frist oder Kontaktaufnahme vor Ablauf Frist	Gleich
4	Kleine bis mittelgrosse Objektsach- und situationsgerecht dokumentieren und Funde sicherstellen	Öffentlichkeit, Kantonales Museum für Urgeschichte (KMUZ)	80 % innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin	80 % innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin	Gleich
5	Aufarbeitung der Dokumentation aller Untersuchungen zur Archivreife innert 24 Monaten	Öffentlichkeit, KMUZ	80 % der Objekte	70 % der Objekte	Gleich
A	Wissenschaftliche Auswertungen durchführen (Projektmanagement): – Pfahlbauten Cham-Alpenblick – Pfahlbauten Cham-Zugerstrasse 112 – Hünenberg, Burg – Kunstdenkmäler Stadt Zug	Öffentlichkeit, KMUZ, Eigentümerschaften, Gemeinden	Pfahlbauten Cham-Alpenblick: 50 % des Befundes (200 Pläne) aufgearbeitet; Pfahlbauten Cham-Zugerstrasse 112: 100 % Keramikaufnahme erfolgt; Hünenberg, Burg: Bauphasen-Beschrieb abgeschlossen; Kunstdenkmäler Stadt Zug: Probemanuskript an GSK abgegeben	Pfahlbauten Cham-Alpenblick: 80 % des Befundes aufgearbeitet; Hünenberg, Burg: Fundaufnahme zur Hälfte abgeschlossen; Kunstdenkmäler Stadt Zug: inhaltliches Konzept liegt vor	Pfahlbauten Cham-Alpenblick: Abschluss 2020 Hünenberg, Burg: Abschluss 2019; Kunstdenkmäler Stadt Zug: gemäss Projektplan
<b>Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)</b>					
6	Erstellung von fundierten Unterlagen für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit	Eigentümerschaft, Gemeinden, kantonale Denkmalkommission	Behandlung von 80 % der Gesuche, sofern die Anträge 3 Wochen vor Sitzung eingegangen sind	Für 80 % der durch die Kommission zu beurteilenden Unterschutzstellungen liegt für die Sitzung ein fundierter interner Fachbericht vor	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung</b>					
7	Alle Neueingänge des Verzeichnisses der geschützten Denkmäler und des Inventars der schützenswerten Denkmäler sind erfasst und auf der Homepage publiziert	Öffentlichkeit, Eigentümerschaften, Gemeinden, Kanton	100 %	100 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
8	Alle Neueingänge sind in der archäologischen Fundstellen-datenbank erfasst	Öffentlichkeit, Eigentümer-schaften, Gemeinden, Kanton	100 %	100 %	Gleich
9	Erstellen der Kulturgüterschutz-Einsatzdokumentationen und der Feuerwehr-Einsatzpläne	Zivilschutzorganisation, Feuerwehr, Polizei, Eigen-tümerschaft	2 Einsatzdokumentationen; 2 Feuerwehr-Einsatzpläne	1 Einsatzdokumentation; 1 Feuerwehr-Einsatzplan	Gleich
10	Alle Neueingänge archäologi-scher Funde sind erfasst und vorsorgliche Konservierungs-massnahmen eingeleitet	KMUZ, Öffentlichkeit	100 % innert 24 Monaten	80 % innert 24 Monaten	Gleich
B	Bestandesaufnahme histo-rischer Bauten	Öffentlichkeit, Eigentümer-schaften, Gemeinden, Kanton	Gemeinden Menzingen, Risch und Steinhausen abgeschlos-sen; Hünenberg und Walchwil begonnen	Gemeinden Hünenberg und Walchwil begonnen; Gemeinden Unterägeri und Oberägeri Aufträge erteilt	Abschluss 2018
C	Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler	Öffentlichkeit, Eigentümer-schaften, Gemeinden, Kanton	Altstadt Zug und Gemeinden Baar und Cham abgeschlos-sen. Gemeinden Menzingen, Hünenberg und Walchwil begonnen	Gemeinden Steinhausen, Risch, Hünenberg und Walchwil abgeschlossen	Abschluss 2018
D	Schimmelpilzbefall Fund-depot: Reinigung Funde und Fundinventarrevision	Öffentlichkeit, KMUZ, Fachwelt	50 Fundkisten gereinigt und neu verpackt	40 Fundkisten gereinigt und neu verpackt	Abschluss voraus-sichtlich 2022
E	Behandlung «Morgarten-Funde»	Öffentlichkeit, Fachwelt		100% vorsorgliche Konservie-rung und wissenschaftliche Inventarisierung der Funde 2015	Konser-vierung beendet
<b>Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit</b>					
11	Jährliche wissenschaftliche Berichterstattung	Öffentlichkeit, Fachwelt	Abgabe Manuskripte: Jahrbuch Archäologie Schweiz per 31. Dezember und Tugium per 31. Mai	Abgabe Manuskripte: Jahrbuch Archäologie Schweiz per 31. Dezember und Tugium per 31. Mai	Gleich
12	Regelmässige Öffentlich-keitsarbeit	Öffentlichkeit	10 Anlässe durchgeführt (Vorträge, Führungen, Denkmaltag)	8 Anlässe durchgeführt (Vorträge, Führungen, Denkmaltag)	Gleich
F	Monographie Archäologie Geschichte Stadt Zug	Öffentlichkeit, Fachwelt	Druckauftrag erteilt	Monographie gedruckt	Projekt beendet
G	Umfrage Denkmalpflege		Konzept für Umsetzung liegt vor	«Fällt weg»	
H	Aufarbeitung Altbestände Planarchiv	Öffentlichkeit, Eigentümer-schaften, Gemeinden, Kanton, Zivilschutzorganisation		300 Pläne digitalisiert und mikroverfilmt	Abschluss 2018

#### Kommentar Zielsetzungen

##### a) Entlastungsprogramm

Umsetzung durch Abbau von Leistungen und zeitliche Verschiebung von Projekten; Rettungsgrabungen nicht mehr im bisherigen Ausmass und Tempo möglich; Archivierung und Fundkonservierung verlangsamten sich stark; Wissenschaftliche Aufarbeitungen wurden rigoros reduziert; es zeichnet sich ein zunehmender Auswertungs- und Publikationsstau ab; Leistungen im Kulturgüterschutz wegen Stellenabbau halbiert

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Denkmalpflege und Bauberatung: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	346	330	360	Steigend
Einholen externer Berichte und Nutzungsstudien	Anzahl		8	8	Gleich
Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl	87	70	65	Gleich
Bauuntersuchungen und Rettungsgrabungen	Anzahl	14	20	16	Gleich
Sondierung, Feldbegehung, Aushubüberwachung, Umbaubegleitung, Kurzdokumentation	Anzahl	48	40	35	Gleich
Sitzungen Kantonale Denkmalkommission	Anzahl		6	8	Gleich
Augenscheinprotokolle Denkmalkommission	Anzahl	12	12	15	Gleich
Unterschutzstellungen	Anzahl	17	12	15	Gleich
Denkmalpflege: Aufnahme ins Inventar	Anzahl	187	110	100	Gleich
Kulturgüterschutz-Einsatzdokumentationen, Feuerwehr-Einsatzpläne	Anzahl		4	2	Gleich
Neueingänge Fundkisten Archäologische Funde	Anzahl		250	200	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrössen sind abhängig von der dynamischen Bau- und Planungstätigkeit im Kanton, werden mehrheitlich von externen Faktoren bestimmt und sind zum Zeitpunkt der Budgetierung teilweise schwer abschätzbar. Das überdurchschnittlich hohe Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum führte bei der denkmalpflegerischen Bau- und Planungsbegleitung zu einer Verdoppelung des Arbeitsvolumens innerhalb von zehn Jahren. Das grosse Wachstum und der rasante bauliche Wandel erfordern immer wieder Rettungsgrabungen oder bauhistorische Untersuchungen. Auch das Entlastungsprogramm hat einen Einfluss auf die Plangrössen, so bei den Bauuntersuchungen, den archäologischen Grabungen oder beim Kulturgüterschutz. Als Folge der Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler stellen zahlreiche Hauseigentümerschaften den Antrag auf definitive Schutzabklärung. Das hat seit Anfang 2014 zu einer sprunghaften Zunahme der Arbeiten geführt.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-7'432'973.73	-6'268'375	-5'696'770	571'605	-9,1	-5'715'020	-5'587'720	-5'673'620
<b>Total Ertrag</b>	293'020.21	155'000	108'000	-47'000	-30,3	108'000	108'000	108'000
<b>Saldo</b>	-7'139'953.52	-6'113'375	-5'588'770	524'605	-8,6	-5'607'020	-5'479'720	-5'565'620

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

38'000 Franken tiefere Personalkosten durch Reduktion um 20 Prozent

777'225 Franken wurden bereits per Budget 2015 gekürzt; die grössten Reduktionen betreffen Dienstleistungen Dritter, Hilfskräfte, Drucksachen/Publikationen, Restaurierung, IT, Betriebs- und Verbrauchsmaterial

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

38'300 Franken tiefere Personalkosten durch interne Verschiebung von 30 Prozent zum Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz

Ab 2016 werden die Investitionsbeiträge bzw. die Restaurierungsbeiträge gemäss § 34 Denkmalschutzgesetz nicht mehr über die Laufende Rechnung, sondern gemäss Budgetvorgaben in der Investitionsrechnung verbucht

Im Globalbudget enthalten sind Gutachten bzw. Abklärungsaufträge von insgesamt 225'000 Franken

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

150'000 Franken per 2018 durch Abschluss bzw. Wegfall von Projekten

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Ab 2016 werden die Investitionsbeiträge bzw. die Restaurierungsbeiträge gemäss § 34 Denkmalschutzgesetz nicht mehr über die Laufende Rechnung, sondern gemäss Budgetvorgaben in der Investitionsrechnung verbucht

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
DI1580.0002 Restaurierungs- beiträge						
Ausgaben			-534'000	-570'000	-570'000	-570'000
Einnahmen			50'000	50'000	50'000	50'000
IT1580.0001 Ersatz für Fach- anwendung SPATZ						
Ausgaben	-20'324.05					
Einnahmen						
<b>Total Budgetkredite</b>						
<b>Ausgaben</b>	<b>-20'324.05</b>		<b>-534'000</b>	<b>-570'000</b>	<b>-570'000</b>	<b>-570'000</b>
<b>Einnahmen</b>			<b>50'000</b>	<b>50'000</b>	<b>50'000</b>	<b>50'000</b>
<b>Saldo</b>	<b>-20'324.05</b>		<b>-484'000</b>	<b>-520'000</b>	<b>-520'000</b>	<b>-520'000</b>

Direktion des Innern

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Ab 2016 werden die Investitionsbeiträge bzw. die Restaurierungsbeiträge nicht mehr über die Laufende Rechnung, sondern gemäss Budgetvorgaben in der Investitionsrechnung verbucht

187'000 Franken niedrigere Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler bei Gemeinden und privaten Haushalten

168'000 Franken höhere Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler bei privaten Unternehmungen

Wegen der Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler sind Abweichungen möglich. Aufwändige Restaurierungsprojekte können zu einem temporären höheren Mittelbedarf führen. Gemäss § 34 Denkmalschutzgesetz haben Hauseigentümerschaften einen gesetzlichen Anspruch auf Restaurierungsbeiträge

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung



Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
1700	Direktionssekretariat	-32'140'177.10	-32'232'045	-32'711'890	-479'845	1,5	-32'804'590	-31'010'890	-31'121'490
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-7'941'224.05	-9'350'980	-8'506'500	844'480	-9,0	-8'753'000	-8'884'800	-9'168'700
1733	Kantonsschule Zug	-39'144'456.32	-38'688'028	-37'007'070	1'680'958	-4,3	-35'887'000	-35'598'800	-35'510'300
1734	Kantonsschule Menzingen	-8'350'107.55	-8'693'189	-9'920'500	-1'227'311	14,1	-9'925'700	-10'403'800	-10'498'801
1736	Fachmittelschule Zug	-4'814'876.27	-5'251'682	-5'551'860	-300'178	5,7	-5'410'960	-5'420'660	-5'453'360
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-103'905'609.17	-104'829'155	-104'980'400	-151'245	0,1	-105'060'800	-105'269'000	-105'572'200
1777	Amt für Berufsberatung	-4'338'129.08	-4'346'700	-4'308'900	37'800	-0,9	-4'255'600	-4'236'100	-4'257'000
1780	Amt für Sport	-1'372'642.65	-1'621'117	-1'502'550	118'567	-7,3	-1'528'650	-1'484'250	-1'496'650
1790	Amt für Kultur	-6'904'974.95	-7'138'692	-6'757'000	381'692	-5,3	-4'156'900	-4'163'000	-4'178'550
17	<b>Direktion für Bildung und Kultur</b>	<b>-208'912'197.14</b>	<b>-212'151'588</b>	<b>-211'246'670</b>	<b>904'918</b>	<b>-0,4</b>	<b>-207'783'200</b>	<b>-206'471'300</b>	<b>-207'257'051</b>

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
1733	Kantonsschule Zug	-1'065'321.01	-1'698'000	-137'000	1'561'000	-91,9			
1734	Kantonsschule Menzingen	-60'365.90	-104'000	-50'000	54'000	-51,9			
1777	Amt für Berufsberatung	128'163.46	100'000	60'000	-40'000	-40,0	60'000	60'000	-50'000
1790	Amt für Kultur	-52'441.88							
17	<b>Direktion für Bildung und Kultur</b>	<b>-1'049'965.33</b>	<b>-1'702'000</b>	<b>-127'000</b>	<b>1'575'000</b>	<b>-92,5</b>	<b>60'000</b>	<b>60'000</b>	<b>-50'000</b>

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Laufende Rechnung

Insgesamt budgetiert die Direktion für Bildung und Kultur den Sach- und Betriebsaufwand hauptsächlich durch Umsetzung von Massnahmen des Entlastungsprogramms 2015–2018 um rund eine halbe Million Franken tiefer als im Budget 2015. Der Personalaufwand bleibt unverändert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Löhne des Lehrpersonals der kantonalen Schulen rund 70 Prozent des gesamten Personalaufwandes der DBK ausmachen. Da die Lehrpersonen von der Reduktion des Stellenetats um 1 Prozent gemäss RRB vom 24. März 2015 ausgenommen sind, wirkt sich diese Massnahme lediglich auf die verbleibenden 30 Prozent des Verwaltungspersonals aus.

Der Neu- und Ausbau der Kantonsschule Menzingen (KSM) führt neben einer Zunahme bei den Schülerinnen und Schülern sowie der Vergrösserung der Infrastruktur auch zu einem Wachstum des Verwaltungspersonals um 1,85 Stellen. Infolge der oben erwähnten Personalmassnahme wird dieses Stellenwachstum bei der KSM vollumfänglich durch Reduktionen bei den Ämtern der DBK oder anderen kantonalen Mittelschulen kompensiert werden (Direktionssekretariat -0,2 Stellen, Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule -0,1 Stellen, Kantonsschule Zug -0,1 Stellen, Amt für gemeindliche Schulen -1.05 Stellen, Amt für Berufsberatung -0,3 Stellen, Amt für Kultur -0,1 Stellen).

In den Globalbudgets der Kantonsschulen Zug (KSZ) und Menzingen (KSM) wird die Verlagerung von jeweils 2 Klassen pro Schuljahr von Zug nach Menzingen sichtbar, welche kostenneutral erfolgt. Die Massnahmen des Entlastungsprogramms führen bei der KSZ zu zusätzlichen Kosteneinsparungen beim Sach- und Betriebsaufwand.

Die von der Schulkommission der Kantonalen Mittelschulen beschlossene Strategie zur Stärkung des Angebots der Fachmittelschule FMS soll den Rückgang der Anzahl Schülerinnen und Schüler stoppen. Da sich bereits eine Erholung abzeichnet wird im Budget mit einer zusätzlichen Klasse und somit zwei zusätzlichen Vollzeitstellen beim Personal gerechnet.

Der Kantonsbeitrag zugunsten der PH Zug reduziert sich um rund 760'000 Franken, wobei davon 340'000 Franken auf eine Massnahme des Entlastungsprogramms entfallen. Zudem sind die tatsächlichen Lohnerhöhungen infolge der Neueinreihung des Personals der PH Zug nach Zuger Personalrecht geringer ausfallen, als bei der Budgetierung 2015 angenommen.

#### **Investitionsrechnung**

Der Saldo der budgetierten Investitionen reduziert sich gegenüber dem Vorjahr markant, da das Projekt des Ersatzes sämtlicher PCs an der KSZ planmässig im Jahr 2015 abgeschlossen wird. Im Budget verbleiben eine Teilerneuerung der WiFi-Infrastruktur der KSZ sowie einige Investitionen beim Übergangsprovisorium an der KSM. Der Investitionssaldo beim Amt für Berufsberatung widerspiegelt einen erwarteten leichten Rückgang bei den Studiendarlehen.



## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat (DBKS) ist die juristische, betriebswirtschaftliche und kommunikatorische Stabsstelle für den Bildungsdirektor, die Ämter der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) und die kantonalen Schulen. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das DBKS Kantons- und Regierungsratsvorlagen der DBK und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit Auswirkungen auf den Aufgabenbereich der DBK.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte

- Bearbeitung und Qualitätssicherung DBK-Sachgeschäfte
- Verfassen von Stellungnahmen zuhanden kantonomer Stellen
- Verfassen von Stellungnahmen an externe Dritte (wie Vernehmlassungen, Anhörungen)
- Erarbeitung Rechtserlasse
- Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
- Prüfung von Anträgen anderer Direktionen insbesondere mit Auswirkungen auf den Zuständigkeitsbereich der DBK

##### Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung

- Erarbeiten und Qualitätssicherung von DBK-Verfügungen
- Sicherstellung der korrekten personellen Besetzung Weiterbildungs-, Übertritts-, Maturitäts- und Prüfungskommissionen
- Kenntnisnahme von Berichterstattungen Dritter

##### Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst

- Erarbeitung Rechtserlasse
- Beschwerdewesen (inkl. Vernehmlassungen, Beschwerdeverfahren Verwaltungsgericht)
- Beratung DBK-Ämter, kantonale Schulen und gemeindliche Rektorate

##### Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission

- Geschäftsführung des Bildungsrates
- Vor- und Nachbereitung sowie Administration der Sitzungen Bildungskommission

##### Leistungsgruppe 5: Beitragswesen

- Erarbeitung von Entscheiden betreffend Beiträge des Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke (Lotteriefonds)
- Gewährung von Beiträgen an Privatschulen im Kanton Zug
- Gewährung von Beiträgen an Hochschulen, Fachhoch- und Fachschulen

- Gewährung von Beiträgen an Institutionen für Unterrichtswesen
- Auskunftserteilung an gesuchstellende Personen, Schulen und Institutionen

##### Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen

- Administration Verfahren von Kostenübernahmen (kieferorthopädische Behandlungen)
- Mitwirkung in Projekten und Arbeitsgruppen
- Einsitz und innerkantonale Koordination regionaler, kantonomer und schweizerischer Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) vom 21. Oktober 1976 (BGS 412.31)
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Konkordat über die Schulkoordination vom 29. Oktober 1970 (BGS 411.1)
- Interkantonale Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 (BGS 411.5)
- Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug vom 28. Februar 2013 (BGS 414.41)
- Interkantonale Fachhochschulvereinbarung ab 2005 vom 12. Juni 2003 (BGS 414.302)
- Regionales Schulabkommen Zentralschweiz vom 19. Mai 2011 (BGS 412.12)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte</b>					
1	Hohe Qualität der Anträge der DBK an RR	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
2	Fristgerechte Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Mitberichten	Regierungsrat, Direktionen, Bundesdepartemente, Direktorenkonferenzen	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
3	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse	Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
4	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit Auswirkungen auf Zuständigkeitsbereich DBK	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter, Direktorenkonferenzen usw.	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung</b>					
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Verfügungen	Antragstellende und Betroffene	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
6	Fach- und fristgerechte Prüfung der Schul- und Disziplinarordnungen der gemeindlichen Schulen	Schulkommissionen der Zuger Gemeinden	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst</b>					
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Gerichte	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission</b>					
8	Reibungslose Vor- und Nachbereitung der Sitzungen	Bildungsrat, Bildungskommission	Einladungsversand mit Traktanden innert 10 Tagen vor Sitzung; Protokollerstellung und Versand von Berichten usw. innert 7 Arbeitstagen nach Sitzung	Einladungsversand mit Traktanden innert 10 Tagen vor Sitzung; Protokollerstellung und Versand von Berichten usw. innert 7 Arbeitstagen nach Sitzung	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Beitragswesen</b>					
9	Fristgerechte Bearbeitung von Beitragsgesuchen (Lotteriefonds)	Private, öffentlich-rechtliche Organisationen, Regierungsrat	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
10	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Beiträgen	Gemeinden, Schulen, Institutionen des Unterrichtswesens	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	100 % innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen</b>					
11	Fach- und fristgerechte Unterstützung Bildungsdirektor	Bildungsdirektor	100 % innert angeordneter oder vereinbarter Frist	100 % innert angeordneter oder vereinbarter Frist	Gleich
12	Fachgerechte Auskunftserteilung an Rektorate	Rektorate	100 % innert vereinbarter Frist	100 % innert vereinbarter Frist	Gleich
13	Unterstützung der DBK-Ämter betreffend Kommunikation, IT, Sicherheit, Personelles	DBK-Ämter, Mitarbeitende, Medien/Öffentlichkeit	100 % innert vereinbarter Frist	100 % innert vereinbarter Frist	Gleich
A	Erstellung Qualitätssicherung und Prozessdokumentation mit WINFEE (RICO) für DBKS	Mitarbeitende DBKS	Umsetzung	«Fällt weg»	

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Hoch-/Fachhochschulen	Studierende	1'544	1'680	1'710	Steigend
Beiträge an Hoch-/Fachhochschulen	Aufwand in Fr.		27'264'200	28'007'500	Steigend
Zugerische Privatschulen	Schüler/-innen	1'012	1'100	1'100	Gleich
Beschwerdewesen	Einsprachen und Beschwerden	12	20	20	Gleich
Federführung bei Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl		4	4	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		6	6	Gleich

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**  
Keine Bemerkungen

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-32'183'742.25	-32'272'045	-32'759'890	-487'845	1,5	-32'852'590	-31'058'890	-31'169'490
<b>Total Ertrag</b>	43'565.15	40'000	48'000	8'000	20,0	48'000	48'000	48'000
<b>Saldo</b>	-32'140'177.10	-32'232'045	-32'711'890	-479'845	1,5	-32'804'590	-31'010'890	-31'121'490

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

6'400 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

2'600 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Die Zunahme von 1,5 Prozent ist auf das erwartete Wachstum der Beiträge für Zuger Studierende an den Hochschulen zurückzuführen. Es handelt sich hierbei um Transferaufwand, welcher durch interkantonale Vereinbarungen und gesetzliche Bestimmungen geregelt ist. Dieser entzieht sich der Steuerung durch die Direktion für Bildung und Kultur

**Kommentar Finanzplan**

a) Entlastungsprogramm

1,9 Millionen Franken weniger Transferaufwand durch Reduktion der Beiträge des Kantons an zugerische Privatschulen für Zuger Schülerinnen und Schüler

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Analog zum Budget wird ein weiteres Wachstum des Transferaufwandes für die Bildungsbeiträge im Bereich der Hochschulen erwartet

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Keine

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (AMH) ist zuständig für die übergeordnete Führung, Koordination, Weiterentwicklung und Qualitätsaufsicht der kantonalen Mittelschulen. Es übt die Aufsicht aus über die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) und koordiniert die Aufgaben zwischen der Hochschule und der kantonalen Verwaltung. Zudem leitet es den Bereich der Allgemeinen Weiterbildung im Kanton Zug und ist zuständig für die Aufsicht der Maturitätsprüfungen an den anerkannten gymnasialen Privatschulen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen

- Sicherstellung einer hohen Ausbildungsqualität
- Steuerung des Mitteleinsatzes
- Entwicklung der Ausbildungsangebote
- Leitung von Prüfungskommissionen und Maturitätskommission
- Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommissionen kantonalen Schulen
- Geschäftsführung Schulkommission
- Mitwirkung in SMAK (Schweizerische Mittelschulämterkonferenz)

##### Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung

- Förderung von Qualität, Stellenwert und Information der Allgemeinen Weiterbildung (Erwachsenenbildung)
- Unterstützung von Projekten und Vergabe von Jahresbeiträgen an gemeinnützige Anbietende
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen allen Anbietenden
- Leitung der Kommission Allgemeine Weiterbildung

##### Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug

- Ausübung der Aufsicht über die PH Zug
- Koordination der Aufgaben zwischen der Pädagogischen Hochschule Zug und der kantonalen Verwaltung
- Mitwirkung im Hochschulrat der PH Zug

##### Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen

- Überprüfung der Qualität der Abschlussprüfungen
- Leitung der Maturitätskommission

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug (BGS 414.41)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (414.111)
- Verordnung über die Kantonsschule Menzingen vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.112)
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)
- Verordnung zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug vom 9. Juli 2013 (BGS 414.411)
- Verordnung über die Gebühren an der Pädagogischen Hochschule Zug vom 9. Juli 2013 (BGS 414.412)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (BGS 414.14)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Wirtschaftsmittelschule der Kantonsschule Zug vom 2. Mai 2008 (BGS 414.151)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Fachmittelschule vom 18. Juli 2008 (BGS 414.191)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen</b>					
1	Ausbildungsqualität sicherstellen	Schüler/innen	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind zu 100 % eingehalten; kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind zu 100 % eingehalten; Erfolgsquote bei Abschlussprüfungen liegt bei mind. 95 %	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind zu 100 % eingehalten; kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind zu 100 % eingehalten; Erfolgsquote bei Abschlussprüfungen liegt bei mind. 95 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
2	Wirtschaftlicher Einsatz der finanziellen Mittel	Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22	Steigend
3	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung (QE) und Umsetzung «Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II»	Schülerinnen und Schüler	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt; Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Schulleitenden; Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt und im Rahmen der MAGs mit Schulleitenden überprüft; Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II	Gleich
4	Adäquate Information über das Mittelschulangebot im Kanton Zug	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen an gemeindliche Schulen (Broschüren der Schulen, Film, Broschüre Langzeitgymnasium/Zuteilungsverfahren)	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen an gemeindliche Schulen	Gleich
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommissionen	Prüfungskommissionen	100 % innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	100 % innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
A	Strategieprozess 2015 bis 2018		Gemäss Projektplan	Strategie gemäss Jahresplanung 2015–2018 umgesetzt	Gleich
L11	Umsetzung und Evaluation des neuen Übertrittsverfahrens von der Sekundarschule in die Mittelschulen		2. Durchführung, Evaluation und Ableitung allfälliger Massnahmen	Massnahmen zur stärkeren Steuerung am Übergang von der Primarschule ins Langzeitgymnasium gemäss Entlastungsprogramm umgesetzt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung</b>					
6	Transparente und ausgewogene Vergabe von Unterstützungsbeiträgen gemäss Verordnung und Richtlinien der Kommission Allgemeine Weiterbildung	Organisationen im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung	Vorgaben zu 100 % eingehalten	Vorgaben zu 100 % eingehalten	Gleich
7	Förderung der Koordination und der Zusammenarbeit in der Allgemeinen Weiterbildung	Organisationen im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung	Organisation 1 Netzwerktreffen; publiziertes Programm zur Elternbildung im Kanton Zug	Organisation von 2 Konferenzen Allgemeine Weiterbildung Kanton Zug; publiziertes Programm zur Elternbildung im Kanton Zug	Gleich
B	Ersatz gedrucktes Programm zur Elternbildung durch Flyersystem	Organisationen im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung		Gedrucktes Programm durch Flyersystem per Ende Jahr ersetzt	
<b>Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug</b>					
8	Aufsicht/Controlling	Studentinnen und Studenten, Lehrpersonen, Empfänger/innen Dienstleistungen	Erreichen der Ziele und Vorgaben gemäss Spezialgesetzgebung und strategischen Leitlinien	Ziele und Vorgaben gemäss Spezialgesetzgebung und strategischen Leitlinien erreicht	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen</b>					
9	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Schüler/innen	Maturitätskommission erstellt Bericht zu definierten Beobachtungspunkten	Bericht zu definierten Beobachtungspunkten liegt vor	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

a) Entlastungsprogramm

Zielsetzung 2: Tendenz 2017–2019 steigend, da im Rahmen des Entlastungsprogramms eine Erhöhung der Klassengrösse geplant ist

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Zielsetzung B ist neu dazugekommen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Gewährte Unterstützungsbeiträge Allgemeine Weiterbildung	Franken	252'000	315'000	315'000	Sinkend
Klassen kantonale Mittelschulen	Anzahl	105	104	105	Sinkend
Schüler/innen in kantonalen Mittelschulen	Anzahl	1'924	1'990	1'981	Gleich
Studierende der Studiengänge der Pädagogischen Hochschule Zug	Anzahl	297	300	300	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Gewährte Unterstützungsbeiträge Allgemeine Weiterbildung: Tendenz sinkend, da im Rahmen des Entlastungsprogramms eine Kürzung des Budgets zur Allgemeinen Weiterbildung um 40'000 Franken geplant ist.

Klassen kantonale Mittelschulen: Tendenz sinkend, da eine Erhöhung der Klassengrösse geplant ist.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-7'948'005.75	-9'360'980	-8'516'500	844'480	-9,0	-8'763'000	-8'894'800	-9'178'700
Total Ertrag	6'781.70	10'000	10'000	0	0,0	10'000	10'000	10'000
Saldo	-7'941'224.05	-9'350'980	-8'506'500	844'480	-9,0	-8'753'000	-8'884'800	-9'168'700

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

27'550 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

34'700 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

340'000 Franken weniger Transferaufwand durch Reduktion des Kantonsbeitrages an die PH Zug

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

420'000 Franken tieferer Kantonsbeitrag an die PH Zug gegenüber Budget 2015 (zusätzlich zum unter a) erwähnten Entlastungsbetrag von 340'000 Franken) aufgrund teilweise tieferer Personalkosten (tieferer Kosten aus Wechsel der Mitarbeitenden der PH Zug vom Luzerner auf das Zuger Personalrecht) resp. höherer Erträge aus Fachhochschul-Vereinbarung

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

40'000 Franken Einsparung beim Beitrag für die kantonale Allgemeine Weiterbildung

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Die Aufwandsteigerung in den Planjahren ist auf den Kantonsbeitrag an die Pädagogische Hochschule Zug (insbesondere Gehaltserhöhungen durch Stufenanstiege/ Treue- und Erfahrungszulage) zurückzuführen

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Keine

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Zug (KSZ) führt ein 6-jähriges Gymnasium und eine Wirtschaftsmittelschule. Das Bildungsziel des 6-jährigen Gymnasiums ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität. Mit der Wirtschaftsmittelschule (WMS) bietet die KSZ eine praxisorientierte Ausbildung in den Wirtschafts- und Sprachfächern an, verbunden mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Bildungsziel ist die Vorbereitung auf eine Fachhochschule (Studierfähigkeit) und die Praxis (Arbeitsmarktfähigkeit).

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Unterricht

- Langzeitgymnasium (Schwerpunktfächer Bildnerisches Gestalten, Biologie/Chemie, Englisch, Französisch, Italienisch, Latein, Musik, Physik/Anwendungen der Mathematik, Spanisch, Wirtschaft/Recht) und alle Ergänzungsfächer gemäss Maturitätsanerkennungsreglement (Bildnerisches Gestalten, Biologie, Geografie, Geschichte, Informatik, Musik, Pädagogik & Psychologie, Philosophie, Physik, Religion, Sport)
- Zweisprachige Matura Deutsch/Englisch
- Wirtschaftsmittelschule

##### Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung

- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

##### Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten

- Mediothek
- Mensa
- Hausdienst
- Sekretariat
- Informatik

##### Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

- Information über Angebot und Entwicklung der Kantonsschule Zug

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.111)
- Promotionsordnung für die Kantonsschule Zug vom 1. Februar 1999 (BGS 414.13)
- Promotionsordnung für das Gymnasium der Kantonsschule Zug vom 10. Juni 2009 (BGS 414.130.1)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (BGS 414.14)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Unterricht</b>					
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schüler/innen	Hoher Anteil Schüler/innen bewertet Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Hoher Anteil Schüler/innen bewertet Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahler/innen	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Steigend



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
A	Entlastungsprogramm: Reduktion Anzahl Wochenlektionen im Gymnasium Unterstufe	Lehrpersonen, Schüler/innen KSZ		Anpassung Wochenstundentafel im Gymnasium Unterstufe auf Beginn des Schuljahres 2016/17	
B	Förderung MINT	Lehrpersonen, Schüler/innen		Start Pilotphase MINT-Förderung mit dem Fach PT (Programmieren/Technik) im Gymnasium Unterstufe	Gleich
C	WMS 2015	Lehrpersonen, Schüler/innen WMS		Umsetzung neue Lektionentafel, Promotionsordnung und Installation Lehrpläne	
D	Neue Promotionsordnung	Lehrpersonen, Schüler/innen		Implementierung neue kantonale Promotionsordnung inklusive Pilot Jahrespromotion	Gleich
L4	Neubau Turnhallen und Provisorien Kantonsschule Zug	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ	Detailplanung Provisorien abgeschlossen; Beginn Planung Sporthallen	Bau Schulraumprovisorium abgeschlossen, Bezug Beginn Schuljahr 2016/17; Planung Dreifachsporthalle abgeschlossen, Baubeginn Sommer	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung</b>					
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Gleich
E	Umsetzung Massnahmen «Lernförderliches Klima»	Lehrpersonen, Schüler/innen KSZ	Umsetzung bis August abgeschlossen	«Fällt weg»	
F	Implementierung Leitideen und Charta	Lehrpersonen, Schüler/innen KSZ	Umsetzung der 2014 ausgearbeiteten Grundsätze	«Fällt weg»	
G	Pädagogische, technische und rechtliche Aspekte der ICT werden über alle Anspruchsgruppen hinweg koordiniert	Mitarbeitende	Arbeitsgruppe entwickelt Konzepte zu den Bereichen ICT im Unterricht, Datenschutz, Cybermobbing	Ableitung von Massnahmen aus den Konzepten zum Bereich ICT im Unterricht	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten</b>					
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen mind. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeiten: 45 Std.; Besucherfrequenz/Jahr: 92'000	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen mind. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeiten: max. 45 Std.; Besucherfrequenz/Jahr: 90'000	Gleich
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	Schüler/innen	Hoher Anteil Schüler/innen bewertet Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Hoher Anteil Schüler/innen bewertet Dienstleistungen als gut (Überprüfung 2016)	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
H	Ersatz der 2008 angeschafften PCs	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ	Rollout bis September abgeschlossen	«Fällt weg»	
I	Teilersatz der Präsentationstechnik	Mitarbeitende, Schüler/innen der KSZ	Installation bis Ende Jahr abgeschlossen	«Fällt weg»	
J	VDI (Virtuelle Desktop Infrastruktur) wird als strategische Plattform für den Unterricht eingeführt	Mitarbeitende, Schüler/innen der KSZ	VDI bis Oktober für initial 500 User ermöglicht	Förderung von VDI im Unterricht; Pilotversuch BYOD (bring your own device) gestartet	Gleich
K	Die neue Schulverwaltungssoftware wird implementiert	Mitarbeitende, Schüler/innen KSZ	Mitarbeitende in neue Software eingeführt; administrative Abläufe angepasst; Testphase termingerecht abgeschlossen	Erste produktive Betriebsphase, Optimierung und Ausbau der Anwendung	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation</b>					
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich
L	Entlastungsprogramm: Ersatz gedruckter Informationsmaterialien	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen, Öffentlichkeit		Alle gedruckten Informationen sind durch elektronische Ausgaben ersetzt	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

a) Entlastungsprogramm

Zielsetzung 3: Tendenz 2017–2019 steigend, da im Rahmen des Entlastungsprogramms eine Erhöhung der Kursgrößen geplant ist.

Zielsetzung A: Mit der im Entlastungsprogramm geforderten Reduktion der Anzahl Lektionen im Gymnasium Unterstufe muss auf Beginn des Schuljahres 2016/17 eine neue Stundentafel erstellt werden.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Klassenzahl	Anzahl	82	SJ 14/15: 81, SJ 15/16: 78–80	77	Sinkend
Anzahl Schüler/innen	Anzahl	1'523	mind. 1'500, max. 1'550	1'450	Sinkend
Anzahl Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	156,3	155,55	147,8	Sinkend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Die Einführung des Langzeitgymnasiums in Menzingen auf Beginn des Schuljahres 2015/16 entlastet die KSZ bis 2021 mit je 2 Klassen pro Schuljahr.

Die Klassenzahl 2017–2019 sinkt tendenziell, da im Rahmen des Entlastungsprogramms eine Erhöhung der Klassen- und Kursgrößen geplant ist.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-39'819'324.22	-39'345'528	-37'641'570	1'703'958	-4,3	-36'518'500	-36'227'800	-36'139'300
Total Ertrag	674'867.90	657'500	634'500	-23'000	-3,5	631'500	629'000	629'000
Saldo	-39'144'456.32	-38'688'028	-37'007'070	1'680'958	-4,3	-35'887'000	-35'598'800	-35'510'300

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

59'800 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen sowie spezifischer Personalmassnahmen  
197'650 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

###### b) Weitere wesentliche Veränderungen

Einsparung beim Personalaufwand durch Eröffnung Langzeitgymnasium Menzingen mit 2 Klassen  
Einsparung beim Personalaufwand durch Zusammenlegung von 2 Klassen in der Mittelstufe und 2 Klassen in der Oberstufe

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

Tiefere Personalkosten durch sinkende Klassenzahlen  
Entlastung insbesondere durch geplante Erhöhung der Klassen- und Kursgrösse ab 2017

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Einsparungen beim Personalaufwand durch Führung Langzeitgymnasium Menzingen mit 2 Klassen

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
DB1733.0003 Kantonsschule Luegeten: Sonder- anschaffungen								
Ausgaben	-139'183.55	-50'000						
Einnahmen								
DB1733.0005 Anschaffung Audio/ Video Splitter								
Ausgaben		-200'000						
Einnahmen								
DB1733.0006 Beschallung (2. von 3 Etappen)								
Ausgaben		-45'000	-45'000					
Einnahmen								
IT1733.0007 Aktualisierung Infrastruktur Clients								
Ausgaben	-18'238.51							
Einnahmen								
IT1733.0011 Erneuerung Infra- struktur Serverraum								
Ausgaben	-509'760.65							
Einnahmen								
IT1733.0012 Campus-Card KSZ								
Ausgaben	-48'890.75							
Einnahmen								
IT1733.0013 Datenhaltung								
Ausgaben	-349'247.55							
Einnahmen								

Institutionelle Gliederung  
Direktion für Bildung und Kultur  
1733 – Kantonsschule Zug

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT1733.0014	Ersatz Core Switches								
	Ausgaben		-162'000						
	Einnahmen								
IT1733.0015	Ersatz Präsen- tationstechnik								
	Ausgaben		-210'000						
	Einnahmen								
IT1733.0016	Ersatz PCs Schulbetrieb								
	Ausgaben		-676'000						
	Einnahmen								
IT1733.0017	Kauf Virtuelle Infrastruktur								
	Ausgaben		-355'000						
	Einnahmen								
IT1733.0018	Teilerneuerung WiFi-Infrastruktur								
	Ausgaben			-92'000					
	Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>									
	<b>Ausgaben</b>	<b>-1'065'321.01</b>	<b>-1'698'000</b>	<b>-137'000</b>					
	<b>Einnahmen</b>								
	<b>Saldo</b>	<b>-1'065'321.01</b>	<b>-1'698'000</b>	<b>-137'000</b>					

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

Projekt Beschallung: Letzte Etappe Installationen, Übergang in produktiven Betrieb

Projekt Teilerneuerung WiFi-Infrastruktur: Ersatz von alten, am Ende des Lebenszyklus angekommenen WiFi-Zugangspunkten. Die alten Geräte werden vom Hersteller nicht mehr gewartet, Software Updates sind nicht mehr möglich.

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Menzingen (KSM) bietet ein vierjähriges, an die 2. oder 3. Sekundarklasse anschliessenden Kurzzeitgymnasium und – ab Schuljahr 2015/16 – ein sechsjähriges, an die 6. Primarklasse anschliessendes Langzeitgymnasium mit allen gymnasialen Profilrichtungen an. Das Bildungsziel der KSM ist die gesamtschweizerisch anerkannte gymnasiale Maturität. Sowohl das Kurz- als auch das Langzeitgymnasium können mit einem zweisprachigen Maturitätslehrgang Deutsch/Englisch kombiniert werden.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Unterricht

- Kurzzeitgymnasium und Langzeitgymnasium mit den Schwerpunktfächern Bildnerische Gestaltung, Biologie und Chemie, Englisch, Musik, Physik und Anwendungen der Mathematik, Spanisch, Wirtschaft und Recht
- Zweisprachige Matura Deutsch/Englisch

##### Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung

- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

##### Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten

- Mediathek
- Mensa
- Hausdienst
- Sekretariat
- Informatik

##### Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

- Information über Angebot und Entwicklung der KSM

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über die Kantonsschule Menzingen vom 4. Dezember 2007 (Stand 1. August 2014; BGS 414.112)
- Promotionsordnung für die Kantonsschule Menzingen vom 26. Juni 2002 (Stand 1. August 2014; BGS 414.131)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (Stand 2. Mai 2008; BGS 414.14)
- Disziplinarordnung für die kantonalen Gymnasien, die Fachmittelschule und die Wirtschaftsmittelschule vom 20. Juni 2014 (Stand 1. August 2014; BGS 414.17)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

- Die Einführung des Langzeitgymnasiums per Schuljahr 2015/16 bewirkt ein markantes Wachstum der KSM bis zum Vollausbau im Schuljahr 2020/21:
- Verdoppelung der Klassen- und Schülerzahl von 12 auf 24–28 Klassen
- Personelles Wachstum bei Lehrpersonen und beim nicht unterrichtenden Personal (Verwaltung, Hausdienst, IT)

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Unterricht</b>					
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schüler/innen	Hoher Anteil der Schüler/innen bewertet Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Hoher Anteil der Schüler/innen bewertet Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahler/innen	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
A	Erweiterung des Bildungsangebots (neue Schwerpunktfächer, Einführung eines Langzeitgymnasiums)	Schüler/innen	Erfolgreiche erstmalige Umsetzung der neuen Schwerpunktfächer Physik/Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht; erfolgreiche Etablierung des Langzeitgymnasiums per Schuljahr 2015/16	Erfolgreiche erstmalige Umsetzung der neuen Schwerpunktfächer Physik/Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht; erfolgreiche Etablierung des Langzeitgymnasiums	Projekt Umsetzung neue Schwerpunktfächer abgeschlossen; Projektabschluss Etablierung Langzeitgymnasium per Ende Schuljahr 2020/21
B	Entlastungsprogramm: Reduktion Anzahl Wochenlektionen im Gymnasium Unterstufe	Lehrpersonen, Schüler/innen KSM		Anpassung Wochenstundentafel Unterstufe auf Beginn des Schuljahres 2016/17	
C	Neue Promotionsordnung/Einführung der Jahrespromotion	Lehrpersonen, Schüler/innen KSM		Implementierung neue Promotionsordnung, inklusive Pilot Jahrespromotion	Gleich
L4	Neu- und Umbau Kantonsschule Menzingen	Schüler/innen	Bezug der Schulraumprovisorien per Schuljahr 2015/16; Beginn Neu- und Umbau per Schuljahr 2015/16	Inbetriebnahme Schulraumprovisorien per Schuljahr 2015/16; Bauphase Neu- und Umbau während Schuljahre 2015/16 bis 2017/18 (Bezug Neubau per Schuljahr 2018/19)	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung</b>					
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Alle Standards zu Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten</b>					
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediathek	Schüler/innen	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen min. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeit: 31 Std.	Durchschnittliche Ausleihe pro Schüler/in: 20; 80 % der Schulangehörigen leihen min. 1 Medium aus; wöchentliche Öffnungszeit: 31 Std.	Gleich
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	Schüler/innen	Ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
D	Einführung EDUZug	Mitarbeitende, Lehrpersonen		Erste produktive Betriebsphase, Optimierung und Ausbau der Anwendung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation</b>					
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie Besuchs- und Schnuppertagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie Besuchs- und Schnuppertagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich
E	Entlastungsprogramm: Ersatz der «Zwischenzeit» durch elektronische Publikation	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen, gemeindliche Schulen, Öffentlichkeit		«Zwischenzeit» durch elektronische Publikation ersetzt	

#### Kommentar Zielsetzungen

##### a) Entlastungsprogramm

Zielsetzung 3: Tendenz 2017–2019 steigend, da im Rahmen des Entlastungsprogramms eine Erhöhung der Kursgrössen geplant ist.

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Klassenzahl	Anzahl	12	13	17	Steigend
Schüler/innen	Anzahl	215	250	330	Steigend
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl	28,4	31,25	36,5	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Bis zum Vollausbau der KSM im Schuljahr 2020/21 wird mit jährlich 3 bis 4 neuen Klassen im Kurzzeitgymnasium und 2 neuen Klassen im Langzeitgymnasium gerechnet. Im Vollausbau wird die KSM 24–28 Klassen umfassen.
- Bis zum Vollausbau ist beim Lehrpersonal durchschnittlich mit einer Pensenzunahme von jährlich 3,5 Vollzeitstellen zu rechnen.
- In den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 traten je 4 neue Kurzzeitgymnasium-Klassen in die KSM ein. Daraus resultierte ein stärkeres Wachstum der Vollzeitstellen (Schuljahr 201/16: 35,4 Vollzeitstellen, SJ 2016/17: 38 Vollzeitstellen).
- Im Schuljahr 2014/15 besuchen 212 Schülerinnen und Schüler (12 Klassen) die KSM. Für das Schuljahr 2015/16 wird mit rund 310 Schülerinnen und Schülern (16 Klassen) und für das Schuljahr 2016/17 mit rund 350 Schülerinnen und Schülern (18 Klassen) gerechnet. Das entspricht einer Steigerung vom Budget 2015 zum Budget 2016 um rund 30 Prozent.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-8'437'511.15	-8'770'689	-9'958'000	-1'187'311	13,5	-9'964'500	-10'446'800	-10'541'801
<b>Total Ertrag</b>	87'403.60	77'500	37'500	-40'000	-51,6	38'800	43'000	43'000
<b>Saldo</b>	-8'350'107.55	-8'693'189	-9'920'500	-1'227'311	14,1	-9'925'700	-10'403'800	-10'498'801

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

11'700 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

92'700 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- ca. 220'000 Franken jährliche Mietkosten (200'000 Franken Gemeinde, 20'000 Franken Institut Menzingen) während der Provisorienphase 2015–2018 für Schulraum von der Gemeinde Menzingen (Sport, Angewandtes Gestalten, Hauswirtschaft) sowie vom Institut Menzingen (Schulleitung, Verwaltung, Lagerräume)
- Verbrauchsmaterial (Reinigung, IT etc.): steigend ab Schuljahr 2015/16 infolge wachsender Schüler/innen- und Lehrpersonenzahl (s. Kommentar Finanzplan) und grösserer Reinigungsfläche in Provisorium (plus 50 % Fläche).
- In den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 traten je 4 neue Kurzzeitgymnasium-Klassen in die KSM ein. Daraus resultiert insbesondere ein Wachstum der Personalstellen beim Lehrpersonal

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

Entlastung insbesondere durch geplante Erhöhung der Klassen- und Kursgrösse ab 2017

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- Beim Lehrpersonal ist bis zum Vollausbau im Schuljahr 2020/21 mit einer Pensenzunahme aufgrund der zusätzlichen zwei Klassen pro Schuljahr zu rechnen. Aus dem Wachstum der Schule resultiert überdies eine moderate Lohnkostenzunahme im Bereich Verwaltung/Hausdienst (vgl. Vorlage Nr. 2336.1 - 14542 vom 17. Dezember 2013, Abschnitt 4.4.). Der entsprechende Stellenzuwachs erfolgt durch direktionsinterne Stellenverlagerung
- Die voraussichtliche Entwicklung der Klassenzahlen sieht im Schuljahr 2015/16 16 Klassen, im Schuljahr 2016/17 18 Klassen und im Schuljahr 2017/18 20 Klassen vor. Das Wachstum der Schule bedingt eine grössere Schulanlage für die Provisorienphase. Während im Altbau maximal 12 Klassen unterrichtet werden können, ist die Provisorienanlage für maximal 20 Klassen konzipiert

## 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT1734.0095 Erneuerung der Informatikanlage						
Ausgaben	-60'365.90					
Einnahmen						
IT1734.0096 Provisorium KSM 2015						
Ausgaben		-104'000				
Einnahmen						
IT1734.0097 Ausbau Provisorium KSM						
Ausgaben			-50'000			
Einnahmen						
<b>Total Budgetkredite</b>						
<b>Ausgaben</b>	<b>-60'365.90</b>	<b>-104'000</b>	<b>-50'000</b>			
<b>Einnahmen</b>						
<b>Saldo</b>	<b>-60'365.90</b>	<b>-104'000</b>	<b>-50'000</b>			

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

#### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

#### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung



## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Fachmittelschule (FMS) schliesst an die 3. Sekundarklasse an und bereitet die Lernenden für eine Berufsausbildung an Höheren Fachschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vor. Sie bietet vertiefte Allgemeinbildung und eine Spezialisierung in einem berufsvorbereitenden Schwerpunkt der Profile Gesundheit, Pädagogik und Soziale Arbeit an. Das Bildungsziel nach drei Jahren ist der gesamtschweizerisch anerkannte Fachmittelschulabschluss, nach vier Jahren das gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturitätszeugnis.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Unterricht

- Fachmittelschule
- Fachmaturitätslehrgänge Gesundheit, Pädagogik, Soziale Arbeit

##### Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung

- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

##### Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten

- Mediothek
- Administration
- Betriebsmanagement
- Informatik

##### Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

- Information über Angebot und Entwicklung der Fachmittelschule Zug

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Fachmittelschule vom 18. Juli 2008 (BGS 414.191)
- Promotionsordnung für die Fachmittelschule vom 16. März 2005 (BGS 414.192)
- Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen vom 12. Juni 2003 (BGS 414.22)
- Disziplinarordnung für die Fachmittelschule Zug vom 26. September 2007 (BGS 414.26)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Unterricht</b>					
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1 (Individualfeedback) und 2 (Unterrichtsentwicklung) des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schüler/innen	Hoher Anteil Schüler/innen bewertet Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Hoher Anteil Schüler/innen bewertet Schulklima als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahler/innen	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten	Steigend
A	Schulraumplanung Fachmittelschule/Hofstrasse	Schüler/innen	Konsolidierte Planung Ausbau FMS (mit SBA); Umsetzung kleinerer baulicher Verbesserungen	Konsolidiertes, verabschiedetes Raumprogramm Ausbau FMS (mit SBA); Umsetzung kleinerer baulicher Verbesserungen	Planung Ausbau FMS (mit SBA) Mitte 2017 abgeschlossen; politischer Prozess Mitte 2018 abgeschlossen

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung</b>					
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schüler/innen	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 3 (Leitbild), 4 (QE-Konzept/-Handbuch), 5 (Mehrjahresplanung), 6 (MAG) und 7 (Evaluation) des QE erfüllt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten</b>					
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Menge und Qualität der angebotenen Dienstleistungen	Schüler/innen	Hoher Anteil Schüler/innen bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Hoher Anteil Schüler/innen bewertet die Dienstleistungen als gut (periodische Überprüfung)	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation</b>					
6	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schüler/innen, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen; aktualisierte Informationsmaterialien; laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

a) Entlastungsprogramm

Zielsetzung 3: Tendenz 2017-2019 steigend, da im Rahmen des Entlastungsprogramms eine Erhöhung der Kursgrössen geplant ist.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Klassenzahl	Anzahl	11	11	12	steigend
Schüler/innen (inkl. Ausserkantonale)	Anzahl	186	190	201	steigend
Ausserkantonale Schüler/innen	Anzahl	22	18	12	Gleich
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl		23	25	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Strategie der Schulkommission der kantonalen Mittelschulen 2015–2018 schreibt eine Stärkung und damit Konsolidierung der Fachmittelschule Kanton Zug (Erhöhung Schülerinnen- und Schülerzahlen) fest. Seit Frühjahr 2015 zeichnen sich steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen ab, so dass mit einer zusätzlichen Klasse respektive rund zwei zusätzlichen Vollzeitstellen zu rechnen ist.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-5'206'294.62	-5'343'082	-5'677'060	-333'978	6,3	-5'535'960	-5'545'660	-5'578'360
Total Ertrag	391'418.35	91'400	125'200	33'800	37,0	125'000	125'000	125'000
Saldo	-4'814'876.27	-5'251'682	-5'551'860	-300'178	5,7	-5'410'960	-5'420'660	-5'453'360

**Kommentar Budget**

- a) Entlastungsprogramm
  - 2'300 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen
  - 29'200 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen sowie spezifischer EP-Massnahmen
- b) Weitere wesentliche Abweichungen
  - 280'000 Franken grösserer Personalaufwand wegen Wachstum der Schule
  - 34'000 Franken grösserer Ertrag wegen genauerer Budgetierung der ausserkantonalen Schülerinnen und Schüler sowie der Kopiereinnahmen

**Kommentar Finanzplan**

- a) Entlastungsprogramm
  - Zusätzliche Entlastung insbesondere durch geplante Erhöhung der Klassen- und Kursgrösse ab 2017
- b) Weitere wesentliche Abweichungen
  - Keine

## 5 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für gemeindliche Schulen (AGS) ist zuständig für die Schulentwicklung, die Schulaufsicht, die Externe Schulevaluation und für die Belange der Sonderpädagogik. Es bietet zusätzlich einen Schulpsychologischen Dienst an und führt ein Didaktisches Zentrum. Der Auftrag des Amts bezieht sich auf die gemeindlichen Schulen, die Privat- und Sonderschulen im Rahmen der obligatorischen Schulzeit.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung

- Sicherstellung einer professionellen, auf die Verhältnisse des Kantons Zug abgestimmten kantonalen Schulentwicklung
- Initiierung, Koordination und Steuerung der kantonalen Schulentwicklung in den drei Kernbereichen Beurteilen und Fördern, Fachbereiche und Strukturen für gute Schulen
- Bereitstellung und Koordination der Strukturen für die Qualitätsentwicklung der gemeindlichen Schulen

##### Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht

- Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie kantonalen Vorgaben, insbesondere der Gleichwertigkeit der Angebote der einzelnen Schulen sowie der Lehrberechtigungen der Lehrpersonen
- Beratungen verschiedener Zielgruppen: Privatschulen betreffend Zulassung, Privatschulungen betreffend Bewilligung sowie Überprüfung der Zielerreichung, Eltern ausserkantonaler oder ausländischer Kinder betreffend Schuleintritt, Schulleitungen betreffend Schulgesetzgebung
- Leitung des Übertrittsverfahrens von der 6. Primarklasse in eine Schulart der Sekundarstufe I
- Durchführung von Hausbesuchen bei Privatschulungen und Anordnungen von Leistungsüberprüfungen privat geschulter Kinder

##### Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst

- Abklärung, Beratung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern im Bereich der obligatorischen Schulzeit
- Abklärung, Beratung und Begleitung von Lernenden auf der Sekundarstufe II
- Antragstellung bei laufbahnbestimmenden bzw. verstärkten Massnahmen und periodische Überprüfung der Massnahmen

##### Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation

- Durchführung einer systematischen Qualitätsprüfung an den öffentlich-rechtlichen und privaten Schulen
- Generierung von fundiertem Steuerungswissen für die Schulleitungen der öffentlich-rechtlichen und privaten Schulen und den Bildungsrat

- Unterstützung der öffentlich-rechtlichen und privaten Schulen im Prozess der Qualitätsbeurteilung und -entwicklung und der Rechenschaftspflicht gegenüber der operativen und strategischen Führung der Schule sowie dem Bildungsrat

##### Leistungsgruppe 5: Didaktisches Zentrum

- Erwerb und Aufbereitung von schulischen Medien
- Ausleihe von schulischen Medien an Lehrpersonen und Studierende der Pädagogischen Hochschulen

##### Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik

- Entscheide über Mitfinanzierung bzw. Finanzierung von verstärkten Massnahmen (Sonderschulung)
- Erarbeiten und Bewirtschaften von Leistungsvereinbarungen mit den Sonderschulen
- Umsetzung des Konzepts Sonderpädagogik

##### Leistungsgruppe 7: Beitragswesen

- Gewährung von Beiträgen an gemeindliche und private Schulen sowie Musikschulen im Kanton Zug

##### Leistungsgruppe 8: Lehrmittelzentrale

- Sicherstellung des Einkaufs und der Bereitstellung der Lehrmittel an die öffentlich-rechtlichen und privaten Schulen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (BGS 412.111)
- Reglement zum Schulgesetz vom 10. Juni 1992 (BGS 412.112)
- Verordnung betreffend Pauschalbeiträge an die Besoldungen des gemeindlichen Lehrpersonals und an die Privatschulen vom 25. November 2008 (BGS 412.312)
- Reglement betreffend das Übertrittsverfahren vom 17. Dezember 1991 (BGS 412.114)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Die gemeindlichen Schulen werden bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Gute Schulen – Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» unterstützt und begleitet	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Weiterbildungen für Schulleitungen und Unterrichtsteamleitungen sind angeboten	Die Kommunikation ist formalisiert. Die Rollen sind geklärt.	Gleich
A	Das Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) ist teilrevidiert	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Kantonsrat hat Anpassungen im Lehrpersonalgesetz in 2. Lesung beschlossen; Regierungsrat hat aufgrund der Anpassungen im Lehrpersonalgesetz die Änderung der Schulsubventions-Verordnung in 2. Lesung beschlossen	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung</b>					
2	Die Fachgruppen nehmen ihre Aufgaben gemäss Aufgabenbeschreibung wahr und werden im Sinne von Qualitätssicherung begleitet	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen	Fachgruppen erfüllen die in der Jahresplanung formulierten Ziele	Fachgruppen haben eine Beschreibung der Integration von Modullehrplänen des LP 21 vorgelegt; Fachgruppen haben die Hälfte der Lehrmittel bezüglich Kompatibilität mit dem Lehrplan 21 überprüft; Fachgruppen haben Stellungnahmen zur Stundentafel Lehrplan 21 abgegeben	Gleich
3	Die Erreichung der Grundkompetenzen der Schülerinnen und Schüler werden jährlich in wechselnden Fächern und Stufen überprüft	Behörden, Schulleitungen, gemeindliche Schulen, Lehrpersonen		Vollerhebung 9. Klassen in Mathematik wurde durchgeführt	Steigend
B	Weiterentwicklung Arbeitsplatz Schule: Flexibilisierung der Arbeitszeit im Rahmen des Berufsauftrags der Lehrpersonen wird geprüft und entsprechend umgesetzt	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Aufgeschobene Expertise zur Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes Schule mit Entwicklungshinweisen und Massnahmenvorschlägen liegt vor	Der Bericht zur IST-Analyse liegt vor; die Projektgruppe hat SOLL-Vorstellungen formuliert	Steigend
C	Der Lehrplan 21 dient als Lehrplan der Deutschschweiz über die ganze obligatorische Schulzeit	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Bildungsrat hat die Entscheidung zur Umsetzung des Lehrplans 21 und zur Stundentafel gefällt	Handreichung für die Stundentafel liegt vor; Schulleitende haben eine Einführungsveranstaltung besucht und kennen den Verlauf der Einführung; Broschüre «Kompetenzorientierung» liegt vor; Kick-off-Veranstaltung für Lehrpersonen ist geplant	Gleich
D	Die Strategie ICT berücksichtigt die technischen und pädagogischen Entwicklungen im Bereich ICT und ist abgestimmt auf die Bedürfnisse der Schulen und den Lehrplan 21	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Strategie ICT und Entwicklungshinweise liegen vor	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
E	Die Evaluation von Leistungen und Rahmenbedingungen des Fremdsprachenunterrichts liefert Steuerungswissen für allfällig daraus abzuleitende Massnahmen	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern, Behörden	Evaluation von Leistungen und Rahmenbedingungen des Fremdsprachenunterrichts ist erfolgt; Evaluationsbericht liegt vor	«Fällt weg»	
L11	Attraktivierung der Sekundarschule durch Neugestaltung des 9. Schuljahres	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern, Behörden	Rechtliche Grundlagen für Umsetzung Neugestaltung 9. Schuljahr liegen vor; Kernteam Sek I plus unterstützt gemeindliche Schulen bei Umsetzung Neugestaltung 9. Schuljahr	Kernteam Sek I plus organisiert mind. 2 Austauschveranstaltungen für Schlüsselpersonen; Schlüsselpersonen haben eine Mehrjahresplanung erstellt für die Umsetzung der Elemente des Konzepts; Kernteam Sek I plus unterstützt und berät Verantwortliche der Gemeinden	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht</b>					
4	Definierte Grundsätze steuern das Vorgehen der Schulaufsicht bei der Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen	Gemeindliche Schulen, Privatschulen, Lehrpersonen	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100 % eingehalten	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100 % eingehalten	Gleich
5	Beratungen definierter Personenkreise erfolgen zielorientiert und schnell	Privatschulen im Anerkennungsprozess, Schulleitungen, Eltern, welche Privatschulung beantragen	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule bzw. bei Gesuchen um Bewilligung von Privatschulung innerhalb von 8 Wochen; 1. Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule bzw. bei Gesuchen um Bewilligung von Privatschulung innerhalb von 8 Wochen; 1. Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	Gleich
6	Professionelle Leitung des Übertrittsverfahrens	Gemeindliche Schulen, Kantonsschule, Eltern, Lehrpersonen	Lehrpersonen werden schriftlich über nötige Schritte orientiert; neuen Lehrpersonen wird 1 Weiterbildungskurs angeboten; keine gutgeheissenen Beschwerden der Übertrittskommission wegen Verfahrensmängeln	Schriftliche Orientierung der Lehrpersonen; 1 Weiterbildungskurs für neue Lehrpersonen; keine gutgeheissenen Beschwerde der Übertrittskommission wegen Verfahrensmängeln	Gleich
7	Offensiv-systematische Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen (Monitoring) der gemeindlichen und privaten Schulen	Gemeindliche Schulen, Privatschulen	Vorgehensweise beim Monitoring sowie Prüfbereiche des 1. Dreijahreszyklus kommuniziert und geklärt; strategische und operative Führungsspitzen sind über die Überprüfung im Schuljahr 2015/16 anfangs Schuljahr schriftlich informiert; Überprüfung wird im Spätherbst durchgeführt	Überprüfung des 1. Prüffjahres ist im Frühling ausgewertet und allen Involvierten (Schulpräsidenten, Direktoren, DBK) kommuniziert; bei Handlungsbedarf werden der DBK entsprechende Massnahmen vorgeschlagen; Überprüfung des 2. Prüffjahres findet im Herbst statt	Gleich
F	Optimierung der rechtlichen Grundlagen für Lernzielanpassungen	Bildungsrat, Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen		Bildungsratsbeschluss im Februar bzw. März vorgelegt; Kommunikation Bildungsratsbeschluss, Begleitung der Umsetzung der neuen rechtlichen Grundlagen ab August	Sinkend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst</b>					
8	Hoher Anteil der direkten Beratungsarbeit mit den Ratsuchenden	Schüler/innen, Lernenden, Beteiligte	75 % der ausgewiesenen Arbeitszeit	75 % der ausgewiesenen Arbeitszeit	Gleich
9	Die Anmeldungen werden so rasch als möglich bearbeitet	Schüler/innen, Lernenden, Beteiligte	1. Kontaktnahme innerhalb 3 Wochen	1. Kontaktnahme innerhalb 4 Wochen	Gleich
10	Anträge für laufbahnbestimmende und verstärkte Massnahmen sind termingerecht gestellt	Rektor, Rektorin, Abteilung Sonderpädagogik	Versand der Anträge bis Ende Mai	Versand der Anträge bis Mitte Juni	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation</b>					
11	Kritische Überprüfung zentraler Elemente, Verfahren, Methoden und Instrumente des abteilungsinternen Qualitätsmanagements	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Privatschulen, Bildungsrat	Interne und externe Validierung; Zufriedenheit Schulen > 90 %	Interne und externe Validierung; Zufriedenheit Schulen > 90 %	Gleich
12	Systematische und fundierte Evaluation gemeindlicher Schulen	Schulleitungen, Lehrpersonen, Bildungsrat	12–15 Evaluationen (Standard plus Führungsebene) gemeindlicher Schuleinheiten	12–15 Evaluationen (Standard plus Führungsebene) gemeindlicher Schuleinheiten	Gleich
13	Planmässige Evaluation der Sonderschulen und Privatschulen	Schulleitungen, Lehrpersonen, Sonderschulen, Bildungsrat	2 Sonderschulen als Pilot mit Fachleuten der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) evaluiert; alle Privatschulen (mit Zuger Lehrplan) sind ein 1. Mal evaluiert	2 Sonderschulen als Pilot mit Fachleuten der Hochschule für Heilpädagogik (HfH) evaluiert	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Didaktisches Zentrum</b>					
14	Aktueller und vielfältiger Bestand von Unterrichtsmedien ist im Online-Katalog such- und bestellbar	Kantonale und gemeindliche Lehrpersonen, PHZ-Studierende	Bestandespflege: Ältere Unterrichtsmaterialien und Fachbücher ausscheiden oder ersetzen	Bestandespflege: Ältere Unterrichtsmaterialien und Fachbücher ausscheiden oder ersetzen	Gleich
15	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich der Ausleihe sowie Beratung und Einführung der Benutzer/innen	Kantonale und gemeindliche Lehrpersonen, PHZ-Studierende	Rund 40'000 Medien-Ausleihen/-Verlängerungen	Rund 40'000 Medien-Ausleihen/-Verlängerungen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik</b>					
16	Fristgerechte Abwicklung der standardisierten Prozesse	Rektorinnen und Direktoren (Sonderschulung) Erziehungsberechtigte (Frühbereich)	Finanzierungsentscheide: 80 % innert 2 Wochen nach Eingang, 20 % innert Monatsfrist; Jahresabrechnung Sonderschulen: 1 Monat nach Eingang	Finanzierungsentscheide: 80 % innert 4 Wochen nach Eingang, 20 % innert 8 Wochen; Jahresabrechnung Sonderschulen: 1 Monat nach Eingang	Höhere Bearbeitungsdauer wegen komplexeren Fällen
17	Die Erarbeitung der Leistungsvereinbarungen und eines Controllingkonzepts erfolgen frist- und ordnungsgemäss	Sonderschulen (inkl. Heilpädagogischen Dienst) mit Leistungsvereinbarung	Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept, neu mit Finanz- und Leistungscontrolling	Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept mit Finanz- und Leistungscontrolling	Gleich
18	Anerkennung der Sonderschulen als Privatschulen und Aufsicht	Sonderschulleitende und -Trägerschaften sowie Sonderschulheimleitenden und deren Trägerschaft	Alle Sonderschulen und Sonderschulheime sind anerkannt (§ 35 Schulgesetz)	Alle Sonderschulen und Sonderschulheime sind anerkannt (§ 35 Schulgesetz)	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 7: Beitragswesen</b>					
19	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Normpauschalen und Jahreswochenstunden-Pauschalen	Gemeinden	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
<b>Leistungsgruppe 8: Lehrmittelzentrale</b>					
20	Lehrmittel werden rechtzeitig an die Gemeinden geliefert	Gemeindliche Schulen	Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	Gleich
21	Lehrmittel werden kostengünstig beschafft	Gemeindliche Schulen	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler max. Fr. 120	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler max. Fr. 100	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

a) Entlastungsprogramm

Ziel 21: Tieferer Kosten durch Begrenzung der Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler auf Fr. 100

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Ziel 13: Evaluation Sonderschulen 2015 wegen fehlender gesetzlicher Grundlage noch nicht möglich

Ziel 17: Einige der Sonderschulen konnten und können die zur Anerkennung vorausgesetzten Dokumente nicht im geplanten Zeitraum erstellen. Zusätzlich konnte und kann das Hochbauamt die Prüfberichte nicht fristgerecht erstellen.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Schüler/innen gemeindliche Schulen (exkl. Schüler/innen aus Meierskappel)	Anzahl	10'971	11'000	11'200	Steigend
Schüler/innen Sonderschulen (inkl. Schüler/innen in ausserkantonalen Sonderschulen)	Anzahl		270	270	Gleich
Schüler/innen Privatschulen (obligatorische Schulzeit)	Anzahl		1'150	1'200	Steigend
Beiträge an Gemeinden, Normpauschalen Kindergarten und Primarstufe	Franken	44'428'170	44'637'500	45'369'000	Steigend
Beiträge an Gemeinden, Normpauschale Sekundarstufe I	Franken	22'892'064	23'403'000	23'083'000	Gleich
Beiträge an Gemeinden, Musikschulen	Franken	11'130'982	11'131'000	11'075'000	Gleich
Beiträge an Privatschulen	Franken			3'549'000	Steigend
Beiträge für Sonderschulung (inkl. durchlaufende Beiträge)	Franken	34'910'900	35'000'000	35'000'000	Gleich
Betriebsbeitrag der Gemeinden für Sonderschulung (Ertrag)	Franken	-16'157'800	-16'000'000	-16'000'000	Gleich
Anteil Sonderschulung (integrierte bzw. separiert)	Quote	2,78 %	2,96 %	2,84 %	Gleich
Lehrmittel und Unterrichtshilfen für gemeindliche Schulen	Anzahl	850	830	790	Gleich
Anzahl bewilligter befristeter Lehrbewilligungen			30	60	Steigend
Anzahl Zuweisungsentscheide der Übertrittskommission I bei fehlenden Einigungen			45	45	Gleich
Anzahl begleiteter Privatschulen auf dem Weg zur Anerkennung			2	1	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Beiträge an Gemeinden und Privatschulen: Erhöhung der Beiträge bei Annahme Änderung des Lehrpersonalgesetzes (Reduktion Unterrichtsverpflichtung Lehrpersonen)



#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-120'756'463.57	-121'514'955	-121'620'400	-105'445	0,1	-121'700'800	-121'909'000	-122'212'200
Total Ertrag	16'850'854.40	16'685'800	16'640'000	-45'800	-0,3	16'640'000	16'640'000	16'640'000
Saldo	-103'905'609.17	-104'829'155	-104'980'400	-151'245	0,1	-105'060'800	-105'269'000	-105'572'200

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

25'850 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

3'300 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen

500'000 Franken weniger Transferaufwand durch Verzicht auf automatischen Anstieg um 2 Prozent bei Leistungsvereinbarung mit Sonderschulen

###### b) Weiteren wesentliche Abweichungen

Für die Beiträge an die gemeindlichen Schulen (Normpauschale) und Musikschulen (Jahreswochenstunden) wird beim Transferaufwand ein Anstieg um ca. 370'000 Franken (0,4 Prozent) budgetiert

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

84'000 Franken Einsparung durch Reduktion Kantonsbeitrag an Beratungsstelle für Lehrpersonen und Schulleitende

45'000 Franken Einsparung durch Anbindung Lehrmittelausgaben an die Lernendenzahl und Fixierung des Beitrages des Kantons auf 100.00 Franken pro Schüler

###### b) Weitere wesentlichen Abweichungen

Für die Beiträge an die gemeindlichen Schulen (Normpauschale) und Musikschulen (Jahreswochenstunden) wird beim Transferaufwand ein Anstieg um ca. 300'000 Franken (0,4 Prozent) pro Jahr budgetiert

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsberatung (BIZ) bietet Information und Beratung bei Fragen der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl an. In Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrpersonen unterstützt es die Berufs-, Laufbahn- und Studienwahlvorbereitung. Es wirkt aktiv mit in verschiedenen Gremien und Projekten, die in einem engen Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten stehen.

Die Stipendienstelle ist dem Amt eingegliedert. Sie ist für die Gewährung und Bewirtschaftung von kantonalen Ausbildungsbeiträgen in Form von Stipendien und Darlehen zuständig.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Berufswahl-, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung

- Unterstützung der Berufswahl in den Oberstufen Sek I
- Unterstützung von Jugendlichen ohne Anschlusslösung
- Unterstützung der Studienwahl im Gymnasium und an den Mittelschulen
- Unterstützung der Laufbahnplanung in den Berufsfachschulen

##### Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen

- Bereitstellung und Vermittlung von aktuellen Informationen zu Berufs-, Studien- und Laufbahnfragen
- Produktion von kantonalen, regionalen und nationalen Informationsmitteln

##### Leistungsgruppe 3: Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

- Individuelle Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen
- Beratung von Erwerbslosen im Auftrag des RAV (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum)
- Individuelle Unterstützung von Personen bei Formen der Nachholbildung

##### Leistungsgruppe 4: Stipendienstelle

- Erarbeiten von Entscheiden betreffend Stipendien und Darlehen
- Auszahlen der gewährten Beiträge
- Verwalten und einfordern der ausstehenden Darlehen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG) vom 13. Dezember 2002 (SR 412.10)
- Verordnung über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV) vom 19. November 2003 (SR 412.101)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung) vom 30. August 2001 (BGS 413.11)
- Gesetz über die Kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (BGS 412.111)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.111)
- Verordnung Kantonsschule Menzingen vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.112)
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)
- Gesetz über Ausbildungsbeiträge vom 3. Mai 1984 (BGS 416.21)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Die Angebote des Amts für Berufsberatung ist bei allen Zielgruppen bekannt	Jugendliche und Erwachsene in beruflichen Entscheidungssituationen	Entwickeln und Implementieren eines BIZ App	Kostenpflichtige Angebote für Laufbahnberatung Erwachsener sind bekannt und werden auf Niveau der Vorjahre genutzt	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
2	Das Amt für Berufsberatung ist auf kantonaler, regionaler und gesamtschweizerischer Ebene vernetzt	Organisationen der Verwaltung, der Bildung und der Arbeitswelt	8 % der zeitlichen Ressourcen	8 % der zeitlichen Ressourcen	Gleich
3	Kontinuierliche Evaluation der Angebote und Produkte	Kundinnen und Kunden des BIZ (Berufsberatungs- und Informationszentrum) Zug	Dienstleistungen der Stipendienstelle werden evaluiert und Verbesserungen umgesetzt	Dienstleistungen werden mit Swiss Council Quality SCQ evaluiert und dokumentiert	Gleich
<b>Leistungsgruppe 1: Berufswahl-, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung</b>					
4	Flächendeckende, fachgerechte Information über Berufs- und Schulwahlprozess und berufliche Möglichkeiten	Jugendliche der 2. Oberstufe und deren Eltern	Für alle Schüler/innen werden Klassenbesuche im BIZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten; alle Schüler/innen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner; Versand von regelmässigen Elternnewsletter zum Thema Berufswahl	Für alle Schüler/innen werden Klassenbesuche im BIZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten; Schüler/innen der Oberstufe werden beim Führen eines Berufswahlportfolios unterstützt; Eltern und Lehrpersonen erhalten regelmässige Newsletter zum Thema Berufswahl	Gleich
5	Jugendliche ohne Anschlusslösung werden zahlenmässig erfasst und intensiv begleitet	Jugendliche der 3. Oberstufe	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut; Statistik fristgerecht weitergeleitet	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut; Statistik fristgerecht weitergeleitet	Gleich
6	Mittelschülerinnen und Mittelschüler sind fähig, ihre weitere Ausbildung an den Hochschulen zu planen	Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der Vorkursklassen	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen 1 Jahr vor der Matura durchgeführt	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen 1 Jahr vor der Matura durchgeführt	Gleich
7	Berufslernende sind fähig, ihre weitere berufliche Laufbahn zu planen	Lernende der WMS, des GIBZ und KBZ in der zweiten Hälfte der Ausbildung	Für alle Lernenden an den Berufsfachschulen werden Laufbahnseminare am Ende der Grundbildung angeboten	Für alle Lernenden an der WMS und den Berufsfachschulen werden Laufbahnseminare am Ende der Grundbildung angeboten	Gleich
8	Lehrpersonen erhalten umfassenden Support bei der Berufswahlvorbereitung	Lehrpersonen der Volksschuloberstufe und des Brückenangebotes	4 Ausgaben «Berufswahl aktuell»; Organisation «Rent a Stift» und «Rent a Boss»; 1 Weiterbildungsveranstaltung zum Zuger Angebot im Bereich Berufswahlvorbereitung für neue Lehrpersonen	4 Ausgaben «Berufswahl aktuell»; Organisation «Rent a Stift» und «Rent a Boss»; «Netzwerk Kontaktpersonen Berufswahl» ist eingeführt und evaluiert	Gleich
A	Optimierung Nahtstelle Schule Arbeitswelt. Mit der Kampagne «My top Job» Vorurteile bezüglich Geschlecht oder Prestige von Berufen oder Studienrichtungen hinterfragen und aufbrechen	Jugendliche und ihre Eltern, Lehrfirmen	Projektabschluss mit Gesamtevaluation und Schlussbericht	«Fällt weg»	
B	Studienwahlfahrplan über die gesamte Gymnasialzeit zusammen mit Vertretern der Gymnasien erarbeiten	Jugendliche an Gymnasien und deren Eltern, Lehrpersonen an Mittelschulen	Empfehlungen der EDK und der zentralschweizer Studienberatungen zur Studienwahlvorbereitung an den Gymnasien für den Kanton Zug prüfen und Optimierungen angehen	Umsetzung gemäss Ergebnissen des Projekts 2015	Fällt weg

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen</b>					
9	Die Infothek bietet aktuelle und relevante Informationsangebote an	Jugendliche und Erwachsene	Informationsmittel sind auf neustem Stand; eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	Informationsmittel sind auf neustem Stand; eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	Gleich
10	Kantonale und regionale, vom BIZ Zug produzierte Informationsmittel werden regelmässig aktualisiert	Jugendliche in der Berufswahl und Erwachsene	Berufswahlordner jährlich aktualisiert; Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert; neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert; neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	Gleich
11	Jugendliche erhalten Einblick in die Lehrberufe und Bildungsangebote im Kanton Zug	Jugendliche in der ersten Berufswahl	BIZ Zug organisiert/koordiniert 110 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	BIZ Zug organisiert/koordiniert 110 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	Gleich
12	Das BIZ Zug gestaltet die Zukunft neuer Informationsmedien aktiv mit	Berufs- und Laufbahnberatende und ihre Kunden	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel; Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel; Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	Gleich
13	Optimierung Nahtstelle Schule Arbeitswelt: Information der migrantischen Bevölkerungsgruppen über das Schul- und Berufsbildungswesen der Schweiz	Migrantinnen und Migranten aus verschiedenen Nationen, Expats	In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Migration Zug finden 4 Veranstaltungen zu Fragen der Berufs- und Schulwahl sowie des Bildungssystems in der Schweiz statt	In Zusammenarbeit mit der Fachstelle Migration Zug finden 4 Veranstaltungen zu Fragen der Berufs- und Schulwahl sowie des Bildungssystems in der Schweiz statt	Gleich
L32	Nutzung von Onlinemedien in der Beratung	Mittelschüler/innen, Studierende, Hochschulabsolvent/innen	Für Studienwahl- und Hochschulbereich soll geprüft werden, wie Informationen in digitaler Form aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden können	Umsetzung der Massnahmen gemäss Projekt 2015	2017 Übertragung auf ganzes BIZ Angebot
<b>Leistungsgruppe 3: Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung</b>					
14	Zeitgerechte, zielorientierte Beratung anbieten, die genutzt wird	Jugendliche bei der ersten Berufswahl, Berufslernende bei der Laufbahnplanung, Mittelschüler/innen bei der Studienwahl, Erwachsene	Termine innert 2–4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche; 1'900 Einzelberatungen	Termine innert 2–4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche; 1'900 Einzelberatungen	Gleich
15	Erwerbslose Ratsuchende werden in ihrer Laufbahnplanung unterstützt, RAV-Berater erhalten fachkundigen Support	Erwerbslose, Beratende des RAV	Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt; mind. 2 Kurse für RAV-Beratende finden statt	Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt; mind. 2 Kurse für RAV-Beratende finden statt	Gleich
C	Schaffen der rechtlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die Erhebung einer Gebühr für die Beratung erwachsener Personen	Beratungskunden	Projekt zur Umsetzung im Jahr 2016 bereit	Einführung Kostenbeteiligung erwachsener Personen für eine Laufbahnberatung	Projektabschluss 2017

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
L25	Informations- und Beratungskonzept für Arbeitskräfte über 50 Jahre	Berufstätige und Stellensuchende	Erste Informations- und Beratungsangeboten für diese Zielgruppe werden entwickelt und implementiert	Gemäss Konzept 2015 gemeinsam mit den anderen Direktionen das Legislaturziel weiterverfolgen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Stipendienstelle</b>					
16	Fristgerechte Erarbeitung von Entscheiden für Stipendien- und Darlehensgewährung	Gesuchstellende	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	100 % innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
17	Qualität der Entscheide auf dem Niveau der Vorjahre halten trotz neuer personeller Besetzung	Gesuchstellende	Anzahl der Rekurse bleibt auf dem Niveau der Vorjahre (< 1,5 %)	Anteil erfolgreicher Rekurse liegt unter 0,5 %	Gleich
18	Fristgerechte Rückforderung der ausstehenden Darlehen	Steuerzahler Kanton Zug	Darlehen werden systematisch bewirtschaftet und ausstehende Rückzahlungen und Zinsen eingefordert	Darlehen werden systematisch bewirtschaftet und ausstehende Rückzahlungen und Zinsen eingefordert	Gleich
D	Anpassen des Stipendengesetzes an die neuen Erfordernisse	Einwohnerinnen und Einwohner Kanton Zug		Rechtlichen Grundlagen der Stipendienstelle sind überarbeitet und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
2. Oberstufe, IBA, Sonder- und Privatschulen	Klassen	65	62	60	Gleich
3. Oberstufe, Brückenangebote, EiB	Schüler/innen	1'067	970	1'000	Gleich
Jugendliche ohne Anschlusslösung	Jugendliche	128	90	100	Gleich
Brückenangebote	Lernende	184	160	180	Gleich
Laufbahnseminare an Berufsfachschulen	Abschlussklassen	55	50	50	Gleich
Workshops an Gymnasien	Klassen	19	20	19	Gleich
Besuchende Infothek	Anzahl	9'200	9'500	8'500	Steigend
Einzelberatungen	Anzahl	1'951	1'900	1'900	Sinkend
RAV Beratungen	Anzahl	188	150	160	Gleich
Gemeldete Lehrstellen	Anzahl	1'425	1'300	1'400	Gleich
Weiterbildungsangebote für Erwachsene	Anzahl	536	700	560	Gleich
Berufs-, Studien- und Laufbahnordner	Anzahl	301	270	300	Sinkend
Gesuche für Stipendien und Darlehen	Anzahl	625	700	650	Gleich
Bewirtschaftung laufende Darlehen	Anzahl	249	230	240	Gleich
Auszahlung und Kontrolle gewährter Stipendien	Anzahl	671	420	700	Gleich

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**

Besuchende Infothek: 2016 sinkend aufgrund der BIZ ZG App, welche die Lehrfirmen enthält. Vorher erhielten die Jugendlichen die Listen zum Schnuppern nur im BIZ.  
Ab 2017 wird mit der Einführung der Kostenbeteiligung Erwachsener für Beratungsgespräche die Infothek wieder stärker genutzt werden als kostenlose erste Anlaufstelle.  
Abnahme Weiterbildungsangebote für Erwachsene: Wurden in den vergangenen Jahren stärker zusammengelegt.  
Auszahlung und Kontrolle gewährter Stipendien: Bei der Budgetzahl 2015 wurde nicht beachtet, dass bewilligte Stipendien meist zweimal zu Auszahlungen verbunden mit entsprechenden Kontrollen führen.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-4'802'048.23	-4'787'700	-4'757'900	29'800	-0,6	-4'766'600	-4'747'100	-4'768'000
Total Ertrag	463'919.15	441'000	449'000	8'000	1,8	511'000	511'000	511'000
Saldo	-4'338'129.08	-4'346'700	-4'308'900	37'800	-0,9	-4'255'600	-4'236'100	-4'257'000

##### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
10'500 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen  
44'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen sowie spezifischer EP-Massnahmen  
23'000 Franken Mehrertrag durch die Erhöhung von Beratungsgebühren sowie Zinsen auf Studiendarlehen  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

##### Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
60'000 Franken Mehrertrag pro Jahr durch Kostenbeteiligung Laufbahnberatung Erwachsene

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
DB1777.0001 Auszahlung Studiendarlehen								
Ausgaben	-235'000.00	-300'000	-300'000			-300'000	-300'000	-300'000
Einnahmen								
DB1777.0002 Rückzahlung Studiendarlehen								
Ausgaben								
Einnahmen	363'163.46	400'000	360'000			360'000	360'000	250'000
Total Budgetkredite								
Ausgaben	-235'000.00	-300'000	-300'000			-300'000	-300'000	-300'000
Einnahmen	363'163.46	400'000	360'000			360'000	360'000	250'000
Saldo	128'163.46	100'000	60'000			60'000	60'000	-50'000

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

##### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

##### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Sport fördert ein bedarfsgerechtes Sportangebot. Es unterstützt die Zuger Bevölkerung, insbesondere Zuger Sportvereine, Schulen und Institutionen durch Information, Beratung, finanzielle Beiträge sowie Aus- und Weiterbildung von Sportleitenden und Lehrpersonen. Zudem initiiert und organisiert das Amt in Koordination mit Privaten, Verbänden, Vereinen und Gemeinden Breitensportangebote und führt polysportive Jugendsportlager durch.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)

- Administration und Durchführung des J+S Bundesauftrages Kindersport, Jugendsport, Erwachsenensport der Kaderbildung
- Administration und Betreuung aller J+S Angebote der Sportvereine, Schulen, Gemeinden und Jugendorganisationen
- Administration und Durchführung von J+S Jugendlagern

##### Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport

- Information, Beratung und Unterstützung beim Aufbau von Sport- und Bewegungsförderangeboten
- Organisation Kantonalen Schülermeisterschaften
- Förderung und Durchführung von Sport am Mittag (SaM)
- Beratung und Unterstützung der Zuger Nachwuchs- und Leistungssportlerinnen und -sportler

##### Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Information, Kommunikation
- Gesuchswesen Swisslos-Sportfonds
- Erarbeiten von Vernehmlassungen, Mitberichten, Stellungnahmen und sportrelevanten Gesetzgebungen

- Mitwirkung in Kommissionen, Konferenzen, Arbeitsgruppen
- Koordination der ausserschulischen Vergabe kantonaler Sportstätten
- Bewirtschaftung Sportmaterial

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom 17. Juni 2011 (SR 415.0)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Sportgesetz vom 29. August 2002 (BGS 417.1)
- Swisslos-Sportfonds-Verordnung vom 4. Oktober 2005 (BGS 417.16)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Regierungsratsbeschluss: Jahresbeitrag an den Verein VINTO Zug vom 4. Juli 2008

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Sicherstellen einer höchstmöglichen Kundenzufriedenheit bei Administration und Dienstleistungen des Amts für Sport	Zuger Bevölkerung, Zuger Schulen, Zuger Vereine	Regelmässiges Überprüfen mittels Kundenfeedback; Kritikpunkte werden aufgenommen um Zufriedenheit über 80 % zu erreichen	Regelmässiges Überprüfen mittels Kundenfeedback; Kritikpunkte werden aufgenommen um Zufriedenheit über 80 % zu erreichen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)</b>					
2	Organisation der J+S Kaderbildung gewährleisten	Schweizer-Bevölkerung, Schweizer-Sportvereine	Organisation von mind. 36 J+S Einführungs-, Grundausbildungs- oder Weiterbildungskursen; neue Ausbildungskurse in Eiskunstlaufen und Schwimmen; Mitorganisation von 4 Schulsport- und Kindersportausbildungskursen der Pädagogischen Hochschule Zug	Organisation von mind. 32 J+S Einführungs-, Grundausbildungs- oder Weiterbildungskursen in Absprache mit der Region und dem BASPO; Mitorganisation von je 2 Schulsport- und Kindersportausbildungskursen der Pädagogischen Hochschule Zug	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
3	Proaktive Betreuung der J+S Angebote mittels Beratungsgesprächen Qualitätssicherung von J+S Kindersportangeboten sicherstellen	Zuger Sportverbände, -vereine, Zuger Schulen, Gemeinden, Jugendorganisationen	Über 10'000 regelmässige Teilnahmen von Zuger Kindern und Jugendlichen an J+S Lagern und J+S Saison- oder Jahreskursen	Über 10'000 regelmässige Teilnahmen von Zuger Kindern und Jugendlichen an J+S Lagern und J+S Kursen; Auftrag des BASPO zur Qualitätssicherung wird mit mind. 5 Kursbesuchen erfüllt	Gleich
4	Durchführung von zwei polysportiven Lagern in Tenero stetig weiterentwickeln	11- bis 16-jährige Zuger Jugendliche	Erfolgreiche Durchführung der beiden Jugendsportlager im Rahmen der neuen Infrastruktur des Centro Sportivo	Erfolgreiche Umsetzung einer Jubiläumsfeier; beide Jugendsportlager sind ausgebucht	Gleich
5	Durchführung von zwei polysportiven Wochenkursen in Zug sicherstellen	6- bis 12-jährige Zuger Kinder	80 Teilnehmer/innen werden in mind. 5 Sportarten ausgebildet	jeweils 100 Teilnehmer/innen werden in mind. 5 Sportarten ausgebildet	Gleich
6	Organisation der J+S Kaderbildung Kindersport gewährleisten;	5- bis 10-jährige Zuger Kinder, Volksschulen, Sportvereine, Jugendorganisationen	3 Kaderkurse organisiert; Auftrag des BASPO zur Qualitätssicherung wird mit mind. 5 Kursbesuchen erfüllt	2 Kaderkurse organisiert	Gleich
7	Kompetente Begleitung der Angebote und Kaderausbildung des J+S Erwachsenen-sports ESA	Erwachsene Zuger Bevölkerung, Zuger Sportverbände und -vereine, Pro Senectute	Planung, Ausschreibung, Qualitätskontrolle und Abrechnung der ESA Weiterbildungsangebote der Pro Senectute gemäss Regierungsratsbeschluss sicherstellen	Durchführung von 2 ESA Weiterbildungskursen durch Pro Senectute Zug ermöglichen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport</b>					
8	Durchführung der Kantonalen Schülermeisterschaften	Zuger Schulen, Zuger Schüler/innen bis 9. Schuljahr	2'600 Teilnehmende; Planung, Koordination und Organisation der Durchführung von Kantonalen Schülermeisterschaften in 10 Sportarten	2'600 Teilnehmende; Planung, Koordination und Organisation von Kantonalen Schülermeisterschaften in 10 Sportarten	Gleich
9	Organisation und Administration des Firmensports «Sport am Mittag» weiterführen	Primär Mitarbeitende der Verwaltung von Kanton und Stadt, zusätzlich externe Firmen	Über 500 Teilnehmende; Zusatzkurse in 5 verschiedenen Sportarten	Über 500 Teilnehmende; 26 wöchentliche Kurse; 4 Zusatzkurse in diversen Sportarten	Gleich
10	Jährliche Ehrung von erfolgreichen Zuger Sportler/innen	Erfolgreiche Zuger Sportler/innen an Schweizer-, Europa- und Weltmeisterschaften sowie an Olympischen Spielen oder ähnlichen Anlässen	Umsetzung der durch die revidierte Sport-Fonds-Verordnung festgelegten Rahmenbedingungen	Wahl «Zuger Sportler des Jahres» und Hosting des Prix Panathlon	Gleich
11	Organisation von Weiterbildungskursen	Lehrpersonen des Kantons Zug		Organisation von 5 SLRG- und 3 CPR-Kursen	Gleich
A	Weiterführung von J+S Kindersportkursen in der Schule; regelmässige, polysportive Angebote für 5-6-jährige Zuger Kinder	5- bis 6-jährige Zuger Kinder	In mind. 2 Zuger Gemeinden wird mit lokalen Sportvereinen zusammen 1 polysportives Ergänzungstraining angeboten	In 2 Zuger Gemeinden wird mit lokalen Sportvereinen zusammen 1 polysportives Ergänzungstraining angeboten	Aufbau polysportives Angebot in weiteren Gemeinden
B	Die in Zug im 2015 stattfindenden Grosssportanlässe werden für die Breitensportförderung aktiv genutzt	Zuger Bevölkerung, insbesondere Schulen und Sportvereine	Die mit den Organisatoren ausgearbeiteten Ziele zum aktiven Einbezug der Zuger Bevölkerung werden vollständig erfüllt	«Fällt weg»	



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen</b>					
12	Die Nutzung des neuen benutzerfreundlichen Reservationstools	Schule, Sportvereine und andere Organisationen		80 % aller Anmeldungen erfolgen online	Gleich
13	Leistungssportler/-innen werden aus dem Swisslos-Sportfonds nachhaltig unterstützt	Zuger Leistungssportlerinnen und -sportler		Ende Mai sind alle Gesuche 2015 verarbeitet und allen Berechtigten Beiträge ausbezahlt	Gleich
14	Fach- und fristgerechte Bearbeitung der Swisslos-Sportfonds Beitragsgesuche	Sportverbände- und -vereine, Nachwuchssportlerinnen und -sportler		Beitragsgesuche werden innerhalb 1 Monat bearbeitet; Jahresbeiträge sind Ende Oktober ausbezahlt	Gleich
C	Information aller Benefiziare und Umsetzung der neuen Swisslos-Sportfonds-Verordnung und deren Richtlinien	Sportverbände und -vereine, Sportbetriebsorientierte Trägerschaften und Sportler/-innen des Kantons Zug	Die vom Regierungsrat beabsichtigten Ziele werden erreicht	«Fällt weg»	
D	Zusätzliche Öffnungszeiten Kantonalen Sportanlagen während schulfreien Zeiten sind bewilligt	Sportverbände und -vereine des Kantons Zug, Sportbetriebsorientierte Trägerschaften des Kantons Zug	Effektiver Bedarf mittels Umfrage klären; finanzielle Konsequenzen und zusätzlicher Personalbedarf der kantonalen Schulen für Budget 2016 abklären	«Fällt weg»	
E	Anliegen der Nutzer in neuen kantonalen Sportstätten werden vertreten	Sportunterrichtende Lehrpersonen und Sportvereine		Kritikpunkte werden aufgenommen um Zufriedenheit über 80 % zu erreichen	Überprüfung und Optimierung nach Fertigstellung der Neubauten

#### Kommentar Zielsetzungen

- a) Entlastungsprogramm  
– Aufgrund geringerer Personalressourcen wird Projekt A «J+S Kindersportkurse» nicht – wie geplant – in weiteren Gemeinden aufgebaut  
– Projekt D «zusätzliche Öffnungszeiten kantonalen Sportanlagen während schulfreien Zeiten» ganz gestrichen
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
– Hosting des vom Panathlon Clubs Zug vergebenen Preises für verdiente Sportförderer anlässlich der Zuger Sportnacht

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Ausgebildete Sportleiter	Personen	869	800	800	Gleich
Betreute J+S Angebote	Kurse / 10- bis 20-jährige Jugendliche	919 / 11'681	1'000 / 11'000	1'000 / 11'000	Gleich
Betreute J+S Kindersport Kurse	Kurse / 5- bis 10-jährige Kinder	122 / 1'595	170 / 2'400	150 / 2'000	Sinkend
Firmensport am Mittag	Angebote pro Woche / Personen	24 / 538	25 / 580	26 / 550	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

- Entlastungsprogramm  
– Projekt A «betreute J+S Kindersport Kurse»: Es wird aufgrund mangelnder personeller Ressourcen redimensioniert  
– Ziel 9 «Firmensport am Mittag»: Aufgrund der Erhöhung des Abonnementspreises wird eine Abnahme der Teilnehmenden erwartet

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-1'868'985.30	-2'087'617	-1'950'550	137'067	-6,6	-1'977'150	-1'933'250	-1'945'650
Total Ertrag	496'342.65	466'500	448'000	-18'500	-4,0	448'500	449'000	449'000
Saldo	-1'372'642.65	-1'621'117	-1'502'550	118'567	-7,3	-1'528'650	-1'484'250	-1'496'650

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

4'950 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

7'500 Franken weniger Sachaufwand durch Verzicht auf Broschüre «60+» sowie Streichung der Verpflegungsbeiträge an Teilnehmende des Schweizerischen Schulsporttages

155'300 Franken weniger Transferaufwand durch Streichung der Beiträge an fünf Leistungszentren sowie an die ungedeckten Kosten der beruflichen Ausbildung von

Nachwuchssportlerinnen und -sportlern

16'500 Franken Mehrertrag durch Erhöhung des Abonnentenpreises für das Firmensportangebot «Sport am Mittag»

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

##### Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Kultur fördert das freie Kulturschaffen und die Vielfalt des kulturellen Lebens im Kanton Zug. Es führt zudem das Kantonale Museum für Urgeschichte(n) (KMUZ).

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Kulturförderung

- Geschäftsstelle der kantonalen Kulturkommission
- Abwicklung Beitragsgesuche für kulturelle Projekte und Veranstaltungen
- Abwicklung Wettbewerb Förderbeiträge und Zuger Werkjahr
- Belegung und Unterhalt Ateliers für Kulturschaffende in New York und Berlin sowie Atelier Flex
- Ausrichtung Auszeichnungen
- Bewirtschaftung der Kunstsammlungen
- Erhalt und Schaffung von Infrastruktur für Kultur
- Information und Beratung Kulturschaffender

##### Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen

- Künstlerische Verantwortung Kunst am Bau bei Bauvorhaben des Kantons
- Interkantonale und nationale Konferenzen und Arbeitsgruppen
- Kontaktpflege und Vernetzung kommunal, kantonal, national

##### Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen

- Erarbeitung und Controlling von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen
- Vollzug Kulturlastenausgleich

##### Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)

- Sammlung, Aufbewahrung, Inventarisierung und Ausstellung von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden
- Durchführung Sonderausstellungen
- Vermittlung Ausstellungsinhalte, speziell für Schulklassen
- Restaurierungswerkstatt
- Wissenschaftliche Projekte und Publikationen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens vom 25. März 1965 (BGS 421.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Vereinbarung über die Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 27. März 2008 (BGS 421.3)
- Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) vom 26. April 1990 (BGS 423.11)
- Satzungen der Stiftung «Museum in der Burg Zug» vom 11. März 1976 (BGS 423.311)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung an der Stadt- und Kantonsbibliothek vom 3. Mai 1984 (BGS 424.1)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Kulturförderung</b>					
1	Rasche Abwicklung von Beitragsgesuchen	Kulturschaffende	Bestätigung über Erhalt innerhalb 1 Woche	Bestätigung über Erhalt innerhalb 1 Woche	Gleich
2	Termingerechte Abwicklung des Wettbewerbs Förderbeiträge und der Zuger Werkjahre Ausrichtung des Zuger Anerkennungspreis	Kulturschaffende	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Gleich
3	Wirtschaftliche Belegung und termingerechte Abwicklung der Ateliers	Kulturschaffende / Kanton	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Gleich
4	Kunstsammlungen laufend mit neuen Ankäufen ergänzen	Kulturschaffende	Ankäufe im Rahmen des Jahresbudgets tätigen	Ankäufe im Rahmen des Jahresbudgets tätigen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
5	Kunstsammlungen der Verwaltung sowie der Öffentlichkeit zugänglich machen	Mitarbeitende Kanton, Fachstellen, Öffentlichkeit	Mind. 2 Bilderwahlen à 3–4 Terminfenster; Bekanntmachung der kantonalen Kunstsammlung in der Öffentlichkeit	Mind. 2 Bilderwahlen à 3–4 Terminfenster; Bekanntmachung der kantonalen Kunstsammlung in der Öffentlichkeit	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen</b>					
6	Abgeltung des Kulturlastenausgleichs ZH/LU/SZ/UR/AG	Kantone Luzern und Zürich	Keine Beanstandungen aus formalen Gründen	Keine Beanstandungen aus formalen Gründen	Gleich
7	Neukonzeption der Kulturvermittlung an Schulen	Schüler/innen, Lehrer/innen, Schulbehörden, Kulturschaffende	Optimierung Kulturvermittlung an Schulen	Kulturvermittlung an Schulen	Gleich
L17	Erarbeitung Objektkredit	Bevölkerung	Objektkredit, Begleitung Bau	Objektkredit, Begleitung Sanierung Theilerhaus	Steigend
L17	Definition Trägerschaft und Betrieb	Bevölkerung	Gründung Trägerschaft; Erarbeitung Betriebskonzept	Erarbeitung Betriebskonzept Theilerhaus	Gleich
L21	Planungsprozess begleiten	Kunsthhaus Zug	Unterstützung der Trägerschaft bei Planung und Bau, Teilnahme an den Sitzungen/Jury	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen</b>					
8	Professionelle Bewirtschaftung der Beitrags-, Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Burg Zug, Kunsthhaus Zug, Chollerhalle, Burgbachkeller, Galvanik, Theater und Musikgesellschaft Zug TMGZ	Jährliches Controlling; neue Leistungsvereinbarung Burg Zug	Jährliches Controlling, regelmässiger Austausch; neue Leistungsvereinbarung Burg Zug	Gleich
A	Zwischennutzung Shedhalle	Bevölkerung	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)	Gleich
B	Burg Zug: Entwicklung neues Finanzierungsmodell in Zusammenarbeit mit Gemeinden	Burg Zug/Stadt Zug	Trägerschaft neu strukturieren; Finanzierungsmodell mit Gemeinden ausarbeiten	Finanzierungsmodell mit Gemeinden ausarbeiten	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)</b>					
9	Regelmässige Durchführung Sonderausstellung	Bevölkerung	Eine Sonderausstellung jährlich	Eine Sonderausstellung jährlich	Gleich
C	Neues Konzept KMUZ ab 2015	Bevölkerung	Koordination Museumsplaner; Planung Wiedereröffnung	Koordination Museumsplaner	Gleich
D	Datenbank Fundobjekte	Verwaltung	Umstellung Datenbank für Fundobjekte auf imdas	Erfassung der Fundobjekte auf imdas	Sinkend
E	Projekt «KMUZ unterwegs» Zwischenlösung während Umbau	Verwaltung	Erarbeitung Grobkonzept	Erarbeitung Grobkonzept	Gleich
F	Auswertung Cham-Bachgraben	Bevölkerung		Datenerfassung und Dokumentation	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Beitragsgesuche	Anzahl	229	230	230	Gleich
Bauvorhaben des Kantons	Anzahl	0	3	1	Gleich
Preise und Auszeichnungen	Anzahl	13	11	11	Gleich
Bewerbungen Förderbeiträge	Anzahl	20	30	30	Gleich
Besucher/innen KMuZ	Anzahl	9'463	10'000	10'000	Gleich
Anmeldungen Schulklassen KMuZ	Anzahl	217	240	220	Gleich

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**  
Keine Bemerkungen

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-6'971'458.50	-7'228'692	-6'847'000	381'692	-5,3	-4'246'900	-4'253'000	-4'268'550
Total Ertrag	66'483.55	90'000	90'000	0	0,0	90'000	90'000	90'000
Saldo	-6'904'974.95	-7'138'692	-6'757'000	381'692	-5,3	-4'156'900	-4'163'000	-4'178'550

**Kommentar Budget**

Es wurde wiederum die Zuwendung der Prof. Otto Beisheim-Stiftung von 400'000 Franken budgetiert (RRB vom 24. Februar 2015)

- a) Entlastungsprogramm  
8'700 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen sowie Reduktion der Kommissionssitzungen  
57'550 Franken weniger Sachaufwand durch Reduktion der externen Projektierungskosten Theilerhaus sowie weiterer EP-Massnahmen  
337'000 Franken weniger Transferaufwand durch Verschiebung der Beiträge an die Chollerhalle sowie an den Burgbachkeller in den Lotteriefonds  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

**Kommentar Finanzplan**

- a) Entlastungsprogramm  
2,6 Millionen Franken weniger Transferaufwand durch Verschiebung des Beitrages für den interkantonalen Kulturlastenausgleich in den Lotteriefonds  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

### 5 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT1790.0001 Sammlungsdaten-bank (imdas.pro)						
Ausgaben	-52'441.88					
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben	-52'441.88					
Einnahmen						
Saldo	-52'441.88					

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
2000	Direktionssekretariat	-1'737'644.22	-1'859'422	-1'704'000	155'422	-8,4	-1'695'900	-1'693'500	-1'696'600
2011	Amt für Berufsbildung	-15'334'515.53	-18'338'382	-19'502'515	-1'164'133	6,3	-21'407'715	-21'731'915	-22'460'815
2012	Amt für Brückenangebote	-4'613'687.14	-4'903'530	-4'791'950	111'580	-2,3	-4'670'950	-4'608'750	-4'653'550
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-19'560'243.74	-20'406'293	-18'377'030	2'029'263	-9,9	-18'107'630	-18'020'730	-18'159'230
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-2'108'008.91	-2'042'625	-1'757'250	285'375	-14,0	-1'767'450	-1'769'150	-1'861'650
2019	Kaufmännisches Bildungs- zentrum	-12'220'126.01	-12'448'537	-12'265'100	183'437	-1,5	-11'982'900	-11'667'600	-11'836'300
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-4'918'589.51	-5'141'052	-5'218'900	-77'848	1,5	-5'246'100	-5'274'700	-5'342'700
2031	Arbeitslosenkasse	-1'264'778.00	-1'154'561	-1'114'300	40'261	-3,5	-129'900	310'100	280'100
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-30'531'246.41	-30'063'805	-30'530'120	-466'315	1,6	-28'963'120	-26'886'620	-26'829'720
2040	Sozialversicherungen	-34'582'482.18	-34'653'140	-36'285'000	-1'631'860	4,7	-37'325'000	-35'615'000	-37'055'000
2050	Landwirtschaftsamt	-2'538'308.89	-2'739'137	-2'574'750	164'387	-6,0	-2'390'050	-2'482'450	-2'518'700
2065	Amt für Wohnungswesen	-2'595'466.65	-2'902'092	-3'025'300	-123'208	4,2	-3'236'400	-3'240'100	-3'248'100
2070	Handelsregisteramt	2'495'475.69	2'562'643	2'569'900	7'257	0,3	2'562'200	2'545'500	2'519'300
2071	Konkursamt	-1'013'979.24	-887'008	-781'800	105'208	-11,9	-781'800	-790'600	-808'200
20	Volkswirtschaftsdirektion	-130'523'600.74	-134'976'941	-135'358'115	-381'174	0,3	-135'142'715	-130'925'515	-133'671'165

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
2000	Direktionssekretariat	-888'137.15	-610'000	-100'000	510'000	-83,6			
2011	Amt für Berufsbildung	-300'000.00		-1'100'000	-1'100'000		50'000	50'000	50'000
2012	Amt für Brückenangebote		-200'000		200'000	-100,0			
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-256'814.90	-240'000		240'000	-100,0			
2019	Kaufmännisches Bildungs- zentrum	-127'726.50	-120'000	-277'000	-157'000	130,8			
2031	Arbeitslosenkasse		-100'000		100'000	-100,0			
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-474'801.60	-1'140'000	-771'000	369'000	-32,4	-150'000	-7'350'000	-6'150'000
2050	Landwirtschaftsamt	31'910.50	-207'300	-242'000	-34'700	16,7	-192'000	-162'000	-162'000
2065	Amt für Wohnungswesen		-1'100'000	-1'100'000	0	0,0	-1'100'000	-1'100'000	-1'100'000
2070	Handelsregisteramt		-300'000	-150'000	150'000	-50,0	-480'000		
2071	Konkursamt			-15'000	-15'000		-30'000	-18'000	-18'000
20	Volkswirtschaftsdirektion	-2'015'569.65	-4'017'300	-3'755'000	262'300	-6,5	-1'902'000	-8'580'000	-7'380'000

#### **Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion**

Das Budget wächst trotz Entlastungsprogramm weiter, allerdings punkto Ausgabenüberschuss viel weniger stark als in den Vorjahren (+ 0,5 %; Vorjahr + 1,6 %). Dieses Resultat wird weitgehend vom Bund verursacht, wo in den Bereichen Sozialversicherung, öffentlicher Verkehr und Arbeitsmarktmassnahmen höhere Fallzahlen bzw. Abgeltungsansätze anfallen werden.

Grössere Abweichungen ergeben sich beim Amt für Berufsbildung (1,2 Millionen Franken) wegen der Standortabgeltung für das neue Departement Informatik in Rotkreuz ab Mitte 2016 und Ausgleichung der Unterfinanzierung der Fachhochschule Zentralschweiz durch die Trägerkantone. Bei den Berufsfachschulen können durchwegs Kosten eingespart werden, sodass die Budgets gegenüber den Vorjahren sinken.

Aufgrund der stetig ansteigenden Fallzahlen und der Aufrechnung der Teuerung durch den Bund steigen die Nettoaufwände für die Ergänzungsleistungen bei der Sozialversicherung um 1,63 Millionen Franken. Es ist in diesem Bereich keine Trendwende erkennbar.

Beim öffentlichen Verkehr steigt der Ausgabenüberschuss, weil die Verrechnung von Bahntrassen im Regionalverkehr zu höheren Ansätzen erfolgen wird.

Im Bereich Arbeitsmarktmassnahmen ist der Beitrag an den Bund für die kantonale Mitfinanzierung solcher Massnahmen aus dem Arbeitslosenversicherungsfonds um 0,1 Millionen Franken angestiegen.

Beim Amt für Wohnungswesen werden höhere Finanzierungsbeiträge im Bereich der Wohnraumförderung von preisgünstigen Wohnungen (0,3 Millionen) Franken erwartet.

Bei der Investitionsrechnung fällt einmalig der Kantonsbeitrag an die Aufbaufinanzierung des Departements Informatik von 1 Million Franken an.



## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die Stabsstelle der Volkswirtschaftsdirektion und teilweise für deren Ämter. Es erbringt die Führungsunterstützung für den Volkswirtschaftsdirektor, arbeitet mit Unternehmen zusammen, die staatliche Aufgaben wahrnehmen und betreut amtsübergreifende Aufgaben.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen

- Drehscheibenfunktion zwischen Direktion, Ämtern und Drittpartnern
- Erbringung von Stabsfunktionen für die Bereiche Personalwesen, Finanzen, Recht, Kommunikation, Informatik, Sicherheit und Infrastruktur
- Bearbeitung von Beschwerdefällen
- Aushandlung und Controlling von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen sowie Beitragsverfügungen
- Organisation Zuger Innovationspreis
- Administrative Unterstützung und fachliche Beratung des Volkswirtschaftsdirektors

##### Leistungsgruppe 2: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte

- Erarbeitung von Verfügungen bei Sachgeschäften der Direktion
- Erarbeitung von Anträgen an den Regierungsrat
- Erarbeitung von Erlassen des Kantonsrats
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Verfassen von Stellungnahmen an externe Dritte sowie kantonsinterne Ansprechpartner

##### Leistungsgruppe 3: Vollzug Gesetzgebung

- Vollzug Lex Koller
- Vollzug Konsumkreditgesetz
- Durchführung Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht
- Vollzug Fremdenverkehrsgesetzgebung

##### Leistungsgruppe 4: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen

- Mitwirkung bei regionalen und nationalen Trägerschaften
- Einsitz in Arbeitsgruppen und Kommissionen
- Vertretung des Kantons bei Partnern und Organisationen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 16. Dezember 1983 (BewG; SR 211.412.41)
- Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 23. März 2001 (KKG; SR 221.214.1)
- Verordnung zum Konsumkreditgesetz vom 6. November 2002 (VKKG; SR 221.214.11)
- § 41 des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege vom 26. August 2010 (GOG; BGS 161.1)
- Einföhrungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
- Tourismusgesetz vom 27. März 2003 (BGS 944.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Vergabe von Innovationspreisen im Wirtschaftsbereich vom 23. März 2000 (BGS 913.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an das Verkehrshaus der Schweiz vom 27. Januar 2011 (BGS 423.51)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt des Kantons Zug zum Verein Metropolitanraum Zürich vom 28. Mai 2009 (BGS 916.33)
- Regierungsratsbeschluss betreffend Bezeichnung der Volkswirtschaftsdirektion als zuständige Direktion für Aussenbeziehungen (RRB vom 11. März 2003)
- Verfügung über die Delegation der Befugnis für verfahrensleitende Verfügungen der Volkswirtschaftsdirektion in Verwaltungs- und Beschwerdeverfahren vom 16. September 2005 (BGS 153.732)
- Verfügung über die Delegation von Entscheidungsbefugnissen der Volkswirtschaftsdirektion an das Direktionssekretariat vom 27. Januar 2010 (BGS 153.734)
- Verfügung über die Regelung der Zuständigkeit betreffend individuelle Personalgeschäfte bei der Volkswirtschaftsdirektion vom 2. Dezember 2011 (BGS 153.735)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen</b>					
1	Erfolgreiche Koordinationsfunktion zwischen Ämtern und Drittpartnern	Direktionsvorsteher, Amtsleiter, Drittpartner	90 % positive Rückmeldungen im Rahmen der Semestergespräche	90 % positive Rückmeldungen im Rahmen der Semestergespräche	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
2	Fristgerechte Aufbereitung der notwendigen Unterlagen und Kennzahlen im Finanzbereich	Direktionsvorsteher, Finanzdirektion, Regierungsrat, Staatswirtschaftskommission	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
3	Gewährleistung des regelmässigen Informationsflusses in der internen und externen Kommunikation	Mitarbeitende, Amtsleiter, Direktionen, externe Partner, Öffentlichkeit	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte; > 4 direktionsübergreifende Treffen; > 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte; > 4 direktionsübergreifende Treffen; > 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	Gleich
4	Beförderliche und fachgerechte Instruktionen von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Direktionsvorsteher, Regierungsrat, Vorinstanzen, Bundesgericht, Verwaltungsgericht	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet; Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Gleich
5	Fristgerechter Abschluss von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen sowie Beitragsverfügungen	Unternehmen mit Auftrag des Kantons oder mit Dienstleistungen zu Gunsten des Kantons	Verbindliche Aushandlung bis Ende November	Verbindliche Aushandlung bis Ende November	Gleich
6	Zeitgerechte Organisation Zuger Innovationspreis	Bewerbende, Jury, Regierungsrat	10 Bewerbungen; Vergabeentscheid spätestens im Oktober	10 Bewerbungen; Vergabeentscheid spätestens im Oktober	Gleich
7	Fristgerechte administrative Unterstützung und fachlich qualitative gute Beratung des Volkswirtschaftsdirektors	Direktionsvorsteher	Korrespondenz innert 1 Arbeitstag; Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitagmittag	Korrespondenz innert 1 Arbeitstag; Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitagmittag	Gleich
A	Durchführung Charta Berufschance	Besucher/innen, Öffentlichkeit	30 neue Unterzeichnende der Charta	«Fällt weg»	
B	Ablösung Schulverwaltungs-Software (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «EduZug»	Betroffene Schulen der VD und DBK, AIO	Sicherstellung der Projektausführung gemäss Projektplanung	Sicherstellung der Projektausführung gemäss Projektplanung und Projektabschluss	
<b>Leistungsgruppe 2: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte</b>					
8	Formal korrekte Anträge der Direktion	Direktionsvorsteher, Regierungsrat, Kantonsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
9	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Regierungsrat, Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
10	Fristgerechte Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Externe Dritte, kantonsinterne Ansprechpartner/innen	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
11	Fristgerechte Verfügungen der Direktion	Ämter, Dritte	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Unterlagen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Unterlagen	Gleich, bei steigendem Aufwand
<b>Leistungsgruppe 3: Vollzug Gesetzgebung</b>					
12	Fristgerechte Überprüfungen und Verfügungen bei der Lex Koller	Antragstellende	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Gleich, bei steigendem Aufwand

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
13	Fristgerechte Bewilligungen Konsumkredit	Antragstellende	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen</b>					
14	Schaffung von Entscheidungsgrundlagen zur Wahrnehmung der Interessen des Kantons nach aussen	Kanton, Konferenzen, Organisationen, Arbeitsgruppen, Gemeinden	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80 % der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums; Sitzungsteilnahmequote: 80 %	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80 % der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums; Sitzungsteilnahmequote: 80 %	Gleich
C	Aktive Mitwirkung in Projekten der Metropolitankonferenz Zürich	Kanton, Metrokonferenz, Unternehmen		Leitung eines Projekts durch den Kanton oder einen Drittpartner des Kantons; für den Kanton Zug nutzbare Projektergebnisse sind in Bearbeitung	
L12	Mitwirkung beim Sponsoring durch die Privatwirtschaft beim Departement Informatik Zug	Studierende, Unternehmen	Prozess zur Auswahl eines attraktiven Standorts inkl. einer Übergangslösung ist abgeschlossen und Richtplanverfahren ist gestartet; mögliche Sponsoren sind kontaktiert	Mögliche Sponsoren sind kontaktiert; Zusagen im Umfang von Fr. 1 Mio. liegen vor; Projektabschluss	
L12	Mitwirkung bei Auswahl eines attraktiven Standorts und Festsetzung desselben im Richtplan	Fachhochschule Zentralschweiz	Attraktiver Standort ist gefunden und im Richtplan festgesetzt	«Fällt weg»	
L22	Mitwirkung bei Definition und Ansiedlung von Ankernutzern auf dem Areal des «technology-clusters-zug»	Unternehmen, Grundeigentümer, Gemeinde	Mögliche Ankernutzer sind evaluiert	Mögliche Ankernutzen sind kontaktiert	Projektabschluss 2018
L30	Aktive Mitwirkung in Projektteam und Projektgruppe des Projekts «Stärkung des Schweizer Produktionsstandorts durch inländische Fachkräfte» der Metropolitankonferenz Zürich	Kanton, Metrokonferenz, Unternehmen	Leitung eines Teilprojekts durch einen Zuger Drittpartner; für den Kanton Zug sinnvolle Projektergebnisse sind in Bearbeitung	«Fällt weg»	

#### Kommentar Zielsetzungen

- a) Entlastungsprogramm  
Auf die Umfrage bei Ausbildungsbetrieben wird verzichtet (Ziel A).  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Anträge der Direktion	Anzahl	63	80	65	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	16	10	10	Gleich
Federführung bei Vernehmlassungen/ Anhörungen Bund und Direktorenkonferenzen	Anzahl		30	30	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		70	75	Steigend

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Verfügungen der Direktion	Anzahl	68	90	70	Gleich
Beschwerdeentscheide der Direktion	Anzahl	13	5	5	Gleich
Instruktionsverfahren Beschwerde an RR	Anzahl	9	2	2	Gleich
Vorabklärungen Lex Koller HRA/GVA	Anzahl			105	Steigend
Überprüfungen Lex Koller	Anzahl	67	90	90	Steigend
Gesuche Konsumkredit	Anzahl	3	3	5	Gleich
Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht	Anzahl	2	2	2	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Vorabklärungen Lex Koller sind seit 2015 auch im Handelsregisterbereich nötig.

## 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-1'762'344.22	-1'885'322	-1'756'400	128'922	-6,8	-1'747'800	-1'745'400	-1'748'500
<b>Total Ertrag</b>	24'700.00	25'900	52'400	26'500	102,3	51'900	51'900	51'900
<b>Saldo</b>	-1'737'644.22	-1'859'422	-1'704'000	155'422	-8,4	-1'695'900	-1'693'500	-1'696'600

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

- 11'500 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen (0,5 Personalstellen an das Amt für Wirtschaft und Arbeit abgegeben)
- 36'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung
- 16'000 Franken Kürzung Leistungsvereinbarung mit Dritten
- 25'000 Franken Mehrerträge nach Gebührenerhöhung bei der Lex Koller

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

- Jährliche Kürzungen von 8'000 Franken bei Leistungsvereinbarungen mit Dritten

##### B) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

## 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT2000.0001 Ablösung EDUC+						
Ausgaben	-888'137.15	-610'000	-100'000			
Einnahmen						
<b>Total Budgetkredite</b>						
Ausgaben	-888'137.15	-610'000	-100'000			
Einnahmen						
<b>Saldo</b>	-888'137.15	-610'000	-100'000			

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

**Kommentar Budget**

IT2000.0001 EDUC+ ist die Produktbezeichnung des abzulösenden Schuldadministrationssystems.

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsbildung ist zuständig für die korrekte Umsetzung des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes im Kanton Zug. Es hat insbesondere den Auftrag, in der beruflichen Grundbildung ein qualitativ und quantitativ gutes Angebot zu fördern und die Angebote der höheren Berufsbildung sowie der beruflichen Weiterbildung zu koordinieren und zu beaufsichtigen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Bildungsbewilligungen und Lehrvertragsgenehmigungen
- Beratung und Begleitung der Lehrvertragsparteien
- Koordination an den drei Lernorten (Lehrbetriebe, Berufsfachschulen und überbetriebliche Kurse)
- Koordination, Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren
- Durchführung des Aufnahmeverfahrens an die lehrbegleitenden Berufsmaturitätsschulen
- Förderung, Koordination und Durchführung der Bildung von Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern
- Vollzug der Schulgeldvereinbarungen in der beruflichen Grundbildung

##### Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Aufsicht über die Angebote im Bereich der Höheren Fachschulen (HF)
- Kostengutsprache über Angebote der höheren Berufsbildung (höhere Fachschulen, Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen)
- Vollzug der Schulgeldvereinbarungen in der höheren Berufsbildung und beruflichen Weiterbildung

##### Leistungsgruppe 3: Steuerung und Entwicklung der Berufsbildung

- Positionierung und Weiterentwicklung der Berufsbildung
- Kooperation mit Bund, Kantonen, Berufsverbänden und Dritten
- Aushandlung und Controlling von Vereinbarungen mit Dritten

- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung; BGS 413.11) und nachgeordnete Erlasse
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons am Weiterbildungsinstitut für Energie- und Rohstoff-Rückgewinnung Zug (WERZ) vom 28. Januar 2010 (BGS 413.18)
- Regierungsratsbeschluss betr. Ratifizierung der neuen Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV) vom 26. September 2006
- Regierungsratsbeschluss betr. Interkantonale Fachschulvereinbarung FSV: Beitragsberechtigte Schularten und Lehrgänge / Änderung der Vollziehungsverordnung zum Schulgesetz vom 15. Mai 2007
- Regierungsratsbeschluss betr. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für Schulen mit spezifisch-strukturierten Angeboten für Hochbegabte vom 3. Juni 2008
- Regierungsratsbeschluss betr. Beitritt des Kantons Zug zum Regionalen Schulabkommen Zentralschweiz vom 13.09.2011
- Kantonsratsbeschluss betr. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) vom 21. März 2013
- Kantonsratsbeschluss betr. Beitritt zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 30. August 2012 (BGS 414.31 / 414.31-A1)
- Regierungsratsbeschluss betr. Aufbau eines Departements Informatik an der Fachhochschule Zentralschweiz (Hochschule Luzern) mit Standort im Kanton Zug vom 03. Oktober 2013

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 1. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10) und nachgeordnete Erlasse

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung</b>					
1	Sicherstellung der Ausbildungsqualität	Lernende, Lehrbetriebe	Besuch von 100 Lehrbetrieben	Besuch von 100 Lehrbetrieben	Gleich
2	Fristgerechte Eröffnung Prüfungsresultate	Lernende, Lehrbetriebe	Innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der vollständigen Resultate	Innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Erhalt der vollständigen Resultate	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
3	Fristgerechte Bearbeitung der eingegangenen Lehrverträge	Lernende, Lehrbetriebe	90 % innert Wochenfrist	90 % innert Wochenfrist	Gleich
4	Sicherstellung der Qualität der Kurse für Berufsbildner/-innen	Berufsbildner/-innen	80 % der Kursteilnehmer/-innen bewerten den Kurs mit einem «gut» oder einem «sehr gut»	80 % der Kursteilnehmer/-innen bewerten den Kurs mit einem «gut» oder einem «sehr gut»	Gleich
A	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «EduZug»	Breites Publikum, Lernende, Weiterbildungsinteressierte	Beginn Umsetzung	Umsetzung abgeschlossen	
<b>Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung</b>					
5	Fristgerechte Überprüfung Zugangsberechtigung	Studierende, Schulen	95 % innert Frist	95 % innert Frist	Gleich
6	Sicherstellung der gesetzlichen Vorgaben (Mindestverordnung HF)	HF-Schulen	Prüfung mind. 1 von 7 Schulen	Prüfung mind. 1 von 7 Schulen	Gleich
B	Rechtzeitige Vereinbarungen mit den Höheren Fachschulen (HF)	Höhere Fachschulen (HF)	Vereinbarungen mit allen Zuger Höheren Fachschulen sind abgeschlossen (HF)	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 3: Steuerung und Entwicklung der Berufsbildung</b>					
7	Einflussnahme auf Akteure der Berufsbildung und Kooperation	Bund, Kantone, Berufsverbände, Dritte	Wahrnehmung 80 % der Einladungen (Engagementliste)	Wahrnehmung 80 % der Einladungen (Engagementliste)	Gleich
8	Positionierung und Stärkung der Berufsbildung	Interessierte und involvierte Berufsbildung	5 e-Bulletin; 8 Informationsanlässe	5 e-Bulletin; 8 Informationsanlässe	Gleich
9	Umsetzung Fünfjahresüberprüfungen der Bildungsverordnungen	Lernende, Lehrbetriebe, Berufsverbände		Anstehende Teil- und Vollrevisionen werden umgesetzt	Gleich
C	Umsetzung Berufsreformen	Lernende, Lehrbetriebe, Berufsverbände	Start reformierte Bildungen per August	«Fällt weg»	
L12	Beteiligung des Kantons an der Anschubfinanzierung des Departements Informatik Zug	Informatikstudierende auf Stufe Fachhochschule, Zuger Wirtschaft	Anschubfinanzierung ist im Kantonsrat behandelt und entschieden	Beitrag ist ausgerichtet	
L14	Förderung der dualen Berufsbildung	Ambitionierte Berufslernende, Zuger Wirtschaft	Kampagne Berufsmaturität durchgeführt; 10 neue way-up plus Lehrverträge	Kampagne Berufsmaturität durchgeführt; 10 neue way-up plus Lehrverträge	Projektabschluss 2017
L15	Aufbau «Berufsbildung International Zug»	Motivierte Berufslernende, Unternehmen mit englischer bzw. internationaler Kultur / Unternehmenssprache	Konzepte und Informationen für 2 mehrheitlich englischsprachige Berufslehren; 1 Lehre ist gestartet; Sicherstellung Zulassung und finanzielle Unterstützung durch Bund	2 Lehren sind gestartet; Ausbildungsplätze sind akquiriert; Sicherstellung Zulassung und finanzielle Unterstützung durch Bund	Projektabschluss 2019

**Kommentar Zielsetzungen**

Auf neue Projekte wird aufgrund des Entlastungsprogramms verzichtet.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Lernende in der Grundbildung	Anzahl	3'689	3'700	3'700	Gleich
Studierende in der Weiterbildung	Anzahl	1'355	1'350	1'400	Steigend
Lehrbetriebe	Anzahl	1'410	1'410	1'410	Gleich
Berufe im Kanton Zug	Anzahl	143	140	145	Gleich
Lehrvertragsauflösungen	Anzahl	310	320	320	Gleich
Qualifikationsverfahren	Anzahl	1'787	1'800	1'800	Gleich
Einsichtnahmen bei der Lehrabschlussprüfung	Anzahl	55	60	60	Gleich
Prüfungsexpertinnen/-experten	Anzahl	853	850	850	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird bei der beruflichen Grundbildung in den nächsten Jahren eine Stagnation erwartet.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	<b>-27'547'566.93</b>	<b>-30'898'382</b>	<b>-32'111'515</b>	<b>-1'213'133</b>	<b>3,9</b>	<b>-34'091'715</b>	<b>-34'490'915</b>	<b>-35'219'815</b>
<b>Total Ertrag</b>	<b>12'213'051.40</b>	<b>12'560'000</b>	<b>12'609'000</b>	<b>49'000</b>	<b>0,4</b>	<b>12'684'000</b>	<b>12'759'000</b>	<b>12'759'000</b>
<b>Saldo</b>	<b>-15'334'515.53</b>	<b>-18'338'382</b>	<b>-19'502'515</b>	<b>-1'164'133</b>	<b>6,3</b>	<b>-21'407'715</b>	<b>-21'731'915</b>	<b>-22'460'815</b>

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

- 11'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen (0,5 Personalstellen an das Amt für Wirtschaft und Arbeit abgegeben)
- 13'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung
- 20'000 Franken Reduktion durch Streichung der Finanzierung von kantonalen Abschlüssen an der Höhere Fachschule für Naturheilkunde und Homöopathie (HFNH)
- 110'000 Franken Reduktion von freiwilligen Beiträgen an überbetriebliche Kurse
- 100'000 Franken Reduktion wegen Auslaufens der Finanzierung des Instituts für Wissen, Energie Rohstoffe Zug (WERZ)
- 50'000 Franken Reduktion durch Aufhebung der Beitragsverfügung an die ZTI AG (früher: Zuger Techniker- und Informatikschule)
- 50'000 Franken Mehreinnahmen durch Erhöhung des Kursgeldes (Berufsbildnerkurs) sowie konsequente Weiterverrechnung der Material- und Mietkosten an Lehrbetriebe (LAP)

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- 800'000 Franken Mehraufwand wegen Standortbeitrag pro rata für das Departement Informatik, 100'000 höherer Beitrag zur Ausgleicheung der Unterfinanzierung der Fachhochschule Zentralschweiz, 300'000 Franken höhere Beiträge wegen höherem Wachstum Zuger Studierende und 100'000 Franken pro Jahr für Vorkurse im Bereich von Musik, Design und Kunst (bisher von der DBK bezahlt)
- 200'000 Franken Erhöhung des Kantonsbeitrags für Zuger Studierende in der Höheren Berufsbildung
- 100'000 Franken Einmalzahlung im Budget 2015 «Zügelbeitrag» Zuger Berufsbildungsverbund
- 50'000 Franken Kostensteigerung überbetriebliche Kurse aufgrund neuer Berufsreglemente

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

- 100'000 Franken Entlastung durch Verzicht auf eigenen Netzwerkstandort Schweiz
- 110'000 Franken Reduktion von freiwilligen Beiträgen werden voraussichtlich in den Planjahren für die überbetrieblichen Kurse erwartet
- 300'000 Franken Reduktion beim Projekt «Berufsbildung International Zug» (L15)
- 100'000 Franken Streichung der Beiträge an kantonale Abschlüsse der Höhere Fachschule für Naturheilkunde und Homöopathie (HFNH)
- 186'000 Franken Einsparung Beitragsverfügungen an Dritte
- 50'000 Franken Einsparung bei der Finanzierung des Instituts für Wissen, Energie Rohstoffe Zug (WERZ)

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- 3'700'000 Franken höhere Kosten bei der Trägerfinanzierung und der vollständigen Standortabgeltung, steigende Zuger Studierendenzahlen und zur Ausgleicheung der Unterfinanzierung der Fachhochschule Zentralschweiz von 2017 bis 2019, neue Infrastrukturen für die Departemente Musik und Soziales in Luzern
- 250'000 Franken für Anbindung der Zentralschweizer Kantone am Innovationspark Schweiz (HUB Dübendorf) fallen erst 2017 an



## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
VD2011.0004 Darlehen Verein Zuger Berufsbil- dungs-Verband Zug								
Ausgaben	-300'000.00		-100'000					
Einnahmen						50'000	50'000	50'000
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben	-300'000.00		-100'000					
Einnahmen						50'000	50'000	50'000
Saldo	-300'000.00		-100'000			50'000	50'000	50'000

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
VD2011.0003 Investitionsbeitrag Departement Informatik FHZ								
Ausgaben			-1'000'000					
Einnahmen								
<b>Total Verpflichtungskredite</b>								
Ausgaben			-1'000'000					
Einnahmen								
Saldo			-1'000'000					

### Kommentar Budget

VD2011.0004 Das Darlehen an den Verein Zuger Berufsbildungsverbund wurde mittels RRB vom 19. August 2014 beschlossen. Für 2016 ist eine letzte Tranche von 100'000 Franken vorgesehen.

VD2011.0003 Der Kantonsratsbeschluss betreffend Kantonsbeitrag an die Kosten der Aufbaufinanzierung des Departements Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz ist im Sommer 2015 erfolgt.

### Kommentar Finanzplan

VD2011.0004 Der Darlehensvertrag an den Verein Zuger Berufsbildungsverbund sieht ab 2017 Rückzahlungen von jährlich 50'000 Franken vor.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Brückenangebote bereiten Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit auf die berufliche Grundbildung oder eine allgemeinbildende Schule vor. Sie sind für Jugendliche vorgesehen, die noch Zeit für eine erfolgreiche Anschlusslösung brauchen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Schulisches Brückenangebot (S-B-A)

- Vollzeitschule mit individualisierten Lernprogrammen
- Schulgänzende Angebote zur Förderung von Schlüsselkompetenzen
- Coaching für den Berufsfindungsprozess und Unterstützung im individualisierten Unterricht

##### Leistungsgruppe 2: Kombiniertes Brückenangebot (K-B-A)

- Individualisierte Schulbildung in Kombination mit Arbeit in einem Praktikumsbetrieb
- Coaching für den Berufsfindungsprozess; Unterstützung im individualisierten Unterricht und im Praktikum
- Übergangcoaching nach Abschluss des K-B-A
- Überfachliche Betreuung der Lernenden in den Praxisbetrieben

##### Leistungsgruppe 3: Integrations-Brückenangebot (I-B-A)

- Vollzeitschule mit individualisierten Lernprogrammen für Lernende mit Migrationshintergrund
- Übergangcoaching nach Abschluss des I-B-A
- Kursangebote zur Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit von jungen Eingewanderten über 20

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2005 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10, Art. 12)
- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20, Art. 53)
- Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA, SR 142.205)
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Reglement über die Brückenangebote vom 13. Juli 2012
- Empfehlungen zur Koordination der Brückenangebote vom 25. Februar 2005 (BKZ Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz)
- Regierungsratsbeschluss RRB vom 29. Oktober 2013 zur Umsetzung des Kantonalen Integrationsprogrammes KIP
- Verfügung der Volkswirtschaftsdirektion vom 5. Mai 2015 betreffend Kantonsbeitrag an das Berufsfindungsjahr

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
A	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der die Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Lernende	Evaluation des Lernplanes	«Fällt weg»	
B	Lösungen erarbeiten für Jugendliche zwischen IV und Vermittelbarkeit im ersten Arbeitsmarkt	Lernende	Entscheid über das weitere Vorgehen liegt vor	Begleitung der Pilotphase von externen Angeboten	Projektabschluss 2017
C	Umbau und Bezug neue Bildungsinfrastruktur für Brückenangebote: IBA	Lernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende	Bezug der Räumlichkeiten	«Fällt weg»	
D	Neu- und Umbau Bildungsinfrastruktur für Brückenangebote: Umbau KBA	Lernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende	Umsetzung des Bauvorhabens gemäss Kantonsratsbeschluss	Bezug der Räumlichkeiten und Projektabschluss	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Schulisches Brückenangebot (S-B-A)</b>					
1	Jugendliche in Fach- und Schlüsselkompetenzen fördern	Lernende	Anschlusslösung > 90 % erreicht; Eintritt > 70 % in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	Anschlusslösung > 90 % erreicht; Eintritt > 70 % in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	Gleich
E	Konzept zur Förderung von Jugendlichen in Schlüsselkompetenzen	Lernende	Konzept Schlüsselkompetenzen ist implementiert	«Fällt weg»	
F	Standardisierung Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern (Kantonale Stellen, private Organisationen usw.)	Lernende, Kantonale Stellen, private Organisationen usw.	Konzept zur systematischen Zusammenarbeit mit allen Kooperationspartnern im Zusammenhang mit Berufswahl und Lehrstelle ist entwickelt	Konzept zur systematischen Zusammenarbeit mit allen Kooperationspartnern im Zusammenhang mit Berufswahl und Lehrstelle ist implementiert und Projektabschluss	
G	Beitritt Netzwerk Gesundheitsfördernder Schulen (SNGS)	Lernende		Angebot erfüllt Kriterien des SNGS	Projektabschluss 2018
<b>Leistungsgruppe 2: Kombiniertes Brückenangebot (K-B-A)</b>					
2	Jugendliche in Schlüsselkompetenzen fördern	Lernende	> 80 % erreichen Anschlusslösung	> 80 % erreichen Anschlusslösung	Gleich
3	Zeitnahe Reaktion auf Anliegen der Praktikumsstellen, Kontakt und Imagepflege	Lernende, Praktikumsbetriebe	Pro Lernenden finden mind. 2 Besuche in Betrieben statt; Reaktionen auf Anliegen innerhalb 1 Woche	Pro Lernenden finden mind. 2 Besuche in Betrieben statt; Reaktionen auf Anliegen innerhalb 1 Woche	Gleich
H	Pädagogische Grundsätze bewusst machen und begründet umsetzen in der neuen Architektur	Lernende	Pädagogische Grundsätze sind benannt und deren Umsetzung beschrieben	Pädagogischen Grundsätze werden wie geplant umgesetzt	Projektabschluss 2018
I	Aufnahmeverfahren optimieren	Lernende		Optimiertes Aufnahmeverfahren wird als Pilotphase evaluiert	Projektabschluss 2017
<b>Leistungsgruppe 3: Integrations-Brückenangebot (I-B-A)</b>					
4	Jugendlichen die deutsche Sprache beibringen und sie in die hiesige Kultur integrieren	Lernende	> 70 % erreichen Anschlusslösung	> 70 % erreichen Anschlusslösung	Gleich
J	Überarbeitung der Zeugnisse in Zusammenhang mit dem Schulentwicklungs-Projekt «Beurteilen und Fördern»	Lernende	Neues Zeugnis ist implementiert	Neues Zeugnis wird evaluiert	Projektabschluss 2017
K	Einführung der Bewertung von Selbst- und Handlungskompetenzen	Lernende	Tool ist implementiert	«Fällt weg»	
L	Im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogrammes Aufbau des IBA 20+	Lernende	1. Zwischenbericht liegt vor	2. Zwischenbericht liegt vor	Projektabschluss 2018
M	Pädagogische Grundsätze bewusst machen und Lernlayout-Konzept erarbeiten	Lernende, Lehrpersonen	Pädagogische Grundsätze sind bekannt und deren Umsetzung ist beschrieben	Elemente Betrieb Lernatelier und Zweijahresbegleitung sind eingeführt	Projektabschluss 2017

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Anmeldungen SBA und KBA	Anzahl		160	175	165
Lernende SBA	Anzahl	55	65	65	65
Lernende KBA	Anzahl	60	60	60	60
Lernende IBA	Anzahl	74	75	85	80

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl Lernende beim IBA ist mit der Einführung des IBA20+ Integrations-Brücken-Angebot für Erwachsene gestiegen.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-5'193'632.94	-5'363'530	-5'340'050	23'480	-0,4	-5'219'050	-5'056'850	-5'101'650
Total Ertrag	579'945.80	460'000	548'100	88'100	19,2	548'100	448'100	448'100
Saldo	-4'613'687.14	-4'903'530	-4'791'950	111'580	-2,3	-4'670'950	-4'608'750	-4'653'550

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

45'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen (Reduktion 0,24 Stelleneinheiten durch Synergien aus neuen Räumen)  
9'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonskürzung

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

48'000 Franken Erhöhung Schulgelder aufgrund der Einführung des I-B-A-20+  
100'000 Franken Erhöhung der externen Kosten Dritter für die Finanzierung des Kantonsbeitrags beim Berufsfindungsjahr für Jugendliche mit einer Lernbehinderung  
(HPZ Hagendorn/HPZ Sonnenberg)

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

140'000 Franken Reduktion Personalaufwand im Jahr 2017 durch Synergien aus neuen Räumen im Jahr 2017: Reduktion 0,76 Stelleneinheiten  
185'000 Franken Reduktion Personalaufwand im Jahr 2018 durch Synergien aus neuen Räumen: Reduktion 1,00 Stelleneinheiten

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT2012.0001 Hardwareersatz Integrations-Brücken- Angebot (IBA)						
Ausgaben		-200'000				
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben		-200'000				
Einnahmen						
Saldo		-200'000				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

**Kommentar Budget**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das GIBZ ist das Kompetenzzentrum für die schulische Grundbildung in gewerblichen, industriellen und gesundheitlichen Berufen, inklusive Allgemeinbildung (ABU), Berufsmaturität (BM) und Sport (SP). Die gleiche Funktion hat es für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung (HFTG) sowie die Ergänzende Bildung im Rahmen der Validierung von Bildungsleistungen für Spätnachfragende.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung für 27 gewerbliche und industrielle Berufe
- Berufsmaturitätsausbildung in 27 Berufen
- Lernförderangebote
- Begabtenförderung in allgemeiner und beruflicher Ausrichtung
- Individuelles Coaching für Berufslernende (Lernbegleitung)
- IT-Infrastruktur und Support für Lernende und Lehrpersonen
- Qualifikationsverfahren
- Mediathek

##### Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Vorbereitungskurse für eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen in drei Berufsfeldern
- Höhere Fachschule: Lehrgänge in Technik und Gestaltung in einem Berufsfeld
- Bildungsmodule im Rahmen der höheren Berufsbildung in drei Berufsfeldern
- Module der Ergänzenden Bildung und Validierung von Praxiserfahrungen in zwei Berufsfeldern

##### Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen

- Dienstleistungen im Bereich Computer- und Internetbasiertes Unterrichten, Bilanzieren und Evaluieren auf der eigenen Bildungsplattform «Knowledge Factory»
- Durchführung von Berufsbildungsprojekten für Dritte

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10)
- Bundesgesetz vom 17. März 1972 über die Förderung von Turnen und Sport (SR 415.0)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV, SR 412.101)

- Verordnung vom 24. Juni 2009 (Stand am 1. August 2009) über die eidgenössische Berufsmaturität (SR 412.103.1)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung, BGS 413.11)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren vom 19. Dezember 2007 (Reglement Bildungszentren, BGS 413.12)
- Empfehlung der Schweiz. Berufsbildungsämter-Konferenz SBBK vom 21. November 2003: Die zweite Sprache in der Berufsbildung
- SBBK-Empfehlung zur Validierung von Bildungsleistungen; Richtlinien der Kantone vom 21. August 2007 und Empfehlung für die interkantonale Abgeltung der Validierung von Bildungsleistungen (Anhang zu den Richtlinien für die Kantone vom 21. August 2007)
- SBBK-Grundsätze zur Revision der Interkantonalen Vereinbarungen im Berufsbildungsbereich vom 6. Mai 2004
- Rahmenlehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) vom 27. April 2006 (neu: Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation; SBFI)
- Bildungsverordnungen der dem GIBZ zugewiesenen Grundbildungen gemäss Masterplan des SBFI (<http://www.sbf.admin.ch/bvz/grundbildung/index.html?lang=de>)
- Prüfungsordnungen für die relevanten Weiterbildungsabschlüsse im Rahmen der Höheren Berufsbildung HBB
- EU-Richtlinien für die Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Mobilitätskultur im Rahmen von «Erasmus+ für die Berufsbildung»
- Richtlinien für die Akkreditierung des International Baccalaureat Career-related Certificate IBCC

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Koordination der Bildungspartner im Sinne der Lernortkooperation optimieren	Berufslernende, Lehrbetriebe, Akteure der Berufsbildung	Institutionalisierter Austausch in den GIBZ-Berufsfeldern; präzise Feinabstimmungen bei 27 Lehrberufen; keine Beanstandungen	Institutionalisierter Austausch in den GIBZ-Berufsfeldern; präzise Feinabstimmungen bei 29 Lehrberufen; keine Beanstandungen	Gleich
A	Raumnotstand am GIBZ durch umfassende Analysen und tragfähige Optimierungsmassnahmen minimieren	Berufslernende, Lehrpersonen, Fachstellen, ÜK-Bereiche	Ausreichende Unterrichts-, Vorbereitungs- und Verwaltungszimmer während der baulichen Erweiterung im Trakt 1 für das K-B-A bereitstellen	Ausreichende Unterrichts-, Vorbereitungs- und Verwaltungszimmer bis Bezug Erweiterung im Trakt 1 für das K-B-A und Neubau Trakt 5 bereitstellen	Steigend
B	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «EduZug»	Breites Publikum, Lernende, Weiterbildungsinteressierte	Erfolgreiche Einführung neue Software am GIBZ sicherstellen	Erfolgreiche Einführung neue Software am GIBZ und Projektabschluss	
<b>Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung</b>					
2	Zeitgerechte Umsetzung der Rahmenlehrpläne in Schullehrpläne sicherstellen	Berufslernende	Aktualisierte Rahmenlehrpläne umgehend in Schullehrpläne transformiert, auf dem GIBZ-Netz publiziert und entsprechend umgesetzt	Aktualisierte Rahmenlehrpläne umgehend in Schullehrpläne transformiert, auf dem GIBZ-Netz publiziert und entsprechend umgesetzt	Gleich
3	Notwendige IT-Infrastruktur für den Pflichtunterricht in der Grund- und Weiterbildung gemäss kantonaalem IT-Konzept und Pädagogischem Konzept des GIBZ bereitstellen	Berufslernende der Grundbildung, Teilnehmende der Höheren Berufsbildung und Lehrpersonen am GIBZ	90 % Verfügbarkeit der Hard- und Software sowie Internet-Kommunikationstools; Sicherstellung First- und Second Level Support	90 % Verfügbarkeit der Hard- und Software sowie der Internet-Kommunikationstools; Sicherstellung First- und Second Level Support	Gleich
4	Wirkungsvolle und effiziente Lern- und Begabtenförderung, verbunden mit der entsprechenden Lernbegleitung (Coaching und Mediation) gemäss GIBZ-Konzept sicherstellen	Berufslernende	0,5 % der total gehaltenen Lektionen in der Grund- und Weiterbildung für die Lern- und Begabtenförderung im Rahmen der Stütz- und Freikurse nach BBG	Je 0,5 % der total gehaltenen Lektionen in der Grund- und Weiterbildung für die Lern- und Begabtenförderung im Rahmen der Stütz- und Freikurse nach BBG	Gleich
5	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot an Medien sicherstellen	Berufslernende, Lehrpersonen, Teilnehmende von Weiterbildungskursen	Rund 11'000 Ausleihen	Rund 11'000 Ausleihen	Gleich
6	Mobilitätskultur gemäss GIBZ-Konzept im Rahmen des EU-Förderprogramm «Erasmus+ für die Berufsbildung» pflegen	Berufslernende, Lehrpersonen	26 Austauschprojekte gemäss EU-Richtlinien realisiert	26 Austauschprojekte gemäss EU-Richtlinien realisiert; Koordination im zentralschweizerischen Raum	Gleich
C	Neue Verordnung der Berufsmaturität (BM) sowie die neuen Rahmenlehrpläne umsetzen	Berufslernende, Ausbildungsbetriebe	BM-Modelle angleichen; Schullehrplan erstellen und einführen	BM-Modelle angleichen; Schullehrplan erstellen und einführen	
L15	Konzeption und Entwicklung von grossmehrheitlich englischsprachigen Berufsbildungsangeboten	Ambitionierte Berufslernende, Unternehmen mit englischer bzw. internationaler Kultur/Sprache	Pilotlehrgang im Lehrberuf Informatik gestartet	Beginn Lehrgang im Lehrberuf Informatik	Projektabschluss 2020

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung</b>					
7	Kurse und Validierung der Ergänzenden Bildung, der Berufsorientierten Weiterbildung sowie der Höheren Berufsbildung unter Einhaltung der Branchenstandards sicherstellen	Teilnehmer/innen der Berufsfelder Automobil, Einrichtungsgestaltung, Coiffure, Gastro, Gesundheit, Pädagogik und Zahntechnik	100 % Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen	100 % Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen	Gleich
8	Lehrgänge im Rahmen der Höheren Fachschule (HF) Technik und Gestaltung unter Einhaltung der Branchenstandards sicherstellen	Berufsangehörige aus dem Berufsfeld Innenausbau	100 % Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen	100 % Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen	Gleich
9	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben einhalten	Teilnehmende der Ergänzenden Bildung, der Berufsorientierten Weiterbildung und Höheren Berufsbildung	85 % Kostendeckungsgrad (Deckungsbeitrag 1)	85 % Kostendeckungsgrad (Deckungsbeitrag 1)	Gleich
D	Umgestaltung des HF-Lehrgänge Technik vom altrechtlichen zum neurechtlichen Status	Studierende der HFTG	Dokumentation für das eidg. Anerkennungsverfahren des HF-Lehrganges Technik finalisiert	Neurechtlicher HF-Lehrgang «Technik» gemäss eingereichten Anerkennungsgrundlagen umgesetzt und Projektabschluss	
E	Lancierung Lehrgang für die Vorbereitung zur «Höheren Fachprüfung HFP» in der Zahntechnik	Branchenangehörige der Zahntechnik		Verpflichtung Realisierung Vorbereitungsschulungen vereinbart; interinstitutionelle Arbeitsgruppe für Umsetzung aktiviert	
L13	Aushandlung von Vertragsgrundlagen mit den zuständigen Organisationen der Arbeitswelt	Branchenangehörige der Zahntechnik	Absichtserklärung unterzeichnet und interinstitutionelle Arbeitsgruppe für die Grundlagenbereitstellung bestellt; Nachfrageanalyse ist in der Startphase erfolgt	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen</b>					
10	Eigene Entwicklungsprojekte rund um die Berufsbildung an Dritte vermieten und der Wissenstransfer im Sinne von Benchmark nutzen	Externe Akteure	250 verrechenbare Arbeitsstunden; 15 verrechenbare Vermietungen aus der virtuellen GIBZ-Plattform «Knowledge Factory»	250 verrechenbare Arbeitsstunden; 15 verrechenbare Vermietungen aus der virtuellen GIBZ-Plattform «Knowledge Factory»	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**

a) Entlastungsprogramm

Die Zielsetzung L13 fällt weg, da Verzicht auf höhere Fachschule für Zahntechnik.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine



### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Grundbildung	Klassen	139	140	135	Gleich
	Lernende	1'857	1'870	1'840	Gleich
	Lektionen	67'720	67'900	67'700	Gleich
Berufsmatura	Klassen	35	31	30	Gleich
	Lernende	471	430	440	Steigend
	Lektionen	20'380	21'000	21'000	Gleich
IT-Infrastruktur	PC-Stationen	655	635	640	Gleich
	User	2'790	2'700	2'700	Gleich
	Softwarepakete	101	100	100	Gleich
Mediathek und Digithek	Ausleihen	11'430	11'500	11'400	Gleich
	Artikel	19'385	19'500	19'000	Sinkend
Weiterbildungskurse Höhere Berufsbildung	Module	52	42	42	Gleich
	Teilnehmende	832	800	800	Gleich
	Lektionen	2'704	2'200	2'200	Gleich
HF-Vollzeit-Studium	Klassen	2	2	1	Gleich
	Studierende	31	30	24	Gleich
	Lektionen	2'370	3'400	1'800	Gleich
Berufsorientierte Weiterbildung	Kurseinheiten	104	120	120	Gleich
	Teilnehmende	1'494	2'300	2'300	Gleich
	Lektionen	4'550	6'500	6'500	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Beim HF-Vollzeitstudium haben sich die Lektionen verringert, weil die beiden Klassenzüge in eine Grossklasse zusammengeführt wurden.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-25'187'380.09	-25'772'993	-23'640'580	2'132'413	-8,3	-23'391'180	-23'324'280	-23'462'780
Total Ertrag	5'627'136.35	5'366'700	5'263'550	-103'150	-1,9	5'283'550	5'303'550	5'303'550
Saldo	-19'560'243.74	-20'406'293	-18'377'030	2'029'263	-9,9	-18'107'630	-18'020'730	-18'159'230

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

220'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzungen

130'000 Franken weniger Personalkosten durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

270'000 Franken Einsparungen bei Verzicht auf Kauf von Maschinen und Geräte sowie IT

310'000 Franken Einsparungen bei Optimierungen und Anhebungen der Klassengrössen

80'000 Franken Einsparungen bei Restrukturierungen von verschiedenen Bildungsformaten

40'000 Franken Einsparungen bei Verzicht von Kostenbeteiligung von Sprachaufenthalten

340'000 Franken Einsparungen durch Straffung verschiedener Angebote in der Grund und Weiterbildung

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

100'000 Franken weniger Ertrag bedingt durch weniger Zuschüsse durch interkantonale Schulgeldabkommen, weil mehr Lernende vom Kanton

#### Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT2013.0005	PC Ersatz- und Neuanschaffungen Schulzimmer 2014								
	Ausgaben	-158'427.35							
	Einnahmen								
IT2013.0006	PC Ersatz- und Neuanschaf. Lehrer-vorb.Zimmer 2014								
	Ausgaben	-53'916.30							
	Einnahmen								
IT2013.0007	Ersatz der Netzwerk-komponenten (Backbone)								
	Ausgaben		-140'000						
	Einnahmen								
IT2013.0008	PC Ersatz- und Neuanschaffungen 2015								
	Ausgaben		-100'000						
	Einnahmen								
VD2013.0003	Lernenden- und Personalausweis mit Legifunktion								
	Ausgaben	-33'803.55							
	Einnahmen								
VD2013.0004	Gebäudesignaletik In- und Outdoor								
	Ausgaben	-10'667.70							
	Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>									
	<b>Ausgaben</b>	<b>-256'814.90</b>	<b>-240'000</b>						
	<b>Einnahmen</b>								
	<b>Saldo</b>	<b>-256'814.90</b>	<b>-240'000</b>						

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum (LBBZ) Schluechthof Cham ist das Kompetenzzentrum für alle Fragen rund um die Landwirtschaft und die Ökologie. Es gewährleistet – wo möglich in überkantonaler Zusammenarbeit – die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung und die landwirtschaftliche Betriebsberatung im Kanton Zug.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung zur Ausbildung als «Landwirt/in mit eidg. Fähigkeitszeugnis» bzw. «Landwirt/in mit Spezialrichtung Biolandbau»
- Betreuung und Begleitung der Lernenden in der Landwirtschaft auf den Lehrbetrieben im Auftrag des Amts für Berufsbildung
- Durchführung der Qualifikationsverfahren

##### Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Durchführung der Lehrgänge der Betriebsleiterschule I mit Abschluss «Landwirt/in mit Fachausweis»; Betriebsleiterschule II mit Abschluss «diplomierter Meisterlandwirt», «Baumpflegespezialisten und Baumpflegespezialistinnen mit eidg. Fachausweis», «Agrotechniker/Agrotechnikerin HF»
- Berufsorientierte Weiterbildungsveranstaltungen

##### Leistungsgruppe 3: Beratung

- Beratung der Zuger Landwirtinnen und Landwirte in der Produktionstechnik, Betriebswirtschaft und Hauswirtschaft, in der Unternehmensführung und bei Betriebsanpassungen
- Beratung von Gemeinden und Landwirtschaftsbetrieben u. a. bei der Erarbeitung und Umsetzung von Landschaftsentwicklungskonzepten, Vernetzungsprojekten und bei Entschädigungsfragen

##### Leistungsgruppe 4: Hotellerie

- Führen eines Internats
- Mensabetrieb für Lernende, Kursteilnehmende und Hotelleriegäste
- Vermietung der Infrastruktur für Seminare, Anlässe und Übernachtungen an Dritte

##### Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb

- Führen Versuchs- und Demonstrationsbetriebs für das Bildungszentrum
- Offener «Besuchsbetrieb» für die nichtbäuerliche Bevölkerung
- Zusammenarbeit mit den schweizerischen landwirtschaftlichen Forschungsanstalten zur Umsetzung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen auf Praxisstufe

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10)
- Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LWG, SR 910.1)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV, SR 412.101)
- Bildungsverordnung für die Landwirtschaft vom 8. Mai 2008 (SR 412.101.220.83)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung, BGS 413.11)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Pacht und das bäuerliche Bodenrecht vom 29. Juni 2000 (EG Landwirtschaft, BGS 921.1)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren vom 19. Dezember 2007 (Reglement Bildungszentren, BGS 413.12)
- Reglement über die Höhere Fachschule Landwirtschaft vom 9. Juli 2012 (Reglement HFLW, BGS 921.1)
- Reglement des Schweizerischen Bauernverbandes über die Berufslehre und die Lehrabschlussprüfung für Landwirte/Landwirtinnen vom 1. August 2002 sowie die entsprechenden Weisungen
- Reglement und Weisungen des Schweizerischen Bauernverbandes über die landwirtschaftliche Meisterprüfung (Reglement vom 21. August 2000, Weisungen vom 23. Juni 2004)
- Prüfungsordnung über die Berufsprüfung für Baumpflegespezialisten und Baumpflegespezialistinnen mit eidgenössischem Fachausweis des Bundes Schweizer Baumpflege BSB vom 23. Februar 2006
- Rahmenlehrplan dipl. Agro-Technikerin HF/dipl. Agro-Techniker HF der AgriAliForm und der fenaco vom Juni 2008

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Sicherung der Zusammenarbeit mit Landwirtschaftszentren der Nachbarkantone (Zentralschweiz, Aargau und Zürich)	Lernende, Landwirtinnen und Landwirte	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen; Austausch von mind. 12 Lehrpersonen; Überregionales Wahlfachangebot in der Grundbildung und der Höheren Berufsbildung	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen; Austausch von mind. 12 Lehrpersonen; Überregionales Wahlfachangebot in der Grundbildung und der Höheren Berufsbildung	Steigend
<b>Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung</b>					
2	In den landwirtschaftlichen Berufen: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen	Lernende	1 Klasse pro Lehrjahr; rechtlichen Vorgaben sind eingehalten	1 Klasse pro Lehrjahr; rechtlichen Vorgaben sind eingehalten	Gleich
3	Qualifikationsverfahren nach den geltenden gesetzlichen Grundlagen für die Ausbildung zur Landwirtin/zum Landwirt EFZ durchführen	Lernende, Lehrpersonen	Vorgaben des Amtes für Berufsbildung sind umgesetzt	Vorgaben des Amtes für Berufsbildung sind umgesetzt	Gleich
4	Durchführung der Qualitätsevaluation gemäss den einschlägigen Richtlinien und den LBBZ-Vorgaben	Lernende	Mehr als 80 % positive Ergebnisse gemäss datenbasierter Qualitätsevaluation	Mehr als 80 % positive Ergebnisse gemäss datenbasierter Qualitätsevaluation	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung</b>					
5	Führen einer Betriebsleiterschule zur Vorbereitung Berufsprüfung Landwirt und der Meisterprüfung (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Landwirtinnen und Landwirte	Führen von 2 Klassen mit mind. 12 Teilnehmenden für die Vorbereitung der Berufsprüfung und mit mind. 5 Teilnehmenden für die Vorbereitung für die Meisterprüfung (integriert in die HF-Klasse); Qualifikation über dem CH-Durchschnitt	2 Klassen mit mind. 12 Teilnehmenden bei Berufsprüfung; mind. 5 Teilnehmenden für die Meisterprüfung (integriert in die HF-Klasse); Qualifikation über dem CH-Durchschnitt	Gleich
6	Führen der Vorbereitungskurse zur Ausbildung «Baumpflege-Spezialist BP» nach den Vorgaben der Branche	Fachpersonen	Start im Frühling mit 1 Klasse mit mind. 20 Teilnehmenden	Start im Frühling mit 1 Klasse mit mind. 20 Teilnehmenden	Gleich
7	Führen einer HF Landwirtschaft mit Abschluss «Agrotechnikerin HF/Agrotechniker HF» gemäss den Grundlagen des Rahmenlehrplans	Landwirtinnen und Landwirte	Führen von 2 Klassen mit mind. je 12 Teilnehmenden	Führen von 2 Klassen mit mind. je 12 Teilnehmenden	Gleich
8	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben	Lernende	Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen; Kostendeckungsgrad mind. 85 % (Deckungsbeitrag 1)	Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen; Kostendeckungsgrad mind. 85 % (Deckungsbeitrag 1)	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
9	Attraktive Wissensvermittlung bei der nicht strukturierten Weiterbildung zur Förderung der Weiterentwicklung der Betriebe in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht	Landwirtinnen und Landwirte des Kantons Zug und Umgebung, sowie weitere interessierte Personen	Leitung/Durchführung von mindestens 12 Veranstaltungen im Winter 14/15; 3'500 Teilnehmerlektionen	Leitung/Durchführung von mindestens 12 Veranstaltungen im Winter 15/16; 3'500 Teilnehmerlektionen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Beratung</b>					
10	Konstruktive und fachlich fundierte Beratung zur Entscheidungsfindung auf dem Landwirtschaftsbetrieb	Landwirtinnen und Landwirte, kantonale Verwaltung, Gemeinden, Behörden	35 grössere Beratungsfälle (> 1,5 Std.); Einnahmen für Beratungsarbeiten > 25'000 Franken	35 grössere Beratungsfälle (> 1,5 Std.); Einnahmen für Beratungsarbeiten > 25'000 Franken	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Hotellerie</b>					
11	Infrastruktur für verwaltungsinterne Weiterbildungen innerhalb der verfügbaren Zeit nutzen	Mitarbeitende anderer Ämter	Mind. 30 Vermietungen; Kundenzufriedenheit > 90 %	Mind. 30 Vermietungen; Kundenzufriedenheit > 90 %	Gleich
12	Kostenorientierte Vermietung der Infrastruktur an Dritte	Seminarteilnehmende, Hotellerie Benutzende	Deckungsbeitrag (Verpflegung, Übernachtung und Seminare) an Gebäudekosten, nach Abzug Sach- und Personalkosten von mind. Fr. 100'000; Kundenzufriedenheit > 85–90 %	Deckungsbeitrag (Verpflegung, Übernachtung und Seminare) an Gebäudekosten, nach Abzug Sach- und Personalkosten von mind. Fr. 100'000; Kundenzufriedenheit > 85 %	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb</b>					
13	Der Versuchs- und Demonstrationsbetrieb wird nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen geführt	Schüler/innen, Landwirtinnen und Landwirte	Jahresgewinn von > Fr. 15'000; mind. 10 Betriebszweige (Kulturen); mind. 2 Auszubildende; mind. 5 Demonstrationsversuche	Jahresgewinn von > Fr. 15'000; mind. 10 Betriebszweige (Kulturen); mind. 2 Auszubildende; mind. 5 Demonstrationsversuche	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Grundbildung	Klassen	3	3	3	Gleich
	Lernende	45	48	45	Gleich
Höhere Berufsbildung	Klassen	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)	Gleich
	Studierende	74	60	70	Gleich
Beratung	Anzahl grössere Fälle	46	50	50	Gleich
Hotellerie	Anzahl Mahlzeiten		18'000	18'000	Gleich

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**  
Keine Bemerkungen

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-4'208'530.50	-4'245'125	-4'259'250	-14'125	0,3	-4'269'450	-4'271'150	-4'363'650
Total Ertrag	2'100'521.59	2'202'500	2'502'000	299'500	13,6	2'502'000	2'502'000	2'502'000
Saldo	-2'108'008.91	-2'042'625	-1'757'250	285'375	-14,0	-1'767'450	-1'769'150	-1'861'650

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

4'100 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen  
85'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzungen  
300'000 Franken mehr Einnahmen werden durch mehr Lehrgangsteilnehmer und die Neuregelung der Studiengebühren HF erzielt

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

###### b) Weitere wesentlichen Abweichungen

Ab 2019 eine zusätzliche Planstelle nach Bezug Chamau gemäss Ausführungen in der Kantonsratsvorlage Nr. 2195.1 – 14188

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das KBZ ist das Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels; ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule für Wirtschaft.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung für die kaufmännischen Berufe und die Berufe des Detailhandels
- Kaufmännische Berufsmaturität
- Lehrgang «Vinto» (Spitzensportförderung)
- Förderangebote
- Individuelles Coaching und fachindividuelle Betreuung
- Beratungsstelle (Soziale und Bildungsfragen) für Lernende
- IT-Infrastruktur und Support
- Mediathek
- Durchführung der Qualifikationsverfahren

##### Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Tagesseminare und Kurse zur beruflichen Weiterbildung
- Kurse und Lehrgänge zur Prüfungsvorbereitung auf international anerkannte Fremdsprachendiplome, schweizweit anerkannte Diplome im Bereich Informatik-Anwendung, Abschlüsse «edupool» (Sachbearbeiter-Diplome und Handelsschule), eidgenössische Fachausweise
- Höhere Fachschule für Wirtschaft (HFW)
- Kooperationen mit ausserkantonalen Partnerinstitutionen zur Ergänzung des Zuger Bildungsangebots

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz) vom 13. Dezember 2002 (BBG; SR 412.10)
- Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom 17. März 1972 (SR 415.0)
- Verordnung über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung) vom 19. November 2003 (BBV; SR 412.101)
- Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität (Berufsmaturitätsverordnung) vom 30. November 1998 (BMV; SR 412.103.1)
- Bundesrechtliche Bildungsverordnungen der dem KBZ zugewiesenen Grundbildungen
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung) vom 30. August 2001 (BGS 413.11)
- SBBK-Empfehlungen und Interkantonale Schulgeldabkommen
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren (Reglement Bildungszentren) vom 19. Dezember 2007 (BGS 413.12)
- Verordnung des WBF über Mindestvorschriften für die Anerkennung von Bildungsgängen und Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (BGS 412.101.61)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
A	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts «EduZug»	Lehrpersonen, Lernende, Weiterbildungsinteressierte	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen (Beginn Umsetzung)	Projekt ist abgeschlossen	
<b>Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung</b>					
1	In den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen, inkl. integrierte Berufsmaturität	Berufslernende	Umsetzung Schullehrpläne in den 6 Berufen des KBZ	Umsetzung Schullehrpläne in den 6 Berufen des KBZ	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
2	Individualisierte Förderung der Lernenden im Rahmen des Angebots an Stütz-, Förder- und LAP-Vorbereitungskursen (Lehrabschlussprüfung)	Lernschwache und lernstarke Lernende	60 Kursangebote	60 Kursangebote	Gleich
3	Beratung und Mediation gemäss KBZ-Konzept umsetzen	Berufslernende, Lehrpersonen	60 Beratungsgespräche pro Semester	60 Beratungsgespräche pro Semester	Steigend
4	Durchführung der Qualitätsevaluationen gemäss einschlägigen Vorgaben und KBZ-Konzept umsetzen	Berufslernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende, Berufsbildner/innen	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Gleich
B	Einführung der neuen Bildungsverordnung der kaufmännischen Grundbildung	Berufslernende, Ausbildungsbetriebe	Ergänzende Projektschritte sind realisiert (1. Lehrgang ist abgeschlossen, das Qualifikationsverfahren durchgeführt)	Projekt ist abgeschlossen	
C	Berufsmaturität: Einführung neue Bildungsverordnung und Rahmenlehrplan	Berufslernende, Ausbildungsbetriebe	Konzeption und Umsetzung für das 1. Ausbildungsjahr abgeschlossen	1. Ausbildungsgang BMS 2, Vollzeit abgeschlossen; Qualifikationsverfahren durchgeführt; erste Ausbildungsjahre BMS 2 berufsbegleitend, BMS 1 lehrbegleitend abgeschlossen; weitere Ausbildungsjahre vorbereitet	
D	«Lernen und neue Medien», Schulentwicklungsprojekt	Berufslernende, Ausbildungsbetriebe	Weitere Pilotklassen sind gestartet; Zwischenevaluation und Entscheid über weiteres Vorgehen	Mind. 2 weitere Pilotklassen gestartet; Umsetzung der Entscheide betr. flächendeckende Einführung	
E	Einführung des Lehrgangs «way up plus» für die Kaufmännische Grundbildung (verkürzte Ausbildung für gymnasiale Maturi)	Lernende und Ausbildungsbetriebe	Konzeption und Umsetzung für das erste Ausbildungsjahr abgeschlossen	1. Generation kommt zum erfolgreichen Abschluss; Qualifikationsverfahren verläuft erfolgreich	
L15	Marketing und Start von Berufslehren Kauf-frau/Kaufmann und/oder Informatikerin/Informatiker	Ambitionierte Berufslernende, Unternehmen mit englischer bzw. internationaler Kultur/Sprache	Konzeption und Umsetzung für 1. Ausbildungsjahr abgeschlossen	1. Ausbildungsjahr und Vorbereitungsjahre für folgende Ausbildungsjahre bzw. neue Generation abgeschlossen	
<b>Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung</b>					
5	Durchführung der Qualitätsevaluationen	Berufslernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende, Berufsbildner/innen, Wirtschaft der Region	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Mehr als 80 % positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Gleich
6	Berufliche Weiterbildung im Kaufmännischen Berufsfeld und im Berufsfeld des Detailhandels gemäss den einschlägigen Standards der einzelnen Angebote umsetzen	Weiterbildungsteilnehmende, Wirtschaft der Region	Teilnehmendegebühren und Abgeltungen anderer Kantone (ca. Fr. 3,4 Mio.); Kostendeckungsgrad mind. 85 % (DB 1); überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	Teilnehmendegebühren und Abgeltungen anderer Kantone: ca. Fr. 3,4 Mio.; Kostendeckungsgrad mind. 85 % (DB 1); überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	Gleich
F	Neukonzeption von Angeboten (ca. deren 10) zwecks optimaler Abstimmung auf nachfolgende Lehrgänge	Teilnehmende Lehrgänge	Zu 70 % umgesetzt	Projekt abgeschlossen und operativ	



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
G	Optimierung der Zusammenarbeit mit der Zuger Wirtschaft und Partnern	Teilnehmende Lehrgänge, Wirtschaftspartner (Verbände und Unternehmen)	Konzept erstellt; erste Gefässe zu Kooperation und Austausch umgesetzt	Projekt abgeschlossen und operativ	
H	Eduqua-Zertifizierung für den gesamten Weiterbildungsbereich	Weiterbildungsteilnehmende		Eduqua-Zertifizierung erreicht; betreffenden Prozesse operativ; Projektabschluss	

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Grundbildung ohne BMS II	Klassen	61	61	60	Gleich
	Lernende	992	990	980	Gleich
	Standard-Wochen- Lektionen*	42'892	43'800	41'200	Gleich
Grundbildung BMS II	Klassen	4	4	4	Gleich
	Lernende	58	70	68	Steigend
	Standard-Wochen- Lektionen*	3'699	3'800	3'700	Gleich
Weiterbildung: Höhere Fachschule für Wirtschaft HFW	Studierende	105	95	105	Gleich
	Klassen	6	6	6	Gleich
	Standard-Wochen- Lektionen*	2'676	3'700	2'700	Gleich
Weiterbildung: Lehrgänge mit Abschluss ohne HFW	Umsatzvolumen **	Fr. 2,71 Mio.	Fr. 2,56 Mio.	Fr. 2,59 Mio.	Gleich
Weiterbildung: übrige Angebote	Umsatzvolumen **	Fr. 0,23 Mio.	Fr. 0,30 Mio.	Fr. 0,24 Mio.	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

\* Standard-Lektionen: Diese Masszahl ist die wesentliche Planungsgrösse, von der dann wiederum zahlreiche andere kostenrelevante Grössen abhängen. Standard-Einzelaktionen = durchschnittliche Anzahl ordentliche einzelne Lektionen gemäss Lektionentafeln der Lehrgänge.

\*\* Umsatzvolumen: Teilnehmer- und Prüfungsgebühren, inkl. teilnehmerzahl-abhängige Abgeltung von anderen Kantonen. Das Umsatzvolumen ist schwierig zu prognostizieren, weil die Art und Zahl der durchgeführten Lehrgänge und Kurse sich laufend der Nachfrage anpassen. Weil aber grundsätzlich nur kostendeckende Kurse und Lehrgänge durchgeführt werden, entwickeln sich Umsatz und Kosten grossmehrheitlich parallel.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-16'810'590.61	-16'759'537	-16'559'100	200'437	-1,2	-16'299'400	-16'056'600	-16'225'300
Total Ertrag	4'590'464.60	4'311'000	4'294'000	-17'000	-0,4	4'316'500	4'389'000	4'389'000
Saldo	-12'220'126.01	-12'448'537	-12'265'100	183'437	-1,5	-11'982'900	-11'667'600	-11'836'300

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

- 6'900 Franken weniger Personalkosten durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen
- 21'000 Franken weniger Personalkosten durch Reduktion Weiterbildungskosten und Straffung der Lektionentafeln
- 120'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzungen
- 55'000 Franken Mehrertrag durch Erhöhung der Kursgelder

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- 86'000 Franken weniger Beiträge von anderen Kantonen und Konkordaten

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

- Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

##### b) Weitere wesentlichen Abweichungen

- Keine

## 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT2019.0004 Ausbau IT-Mobility Infrastruktur						
Ausgaben	-127'726.50					
Einnahmen						
IT2019.0005 Bring your own Device (BYOD)						
Ausgaben		-120'000				
Einnahmen						
IT2019.0006 Ausbau Festplattenkapazität SAN						
Ausgaben			-79'000			
Einnahmen						
IT2019.0007 Erneuerung PCs im Informatikzimmer						
Ausgaben			-139'000			
Einnahmen						
IT2019.0008 Servererneuerung						
Ausgaben			-59'000			
Einnahmen						
<b>Total Budgetkredite</b>						
<b>Ausgaben</b>	<b>-127'726.50</b>	<b>-120'000</b>	<b>-277'000</b>			
<b>Einnahmen</b>						
<b>Saldo</b>	<b>-127'726.50</b>	<b>-120'000</b>	<b>-277'000</b>			

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

#### Kommentar Budget

IT2019.0006 Ausbau Festplattenkapazität SAN sowie IT2019.008 Servererneuerung: Die Server-Speicherkapazität muss zwingend erweitert werden.  
IT2019.0007 Erneuerung PCs im Informatikzimmer: Die Lebensdauer von Teilen der Hardware-Infrastruktur ist überschritten.

#### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht verschiedene Bundesgesetze im Bereich der Unternehmen und der Arbeitnehmenden. Es betreut die Zuger Unternehmen und begleitet Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten in allen Fragestellungen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Markt- und Arbeitsmarktzugang

- Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU, der Bekämpfung der Schwarzarbeit, des Meldeverfahrens für Erwerbstätige aus der EU
- Erteilen von Ausländerbewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Personen
- Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Verleihagenturen sowie für Handelsreisende und Anbietende von Risikoaktivitäten

##### Leistungsgruppe 2: Arbeitsbedingungen

- Beratung und Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes
- Beratung und Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit (Unfallversicherung Produktesicherheits- und Chemikaliengesetz)

##### Leistungsgruppe 3: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

- Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum RAV), welche an den Verein für Arbeitsmarktmassnahmen VAM ausgelagert ist
- Verfügen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung, der Sanktionen und der Erlassgesuche
- Bereitstellung und Controlling der Arbeitsmarktmassnahmen (Kurse, Beschäftigungsprogramme)
- Rechtsdienst: Abklären und Beraten in juristischen Fragestellungen sowie Bearbeiten von Einsprachen

##### Leistungsgruppe 4: Wirtschaftspflege

- Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen
- Begleitung von ansiedlungsinteressierten Unternehmen und Investorinnen und Investoren
- Durchführen des Marketings für den Wirtschaftsstandort
- Öffentlichkeitsarbeit

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20)
- Bundesgesetz vom 15. Dezember 2000 über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz, ChemG, SR 813.1)
- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, SR 220, Massenentlassungen)
- Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG, SR 822.11)
- Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit, BGSA, SR 822.41)
- Bundesgesetz vom 6. Oktober 1989 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Arbeitsvermittlungsgesetz, AVG, SR 823.11)
- Bundesgesetz vom 8. Oktober 1999 über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, SR 823.20)
- Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG, SR 832.20)
- Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG, SR 837.0)
- Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Produktesicherheit (PrSG, SR 930.11)
- Bundesgesetz vom 23. März 2001 über das Gewerbe der Reisenden (SR 943.1)
- Bundesgesetz vom 17. Dezember 2010 über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (SR 935.91)
- Gesetz über die Wirtschaftspflege im Kanton Zug (Wirtschaftspflegegesetz, BGS 151.1)
- Verordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vom 16. November 1999 (BGS 845.1)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Markt- und Arbeitsmarktzugang</b>					
1	Vollzug der flankierenden Massnahmen (FLAM) zur Personenfreizügigkeit und des BG Schwarzarbeit gemäss Leistungsvereinbarungen mit dem SECO	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Tripartite und Paritätische Kommissionen, SECO	100 Kontrollen FLAM	80 Kontrollen FLAM	Gleich
2	Rechtsgleiche und rechtssichere Erteilung von Bewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Ausländer	Unternehmen, Private, mandatierte Agenturen, Amt für Migration, Bundesamt für Migration (BFM)	100 % der Verfahren mit «Second eye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt; < 5 % Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM	100 % der Verfahren mit «Second eye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt; < 5 % Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM	Gleich
3	Zeitgerechte Bewilligungen zur Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen	Private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen	> 80 % innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier	> 80 % innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Arbeitsbedingungen</b>					
4	Bedarfsgerechte Beratung und rechtssicherer Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Architekturbüros, Planungsbüros, Branchenverbände, Ausbildungsstätten, SECO	System-Audit SECO erfüllen	System-Audit SECO erfüllen	Gleich
5	Bedarfsgerechte Beratung und rechtssicherer Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit, insbesondere Planbegutachtungen (PB), Prüfung korrekter Umsetzung der Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz (ASA)	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Architekturbüros und Fachplanende, Bauherren und Gebäudeeigentümer/innen, SECO, SUVA	Ab Vollständigkeit Dossier > 80 % PB innert 2 Arbeitswochen bearbeitet; 20 ASA-Kontrollen	Ab Vollständigkeit Dossier > 80 % PB innert 2 Arbeitswochen bearbeitet; 40 Kontrollen Arbeitssicherheit	Steigend
<b>Leistungsgruppe 3: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit</b>					
6	Adäquate Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung	VAM, SECO, ALK, stellenlose Personen, Arbeitgebende	Führungskennzahlen des SECO mit VAM analysieren und Massnahmen festlegen	Führungskennzahlen des SECO mit VAM analysieren und Massnahmen festlegen	Gleich
7	Rechtsgleiches und rechtssicheres Verfügen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits- (KAE) und Schlechtwetterentschädigung (SWE), der Sanktionen und der Erlassgesuche	Stellensuchende, Unternehmen, RAV, ALK	100 % der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt; 100 % der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtl. Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)	100 % der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt; 100 % der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtl. Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)	Gleich
8	Bedarfsgerechte Bereitstellung und Controlling der Arbeitsmarkt-Massnahmen	Personalberatende RAV, Kursveranstalter/innen, Dozentinnen und Dozenten, Stellensuchende	Mind. 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs; bei Kursbesuchenden > 80 % positive Rückmeldungen	Mind. 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs; bei Kursbesuchenden > 80 % positive Rückmeldungen	Gleich
9	Rasches und juristisch stichfestes Bearbeiten von Einsprachen im Bereich AVIG	Aktuell oder ehemals Stellensuchende, Betriebe mit Einsprache	Ab Vollständigkeit Dossier > 80 % Einsprachen AVIG in 2 Monaten; < 10 % Einsprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten	Ab Vollständigkeit Dossier > 80 % Einsprachen AVIG in 2 Monaten; < 10 % Einsprachen gutgeheissen, sofern keine neuen Fakten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 4: Wirtschaftspflege</b>					
10	Proaktive Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen (Wirtschaftspflege)	Ansässige Unternehmen, Wirtschaftsverbände, kantonale und gemeindliche Behörden	130 Firmenbesuche im Kanton Zug; 60 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	130 Firmenbesuche im Kanton Zug; 80 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	Gleich
11	Fokussiertes und zeitgerechtes Begleiten von ansiedlungsinteressierten Investoren und Unternehmen	Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten, deren Vertreter/innen, kantonale und nationale Behörden, Greater Zurich Area, Osec	> 90 % Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	> 90 % Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	Gleich
12	Durchführen eines auf das Zielpublikum orientierten Marketings für den Wirtschaftsstandort	Ansässige Unternehmen und deren Vertreter/innen, Wirtschaftsverbände, Multiplikatoren, kantonale und gemeindliche Behörden	3 Newsletter; 1 Neuunternehmer/innen-Apéro	3 Newsletter; 1 Neuunternehmer/innen-Apéro	Gleich
13	Bedarfsgerechte Information der Öffentlichkeit (Referate, Podien, öffentliche Auftritte, Berichte)	Ansässige Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Multiplikatoren, Interessensgruppierungen, kantonale und gemeindliche Behörden, Vereine, Medien	Präsentation «Jeder Zuger ein Botschafter» 2 mal jährlich aktualisiert	Präsentation «Jeder Zuger ein Botschafter» 2 mal jährlich aktualisiert	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

a) Entlastungsprogramm

Keine, da primär Bundesgesetzvollzug

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Zu Leistungsziel 1: In der Leistungsvereinbarung mit dem SECO wurde die Anzahl Kontrollen FLAM auf 80 reduziert, da immer mehr Betriebe einem Gesamtarbeitsvertrag und damit einer Paritätischen Kommission unterstellt sind.

Zu Leistungsziel 5: Seit 2015 regelt die Eidgenössische Kommission für Arbeitssicherheit EKAS die Kontrolltätigkeit im Bereich des Unfallversicherungsgesetzes mittels Leistungsvertrag mit den Kantonen und der SUVA auf einer jährlichen Basis. Darin werden die Anzahl ASA-Kontrollen fixiert und sollen gemäss Planung der EKAS stark gesteigert werden.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Stellensuchende	Personen	2'479	2'300	2'500	Steigend
Ausländerbewilligungen für Drittstaatsangehörige (L- und B-Bewilligungen)	Anzahl	457	600	500	Sinkend
Arbeitszeitbewilligungen	Anzahl	122	150	130	Gleich
Planbegutachtungen	Anzahl	188	150	160	Steigend
Bewilligungen für private Personalvermittlungs- und -verleihagenturen	Anzahl	476	450	500	Steigend
Vernehmlassungen, Stellungnahmen, Mitberichte, parlamentarische Vorstösse	Anzahl		60	60	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Plangrössen sind stark konjunkturabhängig und somit auch von der Positionierung der Schweiz als internationalem Wirtschaftsstandort beeinflusst.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-16'087'765.04	-16'261'052	-16'778'900	-517'848	3,2	-16'816'100	-16'844'700	-16'912'700
Total Ertrag	11'169'175.53	11'120'000	11'560'000	440'000	4,0	11'570'000	11'570'000	11'570'000
Saldo	-4'918'589.51	-5'141'052	-5'218'900	-77'848	1,5	-5'246'100	-5'274'700	-5'342'700

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

15'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

16'500 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzungen

90'000 Franken Kürzungen bei Drittpartnern

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

116'000 Franken Kantonsbeitragserhöhung aufgrund der durch den Bund vorgeschriebenen finanziellen Beteiligung der Kantone (Art. 92 Abs. 7bis AVIG) am Arbeitslosenfonds der Arbeitslosenversicherung des Bundes

Reduktion 0,3 Stelleneinheiten

Aufgrund vermuteter höherer Arbeitslosigkeit steigen Aufwand und Ertrag im gleichen Umfang

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Arbeitslosenkasse ist verantwortlich für die Ausrichtung der Versicherungsleistungen im Rahmen des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIG). Sie richtet die von den Gemeinden finanzierten Leistungen der kantonalen Arbeitslosenhilfe (ALH) aus und gewährt kantonale Mutterschaftsbeiträge. Daneben übernimmt sie verschiedene juristische Dienstleistungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bzw. das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und berät Ratsuchende in Fragen der Arbeitslosenversicherung.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Bundesleistungen nach AVIG

- Entscheid und Ausrichtung der Arbeitslosenentschädigung, Insolvenzenschädigung, Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung
- Beratung Versicherte in AVIG- und weiteren Sozialversicherungsfragen
- Juristische Beratung von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden zum AVIG und Arbeitsrecht
- Führen des Rechnungswesens nach den Richtlinien des SECO

##### Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen

- Entscheid und Ausrichtung von Arbeitslosenhilfe (ALH) und Mutterschaftsbeiträge
- Führen der Finanzbuchhaltung für die Gemeinden

##### Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen für Dritte

- Erarbeitung von Einsprache-Entscheiden und Vernehmlassungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit und das RAV

- Juristische Beratung des RAV

- Referententätigkeit bei Grundinformationskursen im RAV

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG, SR 837.0)
- Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG, SR 830.1)
- Verordnung vom 31. August 1983 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV, SR 837.02)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung vom 29. August 1996 (EG AVIG, BGS 845.5)
- Gesetz über die Ausrichtung kantonaler Mutterschaftsbeiträge vom 1. September 1988 (BGS 826.25)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Bundesleistungen nach AVIG</b>					
1	Beurteilung der Versicherungsansprüche nach den Vorgaben des SECO	Versicherte	90 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	90 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	Gleich
2	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen Entschädigungen	Versicherte, Arbeitgebende, Träger/innen von anderen Sozialversicherungen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	Gleich
3	Fristgerechtes Erstellen der Jahresrechnung und des Budgets	SECO	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	Gleich
4	Sicherstellen der Liquidität	Banken, SECO	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	100 % Vorgaben des SECO eingehalten	Gleich
5	Fristgerechte Ausarbeitung fundierte Einsprache-Entscheide	Antragstellende, Arbeitgebende	Innert 3 Monaten (Durchschnitt) nach Einreichung der Einsprache	Innert 3 Monaten (Durchschnitt) nach Einreichung der Einsprache	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen</b>					
6	Fristgerechte Beurteilung der ALH-Leistungsgesuche	Antragstellende, Gemeinden	95 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	95 % innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	Fällt schrittweise weg wegen Entlastungsprogramm
7	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen ALH-Leistungen	Antragstellende, Sozialdienste der Gemeinden	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	95 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	Fällt schrittweise weg wegen Entlastungsprogramm
8	Fristgerechte Ausarbeitung Entscheide und Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge	Antragstellerinnen	90 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	90 % innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	Fällt schrittweise weg wegen Entlastungsprogramm
<b>Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen für Dritte</b>					
9	Fristgerechte Ausarbeitung Einsprache Entscheide für AWA/RAV	Versicherte, Arbeitgebende, AWA, RAV	80 % innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	80 % innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	Gleich
10	Qualitativ hochstehende juristische Beratung des RAV	RAV	< 5 Revisionsbeanstandungen des SECO	< 5 Revisionsbeanstandungen des SECO	Gleich
11	Praxisgerechte Referententätigkeit bei RAV-Grundinformationskursen	Versicherte, RAV	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG; 90 % positive Rückmeldungen	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG; 90 % positive Rückmeldungen	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

- a) Entlastungsprogramm  
Aufhebung der Zielsetzungen 6, 7 und 8 auf Gesetzesstufe. Voraussichtlich ab Planjahr 2017  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
keine

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Bezüger/innen Arbeitslosenentschädigung (ALE)	Anzahl	3'501	3'700	4'000	Steigend
Bezüger/innen Arbeitslosenhilfe (ALH)	Anzahl	300	300	380	Fällt schrittweise weg wegen Entlastungsprogramm
Abrechnungen Arbeitslosenentschädigungen (ALE)	Anzahl	19'155	22'000	25'000	Steigend
Verfahren Arbeitsrechtliche Forderung AVIG 29	Anzahl	17	40	35	Steigend
Eingang Einsprachen AVIG	Anzahl	299	300	330	Gleich
Mutterschaftsanträge	Anzahl	81	95	100	Fällt schrittweise weg wegen Entlastungsprogramm
Erledigung Einsprachen AVIG	Anzahl	227	280	260	Gleich
Jur. Beratung Sachbearbeitung	Stunden	1'000	1'100	1'000	Gleich
Jur. Beratung Arbeitsrecht	Stunden	700	1'000	700	Gleich



Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Jur. Bearbeitung RAV	Stunden	1'400	1'500	1'500	Gleich
Grundinformationskurse beim RAV	Anzahl	56	55	55	Gleich
Bezüger/innen Insolvenzenschädigung (IE)	Anzahl		80	120	Steigend
Kurzarbeitende (KAE)	Anzahl		600	600	Steigend
Monatsabrechnungen mit Einstelltagen (ALE)	Anzahl		1'900	2'000	Gleich
Monatsabrechnungen mit Einstelltagen (ALH)	Anzahl		30	25	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Mit der Zunahme der Bezügerinnen/Bezüger von Arbeitslosenentschädigung steigt die Anzahl der Abrechnungen.

## 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-6'482'219.41	-6'234'561	-6'419'300	-184'739	3,0	-3'969'900	-3'084'900	-3'114'900
<b>Total Ertrag</b>	5'217'441.41	5'080'000	5'305'000	225'000	4,4	3'840'000	3'395'000	3'395'000
<b>Saldo</b>	-1'264'778.00	-1'154'561	-1'114'300	40'261	-3,5	-129'900	310'100	280'100

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

17'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

50'000 Franken Mehraufwand ist auf eine Zunahme der Gesuche für Mutterschaftsbeiträge zurückzuführen

225'000 Franken Mehrertrag wegen IT-Umstellung

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

1'100'000 Franken Minderaufwand im Planjahr 2017 durch Verzicht auf Ausrichtung von Mutterschaftsbeiträgen

1'600'000 Franken Minderaufwand und gleichzeitig Minderertrag im Planjahr 2017 durch den Verzicht der von den Gemeinden finanzierten Arbeitslosenhilfe

b) Weitere wesentliche Abweichungen

keine

## 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT2031.0001 Integration ALK						
Ausgaben		-100'000				
Einnahmen						
<b>Total Budgetkredite</b>						
Ausgaben		-100'000				
Einnahmen						
<b>Saldo</b>		-100'000				

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

#### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

#### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für öffentlichen Verkehr sorgt nachfrageorientiert für einen attraktiven regionalen öffentlichen Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr und setzt sich für eine attraktive überregionale Anbindung ein.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Nachfrageorientiertes öV-Angebot

- Bestellung der Bus-, Bahn- und Bergbahnleistungen für den öffentlichen Personenverkehr
- Sicherstellung der Interessen des Kantons in regionalen und überregionalen Angebotsplanungen des Bundes, der Kantone, der Transportunternehmen und Tarifverbünde
- Wahrung der Interessen des Kantons nach aussen (Interessengruppen, Kommissionen)
- Erteilung von kantonalen Bewilligungen für regelmässige und gewerbsmässige Personentransporte

##### Leistungsgruppe 2: öV-Verkehrsinfrastruktur

- Planung, Projektierung und Bauaufsicht einer zukunftsfähigen öV-Infrastruktur
- Mitwirkung bei der Schaffung einer öV-tauglichen Strassen- und Bahninfrastruktur
- Kantonale Koordination des eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens
- Koordinationsstelle für öV-Fragen aller Art

##### Leistungsgruppe 3: Öffentliche Schifffahrt

- Bestellung konzessionierter Schifffahrtsleistungen im Kanton

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 21. Juni 2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI tritt per 1.1. 2016 in Kraft)
- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Beseitigung von Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG, SR 151.3)

- Bundesgesetz vom 20. März 2009 über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEBG, SR 742.140.2)
- Gesetz über den öffentlichen Verkehr vom 22. Februar 2007 (GöV, BGS 751.31)
- Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957 (EBG, SR 742.101)
- Bundesgesetz vom 20. März 1998 über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG, SR 742.31)
- Bundesgesetz vom 20. März 2009 über die Personenbeförderung (Personenbeförderungsgesetz, PBG, SR 745.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend den kantonalen Richtplan vom 28. Januar 2004 (BGS 711.3) und nachgeführte Beschlüsse
- Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2004–2014 vom 18. Dezember 2003 (BGS 751.12)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW, BGS 751.14)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Festlegung der Bahnhaltestellen und der Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs vom 30. November 2006 (BGS 751.314)
- Kantonsratsbeschluss betreffend die Vorfinanzierung von Bahnprojekten vom 26. November 2009 (BGS 751.32)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die eidgenössisch konzessionierte Schifffahrt auf den Zuger Seen vom 25. November 2010 (BGS 753.16)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Planungs- und Projektierungskredite leistungsfähiger Feinverteiler im öffentlichen Verkehr vom 18. Dezember 2003
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredite Planung und Projektierung Bahnprojekte und Bahnbau vom 31. März 2011

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Nachfrageorientiertes öV-Angebot</b>					
1	Rechtzeitiger Angebotsprozess	Gemeinden, Transportunternehmen	RRB im August; Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart	Offertvorgaben für Fahrplan bis Dezember an Transportunternehmen versandt	Gleich
2	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss GöV bei Verträgen mit Transportunternehmen einhalten	Kanton, Gemeinden	Kostendeckungsgrad > 40 %	Kostendeckungsgrad > 40 %	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
3	Hohe Zufriedenheit mit dem öV-Angebot	Bevölkerung	Mehr als 90 % der Umfrageteilnehmenden sind zufrieden (Umfrage alle 3 Jahre)	«Fällt weg»	
L6	Stadtbahn Zug im Netznutzungsplan des Bundes sicherstellen	Bahnpassagiere	Vollständiges Stadtbahnangebot in Netzgrafik STEP (Ausbau schritt 2025) enthalten	Vollständiges Stadtbahnangebot in Netzgrafik STEP (Ausbau schritt 2030) enthalten	Projektabschluss 2018
L23	Suche und Zusammenarbeit mit einem grösseren Partner wie SBB oder ZVV beim Aufbau Projekt Testregion öV-Zugangssystem	Fahrgäste, SBB, ZVB	Gemeinsamer Projektauftrag	«Fällt weg» Projekt gestoppt	
<b>Leistungsgruppe 2: öV-Verkehrsinfrastruktur</b>					
4	Kosten- und termingerechte Erstellung von Verkehrsinfrastrukturen (Bustrassen, Busspuren, Bushöfe, Bahn- und Bushaltestellen)	Kanton	Halbjährliches Reporting von SBB und Tiefbauamt	Bei konkreten Projekten halbjährliches Reporting von SBB und Tiefbauamt ohne Kostenüberschreitung	Gleich
5	Effiziente Prozesse bei der Prüfung von Bebauungsplänen (öV-Infrastruktur) und eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren	Gemeinden, BAV	98 % fristgerecht bearbeitet	98 % fristgerecht bearbeitet	Gleich
6	Sicherstellung gute Erschliessung der Wohn- und Arbeitsgebiete	Einwohner/innen, Pendelnde	295 Haltestellen und Bahnhöfe	287 Haltestellen und Bahnhöfe	Gleich
A	Planung, Projektierung und Bauaufsicht von Bahnprojekten	Regierungsrat, Kantonsrat	Objektstudien 3. Gleis Baar–Zug inkl. Bahnhof Baar abgeschlossen; Schlussabrechnung Steinhäusern Rigiblick liegt vor	Objektstudien Bahnhof Baar; Schlussabrechnungen Steinhäusern Rigiblick und Zugfolgezeit Littli-Zug liegen vor; Raumsicherung mit Interessenlinien	Abhängig von SBB-Resultaten
L7	Finanzierung / Vorfinanzierung Projektierung 3. Gleis Baar–Zug regeln		Unterzeichneter Auftrag an SBB zur Erarbeitung eines Vorprojekts des 3. Gleis Baar–Zug inkl. Anpassungen im Bahnhof Baar	3. Gleis Baar–Zug inkl. Anpassungen im Bahnhof Baar in Gesamtkonzept (Entwurf) FABI AS2030 enthalten	Abhängig von Bundesentscheid
<b>Leistungsgruppe 3: Öffentliche Schifffahrt</b>					
7	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss KRB einhalten	Kanton, Gemeinden	Kostendeckungsgrad > 60 %	Kostendeckungsgrad > 60 %	Steigend
8	Angebotsvereinbarung mit SGZ und AeS	Kanton	Vereinbarung bis Dezember abgeschlossen	Vereinbarung bis Dezember abgeschlossen	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**

a) Entlastungsprogramm

Wegen Entlastungsprogramm künftig keine Bevölkerungsbefragung zum öffentlichen Verkehr mehr (Zielsetzung Nr. 3).

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Bahn- und Buslinien	Anzahl Linien	41	39	38	Gleich
Bahn- und Buslinien	Länge in km	249	235	231	Gleich
Bahnhöfe/Haltestellen	Anzahl	315	295	287	Gleich
Kursangebot	Kurskilometer	6,8 Mio.	7,0 Mio.	6,7 Mio.	Gleich
öV-Tarife	Tariferhöhung	0 %	ca. 3 %	0 %	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Tarifmassnahmen werden durch den Tarifverbund Zug festgelegt. Per Fahrplanwechsel 2017 ist mit einer Tariferhöhung durch den Tarifverbund zu rechnen. Weniger Haltestellen wegen Entlastungsprogramm (Einstellungen von Buslinien).

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-38'031'264.41	-37'491'605	-38'055'120	-563'515	1,5	-36'085'020	-35'704'120	-35'627'720
Total Ertrag	7'500'018.00	7'427'800	7'525'000	97'200	1,3	7'121'900	8'817'500	8'798'000
Saldo	-30'531'246.41	-30'063'805	-30'530'120	-466'315	1,6	-28'963'120	-26'886'620	-26'829'720

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

4'500 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

1'400'000 Franken Reduktion des Angebots im öffentlichen Verkehr

b) Weitere wesentliche Abweichungen

660'000 Franken Mehrkosten wegen Totalsperrung der Kantonsstrasse Sihlbrugg – Neuheim

980'000 Franken Mehrkosten für zwei zusätzliche Flirt Fahrzeuge der S1, über Abgeltung finanziert

500'000 Franken Mehrkosten für neue Doppelstockfahrzeuge der S-Bahn Zürich, über Abgeltung finanziert

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

250'000 Franken Minderkosten durch Erhöhung des Kostendeckungsgrads der Schifffahrt auf Zuger Seen im Jahr 2017

300'000 Franken durch Verzicht auf Vergünstigungen für Senioren im Tarifverbund Zug im Jahr 2017

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Die Mehrkosten von 660'000 Franken der Totalsperrung der Kantonsstrasse Sihlbrugg – Neuheim fallen in den Folgejahren weg

50'000 Franken durch Verzicht auf Bevölkerungsbefragung zum öffentlichen Verkehr im Jahr 2017 (Zielsetzung Nr. 3)

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
VD2035.0028 Investitionsbeitrag Bahninfrastruktur- fonds (BIF)						
Ausgaben			-5'548'000	-5'600'000	-5'600'000	-5'600'000
Einnahmen						
Total Budgetkredite						
Ausgaben			-5'548'000	-5'600'000	-5'600'000	-5'600'000
Einnahmen						
Saldo			-5'548'000	-5'600'000	-5'600'000	-5'600'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
VD2035.0001 öV-Feinverteiler Planung						
Ausgaben	-19'270.65	-300'000	-20'000	-20'000	-20'000	-20'000
Einnahmen						
VD2035.0013 Beiträge an Verknüpfungs- punkte						
Ausgaben					-500'000	
Einnahmen						
VD2035.0015 öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe						
Ausgaben		-50'000	-30'000	-30'000	-30'000	-30'000
Einnahmen						
VD2035.0017 Investitionsbeitrag an SGZ						
Ausgaben						
Einnahmen	21'141.75					
VD2035.0020 Bahnprojekte (Planung und Projektierung)						
Ausgaben	-4'784.95	-800'000	-200'000	-900'000	-1'000'000	-300'000
Einnahmen						
VD2035.0022 Bahnprojekte (Bau)						
Ausgaben	-15'207.75	-200'000	-100'000	-200'000	-200'000	-200'000
Einnahmen						
VD2035.0023 Darlehen Vorfinanzierung Durchmesserlinie Zürich						
Ausgaben						
Einnahmen			6'000'000	6'600'000		
VD2035.0025 Zugfolgezeit Littli-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)						
Ausgaben	-504'480.00	-60'000	-3'000			
Einnahmen						
VD2035.0026 S-Bahnhaltestelle Steinhausen Rigiblick						
Ausgaben	-400'000.00	-10'000	-970'000			
Einnahmen	447'800.00	280'000	100'000			
<b>Total Verpflichtungskredite</b>						
Ausgaben	-943'743.35	-1'420'000	-1'323'000	-1'150'000	-1'750'000	-550'000
Einnahmen	468'941.75	280'000	6'100'000	6'600'000		
Saldo	-474'801.60	-1'140'000	4'777'000	5'450'000	-1'750'000	-550'000

**Kommentar Budget**

VD2035.0023 Vorfinanzierung Durchmesserlinie Zürich wird zurückbezahlt.

**Kommentar Finanzplan**

VD2035.0023 Vorfinanzierung Durchmesserlinie Zürich wird zurückbezahlt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
313	Dienstleistungen und Honorare	-1'259'162.35	-1'525'000	-1'500'000	25'000	-1,6	-1'550'000	-1'650'000	-1'700'000
319	Übriger Betriebsaufwand		76'860		-76'860	-100,0			
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-44'728'805.83	-45'335'000	-47'035'000	-1'700'000	3,7	-48'335'000	-45'935'000	-47'835'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-45'987'968.18</b>	<b>-46'783'140</b>	<b>-48'535'000</b>	<b>-1'751'860</b>	<b>3,7</b>	<b>-49'885'000</b>	<b>-47'585'000</b>	<b>-49'535'000</b>
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	11'405'486.00	12'130'000	12'250'000	120'000	1,0	12'560'000	11'970'000	12'480'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>11'405'486.00</b>	<b>12'130'000</b>	<b>12'250'000</b>	<b>120'000</b>	<b>1,0</b>	<b>12'560'000</b>	<b>11'970'000</b>	<b>12'480'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-34'582'482.18</b>	<b>-34'653'140</b>	<b>-36'285'000</b>	<b>-1'631'860</b>	<b>4,7</b>	<b>-37'325'000</b>	<b>-35'615'000</b>	<b>-37'055'000</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

Keine Entlastungen, da Massnahmen erst im Paket 2 vorgesehen sind.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

1'600'000 Franken Mehraufwendungen wegen höheren Fallzahlen bei den Ergänzungsleistungen und Anpassung der Höhe der Ergänzungsleistungen durch den Bund.

**Kommentar Finanzplan**

a) Entlastungsprogramm

Wegfall der Kantonalen a.o. Ergänzungsleistungen wegen Entlastungsprogramm ab 2017.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Tendenz zu Mehrkosten bei den bundesrechtlichen Ergänzungsleistungen hält an.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Landwirtschaftsamt vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Landwirtschaftsgesetze, fördert die Zuger Landwirtschaft und unterstützt deren Interessen, insbesondere im Rahmen der raumwirksamen Tätigkeiten des Kantons. Das Landwirtschaftsamt pflegt ein gutes Einvernehmen mit jenen Ämtern, die ebenfalls von Landwirtschaftsfragen betroffen sind.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### **Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion**

- Vollzug der Beiträge an die landwirtschaftliche Produktion und der Direktzahlungen
- Feststellung der Beitragsberechtigung und der Einhaltung von Bedingungen und Auflagen
- Erfassung und Verwaltung von Daten u.a. zu landwirtschaftlichen Betrieben, Nutzflächen, Kulturen, Nutztieren
- Berechnung und Auszahlung sowie Rechenschaftsablegung gegenüber Bund
- Mit dem Amt für Verbraucherschutz koordinierte Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben in Zusammenarbeit mit dem Kontrolldienst Schwyz Nidwalden Zug (KDSNZ)

##### **Leistungsgruppe 2: Landwirtschaftliche Strukturverbesserung**

- Beratung von Gesuchstellenden und Geldgebenden in Finanzierungsfragen insbesondere von Bauprojekten
- Prüfung und Entscheid über Finanzierungsgesuche
- Kreditverwaltung
- Rechnungslegung gegenüber Bund

##### **Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht**

- Prüfung und Entscheid über Gesuche zu Grundstückaufteilungen, Eigentumsübertragungen, Belehnung, Anwendbarkeit des BGBB
- Kontrolle von Pachtzinsen und Genehmigung von Pachtverträgen

##### **Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft**

- Unterstützung und Initiierung von Projekten zur Förderung der Landwirtschaft
- Beratung, Information und Kommunikation gegenüber Landwirtinnen / Landwirten
- Dienstleistungen (Unterlagen, Software, Datenhaltung für andere Ämter)

##### **Leistungsgruppe 5: Interkantonale Vernetzung**

- Interkantonale Zusammenarbeit und Vertretung in Arbeitsgruppen und Konferenzen
- Kontaktpflege zu kantonalen Branchenorganisationen, Mitwirkung bei Planungsverfahren

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 4. Oktober 1985 über die landwirtschaftliche Pacht (LPG, SR 221.213.2)
- Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB, SR 211.412.11)
- Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LWG, SR 910.1)
- Verordnung über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft vom 23. Oktober 2013 (Direktzahlungsverordnung, DZV, SR 910.13)
- Verordnung über die Koordination der Inspektionen auf Landwirtschaftsbetrieben vom 23. Oktober 2013 (VKKL, SR 910.15)
- Verordnung über landwirtschaftliche Begriffe und die Anerkennung von Betriebsformen vom 23. Oktober 2013 (Landwirtschaftliche Begriffsverordnung, LBV, SR 910.91)
- Verordnung über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft vom 7. Dezember 1998 (Strukturverbesserungsverordnung, SVV, SR 913.1)
- Verordnung über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft vom 26. November 2003 (SBMV, SR 914.11)
- Verordnung über den Rebbau und die Einfuhr von Wein vom 14. November 2007 (Weinverordnung, SR 916.140)
- Verordnung über Informationssysteme im Bereich der Landwirtschaft vom 23. Oktober 2013 (ISLV, SR 919.117.71)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Pacht und das bäuerliche Bodenrecht vom 29. Juni 2000 (EG Landwirtschaft, BGS 921.1)
- Reglement zum Ressourcenprojekt Ammoniak der Zentralschweizer Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug vom 5. Februar 2010 (BGS 922.31)
- Verwaltungsvereinbarung der Kantone Schwyz, Nidwalden und Zug über die Organisation und die Zusammenarbeit im Rahmen des Kontrolldienstes im Bereich des ökologischen Leistungsnachweises und der Label vom 3. Juli 2006 (BGS 924.21)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion</b>					
1	Direktzahlungen termingerecht abwickeln	Landwirtinnen und Landwirte	100 % Akontozahlungen bis 10. Juli; 100 % Hauptzahlungen bis 10. November; Schlusszahlung bis 20. Dezember	100 % Akontozahlungen bis 10. Juli; 100 % Hauptzahlungen bis 10. November; Schlusszahlung bis 20. Dezember	Gleich
2	Effiziente und koordinierte Grundkontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben in den landwirtschaftsrelevanten Bereichen nach Art. 1 VKKL	Landwirtschaftsbetriebe, Kontrollorgane, Kantons-tierarzt, Kantonschemiker	Auf 125 Landwirtschaftsbetrieben in der Regel 1 Grundkontrolle pro Betrieb und Jahr, sofern keine Beanstandungen oder Verdachtsmomente	Auf 125 Landwirtschaftsbetrieben in der Regel 1 Grundkontrolle pro Betrieb und Jahr, sofern keine Beanstandungen oder Verdachtsmomente	Gleich
A	Effiziente Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben; ausschliesslich elektronische Erfassung, Bearbeitung und Übermittlung von Kontrollergebnissen	Landwirtschaftsbetriebe, KDSNZ	Kontrolleure des KDSNZ sind mit Tablets ausgerüstet; die standardisierten Kontrollpunkte sind implementiert	«Fällt weg»	
B	Rationalisierung Administration von Flächen und Kulturen als Ausgangsdaten für die Beitragsberechnung	LwA	GIS-Tool Agrarportal als Erweiterung des Lawis funktioniert; manueller Datenabgleich zwischen landw. Datenverwaltung und Datenhaltung im GIS entfällt bzw. ist automatisiert	GIS-Tool Agrarportal als Erweiterung Lawis funktioniert; manueller Datenabgleich zwischen landw. Datenverwaltung und Datenhaltung im GIS entfällt bzw. ist automatisiert	Projektabschluss 2017
C	Periodische Kontrolle von Flächen und Elementen der Biodiversitätsförderung	Landwirtinnen und Landwirte	Einhaltung Bewirtschaftungsauflagen bei 50 % der ca. 9'000 angemeldeten Hecken kontrolliert	«Fällt weg»	
D	Sömmerungskontrolle	Sömmerungsbetriebe (Alpen)		Alle 6 Zuger Sömmerungsbetriebe / Alpen sind kontrolliert	
<b>Leistungsgruppe 2: Landwirtschaftliche Strukturverbesserung</b>					
3	Fristgerechter Jahresabschluss Investitionskredite (IK) und Betriebshilfe (BH)	Bundesamt für Landwirtschaft	Abschluss liegt bis 15. Januar vor	Abschluss liegt bis 15. Januar vor	Gleich
4	Stand Betriebskapital und zugesicherte aber noch nicht ausbezahlte (Investitionskredite, Betriebshilfe) fristgerecht melden	Bundesamt für Landwirtschaft	Meldung bis 15. Juli	Meldung bis 15. Juli	Gleich
5	Kreditrisiken tief halten	Kanton	100 % Rückzahlungsquote	100 % Rückzahlungsquote	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht</b>					
6	Gesuche zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) speditiv und rechtsgleich behandeln	Gesuchstellende	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen; keine gutgeheissenen Beschwerden	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen; keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
E	Umsetzung der Agrarpolitik 2014–17: Vorbereitung Einführung Beiträge Qualitätsstufe 3 ab 2016 und Abstimmung mit Programmvereinbarung Natur & Landschaft zwischen ARP und BAFU	Landwirtschaftsamt, weitere Ämter	Programmvereinbarung und Umsetzung Q3 sind rechtlich, finanziell und organisatorisch abgestimmt	«Fällt weg»	
F	Umsetzung der Agrarpolitik 2014–17: Vorbereitung Einführung der 3. Hangstufe	Landwirte und Landwirtinnen		3. Hangstufe ist für alle Bewirtschaftungseinheiten gerechnet	
<b>Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft</b>					
7	Informationsfluss für allgemeine Neuerungen sicherstellen	Landwirtinnen und Landwirte	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr; mind. 1 aktuelle Informationsbroschüre und Internetauftritt aktualisiert	3 Informationsveranstaltungen im Frühjahr; 2 Newsletters und Internetauftritt aktualisiert	Gleich
8	Führen des Back-Office für die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK) und die Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz (Kolas) effizient und initiativ	LDK, Kolas	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen; Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen; Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	Gleich
9	Massnahmenplan Ammoniakreduktion 2016–2030 Kanton Zug	Landwirte, Landwirtinnen, Ämter		Landwirte können sich ab Strukturdatenerhebung im Januar für Massnahmen anmelden	Gleich
G	Regionalentwicklungsprojekt «Zuger & Rigi Chriesi»: Die Steuerungsgruppe begleitet die Umsetzung und leitet die Schlussphase ein	Trägerverein, Kantone ZG/SZ/LU, Landwirtinnen und Landwirte, Dritte	Umsetzung / Beendigung Teilprojekte 1, 5, 6, 8, 9, 10; Schlussabrechnung oder Bewilligung des Bundes zur Projektverlängerung liegt vor	Begleitung der Implementierung des revidierten Businessplans	Projektabschluss 2017
<b>Leistungsgruppe 5: Interkantonale Vernetzung</b>					
10	Aktive Vernetzung auf nationalen, regionalen und kantonalen Fachtagungen sowie auf kantonalen Generalversammlungen	Kolas, Kolas-Z, Sachbearbeiter Tagungen DZ & BGBB; Suissemelio, ZBV, Zuger Bäuerinnen, Zuger Tierzuchtverband	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	Gleich
11	Aktive Beteiligung an den Arbeitsgruppen des Bundes zu Vollzugsfragen der AP 2014–2017	Bund, Dritte	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	Teilnahmequote an Sitzungen: 80 %	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**

Der Massnahmenplan Ammoniakreduktion 2016–2030 Kanton Zug muss vom Kantonsrat im 2. Semester 2015 erst noch beschlossen werden (Ziel 9).

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Verfügungen Direktzahlungen	Anzahl	494	500	500	Gleich
Verfügungen Strukturverbesserung	Anzahl	18	20	20	Gleich
Verfügungen bäuerliches Bodenrecht	Anzahl	59	110	100	Gleich
Verfügungen landwirtschaftliches Pachtgesetz	Anzahl	47	50	50	Gleich
Verfügungen Landwirtschaftsgesetz	Anzahl	15	15	15	Gleich
Durchlaufende Bundesbeiträge	Mio. Franken	30,59	34	30,6	Gleich
Total 1'500 Betriebe davon mit Anpassungen	Anzahl		200	200	Gleich
Total 7'500 Bewirtschaftungseinheiten davon mit Anpassungen	Anzahl		1'500	1'500	Gleich
Total 17'000 Kulturen davon mit Anpassungen	Anzahl		2'500	2'500	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Plangrösse durchlaufende Bundesbeiträge: 2014 ist das erste Jahr mit den neuen Beiträgen gemäss Agrarpolitik 2014–2017. Entgegen den Prognosen des Bundesamtes fallen die Beiträge für den Kanton Zug tiefer aus.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-33'242'735.74	-36'882'637	-33'210'750	3'671'887	-10,0	-33'276'050	-33'618'450	-33'654'700
Total Ertrag	30'704'426.85	34'143'500	30'636'000	-3'507'500	-10,3	30'886'000	31'136'000	31'136'000
Saldo	-2'538'308.89	-2'739'137	-2'574'750	164'387	-6,0	-2'390'050	-2'482'450	-2'518'700

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

- 9'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzungen
- 5'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen
- 70'000 Franken Kürzung kantonale Hangbeiträge
- 225'000 Franken Reduktion Massnahmenplan Ammoniak

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Aufwand und Ertrag für die Beiträge gemäss Agrarpolitik 2014–2017 fallen um Franken 3,5 Millionen tiefer aus

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

- 130'000 Franken Reduktion Beiträge an Hang- und Steillagen im Jahr 2017
- 100'000 Franken Streichung Kostenbeteiligung Kanton an der Hagelversicherung 2017

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT2050.0001 Agrarportal + Kontrolldaten						
Ausgaben		-80'000	-80'000	-30'000		
Einnahmen						

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
VD2050.0007 Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen								
Ausgaben	-1'059'469.00	-1'095'300	-780'000			-780'000	-780'000	-780'000
Einnahmen	578'354.00	550'000	400'000			400'000	400'000	400'000
VD2050.0008 Investitionskredite LwG; Aus- und Rückzahlungen								
Ausgaben	-2'321'500.00	-2'200'000	-2'400'000			-2'400'000	-2'400'000	-2'400'000
Einnahmen	2'535'150.50	2'600'000	2'600'000			2'600'000	2'600'000	2'600'000
VD2050.0009 Betriebshilfedarlehen LwG; Aus- und Rückzahlungen								
Ausgaben								
Einnahmen	299'375.00	18'000	18'000			18'000	18'000	18'000
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben	-3'380'969.00	-3'375'300	-3'260'000			-3'210'000	-3'180'000	-3'180'000
Einnahmen	3'412'879.50	3'168'000	3'018'000			3'018'000	3'018'000	3'018'000
Saldo	31'910.50	-207'300	-242'000			-192'000	-162'000	-162'000

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

VD 2050.0007: 120'000 Franken Entlastung aufgrund der Plafonierung der Beiträge im Rahmen der landwirtschaftlichen Strukturverbesserung (eine Verbundaufgabe Bund – Kanton) auf das Mittel der letzten 15 Jahre.

b) Weitere wesentliche Abweichung

Keine

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wohnungswesen (AWW) fördert in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den preisgünstigen Wohnraum und den Erwerb von Wohneigentum im Rahmen der kantonalen und bundesrechtlichen Wohnraumförderungsgesetzgebungen (WFG). Das AWW führt das juristische Sekretariat der Schlichtungsbehörde in Mietsachen und die Beratungsstelle für Mietfragen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung

- Beratung der Bauherrschaften und Gemeinden bei der Realisierung von Projekten
- Prüfung und Entscheid von Gesuchen um WFG-Förderungsbeiträge; bautechnische Begutachtungen
- Regelmässige Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen für WFG-Förderungsbeiträge
- Förderung von alternativen Wohnformen im Alter
- Erhebung der Leerwohnungsbestände und der Baustatistik im Auftrag des Bundesamtes für Statistik

##### Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung

- Zinslastbeiträge bei Erwerb von Wohneigentum
- Bausparbeiträge

##### Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde

- Sekretariat Schlichtungsbehörde in Mietsachen
- Durchführung der Schlichtungsverfahren
- Koordination der Verfahren mit Parteien und Gerichten
- Formulargenehmigungen für Mietzinsänderungen und Kündigungen
- Führen der Beratungsstelle in Mietsachen
- Erhebung der Statistik über die Schlichtungsverfahren

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220, Art. 253 ff.)
- Bundesgesetz vom 21. März 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG, SR 842)
- Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4. Oktober 1974 (WEG, SR 843)

- Verordnung vom 9. Mai 1990 über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG, SR 221.213.11)
- Verordnung vom 26. November 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsverordnung, WFG, SR 842.1)
- Verordnung des EVD vom 27. Januar 2004 über den Mindestumfang an Investitionen und anrechenbare Liegenschaftskosten (SR 842.11)
- Verordnung des BWO vom 27. Januar 2004 über die Kostenlimiten und Darlehensbeträge für Miet- und Eigentumsobjekte (SR 842.4)
- Verordnung vom 30. November 1987 zum Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (VWEG, SR 843.1)
- Gesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum vom 30. Januar 2003 (Wohnraumförderungsgesetz, WFG, BGS 851.211)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum vom 6. Mai 2010 (BGS 851.213)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Wohnbauförderung vom 26. März 1992 (BGS 851.211)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Wohneigentumsförderung vom 27. August 1992 (BGS 851.212)
- Verordnung über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum 25. März 2003 (Wohnraumförderungsverordnung, WFG, BGS 851.212)
- Verordnung über die Schlichtungsbehörden vom 18. Januar 2011 (BGS 161.4)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung</b>					
1	Fristgerechtes Ausarbeiten von Finanzierungs- und Zinslastplänen	Vermietende	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	Gleich
2	Vollständige technische Beurteilung der Gesuche	Vermietende, Architektinnen und Architekten	100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG	100 % Einhaltung der Vorgaben des WFG	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
3	Fristgerechtes Erarbeiten der Semesterzahllisten	Vermietende	Innert 30 Tagen nach Semesterende	Innert 30 Tagen nach Semesterende	Gleich
4	Fristgerechtes Abklären der Ansprüche auf Beiträge	Vermietende, Mietende	Innert 14 Tagen nach Vorliegen der Steuerveranlagung	Innert 14 Tagen nach Vorliegen der Steuerveranlagung	Steigend
5	Fristgerechtes Erarbeiten der Leistungsverfügungen für geförderte Wohnungen	Vermietende	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Steigend
L25	Schaffung altersgerechter Wohnungen bei der Förderung von preisgünstigen Wohnraumprojekten	Rentner/innen, Gemeinden, gemeinnützige Bauträger	Mindestanteil von 60 % altersgerechter Wohnungen bei der Hälfte der geförderten Projekten	Mindestanteil von 60 % altersgerechter Wohnungen bei der Hälfte der geförderten Projekten	Gleich

#### Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung

6	Fristgerechte Entscheide der Gesuche um Bausparbeiträge	Wohneigentümer/innen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
7	Zeitgerechte technische Begutachtung und Entscheid über Zinslastbeiträge	Vermietende, Architektinnen und Architekten	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Innert 30 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
8	Jährliche Kontrolle der Anspruchsberechtigungen auf Zinslastbeiträge	Wohneigentümer/innen	100 % geprüft	100 % geprüft	Gleich

#### Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde

9	Fristgerechtes Planen/Durchführen der Verhandlungen	Schlichtungsbehörde	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn	Gleich
10	Fristgerechte Ausarbeitung Schlichtungsentscheide	Schlichtungsbehörde, Parteien	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung	Gleich
11	Sicherstellen inhaltlich korrekter Formulare für Kündigung und Mietzinsanpassung	Vermietende, Mietende	Genehmigung innert 2 Wochen	Genehmigung innert 2 Wochen	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Zu Beratende in Mietfragen	Anzahl	402	400	400	Gleich
Wohnbauprojekte	Anzahl	11	9	15	Steigend
Mutationen Zusatzverbilligungen	Anzahl	98	200	110	Steigend
Anspruchsberechtigte auf Verbilligungsleistungen	Anzahl	706	700	750	Steigend
Schlichtungsverfahren	Anzahl	297	250	300	Gleich
Beitragsgeförderte Wohnungen	Anzahl		1'730	1'800	Steigend

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**  
Mehr Interesse von Gemeinden an preisgünstigen Wohnraumprojekten. In Kontrolljahren (alle zwei Jahre) mehr Mutationen.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-2'624'076.35	-2'915'592	-3'038'800	-123'208	4,2	-3'249'900	-3'253'600	-3'261'600
Total Ertrag	28'609.70	13'500	13'500	0	0,0	13'500	13'500	13'500
Saldo	-2'595'466.65	-2'902'092	-3'025'300	-123'208	4,2	-3'236'400	-3'240'100	-3'248'100

##### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
2'700 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
100'000 Franken Mehraufwand bei der Wohnraumförderung wegen neuen Projekten (Zunahme der Anspruchsberechtigten bei den Mietzinsbeiträgen)

##### Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
200'000 Franken Mehraufwand bei der Wohnraumförderung durch Förderung von neuen Projekten

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
VD2065.0001 Darlehen für Wohn- raumförderung WFG 03/10 (VD0002R)								
Ausgaben		-100'000	-100'000			-100'000	-100'000	-100'000
Einnahmen								
VD2065.0002 Darlehen für Wohn- raumförderung WFG 10 (VD0003R)								
Ausgaben		-1'000'000	-1'000'000			-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
Einnahmen								
Total Verpflichtungskredite								
Ausgaben		-1'100'000	-1'100'000			-1'100'000	-1'100'000	-1'100'000
Einnahmen								
Saldo		-1'100'000	-1'100'000			-1'100'000	-1'100'000	-1'100'000

##### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

##### Kommentar Finanzplan

keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

**1      Laufende Rechnung**

Keine

**Kommentar Budget**

Das Amt ist derzeit inaktiv – in sogenannter ständiger Bereitschaft.

**Kommentar Finanzplan**

In den nächsten Jahren ist – vorbehältlich der Sicherheitslage – mit keinen Kosten zu rechnen.

**2      Investitionsrechnung**

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Handelsregisteramt prüft und erfasst einzutragende Tatsachen im Zusammenhang mit den im Geschäftsverkehr auftretenden Firmen, macht diese bekannt und erbringt damit verbundene Dienstleistungen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Registerführung

- Vornahme von Eintragungen nach Prüfung der erforderlichen Belege
- Aufforderungen bei fehlenden, falschen und mangelhaften Eintragungen (v. a. bei Organisationsmängeln und fehlender Adresse)
- Anträge an das Kantonsgericht bzw. Erlass von Verfügungen, sofern Mängel nicht behoben werden
- Rücksendung von Pendenzen nach Mahnung und unbeachtetem Fristablauf

##### Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen

- Erstellung und Versand von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien
- Auskunftserteilung
- Vorprüfungen von Registerbelegen und rechtliche Abklärungen

- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)
- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz, KAG, SR 951.31)
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210)
- Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung (mit Anlage und Verzeichnissen, SR 0.172.030.4)
- Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (HRegV, SR 221.411)
- Verordnung vom 3. Dezember 1954 über die Gebühren für das Handelsregister (SR 221.411.1.)
- Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften (VegüV, SR 221.331)
- EG zum Schweizerischen Obligationenrecht vom 28. August 2009 (EG OR, BGS 216.1)

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220)
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003 über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG, SR 221.301)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Registerführung</b>					
1	Erbringung von qualitativ hochstehenden Dienstleistungen	Private, Unternehmen, Amtsstellen, Gerichte	Max. 1 Gutheissung pro 5 Beschwerden; < 1 % Rückweisungen durch das Eidg. Amt für das Handelsregister; < 180 Berichtigungen	Max. 1 Gutheissung pro 5 Beschwerden; < 1 % Rückweisungen durch das Eidg. Amt für das Handelsregister; < 180 Berichtigungen	Gleich
2	Effiziente Erfassung der Daten und Prüfung der eingereichten Belege	Unternehmen, Anmeldende	80 % innert 5 Arbeitstagen	80 % innert 5 Arbeitstagen	Gleich
3	Effiziente Aufforderungen an mangelhafte oder fälschlicherweise nicht eingetragene Unternehmen	Unternehmen	80 % innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt	80 % innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt	Gleich



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
4	Fristgerechter Erlass von Amtsverfügungen/Anträgen an das Kantonsgericht betreffend Auflösung oder Eintragungspflicht von Unternehmen	Unternehmen, Kantonsgericht	60 % innert 1 Monat nach Fristablauf versandt	60 % innert 1 Monat nach Fristablauf versandt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen</b>					
5	Zeitnahe Erstellung von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien	Private, Ämter, Gerichte	95 % innert 2 Arbeitstagen	95 % innert 2 Arbeitstagen	Gleich
6	Rasche Auskunftserteilung	Private, Ämter, Gerichte	95 % innert 1 Arbeitstag	95 % innert 1 Arbeitstag	Gleich
7	Schnelle Erledigung von Vorprüfungen und rechtlichen Abklärungen	Anwältinnen und Anwälte, Treuhänder/innen, Unternehmen, Private	90 % Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen	90 % Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

Die vor einem Jahr vollständig überarbeiteten Zielsetzungen bleiben unverändert.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Eintragungen im Handelsregister Zug	Anzahl	17'202	17'200	17'000	Sinkend
Eingetragene Firmen	Anzahl	30'745	30'500	30'900	Gleich
Ausgestellte Registerauszüge, Bestätigungen und Belegkopien	Anzahl	16'100	16'000	16'000	Gleich
Juristische Vorprüfungen	Anzahl	634	800	600	Sinkend
Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften und Belegen	Anzahl	900	950	950	Gleich
Aufforderungen zur Herstellung des gesetzmässigen Zustands	Anzahl	1'166	1'300	1'150	Gleich
Anträge an das Kantonsgericht	Anzahl	272	330	300	Gleich
Auflösungsverfügungen wegen fehlendem Domizil	Anzahl	153	160	150	Gleich
Telefonische Auskünfte	Anzahl	22'000	21'000	21'500	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Aufgrund der etwas unsicheren Konjunkturlage gehen wir davon aus, dass die Zahl der Eintragungen leicht sinken wird.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-2'591'929.17	-2'555'457	-2'598'200	-42'743	1,7	-2'605'900	-2'622'600	-2'648'800
Total Ertrag	5'087'404.86	5'118'100	5'168'100	50'000	1,0	5'168'100	5'168'100	5'168'100
Saldo	2'495'475.69	2'562'643	2'569'900	7'257	0,3	2'562'200	2'545'500	2'519'300

#### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
10'000 Franken Anhebung der Gebühren
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

#### Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT2070.0099	Ablösung HR-Net								
	Ausgaben		-300'000	-100'000			-480'000		
	Einnahmen								
IT2070.0100	Ablösung Comarch								
	Ausgaben			-50'000					
	Einnahmen								
Total Budgetkredite									
	Ausgaben		-300'000	-150'000			-480'000		
	Einnahmen								
	Saldo		-300'000	-150'000			-480'000		

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Die im Budget 2015 enthaltenen Kosten fallen erst ein Jahr später an. Die Ablösung der Fachanwendung HRNet erfolgt voraussichtlich im Jahr 2016, spätestens aber im Jahr 2017.

### Kommentar Finanzplan

Nach der Ablösung der Fachapplikation sind keine Investitionskosten mehr zu erwarten.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Konkursamt führt Konkursverfahren über juristische und natürliche Personen und Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften durch. Es leistet Rechtshilfe in interkantonalen und internationalen Konkursverfahren.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

**Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren**

- Durchführung von Konkursverfahren gemäss SchKG (ordentlich, summarisch, eingestellt)
- Durchführung von Konkursverfahren aufgrund von Organisationsmängeln (Art. 731b OR)
- Liquidationen von ausgeschlagenen und überschuldeten Erbschaften (Art. 566 ZGB und Art. 597 ZGB)
- Durchführung von Konkursverfahren von im Ausland eröffneten Konkursen (Art. 166 ff. IPRG)
- Spezialliquidationen bei eingestellten Verfahren gemäss Art. 230a SchKG
- Nachträgliche Wiedereröffnung und Durchführung von Konkursverfahren, welche früher mangels Aktiven eingestellt wurden

**Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen**

- Rechtshilfe zu Gunsten anderer Konkursämter
- Amtliche (Negativ-)Bestätigungen
- Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220)
- Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz, VVG, SR 221.229.1)
- Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1)
- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210)
- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB, SR 311.0)
- Verordnung vom 5. Juni 1996 über die im Betreibungs- und Konkursverfahren zu verwendenden Formulare und Register sowie die Rechnungsführung (VFRR, SR 281.31)
- Verordnung des Bundesgerichts 13. Juli 1911 über die Geschäftsführung der Konkursämter vom (KOV, SR 281.32)
- Verordnung vom 5. Juni 1996 über die Aufbewahrung der Betreibungs- und Konkursakten (VABK, SR 281.33)
- Gebührenverordnung vom 23. September 1996 zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GebV SchKG, SR 281.35)
- Verordnung des Bundesgerichts vom 17. Januar 1923 über die Pfändung und Verwertung von Anteilen an Gemeinschaftsvermögen (VVAG, SR 281.41)
- Verordnung des Bundesgerichts vom 23. April 1920 über die Zwangsverwertung von Grundstücken vom (VZG, SR 281.42)
- Verordnung vom 10. Mai 1910 betreffend die Pfändung, Arrestierung und Verwertung von Versicherungsansprüchen nach dem Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (VPAV, SR 281.51)
- Verordnung des Bundesgerichts vom 20. Dezember 1937 über den Genossenschaftskonkurs (VGeK, SR 281.52)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 30. Januar 1997 (EG SchKG, BGS 231.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren</b>					
1	Beförderliche Erledigung der Konkursverfahren und Spezialliquidationen	Gläubiger/innen, Schuldner/innen, Dritte, Ämter, Gerichte	Mind. 80 % der Verfahren sind innert < 12 Monaten erledigt; von den verbleibenden 20 % der Verfahren sind 90 % innert 3 Jahren erledigt	Mind. 80 % der Verfahren sind innert < 12 Monaten erledigt; von den verbleibenden 20 % der Verfahren sind 90 % innert 3 Jahren erledigt	Gleich
2	Erfolgreiche Erledigung der Klage- und Beschwerdeverfahren	Gläubiger/innen, Schuldner/innen	Max. 1 Gutheissung pro 5 Verfahren	Max. 1 Gutheissung pro 5 Verfahren	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 2: Allgemeine Dienstleistungen</b>					
3	Zeitgerechte Abwicklung der Rechtshilfeverfahren	Andere Konkursämter	100 % innert 1 Jahr	100 % innert 1 Jahr	Gleich
4	Zeitgerechte Erteilung von Bestätigungen und Auskünften	Gläubiger/innen, Dritte	100 % innert vereinbarter Frist	100 % innert vereinbarter Frist	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

Die vor einem Jahr vollständig überarbeiteten Zielsetzungen bleiben unverändert.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Konkurse nach Art. 159 ff/177 ff/190 ff SchKG	Anzahl	205	225	250	Steigend
Konkurse nach Art. 731b/941 OR (Organisationsmangel)	Anzahl	197	225	200	Gleich
Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften nach Art. 566 ZGB	Anzahl	38	30	30	Gleich
Konkurse nach Art. 166 ff IPRG (im Ausland eröffnete Konkurse)	Anzahl	1	2	2	Gleich
Rechtshilfe an andere Konkursämter nach Art. 4 SchKG	Anzahl	2	7	5	Gleich
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Private (NAP) für Einbürgerungen usw.	Anzahl	400	550	420	Gleich
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Firmen (JUP) für Submissionen usw.	Anzahl	30	60	40	Gleich
Telefonische Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8a SchKG	Anzahl	14'000	14'000	14'000	Gleich
Spezialliquidationen	Anzahl	1	3	3	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Aufgrund der etwas unsicheren Konjunkturlage könnte die Zahl der nach einer Betreibung oder Bilanzdeponierung eröffneten Konkursverfahren leicht ansteigen.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-1'959'169.33	-2'188'008	-2'082'300	105'708	-4,8	-2'082'300	-2'091'100	-2'108'700
<b>Total Ertrag</b>	945'190.09	1'301'000	1'300'500	-500	0,0	1'300'500	1'300'500	1'300'500
<b>Saldo</b>	-1'013'979.24	-887'008	-781'800	105'208	-11,9	-781'800	-790'600	-808'200

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

10'000 Franken weniger Debitorverluste wegen vorgängiger Ahndung von Organisationsmängeln gemäss OR Art. 731 b  
15'000 Franken Vorbereitung für die Ablösung der Fachanwendung WinKOAM läuft neu über Investitionsrechnung

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### Kommentar Finanzplan

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT2071.0002 Ablösung WinKOAM								
Ausgaben			-15'000			-30'000	-18'000	-18'000
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben			-15'000			-30'000	-18'000	-18'000
Einnahmen								
Saldo			-15'000			-30'000	-18'000	-18'000

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

### Kommentar Finanzplan

Im Jahr 2017 ist die Ablösung der heutigen Fachapplikation WinKOAM geplant. Voraussichtliche Kosten 55'000 Franken.



Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
3000	Direktionssekretariat	-2'349'824.70	-2'423'353	-2'635'200	-211'847	8,7	-2'661'600	-2'672'700	-2'695'400
3020	Tiefbauamt	-3'424'326.54	-16'916'948	-15'170'800	1'746'148	-10,3	-15'169'200	-15'079'600	-15'132'900
3023	Strassenunterhalt	-12'892'695.01							
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3050	Amt für Umweltschutz	-3'922'998.49	-3'865'708	-5'124'100	-1'258'392	32,6	-3'849'600	-3'830'500	-3'887'500
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	0.00	0	0	0		0	0	0
3060	Hochbauamt	-24'533'161.13	-26'271'124	-24'015'185	2'255'939	-8,6	-24'104'385	-24'150'285	-24'242'085
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	0.00	42'286	0	-42'286	-100,0	0	0	0
3080	Amt für Raumplanung	-5'420'676.65	-5'528'158	-5'266'800	261'358	-4,7	-5'288'400	-5'012'200	-5'044'900
30	<b>Baudirektion</b>	<b>-52'543'682.52</b>	<b>-54'963'005</b>	<b>-52'212'085</b>	<b>2'750'920</b>	<b>-5,0</b>	<b>-51'073'185</b>	<b>-50'745'285</b>	<b>-51'002'785</b>

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
3000	Direktionssekretariat	-239'358.50	-1'100'000	-1'000'000	100'000	-9,1	0	0	0
3020	Tiefbauamt	-27'591'770.73	-29'512'665	-35'561'000	-6'048'335	20,5	-28'889'500	-48'521'000	-54'143'000
3023	Strassenunterhalt	-348'129.10							
3032	Nationalstrassen	0.00							
3050	Amt für Umweltschutz	1'531'524.82	-450'000	-650'000	-200'000	44,4	-400'000	-50'000	-25'000
3060	Hochbauamt	-46'140'561.84	-37'695'000	-57'511'000	-19'816'000	52,6	-58'811'000	-44'184'000	-9'770'000
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-1'212.36	-600'000		600'000	-100,0			
3080	Amt für Raumplanung	-28'681.35	-593'200	-467'000	126'200	-21,3	-367'000	-267'000	-217'000
30	<b>Baudirektion</b>	<b>-72'818'189.06</b>	<b>-69'950'865</b>	<b>-95'189'000</b>	<b>-25'238'135</b>	<b>36,1</b>	<b>-88'467'500</b>	<b>-93'022'000</b>	<b>-64'155'000</b>

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Als erstes fällt auf, dass das Budget des Hochbauamts um rund 2 Millionen Franken niedriger als im Vorjahr ausfällt. Diese Entwicklung hängt im Wesentlichen mit der Verschiebung der Telekommunikation zum Amt für Informatik und Organisation (rund 1,5 Millionen Franken) sowie der Fachstelle Sicherheit zum Direktionssekretariat (rund 0,25 Millionen Franken) zusammen. Auf der Aufwandseite schlägt vor allem beim Amt für Umweltschutz eine gesetzlich vorgeschriebene Restwassersanierung im Umfang von 1,265 Millionen Franken zu Buch.

Grössere Bauprojekte führen zu einem Anstieg der Ausgaben in der Investitionsrechnung. Dazu gehört insbesondere der Bau der Kantonsschule Menzingen. Ins Gewicht fallen weiter auch die Schulbauten an der Kantonsschule Zug und am Gewerblich-industriellen Bildungszentrum Zug GIBZ, die Bauausführung beim Amt für Verbraucherschutz in Steinhausen (AVS), die Sanierung der Kantonsstrasse P (Sihlbrugg-Sand AG) und der Baubeginn bei der Tangente Zug/Baar.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Baudirektion (BDS) ist die Stabsstelle des Baudirektors und unterstützt ihn in administrativer und fachlicher Hinsicht. Das BDS besorgt amtsübergreifende Aufgaben der Baudirektion und erbringt für die Ämter der Baudirektion juristische und administrative Dienste. Zudem sorgt es für die externe Kommunikation, tätigt den Land- und Rechtserwerb für den Kanton und berät die Einwohnergemeinden und andere öffentlich-rechtliche Organisationen im Planungs- und Baurecht, im Umweltrecht und im Energierecht. Die Fachstelle Sicherheit (FSI) setzt die Sicherheitsmassnahmen gemäss betrieblichem Sicherheitskonzept (KBS VuG) um und stellt dessen Weiterentwicklung sicher.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Kantonsratsgeschäfte

- Vorbereitung von Kantonsratsvorlagen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen vorbereiten
- Administrative und fachliche Begleitung von Kantonsratskommissionen

##### Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Regierungsgeschäfte

- Vorbereitung von Regierungsgeschäften
- Behandlung von Verwaltungsbeschwerden und anderen Eingaben in Rechtsmittelverfahren
- Vorbereitung neuer Erlasse oder Änderungen zu geltenden Erlassen
- Rechtsberatung der Ämter und der Einwohnergemeinden
- Beratung von öffentlichen Auftraggebern in Submissionsfragen
- Verfassen von Mitberichten, Stellungnahmen und Vernehmlassungen

##### Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle

- Grundlagen für die kantonale Energiepolitik erarbeiten
- Umsetzung von energiepolitischen Massnahmen
- Koordination energierechtlicher Aufgaben mit Behörden
- Austausch und Zusammenarbeit mit Meinungsträgerinnen und Meinungsträgern
- Sicherstellung der Energieberatung durch Dritte

##### Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben

- Landerwerb und Immobiliengeschäfte
- Öffentlichkeitsarbeit für die Baudirektion
- Führung Empfang im Verwaltungszentrum 1
- Geschäftsführung der Parkleitsystem Zug AG

##### Leistungsgruppe 5: Fachstelle Sicherheit

- Grundlagen für die Sicherheit der kantonalen Angestellten erarbeiten
- Sicherheitsaudits, Notfall- und Evakuierungsübungen sowie individuelle Sicherheitsausbildungen
- Durchführung der obligatorischen dezentralen Sicherheitsschulungen
- Unterstützung der Betriebsärztin/des Betriebsarztes im Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (EKAS)
- Anordnung von Sofortmassnahmen bei der Feststellung von unmittelbaren Gefahren und Risiken

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700)
- Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel vom 13. März 1964 (Arbeitsgesetz; SR 822.11)
- Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) vom 20. März 1981 (SR 832.20)
- Energiegesetz vom 26. Juni 1998 (EnG; SR 730.0)
- Einführungsgesetz zum Umweltschutzgesetz vom 29. Januar 1998 (EG USG; SR 811.1)
- Energieverordnung vom 7. Dezember 1998 (EnV; SR 730.01)
- Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten vom 19. Dezember 1983 (VUV; SR 832.30)
- Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz vom 18. August 1993 (Gesundheitsvorsorge, ArGV 3; SR 822.113)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Planungs- und Baugesetz vom 26. November 1998 (PBG; BGS 721.11)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)
- Energiegesetz vom 1. Juli 2004 (BGS 740.1)
- Submissionsgesetz vom 2. Juni 2005 (SubG; BGS 721.51)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB; BGS 721.52)
- Submissionsverordnung vom 20. September 2005 (SubV; BGS 721.53)
- Verordnung über die Ämterzuteilung vom 9. Dezember 1998 (BGS 153.2)
- Verordnung zum Energiegesetz vom 12. Juli 2005 (BGS 740.11)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Gewährleistung der Sicherheit der Kantonalen Behörden, der kantonalen Verwaltung und der Gerichte vom 17. April 2003 (BGS 154.51)
- Brandschutzvorschriften VKF
- EKAS Richtlinie Nr. 6508, Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Die Fachstelle Sicherheit (Leistungsgruppe 5) ist neu administrativ dem Direktionssekretariat zugeordnet. Bisher war sie administrativ dem Hochbauamt zugeteilt.



## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
A	Effiziente Arbeitserledigung bei Stellvertretungen	Bevölkerung, Direktionssekretariat, Ämter	Führungs- und Organisationssystem zur Erfassung und Verwaltung der Arbeitsprozesse ist eingeführt	Die wichtigsten 8 Prozesse sind dokumentiert	Abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 1: Kantonsratsgeschäfte</b>					
1	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Regierungsrat, Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Regierungsgeschäfte</b>					
2	Hohe Qualität der Anträge der BD an den RR	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
3	Zeitgerechte Beantwortung von Mitberichten und Stellungnahmen	Regierungsrat, Direktionen, Behörden, Direktorenkonferenz usw.	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
4	Verwaltungsbeschwerdeentscheide zeitgerecht fällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Verwaltungsgericht, Bundesgericht	Bei 100 % der Beschwerden sind die Entscheide innert 3 Monaten seit Abschluss des Schriftenwechsels gefällt	Bei 100 % der Beschwerden sind die Entscheide innert 3 Monaten seit Abschluss des Schriftenwechsels gefällt	Gleich
B	Neues Gesetz betreffend Nutzung des Untergrundes	Regierungsrat, Kantonsrat	Allfällige Referendumsabstimmung erfolgreich bestanden und Gesetz in Kraft getreten	«Fällt weg»	
C	Teilrevision Planungs- und Baugesetz	Regierungsrat, Kantonsrat, Öffentlichkeit	1. Entwurf liegt vor; Vernehmlassung durchgeführt	Vorlage in den Kantonsrat gebracht	Abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle</b>					
5	Öffentlichkeit kennt und nutzt aktiv die vom Kanton finanzierte Energieberatung	Bevölkerung	Mind. 70 Beratungen	Mind. 70 Beratungen	Gleich
6	Öffentlichkeit für die energiepolitischen Ziele sensibilisieren	Bevölkerung	1 Sensibilisierungsmassnahme realisiert	1 Sensibilisierungsmassnahme realisiert	Gleich
7	Verstärkte Zusammenarbeit Wirtschaft/Verwaltung in Energiefragen	Behörden, Wirtschaft	Mind. 2 Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik	Mind. 2 Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik	Gleich
D	Kantonale Energiepolitik ist transparent und wird periodisch überprüft	Behörden, Bevölkerung	Neues Energieleitbild liegt vor	Energieleitbild überprüft	Abgeschlossen
E	Eidgenössische Vorgaben im Energiegesetz umsetzen	Wirtschaft		Grossverbraucherartikel umgesetzt	Abgeschlossen

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben</b>					
8	Konsensorientierte, erfolgreiche Landerwerbsverhandlungen	Direktionen, dinglich Berechtigte in Einzelfällen	Max. 1 vollzogene Enteignung pro Jahr	Max. 10 vollzogene Enteignungen pro Jahr; Verhandlungen für einvernehmlichen Erwerb sind innert 6 Monaten seit der Sistierung des Enteignungsverfahrens durch Schätzungskommission abgeschlossen	Gleich
9	Aktive und transparente Kommunikation – Gute Wahrnehmung der Baudirektion und ihrer Arbeit	Medien, Öffentlichkeit	70 Medienmitteilungen, 10 Medienkonferenzen	70 Medienmitteilungen, 10 Medienkonferenzen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Fachstelle Sicherheit</b>					
10	Hohe Qualität der Sicherheitskurse	Kantonale Verwaltung, Gerichte, Schulen	> 3,5 (1 = ungenügend; 2 = genügend; 3 = gut; 4 = sehr gut)	Guter Standard	Gleich
11	Hohe Qualität der Organaudits	Kantonale Verwaltung, Gerichte, Schulen		Guter Standard	Gleich
12	Anordnung von Sofortmassnahmen bei Gefahren und Risiken	Kantonale Verwaltung, Gerichte, Schulen		Sofortmassnahmen innert 2 Tagen	Gleich
13	Prüfung der Kosten von Sicherheitsprojekten bei Dritten mit Leistungsauftrag	Regierungsrat		Empfehlung liegt innert 2 Wochen vor	Gleich
F	Weiterentwicklung Zusammenarbeit und Messbarkeit bei/von betrieblichen Sicherheitsmassnahmen	Verwaltungsorgane in der Zentralschweiz		Antrag an die Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) gestellt	Abgeschlossen

#### Kommentar Zielsetzungen

##### a) Entlastungsprogramm

Ziel 5, Energieberatungen: Der Umfang der Beratungen wird reduziert. Das Angebot soll aber für alle weiterhin offen stehen. Die Anzahl bleibt daher unverändert. Die generellen Ziele bleiben trotz der im Entlastungsprogramm vorgesehenen Einsparungen und Leistungsbegrenzungen unverändert.

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Ziel 8, Landerwerbsverhandlungen: Das Modell des konsensorientierten Land- und Rechtserwerbs wurde präzisiert. Einvernehmliche Lösungen werden weiterhin angestrebt, müssen aber innerhalb der vom Regierungsrat festgelegten Richtlinien erfolgen.

Die Fachstelle Sicherheit ist neu administrativ dem Direktionssekretariat zugeordnet. Bisher war sie administrativ dem Hochbauamt zugeteilt.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
RR-Anträge Baudirektion	Anzahl	156	155	155	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	17	16	16	Gleich
Von der BD begleitete Sitzungen von Kantonsratskommissionen	Anzahl	8	15	12	Gleich
Publikationen für den Kanton Zug auf der Submissionsplattform simap.ch	Anzahl	98	100	100	Gleich

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Beitragsgesuche für kantonale Energiefördermittel	Anzahl	82	100	70	Sinkend
Beschwerdeeingänge	Anzahl	59	50	50	Gleich
Mitberichte, Stellungnahmen insbesondere an andere Direktionen	Anzahl	131	130	130	Gleich
Öffentliche Informationsveranstaltungen der Baudirektion	Anzahl		10	6	Gleich
Sicherheitskurse	Anzahl	49	40	40	Gleich
Organaudits	Anzahl			12	Gleich
Auditberichte	Anzahl			12	Gleich
Durchgeführte Übungen/Ausbildungen	Anzahl			12	Gleich
Infolyer Sicherheit Verwaltung und Gerichte	Anzahl			2	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Beitragsgesuche für kantonale Energiefördermittel: rückläufige Tendenz. Der Kantonsrat wird im Rahmen des Entlastungsprogramms über die Beendigung des Förderprogramms in den Folgejahren befinden.

Öffentliche Informationsveranstaltungen: Weniger Anlässe, da eine Veranstaltungsreihe (Vorjahr: Stadttunnel) fehlt.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-2'371'257.55	-2'448'353	-2'683'300	-234'947	9,6	-2'684'700	-2'695'800	-2'718'500
Total Ertrag	21'432.85	25'000	48'100	23'100	92,4	23'100	23'100	23'100
Saldo	-2'349'824.70	-2'423'353	-2'635'200	-211'847	8,7	-2'661'600	-2'672'700	-2'695'400

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

50'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung von EP-Massnahmen bei der Fachstelle Sicherheit.

10'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen.

40'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung (davon 15'000 Franken bei der Fachstelle Sicherheit).

20'000 Franken Mehreinnahmen durch höhere Gebühren.

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

252'000 Franken zusätzlich im Globalbudget für die Fachstelle Sicherheit (140 Stellenprozente), welche neu administrativ dem Direktionssekretariat zugeordnet ist.

25'000 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung.

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

10'000 Franken weniger Personalaufwand durch weitere allgemeine Personalmassnahmen.

25'000 Franken weniger Gebühreneinnahmen nach Aufhebung des Rahmenkredits zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf.

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
BD3000.0005 Durchlauf. Beiträge Bund Teilzweckb. CO2-Abgabe						
Ausgaben	-1'824'710.00	-1'300'000	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
Einnahmen	1'824'710.00	1'300'000	1'000'000	1'000'000	1'000'000	1'000'000

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
BD3000.0006 Investitionsbeiträge gemäss §5 Energiegesetz								
Ausgaben	-29'692.00	-100'000						
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben	-1'854'402.00	-1'400'000	-1'000'000			-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
Einnahmen	1'824'710.00	1'300'000	1'000'000			1'000'000	1'000'000	1'000'000
Saldo	-29'692.00	-100'000	0			0	0	0

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
BD3000.0001 Förderung Mass- nahmen für geringe- ren Energiebedarf								
Ausgaben	120'594.00							
Einnahmen								
BD3000.0003 Anschlussprogramm Energiebeiträge								
Ausgaben	-635'860.50	-1'150'000	-1'150'000					
Einnahmen	305'600.00	150'000	150'000					
<b>Total Verpflichtungskredite</b>								
Ausgaben	-515'266.50	-1'150'000	-1'150'000					
Einnahmen	305'600.00	150'000	150'000					
Saldo	-209'666.50	-1'000'000	-1'000'000					

**Kommentar Budget**

BD3000.0006: Die Investitionsbeiträge gemäss § 5 Energiegesetz wurden im Rahmen des Entlastungsprogramms nicht mehr budgetiert.

**Kommentar Finanzplan**

BD3000.0003: Das Entlastungsprogramm sieht vor, den KRB betreffend zweiten Rahmenkredit zur Förderung von Massnahmen für geringeren Energiebedarf vorzeitig aufzuheben.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Planung, den Bau sowie den Unterhalt des Kantonsstrassennetzes. Dazu gehören auch die Planung und der Bau von kantonalen Radwegen.

Das Tiefbauamt ist ausserdem verantwortlich für wasserbauliche Massnahmen und hat die generelle Aufsicht über die öffentlichen sowie privaten Fliessgewässer, sofern diese ausserhalb der Bauzonen liegen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Planung und Bau von kantonalen Tiefbauten

- Strassen, Radwege und Anlagen für den öffentlichen Verkehr
- Wasserbauten und Schilfschutzanlagen

##### Leistungsgruppe 2: Unterhalt von kantonalen Tiefbauten

- Betrieblicher Unterhalt von Strassen und Anlagen für den öffentlichen Verkehr
- Baulicher Unterhalt von Strassen und Anlagen für den öffentlichen Verkehr
- Betrieblicher und baulicher Unterhalt von Wasserbauten und Schilfschutzanlagen

##### Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

- Bewilligungen und Konzessionen
- Dienstleistungen für Dritte

- Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902 (EleG; SR 734.0)
- Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung vom 18. Mai 2005 (ChemRRV; SR 814.81)
- Signalisationsverordnung vom 5. September 1979 (SSV; SR 741.21)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW; BGS 751.14)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)
- Gesetzliche Submissionsvorgaben (BGS 721.5)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Verordnung zum Gesetz über Strassen und Wege vom 18. Februar 1997 (V GSW; BGS 751.141)
- Verordnung zum Gesetz über die Gewässer vom 17. April 2000 (V GewG; BGS 731.11)
- Delegationsverordnung vom 23. November 1999 (BGS 153.3, § 7)
- Verfügung über die Delegation von Zuständigkeiten der Baudirektion in diversen Bereichen vom 12. Mai 2003 (BGS 153.741, Ziff. 4)

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG; SR 741.01)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz) vom 24. Januar 1991 (GSchG; SR 814.20)
- Bundesgesetz über den Wasserbau vom 21. Juni 1991 (SR 721.100)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Umsetzung Strassenbauprogramm 2014–2026	Bevölkerung	Realisierungsgrad der Projekte 20 %	Realisierungsgrad der Projekte 20 %	Steigend
2	Betriebssicheres Strassennetz sicherstellen	Bevölkerung	Anzahl berechnete Werkhafungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3	Anzahl berechnete Werkhafungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3	Gleich
3	Werterhaltung des Strassennetzes sicherstellen	Bevölkerung	Mittelwert des Strassenzustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2,2	Mittelwert des Strassenzustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2,2	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Planung und Bau von kantonalen Tiefbauten</b>					
4	Fach-, termingerechte und kosteneffiziente Projektbearbeitung	Bevölkerung	Keine Beanstandungen	Keine Beanstandungen	Gleich
5	Schilfbestand erhalten oder optimieren	Bevölkerung	Realisierung neue Zäunung bei Schloss Buonas; Überwachung	Kliffkantenschutz Westufer, Unterhalt bisherige Massnahmen	Kliffkantenschutz Westufer
A	Ausbau Grindel–Bibersee	Bevölkerung	Realisierung abschliessen	«Fällt weg» siehe IR	
B	KS P, Sihlbrugg–Neuheim, 1. Etappe	Bevölkerung	Realisierung	«Fällt weg» siehe IR	
C	Radweg Alpenblick–Kollermühle, Cham/Zug	Bevölkerung	Realisierung	«Fällt weg» siehe IR	
D	KS 25, Artherstrasse, Casino–Fridbach, elektronische Busspur	Bevölkerung Öffentlicher Verkehr	Realisierung abschliessen	«Fällt weg»	
E	KS H, Kreisel Knonauer-/Industriestrasse, Steinhausen	Bevölkerung	Projektabschluss	«Fällt weg»	
F	KS N, Lättich–Baarburgrank, Baar	Bevölkerung	Projektierung	«Fällt weg» siehe IR	
G	KS L, Ausbau Ägeristrasse inkl. Kreisel Talacher und Knoten Moosrank	Bevölkerung	Projektierung	«Fällt weg» siehe IR	
H	Busunterführung Sumpf, Steinhausen	Öffentlicher Verkehr	Projektabschluss	«Fällt weg»	
I	KS F, A, Steinhauser-/Hinterbergstrasse, Cham/Steinhausen	Verkehrsteilnehmende, öffentlicher Verkehr	Projektabschluss	«Fällt weg»	
J	KS 381, Lorzentobelbrücke bis Schmittli, Baar/Menzingen–Ausbau Ägeristrasse	Bevölkerung	Baubewilligungsverfahren, Detailprojekt	«Fällt weg» siehe IR, wird etappiert	
K	KS 381, Chilematt bis Teufi, Oberägeri–Ausbau KS mit Rad-/Fussweg	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Öffentliche Auflage	«Fällt weg» gestoppt	
L	Umfahrung Unterägeri	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Planung starten	«Fällt weg» zeitlich verschoben	
M	Reussdammsanierung, Sinslerbrücke–Reussshalde, Hünenberg	Bevölkerung	Projektierung	«Fällt weg» siehe IR	
N	Renaturierung Tobelbach, Cham	Bevölkerung	Realisierung	«Fällt weg»	
O	Hochwasserschutz Renaturierung Littibach	Bevölkerung	Realisierung	«Fällt weg»	
P	Hochwasserschutz Höllbach, Neuheim	Bevölkerung	Projektabschluss	«Fällt weg»	
L5	Tangente Zug/Baar	Bevölkerung	Baubeginn	Baubeginn	Realisierung
L5	Umfahrung Cham–Hünenberg	Bevölkerung	Baubewilligungsverfahren	Baubewilligungsverfahren	Realisierung
L5	Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Vorarbeiten (Ingenieursubmission) für die nächste Projektphase (bei positiver Volksabstimmung)	«Fällt weg»	Bauprojekt

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 2: Unterhalt von kantonalen Tiefbauten</b>					
6	Kredit- und Termineinhaltung bei Ausführungsprojekten	Bevölkerung	80 % der Projekte ohne Beanstandung	80 % der Projekte ohne Beanstandung	Gleich
7	Fach- und termingerechten Winterdienst sicherstellen	Bevölkerung	Max. 2 berechnigte Werkhaftungsklagen	Max. 2 berechnigte Werkhaftungsklagen	Gleich
8	Ständige Einsatzbereitschaft im Winter-Pikettdienst	Bevölkerung	Innerhalb von 30 Min. in mind. 95 % der Fälle nach Aufgebot durch Pikettchef	Innerhalb von 30 Min. in mind. 95 % der Fälle nach Aufgebot durch Pikettchef	Gleich
9	Fachgerechte Reinigung sicherstellen	Bevölkerung	Max. 15 berechnigte Reklamationen über mangelhafte Reinigung; Abweichung Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel max. $\pm 25\%$	Max. 15 berechnigte Reklamationen über mangelhafte Reinigung; Abweichung Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel max. $\pm 25\%$	Gleich
10	Fach- und termingerechte Grünpflege sicherstellen	Bevölkerung	Sicherheitsgrünschnitt bis Ende Juli ausgeführt; Abweichung Grünpflegekosten vom 5-Jahresmittel max. $\pm 25\%$	Sicherheitsgrünschnitt bis Ende Juli ausgeführt; Abweichung Grünpflegekosten vom 5-Jahresmittel max. $\pm 25\%$	Gleich
11	Fachgerechten Unfalldienst sicherstellen	Schadenverursachende	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80 % gedeckt	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80 % gedeckt	Gleich
12	Fachgerechte bauliche Reparaturen sicherstellen	Bevölkerung	Max. 15 berechnigte Reklamationen über mangelhafte Reparaturen; Abweichung Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel max. $\pm 25\%$	Max. 15 berechnigte Reklamationen über mangelhafte Reparaturen; Abweichung Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel max. $\pm 25\%$	Gleich
13	Einhaltung der Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	Mitarbeitende	Max. 20 Ausfalltage wegen Betriebsunfällen	Max. 7 Betriebsunfälle	Gleich
14	Genauigkeit bei Kostenschätzungen oder -voranschlägen bei Erhaltungsprojekten	Bevölkerung	Abweichung max. $\pm 20\%$	Abweichung max. $\pm 20\%$	Gleich
15	Fristgerechte Reparatur Winterschäden	Bevölkerung	Schäden bis Ende Oktober behoben	Schäden bis Ende Oktober behoben	Gleich
16	Normgerechte Beleuchtung der Kantonsstrassen sicherstellen	Bevölkerung	Anzahl berechnigte Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 10	Anzahl berechnigte Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 10	Gleich
17	Fachgerechten Betrieb der Lichtsignalanlagen sicherstellen	Bevölkerung	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträgen bei Totalausfall bei mind. 90 % der Fälle eingehalten	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträgen bei Totalausfall bei mind. 90 % der Fälle eingehalten	Gleich
Q	KS 25, Sanierung Sinserstrasse, Lindenstrasse–Herrenwald (1. Etappe), Cham	Bevölkerung	Projekt ausgeführt	«Fällt weg»	
R	KS 4, Sanierung Luzernerstrasse, Bahnhofstrasse–Zythus, Cham/Hünenberg	Bevölkerung	Projekt ausgeführt	«Fällt weg»	
S	KS J, Sanierung Schochenmühlestrasse, Schochenmühle, Baar	Bevölkerung	Projekt ausgeführt	Projekt ausgeführt	
T	KS 25, Sanierung Artherstrasse, Mühlebach–Brunnenbach, Zug	Bevölkerung	Projekt ausgeführt	Projekt fertiggestellt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
U	KS 4, Sanierung Chamer-/Luzernerstrasse, Rothus-Kreisel Holzhäusern (2. Etappe), Hünenberg/Risch	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
V	KS 4/O, Sanierung Sihlbrugg-/Ebertswilerstrasse, Kreisel Ebertswil, Baar	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
W	KS F, Sanierung Hinterbergstrasse, Knoten Sumpf-Brücke A4a, Cham/Steinhausen	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
<b>Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen</b>					
18	Termingerechte Bearbeitung von Gesuchen Kantonsstrassen	Dritte	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich
19	Speditive Bearbeitung der Grabenaufbruchsgesuche	Gesuchstellende	95 % der Gesuche nach Eingang aller notwendigen Unterlagen/Informationen innerhalb von 10 Arbeitstagen bearbeitet	95 % der Gesuche nach Eingang aller notwendigen Unterlagen/Informationen innerhalb von 10 Arbeitstagen bearbeitet	Gleich
20	Termingerechte Bearbeitung von Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Dritte	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich
21	Termingerechte Unterlagenterarbeitung für die Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Direktionsvorsteher	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

##### a) Entlastungsprogramm

Alle Vorgaben werden in den Projekten/Konti berücksichtigt.

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Weglassen der Ziele A bis P: Da die IR-Projekte detailliert im Budget erscheinen, kann auf eine separate Zielbeschreibung verzichtet werden.

– Projekt L5 Tangente Zug/Baar: Baubeginn infolge Beschwerden verschoben.

– Ziel S, KS J, Sanierung Schochenmühlestrasse, Schochenmühle, Baar: Das Projekt wird erst in diesem Jahr ausgeführt, da zuerst der Kreisel Talacher im 2015 saniert werden musste.

– Ziel T, KS 25, Sanierung Artherstrasse, Mühlebach-Brunnenbach, Zug: Der Deckbelag konnte 2015 noch nicht eingebaut werden.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Kantonsstrassennetz	km	138,3	138,3	138,3	Gleich
Kunstabenobjekte	Anzahl	517	485	520	Steigend
Entwässerungsleitungen	km		113	113	Gleich
Grünflächen	m²		337'000	337'000	Gleich
Lichtsignalanlagen	Anzahl		42	40	Steigend
Beleuchtungskandelaber	Anzahl		2'600	2'600	Gleich
Strassenabwasserbehandlungsanlagen (SABA)	Anzahl		27	28	Gleich
Behandelte Gesuche an Kantonsstrassen	Anzahl	106	80	100	Gleich
Grabenaufbruchsgesuche	Anzahl		120	150	Gleich
Drittsschäden im Strassenraum	Anzahl		130	130	Gleich



Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Länge öffentlicher Gewässer (ohne Seen)	km	80	80	80	Gleich
Länge privater Gewässer (ausserhalb Wald und Bauzonen)	km	200	200	200	Gleich
Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Anzahl		5	5	Gleich
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl	2'097	4'800	4'600	Gleich
Unterlagenerarbeitung für die Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Anzahl		250	250	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Strassenabwasserbehandlungsanlage (SABA) Alpenblick geht in den Betrieb über.

Die zwei Lichtsignalanlagen 05-02 Süd-/Weststrasse und 05-16 Nord-/Schochenmühlestrasse sind im Zuständigkeitsbereich des Bundes.

## 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-5'379'902.34	-24'385'748	-23'728'600	657'148	-2,7	-23'697'000	-23'424'400	-23'502'700
Total Ertrag	1'955'575.80	7'468'800	8'557'800	1'089'000	14,6	8'527'800	8'344'800	8'369'800
Saldo	-3'424'326.54	-16'916'948	-15'170'800	1'746'148	-10,3	-15'169'200	-15'079'600	-15'132'900

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

480'000 Franken Reduktion Personalaufwand

95'000 Franken Reduktion Sach- und übriger Betriebsaufwand

960'000 Franken Mehrertrag aus aktivierbaren Projektierungskosten

b) Weitere wesentliche Abweichungen

45'000 Franken ausserordentliche Ausgabe für die Anschaffung der Verkehrsmodell-Software VISUM

40'000 Franken Reduktion Beiträge/Entschädigungen

40'000 Franken Mehrertrag Konzessionen

90'000 Franken Mehrertrag Bund

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

## 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT3020.0001 IT Projekt Mistra						
Ausgaben	-107'048.20					
Einnahmen						
IT3020.0002 Beratung Software-anschaffung						
Ausgaben	-36'714.00					
Einnahmen						
IT3020.0003 PBA Projekt-controlling						
Ausgaben	-20'527.90					
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3020 – Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT3020.0004	Digitalisierung Dossier VTBP/Stab								
	Ausgaben	-72'205.38							
	Einnahmen								
IT3020.0005	Fallführungssoftware								
	Ausgaben	-97'449.85							
	Einnahmen								
TB3020.0006	Strassenbeleuch- tungen								
	Ausgaben	-367'167.50							
	Einnahmen								
TB3020.0018	GW 3000, Reussdamm, Risch								
	Ausgaben	-150'000.00	-50'000						
	Einnahmen	140'000.00							
TB3020.0023	Div. Studien, Vor- und Bauprojekte Wasserbau								
	Ausgaben	-58'915.80	-300'000	-200'000		-200'000	-200'000	-200'000	
	Einnahmen								
TB3020.0024	GW 6106, Ausbau Höllbach, Neuheim								
	Ausgaben	-409'625.00							
	Einnahmen	140'000.00							
TB3020.0028	Bundesbeiträge Aggloprogramm 1. Generation								
	Ausgaben		-1'140'000						
	Einnahmen		1'140'000						
TB3020.0034	Div. Anschaffungen Maschinen und Fahrzeuge								
	Ausgaben		-300'000	-400'000		-140'000	-300'000		
	Einnahmen								
TB3020.0115	Eigenleistung TBA /STU								
	Ausgaben	-6'035'100.00	-6'505'000	-7'471'000		-7'471'000	-7'428'000	-7'453'000	
	Einnahmen								
TB3020.0146	Globalbeiträge Hauptstrassen								
	Ausgaben								
	Einnahmen	719'600.00	600'000						
TB3020.0206	GW 6421, Helgen- hüslibach, Unterägeri								
	Ausgaben		-150'000			-150'000			
	Einnahmen		150'000			150'000			
Total Budgetkredite									
	Ausgaben	-7'354'753.63	-8'445'000	-8'071'000		-7'961'000	-7'928'000	-7'653'000	
	Einnahmen	999'600.00	1'890'000			150'000			
	Saldo	-6'355'153.63	-6'555'000	-8'071'000		-7'811'000	-7'928'000	-7'653'000	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0002 Öffentlicher Verkehr						
Ausgaben	-2'296'306.40	-160'000	-500'000			
Einnahmen		40'000				
TB3020.0003 Alte LTB, Sanierung, Menzingen/Baar						
Ausgaben	-9'291.35	-50'000	-60'000			
Einnahmen						
TB3020.0004 Radstrecken						
Ausgaben	-1'686'162.90	-1'870'000	-4'050'000			
Einnahmen	18'000.00	187'335	50'000			
TB3020.0012 GS, Renaturierung Lorze Spinnerei, Baar						
Ausgaben	-10'206.00					
Einnahmen						
TB3020.0016 GW 7078, Tobelbach, Cham						
Ausgaben	-2'382'650.30	-500'000	-30'000	-30'000	-50'000	-100'000
Einnahmen	961'755.55	200'000				100'000
TB3020.0017 GW 6034, Littibach, Baar						
Ausgaben	-2'129'865.70	-200'000	-20'000			
Einnahmen	709'625.00	100'000				
TB3020.0020 Div. Landerwerb 11 – 16						
Ausgaben	-2'017.70					
Einnahmen						
TB3020.0043 Brücke Städtlerwald						
Ausgaben	-53'618.85					
Einnahmen	22'397.20					
TB3020.0045 UF im Sumpf, Cham/Steinhausen						
Ausgaben	-4'985'317.35	-500'000				
Einnahmen	5'308'567.55	1'200'000	480'000			
TB3020.0113 Nordzufahrt Zug/Baar						
Ausgaben	209'628.00					
Einnahmen						
TB3020.0114 Neueinrichtung						
Ausgaben	-337'532.50	-100'000				
Einnahmen						
TB3020.0120 Lokale Korrekturen						
Ausgaben	-3'361'651.55	-1'550'000	-60'000			
Einnahmen	3'113'001.95	950'000	790'000			
TB3020.0126 KS P, Sihlbrugg- Sand AG, Neuheim						
Ausgaben	-605'124.21	-1'500'000	-7'500'000	-2'000'000	-493'000	
Einnahmen						

**Institutionelle Gliederung**  
**Baudirektion**  
**3020 – Tiefbauamt**

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0130	Kunstbauten								
	Ausgaben	-2'466'190.30	-3'000'000	-580'000					
	Einnahmen								
TB3020.0131	Lärmschutz								
	Ausgaben	-175'752.40	-425'000	-50'000			-30'000		
	Einnahmen	403'375.00							
TB3020.0137	Nachtrags-Rg. Strassenbaupro- gramm 2004-2014								
	Ausgaben	-7'925.00	-40'000	-10'000			-10'000	-10'000	
	Einnahmen								
TB3020.0139	Umfahrung Cham-Hünenberg								
	Ausgaben	-2'603'660.45	-300'000	-300'000			-700'000	-700'000	-1'000'000
	Einnahmen	29'331.80							
TB3020.0141	Grindel-Bibersee								
	Ausgaben	-4'996'317.75	-2'200'000	-2'000'000			-900'000		
	Einnahmen								
TB3020.0142	Technische Einrichtungen								
	Ausgaben	-202'918.60	-80'000						
	Einnahmen								
TB3020.0144	KS N, Neuheimerstr., Lättich-Baar- burgrank, Baar								
	Ausgaben	-19'032.55	-100'000						
	Einnahmen								
TB3020.0147	Tangente Zug/Baar								
	Ausgaben	-1'377'737.77	-3'000'000	-3'000'000			-10'000'000	-30'000'000	-40'000'000
	Einnahmen								
TB3020.0150	Beschaffung von Landreserven Strassenbau (SF)								
	Ausgaben		-50'000						
	Einnahmen								
TB3020.0151	Allgemeine Projektierung/ Generelle Planung								
	Ausgaben	-834'206.68							
	Einnahmen								
TB3020.0154	Fertigstellungskredit Nordzufahrt								
	Ausgaben	-334'477.94	-60'000						
	Einnahmen								
TB3020.0203	Div. Projekte Lärmschutz								
	Ausgaben	-5'878.15	-50'000	-20'000			-190'000	-190'000	-30'000
	Einnahmen						20'000	20'000	

Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3020 – Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0204	Div. Projekte Lokale Korrekturen								
	Ausgaben		-150'000						
	Einnahmen								
TB3020.0205	Div. Projekte Techn. Einrichtungen (ohne Beleuch.)								
	Ausgaben		-420'000	-230'000			-430'000	-330'000	-430'000
	Einnahmen								
TB3020.0207	KS 25, Brücke Seefeld, Walchwil								
	Ausgaben						-50'000	-50'000	-100'000
	Einnahmen								
TB3020.0208	KS 25, Knoten Zollhus, Hünenberg								
	Ausgaben		-50'000	-60'000			-60'000	-10'000	-10'000
	Einnahmen								
TB3020.0209	KS 4, LS Chamerstr., Erlenplatz-Koller- mühle, Zug								
	Ausgaben	-1'892.95		-40'000			-250'000	-10'000	
	Einnahmen						40'000		
TB3020.0210	Div. Projekte Strassenbeleuchtung								
	Ausgaben		-650'000						
	Einnahmen								
TB3020.0211	KS 25, Sinslerstr., FG-Übergang Grobenmoos, Cham								
	Ausgaben	-32'194.15	-300'000	-700'000			-60'000		
	Einnahmen								
TB3020.0212	KS 368, Drälikerstr., Chamerstr.-Drälikon, Hünenb.								
	Ausgaben	-29'083.05		-200'000					
	Einnahmen								
TB3020.0213	KS 368, Drälikerstr., GW-Schutz, Hünenberg								
	Ausgaben	-27'490.55	-20'000	-40'000					
	Einnahmen								
TB3020.0214	KS 381, Nidfuren- Schmittli, Baar/ Menzingen								
	Ausgaben	-28'689.50	-200'000	-50'000					
	Einnahmen								
TB3020.0215	KS 381, Schulhaus- Denkmal Morgarten, A/B, Oberäg.								
	Ausgaben	-97'282.35	-70'000						
	Einnahmen								

**Institutionelle Gliederung**  
**Baudirektion**  
**3020 – Tiefbauamt**

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0216 KS 381, LS Hauptstr., Oberägeri								
Ausgaben	-13'984.15	-30'000	-40'000			-560'000	-150'000	
Einnahmen						175'000	50'000	
TB3020.0217 KS 381, Oberägeri- Morgarten, Oberägeri								
Ausgaben	-50'944.25		-10'000					
Einnahmen								
TB3020.0218 KS 381, Quellschutz LTB, Menzingen								
Ausgaben	-17'624.75	-500'000	-800'000			-100'000		
Einnahmen						450'000		
TB3020.0219 KS P, Hangsicherung Würzwald								
Ausgaben	-211'488.05		-520'000					
Einnahmen								
TB3020.0220 KS 381, Denkmal Morgarten, C, Oberägeri								
Ausgaben	-29'587.40		-60'000					
Einnahmen								
TB3020.0221 KS P, Sihlbrugg- Edlibach, Neuheim/ Menzingen								
Ausgaben	-12'603.60		-50'000					
Einnahmen								
TB3020.0222 KS N, Baarerstrasse- Knoten Hinterburg, Neuheim								
Ausgaben			-25'000			-10'000		
Einnahmen								
TB3020.0223 KS Kt. Zug, Kommunikation + Leittechnik 2016+								
Ausgaben			-180'000			-100'000		
Einnahmen								
TB3020.0224 KS 4, Kollermühle- Alpenblick, Zug/ Cham								
Ausgaben	-52'270.00	-50'000	-100'000			-350'000		
Einnahmen								
TB3020.0225 KS 4, Industriestr.- Berchtwilerstr., Rotkreuz								
Ausgaben		-100'000	-20'000					
Einnahmen								
TB3020.0226 KS 4, Marktgasse, Kreuzplatz-Büelplatz, Baar								
Ausgaben	-23'127.75	-80'000						
Einnahmen								

Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3020 – Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0227	KS 4b, Zuger-/ Baarerstr., Zug/Baar								
	Ausgaben			-50'000			-150'000	-200'000	
	Einnahmen								
TB3020.0228	KS 4, Rothus- Holzhäusern, Risch								
	Ausgaben	-38'655.45							
	Einnahmen								
TB3020.0229	KS H, Schochenmühlestr.- Kreisel Bossard, Zug								
	Ausgaben			-60'000			-80'000	-150'000	
	Einnahmen								
TB3020.0230	KS Q, Schwandegg- strasse-Moosstrasse, Menzingen								
	Ausgaben			-45'000			-90'000		
	Einnahmen								
TB3020.0231	KS 368, Schlumpfen- hof-Gibel, Risch								
	Ausgaben			-55'000			-95'000	-90'000	-55'000
	Einnahmen								
TB3020.0232	KS J, Schochenmühle, Baar								
	Ausgaben	-23'028.35	-400'000	-390'000			-10'000		
	Einnahmen								
TB3020.0233	KS 368, Schlossweg- St.Germanstrasse, Risch								
	Ausgaben			-20'000			-110'000	-25'000	
	Einnahmen								
TB3020.0234	KS K, Langsamver- kehr Neugasse, Baar								
	Ausgaben		-50'000	-20'000			-5'000		
	Einnahmen								
TB3020.0235	KS K, Lorzenbrücke Baar								
	Ausgaben		-50'000	-30'000			-530'000	-500'000	
	Einnahmen								
TB3020.0236	KS K, LS Neugasse/ Blickensdorferstr., Baar								
	Ausgaben	-18'398.50	-70'000	-40'000			-10'000		
	Einnahmen								
TB3020.0237	KS L, Ägeristr., Margel-Talacher, Baar								
	Ausgaben	-20'905.20	-100'000	-50'000					
	Einnahmen								

Baudirektion

**Institutionelle Gliederung**  
**Baudirektion**  
**3020 – Tiefbauamt**

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0238	KS N, Neuheimerstr., Lättich-Baar- burgrank, Baar								
	Ausgaben	-34'453.40	-130'000	-30'000					
	Einnahmen								
TB3020.0239	KS F, Knoten Sumpf-Brücke A4a, Cham/Steinhausen								
	Ausgaben			-75'000					
	Einnahmen								
TB3020.0240	KS Q, Bushaltestelle Oberedlibach Menzingen								
	Ausgaben	-1'372.45	-500'000	-1'150'000			-300'000		
	Einnahmen								
TB3020.0241	KS Q, Edlibach- Finsterseebrugg, Menzingen								
	Ausgaben	-1'793.35	-150'000	-200'000			-200'000	-200'000	-200'000
	Einnahmen						30'000	30'000	
TB3020.0242	KS Q/P, Knoten Edlibach, Menzingen								
	Ausgaben	-29'359.00							
	Einnahmen								
TB3020.0243	KS S, Durchlass Egg, Allenwinden								
	Ausgaben		-100'000	-40'000			-50'000	-800'000	
	Einnahmen								
TB3020.0245	Beschaffung Landreserven Wasserbau								
	Ausgaben		-50'000						
	Einnahmen								
TB3020.0246	Alte LTB, Rutschhang Zufahrt, Menzingen/ Baar								
	Ausgaben	-8'709.30	-300'000	-420'000					
	Einnahmen								
TB3020.0247	RW 27, Altgasse- Lorze, Baar								
	Ausgaben						-50'000	-100'000	
	Einnahmen								
TB3020.0248	RW 34, Baarerstr.- Industriestr., Zug								
	Ausgaben						-60'000	-300'000	
	Einnahmen							100'000	
TB3020.0250	RW 6, Bösch-Ober- ehretstr., Hünenberg								
	Ausgaben	-4'950.20	-50'000					-50'000	-50'000
	Einnahmen								



Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3020 – Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0251	RW 35, Lüssi-Göbli, Baar/Zug								
	Ausgaben		-150'000	-450'000			-50'000		
	Einnahmen								
TB3020.0252	RW 27, PU Südstr., Baar								
	Ausgaben		-1'000'000	-2'500'000			-500'000	-100'000	
	Einnahmen			500'000			161'500		
TB3020.0253	RW 35, SBB UF Widenstr., Oberwil								
	Ausgaben			-50'000			-200'000	-270'000	
	Einnahmen								
TB3020.0254	RW 29, UF Brüggli, Zug								
	Ausgaben		-100'000	-60'000					
	Einnahmen								
TB3020.0256	KS T4, Anschluss Baar-Walterswil, Baar								
	Ausgaben	-12'429.90	-30'000	-10'000			-10'000	-50'000	-50'000
	Einnahmen								
TB3020.0258	Div. Sanierungen Fussgängerstreifen								
	Ausgaben		-100'000	-200'000			-200'000	-400'000	-400'000
	Einnahmen								
TB3020.0259	KS Q, Umgestaltung Zentrum, Menzingen								
	Ausgaben			-60'000			-60'000	-1'000'000	-500'000
	Einnahmen								
TB3020.0260	Westzufahrt Bahnhof Zug								
	Ausgaben		-100'000						
	Einnahmen								
TB3020.0262	KS 368/C, LS Holz- häusern-/Chamerstr., Hünenberg								
	Ausgaben		-100'000	-300'000			-200'000		
	Einnahmen								
TB3020.0263	Stadttunnel Zug; Projektierung								
	Ausgaben	-137'496.35	-3'000'000						
	Einnahmen								
TB3020.0264	Div. Sicherheits- holzereien an KS								
	Ausgaben			-50'000			-150'000	-150'000	-150'000
	Einnahmen								
TB3020.0275	KS 25, Alte Sagen- tobelbrücke, Walchwil								
	Ausgaben			-500'000			-100'000		
	Einnahmen			125'000			25'000		

Baudirektion

Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3020 – Tiefbauamt

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0276	KS R, Waldhaus- brücke, Oberägeri								
	Ausgaben						-50'000	-400'000	-50'000
	Einnahmen								
TB3020.0277	KS 25, Seebrücken Räbmattli 2/3, Walchwil								
	Ausgaben							-100'000	-800'000
	Einnahmen								
TB3020.0278	KS 368, Rischerstr., Bhst. Stozenacker, Risch								
	Ausgaben							-150'000	
	Einnahmen								
TB3020.0279	KS A, Meierskap- pelerstr. Bhst. Breitfeld, Risch								
	Ausgaben							-200'000	
	Einnahmen								
TB3020.0280	KS 4, Obermühle- Spinnerei, Baar								
	Ausgaben			-20'000			-30'000	-30'000	
	Einnahmen								
TB3020.0281	KS R, Durchlass Chefibach, Oberägeri								
	Ausgaben			-25'000			-530'000		
	Einnahmen								
TB3020.0282	Div. Sanierungen Unfallstellen								
	Ausgaben			-40'000			-250'000	-520'000	-520'000
	Einnahmen								
TB3020.0283	KS, Div. Eiswarn- anlagen/Ersatz GFS								
	Ausgaben			-450'000			-560'000	-430'000	
	Einnahmen								
TB3020.0285	KS 4, LSA Zythus, Cham								
	Ausgaben							-30'000	-110'000
	Einnahmen								
TB3020.0286	KS 4, LSA Walterswil, Baar								
	Ausgaben						-60'000	-720'000	
	Einnahmen								
TB3020.0287	KS M, LSA Busüber- führung, Baar								
	Ausgaben			-30'000			-270'000		
	Einnahmen								
TB3020.0288	KS 25, Bundesplatz- Chamerstrasse, Zug								
	Ausgaben						-50'000	-110'000	
	Einnahmen								

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0289 KS Q, Mattenstrasse-Schwandeggstrasse, Menzingen								
Ausgaben						-50'000	-110'000	
Einnahmen								
TB3020.0291 KS 25, Salesianum-Tellenmattstrasse, Zug								
Ausgaben								-50'000
Einnahmen								
TB3020.0292 KS 25, Chlimattli-Eichblättli, Walchwil								
Ausgaben							-50'000	-170'000
Einnahmen								
TB3020.0293 KS Q, Alte Landstrasse-Mattenstrasse, Menzingen								
Ausgaben							-45'000	-90'000
Einnahmen								
TB3020.0294 KS H, Augasse-Käserei, Steinhausen								
Ausgaben			-30'000			-100'000		
Einnahmen								
TB3020.0295 KS C, Langweid-Schlattbrücke, Cham/Hünenberg								
Ausgaben						-50'000	-90'000	-90'000
Einnahmen								
TB3020.0296 KS 382, Untermühlestrasse-Im Feld, Cham								
Ausgaben								-50'000
Einnahmen								
TB3020.0297 KS 382, Kreuzstrasse-Kantons-grenze, Cham								
Ausgaben								-30'000
Einnahmen								
TB3020.0298 KS C, Zentrum-Holzhäuserstrasse, Hünenberg								
Ausgaben								-50'000
Einnahmen								
TB3020.0299 KS 4, Spinnerei-Kreisel Lättich, Baar								
Ausgaben			-20'000			-70'000	-50'000	
Einnahmen								
TB3020.0302 KS 25, Heiligkreuz-Lindenstrasse, Cham								
Ausgaben							-40'000	-100'000
Einnahmen								

**Institutionelle Gliederung**  
**Baudirektion**  
**3020 – Tiefbauamt**

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3020.0303 KS 4, Kreisel Ebertswil, Baar								
Ausgaben			-90'000					
Einnahmen								
TB3020.0306 KS 4, LS Pilatus- strasse-Südstrasse, Baar								
Ausgaben								
Einnahmen			100'000					
TB3020.0308 KS N, LS Baar- burgrank-Hinterburg- mühle, Neuheim								
Ausgaben			-20'000					
Einnahmen								
TB3020.0309 KS P, Blatt-Hinter- burgmühle, Neuheim								
Ausgaben			-50'000			-430'000	-420'000	
Einnahmen						100'000	100'000	
TB3020.0312 RW 1, Schiessstand Choller, Zug								
Ausgaben						-20'000	-30'000	-40'000
Einnahmen								
TB3020.0313 RW, Kl. Sign. Mark. u. Bauarbeiten								
Ausgaben			-20'000			-20'000	-20'000	-20'000
Einnahmen								
TB3020.5000 Allgemeine Projektierung/ Generelle Planung								
Ausgaben	-168'642.80	-750'000	-580'000			-500'000	-970'000	-1'345'000
Einnahmen								
<b>Total Verpflichtungskredite</b>								
Ausgaben	-31'802'671.15	-25'635'000	-29'535'000			-22'080'000	-40'893'000	-46'590'000
Einnahmen	10'566'054.05	2'677'335	2'045'000			1'001'500	300'000	100'000
Saldo	-21'236'617.10	-22'957'665	-27'490'000			-21'078'500	-40'593'000	-46'490'000

**Kommentar Budget**

TB3020.0004, Radstrecken: KS P, Sihlbrugg-Sand AG, Neuheim, und RW 24, Alpenblick-Kollermühle, Zug/Cham (altes Strassenbauprogramm)

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-17'968'726.86							
Total Ertrag	5'076'031.85							
Saldo	-12'892'695.01							

**Kommentar Budget**

Zusammenlegung der Leistungsaufträge und Globalbudgets der Abteilungen 3020 Tiefbau und 3023 Strassenunterhalt neu in 3020 Tiefbauamt gemäss RRB vom 18. Februar 2014.

**Kommentar Finanzplan**

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3023.0034 Anschaffung Maschinen und Fahrzeuge								
Ausgaben	-348'129.10							
Einnahmen								
Total Budgetkredite								
Ausgaben	-348'129.10							
Einnahmen								
Saldo	-348'129.10							

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

Zusammenlegung der Leistungsaufträge und Globalbudgets der Abteilungen 3020 Tiefbau und 3023 Strassenunterhalt neu in 3020 Tiefbauamt gemäss RRB vom 18. Februar 2014.

**Kommentar Finanzplan**

Konto wird nicht mehr weiter geführt.

Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3030 – Strassenbau Spezialfinanzierung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-20'026'317.20	-24'085'000	-26'366'000	-2'281'000	9,5	-26'976'000	-46'236'000	-53'183'000
351	Einlagen in Spezialfinanzie- rungen im Eigenkapital	-13'734'542.81	-10'812'673	-8'641'000	2'171'673	-20,1	-8'772'200		
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-1'207'433.05	-1'216'000	-1'240'000	-24'000	2,0	-1'262'000	-1'285'000	-1'308'000
393	Interne Verr. Betriebs- und Verwaltungskosten	-469'217.27							
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-35'437'510.33</b>	<b>-36'113'673</b>	<b>-36'247'000</b>	<b>-133'327</b>	<b>0,4</b>	<b>-37'010'200</b>	<b>-47'521'000</b>	<b>-54'491'000</b>
403	Besitz- und Aufwandsteuern	30'185'825.85	30'400'000	31'000'000	600'000	2,0	31'558'000	32'126'000	32'704'000
451	Entnahmen aus Spezial- finanzierungen im EK							9'939'800	16'340'800
460	Ertragsanteile	4'647'093.44	4'677'673	4'707'000	29'327	0,6	4'677'200	4'672'200	4'672'200
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			540'000	540'000		540'000	540'000	540'000
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	604'591.04	1'036'000		-1'036'000	-100,0	235'000	243'000	234'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>35'437'510.33</b>	<b>36'113'673</b>	<b>36'247'000</b>	<b>133'327</b>	<b>0,4</b>	<b>37'010'200</b>	<b>47'521'000</b>	<b>54'491'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>0.00</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Kommentar Budget**

- a) Entlastungsprogramm  
Keine wesentlichen Bemerkungen  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Die Abschreibungen entsprechen den Strassenbau-Investitionen der Kostenstelle 3020 (Tiefbauamt).

**Kommentar Finanzplan**

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
TB3032.0040 Nationalstrassenbau (100 %)								
Ausgaben	-3'361.10							
Einnahmen	3'361.10							
<b>Total Verpflichtungskredite</b>								
Ausgaben	-3'361.10							
Einnahmen	3'361.10							
Saldo	0.00							

Kommentar Budget

Letzte Rechnung im Bereich Nationalstrassenbau: Zusammenlegung der Kostenstellen 3031 und 3032 mit der Kostenstelle 3020 gemäss RRB vom 29. April 2014.

Kommentar Finanzplan

Konto wird nicht mehr weiter geführt.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Umweltschutz (AfU) trägt zur Erhaltung und Wiederherstellung einer intakten Umwelt bei. Zu den Kernaufgaben des Amtes gehören insbesondere die Überwachung der Umweltqualität und die Orientierung der Öffentlichkeit über den Zustand der Umwelt. Es ist Ansprech- und Beratungsstelle für Umweltfragen. Dabei pflegt es eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Unternehmen und Privaten sowie mit Fachstellen anderer Kantone und des Bundes. Es setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und seiner Energie- und Klimapolitik ein.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz

- Kontrollen von Betrieben und Anlagen
- Erteilung von Bewilligungen
- Massnahmenplanung bzw. Anordnung von Sanierungsmassnahmen
- Erstellung von Vollzugshilfen
- Beurteilungen von Umweltverträglichkeitsberichten

##### Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung

- Erfassung von Umweltdaten
- Darstellung von Umweltdaten

##### Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination

- Erteilen von Auskünften und Kurzberatungen
- Öffentlichkeitsarbeit, zielgruppengerechte, verständliche Kommunikation
- Erstellung von Stellungnahmen
- Mitwirkung in Arbeitsgruppen und interdisziplinäre kantonsübergreifende Zusammenarbeit

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983 (USG; SR 814.01)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (GSchG; SR 814.20)
- Bundesgesetz über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen vom 23. Dezember 2011 (CO<sub>2</sub>-Gesetz; SR 641.71)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998 (EG USG; BGS 811.1)
- Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 5. Mai 1998 (V EG USG; BGS 811.11)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)
- Verordnung zum Gesetz über die Gewässer vom 17. April 2000 (V GewG; BGS 731.11)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Altlastensanierung bei Schiessanlagen vom 29. Januar 2009

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Schutz der Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen	Mensch und Umwelt	Phosphorgehalt im Zugersee < letzte Vergleichsperiode	Phosphorgehalt im Zugersee < letzte Vergleichsperiode	Nächstes Beurteilungsjahr 2019
2	Förderung der Nutzung von erneuerbaren Energien	Private, Unternehmen, Behörden	Anteil erneuerbarer Energien im Kanton Zug steigt	Anteil erneuerbarer Energien im Kanton Zug steigt	Steigend
3	Schutz vor schädlichen und lästigen Luftverunreinigungen	Mensch und Umwelt	Anteil Wohnbevölkerung mit PM10 und NO <sub>2</sub> -Belastung über dem IGW nimmt gegenüber der letzten Messperiode ab	Anteil Wohnbevölkerung mit PM10 und NO <sub>2</sub> -Belastung über dem IGW nimmt gegenüber der letzten Messperiode ab	Nächstes Beurteilungsjahr 2017
4	Schonung der natürlichen Ressourcen	Mensch und Umwelt	Anteil recycelte Siedlungs- und Bauabfälle erhöht sich	Anteil recycelte Siedlungs- und Bauabfälle erhöht sich	Nächstes Beurteilungsjahr 2018



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz</b>					
5	Fristgerechte Beurteilung von Umweltverträglichkeitsberichten	Bewilligungsbehörden, private Bauherrschaften	80 % der Voruntersuchungen innerhalb von 30 Tagen; 80 % der Hauptuntersuchungen innerhalb von 90 Tagen	80 % der Voruntersuchungen innerhalb von 30 Tagen; 80 % der Hauptuntersuchungen innerhalb von 90 Tagen	Gleich
6	Fristgerechte und konsequente Überprüfung von Betrieben und Anlagen mittels Branchenvereinbarungen	Unternehmen, Bauherrschaften, Gemeinden, Private	95 % plangemäss überprüft; bei 90 % der nicht konformen Betriebe oder Anlagen werden bis Ende Budgetjahr Massnahmen eingeleitet	95 % plangemäss überprüft; bei 90 % der nicht konformen Betriebe oder Anlagen werden bis Ende Budgetjahr Massnahmen eingeleitet	Gleich
7	Fristgerechtes Erteilen von Bewilligungen für Tankanlagen und Erdsondenanlagen	Unternehmen, Bauherrschaften, Gemeinden, Private	90 % innerhalb von 3 Wochen	90 % innerhalb von 3 Wochen	Gleich
8	Hohe Qualität der erteilten Bewilligungen	Anlagen, Betriebe, Bauherrschaften, Gemeinden, Private	95 % der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft	95 % der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft	Gleich
9	Einhaltung der Grenzwerte der NISV	Gemeinden, Bevölkerung	95 % der QS-Kontrollberichte der Mobilfunkanbieter sind fristgerecht eingegangen; festgestellte Mängel sind fristgerecht behoben; mind. 1 Stichprobe des QS-Kontrollsystems pro Mobilfunkanbieter durchgeführt	95 % der QS-Kontrollberichte der Mobilfunkanbieter sind fristgerecht eingegangen; festgestellte Mängel sind fristgerecht behoben; mind. 1 Stichprobe des QS-Kontrollsystems pro Mobilfunkanbieter durchgeführt	Gleich
10	Einhaltung der Grenzwerte der LRV für grosse Feuerungsanlagen	Gemeinden, Bevölkerung	50 % der Anlagen sind alternierend überprüft; bei 90 % der nicht konformen Anlagen bis Ende Jahr Massnahmen eingeleitet	50 % der Anlagen sind alternierend überprüft; bei 90 % der nicht konformen Anlagen bis Ende Jahr Massnahmen eingeleitet	Gleich
11	Schutz vor schädlichen Schalleinwirkungen und Laserstrahlen	Publikum bei Veranstaltungen	1 % der Veranstaltungen kontrolliert; bei 90 % der nicht konformen Veranstaltungen bis Ende Jahr Massnahmen eingeleitet	1 % der Veranstaltungen kontrolliert; bei 90 % der nicht konformen Veranstaltungen bis Ende Jahr Massnahmen eingeleitet	Gleich
12	Unterstützung des Bundes beim Vollzug der CO <sub>2</sub> -Gesetzgebung, fristgerechte Beantwortung von Anfragen des BAFU	BAFU, Unternehmen	90 % innert Frist	90 % innert Frist	Gleich
A	Abschluss der Restwasser-sanierung	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Ausstehende Sanierungen abgeschlossen; Gesamtbericht Restwasser-sanierung liegt vor	Ausstehende Sanierungen abgeschlossen; Gesamtbericht Restwasser-sanierung inkl. Schwall und Sunk liegt vor	Verzögerungen durch Kraftwerk-betreiber bedingt
B	Schutz vor Umweltgefährdung durch Altlasten	Verursacher, Eigentümer Umwelt	Priorisierung Kbs-Standorte hinsichtlich Untersuchungsbedarf liegt vor	Kbs-Standorte mit 1. Priorität zur Untersuchung nach Altlasten-Verordnung aufgefordert	Weiteres Vorgehen je nach Ergebnis
C	Sicherstellung der umweltgerechten Entsorgung von Abfällen	Behörden, Private	Konzept zur Aktualisierung der Abfallplanung liegt vor	Aktualisierung der Abfallplanung gestartet	Weiteres Vorgehen je nach Ergebnis

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
D	Lärmsanierung Eisenbahnen: Schallschutzmassnahmen Stadt Zug	Lärmbelastete Anwohnerschaft der Stadt Zug	1. Teil Einbau Schallschutzfenster abgeschlossen	Projekt Lärmsanierung Eisenbahnen: Schallschutzmassnahmen Stadt Zug abgeschlossen	
<b>Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung</b>					
13	Überwachung der Umweltqualität nach eidgenössischer Gesetzgebung	Öffentlichkeit, Behörden, Private	95 % der geplanten Messungen durchgeführt	95 % der geplanten Messungen durchgeführt	Gleich
14	Energiemonitoring	Private, Unternehmen, Behörden	Konzept zur Erfassung von Energieverbrauch nach Energieträger liegt vor	Konzept zur Erfassung von Energieverbrauch nach Energieträger liegt vor	Steigend
<b>Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination</b>					
15	Aktuelle und regelmässige Orientierung über den Zustand der Umwelt sowie Beratung	Öffentlichkeit, Behörden, Private	2-malige Herausgabe von «Umwelt Zug»; Verfügbarkeit der Messdaten auf Webseite www.inluft.ch ist zu 95 % gewährleistet; Webseite AfU wird mind. halbjährlich aktualisiert	1-malige Herausgabe von «Umwelt Zug»; Verfügbarkeit der Messdaten auf Webseite www.inluft.ch ist zu 95 % gewährleistet; Webseite AfU wird halbjährlich aktualisiert	Gleich
16	Sensibilisierung der Bevölkerung für Umwelthanliegen durch Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Aus Budgetgründen 2015 keine Aktion vorgesehen	Keine eigene Aktion vorgesehen, aber gegebenenfalls Beteiligung an ZUDK-Aktion	Gleich
17	Fristgerechte und effiziente Stellungnahmen zu Geschäften	Bewilligungsbehörden, private Bauherrschaften	90 % der Stellungnahmen innert 2 Wochen	90 % der Stellungnahmen innert 3 Wochen	Gleich
18	Optimierung und Unterstützung des Vollzugs im Bereich Umwelt- und Gewässerschutz auf Gemeindeebene unter Berücksichtigung der bestehenden Info-Gefässe	Gemeinden	Mind. 3 Info- bzw. Schulungsanlässe	Mind. 2 Info- bzw. Schulungsanlässe	Gleich
19	Prävention von Schadenfällen durch Beratung und Information	Behörden, Private, Unternehmen	Mind. 1 Informationsveranstaltung oder -kampagne zu einem schadenrelevanten Thema	1 Informationsveranstaltung oder -kampagne zu einem schadenrelevanten Thema	Gleich
20	Aktive Mitwirkung bei der Umsetzung der kantonalen Energiepolitik	Behörden, Private, Unternehmen		Mitarbeit in mind. 3 Projekten	Steigend
E	Wahrnehmen der spezifischen Aufgaben der Energiefachstelle	Behörden, Private, Unternehmen	Mitarbeit in Arbeitsgruppen der Energiefachstellenkonferenz	«Fällt weg»	

#### Kommentar Zielsetzungen

Abkürzungsverzeichnis:

BAFU	Bundesamt für Umwelt
IGW	Immissionsgrenzwert
KbS	Kataster der belasteten Standorte
LRV	Luftreinhalte-Verordnung
NISV	Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung
NO <sub>2</sub>	Stickstoffdioxid
PM <sub>10</sub>	Feinstaub kleiner als 10 µm
QS	Qualitätssicherungssystem
WOGA	Wohn- und Gartenausstellung
ZUDK	Zentralschweizer Umweltdirektorenkonferenz

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Umweltverträglichkeitsberichte zur Beurteilung eingereicht	Anzahl	4	2–4	2–4	Gleich
Kontrolle von Betrieben mittels Branchenvereinbarungen (Garagen- und Malerbetriebe, Tankstellen, Chemische Reinigungen, Kompostier- und Bauabfallanlagen, Kiesgruben)	Anzahl	321	310	310	Gleich
Erteilte Bewilligungen für Erdsondenanlagen			120–140	100–120	Gleich
Erteilte Bewilligungen für Tankanlagen			20–30	20–30	Gleich
Erteilte Bewilligungen/Entscheide	Anzahl		250–300	250–300	Gleich
Eingehende Kontrollberichte NIS	Anzahl	18	18	18	Gleich
Beurteilung von Mobilfunkanlagen	Anzahl			50	Steigend
Kontrollen von grossen Feuerungsanlagen	Anzahl		50–60	60–65	Steigend
Kontrollen von Musikveranstaltungen	Anzahl		1'000–2'000	10–20	Gleich
Überprüfung der Umweltqualität	Anzahl Messungen (ohne kontinuierliche Messungen)	1'306	1'000–1'200	1'200–1'400	Gleich
Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb Bauzonen	Anzahl	413	300–320	340–360	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Kontrolle von Musikveranstaltungen: Im Budget 2015 wurde irrtümlicherweise das Total der Veranstaltungen angegeben (1'000–2'000). Das Ziel Nr. 11 sieht vor dass 1 % davon, d. h. 10–20 Veranstaltungen kontrolliert werden.  
Überprüfung der Umweltqualität: Die Steigerung bei der Anzahl der Messungen im Vergleich zum Budget 2015 ist v. a. auf eine Änderung der Zählmethode zurückzuführen und nicht auf eine wesentliche Ausweitung der Messnetze.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-4'425'958.79	-4'278'708	-5'554'600	-1'275'892	29,8	-4'300'100	-4'281'000	-4'338'000
<b>Total Ertrag</b>	502'960.30	413'000	430'500	17'500	4,2	450'500	450'500	450'500
<b>Saldo</b>	-3'922'998.49	-3'865'708	-5'124'100	-1'258'392	32,6	-3'849'600	-3'830'500	-3'887'500

#### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
40'000 Franken Reduktion für Messnetze (in-Luft, Wasser)  
20'000 Franken Reduktion für hydrogeologische Beratungen  
20'000 Franken Mehrertrag durch höhere Gebühren
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
1,265 Millionen Franken Mehraufwand für einmalige Abgeltung des Ertragsausfalls für die Restwassersanierung eines Kraftwerks  
Trotz des Transfers einer 50 %-Stelle vom Tiefbauamt zum Amt für Umweltschutz kann das Globalbudget, unter Berücksichtigung des ausserordentlichen Aufwands, praktisch konstant gehalten werden.

#### Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
53'000 Franken Reduktion der Entschädigung für Restwassermessungen (ab 2017)
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
BD3050.0002 Sanierung Kehricht- deponie Baarburg						
Ausgaben	-317'515.85					
Einnahmen	1'900'831.30					
BD3050.0007 Durchlaufende Beiträge Sanierung Schiessanlagen						
Ausgaben	-240'014.00	-200'000	-400'000	-300'000		
Einnahmen	240'014.00	200'000	400'000	300'000		
BD3050.0008 BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Baar						
Ausgaben	-109'432.65	-18'000				
Einnahmen	109'432.65	18'000				
BD3050.0009 BAV Vereinbarung Lärmsanierungen SBB, Zug						
Ausgaben	-39'715.90	-145'000	-62'000			
Einnahmen	39'715.90	145'000	62'000			
<b>Total Budgetkredite</b>						
Ausgaben	-706'678.40	-363'000	-462'000	-300'000		
Einnahmen	2'289'993.85	363'000	462'000	300'000		
Saldo	1'583'315.45	0	0	0		

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
BD3050.0005 Sanierung Schiessanlagen						
Ausgaben	-20'393.00	-150'000	-400'000	-300'000		
Einnahmen						
BD3050.0010 Nachfolgeschäden des National- strassenbaus						
Ausgaben	-31'397.63	-600'000	-500'000	-200'000	-100'000	-50'000
Einnahmen		300'000	250'000	100'000	50'000	25'000
<b>Total Verpflichtungskredite</b>						
Ausgaben	-51'790.63	-750'000	-900'000	-500'000	-100'000	-50'000
Einnahmen		300'000	250'000	100'000	50'000	25'000
Saldo	-51'790.63	-450'000	-650'000	-400'000	-50'000	-25'000

### Kommentar Budget

BD3050.0005/BD3050.0007, Sanierung Schiessanlagen: Der Rahmenkredit läuft Ende 2017 aus. Für die Jahre 2016 und 2017 haben die Gemeinden mehrere Sanierungen angemeldet.

BD3050.0010, Nachfolgeschäden Nationalstrassenbau: Die Bodensanierungen erfolgen primär in den Jahren 2015 und 2016.

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
351	Einlagen in Spezialfinanzie- rungen im Eigenkapital	-59'925.45	-59'000	-63'400	-4'400	7,5	-65'000	-66'600	-68'300
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-59'925.45</b>	<b>-59'000</b>	<b>-63'400</b>	<b>-4'400</b>	<b>7,5</b>	<b>-65'000</b>	<b>-66'600</b>	<b>-68'300</b>
420	Ersatzabgaben	37'487.00	35'000	38'000	3'000	8,6	38'000	38'000	38'000
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	22'438.45	24'000	25'400	1'400	5,8	27'000	28'600	30'300
	<b>Total Ertrag</b>	<b>59'925.45</b>	<b>59'000</b>	<b>63'400</b>	<b>4'400</b>	<b>7,5</b>	<b>65'000</b>	<b>66'600</b>	<b>68'300</b>
	<b>Saldo</b>	<b>0.00</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Kommentar Budget**

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

**Kommentar Finanzplan**

Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Hochbauamt ist verantwortlich für kantonseigene Gebäude und bebaute Liegenschaften. Dazu gehören die Planung und die Realisierung von Neubauten sowie die Werterhaltung der Hochbauten und deren Betrieb. Das Hochbauamt ist zudem verantwortlich für die Zumietung von Liegenschaften und erbringt diverse weitere Dienstleistungen (Postdienst, Restaurant usw.).

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfolio-management

- Objektstrategie, Instandhaltungsstrategie und langfristige Büroraumplanung

##### Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten

- Planung und Realisierung Neubauten
- Planung und Realisierung von Erweiterungen und Umbauten

##### Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur

- Bauliche und technische Instandhaltung, Energie- und Betriebs-optimierung sowie Energieversorgung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Bauliche und technische Instandsetzung und Mieterausbauten der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Ökonomische, qualitätsgesicherte Reinigung, Pflege, Ver- und Entsorgung für zugeteilte Liegenschaften
- Planung und Einrichtung von Arbeitsplätzen in den zugeteilten Liegenschaften
- Vermietungen von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Bewirtschaftung und Vermietung der Liegenschaften des Finanzvermögens
- Zumietung von Immobilien und Flächen für die kantonale Verwaltung

##### Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation

- Betrieb des Dienstleistungszentrums (DLZ) und des Restaurants Aabächli

- Bewirtschaftung von Parkplätzen; Bewirtschaftung von Dienstfahrzeugen für die Baudirektion

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden vom 31. August 2006 (Finanzhaushaltgesetz; BGS 611.1, § 39)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Gewährleistung der Sicherheit der kantonalen Behörden, der kantonalen Verwaltung und der Gerichte vom 17. April 2003 (BGS 154.51)
- Reglement über die Bewirtschaftung und Zuteilung von Parkplätzen in der kantonalen Verwaltung vom 4. Juli 1995 (BGS 154.219)
- Submissionsgesetz vom 2. Juni 2005 (SubG; BGS 721.51)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB; BGS 721.52)
- Submissionsverordnung vom 20. September 2005 (SubV; BGS 721.53)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistung «Festnetzkommunikation sowie Beschaffung und technischer Support für die Mobilgeräte (Handys)» wird ab 1. Januar 2016 vom Amt für Informatik und Organisation (AIO) erbracht. Zwei Personalstellen wechseln ins AIO. Die Fachstelle Sicherheit (180 Stellenprozent) mit der Leistung «Durchführung von Sicherheitskursen und Fachstelle für Sicherheitsfragen für die kantonale Verwaltung und Gerichte» wechselt ins Direktionssekretariat der Baudirektion.

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Sicherstellung eines funktionierenden Qualitätsmanagementsystems (QMS)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Durchführung von zwei 2 Audits; Durchführung 1 externes Audit	Durchführung von 2 Audits; Durchführung 1 externes Audit	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfoliomanagement</b>					
A	Zustandsbewertung gemäss Stratus für ausgewählte Objekte	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Ist abgeschlossen	«Fällt weg»	
B	Immobilienstrategie	Kantonale Verwaltung und Gerichte		Ist implementiert	Abschluss
<b>Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten</b>					
2	Einhaltung der Kosten bei abgerechneten Verpflichtungskrediten	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Keine Kostenüberschreitungen	Keine Kostenüberschreitungen	Gleich
3	Hohe Zufriedenheit von 5 Leistungsabnehmenden bei Schlüsselprojekten (Neubauten/Umbauten)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	90 % mit Status gut/sehr gut	90 % mit Status gut/sehr gut	Gleich
C	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, Steinhausen	Amt für Verbraucherschutz	Rohbau erstellt	Vorabnahmen Fertigstellung erfolgt	Abschluss
D	Brückenangebot KBA, Umbau und Aufstockung Trakt 1 GIBZ	Amt für Brückenangebote	Rohbau erstellt	Umbau fertiggestellt und dem Betrieb und Nutzenden übergeben	Abschluss
E	Erweiterungsbau GIBZ Trakt 5	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	GU-Ausschreibung abgeschlossen	Baubeginn erfolgt	Abschluss
F	Kantonsspital-Areal, Zug	Diverse	Bebauungsplanverfahren abgeschlossen	Wettbewerbsverfahren ist gestartet	Vermarktung
G	Instandsetzung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schöna	Amt für Zivilschutz und Militär	Start Projektierung	KRB Objektkredit genehmigt	Abschluss
H	Sanierung Shedhalle und Hochbau, Ausbau FMS	Kantonale Verwaltung und Gerichte		KRB Objektkredit erstellt	Realisierung
I	Instandsetzung Theilerhaus	Diverse		KRB Objektkredit erstellt	Realisierung
L2	Planung Verwaltungszentrum 3	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Vorprojekt erarbeitet	«Fällt weg»	
L2	Planung Hauptstützpunkt ZVB	Zugerland Verkehrsbetriebe	Vorprojekt erarbeitet	KRB Objektkredit erstellt	Realisierung
L4	Planung Neubau Gymnasium Cham	Kantonsschule Zug	Programm Projektwettbewerb erarbeitet	KRB Kredit Wettbewerb genehmigt	Realisierung
L4	Neubau Turnhallen und Provisorien Kantonsschule Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Baugesuche erstellt	Provisorien fertiggestellt und bezogen; Baubeginn Turnhallen erfolgt	Realisierung
L4	Neu- und Umbau Kantonschule Menzingen	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Provisorien erstellt, Baubeginn erfolgt	Baufortschritt gemäss Terminplan	Abschluss
<b>Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur</b>					
4	Instandhaltung und Instandsetzung des Liegenschaftensportfolios	Kantonale Verwaltung und Gerichte	1,25 % vom Gebäudeversicherungswert	1,00 % vom Gebäudeversicherungswert	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
5	Hohe Zufriedenheit von 10 Leistungsabnehmenden im Bereich von Mieterausbauten	Kantonale Verwaltung und Gerichte	90 % mit Status gut/sehr gut	90 % mit Status gut/sehr gut	Gleich
6	Guter Zustand des Gebäudeparks	Kantonale Verwaltung und Gerichte	85 % (Zustandswert zu Neuwert nach Stratus)	84 % (Zustandswert zu Neuwert nach Stratus)	Sinkend
7	Tiefer Energieverbrauch Standort an der Aa	Kantonale Verwaltung und Gerichte	98 kWh/m2 pro Jahr (Elektro); 35 kWh/m2 pro Jahr (Wärme); 49 CO2/t pro Jahr	98 kWh/m2 pro Jahr (Elektro); 33 kWh/m2 pro Jahr (Wärme); 49 CO2/t pro Jahr	Gleich
8	Hohe Auslastung Vermietung Objekte Liegenschaften des FV (ohne Artherstrasse 27 und Zugerbergstasse 22, Zug)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	100 %	100 %	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation</b>					
9	Hohe Auslastung des Restaurants Aabächli	Interne und externe Gäste	53'000 verkaufte Mahlzeiten	53'000 verkaufte Mahlzeiten	Gleich
10	Hohe Qualität der Sicherheitskurse	Kantonale Verwaltung und Gerichte	> 3.5 (1 = ungenügend; 2 = genügend; 3 = gut; 4 = sehr gut)	«Fällt weg»	

#### Kommentar Zielsetzungen

##### a) Entlastungsprogramm

Ziel 4, Instandhaltung und Instandsetzung des Liegenschaftenportfolios: Im Rahmen der Sparanstrengungen wurde die Kennzahl schon im Jahr 2015 auf 1,15 % reduziert (aufgrund der Kürzungen durch den Kantonsrat ist die Zahl im publizierten Budget nicht korrekt). Die weitere Reduktion der Kennzahl auf 1,00 % ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Gebäudeversicherungswert aufgrund des Kaufs der Liegenschaften Kantonsschule Menzingen und Chamau stark angewachsen ist.

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Ziel 6, Guter Zustand des Gebäudeparks: Angesichts der Tatsache, dass 2016 keine grösseren Sanierungen und Neubauten abgeschlossen werden, ist ein leicht sinkender Zustandswert normal (Skala: 85–100 % = «sehr gut»; 70–85 % = «gut» usw.).

Ziel 10, Hohe Qualität der Sicherheitskurse: Fällt weg, da nicht mehr in der Zuständigkeit des HBA. Die Fachstelle Sicherheit ist ab 1. Januar 2016 dem Direktionssekretariat der Baudirektion angegliedert.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Kantonseigene Objekte VV	Anzahl	118	119	141	Steigend
Kantonseigene Objekte FV	Anzahl	15	15	15	Gleich
Gemietete Objekte	Anzahl	36	36	38	Steigend
Gebäudeversicherungswert der staatseigenen Gebäude	in Mio. Fr.	1'012	1'000	1'071	Steigend
Bewirtschaftete Parkplätze	Anzahl	2'008	2'000	2'000	Sinkend
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl	6'966	7'200	7'000	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl Objekte verändert sich bis Ende 2016 aufgrund folgender Vorgänge (im Vergleich zum Bestand per Ende 2014):

- Neubau Provisorium Kantonsschule Zug: 1 neues Objekt im VV
- Kauf der Liegenschaft Chamau: 22 neue Objekte im VV
- Zusätzlicher Lagerraum für Amt für Denkmalpflege und Archäologie: 1 neues Mietobjekt
- Raumbedürfnisse ZUPO und Direktionssekretariat Sicherheitsdirektion: 1 neues Mietobjekt



#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-33'091'917.95	-34'206'839	-31'807'461	2'399'378	-7,0	-31'896'661	-31'942'561	-32'034'361
Total Ertrag	8'558'756.82	7'935'715	7'792'276	-143'439	-1,8	7'792'276	7'792'276	7'792'276
Saldo	-24'533'161.13	-26'271'124	-24'015'185	2'255'939	-8,6	-24'104'385	-24'150'285	-24'242'085

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

600'000 Franken weniger Aufwand bei den Mobiliaranschaffungen

190'000 Franken Mehreinnahmen durch die Weiterverrechnung der Miete an das Museum in der Burg

100'000 Franken tiefere Kosten wegen Reduktion von Bürounterhaltsreinigungen und Entsorgungen bei Büroarbeitsplätzen

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Rund 1,5 Millionen Franken tieferes Nettoergebnis wegen Verschiebung der Telekommunikation ins AIO

Rund 250'000 Franken tiefere Kosten wegen Verschiebung der Fachstelle Sicherheit ins Direktionssekretariat der Baudirektion

Zusätzliche Mietkosten in der Höhe von 230'000 Franken im Zusammenhang mit den Raumbedürfnissen Zuger Polizei und Direktionssekretariat Sicherheitsdirektion (vgl. dazu auch IR-Kredit HB3060.0157).

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

Trotz steigendem Instandsetzungsbedarf werden die im Jahr 2016 budgetierten Mittel in dem Bereich auch für die Planjahre eingesetzt.

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
HB3060.0116 Hinterbergstr. 41, Steinhausen Sanierung Flachdach								
Ausgaben	-19'443.20							
Einnahmen								
HB3060.0118 Museum Burg Lagerräume Lorzenweg 30, Zug								
Ausgaben	395.50							
Einnahmen	140'000.00							
HB3060.0124 Erneuerungsbeitrag Sporthalle Zug								
Ausgaben			-225'000					
Einnahmen								
HB3060.0125 Ersatz Heizanlage LBBZ Schluecht								
Ausgaben	-57'234.80							
Einnahmen								
HB3060.0129 Kantonsschule Zug, Trennsystem Kanali- sation								
Ausgaben	-581'322.55	-440'000						
Einnahmen								
HB3060.0130 Integration Gebäude- technik GIBZ								
Ausgaben	-705.25							
Einnahmen								

Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3060 – Hochbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
HB3060.0132 Mieterausbau PDS, Luzernerstr. 9, Cham								
Ausgaben	-280'239.15							
Einnahmen								
HB3060.0133 Mieterausbau PDS, Kolinplatz 4 + 14, Zug								
Ausgaben	-1'127'489.43							
Einnahmen								
HB3060.0134 Instandsetzung Gebäudeleitsystem GIBZ Trakt 1								
Ausgaben	-455'436.10							
Einnahmen								
HB3060.0135 Anschaffung und Installation Defibrillatoren								
Ausgaben	-22'692.15	-470'000						
Einnahmen								
HB3060.0136 Anzeigesystem Kantonsratssaal								
Ausgaben			-470'000					
Einnahmen								
HB3060.0139 Optimierung Kühlung Zuger Kantonsspital, Baar								
Ausgaben	-311'091.65							
Einnahmen								
HB3060.0140 Mieterausbau Landis & Gyr-Strasse 1, Zug								
Ausgaben	-673'746.55	-1'600'000						
Einnahmen								
HB3060.0141 Grundwasserboh- rungen GIBZ Energie- zentrale								
Ausgaben	-249'729.00	-120'000						
Einnahmen								
HB3060.0142 Instandsetzung Energiezentrale GIBZ								
Ausgaben		-990'000						
Einnahmen								
HB3060.0143 Erneuerung Glasfassade GIBZ Zwischentrakt 3								
Ausgaben		-850'000	-930'000					
Einnahmen								
HB3060.0144 Erneuerung Aussen- beleuchtung KSZ								
Ausgaben		-570'000						
Einnahmen								

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
HB3060.0145 Ersatz Wärmepumpen und Wärmeverteilung KSZ								
Ausgaben		-850'000						
Einnahmen								
HB3060.0146 Flachdachsanierungen KSZ								
Ausgaben		-800'000						
Einnahmen								
HB3060.0149 Asylunterkunft Artherstrasse 27, Zug								
Ausgaben	-307'913.70							
Einnahmen								
HB3060.0156 Ersatz Beschattung Strassenverkehrsamt								
Ausgaben			-850'000					
Einnahmen								
HB3060.0157 Raumbedürfnisse ZUPO und Direktionssekretariat SD								
Ausgaben			-650'000					
Einnahmen								
HB3060.0158 Büroausbau 2. OG AVS, Steinhausen								
Ausgaben			-480'000			-480'000		
Einnahmen								
IT3060.0006 Auftrags- und Instandhaltungsmanagement								
Ausgaben	-245'143.25	-70'000	-37'000					
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben	-4'331'791.28	-6'760'000	-3'642'000			-480'000		
Einnahmen	140'000.00							
<b>Saldo</b>	<b>-4'191'791.28</b>	<b>-6'760'000</b>	<b>-3'642'000</b>			<b>-480'000</b>		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
HB3060.0081 Museum in der Burg, Umbau								
Ausgaben	-363'729.37							
Einnahmen								
HB3060.0082 WMS/FMS Hofstrasse Zug, Projektierung								
Ausgaben	-4'536.00							
Einnahmen								

Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3060 – Hochbauamt

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
HB3060.0095 AVS Steinhausen, Projektwettbewerb								
Ausgaben	-178'752.50							
Einnahmen								
HB3060.0105 AVS Steinhausen: Bauausführung								
Ausgaben	-1'316'997.14	-6'000'000	-8'000'000			-6'000'000	-984'000	
Einnahmen								
HB3060.0106 KSM Menzingen: Bauausführung inkl. Landerwerb								
Ausgaben	-15'730'577.35	-8'000'000	-25'000'000			-25'000'000	-25'000'000	-5'570'000
Einnahmen								
HB3060.0115 Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)								
Ausgaben	-4'727'963.20	-4'200'000	-2'800'000			-3'500'000	-3'500'000	-3'500'000
Einnahmen								
HB3060.0117 Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5 Zug								
Ausgaben		-1'000'000	-5'000'000			-9'000'000	-9'000'000	-700'000
Einnahmen								
HB3060.0119 Kantonsschule Zug, Neubau Provisorien								
Ausgaben	-294'033.80	-4'000'000	-5'000'000			-506'000		
Einnahmen								
HB3060.0120 Kantonsschule Zug, Neubau Turnhalle								
Ausgaben			-5'500'000			-6'800'000	-5'700'000	
Einnahmen			3'000'000					
HB3060.0121 Brückenangebot KBA, Aufstockung Trakt 1 GIBZ								
Ausgaben	-1'425'759.60	-3'500'000	-3'700'000					
Einnahmen								
HB3060.0122 Stadtgarten Zug, Bauausführung								
Ausgaben	105'712.85							
Einnahmen	-27'394.05							
HB3060.0123 Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar								
Ausgaben	-466'800.00							
Einnahmen								
HB3060.0126 Sanierung / Umbau Artherstr. 25, Zug								
Ausgaben	-1'950'261.15	-3'235'000						
Einnahmen								
HB3060.0128 Erweiterungsbau Malerei/Ablaugerei Bostadel								
Ausgaben	-300'000.00							
Einnahmen								

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
HB3060.0137 Instandsetzung AZ Schönau: Planungskredit								
Ausgaben	-267'679.25	-500'000	-119'000					
Einnahmen								
HB3060.0147 Wettbewerb Kantonsschule Cham								
Ausgaben		-500'000						
Einnahmen								
HB3060.0150 Kauf und bauliche Massnahmen Chamau								
Ausgaben	-15'000'000.00		-1'750'000			-7'525'000		
Einnahmen								
<b>Total Verpflichtungskredite</b>								
Ausgaben	-41'921'376.51	-30'935'000	-56'869'000			-58'331'000	-44'184'000	-9'770'000
Einnahmen	-27'394.05		3'000'000					
Saldo	-41'948'770.56	-30'935'000	-53'869'000			-58'331'000	-44'184'000	-9'770'000

**Kommentar Budget**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Institutionelle Gliederung  
Baudirektion  
3061 – Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
310	Material- und Warenaufwand	-20'232.51	-14'000	-14'000	0	0,0	-14'000	-14'000	-14'000
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV	-18'513.98	-35'400	-35'900	-500	1,4	-35'900	-35'900	-35'900
313	Dienstleistungen und Honorare	-191'989.53	-226'350	-234'650	-8'300	3,7	-234'650	-234'650	-234'650
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV	-218'795.52	-242'000	-295'500	-53'500	22,1	-295'500	-295'500	-295'500
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-335'983.17	-321'265	-311'895	9'370	-2,9	-311'895	-311'895	-311'895
319	Übriger Betriebsaufwand		42'286		-42'286	-100,0			
351	Einlagen in Spezialfinan- zierungen im Eigenkapital	-498'188.37	-347'985	-800'055	-452'070	129,9	-835'955	-872'155	-904'355
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen	-100'000.00	-50'000	-100'000	-50'000	100,0	-100'000	-100'000	-100'000
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-9'970.00	-14'000		14'000	-100,0	-1'100		
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	-401'212.36	-419'000	-378'000	41'000	-9,8	-341'000	-306'000	-275'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-1'794'885.44</b>	<b>-1'627'714</b>	<b>-2'170'000</b>	<b>-542'286</b>	<b>33,3</b>	<b>-2'170'000</b>	<b>-2'170'100</b>	<b>-2'171'300</b>
429	Übrige Entgelte	700.00							
447	Liegenschaftenertrag VV	1'794'185.44	1'670'000	2'170'000	500'000	29,9	2'170'000	2'170'000	2'170'000
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand							100	1'300
	<b>Total Ertrag</b>	<b>1'794'885.44</b>	<b>1'670'000</b>	<b>2'170'000</b>	<b>500'000</b>	<b>29,9</b>	<b>2'170'000</b>	<b>2'170'100</b>	<b>2'171'300</b>
	<b>Saldo</b>	<b>0.00</b>	<b>42'286</b>	<b>0</b>	<b>-42'286</b>	<b>-100,0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

500'000 Franken Mehrertrag durch Anpassung Gebühren (insbesondere für Mitarbeitende) und Regelungen in Bezug auf Spezialtarife.

Die Leistungen im Zusammenhang mit der Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung werden vom Hochbauamt erbracht und sind im entsprechenden Leistungs-  
auftrag (inkl. Kennzahlen) enthalten.

Kommentar Finanzplan

Insbesondere wegen der degressiven Abschreibung steigen die Überschüsse über die Planjahre laufend.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
HB3061.0023 Neugestaltung PP und Umgebung LBBZ Schluecht								
Ausgaben		-600'000						
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
<b>Ausgaben</b>		<b>-600'000</b>						
<b>Einnahmen</b>								
<b>Saldo</b>		<b>-600'000</b>						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
HB3061.0022 Parkleitsystem Zug								
Ausgaben	-41'212.36							
Einnahmen	40'000.00							
<b>Total Verpflichtungskredite</b>								
Ausgaben	-41'212.36							
Einnahmen	40'000.00							
Saldo	-1'212.36							

**Kommentar Budget**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Raumplanung sorgt für eine zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und trägt den Natur- und Kulturlandschaften des Kantons Sorge. Es koordiniert und steuert die räumliche Entwicklung im Kanton, erarbeitet die Gesamtverkehrsplanung, erstellt die Agglomerationsprogramme und führt die kantonale Statistik.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Übergeordnete Planungen

- Kantonale Richtplanung
- Sachplanungen und Konzepte des Bundes
- Interkantonale Zusammenarbeit
- Raumbewachung

##### Leistungsgruppe 2: Verkehr und Agglomerationen

- Kantonale Verkehrsplanung
- Kantonales Verkehrsmodell
- Fachstellen kantonale Wanderwege und Radwege
- Agglomerationsprogramme

##### Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft

- Landschaftsschutz
- Arten- und Biotopschutz
- Gartendenkmalpflege

##### Leistungsgruppe 4: Kantonale Koordinationsstelle

- Ortsplanungen und Bebauungspläne
- Baugesuche und Plangenehmigungsverfahren
- Konzessionen und Nutzung Gewässer
- Kantonale Nutzungszonen Kies- und Abfallanlagen

##### Leistungsgruppe 5: Fachstelle Statistik

- Erhebung
- Koordination
- Berichterstattung

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 (RPG, SR 700) und Raumplanungsverordnung vom 28. Juni 2000 (SR 700.1)
- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz, RHG; SR 431.02) und dazu gehörende Verordnung
- Bundesgesetz vom 22. Juni 2007 über die eidgenössische Volkszählung (Volkszählungsgesetz; SR 431.112) und dazu gehörende Verordnung
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1996 (NHG; SR 451)
- Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991 (GSchG; SR 814.20)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 30. Oktober 2008 (EG RHG; BGS 251.1) und dazu gehörende Verordnung
- Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz vom 1. Juli 1993 (GNL; BGS 432.1)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG; BGS 731.1)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW; BGS 751.14)
- Kantonaler Richtplan vom 28. Januar 2004 (BGS 711.3)
- Planungs- und Baugesetz vom 26. November 1998 (PBG; BGS 721.11)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Übergeordnete Planungen</b>					
1	Haushälterische Bodennutzung durch Interessenabwägungen im Richtplan	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat	Regierungsratsbeschluss 6 Wochen nach Abschluss der öffentlichen Mitwirkung	Regierungsratsbeschluss 6 Wochen nach Abschluss der öffentlichen Mitwirkung	Gleich
A	Unterirdische Verlegung der 380 kV Leitung Mettlen–Benken in Absprache mit Bund	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden, Dritte	Öffentliche Auflage der Anpassung des Richtplans 2015	Beginn Erarbeitung Machbarkeitsstudie	Abschluss 2017



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
L1	Beschluss RR des neuen Raumordnungskonzepts (ROK)	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Aktualisierung der Bauzonensstatistik 2014 bis März; öffentliche Auflage ROK 16 bis November	Erstellung ROK-Entwurf; Vorbereitung Richtplananpassung abgeschlossen	Beschluss Kantonsrat Ende 2017
<b>Leistungsgruppe 2: Verkehr und Agglomerationen</b>					
2	Optimieren Verkehrsmodell und Informieren über Verkehrsentwicklungen	Bund, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Verkehrsmodell zu 100 % einsatzfähig; 70 Verkehrserhebungen mit Auswertung	70 Verkehrserhebungen mit Auswertung bis Ende Jahr	Gleich
B	Anpassen Zuger Wanderwegnetz	Bund, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Kantonsratsbeschluss Wanderwegnetz im Zuger Richtplan bis Mitte Jahr	Öffentliche Auflage Zuger Richtplan bis Mitte Jahr	Beschluss Kantonsrat 2017
C	Erarbeiten Agglomerationsprogramme	Bund, Regierungsrat	Unterschrift Bund zum Programm 2. Generation bis Anfang Jahr; Start Erarbeitung Programm 3. Generation ab Mitte Jahr	Richtplananpassung bis Oktober; Eingabe Programm 3. Generation bis Ende Jahr	Genehmigung Aggloprogramm durch Bundesrat Ende 2017
<b>Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft</b>					
3	Ökologisches Aufwerten der Hoch- und Flachmoore und Bekämpfung der Neophyten in Mooren	Bund, Direktionen, Gemeinden, Korporationen, Dritte	Betreuen von 5 Aufwertungsprojekten; 50 % Reduktion der Neophyten in ausgewählten Mooren	Betreuen von Aufwertungsprojekten; 50 % Reduktion der Neophyten in 13 Mooren	Steigend
4	Vermindern der Interessenkonflikte Naturschutz, Erholung und Landwirtschaft auf dem Zugerberg	Direktionen, Gemeinden, Korporationen, Dritte	Eröffnung Bike-Trail und Regeln des Betriebes; Umlegung Loipe Zugerberg	Konzept Schneeschuhrouuten erarbeiten	Abschluss Konzept 2017
D	Erstellen Konzept vielfältige und vernetzte Landschaft	Bund, Direktionen, Dritte	Regierungsratsbeschluss bis Mitte Jahr; Start von 2 konkreten Umsetzungen	Konkretisierung von 2 Massnahmen bis Ende Jahr	Abschluss Umsetzung 2019
<b>Leistungsgruppe 4: Kantonale Koordinationsstelle</b>					
5	Zeitgerechte Gesuchsbehandlung	Bund, Gemeinden, Dritte	80 % Einhalten der Fristen; Entscheide Verwaltungsgericht zu 90 % im Sinne des Amtes	80 % Einhalten der Fristen; Entscheide Verwaltungsgericht zu 90 % im Sinne des Amtes	Gleich
E	Vereinfachen GemDat (Baubewilligungsverfahren)	Direktionen, Gemeinden, Dritte	Installation neuer Schnittstellen zwischen GemDat und Zahlungssoftware und weiteren Anwendungen	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 5: Fachstelle Statistik</b>					
6	Fristgerechter Datenaustausch	Bund	Liefern Volkszählungsdaten und Bildungsstatistik zu 100 % innert Frist	Liefern Volkszählungsdaten und Bildungsstatistik zu 100 % innert Frist	Steigend
7	Kundenorientierter Betrieb EKV4 (Einwohnerkontrolle)	Gemeinden	Beantwortung 90 % der Kundenanfragen innert 24 Stunden	Beantwortung 90 % der Kundenanfragen innert 24 Stunden	Sinkend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
8	Orientierung zu Entwicklungen mit statistischen Daten	Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen, Dritte	Zug in Zahlen bis Oktober; 4 elektronische Newsletter; Beantwortung 95 % aller Anfragen innert 24 Stunden	Zug in Zahlen bis Oktober; 4 elektronische Newsletter; Beantwortung 95 % aller Anfragen innert 24 Stunden	Steigend
F	Gesetzliche Grundlage zur Statistik	Kantonsrat, Direktionen	Kantonsratsbeschluss zum Statistikgesetz	Reformstruktur läuft; Gesetz tritt bis Ende Jahr in Kraft	Umsetzung ab 2017

#### Kommentar Zielsetzungen

Die Projekte A, L1, C und D stehen als Projekte im Vordergrund und benötigen grosse personelle und finanzielle Ressourcen.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Baugesuche und Bauanfragen	Anzahl	464	450	470	Steigend
Zonen- und Bebauungspläne	Anzahl	21	30	20	Steigend
Baugesuche Kies- und Abfallanlagen	Anzahl		10	10	Gleich
Konzessionsgesuche	Anzahl	5	30	10	Gleich
Entscheide des ARP vor Verwaltungsgericht	Anzahl		10	15	Gleich
Anfragen zu Verkehrserhebungen	Anzahl		30	30	Steigend
Neophytenbekämpfung in ausgewählten Mooren	Anzahl		13	13	Steigend
Anfragen zu Statistik und EKV4	Anzahl		600	600	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-6'730'311.65	-6'817'358	-6'592'400	224'958	-3,3	-6'376'400	-6'195'200	-6'227'900
Total Ertrag	1'309'635.00	1'289'200	1'325'600	36'400	2,8	1'088'000	1'183'000	1'183'000
Saldo	-5'420'676.65	-5'528'158	-5'266'800	261'358	-4,7	-5'288'400	-5'012'200	-5'044'900

#### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
99'000 Franken Reduktion bei IT-Fachanwendungen  
60'000 Franken Reduktion bei externen Planungen und Projektierungen  
30'000 Franken Reduktion aus diversen Konten  
14'000 Franken Reduktion im Personalaufwand  
65'000 Franken Mehrertrag durch höhere Einnahmen für Gebühren
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

#### Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
40'000 Franken Reduktion bei Leistungsvereinbarung Wanderwege (2018)  
160'000 Franken Reduktion Ökobeiträge und Hochstammbäume in der Landwirtschaft (2018)  
145'000 Franken Reduktion bei IT-Fachanwendungen (2017)  
95'000 Franken Mehrertrag aus Konzessionen (2018)
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT3080.0001 GemDat Raum						
Ausgaben	-61'265.15	-60'000				
Einnahmen						
IT3080.0002 GemDat Rubin Phase 2						
Ausgaben	-105'625.20	-222'000				-150'000
Einnahmen	151'209.00	88'800				
<b>Total Budgetkredite</b>						
<b>Ausgaben</b>	<b>-166'890.35</b>	<b>-282'000</b>				<b>-150'000</b>
<b>Einnahmen</b>	<b>151'209.00</b>	<b>88'800</b>				
<b>Saldo</b>	<b>-15'681.35</b>	<b>-193'200</b>				<b>-150'000</b>

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
BD3080.0006 Hochspannungsltg. Entschädigung, Landschaftsschutz						
Ausgaben	-13'000.00	-100'000	-100'000	-100'000	-100'000	-100'000
Einnahmen		33'000	33'000	33'000	33'000	33'000
BD3080.0009 Unterirdische Füh- rung elektr.Über- tragungsleitungen						
Ausgaben		-333'000	-400'000	-300'000	-200'000	
Einnahmen						
<b>Total Verpflichtungskredite</b>						
<b>Ausgaben</b>	<b>-13'000.00</b>	<b>-433'000</b>	<b>-500'000</b>	<b>-400'000</b>	<b>-300'000</b>	<b>-100'000</b>
<b>Einnahmen</b>		<b>33'000</b>	<b>33'000</b>	<b>33'000</b>	<b>33'000</b>	<b>33'000</b>
<b>Saldo</b>	<b>-13'000.00</b>	<b>-400'000</b>	<b>-467'000</b>	<b>-367'000</b>	<b>-267'000</b>	<b>-67'000</b>

#### Kommentar Budget

Das elektronische Baugesuchssystem GemDat wird bis 2018 nicht weiter ausgebaut. Start der Studie zur Machbarkeit in Sachen unterirdische Führung elektr. Übertragungsleitungen.

#### Kommentar Finanzplan

Projekt unterirdische Führung elektr. Übertragungsleitungen sollte bis 2019 abgeschlossen sein.



Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
3500	Direktionssekretariat	-2'314'584.78	-2'412'414	-2'404'460	7'954	-0,3	-2'271'060	-2'280'060	-2'298'760
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'156'155.96	-2'352'244	-2'157'820	194'424	-8,3	-2'175'320	-2'211'020	-2'212'120
3541	Stabsstelle Notorganisation	-105'391.10	-449'694	-513'700	-64'006	14,2	-728'700	-597'200	-597'300
3542	Zivilschutz Spezial- finanzierung		39'710	0	-39'710	-100,0	0	0	0
3581	Strassenverkehrsamt	2'301'176.80	2'612'685	2'951'920	339'235	13,0	3'626'720	3'571'820	3'389'520
3587	Amt für Feuerschutz	-257'310.40	-230'818	-227'400	3'418	-1,5	-227'600	-227'600	-227'600
3590	Zuger Polizei	-44'685'865.34	-44'025'730	-42'800'300	1'225'430	-2,8	-42'146'700	-41'968'300	-42'251'100
3592	Amt für Migration	-1'417'324.93	-1'639'906	-1'636'280	3'626	-0,2	-1'665'880	-1'685'780	-1'719'280
3595	Strafanstalt	-2'806'344.28	-2'789'810		2'789'810	-100,0			
3596	Amt für Justizvollzug			-7'777'470	-7'777'470		-7'776'270	-7'790'170	-7'817'670
3597	Vollzugs- und Bewährungs- dienst	-4'682'061.32	-5'199'963		5'199'963	-100,0			
35	<b>Sicherheitsdirektion</b>	<b>-56'123'861.31</b>	<b>-56'448'184</b>	<b>-54'565'510</b>	<b>1'882'674</b>	<b>-3,3</b>	<b>-53'364'810</b>	<b>-53'188'310</b>	<b>-53'734'310</b>

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
3541	Stabsstelle Notorganisation	-282'211.89	-150'000		150'000	-100,0			
3581	Strassenverkehrsamt	-481'106.64	-190'000	-100'000	90'000	-47,4	-50'000		
3587	Amt für Feuerschutz	-77'733.30	-618'000	-31'232	586'768	-94,9			
3590	Zuger Polizei	-5'928'700.31	-7'030'000	-2'496'000	4'534'000	-64,5	-570'000	-550'000	
35	<b>Sicherheitsdirektion</b>	<b>-6'769'752.14</b>	<b>-7'988'000</b>	<b>-2'627'232</b>	<b>5'360'768</b>	<b>-67,1</b>	<b>-620'000</b>	<b>-550'000</b>	

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Im Rahmen des Entlastungsprogramms (EP 2015–2018) wurde der Personaletat gegenüber dem Budget 2015 um sechs Personaleinheiten reduziert. Zum einen ging die Zusammenlegung der Strafanstalt mit dem Vollzugs- und Bewährungsdienst mit einem Abbau von 0,75 Personaleinheiten einher. Zum anderen zeigen das Negativwachstum von einem Prozent sowie weitere Entlastungsmassnahmen wie der Verzicht auf die Hilfspolizei oder die Nichtbesetzung einer vom Kantonsrat beschlossenen Personalstelle für die Videoüberwachung beim Personalbudget der Zuger Polizei ihre Wirkung.

Beim Sachaufwand wurden die allgemeinen Kürzungsvorgaben konsequent umgesetzt. Bei einer Gesamtbetrachtung kommt der Sachaufwand der Direktion unter dem Budget 2015 (inkl. KR-Kürzung um fünf Prozent) zu liegen. Massnahmen wie die reduzierte Anzahl Verkehrsgutachten, die Vertragsauflösung mit CareLink, die verminderte Präsenz an Messen oder der Verzicht auf gewisse Entwicklungen im IT-Bereich bewirken weitere Kürzungen. Die Verlagerung eines Teils des Aufwands des Amtes für Zivilschutz und Militär in die Spezialfinanzierung Zivilschutz bringt ebenfalls eine zusätzliche Entlastung. In einem ersten Schritt verursacht die aufgrund des EP geplante Versteigerung von Kontrollschildern Zusatzaufwand, da sie die Beschaffung eines Webtools voraussetzt. Neue Vorgaben des Bundes machen zudem die Beschaffung von Geräten für gerichtsverwertbare Atemalkoholkontrollen notwendig.

Auf der Ertragsseite wird mit wesentlichen Zunahmen durch die Umsetzung verschiedener Entlastungsmassnahmen gerechnet. Bereits Ende 2016 sollen Einnahmen durch die Versteigerung von Kontrollschildern erzielt werden. Mittels einer Kürzung der Prüfzeiten der Motorfahrzeuge mit gleichzeitiger Erhöhung der Gebühren werden Mehrerträge beim Strassenverkehrsamt erwartet. Die Abschaffung des bisher bei Verkehrsmessungen zusätzlich gewährten Stundenkilometers, der über die gesetzliche Toleranz hinausgeht, führt ebenfalls zu Mehreinnahmen.

Die gesamten Auswirkungen des EP werden aber erst ab 2018 ersichtlich. Gewisse Massnahmen können aufgrund vertraglicher Bindungen erst später umgesetzt werden oder setzen die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen voraus. Eine nachhaltige Entlastung des Aufwands soll aus der Reduktion der Anzahl Opferberatungsstellen oder der Zusammenlegung von Polizeidienststellen resultieren. Namhafte Mehreinnahmen werden von der jährlichen Kontrollschildderversteigerung und der Einführung einer Schiffssteuer erwartet. Auch die konsequente Verrechnung von Kosten an Personen, die einen Polizeieinsatz verursachen (zum Beispiel der selbstverschuldete Polizeigewahrsam aufgrund extensiven Alkoholkonsums), sollte sich künftig positiv auf das Gesamtergebnis auswirken.

Mit dem Abschluss des Projekts Polycom und der damit einher gehenden Budgetunterschreitung sinken die geplanten Investitionsausgaben beträchtlich. Verschiedene Vorhaben wurden aufgrund des EP verschoben (Polizeiboot), reduziert (nur ein Fahrzeugfahndungsgerät anstelle der geplanten vier) oder es wurde gänzlich darauf verzichtet (Ersatz der stationären Geschwindigkeitsmessanlagen).

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat erfüllt Stabs-, Planungs-, Koordinations- und Beratungsfunktionen für den Sicherheitsdirektor und die Ämter der Sicherheitsdirektion. Es nimmt Aufgaben in der Funktion als Rechtsdienst des Regierungsrates und der Sicherheitsdirektion wahr. Es erarbeitet Berichte und Anträge an den Regierungsrat und an den Kantonsrat. Das Direktionssekretariat ist auch Opferhilfestelle und führt das Eichamt.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst

- Juristische Auskünfte und Unterstützung im Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsdirektion (SD)
- Instruktion Beschwerden und Staatshaftung
- Erarbeitung und Qualitätssicherung von Verträgen der SD
- Rechtsdienst des Regierungsrates
- Parteistellung in Verfahren gemäss Verantwortlichkeitsgesetz

##### Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte

- Qualitätssicherung Anträge der SD
- Erarbeitung Erlasse
- Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
- Verfassen von Mitberichten und Vernehmlassungen
- Sekretariat parlamentarischer Kommissionen

##### Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben

- Verfügungen und Stellungnahmen im Bereich Strassenverkehrsrecht
- Bewilligungen Lotteriewesen
- Beiträge aus dem Lotteriefonds

##### Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen

- Interne und externe Kommunikation
- Planung und Koordination der Aufgaben und Aufträge der SD
- Mitwirkung in Projekten und Arbeitsgruppen
- Informatikkoordination der SD
- Submissionswesen der SD
- Personalwesen der SD
- Direktionsrechnungsführung

##### Leistungsgruppe 5: Opferhilfe (OH)

- Vollzug der Opferhilfegesetzgebung des Bundes
- Verhandlung und Controlling von Leistungsvereinbarungen
- Instruktion Gesuche betreffend staatliche finanzielle Leistungen an Opfer schwerer Straftaten

##### Leistungsgruppe 6: Eichamt

- Nacheichung Messmittel
- Marktüberwachung
- Füllmengenkontrollen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die Verantwortlichkeit der Gemeinwesen, Behördenmitglieder und Beamten vom 1. Februar 1979 (Verantwortlichkeitsgesetz, BGS 154.11)
- Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen vom 1. April 1976 (Verwaltungsrechtspflegegesetz, BGS 162.1)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten vom 6. Juli 1978 (Lotteriegesezt, BGS 942.41)
- Gesetz über Spielautomaten und Spiellokale vom 25. Februar 1982 (BGS 942.48)
- Polizeigesetz vom 30. November 2006 (BGS 512.1)
- Gesetz über die Organisation der Polizei vom 30. November 2006 (Polizei-Organisationsgesetz, BGS 512.2)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz vom 30. September 2010 (Bereich Zivilschutz, EG ZGB, BGS 531.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen vom 22. Dezember 1983 (Notorganisationsgesetz, BGS 541.1)
- Gesetz über die Gebäudeversicherung vom 20. Dezember 1979 (BGS 722.1)
- Gesetz über den Feuerschutz vom 15. Dezember 1994 (BGS 722.2)
- Einführungsgesetz vom 31. Januar 2013 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG, BGS 122.5)
- Verordnung über die Militärverwaltung vom 2. Dezember 2003 (BGS 521.1)
- Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassen-signalisation (BGS 751.21)
- Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über das Messwesen vom 5. April 1982 (BGS 942.11)
- Verordnung betreffend Einführung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (BGS 315.1)
- Verordnung über die Strafanstalt vom 6. Mai 2003 (BGS 331.1)
- Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (BGS 331.2)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Effiziente und nachhaltige Arbeitserledigung	Bevölkerung, Direktionssekretariat, Ämter	Arbeitsprozesse des Organisations- und Managementhandbuchs sind überprüft und aktualisiert	Arbeitsprozesse des Organisations- und Managementhandbuchs sind überprüft und aktualisiert	Gleich
<b>Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst</b>					
2	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Gerichte	90 % der Anträge innert 3 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	90 % der Anträge innert 3 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	Gleich
3	Umgehende Einleitung von verfahrensleitenden Schritten als Rechtsdienst des Regierungsrates	Direktionen, Regierungsrat, Justiz, Bundesverwaltung, Bundesparlament	Innert 4 Arbeitstagen	Innert 4 Arbeitstagen	Gleich
4	Fristgerechte Stellungnahme als Partei im Staatshaftungsverfahren	Beschwerdeführende, Vorinstanzen, Gerichte	Vorverfahren innert 6 Monaten abgeschlossen; Fristen des Gerichts eingehalten	Vorverfahren innert 6 Monaten abgeschlossen; Fristen des Gerichts eingehalten	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte</b>					
5	Hohe Qualität der Anträge der SD	Regierungsrat	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Gleich
6	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	Regierungsrat, Kantonsrat	Gesetzliche Fristen eingehalten	Gesetzliche Fristen eingehalten	Gleich
7	Fristgerechte Durchführung von Vernehmlassungen	Bund, Direktorenkonferenz	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
8	Fristgerechte Einreichung von Mitberichten und Stellungnahmen	Direktionen, Gerichte	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
A	Erledigung des Postulats der Justizprüfungskommission betreffend Schaffung einer zentralen Informationsstelle für Personen mit erhöhtem Gewalt-/Konfliktpotential	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Vernehmlassungsverfahren eröffnet	Vorlage wurde dem KR überwiesen	Projektabschluss
B	Totalrevision Gesetz über die Gebäudeversicherung (BGS 722.11)	Hauseigentümer, Bevölkerung	RR-Vorlage dem KR überwiesen	Totalrevision vom KR beschlossen	Projektabschluss
<b>Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben</b>					
9	Beförderliche Bearbeitung der eingehenden Gesuche für Verkehrsanordnungen	Antragstellende	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich
10	Beförderliche Bearbeitung eingehender Gesuche im Lotteriewesen	Antragstellende	Innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
11	Rasche Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche unter Fr. 10'000 aus dem Lotteriefonds	Antragstellende	Innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen</b>					
12	Gewährleistung des internen Informationsflusses	Amtsleiter SD	11 Geschäftsleitungssitzungen; 1 Klausurtagung	11 Geschäftsleitungssitzungen; 1 Klausurtagung	Gleich
13	Aktive Information über aktuelle Themen der Sicherheitsdirektion	Medien, Öffentlichkeit	12 Vorträge; 50 Medienkontakte; 2 Medienkonferenzen	12 Vorträge; 50 Medienkontakte; 2 Medienkonferenzen	Gleich
14	Fristgerechte und korrekte Direktionsrechnungsführung	Ämter SD	Fristen FD eingehalten; keine schwerwiegenden Beanstandungen der Finanzkontrolle	Fristen FD eingehalten; keine schwerwiegenden Beanstandungen der Finanzkontrolle	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Opferhilfe (OH)</b>					
15	Rasche Beurteilung von Gesuchen für Soforthilfe	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Frauenhäuser	90 % innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidungsrelevanten Unterlagen	90 % innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidungsrelevanten Unterlagen	Gleich
16	Rasche Beurteilung von Gesuchen für längerfristige Hilfe	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Therapeutinnen und Therapeuten, Frauenhäuser, Dolmetscher/innen	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidungsrelevanten Unterlagen	90 % innert 15 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidungsrelevanten Unterlagen	Gleich
17	Beförderliche und fachgerechte Beurteilung von Gesuchen betreffend Entschädigungen und Genugtuungen	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte	90 % innert 3 Monaten nach Eingang der entscheidungsrelevanten Unterlagen	90 % innert 3 Monaten nach Eingang der entscheidungsrelevanten Unterlagen	Gleich
18	Effiziente und effektive Aufsicht/Controlling Opferberatungsstellen	Opferberatungsstellen, Öffentlichkeit	Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen; jährliche Überprüfung der Abrechnungen im Bereich der direkten Opferhilfe	Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen; jährliche Überprüfung der Abrechnungen im Bereich der direkten Opferhilfe	Gleich
<b>Leistungsgruppe 6: Eichamt</b>					
19	Messmittel sind gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	Öffentlichkeit, Ämter	1'350 Messmittel innert Frist	1'250 Messmittel innert Frist	Gleich
20	Fach- und termingerechte Füllmengenkontrollen nach Mengenangebotsverordnung (MEAV)	Öffentlichkeit	30 Hersteller von Fertig-/und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	30 Hersteller von Fertig-/und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	Gleich
21	Vorgaben des Bundesamts für Metrologie Metas sind erfüllt	Öffentlichkeit	Jahresziele Metas erreicht	Jahresziele Metas erreicht	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017– 19
Beschwerden und Einsprachen	Anzahl	39	45	40	Gleich
Staatshaftung	Anzahl	11	12	10	Gleich
Aufsichtsbeschwerden	Anzahl	3	5	3	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	7	10	10	Gleich
Federführung in Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenzen	Anzahl	20	20	20	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		25	25	Gleich
Bearbeitung RR-Geschäfte	Anzahl	69	90	80	Gleich
Verkehrsanordnungen	Anzahl	68	150	110	Gleich
OH-Gesuche und Kostengutsprachen Soforthilfe	Anzahl		75	70	Gleich
OH-Gesuche Längerfristige Hilfe	Anzahl		30	30	Gleich
OH-Gesuche Entschädigung/Genugtuung/ Vorschuss	Anzahl		15	10	Gleich
Eichpflichtige Messmittel (Eichamt)	Anzahl	2'660	2'600	2'600	Sinkend
Hersteller Fertig-/Zufallspackungen (Eichamt)	Anzahl	69	65	65	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-2'467'345.03	-2'573'164	-2'553'460	19'704	-0,8	-2'420'060	-2'429'060	-2'443'760
<b>Total Ertrag</b>	152'760.25	160'750	149'000	-11'750	-7,3	149'000	149'000	145'000
<b>Saldo</b>	-2'314'584.78	-2'412'414	-2'404'460	7'954	-0,3	-2'271'060	-2'280'060	-2'298'760

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

24'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

110'000 Franken Reduktion Beiträge private Organisationen ohne Erwerbszweck

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Keine

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Zivilschutz und Militär vollzieht den Zivilschutz im Kontroll-, Aufgebots-, Ausbildungs-, Einsatz- und Alarmierungswesen sowie die baulichen Vorschriften. Die Zivilschutzorganisation unterstützt die Bevölkerung und die Partner des Bevölkerungsschutzes. Das Amt bearbeitet die vom Bund dem Kanton übertragenen militärischen Aufgaben im Kontroll-, Rekrutierungs-, Schiess- und ausserdienstlichen Disziplinarstrafwesen, die Wehrpflichtersatzabgabe und führt eine Retablierungsstelle.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung

- Führt das Kontrollwesen
- Führt Orientierungstage durch und bietet zur Rekrutierung auf
- Bearbeitet und veranlagt die Wehrpflichtersatzabgabe
- Betreibt im Auftrag des Bundes eine Retablierungsstelle
- Kontrolliert die Erfüllung der ausserdienstlichen Pflichten und vollzieht das Disziplinarstrafwesen

##### Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung

- Stellt den baulichen Zivilschutz sicher
- Stellt die Alarmierung der Bevölkerung sicher
- Plant die Zuweisung der Bevölkerung auf die Schutzräume
- Unterhält die vom Kanton genutzten Zivilschutzanlagen

##### Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation

- Führt das Kontrollwesen des Zivilschutzes
- Bildet die Angehörigen des Zivilschutzes aus
- Stellt die Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisation sicher
- Verwaltet und betreibt ein Ausbildungszentrum
- Bewirtschaftet das Material und die Fahrzeuge
- Stellt die Betreuung von schutzsuchenden Personen sicher
- Unterstützt Führungsorgane und Partnerorganisationen
- Stellt den Schutz der Kulturgüter sicher
- Leistet Instandstellungsarbeiten und Einsätze zugunsten der Gemeinschaft

##### Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben

- Informiert und berät Behörden, Verwaltung und die Bevölkerung
- Führt den zugerischen Winkelriedfonds
- Führt die Entlassung aus der Dienstpflicht durch (Armee und Zivilschutz)

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG, SR 510.10)
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 über die militärischen Informationssysteme (MIG, SR 510.91)
- Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG, SR 520.1)
- Bundesgesetz vom 12. Juni 1959 über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG, SR 661)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (EG BZG) vom 30. September 2010 (BGS 531.1)
- Verordnung zum Einführungsgesetz betreffend Zivilschutz vom 28. Juni 2011 (BGS 531.11)
- Verordnung über die Militärverwaltung vom 2. Dezember 2003 (BGS 521.1)
- Verordnung über den Wehrpflichtersatz vom 26. November 1996 (BGS 521.4)
- Verordnung über die Alarmorganisation in Friedenszeiten vom 28. Juni 2011 (BGS 531.14)
- Verwaltungsvereinbarung betreffend gemeinsamer Durchführung der Grund, Kader und Spezialistenausbildung im Zivilschutz (Ausbildungsvereinbarung Zivilschutz) vom 12. Februar 2004 (BGS 531.17)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung</b>					
1	Stellt aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Wehr-, schutz- und zivildienstpflichtige Personen	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Gleich
2	Führt jährlich Orientierungstage für alle 18-jährigen Schweizer durch und bietet zur Rekrutierung auf	Armee, Stellungspflichtige	10 Orientierungstage, 15 Rekrutierungszyklen	10 Orientierungstage, 15 Rekrutierungszyklen	Gleich
3	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Angehörige der Armee	Innert 2 Wochen bearbeitet	Innert 2 Wochen bearbeitet	Gleich
4	Veranlagt und bewirtschaftet die Wehrpflichtersatzabgabe korrekt und vollständig	Wehr-, schutz- und zivildienstpflichtige Personen	100 % bewirtschaftet; Revision stellt keine gravierenden Mängel fest	100 % bewirtschaftet; Revision stellt keine gravierenden Mängel fest	Gleich
5	Kontrolliert die korrekte und zeitgerechte Erfüllung der Schiesspflicht der Angehörigen der Armee	Armee	Im Januar Liste der Säumigen kontrolliert und bearbeitet	Im Januar Liste der Säumigen kontrolliert und bearbeitet	Gleich
6	Vollzieht das Disziplinarstrafwesen fristgerecht	Angehörige der Armee	100 % innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen	100 % innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen	Gleich
7	Retablierungsstelle erfüllt den Leistungsauftrag Logistikbasis der Armee (LBA) in hoher Qualität	Angehörige der Armee, des Zivilschutzes und der Notorganisation	3 Tage pro Woche geöffnet; keine Beanstandungen durch LBA	3 Tage pro Woche geöffnet; keine Beanstandungen durch LBA	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung</b>					
8	Bearbeitet und verfügt über Baugesuche zeitgerecht	Bauherrschaft	Innert 2 Wochen	Innert 2 Wochen	Gleich
9	Hält die Zuweisungsplanung der Bevölkerung auf die Schutzzräume aktuell	Bevölkerung, Zivilschutzorganisation	1 Überarbeitung	1 Überarbeitung	Gleich
10	Führt periodische Schutzraumkontrollen gemäss Checkliste in hoher Qualität durch	Hauseigentümer/innen	600 Objekte	600 Objekte	Gleich
A	Sirenenalarm mit Polyalert realisieren	Bevölkerung, Zivilschutzorganisation	Projektstart 2. Quartal	«Fällt weg» Projekt abgeschlossen	
B	Rückbau von Schutzanlagen und Überführung in öffentliche Schutzzräume	Bevölkerung, Zivilschutzorganisation	5 Anlagen	5 Anlagen	Projekt abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation</b>					
11	Stellt aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Zivilschutzorganisation, Angehörige des Zivilschutzes	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Gleich
12	Stellt hohe Qualität der Ausbildung sicher	Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes und Bevölkerung	80 % der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	80 % der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	Gleich
13	Unterstützt TaxiTaxi mit regelmässigem Fahrdienst	TaxiTaxi, Menschen mit Behinderung	700 Einsatztage	600 Einsatztage	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
14	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Angehörige des Zivilschutzes	Innert 1 Woche	Innert 1 Woche bearbeitet	Gleich
15	Leistet nach Bedarf Unterstützungseinsätze zugunsten der Gemeinschaft	Organisationskomitees, soziale Einrichtungen und Bevölkerung	1'200 Einsatztage	800 Einsatztage	Steigend
16	Stellt den zeitgerechten Ersatz der persönlichen Ausrüstung, des Materials und der Fahrzeuge gemäss Sicherheitsanforderungen und Beschaffungskonzepte sicher	Zivilschutzorganisation	Kontrolle des Inventars gemäss Planung durchgeführt	Kontrolle des Inventars gemäss Planung durchgeführt	Gleich
C	Einführung Personal-Informationen-System der Armee und des Zivilschutzes (PISA ZS)	Bundesamt für Bevölkerungsschutz, Sozialversicherung, Zivilschutzorganisation	Mitwirkung im Pilotprojekt; Daten der Angehörigen des Zivilschutzes im PISA ZS erfasst	«Fällt weg» Projekt abgeschlossen	

#### Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben

17	Betreibt eine aktive und offene Öffentlichkeitsarbeit	Bevölkerung, Angehörige der Armee und des Zivilschutzes	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzeinsätzen	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzeinsätzen	Gleich
18	Aktive Mitwirkung bei den kantonalen Verantwortlichen für Militär, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Zentralschweiz	Kantone	Leitung von 4 Koordinations-sitzungen	Teilnahme an 4 Koordinations-sitzungen	Gleich
D	Feierlichkeiten 700 Jahr Morgarten, 2015	Bevölkerung	Erfolgreiche Umsetzung	«Fällt weg» Projekt abgeschlossen	
E	Sanierung und Erweiterung Ausbildungszentrum Schöna	Projektleitung Hochbauamt	Nutzerbedürfnisse eingebracht	Nutzerbedürfnisse eingebracht	Projektabschluss
L18	Umsetzung Strategie Zivilschutz 2015+	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	Konzept erstellt	Mitwirkung beim Vernehmlassungsverfahren	Umsetzung

#### Kommentar Zielsetzungen

13) Reduktion auf 600 Einsatztage, gemäss Erfahrungszahlen aus den Jahren 2013 und 2014

15) Reduktion auf 800 Einsatztage infolge weniger Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft (Morgarten)

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Stellungspflichtige	Pflichtige	496	540	540	Gleich
Meldepflichtige Armee	Pflichtige	7'304	7'300	7'300	Gleich
Meldepflichtige Zivilschutz	Pflichtige	2'032	2'000	2'000	Gleich
Wehrpflichtersatzpflichtige	Pflichtige	3'135	3'000	3'000	Gleich
Disziplinarstrafen Armee	Pflichtige		200	200	Gleich
Gesuche baulicher Zivilschutz (Schutzraumbaupflicht oder Ersatzabgabe)	Gesuche	148	150	150	Gleich
Dienstverschiebungsgesuche Armee	Gesuche	971	1'000	900	Gleich
Dienstverschiebungsgesuche Zivilschutz	Gesuche	455	450	450	Gleich
Kunden Retablierungsstelle	Kunden	1'321	1'300	1'300	Gleich
Kurstage im Zivilschutz	Teilnehmertage	7'998	8'300	8'000	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-4'188'559.67	-3'393'044	-3'200'620	192'424	-5,7	-3'218'120	-3'253'720	-3'310'820
Total Ertrag	2'032'403.71	1'040'800	1'042'800	2'000	0,2	1'042'800	1'042'700	1'098'700
Saldo	-2'156'155.96	-2'352'244	-2'157'820	194'424	-8,3	-2'175'320	-2'211'020	-2'212'120

##### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

150'000 Franken Verlagerung Aufwand in Zivilschutz Spezialfinanzierung

40'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

10'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

##### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

2019: 20'000 Franken Mehraufwand Einsatz der Zivilschutzorganisation beim eidgenössischen Schwingfest

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Stabsstelle Notorganisation koordiniert und plant die Vorbereitungen und die Ausbildung für den Einsatz der Notorganisation und ist verantwortlich für den Betrieb und die Bewirtschaftung des Alarmierungssystems.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Notorganisation

- Informiert und berät Behörden, Verwaltung und die Bevölkerung
- Koordiniert die Ausbildung der Partnerinnen und Partner der Notorganisation
- Ist verantwortlich für die Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes (KFS) und des Katastrophenstabes (KS)
- Unterstützt die Gemeinden in der Vorbereitung und Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe
- Betreibt und bewirtschaftet das Alarmierungssystem
- Bewirtschaftet das Material der Sanitätshilfsstelle (San Hist)
- Koordiniert Aufgaben und Projekte im Bereich der Notorganisation

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG, SR 520.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz) vom 22. Dezember 1983 (BGS 541.1)
- Verordnung über die Alarmorganisation in Friedenszeiten vom 28. Juni 2011 (BGS 531.14)
- Verordnung über die Notorganisation vom 15. Januar 1985 (BGS 541.11)
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)
- Kantonsratsbeschluss betreffend sofortige Hilfeleistungen bei Katastrophen und Kriegen vom 25. April 2002 (BGS 542.12)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Notorganisation</b>					
1	Regelmässige erfolgreiche Durchführung der Probealarme	Partner/innen des Bevölkerungsschutzes	Pro Organisation 3 Probealarme	Pro Organisation 3 Probealarme	Gleich
2	Regelmässige Durchführung von Informations- und Planungsrapporten	Mitglieder der Notorganisation, Führungsstäbe und Sanitätshilfsstelle	Mind. 2 Informations- und Planungsrapporte	Mind. 2 Informations- und Planungsrapporte	Gleich
3	Regelmässige Durchführung von Gemeindeführungsstabsübungen	Gemeinden, Gemeindeführungsstäbe	4 Übungen	4 Übungen	Gleich
4	Stellt die Einsatzbereitschaft der San Hist auf hohem Niveau sicher	Gesundheitswesen und Bevölkerung	Mittelbedarf kontrolliert; Ausbildungsstand aktuell; Mutationen des San Hist Personal innert 2 Wochen bearbeitet	Mittelbedarf kontrolliert; Ausbildungsstand aktuell; Mutationen des San Hist Personal innert 2 Wochen bearbeitet	Gleich
5	Hohe Qualität bei der betrieblichen Sicherheit im Bereich Notfall- und Ereignismanagement sowie Krisenmanagement gewährleisten	Personal kantonale Verwaltung und Gerichte	Standards sind aktualisiert; 1 Ausbildung für neue Führungspersonen durchgeführt	Standards sind aktualisiert	Gleich
6	Regelmässige Durchführung von Ausbildungen	Kantonaler Führungsstab (KFS) und seine Abteilungen	5–7 Ausbildungen	3–5 Ausbildungen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
7	Bewirtschaftung Informations- und Kommunikationstechnik-Planung (IKT Planung) Notorganisation	Führungsorgane, Partner/innen Notorganisation		IKT Planung Notorganisation ist aktualisiert	Gleich
A	Informations- und Kommunikationstechnik-Planung (IKT-Planung) Notorganisation erarbeiten	Führungsorgane, Partner/innen Notorganisation	IKT-Planung NO ZG erarbeiten und aktualisieren	«Fällt weg» Projekt abgeschlossen	
B	Ersatzbeschaffung Container mobile Sanitätshilfsstelle	Bevölkerung, Partner/innen Notorganisation	Abgeschlossen und eingeführt	«Fällt weg» Projekt abgeschlossen	
L18	Totalrevision des Bevölkerungsschutzgesetzes	Kantonsrat	Gesetzesvorlage erarbeitet und an Kantonsrat überwiesen; Verordnung im Entwurf erarbeitet	Gesetzesvorlage durch Kantonsrat genehmigt; Verordnung durch Regierungsrat verabschiedet	Umsetzung
L18	Umsetzung Strategie Bevölkerungsschutz 2015+	Bundesamt für Bevölkerungsschutz	Konzept erstellt	Mitwirkung im Vernehmlassungsverfahren	Umsetzung
L18	Umsetzung Massnahmen ABC-Schutz Schweiz	Bevölkerung, Partner/innen Notorganisation	Umsetzung Pendenzenliste	Umsetzung Pendenzenliste	Umsetzung Pendenzenliste

#### Kommentar Zielsetzungen

6) Weniger Ausbildungen; im 2015 fanden zusätzliche POLYCOM ZG Ausbildungen statt 7 / A) Übergang vom Projekt zum jährlichen Leistungsauftrag

### 3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Kantonaler Führungsstab (KFS)	Anzahl	1	1	1	Gleich
Gemeinde Führungsstäbe (GFS)	Anzahl	11	11	11	Gleich
Sanitätshilfestelle (San Hist)	Angehörige	164	150	150	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Keine Bemerkungen

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-225'389.40	-568'394	-702'400	-134'006	23,6	-808'900	-677'400	-677'500
Total Ertrag	119'998.30	118'700	188'700	70'000	59,0	80'200	80'200	80'200
Saldo	-105'391.10	-449'694	-513'700	-64'006	14,2	-728'700	-597'200	-597'300

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

20'000 Franken Einsparung durch Auflösung Vertrag CareLink Zürich

b) Weitere wesentliche Abweichungen

170'000 Franken Mehraufwand durch Inbetriebnahme Polycom (dafür Minderaufwand von 200'000 Franken für Wartung bisheriges Funknetz bei der Zuger Polizei)

70'000 Franken Mehreinnahmen durch Inbetriebnahme Polycom

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

2017: 130'000 Franken Mehraufwand Durchführung Einsatzübung Notorganisation

2017: 100'000 Franken Ertragsminderung durch die Übergabe der Bewirtschaftung Alarmierung an Zuger Polizei



## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
SD3541.0002 Container Sanitätshilfsstelle Notorganisation								
Ausgaben	-282'211.89	-150'000						
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben	-282'211.89	-150'000						
Einnahmen								
Saldo	-282'211.89	-150'000						

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
310	Material- und Warenaufwand			-18'700	-18'700		-18'700	-18'700	-18'700
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-331'900	-255'800	76'100	-22,9	-255'800	-255'800	-257'900
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV			-41'300	-41'300		-41'300	-41'300	-41'300
313	Dienstleistungen und Honorare		-135'400	-167'900	-32'500	24,0	-152'900	-152'900	-152'900
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV		-237'600	-824'700	-587'100	247,1	-830'700	-131'900	-133'100
315	Unterhalt Mobilien		-83'000	-84'900	-1'900	2,3	-82'900	-82'900	-82'900
319	Übriger Betriebsaufwand		39'710		-39'710	-100,0			
350	Einlagen in Spezialfinanzie- rungen im Fremdkapital		-402'800	-41'000	361'800	-89,8	-238'500	-237'500	-234'400
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		-1'200	-1'200	0	0,0	-1'200	-1'200	-1'200
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-10'000	-15'000	-5'000	50,0			
	<b>Total Aufwand</b>		<b>-1'162'190</b>	<b>-1'450'500</b>	<b>-288'310</b>	<b>24,8</b>	<b>-1'622'000</b>	<b>-922'200</b>	<b>-922'400</b>
420	Ersatzabgaben		950'000	900'000	-50'000	-5,3	900'000	900'000	900'000
461	Entschädigungen von Gemeinwesen		212'000	547'000	335'000	158,0	710'000	10'000	10'000
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			3'500	3'500		3'500	3'500	3'500
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		39'900		-39'900	-100,0	8'500	8'700	8'900
	<b>Total Ertrag</b>		<b>1'201'900</b>	<b>1'450'500</b>	<b>248'600</b>	<b>20,7</b>	<b>1'622'000</b>	<b>922'200</b>	<b>922'400</b>
	<b>Saldo</b>		<b>39'710</b>	<b>0</b>	<b>-39'710</b>	<b>-100,0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

150'000 Franken erfolgsneutrale Verlagerung Aufwand der Zivilschutzorganisation in die Zivilschutz Spezialfinanzierung

40'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung der Kantonsratskürzung

b) Weitere wesentlichen Abweichungen

300'000 Franken Mehraufwand und Rückerstattung des Bundes in gleicher Höhe Sanierung der Zivilschutzanlage Schönauf

170'000 Franken Mehraufwand und Rückerstattung des Bundes in gleicher Höhe Teilrückbau von Zivilschutzanlagen

160'000 Franken Mehraufwand durch die Umwandlung von Zivilschutzanlagen in öffentliche Schutzräume

Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

2017: 700'000 Franken Mehraufwand und Rückerstattung des Bundes in gleicher Höhe Sanierung der Zivilschutzanlage Schönauf

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Strassenverkehrsamt (StVA) ist ein Dienstleistungsbetrieb, welcher im Rahmen der schweizerischen und europäischen Gesetzgebung zur Sicherheit in der Mobilität und zu umweltschonendem Verkehr auf Strassen und Gewässern beiträgt. Es erteilt und entzieht Ausweise und Bewilligungen im Fahrzeug-, Schiffs- und Führerbereich, führt dabei theoretische und praktische Prüfungen durch und ist für den Vollzug der Verkehrssteuergesetzgebung zuständig.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen

- Fahrzeugprüfungen
- Schiffsprüfungen
- Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)
- Praktische Führerprüfungen (Strassenfahrzeuge)
- Praktische Schiffsführerprüfungen

##### Leistungsgruppe 2: Fahrzeug- und Führerausweise

- Lernfahr- und Führerausweise
- Fahrzeugausweise
- Kontrollschilder
- Schiffs- und Schiffsführerausweise
- Sonderbewilligungen und Spezialbewilligungen

##### Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben

- Motorfahrzeugsteuern
- Pauschale Schwerverkehrsabgabe
- Vignetten und Versicherungen

##### Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht

- Verwarnungen
- Führerausweis-Entzüge
- Sonstige Verfügungen

- Verkehrsregelverordnung (VRV) vom 13. November 1962 (SR 741.13)
- Verkehrsversicherungsverordnung (VVV) vom 20. November 1959 (SR 741.31)
- Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (Verkehrszulassungsverordnung, VZV) vom 27. Oktober 1976 (SR 741.51)
- Signalisationsverordnung (SSV) vom 5. September 1979 (SR 741.21)
- Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS) vom 19. Juni 1995 (SR 741.41)
- Verordnung über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (Binnenschifffahrtsverordnung, BSV) vom 8. November 1978 (SR 747.201.1)
- Gesetz über Strassen und Wege (GSW) vom 30. Mai 1996 (BGS 751.14)
- Gesetz über die Steuern im Strassenverkehr vom 30. Oktober 1986 (BGS 751.22)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 29. September 1988 (BGS 753.1)
- Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassen-signalisation vom 22. Februar 1977 (BGS 751.21)
- Verordnung über die Gebühren im Strassenverkehr vom 13. Dezember 2005 (BGS 751.221)
- Verordnung über die Gebühren im Schiffsverkehr vom 13. Dezember 2005 (BGS 753.11)

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Strassenverkehrsgesetz (SVG) vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
- Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (BSG) vom 3. Oktober 1975 (SR 747.201)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Aufrechterhaltung der ISO-Zertifizierung und Akkreditierung der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS)	Kundinnen und Kunden	Keine Auflagen bei den periodischen Audits durch Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) und SAS	Keine Auflagen bei den periodischen Audits durch Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme (SQS) und SAS	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
2	Deckungsgrad durch Gebüh- reneinnahmen nach Kosten- und Leistungsrechnung sowie nach Verrechnung über die Strassenbau-Spezialfinan- zierung	Kanton	100 %	100 % exklusive Ertrag aus Abtretung und Veräusserung Kontrollschilder	Gleich
<b>Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen</b>					
3	Hohe Qualität bei Fahrzeug- und Schiffsprüfungen ein- halten	Fahrzeughalter/innen, Auto- gewerbe, Schiffshalter/innen, Schiffsgewerbe	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
4	Hohe Auslastungsquote der Fahrzeug- sowie theoretischen und praktischen Führer- prüfungen	Fahrzeughalter/innen, Fahrzeugführer/innen	Durchschnittliche Auslastung von 95 %	Durchschnittliche Auslastung von 95 %	Gleich
5	Hohes aber faires Leistungs- niveau bei praktischen Führer- und Schiffsführerprüfungen	Fahrzeug- und Schiffs- lenker/innen	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
A	Überprüfung der Bewilligungen für Händlerschilder	Betriebe mit Händlerschilder	25 % aller Betriebe (58 von 230 Betrieben)	«Fällt weg» Projekt abgeschlossen	
<b>Leistungsgruppe 2: Fahrzeug- und Führerausweise</b>					
6	Rasches und korrektes Ausstellen von Ausweisen	Fahrzeughalter/innen, Fahrzeugführer/innen	Keine gutgeheissenen Beschwerden; Fahrzeugzulassung: Tages à jour; Führerzulassung: 5 Arbeitstage	Keine gutgeheissenen Beschwerden; Fahrzeugzulassung: Tages à jour; Führerzulassung: 5 Arbeitstage	Gleich
7	Rasche Bearbeitung und Erteilung von Sonder- und Spezialbewilligungen	Transportgewerbe, Fahrzeugführende	Innert 24 Stunden	Innert 24 Stunden	Gleich
8	Elektronische Eingaben der periodischen, verkehrsmedi- zischen Gutachten der Fahr- zeugführer durch die Zuger Ärztinnen und Ärzte	Zuger Ärztinnen und Ärzte, die über eine Berechtigung zur Ausstellung von verkehrs- medizinischen Gutachten verfügen, StVA	75 % aller Gutachten werden elektronisch eingereicht	78 % aller Gutachten werden elektronisch eingereicht	Steigend
<b>Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben</b>					
B	Ersatz der PDA-Endgeräte für die computerunterstützte Fahrzeugprüfung (CUFA)	Fahrzeughalter/innen, StVA	Eingeführt	«Fällt weg» Projekt abgeschlossen	
C	Ausarbeitung sowie Einführung des technischen Redesign der Hauptfachapplikation im Finanz- und Rechnungswesen	Kundinnen und Kunden, StVA	Eingeführt	«Fällt weg» Projekt verschoben	
D	Integration der computer- unterstützten Führerprüfung (CUFU) in die Geschäfts- prozesse	Fahrzeugführer/innen, StVA		Eingeführt	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht</b>					
9	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweis-Verwarnungen	Fahrzeugführer/innen	Innert 8 Wochen ab Rapport-eingang bis Versand Verfügung	Innert 8 Wochen ab Rapport-eingang bis Versand Verfügung	Gleich
10	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweis-Entzügen	Fahrzeugführer/innen	Innert 8 Wochen ab Rapport-eingang bis Versand Verfügung	Innert 8 Wochen ab Rapport-eingang bis Versand Verfügung	Gleich
11	Speditiver Versand von vorsorglichen Entzügen ab Zweifel an Fahreignung	Fahrzeugführer/innen	Innert 1 Arbeitstag	Innert 1 Arbeitstag	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**

a) Entlastungsprogramm

Keine Bemerkungen

b) Wesentliche Abweichungen

Als Erweiterung zu den bisher erfolgreich umgesetzten Projekten CUFA und CUSI (Computerstützte Fahrzeug- und Schiffsprüfung) wird beim Leistungsziel D die computerunterstützte Führerprüfung (CUFU) in die Geschäftsprozesse integriert.

**3 Einfluss-/Plangrössen**

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)	Anzahl	2'591	2'600	2'600	Gleich
Führerprüfungen	Anzahl	2'961	2'900	2'900	Gleich
Lernfahrausweise	Stück	2'466	2'400	2'550	Steigend
Führerausweise	Stück	7'993	8'550	8'600	Steigend
Verkehrsmedizinische Gutachten (elektronische Eingaben)	Anzahl	4'185	4'420	4'930	Steigend
Führerausweis-Verwarnungen	Anzahl	992	900	900	Gleich
Führerausweis-Entzüge	Anzahl	888	900	900	Gleich
Fahrzeugprüfungen	Anzahl	29'915	33'000	33'500	Gleich
Fahrzeugausweise	Stück	30'450	32'000	32'100	Steigend
Kontrollschilder Paare	Stück	8'045	7'550	8'200	Steigend
Kontrollschilder Einzel	Stück	2'412	2'400	2'700	Steigend
Schiffsführerausweise	Stück	273	300	300	Gleich
Schiffsausweise	Stück	297	340	340	Gleich
Provision aus Verkauf Autobahnvignetten	Franken	106'035	91'000	91'000	Gleich
Provision aus Einzug Pauschale Schwerverkehrsabgabe	Franken	150'605	150'000	150'000	Gleich
Erhebung Fahrzeugsteuern	Franken	30'185'826	30'400'000	31'000'000	Steigend
Fahrzeugbestand	Anzahl			97'100	Steigend

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**

– Die Anstieg der Kennzahl «Verkehrsmedizinische Gutachten» ist auf den höheren Indikator bei der Zielsetzung 8 zurückzuführen.

– Die Kennzahl «Erhebung Fahrzeugsteuern» basiert auf dem aktuellen Gesetz über die Steuern im Strassenverkehr. Bei Annahme der Volksabstimmung «Stadttunnel Zug mit ZentrumPlus» vom 14. Juni 2015 würde sich die Kennzahl um 25 % erhöhen.

– Die Kennzahl «Fahrzeugbestand» wird neu ausgewiesen. Es wird von einer Zunahme des Fahrzeugbestandes um 1,8 % (1'717 Fahrzeuge) ausgegangen.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-7'015'339.00	-6'914'515	-6'946'280	-31'765	0,5	-6'993'480	-7'021'380	-7'076'680
Total Ertrag	9'316'515.80	9'527'200	9'898'200	371'000	3,9	10'620'200	10'593'200	10'466'200
Saldo	2'301'176.80	2'612'685	2'951'920	339'235	13,0	3'626'720	3'571'820	3'389'520

##### Kommentar Budget

Der Ertragsüberschuss des Strassenverkehrsamtes wird durch die internen Verrechnungen/Querschnittsleistungen konsumiert. Der Kostendeckungsgrad soll nach Abschluss der Finanzbuchhaltung sowie der Kosten- und Leistungsrechnung 100 Prozent betragen, wie das beim Leistungsziel 2 gefordert wird. Ausgenommen sind die Erträge aus der Abtretung und Veräusserung von Kontrollschildern.

##### a) Entlastungsprogramm

- 160'000 Franken Mehrertrag Erhöhung Erträge im Rahmen der Prüfzeitenkürzung der Motorfahrzeuge mit gleichzeitiger Gebührenerhöhung
- 200'000 Franken Mehrertrag Schilderverkauf und -versteigerung, sofern per 1. Januar 2016 eingeführt
- 35'000 Franken Erhöhung IT-Bedarf wegen geplanter Kontrollschilder-Versteigerung
- 43'050 Franken Reduktion diverser Sachaufwand (z. B. längere Nutzung Geräte, weniger Drucksachen zu Gunsten Online-Formulare)
- 35'000 Franken Reduktion IT-Entwicklung (z. B. Verzicht Anbindung Fachapplikation an Microsoft-Office)

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

##### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm (2017–2019)

- 317'000 Franken Mehrertrag jährlich Schilderverkauf und -versteigerung, sofern per 1. Januar 2016 eingeführt
- 500'000 Franken Mehrertrag jährlich Schiffssteuern, sofern per 01. Januar 2017 eingeführt
- 100'000 Franken Mehraufwand jährlich Seerettungsdienst, sofern Schiffssteuern per 01. Januar 2017 eingeführt

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT3581.0103 Redesign Fachappli- kation Viacar								
Ausgaben	-248'400.00							
Einnahmen								
IT3581.0104 Einführung CUSI mit Weiterentwicklung CUFA								
Ausgaben	-171'779.69							
Einnahmen								
IT3581.0106 Weiterentw. com- puterunterstützte Schiffsprüfung								
Ausgaben		-90'000						
Einnahmen								
IT3581.0107 Redesign Fachappli- kation Viacar								
Ausgaben		-100'000						
Einnahmen								
IT3581.0108 WLAN-Ausbau Stras- senverkehrsamt 2014								
Ausgaben	-60'926.95							
Einnahmen								

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT3581.0109	Einführung Schiffs- steuer (EP 6.16e)								
	Ausgaben			-100'000			-50'000		
	Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>									
	<b>Ausgaben</b>	<b>-481'106.64</b>	<b>-190'000</b>	<b>-100'000</b>			<b>-50'000</b>		
	<b>Einnahmen</b>								
	<b>Saldo</b>	<b>-481'106.64</b>	<b>-190'000</b>	<b>-100'000</b>			<b>-50'000</b>		

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

IT3581.0109 (Einführung Schiffssteuer als Folge des Entlastungsprogramms): Die Fachapplikation Viacar muss mit dem Schiffssteuer-Zusatzmodul erweitert werden.

**Kommentar Finanzplan**

IT3581.0109 (Einführung Schiffssteuer): Eventuell ist bei der Einführung der Schiffssteuer eine Zusatzentwicklung der Fachapplikation Viacar notwendig.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-40'976.25	-35'512	-19'800	15'712	-44,2	-20'000	-20'000	-20'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-15'964.35	-7'706	-10'000	-2'294	29,8	-10'000	-10'000	-10'000
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-202'600.00	-202'600	-202'600	0	0,0	-202'600	-202'600	-202'600
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-259'540.60</b>	<b>-245'818</b>	<b>-232'400</b>	<b>13'418</b>	<b>-5,5</b>	<b>-232'600</b>	<b>-232'600</b>	<b>-232'600</b>
426	Rückerstattungen	2'230.20	15'000	5'000	-10'000	-66,7	5'000	5'000	5'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>2'230.20</b>	<b>15'000</b>	<b>5'000</b>	<b>-10'000</b>	<b>-66,7</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-257'310.40</b>	<b>-230'818</b>	<b>-227'400</b>	<b>3'418</b>	<b>-1,5</b>	<b>-227'600</b>	<b>-227'600</b>	<b>-227'600</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

Da praktisch der gesamte Betriebsaufwand über die Gebäudeversicherung Zug finanziert wird, sind EP Massnahmen an dieser Stelle nicht ausweisbar.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Kto. 3111: Investitionen: Kantonsanteile für diverses Einsatzmaterial des Stützpunktes (ABC, Strassenrettung, Tech. Hilfeleistungen, Hilfe in Notlagen)

Kto. 3612: RRB vom 3. Februar 2011/5. November 2013: Vereinbarung mit der Stadt Zug betreffend Finanzierung der Stützpunktaufgaben

(jährliche Betriebskostenpauschale)

Kto. 4260: Rückerstattungen: Ertrag abhängig von Art und Anzahl Einsätze gemäss Gebührenverordnung SD vom 9. November 2012; Angleichung an Ertrag 2014

**Kommentar Finanzplan**

Kto. 3016: Nächste Überprüfung der Betriebskostenpauschale durch den RR im Jahr 2017; keine Änderungen zu erwarten

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
SD3587.0002 Beiträge Ersatz Fahrzeuge Feuerwehr						
Ausgaben	-77'733.30	-618'000	-31'232			
Einnahmen						
<b>Total Budgetkredite</b>						
Ausgaben	-77'733.30	-618'000	-31'232			
Einnahmen						
<b>Saldo</b>	<b>-77'733.30</b>	<b>-618'000</b>	<b>-31'232</b>			

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

Kantonsanteil: Ersatz Mannschaftstransportfahrzeug KOLIN 12 des Stützpunktes

**Kommentar Finanzplan**

2017–2019: Gemäss Investitionsplanung keine Neu- und Ersatzbeschaffungen für Stützpunkt vorgesehen.



## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Zuger Polizei trägt im Rahmen des gesetzlichen Auftrages durch Information, Beratung, Präsenz und andere geeignete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Verhütung von Unfällen bei. Sie trifft Massnahmen zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt und beseitigt eingetretene Störungen. Weiter trifft sie Massnahmen zur Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten und wirkt bei der Strafuntersuchung mit. Die Polizei vollzieht zudem das Ordnungsbussenwesen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben arbeitet sie mit anderen Organen der Strafverfolgung der Kantone und des Bundes zusammen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Sicherheit

- Polizeipräsenz und Community Policing
- Hilfeleistung, Amts- und Vollzugshilfe
- Fahndung und Vermisstensuche
- Umsetzung Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Gewässerpolizei und Umwelt
- Sicherheitsdienstleistungen für Dritte

##### Leistungsgruppe 2: Ermittlungen

- Gerichtspolizeiliche Verfahren (exkl. SVG)
- Rechtshilfe und Informationsbearbeitung
- Spezialermittlung und Kriminalanalyse
- Wahrung innere Sicherheit und Massnahmen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen
- Kriminaldienstleistungen für Dritte

##### Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze

- Ordnungsdienst
- Bewältigung Sonderlagen

##### Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen

- Einsatzleitzentralendienst
- Justizvollzugshilfe und Transporte
- Verwaltungspolizeiaufgaben
- Information und Prävention
- Instruktion an Polizeibildungseinrichtungen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0)
- Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007 (StPO; SR 312.0)
- Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz) vom 20. Juni 2003 (JStG; SR 311.1)
- Schweizerische Jugendstrafprozessordnung (Jugendstrafprozessordnung) vom 20. März 2009 (JStPO; SR 312.1)
- Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG; SR 741.01)
- Ordnungsbussengesetz vom 24. Juni 1970 (OBG; SR 741.03)
- Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 21. März 1997 (BWIS; SR 120)

- Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Waffengesetz) vom 20. Juni 1997 (WG; SR 514.54)
- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz) vom 16. Dezember 2005 (AuG; SR 142.20)
- Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 3. Oktober 1975 (BSG; SR 747.201)
- Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (Strassenverkehrskontrollverordnung) vom 28. März 2007 (SKV; SR 741.013)
- Ordnungsbussenverordnung vom 4. März 1996 (OBV; SR 741.031)
- Gesetz über die Organisation der Zivil und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz) vom 26. August 2010 (GOG; BGS 161.1)
- Polizeigesetz vom 30. November 2006 (BGS 512.1)
- Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizeiorganisationsgesetz) vom 30. November 2006 (BGS 512.2)
- Übertretungsstrafgesetz vom 23. Mai 2013 (ÜStG; BGS 312.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz) vom 22. Dezember 1983 (BGS 541.1)
- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (Öffentlichkeitsgesetz) vom 20. Februar 2014 (BGS 158.1)
- Gesetz über die Videoüberwachung im öffentlichen und im öffentlich zugänglichen Raum (Videoüberwachungsgesetz) vom 26. Juni 2014 (VideoG; BGS 159.1)
- Einfuhrungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 29. September 1988 (BGS 753.1)
- Verordnung über Datenbearbeitungssysteme für die Polizei vom 16. Dezember 2008 (BGS 512.15)
- Verordnung zur Bundesgesetzgebung über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 15. Dezember 1998 (BGS 514.1)
- Verordnung über die Notorganisation vom 15. Januar 1985 (BGS 541.11)
- Verordnung betreffend das Übersetzungswesen im behördlichen Verkehr (Übersetzungsverordnung) vom 12. November 2013 (BGS 161.15)
- Verordnung über den Kostenersatz für polizeiliche Leistungen vom 11. Dezember 2007 (BGS 512.26)
- Konkordat über die Grundlagen der Polizei-Zusammenarbeit in der Zentralschweiz (Polizeikonkordat Zentralschweiz) vom 6. November 2009 (BGS 511.1)

- Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen vom 15. November 2007 (BGS 511.3)
- Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte vom 23. Juni 1909 (BGS 332.1)
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)

- Nach dem Inkrafttreten:
- Bevölkerungsschutzgesetz
- Hundegesetz
- Verordnung zum Videogesetz

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
A	Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	Leistungsnehmer, Bevölkerung, Mitarbeitende		Konzept abgeschlossen	2017: Budgetierung 2018, 2018: Einführung
L28	Gesamtschweizerische Vereinbarung zur Verbesserung der Polizeizusammenarbeit	Bevölkerung, Vereinbarungs-partner/innen	Grundsatzentscheid Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD); Mitarbeit Vereinbarung	Vereinbarung «Polizeikooperation» liegt vor	Realisierung
L28	Programm Harmonisierung Polizei-Informatik (HPI): Waffenplattform, Vorgangsbearbeitung, Nationale Bildungsplattform Polizei (NBPP)	Bevölkerung, Strafverfolgungsbehörden, Aus- und Weiterzubildende	Inbetriebnahme und Abschluss Waffenplattform; Grobkonzept Vorgangsbearbeitungssystem; NBPP: Realisierung zentrales Kurswesen	Vorgangsbearbeitungssystem: Detailkonzept liegt vor	Realisierung
L28	Vernetzung Zentralschweizer Polizei-Einsatzzentralen	Bevölkerung, Partner/innen im Sicherheitsverbund und Dienstleister/innen (Aufgebotsstelle und Einsatzdisposition)	Realisierung Notrufüberlauf; Konzept technisch-betriebliche Redundanz	Konzept für die Integration des sicheren Datenverbundnetzes (SDVN) liegt vor	2017: Realisierung, 2018: Inbetriebnahme
L28	Gemeinsame Beschaffungen	Bevölkerung, Kooperationspartner/innen	Konzept Ersatz Ordnungsdienst-Ausrüstung	Beschaffungsentscheid Ordnungsdienstausrüstung	2017/ 2018: Beschaffung
<b>Leistungsgruppe 1: Sicherheit</b>					
1	Hohe sichtbare Präsenz	Bevölkerung	5'000 Präsenz- und 15'000 CP-Std. durch Sicherheitspolizei	4'500 Präsenzstunden	Sinkend
2	Community Policing-Tätigkeit (CP)	Bevölkerung		14'500 CP-Std., davon 3'000 Std. Einbruchprävention	Sinkend
3	Schwerpunktmässige Bekämpfung Littering	Bevölkerung	1'500 Std. Unterstützung Littering-Aktionen	1'200 Std. Unterstützung Littering-Aktionen	Sinkend
4	Wirksame Bekämpfung der Kriminalität durch Festnahmen in flagranti	Geschädigte Personen, Leistungsnehmende Wertschutzobjekte	18 vorläufige Festnahmen von Einbrecher/innen oder Dieb/innen	30 vorläufige Festnahmen von Einbrecher/innen oder Dieb/innen	Gleich
5	Erfolgreiche Suche vermisster Personen und Fahndung nach Straftäterinnen und -tätern	Vermisste Personen, ausschreibende Amtsstellen, Bevölkerung	30 Personen	30 Personen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
6	Verhinderung offener Drogenszenen	Bevölkerung, insbesondere Anwohnerschaft, Passantinnen und Passanten	200 Sicherstellungen von Drogen	250 Sicherstellungen von Drogen	Gleich
7	Wirksame Bekämpfung von Diebstählen	Bevölkerung, Versicherungen	Sicherstellung von 8 Motorfahrzeugen, 50 Fahrrädern, 16 Beuten	Sicherstellung von 8 Motorfahrzeugen, 30 Fahrrädern, 16 Beuten	Gleich
8	Gewährleistung einer guten Verkehrssicherheit	Bevölkerung und Pendler/innen, Verkehrsteilnehmende, Gemeinden	Zahl Verkehrstoter und Schwerverletzter nicht höher als der Durchschnitt der 5 Vorjahre	Zahl Verkehrstoter und Schwerverletzter nicht höher als der Durchschnitt der 5 Vorjahre	Gleich
9	Hohe Verkehrssicherheit auf den zugerischen Seen	Gewässernutzende	Personenschäden < 3	Personenschäden < 3	Gleich
B	Videoüberwachung im öffentlichen Raum	Bevölkerung, Gemeinden	Vorbereitung Pilotbetrieb	Betrieb	2017: Projektabschluss
<b>Leistungsgruppe 2: Ermittlungen</b>					
10	Hohe Aufklärungsquote bei strafbaren Handlungen, insbesondere Kapitalverbrechen	Strafverfolgungsbehörden, geschädigte Personen, Versicherungen	Aufklärungsquote allgemein > schweizerisches Mittel; Aufklärungsquote Leib-und-Leben-Delikte > 90 %	Aufklärungsquote allgemein > schweizerisches Mittel; Aufklärungsquote Leib-und-Leben-Delikte > 90 %	Gleich
11	Rasche Bearbeitung der Jugenddelikte	Geschädigte Personen, Jugendstaatsanwaltschaft, jugendliche Täter/innen, Eltern	95 % der Fallakten mit geringer Komplexität innert 1 Monat und 85 % bei komplexen Ermittlungen innert 3 Monaten der Staatsanwaltschaft überwiesen	95 % der Fallakten mit geringer Komplexität innert 1 Monat und 85 % bei komplexen Ermittlungen innert 3 Monaten der Staatsanwaltschaft überwiesen	Gleich
12	Speditive Erledigung der Rechtshilfe	Staatsanwaltschaft Zug, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden anderer Kantone, des Bundes und Auslandes	95 % der Aufträge und Anfragen innert Frist	95 % der Aufträge und Anfragen innert Frist	Gleich
13	Hohe Qualität in der Bearbeitung der Anfragen und Aufträge des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)	Nachrichtendienst des Bundes und andere Polizeikörper	Keine Beanstandungen durch NDB und deren Aufsicht	Keine Beanstandungen durch NDB und deren Aufsicht	Gleich
14	Höchste Qualität bei kriminaltechnischen Untersuchungen	Strafverfolgungsbehörden, geschädigte Personen	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020	Gleich
15	Fristgerechte Zustellung elektronischer Beweismittel	Staatsanwaltschaft	95 % in max. 4 Wochen	95 % in max. 4 Wochen	Gleich
16	Verbesserung der Aufklärungsquote bei Einbrüchen	Geschädigte, Strafverfolgungsbehörden	Erreichen des schweizerischen Mittels	Erreichen des schweizerischen Mittels	Gleich
C	Konsequente Einziehung kriminell erwirtschafteter Vermögenswerte	Geschädigte, Bevölkerung (Kanton), Versicherungen	50 % Kostendeckung (Aufbauphase)	75 % Kostendeckung (Aufbauphase)	Steigend
L19	Kompetenzzentrum IT-Forensik	Bevölkerung, juristische Personen, Strafverfolgungsbehörden, Vereinbarungspartner/innen	Vereinbarung mit 2 Partnern abgeschlossen	Vereinbarung mit 1 weiteren Partner abgeschlossen	2017: Projektabschluss
L19	Kooperation mit Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz in Zug	Bevölkerung, Strafverfolgungsbehörden, Studierende der Fachhochschule Zentralschweiz	Entscheid Projektidee	Entscheid Projektidee	Konzipierung

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze</b>					
17	Möglichst geringer Schaden bei Ordnungsdienstseinsätzen	Bevölkerung, Anlassverantwortliche, Gemeinden	Personenschäden < 3; Sachschäden < 12	Personenschäden < 3; Sachschäden < 12	Gleich
18	Wirkungsvoller Schutz von prominenten Personen (VIP-Schutz)	Anlassverantwortliche	Keine verletzten VIP	Keine verletzten VIP	Gleich
19	Sicherstellung des Schutzes von Personen bei Interventionen	Geschädigte Personen (Opfer), Täter/innen, unbeteiligte Personen	Untersuchungen oder Urteile bestätigen keine Unverhältnismässigkeit	Untersuchungen oder Urteile bestätigen keine Unverhältnismässigkeit	Gleich
20	Hohe Präsenzzeit der Diensthund im Aussendienst	Bevölkerung, geschädigte und vermisste Personen, verlorene Sachen, verstecktes Deliktgut oder Drogen	Diensthunde leisten 3'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Dienst	Diensthunde leisten 3'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Dienst	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen</b>					
21	Präzise Entgegennahme von Notrufen mit sofortigem Alarmieren und Aufbieten der erforderlichen Einsatzkräfte	Bevölkerung, Verunfallte, Notorganisationsangehörige, Vertragspartner/innen von der auf der Einsatzleitzentrale aufgeschalteten Wertschutzanlagen, Bundesstellen	99 % innerhalb 2 Minuten nach Meldungseingang; gerechtfertigt beanstandete Mängel < 1 % der Notrufabwicklungen	99 % innerhalb 2 Minuten nach Meldungseingang; gerechtfertigt beanstandete Mängel < 1 % der Notrufabwicklungen	Gleich
22	Sichere und termintreue Erfüllung der Transportaufträge	Staatsanwaltschaften, Gerichte, Justiz-Vollzugsbehörden, Gemeinden, Rettungsdienst, Bundesstellen	90 % der Aufträge innert Fristen; keine Entweichungen	90 % der Aufträge innert Fristen; keine Entweichungen	Gleich
23	Konsequenter Vollzug der Waffen- und Sprengstoffgesetzgebung	Bevölkerung, gesuchstellende Gemeinden, Gerichte, Staatsanwaltschaft	50 % Waffenhändler/innen, 33 % Seriefirewaffenbesitzer/innen und 33 % Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen kontrolliert	50 % Waffenhändler/innen, 33 % Seriefirewaffenbesitzer/innen und 33 % Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen kontrolliert	Gleich
24	Speditive Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	Gemeinden, Behörden der Kantone und des Bundes	95 % innert 1 Monat	95 % innert 1 Monat	Gleich
D	Online-Abfrage Waffenregister	Bevölkerung, Strafverfolgungsbehörden, Opfer von Gewaltdelikten, Bundesstellen	Produktiver Betrieb, Abschluss	Bereitschaft für operativen Betrieb	Projektabschluss
E	Schweizerisches Sicherheitsfunknetz/Teilnetz Zug (Polycom)	Bevölkerung, Partner/innen der Zuger Notorganisation, Teilnehmende des Sicherheitsfunknetzes (BORS)	Operative Inbetriebnahme im 4. Quartal mit 2–4 Wochen Parallel-Betrieb	Rückbau altes Funknetz	Projektabschluss
L18	Lageverbundsystem	Bevölkerung, Partnerorganisationen auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde (Sicherheitsverbund)	Grundsatzentscheid (KKJPD) und Regierungskonferenz Zivilschutz Militär und Feuerwehr (RZ ZMF); Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Grundlagen	Konzept liegt vor	2017: Realisierung, 2018: Betrieb

#### Kommentar Zielsetzungen

##### a) Entlastungsprogramm

Tiefere Indikatoren bei den Zielsetzungen 1, 2 und 3

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Die im Jahr 2015 aufgeführte Zielsetzung 1 wurde für das Jahr 2016 in die Zielsetzungen 1 und 2 aufgeteilt

Die Indikatoren und Zielgrößen 4, 6 und 7 wurden an die Erfahrungswerte der letzten zwei Jahre angepasst

L19 Kooperation mit Departement Informatik der Fachhochschule Zentralschweiz in Zug ist erst nach definitiver Klärung des Standorts möglich

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Ständige Wohnbevölkerung	Anzahl	120'652	120'000	122'500	Steigend
Immatrikulierte Fahrzeuge, jeweils Stand 30. September	Anzahl	93'698	94'000	96'000	Steigend
Im Handelsregister eingetragene Firmen	Anzahl	30'745	32'000	32'500	Steigend
Telefonanrufe auf Einsatzleitzentrale / davon Notrufe (112, 117, 118)	Anzahl	103'817	118'000 / 18'000	118'000 / 18'000	Gleich
Polizeiliche Einsätze	Anzahl			23'200	Gleich
Verkehrsunfälle / davon Tote und Verletzte	Anzahl	872	950 / 300	950 / 300	Gleich
Erfasste Straftaten / davon Leib und Leben	Anzahl	7'645	8'500 / 350	8'300 / 320	Gleich
Delikte mit jugendlichen Beschuldigten: geringe Komplexität / komplexe Ermittlungen	Anzahl		170 / 200	170 / 200	Gleich
Rechtshilfe- und Amtshilfeersuchen, ohne Strassenverkehrsgesetz	Anzahl	1'862	1'550	1'600	Gleich
Elektronische Datenträger / Datenmenge, inkl. externe Leistungsnehmer	Anzahl / Terabyte (TB)		525 / 75	1'100 / 160	Steigend
Ausserkantonale Einsatzstunden (Interkantonale Polizeieinsätze und Zentralschweizer Polizeikonkordat)	Anzahl	3'099	3'200	3'200	Gleich
Personentransporte (Gefangene und Ausschaffungen)	Anzahl		2'600	2'700	Gleich
Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	Anzahl		580	580	Gleich
Waffenhändler/innen	Anzahl		13	13	Gleich
Seriefeuerwaffenbesitzer/innen	Anzahl		68	68	Gleich
Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen	Anzahl		14	14	Gleich

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**  
Keine Bemerkungen

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-51'369'263.95	-51'990'730	-51'558'300	432'430	-0,8	-51'777'300	-51'908'900	-52'192'700
<b>Total Ertrag</b>	6'683'398.61	7'965'000	8'758'000	793'000	10,0	9'630'600	9'940'600	9'941'600
<b>Saldo</b>	-44'685'865.34	-44'025'730	-42'800'300	1'225'430	-2,8	-42'146'700	-41'968'300	-42'251'100

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

Personalbereich:

Total -4,4 Personaleinheiten (PE) aufgrund der Personalmassnahmen EP: -1 PE LG1/1,2,3; -1 PE LG1/B Verzicht; -0,6 PE IT und Messen; -0,3 PE Verzicht auf Hilfspolizei; -1,5 PE Senkung Stellenetat

Sachaufwand:

32'000 Franken Reduktion Verzicht WOHGA/AutoExpo

97'000 Franken Reduktion von extern eingekauften Dienstleistungen

50'000 Franken Reduktion Unterhalt Fahrzeuge

Ertrag:

400'000 Franken Mehrertrag Bussen, Aufhebung 1 km/h Toleranz (technische Gerätetoleranz bleibt bestehen)

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

1,0 PE L19, Kompetenzzentrum IT-Forensik, erfolgsneutral

200'000 Franken Reduktion, Wegfall Wartung Funknetz (dafür Mehraufwand bei der Stabsstelle Notorganisation für Polycom)

60'000 Franken Mehraufwand Unterhalt Kompetenzzentrum IT-Forensik, erfolgsneutral

70'000 Franken Mehraufwand geografische Einsatzführung, Infrastruktur Teil 2

60'000 Franken Beschaffung Geräte für gerichtsverwertbare Atemalkoholkontrollen, Anforderungen Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

729'000 Franken Ertrag aus Leistungsverkauf IT-Forensik Kompetenzzentrum

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Personalbereich:

-0.5 PE Zusammenlegung Polizeidienststellen ab 2018

Ertrag:

120'000 Franken Mehrertrag Erhöhung und Einführung neuer Gebühren ab 2017

380'000 Franken Mehrertrag Verrechnung polizeiliche Leistungen bei Unfällen 2017, 760'000 Franken ab 2018

160'000 Franken Mehrertrag durch konsequente Einziehung von deliktisch erwirtschafteten Vermögen 2017, 200'000 Franken ab 2018

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Sachaufwand:

160'000 Franken Mehraufwand L28, Ersatz Ordnungsdienst-Ausrüstung 2017 und 2018

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT3590.0166 Polizei XXI						
Ausgaben	-64'877.70	-150'000	-65'000	-75'000	-60'000	
Einnahmen						
IT3590.0172 Umsetzung Harmonisierung Polizei Informatik						
Ausgaben	-10'830.20	-100'000	-70'000	-100'000		
Einnahmen						
IT3590.0173 Speichermanagement Fachanwendung						
Ausgaben	-106'598.15					
Einnahmen						
IT3590.0174 Ablösung Sprach- aufzeichnung ELZ						
Ausgaben	-15'535.80					
Einnahmen						
IT3590.0176 Ersatz Vorgangs- bearbeitungssystem						
Ausgaben		-200'000	-356'000	-200'000	-300'000	
Einnahmen						
IT3590.0177 iMACS Mobile						
Ausgaben		-120'000				
Einnahmen						
IT3590.0178 Elektronische Arbeitsplanung						
Ausgaben		-50'000				
Einnahmen						
IT3590.0179 Harmonisierung ICT-Strategie mit HPI und Kanton						
Ausgaben		-50'000	-75'000	-75'000		
Einnahmen						
SD3590.0062 Ersatz mobile Geschwindigkeits- messgeräte						
Ausgaben	-246'601.20					
Einnahmen						

Institutionelle Gliederung  
Sicherheitsdirektion  
3590 – Zuger Polizei

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
SD3590.0063 Öffentliche Videoüberwachung								
Ausgaben	-87'702.20	-80'000	-80'000					
Einnahmen								
SD3590.0064 Ersatz Spezialfahr- zeug Intervention								
Ausgaben	-45'177.00							
Einnahmen								
SD3590.0067 Digitalisierung Akten								
Ausgaben	-94'672.80							
Einnahmen								
SD3590.0068 Fahrzeugfahndung (KS-Erkennung)								
Ausgaben	-17'482.80							
Einnahmen								
SD3590.0072 Forensische Datensicherung								
Ausgaben	-21'502.80	-30'000	-110'000					
Einnahmen								
SD3590.0073 Personenfahndung, Fingerabdruck- erkennung								
Ausgaben			-260'000					
Einnahmen								
SD3590.0074 Erneuerung Videostudio und OHG-Raum								
Ausgaben			-100'000					
Einnahmen								
SD3590.0076 Ausweisprüfsystem								
Ausgaben							-190'000	
Einnahmen								
SD3590.0078 ELZ Monitorwand, Ersatz								
Ausgaben						-120'000		
Einnahmen								
SD3590.0081 Ersatz Multaradar CD								
Ausgaben		-100'000						
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben	-710'980.65	-880'000	-1'116'000			-570'000	-550'000	
Einnahmen								
Saldo	-710'980.65	-880'000	-1'116'000			-570'000	-550'000	

Institutionelle Gliederung  
Sicherheitsdirektion  
3590 – Zuger Polizei

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
SD3590.0044 Polycom, Umsetzung								
Ausgaben	-5'437'719.66	-7'800'000	-2'230'000					
Einnahmen	220'000.00	1'650'000	850'000					
<b>Total Verpflichtungskredite</b>								
Ausgaben	-5'437'719.66	-7'800'000	-2'230'000					
Einnahmen	220'000.00	1'650'000	850'000					
Saldo	-5'217'719.66	-6'150'000	-1'380'000					

**Kommentar Budget**

- a) Entlastungsprogramm  
750'000 Franken Reduktion, SD3590.0044 Minderkosten  
300'000 Franken Reduktion, Verzicht auf Polizeiboot bis nach Abschluss Entlastungsprogramm  
160'000 Franken Reduktion, SD3590.0068 Verzicht auf drei von vier Geräten  
350'000 Franken Reduktion, durch Verzichtplanung im Bereich der Geschwindigkeitsmessanlagen

**Kommentar Finanzplan**

- a) Entlastungsprogramm  
780'000 Franken Reduktion, durch Verzichtplanung im Bereich der Geschwindigkeitsmessanlagen



Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Migration (AFM) vollzieht das Ausländer- und Asylrecht des Bundes. Insbesondere regelt es die Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit aller ausländischen Personen im Kanton Zug. Weiter ist es dafür verantwortlich, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich unrechtmässig im Kanton Zug aufhalten oder deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist, das Kantonsgebiet verlassen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

**Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt**

- Kurzaufenthalts-, Aufenthalts-, Niederlassungs- und Grenzgängerbewilligungen für ausländische Staatsangehörige
- Ausstellung von Ausländerausweisen
- Aufenthaltsnachforschungen und Wegzugsmeldungen
- Prüfung und Bewilligung von Besuchseinladungen und Ausstellen von Visa
- Rechtsdienst
- Erfassung und Weiterleitung biometrischer Daten von Nicht-EU/EFTA-Staatsangehörigen

**Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise**

- Anmeldung Neuzugänge
- Ausstellung von Asylaussweisen
- Überwachung des Asylverfahrens
- Bearbeitung der Gesuche um Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen (Härtefälle)
- Rückkehrberatung und Rückkehrhilfe
- Organisation der freiwilligen Ausreise

**Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen**

- Sicherstellung des zwangsweisen Vollzugs von Wegweisungen
- Verfügung Rayonverbote
- Papierbeschaffung
- Beantragung und Eröffnung der Einreiseverbote

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20)
- Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen, FZA, SR 0.142.112.681)
- Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG, SR 142.31)
- Einführungsgesetz vom 31. Januar 2013 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (EG AuG, BGS 122.5)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Kundenfreundliche Erbringung umfassender Dienstleistungen im Ausländer- und Asylrecht	Im Kanton Zug wohnhafte oder erwerbstätige Ausländer/innen	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich
A	Einführung eines elektronischen Archivs	Amtsstelle	Voranalyse erstellt	«Fällt weg» Rückstellung wegen EP 2015–2018	
<b>Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt</b>					
2	Effiziente Bearbeitung eingehender Gesuche	Gesuchsteller/innen	In der Stichprobe: 80 % innert 10 Arbeitstagen ab Vorliegen der vollständigen Unterlagen	In der Stichprobe: 80 % innert 10 Arbeitstagen ab Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
3	Fristgerechte Stellungnahmen zu Beschwerden	Instruierende Behörde, Beschwerdeführer/innen	100 %	100 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
4	Umgehende Ausstellung von Visa	Nicht-EU/EFTA-Staatsangehörige	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	Gleich
5	Sicherstellen der telefonischen Erreichbarkeit	Kundschaft	Während den Schalteröffnungszeiten	Während den Schalteröffnungszeiten	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise</b>					
6	Beförderliche Vorprüfung von Gesuchen um Stellenantritt Asylsuchender und vorläufig Aufgenommener	Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Arbeitgebende, Amt für Wirtschaft und Arbeit	Berichtabgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	Berichtabgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	Gleich
7	Rasche Durchführung der Ausreisegespräche	Abgewiesene und ausreisepflichtige Asylsuchende	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	Gleich
8	Fristgerechte Vornahme der Abschlussmeldungen an das Staatssekretariat für Migration	Staatssekretariat für Migration	Meldung innert 14 Tagen	Meldung innert 14 Tagen	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen</b>					
9	Konsequenter Vollzug der möglichen zwangsweisen Rückführungen	Abgewiesene Asylsuchende, Ausländer/innen ohne legalen Aufenthalt	100 %	100 %	Gleich
10	Umgehende Einreichung der Gesuche um Vollzugsunterstützung zwecks Beschaffung der notwendigen Reisepapiere	Ausreisepflichtige Ausländer/innen, Staatssekretariat für Migration	Innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	Innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	Gleich
11	Umgehende Anwendung der Zwangsmassnahmen unter Einhaltung der gesetzlichen Fristen	Ausländer/innen ohne Aufenthaltsberechtigung, Verwaltungsgericht	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden; schriftliche Begründung innert 72 Stunden	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden; schriftliche Begründung innert 72 Stunden	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

Zielsetzung A: Projektinvestition ca. 1 Mio. Franken; deshalb Rückstellung.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	31'500	32'500	33'500	Steigend
Bestand nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen	1'428	1'500	1'500	Gleich
Bestand Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene	Personen	705	700	700	Gleich
Stellungnahmen zu Beschwerden	Anzahl		15	15	Gleich
Zwangsweise Rückführungen	Anzahl		130	130	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Stetige Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung. Entwicklung im Asylbereich nicht absehbar.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-3'157'778.98	-3'164'906	-3'171'280	-6'374	0,2	-3'180'880	-3'200'780	-3'234'280
Total Ertrag	1'740'454.05	1'525'000	1'535'000	10'000	0,7	1'515'000	1'515'000	1'515'000
Saldo	-1'417'324.93	-1'639'906	-1'636'280	3'626	-0,2	-1'665'880	-1'685'780	-1'719'280

##### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
45'000 Franken tiefere Personalkosten durch Senkung Stellenetat  
13'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
60'000 Franken weniger budgetiert für Bundesbeiträge an Kosten für ausserkantonale Administrativhaften

##### Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## 1 Laufende Rechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-3'711'485.33	-3'739'810		3'739'810	-100,0			
Total Ertrag	905'141.05	950'000		-950'000	-100,0			
Saldo	-2'806'344.28	-2'789'810		2'789'810	-100,0			

### Kommentar Budget

Die Strafanstalt wurde im Juni 2015 ins neue Amt für Justizvollzug überführt.

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen

## 2 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Keine

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Justizvollzug (AJV) ist verantwortlich für den Vollzug von Strafen, Massnahmen, Bewährungshilfen und weiteren Haft- und Sanktionsarten gemäss Auftrag der Zuger Strafjustiz. Die Vollzüge werden in der Strafanstalt Zug sowie im Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz durchgeführt.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Vollzugs- und Bewährungsdienst

- Freiheitsstrafen
- Gemeinnützige Arbeit
- Stationäre Massnahmen und ambulante Behandlungen
- Sozialdienst
- Ersatzmassnahmen
- Bewährungshilfe
- Weisungen
- Soziale Betreuungen

##### Leistungsgruppe 2: Strafanstalt

- Aufsicht und Betreuung
- Externe Dienste (Nachtdienst, ärztlicher Dienst, Seelsorge)
- Holzbetrieb
- Küche
- Bildung
- Verpflegung

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0)
- Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO; SR 312.0)
- Verordnung zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz vom 19. September 2006 (V-StGB-MStG; SR 311.01)

- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 31. Januar 1985 (BGS 332.61)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (EG ANAG) vom 28. November 1996 (BGS 122.5)
- Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (BGS 161.1)
- Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (BGS 331.2)
- Verordnung der Strafanstalt vom 6. Mai 2003 (BGS 331.1)
- Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Konkordats der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz vom 5. Mai 2006
- über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugskonkordat) vom 30. November 2006 (BGS 332.33)
- Verfügung über die Delegation der Befugnisse der Sicherheitsdirektion im Bereich des strafrechtlichen Justizvollzugs gegenüber Erwachsenen an den Vollzugs und Bewährungsdienst (VBD) vom 17. Dezember 2010 (BGS 153.752)
- Reglement des Strafvollzugskonkordates der Nordwest- und Innerschweiz vom 24. April 2008

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Das neue «Amt für Justizvollzug» geht per 1. Juni 2015 aus der Zusammenlegung der beiden Ämter «Strafanstalt Zug» und «Vollzugs- und Bewährungsdienst» hervor. Leistungsauftrag und Budget des neuen Amtes werden 2016 erstmals ausgewiesen.

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Effiziente und korrekte Vollzugsdurchführung	Verurteilte	Keine Beanstandungen in Kontrollberichten SD und Justizprüfungskommission (JPK)	Keine Beanstandungen in Kontrollberichten SD und Justizprüfungskommission (JPK)	Gleich
2	Formell und materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Beschwerdeführende		Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch zuständige Beschwerdebehörde	Gleich
L29	Aktive Mitarbeit zur Realisierung einer interkantonalen Lösung zur Schaffung von Haftplätzen für den Vollzug des Ausländerrechts	Bevölkerung, Amt für Migration	Teilnahmepräsenz 90 %; Mitarbeit am Detailkonzept für interkantonale Lösung; Leitung Projektgruppe Betriebskonzept/Businessplan; Vorlage Detailkonzept im Frühjahr	Entscheidgrundlagen liegen vor	Baubeginn

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Vollzugs- und Bewährungsdienst</b>					
3	Formell und materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Beschwerdeführende	Keine gutgeheissenen Beschwerden durch zuständige Beschwerdebehörde	«Fällt weg»	
4	Vollzug gemeinnützige Arbeit gemäss Standard Konkordat	Verurteilte, Arbeitgeber Sozialarbeitsplätze	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80 % mind. 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80 % mind. 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet	Gleich
5	Formelle und materielle Überprüfung Versetzung auf Sicherheitsabteilung	Verurteilte, Anstalten	Halbjährliche Überprüfung Versetzung auf Sicherheitsabteilung ist erfolgt	Halbjährliche Überprüfung	Gleich
6	Formelle und materielle Überprüfung stationäre Massnahmen und ambulante Behandlungen	Verurteilte, Anstalten	Jährliche Überprüfung ist erfolgt	Jährliche Überprüfung ist erfolgt	Gleich
7	Beförderliche Sicherstellung Betreuung	Klientschaft	Nach Falleröffnung ist Erstgespräch innerhalb 1 Monat erfolgt	Nach Falleröffnung ist Erstgespräch innerhalb 1 Monat erfolgt	Gleich
8	Konsequent periodische Überprüfung Weisungen	Klientschaft	Weisungen sind halbjährlich überprüft	Weisungen sind halbjährlich überprüft	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Strafanstalt</b>					
9	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Beschwerdeführende	Keine gutgeheissenen Beschwerden durch zuständige Beschwerdebehörde	«Fällt weg»	
10	Formelle/materielle Überprüfung stationäre Massnahmen/ambulante Behandlungen	Verurteilte, Anstalten	Jährliche Überprüfung ist erfolgt	«Fällt weg»	
11	Vollumfängliche Sicherheit gewährleisten	Insassen, Mitarbeitende, Besuchende, Bevölkerung	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	Gleich
12	Keine grobe Verletzung von Aufsichtspflichten	Insassen	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
13	Nachtdienst: 5 Min. Interventionszeit	Insassen	100 % erfüllt	100 % erfüllt	Gleich
14	Ärztliche Grundversorgung gemäss medizinisch-ethischen Richtlinien anbieten	Insassen	Pro Woche 2 ärztliche und/oder psychiatrische Visiten	Pro Woche 2 ärztliche Visiten	Gleich
15	Kostengünstige und gesunde Verpflegung	Insassen	Kostensteigerung muss mit Anzahl Belegungstagen korrelieren	Kostensteigerung muss mit Anzahl Belegungstagen korrelieren	Gleich
16	Beschäftigungsangebote gemäss Vorgaben StGB und Konkordat gewährleisten	Insassen	Keine Verletzung der Vorgaben	Keine Verletzung der Vorgaben	Gleich
17	Bildungsangebot BiST (Bildung im Strafvollzug) ausreichend gewährleisten	Insassen	1 Lerngruppe an 40 Halbtagen	1 Lerngruppe an 40 Halbtagen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
18	Wirtschaftlicher Holzverkauf	Kunden und Kundinnen	Erlös mind. Fr. 175'000.–	«Fällt weg» wird neu unter Plangrössen geführt	
A	Machbarkeitsstudie betreffend bauliche Erweiterung Strafanstalt	Bevölkerung, Insassen	Projekt Erweiterung liegt vor	Bauprojekt liegt vor	Projektabschluss

#### Kommentar Zielsetzungen

Die Zielsetzungen mit Vorjahrswerten wurden aus den bisherigen Ämtern «Strafanstalt Zug» und «Vollzugs- und Bewährungsdienst» übernommen.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Vollzugstage	Anzahl	20'038	21'000	20'000	Gleich
Urteilseingänge	Anzahl	1'353	1'100	1'300	Gleich
Vollzugsaufträge	Anzahl	293	340	320	Gleich
Verfügungen	Anzahl	63	90	80	Gleich
Überprüfungen Massnahmen/Weisungen	Anzahl	19	18	25	Gleich
Vollzugsgespräche	Anzahl	115	150	250	Gleich
Eintritte Strafanstalt	Anzahl	566	500	530	Gleich
Belegungstage Strafanstalt	Anzahl	13'789	13'500	13'500	Gleich
Holzverkauf	Franken	152'500	150'000	150'000	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Einfluss- und Plangrössen mit Vorjahrswerten wurden aus den bisherigen Ämtern «Strafanstalt Zug» und «Vollzugs- und Bewährungsdienst» übernommen. Gemäss Hochrechnung im ersten Quartal 2015 ist eine Zunahme der Vollzugsgespräche zu erwarten.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand			-8'924'310	-8'924'310		-8'923'110	-8'937'010	-8'964'510
Total Ertrag			1'146'840	1'146'840		1'146'840	1'146'840	1'146'840
Saldo			-7'777'470	-7'777'470		-7'776'270	-7'790'170	-7'817'670

#### Kommentar Budget

Durch die Zusammenlegung der Ämter resultiert insgesamt ein Minderaufwand gegenüber dem Budget 2015 von 233'200 Franken, dies insbesondere bedingt durch die Reduktion um 0.75 Personalstellen.

##### a) Entlastungsprogramm

112'000 Franken Reduktion Personalkosten durch Zusammenlegung der beiden Ämter

5'800 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

48'500 Franken Reduktion Wartungsverträge

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen im Budget sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Keine

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-5'173'073.44	-5'417'963		5'417'963	-100,0			
Total Ertrag	491'012.12	218'000		-218'000	-100,0			
Saldo	-4'682'061.32	-5'199'963		5'199'963	-100,0			

**Kommentar Budget**

Der Vollzugs- und Bewährungsdienst wurde im Juni 2015 ins neue Amt für Justizvollzug überführt.

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine



Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
4000	Direktionssekretariat	-23'910'366.12	-22'913'406	-21'710'300	1'203'106	-5,3	-22'641'700	-23'677'500	-24'620'100
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'774'834.61	-2'953'820	-2'979'000	-25'180	0,9	-2'992'400	-2'986'100	-3'013'800
4021	Rettungsdienst	-2'669'574.14	-2'790'152	-2'237'800	552'352	-19,8	-2'265'100	-2'306'300	-2'389'000
4030	Spitäler	-87'276'240.75	-93'527'000	-95'877'000	-2'350'000	2,5	-102'377'000	-105'577'000	-108'777'000
4050	Amt für Gesundheit		-5'778'873	-5'598'000	180'873	-3,1	-4'910'700	-4'937'600	-4'950'800
4055	Gesundheitsamt	-3'140'189.02							
4060	Medizinalamt	-2'266'125.25							
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'795'579.09	-1'765'769	-1'778'800	-13'031	0,7	-1'798'800	-1'818'500	-1'859'000
40	<b>Gesundheitsdirektion</b>	<b>-123'832'908.98</b>	<b>-129'729'020</b>	<b>-130'180'900</b>	<b>-451'880</b>	<b>0,3</b>	<b>-136'985'700</b>	<b>-141'303'000</b>	<b>-145'609'700</b>

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
4005	Amt für Verbraucherschutz	-233'896.00		-57'000	-57'000				-300'000
4021	Rettungsdienst	-720'102.51	-505'000	-385'000	120'000	-23,8	-377'000	-385'000	-380'000
4030	Spitäler	4'778.15					-3'000'000		
4060	Medizinalamt	-80'579.40							
40	<b>Gesundheitsdirektion</b>	<b>-1'029'799.76</b>	<b>-505'000</b>	<b>-442'000</b>	<b>63'000</b>	<b>-12,5</b>	<b>-3'377'000</b>	<b>-385'000</b>	<b>-680'000</b>

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Obwohl die Spitalkosten weiter ansteigen, nimmt das Budget der Gesundheitsdirektion gegenüber dem Vorjahr nur leicht zu. Zu dieser Entwicklung haben im Wesentlichen die Massnahmen des Entlastungsprogramms (EP 15–18) beigetragen.

Die grösste Entlastung erwartet das Direktionssekretariat dank geringeren Auszahlungen für die individuelle Prämienvverbilligung. Eine weitere Entlastung von mindestens zehn Prozent werden die Partnerorganisationen leisten. Mit diesen sollen bis zum Jahr 2017 die bestehenden Leistungs- und Subventionsvereinbarungen schrittweise überprüft und neu ausgehandelt werden. Dabei wird die Gesundheitsdirektion darauf bedacht sein, dass die Organisationen die von ihnen verlangten Einsparungen realisieren, indem sie ihre Angebote besser aufeinander abstimmen und die Infrastrukturen vermehrt gemeinsam nutzen. Zudem sollen die erbrachten Leistungen noch besser an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst werden.

Gleichzeitig sollen dank Gebührenanpassungen die Einnahmen steigen. So werden im Rettungsdienst die Gebühren an den Schweizer Durchschnitt angepasst, während in der Lebensmittelkontrolle mit Aufträgen für Dritte Mehreinnahmen generiert werden sollen.

Im Gegenzug steigen die eingangs erwähnten Spitalkosten weiter an. Der Anstieg fällt im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr moderater aus, weil der Regierungsrat im Rahmen des EP 15–18 beschlossen hat, die vom Bundesgesetz vorgeschriebene Erhöhung des Kostenteilers von 53 auf 55 Prozent um ein Jahr zu verschieben und erst im Jahr 2017 vorzunehmen. Der anhaltende Anstieg der Spitalkosten ist weitgehend auf den medizinischen Fortschritt, die Alterung unserer Gesellschaft und auf eine Zunahme der Spitalleistungen (Mengenausweitung) zurückzuführen. Die zwischen den Kliniken und Krankenkassen ausgehandelten Spitaltarife sinken hingegen kontinuierlich.

Die budgetierten Investitionen dienen alleine der Ersatzbeschaffung.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Als Querschnittsamt der Gesundheitsdirektion lenkt und führt das Direktionssekretariat die Geschäfte der Direktion. Es unterstützt den Direktionsvorsteher bei fachlichen und politischen Fragen des Gesundheitswesens. Das Direktionssekretariat ist Anlaufstelle für juristische Fragen rund um das öffentliche Gesundheitswesen und bearbeitet verschiedene Sachgebiete wie Krankenversicherung, Spitalwesen und die Pflegeversorgung.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte

- Erarbeitung der Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat
- Verfassung von Mitberichten und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen
- Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen und Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Erarbeitung von Verfügungen, Verträgen und Reglementen der Gesundheitsdirektion

##### Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst

- Abklärungen zu Rechtsfragen des öffentlichen Gesundheitswesens
- Prüfung von Anträgen, gesundheitspolizeilichen Bewilligungen und Rechtsakten der Direktionsämter
- Beratung der Gemeinden zum Vollzug und zur Durchsetzung der obligatorischen Krankenversicherungspflicht
- Beschwerdewesen und Disziplinarverfahren

##### Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege

- Statistik und Benchmarking im Spitalbereich und in der Langzeitpflege
- Spital- und Pflegeheimplanung
- Leistungseinkäufe und Controlling Spitäler
- Beratung der Gemeinden und Institutionen im Bereich Pflege

##### Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling

- Unterstützung der Direktionsämter im Rechnungswesen
- Koordination der Jahres- und Budgetabschlüsse
- Direktionscontrolling und Qualitätssicherung
- Personaladministration für die Gesundheitsdirektion
- EDV-Koordination
- Prüfung und Bearbeitung von Lotteriefondsgesuchen im Gesundheitsbereich

##### Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienvverbilligung (IPV)

- Grundlagen zur Durchführung der IPV festlegen
- Strategische Planung und Kontrolle
- Überwachung der Durchführung

##### Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen

- Öffentlichkeitsarbeit und Führungsunterstützung für den Gesundheitsdirektor
- Unterstützung der Präsidien und der Mitgliedschaften in inner- und interkantonalen Gremien

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 (TSchG, SR 455) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG, SR 811.11) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die Psychologieberufe (Psychologieberufegesetz, PsyG, SR 935.81) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG, SR 812.121) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 15. Dezember 2000 über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG, SR 812.21) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vom 9. Oktober 1992 (Lebensmittelgesetz, LMG, SR 817.0) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.10)
- Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG, SR 916.40) und die nachgeordneten Erlasse
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz; GesG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 821.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (EG BetmG) vom 6. September 1979 (BGS 823.5)
- Spitalgesetz vom 29. Oktober 1998 (BGS 826.11)
- Verordnung über die stationäre und ambulante Langzeitpflege (Langzeitpflege-Verordnung, LpFV) vom 1. Juni 2004 (BGS 826.113)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die Psychiatrische Klinik Oberwil-Zug (Psychiatriekonkordat) vom 16. Dezember 1982 (BGS 826.162)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG) vom 29. Februar 1996 (BGS 842.1)
- Gesetz betreffend individuelle Prämienvverbilligung in der Krankenpflegeversicherung vom 15. Dezember 1994 (BGS 842.6)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
L26	Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten Versorgung unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags zur Förderung der Hausarztmedizin	Grundversorger/-innen, Bevölkerung	Bericht und Antrag Regierungsrat	«Fällt weg»	
L26	Anerkennung der medizinischen Praxisassistentinnen bzw. -assistenten (MPA) als Gesundheitsberuf	Med. Praxisassistentinnen und Praxisassistenten, Ärzteschaft, Bevölkerung	Verordnung tritt in Kraft; Erlass Reglement über Voraussetzungen zur gesundheitspolizeilichen Zulassung	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte</b>					
1	Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat gemäss formellen Vorgaben	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
2	Zeitgerechte Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
3	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
4	Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen gemäss formellen Vorgaben	Regierungsrat, Kantonsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
5	Rechtzeitige Genehmigung / Festlegen von Tarifen der Leistungserbringer OKP	Verbände Leistungserbringer, Spitäler, Krankenversicherer, Regierungsrat	80 % der Anträge an den Regierungsrat innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	80 % der Anträge an den Regierungsrat innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	Gleich
A	Gesamtprojektleitung über Projekte zur Umsetzung der Leitlinien	Regierungsrat, Kantonsrat, Bevölkerung	Fristgerechter Abschluss von 1 Projekt	Fristgerechter Abschluss von 1 Projekt	Fristgerechter Abschluss von 1 Projekt
<b>Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst</b>					
6	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Gerichte	80 % der Entscheide innert 4 Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens	90 % der Entscheide innert 3 Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens	Gleich
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von aufsichtsrechtlichen Verfahren (Disziplinarverfahren)	Gesundheitsdirektor, Aufsichtsorgane der Gesundheitsdirektion, Betroffene		Zwischenverfügungen innert 2 Wochen und Endverfügungen innert 6 Wochen nach geklärtem Sachverhalt	Gleich
B	Änderung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel beschlossen	Regierungsrat, Kantonsrat	Gesetz in Kraft gesetzt	«Fällt weg»	
C	Regelung Rettungsorganisation im Kanton Zug	Regierungsrat, Kantonsrat, Rettungsorganisationen	Überweisung an den Kantonsrat	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege</b>					
8	Fristgerechte Sicherstellung des Statistikwesens für die Spital- und Pflegeheimplanung	Gesundheitsdirektor, Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Gemeinden, Bundesämter	Jährlich	Jährlich	Gleich
9	Bedarfsgerechte Pflegeheimplanung und Sicherstellung des Controllings	Regierungsrat, Pflegeheime, Gemeinden	Bettenauslastung 80 bis 100 % im Jahresdurchschnitt	Bettenauslastung 80 bis 100 % im Jahresdurchschnitt	Gleich
10	Bedarfsgerechte Spitalplanung und zeitgerechte Erteilung von Leistungsaufträgen	Regierungsrat, Spitäler	Bettenauslastung 80 bis 100 % im Jahresdurchschnitt	Bettenauslastung 80 bis 100 % im Jahresdurchschnitt	Gleich
L27	Bericht und Antrag zur integrierten Psychiatrieversorgung UR/SZ/ZG	Kantonsrat	Überweisung an den Kantonsrat	Überweisung an den Kantonsrat	Inkrafttreten (abhängig vom KR-Entscheid)
<b>Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling</b>					
11	Rechtzeitiger Jahresabschluss; Koordination der Informationen an die Ämter, Überprüfung der Resultate der gesamten Direktion	Direktionsämter, Gesundheitsdirektor, Regierungsrat, Kantonsrat	Sicherstellen, dass die Abweichung der Rechnung zum Budget bei allen durch die Direktion beeinflussbaren Positionen pro Amt max. 5 % beträgt	Abweichung Rechnung zum Budget bei allen durch die Direktion beeinflussbaren Positionen pro Amt max. 5 %	Gleich
12	Rechtzeitiges Budget; Koordination der Budgetierung innerhalb der Gesundheitsdirektion	Gesundheitsdirektor, Regierungsrat, Kantonsrat	Alle durch die Direktion beeinflussbaren Positionen vom Kantonsrat genehmigt	Alle durch die Direktion beeinflussbaren Positionen vom Kantonsrat genehmigt	Gleich
13	Fristgerechte Beantwortung der Lotteriefondsgesuche	Direktionsämter, Gesundheitsdirektor, Regierungsrat	Beantwortung aller Gesuche innert 2 Monaten	Beantwortung aller Gesuche innert 2 Monaten	Gleich
D	Fristgerechte Umsetzung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	Finanzdirektion, Gesundheitsdirektor	Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen für Inkraftsetzung im Jahr 2016	Überprüfung korrekter Umsetzung; Anwendung KLR	Abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung (IPV)</b>					
14	Gewährleistung eines angemessenen Versicherungsschutzes zu finanziell tragbaren Bedingungen	Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	Sozialpolitische Wirksamkeit im oberen Drittel aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	Gleich
15	Sicherstellung einer effizienten und korrekten IPV-Durchführung	Ausgleichskasse	Stichprobenweise Evaluation von 2 Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	Stichprobenweise Evaluation von 2 Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	Gleich
E	Periodische Überprüfung und Weiterentwicklung des IPV-Systems	Gesundheitsdirektor, Regierungsrat	Evaluationsbericht zu 1 Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlgen	Anpassung und Differenzierung der Einkommensobergrenzen	Abgeschlossen; neues Projekt
<b>Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen</b>					
16	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des ZGSDK-Präsidiums sicherstellen	Präsident ZGSDK, ZGSDK-Mitglieder, GDK	Versand Protokoll innert 14 Tagen	Versand Protokoll innert 14 Tagen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
17	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des Präsidiums des Psychiatrie-Konkordats	Präsident Psychiatrie-Konkordat, Mitglieder Psychiatrie-Konkordat	Versand Protokoll innert 14 Tagen	Versand Protokoll innert 14 Tagen	Gleich
18	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des GDK-Vorstandmitglieds	Gesundheitsdirektor, Regierungsrat		Vorbereitungsarbeiten 48 Stunden vor den Sitzungen abgeschlossen	Gleich
F	Förderung der Aus- und Weiterbildung in Gesundheitsbetrieben	Regierungsrat, Gesundheitsbetriebe, Bevölkerung	Überweisung an den Kantonsrat: Antrag Änderung § 29 Abs. 1 Gesundheitsgesetz	«Fällt weg»	
G	Wirkungsanalyse der Erhöhung der Betriebsbeiträge an die Institutionen der Langzeitpflege für die Ausbildung von Pflegefachpersonen	Regierungsrat, Pflegeheime, Spitex		Bericht und Antrag an den Regierungsrat	Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses

#### Kommentar Zielsetzungen

- a) Entlastungsprogramm  
Projekt E, neues Ziel definiert aufgrund EP-Massnahme  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
RR-Anträge Gesundheitsdirektion	Anzahl	76	80	80	Gleich
Mitberichte, Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	38	30	30	Gleich
Federführung in Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl	26	15	20	Gleich
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	3	3	1	Gleich
Beschwerdeeingänge/Disziplinarverfahren	Anzahl	3	10	5	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	1	3	3	Gleich
Kantonsrätliche Kommissionen	Sitzungen	5	3	5	Gleich
Nationale und regionale Arbeitsgruppen (u. a. ZGSDK, ZFG, GDK, verschiedene Arbeitsgruppen der GDK)	Sitzungen		30	29	Gleich
Psychiatriekonkordat	Sitzungen	11	8	8	Gleich
Diverse institutionalisierte Jahrestreffen (Leistungserbringer, Verbände usw.)	Sitzungen	12	20	12	Gleich
Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Medienkonferenzen, Medienmitteilungen)	Vorgänge	18	25	20	Gleich
Kantonale Arbeitsgruppen (Informatik, Statistik, KGS, Kommunikation usw.)	Sitzungen	32	27	27	Gleich
Empfängerinnen und Empfänger einer individuellen Prämienverbilligung (IPV)	Anzahl	29'682	31'000	28'000	Steigend
Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung	Mio. Franken		33,4	35,1	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Federführung für die Subventionsvereinbarungen mit den Vereinen Hospiz und Palliativ Care wurde an das Amt für Gesundheit delegiert. Neu werden auch die Disziplinarverfahren in die Einfluss- und Plangrössen aufgenommen.

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-56'329'022.92	-56'338'406	-56'835'300	-496'894	0,9	-59'166'700	-61'702'500	-64'045'100
Total Ertrag	32'418'656.80	33'425'000	35'125'000	1'700'000	5,1	36'525'000	38'025'000	39'425'000
Saldo	-23'910'366.12	-22'913'406	-21'710'300	1'203'106	-5,3	-22'641'700	-23'677'500	-24'620'100

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

81'400 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

4'900 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

5,3 Millionen Franken Senkung Kantonsanteil Prämienverbilligung; davon 3,3 Millionen Franken im Budget 2015 bereits berücksichtigt und 2 Millionen Franken 2016 zusätzlich durch Anpassung der Einkommensobergrenzen

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

27'800 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung

0,9 Millionen Franken Zunahme Kantonsanteil Prämienverbilligung für Mehraufwand infolge Bevölkerungswachstum, Anstieg der Anzahl Ergänzungsleistungsfälle (EL-Fälle) und Teilausgleich der Prämienverbilligung

1,7 Millionen Franken Erhöhung des Ertrags und des Aufwands durch Zunahme des Bundesanteils an der Prämienverbilligung (durchlaufender Betrag ohne Auswirkungen auf den Saldo der kantonalen Rechnung)

45'000 Franken Verschiebung Subventionsvereinbarungen zum Amt für Gesundheit

##### Kommentar Finanzplan

Anpassung Kantonsanteil Prämienverbilligung um rund 1 Million Franken pro Jahr auf 21,3 Millionen Franken bis 2019 infolge Bevölkerungswachstum, Anstieg der Anzahl EL-Fälle und Teilausgleich der Prämienverbilligung. Ansonsten keine wesentlichen Veränderungen, die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig.

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Verbraucherschutz vollzieht die Gesetzgebung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Chemikalien, Bäder und Badewasserüberwachung, Veterinärmedizin und Tierschutz. Für alle Vollzugsbereiche gilt das Ziel, die rechtlich vorgegebene Verbrauchersicherheit sowie den Schutz von Mensch und Tier aktiv zu unterstützen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### **Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände**

- Betriebskontrolle (Inspektion, Probenerhebung und -untersuchung)
- Untersuchungen und Expertisen für Dritte

##### **Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser**

- Kontrolle der Badeanlagen und Untersuchung von Badewasser sowie Beurteilung von Neu- und Umbauten

##### **Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon**

- Betriebskontrollen, Probenerhebung und Untersuchung nach Chemikalienrecht sowie Führen der Chemikalienfachstelle
- Führen der kantonalen Radonkontaktstelle (Informieren und Umsetzen der Vorgaben des Bundes)

##### **Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen**

- Analytische Dienstleistung und Probenahmen von Gewässern und Abwässern im Rahmen der Zielsetzung für das Amt für Umweltschutz
- Weitere Aufträge gemäss Dienstleistungsvereinbarungen mit kantonsinternen und externen Stellen

##### **Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst**

- Tiergesundheitsüberwachung und Zoonosenkontrolle
- Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten
- Meldestelle für Findeltiere überwachen
- Gewinnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft überwachen
- Vorfälle mit gefährlichen Hunden abklären und Massnahmen anordnen
- Bereich Tiergesundheit am landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Schluechthof unterrichten

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 (TSchG, SR 455)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998 (BGS 811.1)
- Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe vom 23. Juni 2006 (Medizinalberufegesetz, MedBG, SR 811.11)
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe vom 3. Oktober 1951 (Betäubungsmittelgesetz, BetmG, SR 812.121)
- Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte vom 15. Dezember 2000 (Heilmittelgesetz, HMG, SR 812.21)
- Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen vom 15. Dezember 2000 (Chemikaliengesetz, ChemG, SR 813.1)
- Strahlenschutzverordnung vom 22. Juni 1994 (StSV, SR 814.501)
- Verordnung zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten, besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen vom 18. Mai 2005 (Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung, ChemRRV, SR 814.81)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vom 9. Oktober 1992 (Lebensmittelgesetz, LMG, SR 817.0)
- Eidgenössische Verordnung über die biologische Landwirtschaft und die Kennzeichnung biologisch produzierter Erzeugnisse und Lebensmittel vom 22. September 1997 (Bio-Verordnung, SR 910.18)
- Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG, SR 916.40)
- Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten vom 18. April 2007 (EDAV, SR 916.443.10)
- Eidgenössische Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion vom 26. November 2003 (LDV, SR 916.51)
- Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse vom 6. Oktober 1995 (THG, SR 946.51)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aktiv unterstützen	Bevölkerung	Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher; mind. 6 ereignisorientierte Medienbeiträge	Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher; mind. 6 ereignisorientierte Medienbeiträge	Gleich
2	Die Laborkapazität und das Analysenangebot decken einen wesentlichen Teil der kantonal wichtigen Betriebe ab	Bevölkerung, Betriebe	50 % der bedeutendsten Betriebe sind kontrolliert; jährlich werden mind. 8 Methoden aktualisiert bzw. entsprechend den Bedürfnissen neu entwickelt	50 % der bedeutendsten Betriebe sind kontrolliert; jährlich werden mind. 8 Methoden aktualisiert bzw. neu entwickelt	Gleich
3	Information und Fachsupport interessierten Personen und Gruppen anbieten	Schnupperlernende, Maturandinnen und Maturanden, Praktikantinnen und Praktikanten, interessierte Kreise	60 Arbeitstage	60 Arbeitstage	Gleich
A	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, AVS	Verwaltung, Bevölkerung	Nutzerbedürfnisse in Bauprozess eingebracht	Nutzerbedürfnisse in Bauprozess eingebracht	Umzug
<b>Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände</b>					
4	Schutz vor Gesundheitsgefährdung und Täuschung sowie den hygienischen Umgang mit Lebensmitteln sicherstellen	Konsumenten, Konsumentinnen	30 % der Betriebe sind inspiziert; flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten	30 % der Betriebe sind inspiziert; flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten	Gleich
5	Gute Wasserqualität gewährleisten	Konsumenten, Konsumentinnen, Betriebe	100 % der Proben zeitnah untersucht	100 % der Proben innert 3 Wochen untersucht	Gleich
B	Elektronische Erfassung der Inspektionsberichte und Abgabe vor Ort inkl. automatischer Abgleich der Daten mit der Fachanwendung	Betriebe	Vertiefte Evaluation des Projektes aufgrund neuer EDV-Sicherheitsvorgaben	Testphase und Inbetriebnahme des Programmes	Abgeschlossen
C	Anpassung der risikobasierten Kontrollfrequenzen an das schweizweite Konzept	Vollzugsbehörden, Betriebe	Implementierung des schweizweit verwendeten Konzeptes	Anwendung des schweizweit verwendeten Konzeptes	Abgeschlossen
D	Analysenangebot für Mikroverunreinigen sicherstellen	Bevölkerung	Adaptieren und Validieren von max. 3 Methoden	Validierte Methoden anwenden und Automatisierung anstreben	Abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser</b>					
6	Hygiene in Badebetrieben sicherstellen	Badebetriebe, Bevölkerung	Mind. 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr	Mind. 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr	Gleich
7	Information über die Badewasserqualität an öffentlichen See- und Flussbädern	Bevölkerung	4 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate	4 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon</b>					
8	Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen vor schädlichen Einwirkungen durch Stoffe und Zubereitungen gewährleisten	Bevölkerung, Umwelt	10 % der wichtigsten Betriebe sind kontrolliert; Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen (max. 3 Kampagnen)	10 % der wichtigsten Betriebe sind kontrolliert; Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen (max. 3 Kampagnen)	Gleich
9	Radon (Strahlenschutz): Gesundheitsgefährdung durch Radonkonzentration wird gemäss Bundesvorgaben vorgebeugt	Bevölkerung	Empfehlungen des Bundes werden umgesetzt, sofern sie für den Kanton von Interesse sind (max. 1 Kampagne)	Empfehlungen des Bundes werden umgesetzt, sofern sie für den Kanton von Interesse sind (max. 1 Kampagne)	Gleich
E	GHS Umstellung für Zubereitungen kundennah begleiten	Hersteller/innen, Händler/innen	Fachspezifische Software implementieren und Kenntnisse sicherstellen	Kenntnisse im Vollzug umsetzen	Abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen</b>					
10	Die vereinbarte Leistung für das Amt für Umweltschutz (AfU) wird erbracht	Mensch, Umwelt	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung erfüllt	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung erfüllt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst</b>					
11	Bekämpfung Seuchenfälle gemäss Tierseuchengesetzgebung	Tierhaltende, Bevölkerung	100 % der gemeldeten Seuchenfälle bekämpft	100 % der gemeldeten Seuchenfälle bekämpft	Gleich
12	Freiheit des zugerischen Nutztierbestandes vor spezifischen Tierseuchen nachweisen	Tierhaltende, Bundesamt für Veterinärwesen, Bevölkerung	100 % der Seuchenuntersuchungen durchgeführt	100 % der Seuchenuntersuchungen durchgeführt	Gleich
13	Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten	Tiere, Tierhaltende, Bevölkerung	25 % Tierhaltungen kontrolliert; 100 % der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet	25 % Tierhaltungen kontrolliert; 100 % der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet	Gleich
14	Verbrauchersicherheit bei Lebensmitteln tierischer Herkunft durch regelmässige Kontrollen gewährleisten	Schlachtbetriebe, Milchproduktionsbetriebe, Geflügelhalter/innen, Bienenhalter/innen	100 % aller Schlachttier- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt; 25 % Milchproduktionsbetriebe kontrolliert; Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt (ca. 10 Untersuchungsprogramme)	100 % aller Schlachttier- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt; 25 % Milchproduktionsbetriebe kontrolliert; Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt (ca. 10 Untersuchungsprogramme)	Gleich
15	Vorfällen mit Hunden vorbeugen	Hundehalter/innen, Bevölkerung	100 % der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	100 % der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	Gleich
16	Tiergesundheit in der Nutztierhaltung fördern	Tiere, Tierhaltende, Bevölkerung	50 Lektionen an der LBBZ erteilt	50 Lektionen an der LBBZ erteilt	Gleich
F	Seuchenprophylaxe gemäss Bundesvorgaben durchführen	Tierhaltende	Bundesvorgaben zur Überwachung der Bovinen Virusdiarrhöe erfüllt (ca. 200 Betriebe beprobt)	Bundesvorgaben zur Überwachung der Bovinen Virusdiarrhöe erfüllt (ca. 200 Betriebe beprobt)	Abgeschlossen, Seuche ausgerottet

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrößen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Betriebe: Lebensmittel und Gebrauchs- gegenstände	Betriebe	1'728	1'600	1'700	Gleich
Bedeutende Betriebe Lebensmittelsicherheit	Betriebe		705	700	Gleich
Badeanlagen	Betriebe	23	23	24	Gleich
Untersuchungen Lebensmittelbereich / Trinkwasser	Anzahl Proben	2'964	2'900	1'950 / 1'000	Gleich
Untersuchungen Nichtlebensmittel (Badewasser, AfU)	Anzahl Proben	1'784	1'500	1'700	Gleich
Wichtigste Händler und Importeure (Chemikalien)	Betriebe	190	220	200	Gleich
Seuchenfälle / Seuchenuntersuchungen	Anzahl		7	7 / 800	Gleich
Schlachthanlagen / geschlachtete Tiere	Betriebe / Tiere	3	3 / 4'000	3 / 4'200	Gleich
Milchproduzenten	Betriebe	286	290	280	Sinkend
Tierschutzkontrollen in Tierhaltungen / Meldungen Missstände	Anzahl			150 / 50	Gleich
Bienenstände	Stände	296	260	270	Gleich
Hundehaltungen	Haltungen / Vorfälle	4'483	4'250 / 60	4'300 / 70	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrößen

Die Untersuchungen im Lebensmittelbereich werden neu aufgeteilt in die Bereiche «Lebensmittel» und «Trinkwasser».  
Die Einfluss- und Plangröße der Seuchenfälle wird ergänzt um die Anzahl Seuchenuntersuchungen.  
Neu aufgenommen wurde die Einfluss- und Plangröße «Tierschutzkontrolle Tierhaltungen / Meldungen Missstände».

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-3'429'021.81	-3'586'020	-3'636'700	-50'680	1,4	-3'650'100	-3'663'800	-3'691'500
<b>Total Ertrag</b>	654'187.20	632'200	657'700	25'500	4,0	657'700	677'700	677'700
<b>Saldo</b>	-2'774'834.61	-2'953'820	-2'979'000	-25'180	0,9	-2'992'400	-2'986'100	-3'013'800

#### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
20'000 Franken Mehrertrag durch Taxpunkterhöhung  
22'400 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
15'000 Franken Mehrertrag durch Laboruntersuchungen für Dritte  
15'000 Franken weniger Ertrag und weniger Aufwand für die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten infolge tieferer Entsorgungskosten  
(durchlaufender Betrag ohne Auswirkungen auf den Saldo der kantonalen Rechnung)  
55'000 Franken höhere Laboranalysegeräte-Ersatzbeschaffungen  
42'900 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung

#### Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig, ab 2018 erfolgt eine Ertragssteigerung von 20'000 Franken durch mehr Laboruntersuchungen für Dritte.
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
GD4005.0010 Ersatzinvestitionen AVS								
Ausgaben	-233'896.00							
Einnahmen								
GD4005.0013 Flüssig- oder Gaschromatograph								
Ausgaben								-300'000
Einnahmen								
IT4005.0001 Upgrade Fach- anwendung LISA								
Ausgaben			-57'000					
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
<b>Ausgaben</b>	<b>-233'896.00</b>		<b>-57'000</b>					<b>-300'000</b>
<b>Einnahmen</b>								
<b>Saldo</b>	<b>-233'896.00</b>		<b>-57'000</b>					<b>-300'000</b>

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Zu den Kernaufgaben gehören Hilfeleistungen (Rettungseinsätze und Krankentransporte) im ganzen Kanton Zug sowie ausserkantonale Verlegungen. Die Bearbeitung der Notrufe 144 und die Disposition der Einsätze erfolgt durch eine überregionale Einsatzzentrale. Innerhalb der Notorganisation ist der Rettungsdienst für die mobile Sanitätshilfsstelle und die Bereichsleitung Sanität verantwortlich.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)

- Rettungseinsätze
- Krankentransporte
- Unterstützen des Notrufsystems des SRK Sektion Zug
- Sondereinsätze
- Einsatzleitung
- First Responder Gruppen

##### Leistungsgruppe 2: Grossereignisse

- Mobile Sanitätshilfsstelle: Ausbildung und Material
- Bereichsleitung Sanität

##### Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung

- Praktischer Teil der Ausbildung «Diplomierte Rettungssanitäterin HF»/«Diplomierter Rettungssanitäter HF»
- Einsatzbezogene Ausbildungen für Partnerorganisationen

##### Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotruf 144

##### (Leistungsvereinbarung mit Schutz und Rettung Zürich)

- Sicherstellen der Disposition durch den Anschluss an eine Sanitätsnotrufzentrale
- Sicherstellen der Infrastruktur für die Alarmierung und die Datenübermittlung

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Oktober 2008 (Gesundheitsgesetz, GesG, BGS 821.1)
- Verordnung über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Juni 2009 (Gesundheitsverordnung, GesV, BGS 821.11)
- Gebührentarif für die Benützung des Rettungsdienstes vom 17. Oktober 1995 (BGS 826.192)
- Gebührentarif des Rettungsdienstes für Hilfeleistungseinsätze ohne medizinische Versorgung bei Alarmierung über das Notrufsystem des Schweizerischen Roten Kreuzes vom 12. Januar 2004 (BGS 826.192.2)
- Reglement über den Rettungsdienst vom 25. Mai 2000
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Effiziente Dienstleistung durch ein aktuelles Qualitätsmanagementsystem gewährleisten	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Partnerorganisationen	Überwachungsaudit bestanden	Rezertifizierungsaudit bestanden	Gleich
2	Kundenorientierte Arbeitsweise	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Lieferanten/Lieferantinnen, Zuweiser/innen, Spitäler	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95 %	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)</b>					
3	Sicherstellen eines 24-Stunden-Rettungsdienstes gemäss Leistungsauftrag	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung	An 5 Tagen pro Woche sind rund um die Uhr 2 Rettungsteams eingeplant	An 6 Tagen pro Woche sind rund um die Uhr 2 Rettungsteams eingeplant	Gleich
4	Die Hilfsfrist bei Notfalleinsätzen (gemäss Interverband für Rettungswesen) wird im Kanton Zug eingehalten	Patientinnen und Patienten	Bei > 90 % der Notfalleinsätze ist innert 15 Minuten nach Alarmierung ein Einsatzmittel an Ort	Bei > 90 % der Notfalleinsätze ist innert 15 Minuten nach Alarmierung ein Einsatzmittel an Ort	Gleich
5	Qualitativ einwandfreie Leistungen an Patientinnen und Patienten sicherstellen	Patientinnen und Patienten	> 99 % der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen	> 99 % der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen	Gleich
6	Sicherstellen der Einsatzleitung innert 30 Min. ab Alarm bei allen Aufgebotsen	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Partnerorganisationen	Bei 100 % der Aufgebote ist die Zeit eingehalten	Bei 100 % der Aufgebote ist die Zeit eingehalten	Gleich
7	Sicherstellen der reibungslosen Zusammenarbeit der First Responder Gruppen mit dem RDZ durch Prüfen des Betriebskonzeptes und Durchführen gemeinsamer Trainingseinheiten	Patientinnen und Patienten, First Responder Gruppen	Prüfen der vorgelegten Betriebskonzepte; Schnittstellentrainings im Umfang von 20 Stunden	Prüfen der vorgelegten Betriebskonzepte; Schnittstellentrainings im Umfang von 20 Stunden	Gleich
8	Bereitstellen der Türschlüssel der angemeldeten Haushalte	Angeschlossene Personen, SRK Zug	100 % fehlerfreie Verwaltung der Schlüssel	100 % fehlerfreie Verwaltung der Schlüssel	Gleich
A	Erneuern Fahrzeugflotte	Patientinnen und Patienten	Inbetriebnahme eines Fahrzeuges mit Allradantrieb	Inbetriebnahme eines Fahrzeuges mit Allradantrieb	
<b>Leistungsgruppe 2: Grossereignisse</b>					
9	Sicherstellen der raschen medizinischen Erstversorgung der Bevölkerung bei Grossereignissen oder Katastrophen	Bevölkerung	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt; Übungspräsenz der rund 150 Milizpersonen ist > 65 %	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt; Übungspräsenz der rund 150 Milizpersonen ist > 65 %	Gleich
10	Sicherstellen der Bereichsleitung Sanität durch ausgebildete Führungskräfte	Bevölkerung, Partnerorganisationen gemäss Katastrophenplan	Mind. 4 Personen für diese Führungsstufe ausgebildet	Mind. 4 Personen für diese Führungsstufe ausgebildet	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung</b>					
11	Fördern des Berufsnachwuchses im Rettungswesen	Bevölkerung	Besetzung des Ausbildungsplatzes	Besetzung des Ausbildungsplatzes	Gleich
12	Fördern der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Ereignissen	Partnerorganisationen und andere Institutionen mit Bezug zum Einsatz	Ausbildungen im Umfang von 80 Stunden durchgeführt	Ausbildungen im Umfang von 80 Stunden durchgeführt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotruf 144 (Leistungsvereinbarung mit Schutz und Rettung Zürich)</b>					
13	Anrufe von hilfesuchenden Personen werden schnell angenommen	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Partnerorganisationen	Beauftragte Zentrale nimmt > 90 % der Notrufe innerhalb von weniger als 10 Sekunden entgegen	Beauftragte Zentrale nimmt > 90 % der Notrufe innerhalb von weniger als 10 Sekunden entgegen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
14	Gewährleisten einer zeitgerechten Disposition durch eine effiziente Ablauforganisation	Patientinnen und Patienten, Partnerorganisationen	Rettungsmittel sind im Durchschnitt in weniger als 180 Sekunden alarmiert	Rettungsmittel sind im Durchschnitt in weniger als 180 Sekunden alarmiert	Gleich
15	Die beauftragte Notrufzentrale orientiert sich am Stand der Technik und überwacht die Qualität systematisch	Bevölkerung	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

Ziel A: Siehe Kommentar zur Investitionsrechnung

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Einsätze	Anzahl	4'355	> 4'300	> 4'500	Steigend
Anteil Nacheinsätze	Anzahl	1'576	> 1'500	> 1'600	Gleich
Betreute Personen	Anzahl	3'760	> 3'800	> 3'900	Steigend
Einsätze durch ausserkantonale Organisationen	Anzahl			> 300	Steigend
Indikator für Risikofall (Tag)	Wert	3,4	< 3,5	< 3,0	Risiko steigt
Indikator für Risikofall (Nacht)	Wert	10,2	> 12,0	> 12,0	Risiko gleich
Zusatzalarme	Anzahl	62	> 25	> 40	Gleich
Schlüssel im Depot	Anzahl	167	150	150	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Es wird ein weiterer Anstieg der Einsätze angenommen. Der Anstieg wird sich verlangsamen, weil bei Auslastung aller Rettungsmittel die maximale Kapazität erreicht wird. Die Einsatzleitzentrale von Schutz & Rettung erfasst alle Einsätze im Kanton Zug, für die sie ausserkantonale Organisationen einsetzen muss und liefert monatlich eine Aufstellung. Daher kann dieser Wert wieder angegeben werden.

Der Bedarf an Rettungsmitteln kann statistisch (POISSON-Verteilung) berechnet werden. Falls die vorhandenen Mittel bei einem gleichzeitigen Auftreten mehrerer Einsätze nicht ausreichen, entsteht ein Nachfrageüberhang und somit ein Risikofall. Der Indikator zeigt an, in welchem Zeitintervall (entspricht hier Tagen/Nächten) sich ein solches Vorkommnis wiederholt. Lesebeispiel: 2016 liegt der «Indikator für Risikofall (Nacht)» bei 12 Nächten. Das Risiko ist somit gleich hoch wie im Jahr 2015.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-5'192'711.94	-5'302'152	-5'349'800	-47'648	0,9	-5'377'100	-5'418'300	-5'501'000
Total Ertrag	2'523'137.80	2'512'000	3'112'000	600'000	23,9	3'112'000	3'112'000	3'112'000
Saldo	-2'669'574.14	-2'790'152	-2'237'800	552'352	-19,8	-2'265'100	-2'306'300	-2'389'000

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

6'000 Franken weniger Personal- und Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

600'000 Franken Mehrertrag durch Erhöhung der Tarife

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

18'000 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung

10'000 Franken Einsparung bei Waschservice Einsatzkleider, da diese intern gewaschen werden

10'000 Franken Mehrkosten beim Kauf von Dienstkleider, da nach der kompletten Neuuniformierung wieder ein Austausch während des Jahres erfolgen muss

(analog zu den Betriebsjahren 2012–14)

15'000 Franken Mehrkosten infolge Ersatz der Spineboards

34'000 Franken zusätzliche Kosten bei der Leistungsvereinbarung mit der Einsatzleitzentrale Schutz & Rettung Zürich (ELZ-SRZ), da die Entschädigung von 75 auf

80 Prozent des Pauschalbetrages steigt

13'000 Franken Einsparung von diversem Sachaufwand



#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

77'000 Franken zusätzliche Kosten bis ins Jahr 2019 für die Leistungsvereinbarung ELZ-SRZ, da die Entschädigung auf 100 Prozent des Pauschalbetrages steigt.

Bis 2019 sind keine zusätzlichen Personalstellen eingerechnet, obwohl der Regierungsrat angehalten wurde, den RDZ so aufzustocken, dass der Risikofall-Indikator (siehe Einfluss- und Plangrössen) verbessert wird. Dazu wären noch weitere 150 Stellenprozente nötig.

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
GD4021.0001 Ersatzanschaffung RTW ZG 74005								
Ausgaben	-239'269.42							
Einnahmen								
GD4021.0005 Anschaffung Reanimationsgeräte								
Ausgaben	-110'188.52							
Einnahmen								
GD4021.0008 Ersatzanschaffung RTW ZG 74001								
Ausgaben	-375'644.57							
Einnahmen	5'000.00							
GD4021.0010 Ersatzbeschaffung RTW ZG 74003								
Ausgaben		-390'000						
Einnahmen		5'000						
GD4021.0012 Ersatzanschaffung RTW ZG 74002								
Ausgaben							-390'000	
Einnahmen							5'000	
GD4021.0013 Ersatzanschaffung ZG 74006 (Anästhesiefahrzeug)								
Ausgaben						-180'000		
Einnahmen						3'000		
GD4021.0017 Ersatzanschaffung RTW ZG 74004								
Ausgaben			-390'000					
Einnahmen			5'000					
GD4021.0018 Materialfahrzeug								
Ausgaben						-200'000		
Einnahmen								
GD4021.0019 Bekleidung (Ersatz Uniformen)								
Ausgaben		-120'000						
Einnahmen								
GD4021.0020 RTW ZG 74001, Ersatz Fahrgest., ums. Patientenraum								
Ausgaben								-190'000
Einnahmen								

Institutionelle Gliederung  
Gesundheitsdirektion  
4021–Rettungsdienst

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
GD4021.0021 RTW ZG 74005, Ersatz Fahrgest., ums. Patientenraum								
Ausgaben								-190'000
Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>								
Ausgaben	-725'102.51	-510'000	-390'000			-380'000	-390'000	-380'000
Einnahmen	5'000.00	5'000	5'000			3'000	5'000	
Saldo	-720'102.51	-505'000	-385'000			-377'000	-385'000	-380'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

**Kommentar Budget**

Im 2016 ist ein weiterer Rettungswagen zu ersetzen. Es ist ein Fahrzeug mit Allrad vorgesehen, welches vor allem für die Einsätze in den Berggemeinden, bei winterlichen Strassenverhältnissen und abseits von asphaltierten Strassen Vorteile hat.

**Kommentar Finanzplan**

In den Jahren 2017 und 2018 sind weitere Fahrzeuge zu ersetzen. Im Jahr 2019 sind erstmals Kofferwechsel geplant. Die Patientenräume (Koffer) werden revidiert und auf ein neues Fahrgestell mit neuem Motor und erneuerter Herstellergarantie umgesetzt.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-87'510'468.45	-93'750'000	-96'100'000	-2'350'000	2,5	-102'600'000	-105'800'000	-109'000'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-87'510'468.45</b>	<b>-93'750'000</b>	<b>-96'100'000</b>	<b>-2'350'000</b>	<b>2,5</b>	<b>-102'600'000</b>	<b>-105'800'000</b>	<b>-109'000'000</b>
426	Rückerstattungen	234'227.70	223'000	223'000	0	0,0	223'000	223'000	223'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>234'227.70</b>	<b>223'000</b>	<b>223'000</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>223'000</b>	<b>223'000</b>	<b>223'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-87'276'240.75</b>	<b>-93'527'000</b>	<b>-95'877'000</b>	<b>-2'350'000</b>	<b>2,5</b>	<b>-102'377'000</b>	<b>-105'577'000</b>	<b>-108'777'000</b>

Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

3'500'000 Franken Minderaufwand, weil der Kostenteiler erst im Jahr 2017 von 53 auf 55 Prozent erhöht wird.

50'000 Franken Minderaufwand durch Senkung der Referenztarife

b) Weitere wesentliche Abweichungen

450'000 Franken Zunahme der ausserkantonalen Hospitalisationen

1'600'000 Franken Mehraufwand im Zuger Kantonsspital, der sich insbesondere aufgrund der höheren Fallzahlen und des höheren Case Mix Index (CMI) ergibt

300'000 Franken Minderaufwand bei der AndreasKlinik wegen sinkender Fallzahlen, sinkender Baserate und sinkendem CMI

450'000 Franken Mehraufwand bei der Klinik Adelheid wegen steigender Pflegetage und Mehraufwendungen im Bereich der universitären Lehre

50'000 Franken Minderaufwand bei der Psychiatrischen Klinik Zugersee im Bereich der gemeinwirtschaftlichen Leistungen

100'000 Franken Mehraufwand bei der Clenia Littenheid wegen steigender Pflegetage

150'000 Franken Mehraufwand bei der Klinik Meissenberg wegen steigender Pflegetage und Mehraufwendungen im Bereich der universitären Lehre

Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Keine zusätzlichen Massnahmen.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Im Planjahr 2017 ist die letzte Erhöhung des kantonalen Kostenteilers von 53 auf 55 Prozent berücksichtigt. Im Weiteren wird aufgrund der demografischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts von einem jährlichen Wachstum von drei Prozent ausgegangen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
GD4030.0008 Pflegezentrum Luegeten						
Ausgaben				-3'000'000		
Einnahmen						
GD4030.0010 Pflegezentrum Ennetsee, Cham						
Ausgaben	4'778.15					
Einnahmen						
<b>Total Budgetkredite</b>						
<b>Ausgaben</b>	<b>4'778.15</b>			<b>-3'000'000</b>		
<b>Einnahmen</b>						
<b>Saldo</b>	<b>4'778.15</b>			<b>-3'000'000</b>		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Kommentar Finanzplan

Der Regierungsrat hat dem Pflegezentrum Luegeten mit Beschluss vom 1. April 2014 bis Ende September 2016 Zeit eingeräumt, das definitive Projekt bezüglich Nutzungsanpassung des Pflegezentrums einzureichen. Mit einem allfälligen Investitionsbeitrag ist nicht vor 2017 zu rechnen.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Amt für Gesundheit beaufsichtigt die Berufe im Gesundheitswesen, Praxen, Spitäler, Kliniken, Pflegeheime und Heilmittelbetriebe und ist zuständig für die Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten des Menschen. Es überprüft und rechnet den kantonalen Anteil bei Spitalaufenthalten, stationären Drogenentzügen und -therapien ab. Das Amt initiiert, unterstützt und vernetzt Projekte und Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention sowie der Kinder- und Jugendgesundheit. Die Suchtberatung berät Jugendliche, Erwachsene und ihre Bezugspersonen bei Suchtproblemen. Der Beauftragte für Suchtfragen nimmt im Auftrag der Drogenkonferenz die operative Leitung und Koordination in der Suchthilfe wahr. Der Kantonsarzt ist Schularzt der kantonalen Schulen. Der Heilmittelinspektor überwacht den Verkehr und die Abgabe von Heilmitteln.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Gesundheitspolizei

- Bewilligung, Aufsicht und Kontrolle der humanmedizinischen Gesundheitsberufe inkl. bewegungseinschränkende Massnahmen und straflose Schwangerschaftsabbrüche
- Bewilligung, Aufsicht und Kontrolle der Spitäler, Kliniken und Pflegeheime
- Bewilligung und Kontrolle des Handels mit Arzneimitteln und Medizinprodukten inkl. Aufsicht über Lagerung und Vernichtung von Betäubungsmitteln
- Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen

##### Leistungsgruppe 2: Gesundheitsversorgung

- Medizinische Überprüfung und Abrechnung des kantonalen Anteils bei Spitalaufenthalten, stationären Drogenentzügen und -therapien
- Führen der Abteilung Gesundheitswesen im kantonalen Führungsorgan inkl. Koordinierter Sanitätsdienst und der Abteilung Heilmittel im Amt für wirtschaftliche Landesversorgung
- Sachverständigen-, amts- und vertrauensärztliche Tätigkeit zugunsten von Behörden, Gerichten und Institutionen
- Fachliche Vertretung der Gesundheitsdirektion
- Teilnahme an nationalen und Durchführung von kantonalen Gesundheitsstudien und -befragungen

##### Leistungsgruppe 3: Gesundheitsförderung und Prävention

- Prävention von (sexuell) übertragbaren Krankheiten beim Menschen inkl. Überwachung des Impfwesens und Organisation des kantonalen Programms zur Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs
- Prävention von nicht übertragbaren Krankheiten
- Förderung der ausgewogenen Ernährung, der körperlichen Aktivität und der psychischen Gesundheit
- Fachliche Koordination der gemeindlichen und privaten Schulärztinnen und -ärzte
- Schulärztliche Tätigkeit an den kantonalen Schulen

##### Leistungsgruppe 4: Suchthilfe und -beratung

- Koordination und Überprüfung der Suchthilfe inkl. Führen des Sekretariats der Drogenkonferenz und der Kommission für Suchtprobleme
- Meldestelle für suchtbedingte Störungen

- Beratung und subsidiäre Behandlung zu allen Aspekten einer Suchterkrankung
- Vollzug von Massnahmen des Strassenverkehrs-, Straf- und Jugendstrafrechts
- Entwickeln und Einführen von Früherkennungs- und Frühinterventionsprozessen

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz) vom 23. Juni 2006 (MedBG; SR 811.11) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz) vom 3. Oktober 1951 (BetmG; SR 812.121) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz) vom 15. Dezember 2000 (HMG; SR 812.21) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) vom 28. September 2012 (EpG; SR 818.101) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz) vom 21. Juni 1932 (SR 680)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz) vom 9. Oktober 1992 (LMG; SR 817.0)
- Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen vom 3. Oktober 2008 (SR 818.31)
- Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (KVG; SR 832.10) und nachfolgende Erlasse
- Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz (Gesundheitsvorsorge) vom 18. August 1993 (ArGV; SR 822.113)
- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (BGS 154.21) [vertrauensärztliche Tätigkeit für das Staatspersonal]
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz) vom 22. Dezember 1983 (BGS 541.1) und nachfolgende Erlasse

- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz) vom 30. Oktober 2008 (GesG; BGS 821.1) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz über das Gastgewerbe und den Kleinhandel mit gebrannten Wassern (Gastgewerbegesetz) vom 25. Januar 1996 (BGS 943.11)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel vom 6. September 1979 (BGS 823.5)
- Vollziehungsverordnung zu Art. 119 f. StGB über die Durchführung des straflosen Schwangerschaftsabbruchs vom 22. Oktober 2002 (BGS 321.4)
- Verordnung über den Verkehr mit Heilmitteln (Heilmittelverordnung) vom 30. Juni 2009 (HMGV; BGS 823.2)
- Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen vom 8. Juli 1980 (BGS 825.31)
- Verordnung über das Krebsregister vom 14. Dezember 2010 (BGS 821.13)
- Delegationsverordnung der Gesundheitsdirektion vom 19. Dezember 2014 (DelV GD; BGS 153.766)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Gemäss Beschluss des Bundesrates tritt das neue Epidemien-gesetz auf den 1. Januar 2016 in Kraft.

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
L24	Konzept zur Unterstützung der Betreuungs- und Pflegeleistungen Angehöriger	Angehörige von betreuten Personen	Befragung der Zuger Gemeinden, Institutionen und Verbände zur Situation der Betreuung und Pflege durch Angehörige	Auswertung der Ergebnisse der Befragung 2015 und Ableitung eines Konzeptes mit mindestens 1 notwendigen Massnahme	Umsetzung einer gemäss Konzept nächsten bedürfnis-gerechten Mass-nahme
L26	Sicherstellung einer bedarfs-gerechten ambulanten Versorgung unter Berücksichtigung des Verfassungsauftrags zur Förderung der Hausarztmedizin	Grundversorger/innen, Bevölkerung	Bericht und Antrag Regierungsrat	«Fällt weg»	
L26	Anerkennung der Medizinischen Praxisassistentinnen bzw. -assistenten (MPA) als Gesundheitsberuf	Med. Praxisassistentinnen und Praxisassistenten, Ärzteschaft, Bevölkerung	Verordnung tritt in Kraft; Erlass Reglement über Voraussetzungen zur gesundheitspolizeilichen Zulassung	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 1: Gesundheitspolizei</b>					
1	Zeitgerechte Auslösung epidemiologischer Massnahmen	Bevölkerung, Ärzteschaft, Bundesamt für Gesundheit	100 % der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	100 % der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	Gleich
2	Wirksame Aufsicht	In den Gesundheitsberufen Tätige, Kranke, Bevölkerung	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügsreife	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügsreife	Gleich
3	Effiziente Durchführung der Grosshandelsinspektionen	Pharmazeutischer Handel	90 % der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	90 % der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
4	Speditive Erteilung der Detailhandelsbewilligungen	Detailhandelsbetriebe	80 % der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügsreife	80 % der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügsreife	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Gesundheitsversorgung</b>					
5	Effiziente Abwicklung der Spitalrechnungen	Kranke, Leistungserbringende, Krankenkassen	100 % der Spitalrechnungen rechnerisch, 25 % stichprobenweise fachlich kontrolliert	100 % der Spitalrechnungen rechnerisch, 25 % stichprobenweise fachlich kontrolliert	Gleich
6	Konsequente Kostenkontrolle	Kanton, Kranken-, Unfall-, Haftpflichtversicherer, Schaden Service Schweiz AG	100 % der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet; Wohnsitzkontrolle zu 100 % vorgenommen	100 % der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG elektronisch gemeldet; Wohnsitzkontrolle elektronisch zu 100 % vorgenommen	Gleich
A	Elektronische Abwicklung der Spitalrechnungen	Spitäler	Elektronische Rechnungsabwicklung eingeführt	Produktivstart: 50 % der Spitalrechnungen elektronisch abgewickelt	> 50 % der Spitalrechnungen elektronisch abgewickelt
<b>Leistungsgruppe 3: Gesundheitsförderung und Prävention</b>					
7	Organisationen mit Leistungs- oder Subventionsvereinbarung vernetzen: Kooperation, Synergien	Gesundheitsligen, Vereine, Stiftungen, Bevölkerung	Jährliches Netzwerktreffen; jährliche bilaterale Zielvereinbarungs- und Zielerreichungsgespräche mit allen Vereinbarungspartnern geführt	12 gemäss Vorgaben des Entlastungsprogramms 2015–2018 neu ausgehandelte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Gleich
8	Vernetzung der Institutionen im Altersbereich	Ältere Bevölkerung, Angehörige	Jährliche Organisation und Durchführung des Forums für Altersfragen	«Fällt weg»	
B	Anfragen Kinder- und Jugendgesundheits systematisch erfassen	Lehrpersonen, Jugendarbeitende, Schulsozialarbeitende und andere	Festlegen von Messgrössen zur systematischen Erfassung (Anzahl Anfragen, bearbeitete Themen, Art der Intervention)	Weiterführung der Statistik (Anfragen, Themen, Intervention) zur Erhebung des Bedarfs in der Zielgruppe	Projekt abgeschlossen; Umwandlung in ein wiederkehrendes Ziel
C	Konzept für die Abteilung Kinder- und Jugendgesundheits entwickeln	Kinder und Jugendliche des Kantons Zug	Konzept liegt am 31. März vor	«Fällt weg»	
D	Vor der schulärztlichen Untersuchung die Schüler/innen der 2. Oberstufe zu gesundheitsrelevanten Themen informieren und sensibilisieren	Schüler/innen der 2. Oberstufe	Information und Sensibilisierung an mind. 3 Schulen erfolgt	Ausweitung auf alle 11 Gemeinden und Überführung in einen regulären Betrieb, als Teil der schulärztlichen Untersuchungen in der 2. Oberstufe	Pilot abgeschlossen; Umwandlung in ein wiederkehrendes Ziel
E	Kantonales Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen (KNGS) lancieren	Gemeindliche Schulen	Im Verlauf des Jahres findet eine Kickoff-Veranstaltung statt	1 Kickoff-Veranstaltung (2015 durch Bedarfsanalyse ersetzt)	Gleich
F	Mitfinanzierung und Durchführung der Zuger Gesundheitstage 2015	Bevölkerung	Indikatoren zur Erfolgsmessung definieren (Anzahl Besuchende, durchgeführte fremdsprachige Führungen, Ausstellende, Angebote)	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
G	Kantonales Tabakpräventionsprogramm 2012-2015: Entwicklung Folgeprogramm	Bevölkerung	Mind. 2 Workshops mit Partnern; Gesuch für weitere Finanzierung beim Tabakpräventionsfonds eingereicht	«Fällt weg»	
H	Programm «Gesundes Körpergewicht 2012-2015»: Entwicklung Folgeprogramm	Kindergärten, Kinderbetreuung, Tagesstätten, Familien	Gesuch für weitere Finanzierung bei Gesundheitsförderung Schweiz eingereicht	«Fällt weg»	
I	Beteiligung an der Maserneliminationskampagne des Bundes und der Kantone (drei Jahre)	Ärztinnen und Ärzte, Bevölkerung	Mind. 95 % Durchimpfung (eine Dosis) Ende zweites Altersjahr und im Schulalter	Mind. 95 % Durchimpfung (1 Dosis) Ende 2. Altersjahr und im Schulalter	< 95% Durchimpfung
J	Kantonales Tabakpräventionsprogramm 2016 bis 2019: Umsetzung	Bevölkerung		Umsetzung von 4 Projekten im Bereich «Einstieg in den Tabakkonsum verhindern» und «Rauchstopp ermöglichen»	Gleich
K	Programm Bewegung und Ernährung 2016 bis 2019: Umsetzung	Kindergärten, Kinderbetreuung, Tagesstätten, Familien		Einführung Projekt zur Förderung der gefühlsmässigen und gedanklichen Vorstellung des eigenen Körpers (Schulung Körperwahrnehmung und Körperbild zur Prävention von Essstörungen)	Evaluation und angepasste Weiterführung des Projektes
L27	Einführung einer Vernetzungsplattform mit Partnerorganisationen im Handlungsfeld der psychischen Gesundheit	Partnerorganisationen im Bereich «psychische Gesundheit»	Jährliche Durchführung Netzwerktreffen «Psychische Gesundheit»	«Fällt weg»	
L27	Erarbeiten eines Programms für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung zur Förderung der psychischen Gesundheit (Gesundheits- und Personalamt [Betriebsarzt])	Amtsleitende der Zuger Verwaltung		Gezielte Umfrage unter den Amtsleitenden (Definition der Schwerpunkte des Programms und thematische Sensibilisierung)	Leitfaden zur Erhaltung und Förderung der psychischen Gesundheit (zusammen mit dem Personalamt)
<b>Leistungsgruppe 4: Suchthilfe und -beratung</b>					
9	Koordinierte Suchthilfe	Institutionen der Suchthilfe	13 Besprechungen mit den Suchthilfeinstitutionen; 4 Sitzungen vom Netzwerk Suchthilfe Zug	13 Besprechungen mit Suchthilfeinstitutionen; 4 Sitzungen vom Netzwerk Suchthilfe Zug	Gleich
10	Betrieb der neuen Meldestelle für suchtbedingte Störungen	Nach EG BetmG gemeldete Suchtkranke	Meldungen innert Wochenfrist geprüft und an die geeignete Beratungs- oder Behandlungsstelle weitergeleitet	Meldungen innert Wochenfrist geprüft und an die geeignete Beratungs- oder Behandlungsstelle weitergeleitet	Gleich
11	Suchtprobleme und -prävention am Arbeitsplatz	Vorgesetzte und Personalverantwortliche von Zuger Unternehmen	Durchführung von 2 Business-Lunches mit je 25 Teilnehmenden; 2 x jährlich Versand von Informationsmaterial	Durchführung von 2 Business-Lunches mit je 25 Teilnehmenden; 2 x jährlich Versand von Informationsmaterial	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
12	Beratung zu Suchtentwicklung und Abhängigkeits-erkrankung	Bevölkerung (Betroffene und Angehörige), Fachpersonen	550 Personen beraten; 1'600 Beratungsgespräche geführt	550 Personen beraten; 1'600 Beratungsgespräche geführt	Gleich
13	Früherkennung und Frühintervention bei Cannabis konsumierenden Jugendlichen (ForMe-Kurse)	Jugendliche, Eltern	5 ForMe-Kurse und 5 Eltern-abende durchgeführt	5 ForMe-Kurse und 5 Eltern-abende durchgeführt	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

a) Entlastungsprogramm

Tieferer Indikator bei der Zielsetzung I und Programmreduktionen bei den Zielsetzungen J und K

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Projekt A: Neu werden alle Spitalrechnungen der drei innerkantonalen Akutspitäler, welche bisher mittels Sammelrechnung über das Direktionssekretariat abgewickelt wurden, als Einzelrechnungen durch das Amt für Gesundheit verarbeitet. Dabei geht man für das Jahr 2016 davon aus, dass die eine Hälfte der Fakturen elektronisch, die andere Hälfte manuell verbucht werden kann.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Epidemiologische Fälle	Anzahl	378	350	350	Steigend
Bewilligungen (Berufsausübung, Betriebe) inkl. Aufsichtsfälle	Anzahl	719	800	800	Gleich
Spitalrechnungen	Anzahl	5'887	16'000	16'000	Gleich
Gutachten	Anzahl (inkl. Leichenschauen)	81	70	70	Gleich
Bewilligungen/Inspektionen HMK	Anzahl	95	110	100	Gleich
HPV-Impfungen	Anzahl Impfdosen	552	700	700	Gleich
Schuluntersuchungen	Anzahl Schülerinnen und Schüler (Kanton)	232	240	240	Gleich
Präventionsgespräch zur Vorbereitung der schulärztlichen Untersuchung (achte Klasse)	Anzahl Klassen		7	30	Steigend
Drogenentzüge und -therapien	Aufenthaltsstage	3'133	3'080	3'170	Gleich
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Zielvereinbarungen und Controlling	Anzahl	9	13	12	Sinkend
Netzwerktreffen mit Partnerorganisationen	Anzahl teilnehmende Partnerorganisationen		30	35	Gleich
Meldungen von suchtbedingten Störungen	Anzahl		5	5	Gleich
Suchtberatungen	Anzahl Beratungsgespräche	1'671	1'600	1'600	Gleich
Massnahmen der Administrativverfahren und StGB-Massnahmen	Anzahl	18	40	30	Gleich
Massnahmenvollzug der Staatsanwaltschaft	Anzahl Jugendliche	74	40	70	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

a) Entlastungsprogramm

Reduktion der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Die Federführung für die Subventionsvereinbarungen mit den Vereinen Hospiz und Palliativ Care wurde vom Direktionssekretariat übernommen.

Das neue Epidemien-gesetz gibt dem Bund u. a. die Kompetenz, die Institutionen des Bildungswesens zu verpflichten, Informationen über die Gefahren übertragbarer Krankheiten und Beratungen zu deren Verhütung und Bekämpfung anzubieten. Deshalb Zunahme der (neu entdeckten) epidemiologischen Fälle und der Präventionsgespräche zur Vorbereitung der schulärztlichen Untersuchungen.



#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand		-6'774'873	-6'785'600	-10'727	0,2	-6'105'700	-6'132'600	-6'145'800
Total Ertrag		996'000	1'187'600	191'600	19,2	1'195'000	1'195'000	1'195'000
Saldo		-5'778'873	-5'598'000	180'873	-3,1	-4'910'700	-4'937'600	-4'950'800

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

- 47'000 Franken tieferer Aufwand durch Reduktionen im Bereich der Gesundheitsförderung
- 120'000 Franken Minderaufwand bei Leistungs- und Subventionsvereinbarungen
- 28'000 Franken weniger Personal- und Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- 109'000 Franken weniger Personalkosten aufgrund der Fusion bzw. Ämterzusammenlegung. Nachdem bereits im Jahr 2015 eine Amtsleitendenstelle eingespart und ausserdem 80 Stellenprozente dem Rettungsdienst zur Verfügung gestellt werden konnten, resultiert ein weiterer Synergiegewinn
- 200'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung neu nicht mehr als Aufwandminderung sondern als Ertrag budgetiert
- 14'000 Franken weniger Aufwand wegen Abschluss Durchimpfungsstudie
- 25'000 Franken Aufwandsteigerung wegen zwingender Informatikanpassungen
- 64'000 Franken Aufwandsteigerung wegen Zunahme von Drogentherapien
- 45'000 Franken Aufwandsteigerung wegen Übernahme von Subventionsvereinbarungen vom Direktionssekretariat der Gesundheitsdirektion
- 20'000 Franken Mehrertrag beim Alkoholzehntel
- 25'000 Franken Minderertrag aus dem Tabakpräventionsfonds und der Gesundheitsförderung Schweiz

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig, im Jahr 2017 fallen weitere 500'000 Franken durch Kürzungen im Bereich Prävention weg.

- Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig, im Jahr 2017 fallen weitere 500'000 Franken durch Kürzungen im Bereich Prävention weg.

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

## 1 Laufende Rechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-3'781'349.37							
Total Ertrag	641'160.35							
Saldo	-3'140'189.02							

### Kommentar Budget

Das Gesundheitsamt wurde per 1. Januar 2015 mit dem Medizinalamt zum neuen Amt für Gesundheit zusammengelegt.

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen

## 2 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Keine

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-2'653'874.17							
Total Ertrag	387'748.92							
Saldo	-2'266'125.25							

**Kommentar Budget**

Das Medizinalamt wurde per 1. Januar 2015 mit dem Gesundheitsamt zum neuen Amt für Gesundheit zusammengelegt.

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT4060.0002 Elektronische Rechnungsabwick- lung								
Ausgaben	-80'579.40							
Einnahmen								
Total Budgetkredite								
Ausgaben	-80'579.40							
Einnahmen								
Saldo	-80'579.40							

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) gewährleisten mit ihrem Beratungs- und Therapieangebot die ambulante psychiatrische Versorgung im Kanton Zug für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Das Leistungsangebot der APD ergänzt bestehende Hilfsangebote (Hausärztinnen und -ärzte, Psychiater/innen und Psychotherapeutinnen und -therapeuten in Praxis, Beratungsstellen u.a.) und strebt mit diesen eine enge Zusammenarbeit an. Die APD leisten einen Beitrag an die Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen und stellen dazu nach Massgabe der betrieblichen Möglichkeiten Ausbildungsplätze zur Verfügung.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)

- Ambulante psychiatrisch-psychotherapeutische Abklärungen, Beratungen und Behandlungen psychisch kranker Erwachsener
- Prävention und Früherfassung psychischer Störungen
- Suizidprävention
- Beratung Angehöriger und weiterer Bezugspersonen von Betroffenen
- Konsiliartätigkeit (u.a. am Zuger Kantonsspital, in Alters- und Pflegeeinrichtungen sowie im Bereich der Suchtberatung und -behandlung)
- Beratung von Fachpersonen, Institutionen und Behörden des Gesundheits- und Sozialwesens im Kanton Zug
- Begutachtungen im Auftrag von Versicherungen, Behörden und Gerichten
- Öffentlichkeitsarbeit

##### Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ)

- Ambulante kinder- und jugendpsychiatrische und -psychotherapeutische Abklärungen, Beratungen und Behandlungen von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen oder Verhaltensauffälligkeiten
- Prävention und Früherfassung psychischer Störungen
- Suizidprävention
- Beratung von Angehörigen, Lehrpersonen und weiterer Bezugspersonen betroffener Kinder und Jugendlicher
- Konsiliartätigkeit in anderen Institutionen
- Beratung von Fachpersonen, Institutionen und Behörden des Gesundheits- und Sozialwesens im Kanton Zug
- Begutachtungen im Auftrag von Versicherungen, Behörden und Gerichten
- Öffentlichkeitsarbeit

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994 (SR 832.10)
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Oktober 2008 (Gesundheitsgesetz, GesG, BGS 821.1)
- Reglement über die Ambulanten Psychiatrischen Dienste vom 5. April 2006 (BGS 821.15)
- Reglement über die Fort- und Weiterbildung des therapeutisch tätigen Personals in den Ambulanten Psychiatrischen Diensten des Kantons Zug vom 6. Dezember 2006
- Regierungsratsbeschluss zur Entwicklung der ambulanten und teilstationären Psychiatrie im Kanton Zug vom 9. Juli 2002
- Regierungsratsbeschluss vom 4. Mai 2004 zur Genehmigung des Vertrages über den Taxpunktwert zu TARMED und Faktor x1 zwischen den ambulanten psychiatrischen Diensten und santésuisse Zentralschweiz vom 15. Januar 2004
- Regierungsratsbeschluss vom 22. Februar 2011 zur Genehmigung des Tarifvertrags betreffend Vergütung der nichtärztlichen Leistungen für die ambulanten Behandlungen von Patientinnen und Patienten in den Ambulanten Psychiatrischen Diensten vom 17. Dezember 2010
- Regierungsratsbeschluss vom 26. Juni 2012 zur Genehmigung des Vertrages über den TARMED-Taxpunktwert für die Spitalvertragsgemeinschaft des Kantons Zug vom 21. Dezember 2011
- Regierungsratsbeschluss vom 28. April 2015 zur Genehmigung des Tarmed-Taxpunktwerthes ab 1. Januar 2015 für die Spitalvertragsgemeinschaft des Kantons Zug vereinbart mit den durch tarifsuisse AG vertretenen Versicherern.

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Fachgerechte Behandlung	Patientinnen und Patienten	Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung aller Mitarbeitenden; regelmässige Supervision / Intervention aller Mitarbeitenden	Kontinuierliche Fort- und Weiterbildung aller Mitarbeitenden; regelmässige Supervision / Intervention aller Mitarbeitenden	Gleich
2	Fristgerechte Behandlung	Patientinnen und Patienten	Durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 16 Tage; notfallmässige Kontakte erfolgen innerhalb von 24 Stunden	Durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 16 Tage; notfallmässige Kontakte erfolgen innerhalb von 24 Stunden	Steigend
3	Wirtschaftliche Leistungserbringung	Patientinnen und Patienten	Kostendeckungsgrad APD mind. 60 % (ohne interne Verrechnungen) bzw. 45 % der Vollkosten nach KLR	Kostendeckungsgrad APD mind. 60 % (ohne interne Verrechnungen) bzw. 45 % der Vollkosten nach KLR	Sinkend
4	Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen	Assistenzärztinnen und Assistenzärzte, Psychologinnen und Psychologen	APD-E: 3 Assistenzärzte (Weiterbildungsstätte Kategorie A, 3 Jahre); APD-KJ: 1 Assistenzarzt (Weiterbildungsstätte Kategorie C, 2 Jahre); je Leistungsgruppe 1 PG-Psychologin (Jahresstellen)	APD-E: 3 Assistenzärzte (Weiterbildungsstätte Kategorie A, 3 Jahre); APD-KJ: 1 Assistenzarzt (Weiterbildungsstätte Kategorie C, 2 Jahre); je Leistungsgruppe 1 PG-Psychologin (Jahresstellen)	Gleich
A	Früherkennung und Suizidprävention	Bevölkerung	Interne Expertengruppe: Abklärungen, Fall-Kolloquien, Fortbildungen; externe Begleitgruppe: 2 Sitzungen pro Jahr; externe Evaluation der Strategie «Früherkennung & Suizidprävention im Kanton Zug 2010–2015»; Planung Nachfolgestrategie «Früherkennung & Suizidprävention im Kanton Zug 2016–2020»	Interne Expertengruppe: Abklärungen, Fall-Kolloquien, Fortbildungen; externe Begleitgruppe: 2 Sitzungen pro Jahr; Weiterführung der Strategie «Früherkennung & Suizidprävention im Kanton Zug 2010–2015»	Planung Nachfolgestrategie «Früherkennung & Suizidprävention im Kanton Zug» in Abstimmung mit dem nationalen Aktionsplan Suizidprävention
B	Beitrag zum Projekt Integrierte Psychiatrie Uri, Schwyz und Zug (Projekt «IP-3»)	Konkordat	Mitwirkung in Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Reglementen der Bereiche Personal und Organisation, von Arbeitsverträgen, Stellenbeschreibungen, Leistungsangeboten, Behandlungspfaden und Leistungsaufträgen	Mitwirkung in Expertengruppe, Arbeitsgruppen «Personal, Behandlungsangebote, Organisation, Finanzen» und den daraus hervorgehenden Subgruppen (Schwerpunkt: unterstützende Prozesse)	Überführung APD in Integrierte Psychiatrie Uri, Schwyz und Zug; Projektabschluss

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)</b>					
C	Gerontopsychiatrischer Dienst	Altersbevölkerung, Alters- und Pflegeheime	Ambulante interdisziplinäre Demenz-Abklärungen; Konsilien und Fallbesprechungen in Alters- und Pflegeheimen	Ambulante interdisziplinäre Demenz-Abklärungen; Konsilien und Fallbesprechungen in Alters- und Pflegeheimen	Sinkend
D	Projekt «ambulanter Alkoholentzug» in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft und der Suchtberatung des Kantons Zug	Suchtgefährdete und -kranke Erwachsene	Präsentation ZUGHAM; bei 10 Patientinnen und Patienten Behandlung abgeschlossen	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ)</b>					
E	Konsiliar- und Liaisondienst für sonderpädagogische Einrichtungen im Kanton Zug	Schüler/innen von sonderpädagogischen Einrichtungen	Ausbau der Zusammenarbeit bezüglich Institutionen und Nutzung	Ausbau der Zusammenarbeit bezüglich Institutionen und Nutzung	Aufnahme in Grundauftrag im Rahmen der Überführung APD; Projektabschluss
F	Tagesambulante und stationäre psychiatrische Versorgung	Psychisch kranke Kinder und Jugendliche	Sicherstellung der stationären psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit ausserkantonalen Institutionen; Übergangslösung tagesambulante Behandlung planen	Sicherstellung der stationären psychiatrischen Versorgung für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit ausserkantonalen Institutionen; Übergangslösung tagesambulante Behandlung erarbeiten	Sicherstellung stationäre psychiatrische Versorgung Kinder und Jugendliche mit ausserkantonalen Institutionen; Einführung tagesambulante Behandlung; Projektabschluss

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Patientinnen und Patienten	Anzahl	1'884			Gleich
Konsultationen	Anzahl	13'197			Gleich
Patientinnen und Patienten APD-E	Anzahl		1'400	1'400	Gleich
Konsultationen APD-E	Anzahl		9'000	9'000	Gleich
Patientinnen und Patienten APD-KJ	Anzahl		540	540	Gleich
Konsultationen APD-KJ	Anzahl		4'600	4'600	Gleich
Taxpunktwert (Tarmed)	Franken	0.89 / 0.88	0.87	0.89 / 0.88	Sinkend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Seit 2015 werden die Einfluss- und Plangrössen der Leistungsgruppen Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche gesondert ausgewiesen.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-4'195'567.79	-4'458'769	-4'471'800	-13'031	0,3	-4'491'800	-4'511'500	-4'552'000
<b>Total Ertrag</b>	2'399'988.70	2'693'000	2'693'000	0	0,0	2'693'000	2'693'000	2'693'000
<b>Saldo</b>	-1'795'579.09	-1'765'769	-1'778'800	-13'031	0,7	-1'798'800	-1'818'500	-1'859'000

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

30'000 Franken weniger Personal- und Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

b) Weitere wesentliche Abweichungen

45'000 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Keine

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine





Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
5000	Direktionssekretariat	-2'183'626.21	-2'249'581	-2'226'660	22'921	-1,0	-2'229'460	-2'209'260	-2'233'860
5001	Finanzkontrolle	-670'994.27	-705'839	-713'930	-8'091	1,1	-713'030	-716'430	-723'230
5010	Personalamt	-1'355'538.35	-1'355'996	-1'359'225	-3'229	0,2	-1'336'500	-1'322'200	-1'333'700
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-6'076'622.38	-6'242'183	-5'422'800	819'383	-13,1	-5'639'700	-5'656'800	-5'479'700
5020	Finanzverwaltung	-1'658'325.21	-1'684'330	-1'699'355	-15'025	0,9	-1'699'055	-1'708'055	-1'724'995
5022	Allgemeiner Finanzbereich	-9'969'341.79	-16'277'473	-10'508'600	5'768'873	-35,4	5'990'700	13'861'700	19'309'700
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-243'607'225.00	-240'191'000	-141'199'246	98'991'754	-41,2	-182'934'000	-214'289'000	-289'113'000
5050	Amt für Informatik und Organisation	-9'641'360.41	-9'425'952	-10'778'000	-1'352'048	14,3	-10'923'400	-10'954'400	-11'017'200
5060	Steuerverwaltung	-15'682'055.01	-16'070'770	-16'411'960	-341'190	2,1	-16'264'540	-16'254'720	-16'281'200
5065	Kantonssteuern	593'710'042.81	604'600'540	624'540'000	19'939'460	3,3	637'530'000	658'955'000	674'190'000
5068	Bundessteuern	235'136'863.83	259'820'000	234'528'000	-25'292'000	-9,7	238'778'000	244'028'000	249'277'000
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.00	-4'500'000	-4'500'000	0	0,0	-4'500'000	-4'500'000	-4'500'000
50	<b>Finanzdirektion</b>	<b>538'001'818.01</b>	<b>565'717'416</b>	<b>664'248'224</b>	<b>98'530'808</b>	<b>17,4</b>	<b>656'059'015</b>	<b>659'233'835</b>	<b>610'369'815</b>

Investitionsrechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
5000	Direktionssekretariat	-24'300.00	-366'000	-714'000	-348'000	95,1			
5010	Personalamt			-60'000	-60'000		-60'000	-966'000	-450'000
5020	Finanzverwaltung	-346'814.00	-198'000		198'000	-100,0	-198'000		
5022	Allgemeiner Finanzbereich	11'827.65	3'000'000		-3'000'000	-100,0			
5050	Amt für Informatik und Organisation	-5'479'464.19	-1'798'000	-3'135'000	-1'337'000	74,4	-2'780'000	-150'000	-150'000
5060	Steuerverwaltung	-1'555'488.85	-1'370'000	-1'120'000	250'000	-18,2	-4'320'000	-8'000'000	-6'000'000
50	<b>Finanzdirektion</b>	<b>-7'394'239.39</b>	<b>-732'000</b>	<b>-5'029'000</b>	<b>-4'297'000</b>	<b>587,0</b>	<b>-7'358'000</b>	<b>-9'116'000</b>	<b>-6'600'000</b>

Kommentar zu den wichtigsten Entwicklungen der Direktion

Das Budget der Finanzdirektion reduziert sich um 2,2 Millionen Franken durch Massnahmen des «Entlastungsprogrammes 2015–2018».

Für die Finanzplanjahre wird nochmals zusätzlich insgesamt mit einer Entlastung von 35 Millionen Franken gerechnet. Wichtige Massnahmen des Entlastungsprogramms sind der «Solidaritätsbeitrag» der Gemeinden, die Massnahmen im Personalbereich oder die Reduktion des Zinsaufwands bei der Steuerverwaltung durch die Senkung des Zinssatzes auf 1 Prozent.

Wir rechnen damit, dass sich die Fiskalerträge auf einem tieferen Niveau eingependelt haben und langfristig wieder moderat wachsen werden. Das Potenzial gegen oben erscheint zwar – auch für künftige Jahre – eher begrenzt, es wäre aber auch falsch, von einem «Einbruch» der Steuererträge zu sprechen. Einerseits ist das tiefere Niveau auf Steuergesetzrevisionen auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene zurückzuführen. Andererseits stellen wir immer wieder Sondervorgänge fest, die unseren Ertrag stark beeinflussen: wie etwa Lotto-Gewinne, grosse Bonuszahlungen oder steuerstarke Zu- und Wegzüge. Solche Sonderfaktoren lassen sich aber nicht zuverlässig vorhersagen. Wir haben im Budgetjahr insgesamt mit sinkenden Steuererträgen gerechnet. Im laufenden Budget und für die Folgejahre wird mit einer Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von 9,7 Millionen Franken gerechnet.

Die Belastung des Kantons Zug durch die Zahlungen in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) ist ausserordentlich hoch. Die Beschlüsse des Bundesparlaments für den NFA 2016–2019 entlasten den Kanton Zug 2016 nicht. Die Mehrbelastung gegenüber dem Budget 2015 beträgt 9,6 Millionen Franken, die Totalbelastung damit 326,2 Millionen Franken oder 2'840 Franken pro Kopf. Ab 2018 fallen die Beitragszahlungen tiefer aus, da grosse Einmaleffekte aus dem Jahr 2011 nicht mehr zur Bemessungsgrundlage zählen. In der Kostenstelle 5029 sind Entnahmen aus der Ressourcenausgleichsreserve eingestellt. Die Reserve wird bis im Jahr 2018 schrittweise aufgelöst.

Mit der notwendigen Ablösung der Steuerfachanwendung stehen in den Planjahren grössere Investitionen an.

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion (FDS) ist die juristische und betriebswirtschaftliche Stabsstelle für den Finanzdirektor und die Ämter der Finanzdirektion (FD). Es erarbeitet Regierungsrats- und Kantonsratsvorlagen zu Finanzthemen und prüft Vorlagen aus anderen Direktionen mit finanziellen Auswirkungen. Weiter ist das FDS verantwortlich für die Erarbeitung und Umsetzung der Finanzstrategie sowie die Prozesse zur Erstellung des Budgets und Finanzplans und des Geschäftsberichts.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst

- Beschwerden
- Fachliche Unterstützung bei Leistungs- und Subventionsvereinbarungen
- Qualitätssicherung von Verträgen der Finanzdirektion
- Fachliche Beratung bei Submissionen der Finanzdirektion

##### Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte

- Erarbeitung von Rechtserlassen
- Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
- Durchführung von Vernehmlassungen
- Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen
- Bearbeitung und Qualitätssicherung übriger Sachgeschäfte der Finanzdirektion
- Prüfung von Anträgen anderer Direktionen insbesondere mit finanziellen und personellen Auswirkungen

##### Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung

- Koordination der Prozesse Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht
- Strategisches Finanz-Controlling (Finanzstrategie, Finanzhaushaltsgesetz, Finanzhaushaltsmodell)
- Beratung und Unterstützung der Ämter in der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget
- Fachverantwortung Nationaler Finanzausgleich (NFA) und Zuger Finanzausgleich (ZFA), inkl. Vollzugsaufgaben

- Leitung und Unterstützung von komplexen Projekten
- Beitragswesen (Ertragsüberschuss, Soforthilfe, Lotteriefonds)
- Unterstützung Präsidium der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK)

##### Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen

- Sekretariat Staatswirtschaftskommission (Stawiko)
- Sekretariat Konkordatskommission (KoKo)

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. März 2001 (BGS 721.52)
- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz; FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)
- Gesetz über den direkten Finanzausgleich vom 30. August 2007 (BGS 621.1)
- Submissionsgesetz (SubG) vom 2. Juni 2005 (BGS 721.51)
- Kantonsratsbeschluss über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich vom 30. August 2007 (BGS 621.2)
- Submissionsverordnung (SubV) vom 20. September 2005 (BGS 721.53)
- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst</b>					
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Bundesgericht, Verwaltungsgericht	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet, Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet, Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten; keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
2	Zeitgerechte Auskünfte und Mitberichte zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen (inkl. MWST)	Direktionen, Ämter	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert 2 Wochen, Mitberichte innert Frist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert 2 Wochen, Mitberichte innert Frist beantwortet	Gleich
3	Hohe Qualität der Verträge und Submissionen der Finanzdirektion sicherstellen	Ämter Finanzdirektion	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte</b>					
4	Hohe Qualität der Anträge der FD sicherstellen	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
5	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	Kantonsrat	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
6	Fristgerechte Durchführung von Vernehmlassungen	Bund, Direktorenkonferenz	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
7	Fristgerechte Einreichung von Mitberichten und Stellungnahmen	Direktionen, Ämter	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
8	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit finanziellen Auswirkungen	Finanzdirektor	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
A	Teilrevision Finanzhaushaltsgesetz	Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen, Gemeinden	1. Lesung Kantonsrat	Parlamentarische Beratung und 1. Lesung Kantonsrat	Inkrafttreten per 1. Januar 2018
B	Teilrevision Gesetz über den direkten Finanzausgleich	Gemeinden	Umsetzung 1. Paket; Beginn Erarbeitung 2. Paket	2. Paket im Kantonsrat behandelt	Umsetzung
C	Revision Gesetz über die Zuger Kantonalbank	Zuger Kantonalbank	Bericht und Antrag an den Kantonsrat	Bericht und Antrag an den Kantonsrat	Inkrafttreten per GV 2019
D	Teilrevision Informatikverordnung im Rahmen der Überarbeitung der Informatikstrategie	Verwaltung, Gerichte, Anstalten		Erarbeitung Bericht und Antrag	Inkrafttreten 2017
L32	Elektronische Übermittlung unterschriftsbedürftiger Eingaben und Entscheide in Verwaltungsverfahren sowie Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten	Verwaltung, Bevölkerung	Inkrafttreten Gesetzesrevision und Verordnung	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung</b>					
9	Bericht und Antrag an KR zu Budget/Finanzplan und Geschäftsbericht fristgerecht und in guter Qualität eingereicht	Regierungsrat, Kantonsrat	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten; keine Rückweisung aus formalen Gründen	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten; keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
10	Kompetente und rasche Auskünfte zur Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Ämter	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	«Fällt weg» Ziel wird nicht mehr separat ausgewiesen	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
11	Kompetente und rasche Auskünfte zum Finanzhaltungsgesetz	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
12	Fehlerfreier und fristgerechter Vollzug Zuger Finanzausgleich	Gemeinden	Korrekte Berechnungen erstellt; alle Fristen eingehalten	Korrekte Berechnungen erstellt; alle Fristen eingehalten	Gleich
13	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung von komplexen Projekten	Direktionen, Ämter	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
14	Zeitgerechte und kompetente Unterstützung des FDK-Präsidiums sicherstellen	Präsident FDK	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
15	Professionelle und interessante Gestaltung des Amtsleitendenanlass	Amtsleitende, Regierungsrat	Gesamtbeurteilung des Anlasses mind. 2,5 von 3 möglichen Punkten	Gesamtbeurteilung des Anlasses mind. 2,5 von 3 möglichen Punkten	Gleich
E	Neues Einwohnerregister Zug (NERZ)	Gemeinden	Detaillkonzeptphase abgeschlossen; System implementierbereit	Software «NEST» eingeführt; Projektabnahme erfolgt	Projektabschluss; Übergang in Betrieb
F	«ZFA Reform 2018»	Kanton, Gemeinden		Abschluss Vorprojekt: Neuordnung Aufgaben durch Kanton und Gemeinden beschlossen	Umsetzungsphase: Rechtsgrundlagen für Neuordnung geschaffen
L9	Umsetzung der Positionen der NFA-Geberkantone	NFA-Geberkantone	Entlastung der Geberkantone ab 1. Januar 2016	Positionen in Unternehmenssteuerreform III und Wirkungsbericht 2016–2019 eingebracht	Gleich
L10	Entlastungsprogramm 2015–2018	Regierungsrat	Umsetzung Sofortmassnahmen; Einleitung mittel- und langfristige Massnahmen	Korrekte und zeitgerechte Umsetzung der beschlossenen Massnahmen sicherstellen; Controlling der Entlastungswirkung	Projektabschluss und Übergang in Betrieb
L10	Steuerung der kantonalen Investitionsvorhaben unter Berücksichtigung ihrer Finanzierbarkeit	Regierungsrat, Kantonsrat	Budgetvorgaben 2016 basierend auf Finanzierungsprognose erstellt und verabschiedet	Budgetvorgaben 2017 unter Berücksichtigung des Entlastungsprogramms erstellt und verabschiedet	Gleich
L10	Überarbeitung der Finanzstrategie 2012–2020 nach der Revision des FHG	Kantonsrat, Regierungsrat, Direktionen		Vorbereitungsarbeiten unter Berücksichtigung des Entlastungsprogramms abgeschlossen	Verabschiedung im 2018
L31	Klärung der künftigen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton im Bereich Informatik	Gemeinden	Grundsatzvereinbarung bestätigt oder überarbeitet	Grundsatzvereinbarung bestätigt oder überarbeitet	Weiteres Vorgehen je nach Ergebnis
<b>Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen</b>					
16	Zeitgerechte und kompetente Vor- und Nachbereitung Sitzungen Stawiko	Stawiko	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
17	Zeitgerechte und kompetente Vor- und Nachbereitung Sitzungen KoKo	KoKo	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Bericht 30 Tage nach Sitzung	Einladungen 10 Tage vor Sitzung; Protokoll und Bericht 30 Tage nach Sitzung	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

Die Bearbeitung der Ziele A, C und L31 erfahren eine zeitliche Verzögerung.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Beschwerdeeingänge	Anzahl	3	10	10	Gleich
Geprüfte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	18	15	20	Gleich
Verträge	Anzahl	17	11	18	Gleich
Submissionsverfahren	Anzahl	12	7	10	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl	30	15	30	Steigend
Federführung bei Vernehmlassungen Bund und Direktorenkonferenz	Anzahl	17	20	20	Gleich
Mitberichte und Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl	39	50	50	Gleich
RR-Anträge Finanzdirektion	Anzahl	116	100	120	Gleich
RR-Anträge übriger Direktionen	Anzahl	782	750	800	Gleich
Referate, Medienmitteilungen	Anzahl	75	70	50	Gleich
Staatswirtschaftskommission	Sitzungen / Geschäfte	12 / 32	12 / 30	12 / 30	Gleich
Konkordatskommission	Sitzungen / Geschäfte	5 / 5	3 / 3	3 / 3	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Die Anzahl parlamentarischer Vorstösse ist stark steigend.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-2'184'326.11	-2'249'581	-2'226'660	22'921	-1,0	-2'229'460	-2'209'260	-2'233'860
Total Ertrag	699.90							
Saldo	-2'183'626.21	-2'249'581	-2'226'660	22'921	-1,0	-2'229'460	-2'209'260	-2'233'860

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

10'600 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

36'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung der Kantonsratskürzung

b) Weitere wesentliche Abweichungen

23'800 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung 2015, welche zentral budgetiert war

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen im Budget sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT5000.0002	Neues Einwohner- register Zug								
	Ausgaben	-24'300.00	-610'000	-1'190'000					
	Einnahmen		244'000	476'000					
<b>Total Budgetkredite</b>									
	<b>Ausgaben</b>	<b>-24'300.00</b>	<b>-610'000</b>	<b>-1'190'000</b>					
	<b>Einnahmen</b>		<b>244'000</b>	<b>476'000</b>					
	<b>Saldo</b>	<b>-24'300.00</b>	<b>-366'000</b>	<b>-714'000</b>					

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Finanzkontrolle ist das Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über den Staatshaushalt sowie den Regierungsrat, die Direktionen, die Staatskanzlei und die obersten kantonalen Gerichte bei der Ausübung der Finanzaufsicht. Die Finanzkontrolle übt diese Funktion durch die Wahrnehmung externer und interner Revisionsaufgaben aus.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

**Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung**

- Prüfung der Jahresrechnung des Kantons inkl. Fondsrechnungen
- Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter und Anstalten des Kantons
- Prüfung von Projekt- und Kreditabrechnungen

**Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten**

- Finanzprüfungen bei Drittorganisationen, an deren Tätigkeit ein öffentliches Interesse besteht
- Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen

**Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung**

- Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission (Stawiko) und Regierungsrat
- Andere Prüf-, Abklärungs- und Beratungsanfragen (z.B. Anfragen zu Finanzthemen, Mitberichte) von Direktionen, Ämtern, Gemeinden, Drittinstitutionen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Finanzhaushaltsgesetz vom 30. August 2006 (FHG; BGS 611.1)
- Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005 (RAG; SR 221.302)
- Revisionsaufsichtsverordnung vom 22. August 2007 (RAV; SR 221.302.3)
- Obligationenrecht vom 30. März 1911 (Stand 1. Januar 2011; OR; SR 220)
- Schweizer Prüfungsstandards (PS) der Treuhandkammer, Ausgabe 2013 ([www.treuhand-kammer.ch](http://www.treuhand-kammer.ch))
- Standard zur Eingeschränkten Revision der Treuhandkammer, Ausgabe 2007 ([www.treuhand-kammer.ch](http://www.treuhand-kammer.ch))
- Schweizer Handbuch der Wirtschaftsprüfung, Ausgabe 2009 (Bezug: [www.verlagskv.ch](http://www.verlagskv.ch))
- Schweizer Handbuch der Wirtschaftsprüfung. Band «Eingeschränkte Revision», Ausgabe 2013
- Empfehlungen der Treuhandkammer ([www.treuhand-kammer.ch](http://www.treuhand-kammer.ch))
- Empfehlungen der Fachvereinigung der Finanzkontrollen

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung</b>					
1	Termingerechte Prüfung der Jahresrechnung des Kantons und der Fondsrechnungen	Stawiko, Regierungsrat, Finanzdirektion	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten	Gleich
2	Risikoorientierte Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter (mind. alle 4 Jahre)	Stawiko, Regierungsrat, Finanzdirektion, Direktionen, Gerichte, Ämter	Jahresplanung eingehalten	Jahresplanung eingehalten	Gleich
3	Jährliche Prüfung der Anstalten des Kantons	Stawiko, Regierungsrat, Finanzdirektion, Direktionen, Anstalten	Alle geprüft	Alle geprüft	Gleich
4	Prüfung der bis Ende 3. Quartal eingereichten Kreditabrechnungen	Regierungsrat, Stawiko, Direktionen, Finanzdirektion, Ämter	Mindestens 80 % vollständig, restliche formell geprüft	Mindestens 80 % vollständig, restliche formell geprüft	Gleich
5	Prüfung von Projekt-abrechnungen	Regierungsrat, Stawiko, Direktionen, Finanzdirektion, Ämter		Prüfungen gemäss interner Risikoanalyse durchgeführt	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten</b>					
6	Termingerechte Prüfungen bei Konkordaten und Regierungskonferenzen gemäss Jahresplanung	Vorstandsgremien	Alle geprüft und Termine eingehalten	Alle geprüft und Termine eingehalten	Gleich
7	Termingerechte Prüfungen bei Stiftungen und Vereinen gemäss Jahresplanung	Stiftungsrat, Vorstand/GV, Stawiko	Alle geprüft und Termine eingehalten	Alle geprüft und Termine eingehalten	Gleich
8	Risikoorientierte Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen	Regierungsrat, Stawiko, Direktionen, Finanzdirektion, Ämter	Jahresplanung eingehalten	Jahresplanung eingehalten	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung</b>					
9	Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission oder Regierungsrat fristgerecht bearbeiten	Regierungsrat, Stawiko, Bundesämter	Alle innert Frist	Alle innert Frist	Gleich
10	Prüf-, Abklärungs-, Beratungsanfragen fristgerecht beantworten	Finanzdirektion, Stawiko, Direktionen, Gemeinden, Anstalten, Ämter, private Leistungserbringer	Alle innert Frist	Alle innert Frist	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

Zu 4 und 5: Kreditabrechnungen betreffen Verpflichtungskredite, Projektabrechnungen betreffen gebundene Ausgaben (z.B. IT-Projekte), siehe auch Einfluss- und Plangrössen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Kontrollbereich (Direktionen, Ämter, Gerichte)	Anzahl	71	68	68	Gleich
Anstalten (Gebäudeversicherung, Strafanstalt Bostadel, Pädagogische Hochschule Zug)	Anzahl		3	3	Gleich
Eingereichte Kreditabrechnungen	Anzahl	77	35	50	Gleich
Projektabrechnungen	Anzahl			30	Gleich
Revisionsmandate Konkordate und Regierungskonferenzen	Anzahl	9	9	7	Gleich
Revisionsmandate Stiftungen, Vereine	Anzahl	11	10	10	Gleich
Prüfobjekte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl	40	40	40	Gleich
Sonderaufträge und Anfragen für Abklärungen und Beratungen	Anzahl	46	60	50	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen



#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-682'934.27	-711'339	-719'430	-8'091	1,1	-718'530	-721'930	-728'730
Total Ertrag	11'940.00	5'500	5'500	0	0,0	5'500	5'500	5'500
Saldo	-670'994.27	-705'839	-713'930	-8'091	1,1	-713'030	-716'430	-723'230

##### Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
6'500 Franken weniger Personal- und Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
15'800 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung 2015, welche im Budget 2015 zentral eingestellt war

##### Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
Die Entlastungen im Budget sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Keine

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Personalamt unterstützt die Ämter in der effizienten Abwicklung der Personalprozesse und ist verantwortlich für die zentrale Personaladministration und das Lohnwesen. Es informiert und berät die Führungsverantwortlichen, die Mitarbeitenden und die Gemeinden sowie weitere Institutionen im Kanton Zug in allen Belangen des Personalwesens und sorgt für die einheitliche Anwendung des Personalrechts. Das Personalamt ist federführend bei der Entwicklung und Umsetzung der Personalstrategie, sorgt für ein zeitgemässes Weiterbildungsangebot und koordiniert die Berufsbildung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

**Leistungsgruppe 1: Personaladministration**

- Beratung und Unterstützung der Ämter bei Ein- und Austritten (Inserate, Arbeitsverträge usw.)
- Lohn- und Versicherungswesen, Zulagen
- Zusatzangebote (z. B. Beratung Kinderbetreuung)
- Fachverantwortung Personalinformations-, Lohn- und Zeiterfassungssysteme
- Personalcontrolling (Stellenübersicht, Auswertungen und Analysen)
- Redaktion Personalzeitung
- Koordination externer Sozialstellenpool

**Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Führungsunterstützung**

- Beratung und Unterstützung von Führungspersonen in personalrechtlichen Fragen
- Beratung und Unterstützung der Gemeinden sowie weiterer Institutionen im Kanton Zug in personalrechtlichen Fragen
- Mitberichte bei personalrelevanten Beschwerden
- Koordination und Unterstützung der Ämter bei der Budgetierung des Personalaufwands sowie im Beförderungsprozess
- Führen des elektronischen Personalhandbuchs

**Leistungsgruppe 3: Personalentwicklung**

- Entwicklung und Umsetzung der Personalstrategie
- Koordination interne Weiterbildung für Führungspersonen
- Strategische und operative Mitarbeit beim zentral-schweizerischen Weiterbildungsangebot

**Leistungsgruppe 4: Berufsbildung**

- Unterstützung der Ämter bei der Gewinnung von Lernenden
- Unterstützung und Beratung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner und der Lernenden
- Koordination der Berufsbildung im kaufmännischen Bereich
- Angebot Erfahrungsjahr für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (BGS 154.21)
- Vollziehungsverordnung zum Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalverordnung) vom 12. Dezember 1994 (BGS 154.211)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
A	Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS)	Finanzdirektion	IKS Konzept ist erarbeitet; mind. 3 Prozesse sind dokumentiert	IKS ist gemäss Konzept umgesetzt	IKS in Betrieb
<b>Leistungsgruppe 1: Personaladministration</b>					
1	Fristgerechte und fehlerfreie Abwicklung der Rekrutierungs- und Anstellungsprozesse	Ämter	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung Neueintretende in Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung Neueintretende in Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt	Gleich
2	Fristgerechte und fehlerfreie Auszahlung der monatlichen Lohnabrechnungen	Mitarbeitende, verwaltungs-externe Lohnempfangende	Auszahlung spät. am 25. jeden Monats, durchschnittliche Fehlerquote max. 0,1 %	Auszahlung spät. am 25. jeden Monats, durchschnittliche Fehlerquote max. 0,1 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
3	Überwachen und fristgerechtes Nachführen der Stellenentwicklung	Regierungsrat, Ämter	Stellenübersicht aktualisiert für Budget und Geschäftsbericht	Stellenübersicht aktualisiert für Budget und Geschäftsbericht	Gleich
4	Personalziitig erscheint quartalsweise	Aktive und pensionierte Mitarbeitende	4 Ausgaben gemäss Jahresplanung publiziert	4 Ausgaben gemäss Jahresplanung publiziert	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst und Führungsunterstützung</b>					
5	Aktuelles und bedürfnisorientiertes Personalhandbuch	Mitarbeitende, Gemeinden	Geprüfte Anregungen und erkannte Anpassungen innert Wochenfrist publiziert	Geprüfte Anregungen und erkannte Anpassungen innert Wochenfrist publiziert	Gleich
6	Fristgerechte und kompetente Begleitung von Personalgewinnungsprozessen	Regierungsrat, Direktionen, Ämter	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Gleich
7	Zeitgerechte und kompetente Beratung in personalrechtlichen Fragen	Vorgesetzte bei Kanton und Gemeinden	Einfache Anfragen innert 2 Tagen, komplexe Anfragen innerhalb 2 Wochen beantwortet	Einfache Anfragen innert 2 Tagen, komplexe Anfragen innerhalb 2 Wochen beantwortet	Gleich
8	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen, Mitberichten und Stellungnahmen	Finanzdirektion	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
B	Überarbeiteter und neu informatikgestützter Bogen für Mitarbeiter/innen-Gespräche	Vorgesetzte, Mitarbeitende	Ausbreitung auf Gesamtverwaltung	Pilotversuch ist ausgewertet	Ausbreitung auf ganze Verwaltung oder Abbruch
<b>Leistungsgruppe 3: Personalentwicklung</b>					
9	Umsetzung des Weiterbildungskonzepts für Führungspersonen	Führungs- und Fachkader	1 zusätzlicher interner Kurs	Überarbeitetes Konzept umgesetzt	Gleich
10	Bedürfnisgerechtes Weiterbildungsangebot mit hoher Beteiligung	Mitarbeitende	Weiterbildungsbudget ist zu mind. 90 % ausgeschöpft	Weiterbildungsbudget ist zu mind. 90 % ausgeschöpft	Gleich
11	Stufengerechte Schulung der Vorgesetzten in konformer Anwendung des Personalrechts aus Sicht des Arbeitgebers	Vorgesetzte Kanton und Gemeinden	Mind. 2 ganztägige Kolloquien	Mind. 2 ganztägige Kolloquien	Gleich
L33	Durchführung einer Mitarbeitendenbefragung	Regierung, Mitarbeitende	Befragung ist durchgeführt; Auswertungen liegen vor	Abgleich der Auswertungen mit bestehender Personalstrategie erfolgt	Evtl. Anpassung Personalstrategie
<b>Leistungsgruppe 4: Berufsbildung</b>					
12	Gewinnung geeigneter Jugendlicher als Lernende	Jugendliche vorwiegend mit Wohnsitz im Kanton Zug	Alle offenen Lehrstellen sind gemäss Stellenprofil besetzt	Alle offenen Lehrstellen sind gemäss Stellenprofil besetzt	Gleich
13	Gewinnung von geeigneten Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten und Praxis- oder Berufsbildenden für interkantonale Arbeitsgruppen	Wirtschaft, Lernende	Mind. 5 Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten, Praxis- oder Berufsbildende	Mind. 5 Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten, Praxis- oder Berufsbildende	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
14	Guten Übergang in die Berufspraxis für Lehrabgänger/innen sicherstellen	Lehrabgänger/innen, Ämter	Alle Lehrabgänger/innen verfügen über eine interne oder externe Anschlusslösung	Alle Lehrabgänger/innen verfügen über eine interne oder externe Anschlusslösung	Gleich
15	Gewinnung von geeigneten Praxisbildnerinnen und -bildnern	Wirtschaft, Lernende	3 zusätzliche Praxisbildner/innen sind rekrutiert	Es stehen mind. 40 Praxisbildner/innen zur Verfügung	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

Ziel B erfährt eine zeitliche Verzögerung, da umfangreicherer Pilotversuch.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Personalbestand ganze Verwaltung (inkl. Hilfskräfte und Fachpersonen)	Personen	2'878	3'000	3'000	Gleich
Lohnausweise	Anzahl	4'843	5'000	5'000	Gleich
Mitberichte bei Beschwerden	Anzahl	1	5	5	Gleich
Übrige Mitberichte und Stellungnahmen	Anzahl	15	12	12	Gleich
Interne Kurse für Führungs- und Fachkader	Anzahl		8	8	Gleich
Ausbildungsverhältnisse	Personen	46	43	43	Gleich
Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten und Praxis- oder Berufsbildende	Personen		5	5	Gleich
Praxisbildner/innen	Personen		40	40	Gleich

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Keine Bemerkungen

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-1'444'088.60	-1'439'996	-1'443'225	-3'229	0,2	-1'420'500	-1'406'200	-1'417'700
Total Ertrag	88'550.25	84'000	84'000	0	0,0	84'000	84'000	84'000
Saldo	-1'355'538.35	-1'355'996	-1'359'225	-3'229	0,2	-1'336'500	-1'322'200	-1'333'700

#### Kommentar Budget

##### a) Entlastungsprogramm

6'200 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

19'300 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung der Kantonsratskürzung

15'000 Franken höherer IT-Aufwand durch Anpassungen der Lohnbuchhaltung, um EP-Massnahmen umzusetzen

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

12'500 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung 2015, welche im Budget 2015 zentral eingestellt war

#### Kommentar Finanzplan

##### a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen im Budget sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

## 5 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT5010.0110 Vorprojekt Ablösung Personalinforma- tionssystem PIS								
Ausgaben			-100'000			-100'000		
Einnahmen			40'000			40'000		
IT5010.0111 Ablösung Personal- informationssystem PIS								
Ausgaben							-1'610'000	-750'000
Einnahmen							644'000	300'000
<b>Total Budgetkredite</b>								
<b>Ausgaben</b>			-100'000			-100'000	-1'610'000	-750'000
<b>Einnahmen</b>			40'000			40'000	644'000	300'000
<b>Saldo</b>			-60'000			-60'000	-966'000	-450'000

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Institutionelle Gliederung  
Finanzdirektion  
5011 – Allgemeiner Personalaufwand

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'032'246.45	-2'683'200	-2'696'000	-12'800	0,5	-2'904'000	-2'911'900	-2'723'700
305	Arbeitgeberbeiträge	-335'815.65	-374'000	-373'100	900	-0,2	-382'000	-391'200	-402'300
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal	-2'265'486.35	-1'100'000	-1'000'000	100'000	-9,1	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
309	Übriger Personalaufwand	-1'448'722.98	-1'694'000	-1'173'000	521'000	-30,8	-1'173'000	-1'173'000	-1'173'000
310	Material- und Warenaufwand	-92'578.70	-93'000	-92'200	800	-0,9	-92'200	-92'200	-92'200
313	Dienstleistungen und Honorare	-11'934.40	-320'000	-90'000	230'000	-71,9	-90'000	-90'000	-90'000
317	Spesenentschädigungen	-848.00	-1'000	-1'000	0	0,0	-1'000	-1'000	-1'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'260.00	18'017	-2'500	-20'517	-113,9	-2'500	-2'500	-2'500
349	Verschiedener Finanzaufwand	0.35							
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-6'188'892.18</b>	<b>-6'247'183</b>	<b>-5'427'800</b>	<b>819'383</b>	<b>-13,1</b>	<b>-5'644'700</b>	<b>-5'661'800</b>	<b>-5'484'700</b>
426	Rückerstattungen	112'269.80	5'000	5'000	0	0,0	5'000	5'000	5'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>112'269.80</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>	<b>5'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-6'076'622.38</b>	<b>-6'242'183</b>	<b>-5'422'800</b>	<b>819'383</b>	<b>-13,1</b>	<b>-5'639'700</b>	<b>-5'656'800</b>	<b>-5'479'700</b>

Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
390'000 Franken weniger Personalaufwand durch Verzicht auf Abgabe REKA-Checks (309)
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
100'000 Franken weniger Personalaufwand durch Reduktion Überbrückungsrenten (306)  
100'000 Franken weniger Personalaufwand durch Reduktion Inseratekosten (309)  
230'000 Franken weniger Sachaufwand durch Wegfall und Reduktion der Massnahmen aus Mitarbeitendenbefragung sowie Reduktion Betriebsarztkosten (313)

Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
Die Entlastungen im Budget sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen.
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Finanzverwaltung ist zuständig für die ordnungsgemässe Führung der Staatsbuchhaltung und der Separatfondsbuchhaltung sowie für die Bewirtschaftung und Verwaltung des Staatsvermögens und der Separatfonds. Die Kernaufgaben der Finanzverwaltung beinhalten den Abschluss der Jahresrechnung, die Aufbereitung der Finanzaufgaben zum jährlichen Budget und Finanzplan, die Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und des Versicherungswesens.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

**Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung**

- Zentrale Führung der Staatsbuchhaltung
- Aufbereiten der Finanzaufgaben und Erstellen von Analysen und Auswertungen
- Fachliche Unterstützung in Finanzfragen für Kanton und Gemeinden
- Zentrale Koordinationsstelle für Mehrwertsteuerfragen

**Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan**

- Aufbereiten und Plausibilisieren der Finanzaufgaben
- Erstellen von Analysen und Auswertungen
- Fachliche Unterstützung und Beratung der Direktionen und Ämter

**Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)**

- Unterstützung der Ämter bei der Einführung
- Sicherstellung des KLR-Betriebs (inkl. Anlagebuchhaltung und Leistungserfassung)
- Fachliche Unterstützung in Controlling-Fragen

**Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung**

- Zentrale Führung der Separatfondsbuchhaltung
- Aufbereiten der Finanzaufgaben und Erstellen von Analysen und Berichten

**Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen**

- Sicherstellung eines adäquaten Versicherungsschutzes
- Verwaltung und Betreuung der Versicherungspolicen
- Zentrale Koordinationsstelle für Versicherungsfragen

**Leistungsgruppe 6: Cash-Management**

- Sicherstellung der Liquidität für die Zahlungsverpflichtungen des Kantons
- Vermögensbewirtschaftung für die Staatsrechnung und die Separatfonds
- Controlling und Berichterstattung für die Staatsrechnung und die Separatfonds

**Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen**

- Unterhalt und Weiterentwicklung der Finanzsoftwarelösung
- Anwendersupport zur Finanzsoftwarelösung für Kanton und Gemeinden

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltsgesetz, FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)
- Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung vom 20. November 2007 (BGS 153.7)
- Verfügung über die Zeichnungsberechtigung und die Delegation von Zuständigkeiten in der Finanzdirektion vom 17. Februar 2012 (BGS 153.771)
- Weisungen der Finanzdirektion zum Finanz- und Rechnungswesen
- Anlagestrategie des Kantons Zug für die Staatsrechnung vom 25. November 2014
- Anlagestrategie des Kantons Zug für die Separatfonds vom 25. September 2013
- Empfehlungen aus dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) der Finanzdirektorenkonferenz (FDK)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Kompetente Ansprechpartner in allen Fragen rund um das Finanz- und Rechnungswesen	Gesamtverwaltung, Gemeinden, Politik	Max. 5 berechnete Reklamationen	Max. 5 berechnete Reklamationen	Gleich
2	Förderung der Zusammenarbeit und Fachaustausch mit den gemeindlichen Finanzabteilungen	Kanton, Gemeinden	Mind. 2 protokollierte Sitzungen der Fachgruppe Finanzen pro Jahr	Mind. 2 protokollierte Sitzungen der Fachgruppe Finanzen pro Jahr	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
A	Elektronischer Kreditorenprozess «OKP» (Scanning, Workflow, Archivierung)	Direktionen, Ämter	Alle Ämter arbeiten produktiv mit der Lösung	«Fällt weg» Umsetzung abgeschlossen	
<b>Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung</b>					
3	Zeitgerechte Erstellung des Jahresabschlusses inkl. Aufbereitung der Finanzzahlen für den Geschäftsbericht	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Gleich
4	Sicherstellung der hohen Qualität und der Ordnungsmässigkeit	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	Gleich
5	Sicherstellung eines zeitgerechten Inkassos	Ämter	Einleitung der Betreuung spätestens innert 10 Arbeitstagen nach Erhalt aller notwendigen Unterlagen	Einleitung der Betreuung spätestens innert 10 Arbeitstagen nach Erhalt aller notwendigen Unterlagen	Gleich
6	Der Kanton Zug ist ein verlässlicher Zahler	Zahlungsempfänger	Wöchentlicher Zahlungslauf für verbuchte Lieferantenrechnungen	Zahlungslauf für verbuchte Lieferantenrechnungen gemäss Terminplan, i.d.R. wöchentlich	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan</b>					
7	Zeitgerechte Aufbereitung der Finanzzahlen	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Gleich
8	Sicherstellung der hohen Qualität der Finanzzahlen	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat, Gesamtverwaltung	Plausibilisierung gemäss Prüfungsvorgaben durchgeführt	Plausibilisierung gemäss Prüfungsvorgaben durchgeführt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)</b>					
9	Kompetente Beratung und Unterstützung	Ämter	Max. 3 berechnete Reklamationen	Max. 3 berechnete Reklamationen	Gleich
10	Termingerechter Quartalsabschluss	Ämter	Abschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	Abschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	Gleich
B	Schrittweise Ausbreitung	Ämter	Terminplan gemäss RRB vom 26. Februar 2013 eingehalten	Terminplan gemäss RRB vom 26. Februar 2013 eingehalten	Einführung 2017 abgeschlossen
<b>Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung</b>					
11	Zeitgerechte Erstellung des Jahresabschlusses inkl. Aufbereitung der Finanzzahlen für den Geschäftsbericht	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Terminplan des Regierungsrats eingehalten	Gleich
12	Sicherstellung der hohen Qualität und der Ordnungsmässigkeit	Öffentlichkeit, Kantonsrat, Regierungsrat, Gesamtverwaltung	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	Genehmigungsempfehlung der Finanzkontrolle im Revisionsbericht erteilt	Gleich
<b>Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen</b>					
13	Sicherstellung eines aktuellen Versicherungsportfolios	Gesamtverwaltung	Mutationsmeldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	Mutationsmeldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	Gleich



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 6: Cash-Management</b>					
14	Sorgfältige Bewirtschaftung der Liquidität des Staatsvermögens	Kanton	Performance beträgt mind. 0,25 %	Anlagestrategie eingehalten	Gleich
15	Überwachung der Liquidität mittels rollender Mehrjahresplanung	Finanzdirektion	Keine Aufnahme von Bankkrediten	Keine Aufnahme von Bankkrediten durch Fehlplatzierungen	Gleich
16	Regelmässige Berichterstattung zur Liquidität	Finanzdirektor	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung erfolgt	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung erfolgt	Gleich
17	Sorgfältige Bewirtschaftung und Überwachung des Fondsvermögens gemäss Anlage-richtlinien	Kanton	Benchmarkvorgaben der Anlagenstrategie sind erreicht	Benchmarkvorgaben der Anlagenstrategie sind erreicht	Gleich
18	Quartalsweise Erstellung eines Kapitalanlageverzeichnisses der Separatfondsbuchhaltung	Finanzdirektor	Berichterstattung innert 60 Tagen nach Quartalsende	Berichterstattung innert 60 Tagen nach Quartalsende	Gleich
<b>Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen</b>					
19	Sicherstellung des Betriebs der Finanzsoftwarelösung	Gesamtverwaltung, Gemeinden	Verfügbarkeit der Systeme während Bürozeiten mind. 99 %	Verfügbarkeit der Systeme während Bürozeiten mind. 99 %	Gleich
20	Kompetenter Support für die Finanzsoftwarelösung	Gesamtverwaltung, Gemeinden	Max. 5 berechtigte Reklamationen	Max. 5 berechtigte Reklamationen	Gleich
C	Erfolgreiche Einführung newsystem® public (Release-wechsel Navision)	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Gesamtabnahme erfolgt; Bericht der Finanzkontrolle zur Schlussabrechnung liegt vor	«Fällt weg» Umsetzung abgeschlossen	
D	Migration der elektronischen Kreditorenprozesslösung	Gesamtverwaltung, Gemeinden	System steht für den Kanton und die Gemeinden zur Verfügung	Vorarbeiten gestartet	Einführung auf 2017 geplant

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Navision-User (ohne Gemeinden)	Anzahl	425	500	500	Gleich
KLR-Ämter	Anzahl	21	23	31	Steigend
Kreditorenbelege	Anzahl	56'997	57'000	57'000	Gleich
Mahnungen	Anzahl	9'025	9'600	9'300	Gleich
Betreibungsverfahren	Anzahl	294	300	300	Gleich

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**  
Keine Bemerkungen

#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-1'860'726.21	-1'900'730	-1'925'755	-25'025	1,3	-1'926'455	-1'936'455	-1'954'395
Total Ertrag	202'401.00	216'400	226'400	10'000	4,6	227'400	228'400	229'400
Saldo	-1'658'325.21	-1'684'330	-1'699'355	-15'025	0,9	-1'699'055	-1'708'055	-1'724'995

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

8'600 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

9'200 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

19'000 Franken höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung 2015, welche zentral budgetiert war.

13'500 Franken höherer Sachaufwand aufgrund von mehrjährigen Wartungsverträgen, die trotz Pauschalkürzung des Kantonsrates bindend sind.

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen des Budgets sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen.

###### b) Weitere wesentlichen Abweichungen

Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT5020.0053 Releasewechsel Navision / Migration nsp								
Ausgaben	-574'392.00							
Einnahmen	227'578.00							
IT5020.0054 Migration elektronischer Kreditorenprozess								
Ausgaben		-330'000				-330'000		
Einnahmen		132'000				132'000		
Total Budgetkredite								
Ausgaben	-574'392.00	-330'000				-330'000		
Einnahmen	227'578.00	132'000				132'000		
Saldo	-346'814.00	-198'000				-198'000		

##### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

##### Kommentar Budget

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

##### Kommentar Finanzplan

Zeitliche Verschiebung des Projektes «Migration elektronischer Kreditorenprozess», keine Kosten 2015

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
313	Dienstleistungen und Honorare	-452'316.11	-439'000	-440'000	-1'000	0,2	-442'000	-445'000	-447'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	415'015.50							
319	Übriger Betriebsaufwand		23'527		-23'527	-100,0			
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	-39'735'909.07	-40'355'000	-44'915'000	-4'560'000	11,3	-46'628'000	-47'286'000	-43'192'000
340	Zinsaufwand	-19'098.00	-30'000	-20'000	10'000	-33,3	-20'000	-20'000	-20'000
341	Realisierte Kursverluste	-5'225.67							
349	Verschiedener Finanzaufwand	403.61		-750'000	-750'000				
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	-4'000.00	-3'000	-3'000	0	0,0	-3'000	-2'000	-2'000
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9'505'050.26	-10'416'000	-9'596'000	820'000	-7,9	-10'091'000	-10'088'000	-9'965'000
387	A.o. Transferaufwand; zusätzliche Abschreibungen		-1'308'000		1'308'000	-100,0			
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	-627'029.49	-1'099'900	-25'400	1'074'500	-97,7	-270'500	-280'400	-274'500
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-49'933'209.49</b>	<b>-53'627'373</b>	<b>-55'749'400</b>	<b>-2'122'027</b>	<b>4,0</b>	<b>-57'454'500</b>	<b>-58'121'400</b>	<b>-53'900'500</b>
410	Regalien	20'315.35	34'000	21'000	-13'000	-38,2	21'000	21'000	21'000
411	Schweiz. Nationalbank			9'670'900	9'670'900		9'670'900	9'670'900	9'670'900
426	Rückerstattungen	92'548.75	90'000	94'000	4'000	4,4	94'000	94'000	94'000
429	Übrige Entgelte	680'965.53	20'000	40'000	20'000	100,0	40'000	40'000	40'000
440	Zinsertrag	3'707'525.66	2'152'500	412'000	-1'740'500	-80,9	327'000	1'302'000	2'502'000
441	Realisierte Gewinne FV	544'594.00							
442	Beteiligungsertrag FV	813'000.00	813'000	792'000	-21'000	-2,6	792'000	792'000	792'000
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV	28'539'822.20	28'468'100	28'551'400	83'300	0,3	28'562'300	36'056'100	36'045'200
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen		6'000	6'000	0	0,0	6'000	6'000	6'000
460	Ertragsanteile	5'015'149.00	5'286'000	5'122'000	-164'000	-3,1	5'399'000	5'503'000	5'572'000
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten						18'000'000	18'000'000	18'000'000
469	Verschiedener Transferertrag	138'764.85	47'300	153'500	106'200	224,5	190'900	192'100	192'100
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand	9'970.00	14'000		-14'000	-100,0	1'100		
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen	401'212.36	419'000	378'000	-41'000	-9,8	341'000	306'000	275'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>39'963'867.70</b>	<b>37'349'900</b>	<b>45'240'800</b>	<b>7'890'900</b>	<b>21,1</b>	<b>63'445'200</b>	<b>71'983'100</b>	<b>73'210'200</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-9'969'341.79</b>	<b>-16'277'473</b>	<b>-10'508'600</b>	<b>5'768'873</b>	<b>-35,4</b>	<b>5'990'700</b>	<b>13'861'700</b>	<b>19'309'700</b>

Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
27'000 Franken weniger Sachaufwand durch gekündigte Versicherungspolice (313)
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
23'500 Franken Pauschalkürzung des Kantonsrates (319)  
Die Differenzen bei den Abschreibungen hängen mit den Investitionen zusammen (330, 366 und 387)  
750'000 Franken Negativzinsen auf Guthaben (349)  
9,7 Millionen Franken Ertrag durch Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (411)  
Für die Berechnung der Zinserträge werden die Zinsprognosen der BAK Basel herangezogen (440).

Kommentar Finanzplan

- a) Entlastungsprogramm  
18 Millionen Franken «Solidaritätsbeitrag» der Gemeinden bis zum Inkrafttreten der «ZFA Reform 2018» (463)
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Für die Berechnung der Zinserträge werden die Zinsprognosen der BAK Basel herangezogen (440).  
Ab den Planjahren 2018 und 2019 ist eine höhere Abgeltung der Zuger Kantonalbank vorgesehen (445).

## 2 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
FD5022.0005	Darlehen SwissDRG AG, Rückzahlung								
	Ausgaben								
	Einnahmen	11'827.65							
IT5022.0001	Pauschalkorrektur IT-Projekte								
	Ausgaben		3'000'000						
	Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>									
	<b>Ausgaben</b>		<b>3'000'000</b>						
	<b>Einnahmen</b>	<b>11'827.65</b>							
	<b>Saldo</b>	<b>11'827.65</b>	<b>3'000'000</b>						

### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

### Kommentar Budget

Keine Pauschalkorrektur notwendig

### Kommentar Finanzplan

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
362	Finanz- und Lastenausgleich	-279'484'127.00	-316'613'000	-326'185'000	-9'572'000	3,0	-338'560'000	-321'091'000	-326'680'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-279'484'127.00</b>	<b>-316'613'000</b>	<b>-326'185'000</b>	<b>-9'572'000</b>	<b>3,0</b>	<b>-338'560'000</b>	<b>-321'091'000</b>	<b>-326'680'000</b>
462	Finanz- und Lastenausgleich	35'876'902.00	36'422'000	34'985'754	-1'436'246	-3,9	35'626'000	36'802'000	37'567'000
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		40'000'000	150'000'000	110'000'000	275,0	120'000'000	70'000'000	
	<b>Total Ertrag</b>	<b>35'876'902.00</b>	<b>76'422'000</b>	<b>184'985'754</b>	<b>108'563'754</b>	<b>142,1</b>	<b>155'626'000</b>	<b>106'802'000</b>	<b>37'567'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-243'607'225.00</b>	<b>-240'191'000</b>	<b>-141'199'246</b>	<b>98'991'754</b>	<b>-41,2</b>	<b>-182'934'000</b>	<b>-214'289'000</b>	<b>-289'113'000</b>

**Kommentar Budget**

362: Zahlen gemäss den Berechnungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung.

462: Die Beiträge sind gemäss dem Kantonsratsbeschluss über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich vom 30. August 2007 (BGS 621.2) berechnet.

489: Die Ressourcenausgleichsreserve wurde in den Jahren 2007 bis 2009 gebildet und beläuft sich per Ende 2015 auf 340 Millionen Franken. Davon werden 150 Millionen Franken entnommen, um das ausgewiesene Ergebnis der Laufenden Rechnung zu entlasten. Damit wird die Steigerung seit Einführung des Neuen Finanzausgleichs (NFA) im Jahr 2008 von 146 Millionen Franken ausgeglichen.

**Kommentar Finanzplan**

362: Zahlen gemäss Berechnungen von BAK Basel.

462: Siehe Kommentar Budget

489: Die Ressourcenausgleichsreserve wird bis Ende des Entlastungsprogramms 2015–2018 schrittweise aufgelöst, um die ausgewiesenen Ergebnisse der Laufenden Rechnung zu entlasten.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Das AIO plant, beschafft, betreibt und überwacht die Informatikinfrastruktur der kantonalen Verwaltung. Es entwickelt und vollzieht die Informatikverordnung und Informatikstrategie, stellt die Koordination mit dem Bund und den Gemeinden sicher und ist verantwortlich für die Sicherheit der Informationstechnologie (IT). Als Querschnittsamt koordiniert und unterstützt es alle kantonalen Stellen, die Gerichte, die elf Zuger Gemeinden und Dritte (nur Festnetzkommunikation) beim Einsatz ihrer Informations- und Kommunikationstechnologie.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT

- Entwicklung und Vollzug der Informatikverordnung, Informatikstrategie und der konzeptionellen Grundlagen und Standards
- Beschaffung von Infrastruktur und Dienstleistungen
- Leitung und Begleitung von Projekten
- Beratung und Unterstützung in der Anforderungsdefinition und technischen Prozessgestaltung
- Erstellen des Informatikportfolios
- Führung und Weiterentwicklung des Serviceportfolios für die kantonale Informatik
- Strategisches und operatives Controlling inkl. Reporting
- Behördenübergreifende IT-Koordination (Bund, Kanton, Gemeinden)

##### Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support

- Betrieb und Support der Basisinfrastruktur
- Betrieb und Support von IT-Arbeitsplätzen und benötigten Fachanwendungen
- Betrieb und Support der zentral betriebenen Fachanwendungen
- Betrieb und Support des Identifikationssystems
- Betrieb und Support der Festnetzkommunikation
- Beschaffung und Support der Mobiltelefonie
- Support der Anwenderinnen und Anwender

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Textverarbeitung und Büroautomation in der kantonalen Verwaltung vom 1. September 1988 (BGS 153.5)
- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)
- Datensicherheitsverordnung (DSV) vom 16. Januar 2007 (BGS 157.12)
- Informatikstrategie 2011-2017 (RRB vom 28. September 2010)
- E-Government-Strategie Zug (RRB vom 8. April 2008)
- Grundsatzvereinbarung zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden des Kantons Zug betreffend Zusammenarbeit im Informatikbereich und E-Government vom 1. Dezember 2011
- Informatikstrategie 2016 Kanton und Gemeinden Zug, Informatikkonferenz Kanton-Gemeinden, 19. November 2009
- Zusammenarbeitsvereinbarung Zentralschweizer Informatik (ZIK)

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Ab 2016 wird die Telefonie (Festnetz und Mobile) durch das AIO verantwortet (ehemals Hochbauamt). Die Leistungen Betrieb und Support Festnetzkommunikation und Beschaffung und Support der Mobiltelefonie wurden neu eingefügt. Zusätzlich wurden zwei Personalstellen übernommen.

Mit «IT-Arbeitsplätzen» sind sämtliche vom AIO betreuten Desktops (PC), Notebooks und VDI-Arbeitsplätze (Virtual-Desktop-Infrastruktur) gemeint.

### 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfängende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Kompetenter Ansprechpartner in allen Belangen der IT, der IT-Organisation und der Festnetz- und Mobiltelefonie	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Dritte	Regelmässige Kundenbefragungen durchgeführt und notwendige Massnahmen eingeleitet	Regelmässige Kundenbefragungen durchgeführt und notwendige Massnahmen eingeleitet	Gleich
2	Die IT Leistungen werden kostenbewusst erbracht und transparent weiterverrechnet	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Finanzielle Informatikkennzahlen entsprechen mind. durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz	Finanzielle Informatikkennzahlen entsprechen mind. durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
3	Konsequente Umsetzung der Datensicherheitsverordnung (DSV)	Kanton, Gemeinden	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton-Gemeinden umgesetzt; IT-Security Audits durchgeführt und allfällige Massnahmen eingeleitet	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton-Gemeinden umgesetzt; IT-Security Audits durchgeführt und allfällige Massnahmen eingeleitet	Gleich mit steigendem Aufwand
A	Einführung eines Internen Kontrollsystems (IKS)	Finanzdirektion	Bestehendes Qualitätsmanagement nach ISO 9001 und ISO 27001 um Vorgaben Internes Kontrollsystem (IKS) ergänzt	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT</b>					
4	Zeitgerechtes Controlling und Reporting	Finanzdirektor	Anwendungscontrollingsbericht jährlich erstellt; Informatikprojektportfoliobericht quartalsweise erstellt; IT-Sicherheitsstandortbestimmungsbericht jährlich erstellt	Anwendungscontrollingsbericht jährlich erstellt; Informatikprojektportfoliobericht quartalsweise erstellt; IT-Sicherheitsstandortbestimmungsbericht jährlich erstellt	Gleich
5	Pflege und Weiterentwicklung der Informatikstrategie und Konzepte	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Informatikstrategie überarbeitet und dem RR vorgelegt	Informatikstrategie vom RR beschlossen	
6	Pflege der Zusammenarbeit mit den relevanten Ansprechpartnern	Bund, Kanton, Gemeinden	Regelmässige Absprachen sind durchgeführt; Mitarbeit in den etablierten Gremien erfolgt	Regelmässige Absprachen sind durchgeführt; Mitarbeit in den etablierten Gremien erfolgt	Steigend
7	Aktive Bewirtschaftung des Informatikportfolios	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Portfolio jährlich erstellt und quartalsweise aktualisiert	Portfolio jährlich erstellt und quartalsweise aktualisiert	Gleich
8	Zeit- und kundengerechte Projektunterstützung sicherstellen	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Leistungserbringung quartalsweise überprüft und Massnahmen eingeleitet	Leistungserbringung quartalsweise überprüft und Massnahmen eingeleitet	Gleich mit steigendem Aufwand
9	Umsetzung der AIO-Projekte gemäss Informatikportfolio sicherstellen	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Projekte aus dem Portfolio 2015 gemäss Plan umgesetzt	Projekte aus dem Portfolio 2016 gemäss Plan umgesetzt	Gleich
B	Weisungen und Richtlinien zur kantonalen Informatik aktualisiert	Finanzdirektor	Weisung zum Projektcontrolling erarbeitet	Weisung beschlossen und Einführung begonnen	
L32	Umsetzung E-Portfolio sicherstellen	Finanzdirektion, Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Projekte aus E-Portfolio gemäss Plan umgesetzt	Projekte aus E-Portfolio gemäss Plan umgesetzt	Steigender Aufwand zur Umsetzung
<b>Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support</b>					
10	Sicherstellen der IT-Sicherheit	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Max. Datenverlust täglicher Backup 1 Arbeitstag; Sicherheitsupdates zeitnah durchgeführt; der DSV unterliegende Daten auf den internen Laufwerken sind verschlüsselt; 1 Blackouttest durchgeführt	Max. Datenverlust täglicher Backup 1 Arbeitstag; Sicherheitsupdates zeitnah durchgeführt; Schutzniveau von datenschutzrelevanten oder vertraulichen sensiblen Dateien mittels Verschlüsselung eingehalten; 1 Blackouttest durchgeführt	Steigender Aufwand zur Sicherstellung

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
11	Betrieb und Support der IT-Arbeitsplätze sicherstellen	Direktionen, Ämter	98 % Standard-IT-Arbeitsplätze (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung); Verfügbarkeit der Server mind. 99 %; 98 % der Störungen am IT-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in max. ½ Arbeitstag behoben; Ersterledigungsrate mind. 60 %	98 % Standard-IT-Arbeitsplätze (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung); Verfügbarkeit der Server mind. 99 %; 98 % der Störungen am IT-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in max. ½ Arbeitstag behoben; Ersterledigungsrate mind. 60 %	Gleich
12	Betrieb und Support der Fachanwendungen sicherstellen	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft; Verfügbarkeit der Server mind. 99,5 %	Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft; Verfügbarkeit der Server mind. 99,5 %	Gleich
13	Verfügbarkeit und Leistung des Kommunikationsnetzwerkes gewährleistet	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Dritte	Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen; Verfügbarkeit Netzwerk mind. 99,5 %	Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen; Verfügbarkeit Netzwerk mind. 99,5 %; 98 % der Störungen an Festnetztelefonen in max. ½ Arbeitstag behoben	Gleich mit steigendem Aufwand
L32	Elektronische Übermittlung unterschriftsbedürftiger Eingaben und Entscheide in Verwaltungsverfahren sowie Zugriff auf eigene Geschäftsfälle und Daten	Finanzdirektion, Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Aufbau und Etablierung Leistungen zum zentralen Identifikationssystem	Betrieb des zentralen Identifikationssystems sicherstellen	Steigender Aufwand

#### Kommentar Zielsetzungen

Mit der Übernahme der Telefonie vom Hochbauamt wurden die Indikatoren in Ziel 13 erweitert.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Anzahl E-Mail-Accounts	Anzahl	3'495	3'650	3'550	Steigend
Externe Benutzende (Dritte, Einwohner/innen, Firmen)	Anzahl	2'742	3'000	3'500	Steigend
Anzahl IT-Arbeitsplätze inkl. Mobiltelefone	Anzahl	2'831	2'750	2'900	Steigend
Betreute Telefonanschlüsse	Anzahl			4'500	Steigend
Registrierte Fachanwendungen	Anzahl	586	560	586	Gleich
Betreute Kundenprojekte	Anzahl	28	25	25	Gleich
Supportaufträge	Anzahl	12'868	13'000	13'500	Steigend

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Externe Benutzende: Durch die Möglichkeit der elektronischen Übermittlung im Verwaltungsverfahren steigt die Anzahl in den kommenden Jahren stärker an.

Registrierte Fachanwendungen: Die Anzahl Fachanwendungen soll nicht mehr ansteigen.

Durch die Verschiebung der Telefonie vom HBA zum AIO wurde die neue Plangrösse «Betreute Telefonanschlüsse» aufgenommen. Die Anzahl Supportaufträge steigt dadurch etwas stärker an.



#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-10'276'082.91	-10'075'952	-11'984'000	-1'908'048	18,9	-12'282'100	-12'313'100	-12'375'900
Total Ertrag	634'722.50	650'000	1'206'000	556'000	85,5	1'358'700	1'358'700	1'358'700
Saldo	-9'641'360.41	-9'425'952	-10'778'000	-1'352'048	14,3	-10'923'400	-10'954'400	-11'017'200

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

33'300 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

132'200 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen und speziellen EP-Massnahmen sowie Weiterführung Kantonsratskürzung

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

1,5 Millionen Franken höheres Nettoergebnis infolge Verschiebung der Telefonie vom Hochbauamt ins AIO (1'960'000 Franken Mehraufwand und

466'000 Franken Mehrertrag)

90'000 Franken Mehrertrag aus zusätzlichen Einzelverträgen mit den Gemeinden

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

Die Entlastungen im Budget sind nachhaltig; ab 2017 zusätzliche Reduktion des Supportaufwandes um jährlich insgesamt 0,5 Stelleneinheiten

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

230'000 Franken Nettobetriebskostenaufwand für die Fachanwendung NERZ

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT5050.0197 Umsetzung Org. Anpassung IT-Strategie 2015 (M1-3)								
Ausgaben	-23'093.30							
Einnahmen								
IT5050.0198 Ersatz Backup Infrastruktur								
Ausgaben	-54'396.95							
Einnahmen								
IT5050.0202 Fachanwendung Bau- bewilligungswesen								
Ausgaben	-29'569.20							
Einnahmen	-28'255.00							
IT5050.0204 Ausbau eGovernment								
Ausgaben	-79'252.20	-200'000	-200'000			-200'000		
Einnahmen								
IT5050.0205 Benutzerkonto								
Ausgaben	-650'598.85	-180'000	-30'000			-30'000		
Einnahmen								
IT5050.0207 Harmonisierung Support-Werkzeuge								
Ausgaben	-106'294.95							
Einnahmen								
IT5050.0208 Ersatz zentraler Speicher								
Ausgaben	-1'184'768.65							
Einnahmen								

Institutionelle Gliederung  
Finanzdirektion  
5050 – Amt für Informatik und Organisation

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT5050.0211	Umsetzung DSV mobile Devices								
	Ausgaben	-35'878.50							
	Einnahmen								
IT5050.0212	Reserven								
	Ausgaben	-40'802.60	-100'000	-50'000			-50'000		
	Einnahmen								
IT5050.0213	Vorprojekt Druckerersatz								
	Ausgaben	-9'922.50	-70'000	-60'000					
	Einnahmen								
IT5050.0214	Ersatz PC-Arbeits- platz								
	Ausgaben	-3'114'432.44							
	Einnahmen								
IT5050.0215	Review Technologie- architektur								
	Ausgaben	-68'549.95							
	Einnahmen								
IT5050.0216	Integration Telefonie / Phase II								
	Ausgaben	-53'649.10							
	Einnahmen								
IT5050.0218	Optimierung Supportprozesse								
	Ausgaben		-113'000						
	Einnahmen								
IT5050.0219	Studie / Evaluation Dokumentenma- nagementsystem								
	Ausgaben		-60'000						
	Einnahmen								
IT5050.0220	Signierungs- und Validierungs-Service								
	Ausgaben		-130'000						
	Einnahmen								
IT5050.0221	Ablösung Personen- mutationsprozess								
	Ausgaben		-235'000						
	Einnahmen								
IT5050.0222	Integration Telefonie (IKP) - Phase III								
	Ausgaben		-150'000						
	Einnahmen								
IT5050.0223	Ersatz Checkpoint Firewall								
	Ausgaben		-150'000						
	Einnahmen								

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT5050.0224	Versionenanpassung Front- und Backend- systeme								
	Ausgaben		-410'000						
	Einnahmen								
IT5050.0225	Anpassungen LogManagement								
	Ausgaben			-120'000					
	Einnahmen								
IT5050.0226	Erneuerung Tele- matikinfrastruktur Kanton Zug								
	Ausgaben			-2'600'000			-2'200'000		
	Einnahmen								
IT5050.0227	Anpassung Anwen- dung Zentrale Perso- nenkoordination								
	Ausgaben			-75'000			-300'000	-150'000	-150'000
	Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>									
	Ausgaben	-5'451'209.19	-1'798'000	-3'135'000			-2'780'000	-150'000	-150'000
	Einnahmen	-28'255.00							
	Saldo	-5'479'464.19	-1'798'000	-3'135'000			-2'780'000	-150'000	-150'000

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

IT5050.0226: Erneuerung der Telematikinfrastruktur Zugernetz inklusive Abdeckung der Bedürfnisse der kantonalen Schulen und der Notorganisationen. Projekt mit einem Gesamtvolumen vom 4,8 Millionen Franken wird auf zwei Budgetjahre aufgeteilt.

b) Weitere wesentliche Abweichungen

IT5050.0213: Projekt wird 2015 ausgesetzt und 2016 wieder aufgenommen

IT5050.0225: Anpassungen an Sicherheitsanforderung B7 der Weisung zur Datensicherheitsverordnung (DSV)

**Kommentar Finanzplan**

Keine Bemerkungen zur Investitionsrechnung

## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Steuerverwaltung veranlagt und bezieht die Kantons-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern für alle im Kanton Zug steuerpflichtigen Privatpersonen und Unternehmen. Sie rechnet mit den Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden, den anderen Kantonen und dem Bund gegenseitige Steuerguthaben ab. Zudem stellt sie zahlreichen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Behörden Steuerdaten und spezielle Auswertungen zur Verfügung. Die Steuerverwaltung berät und unterstützt bei der Budgetierung der Steuererträge, bei der Wirtschaftspflege, bei Ansiedlungen und bei steuer- und finanzpolitischen Fragen.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)

- Führung Steuerregister der im Kanton Zug steuerpflichtigen natürlichen Personen
- Veranlagung periodische Steuern, Sondersteuern, Nachsteuern und Ordnungsbussen inkl. steuerliche Vorbescheide, Bescheinigungen und Repartitionsgrundlagen
- Abrechnung Rückerstattungssteuern, d. h. Verrechnungssteuern, besondere Steuerrückhalte und pauschale Steueranrechnungen
- Abrechnung bzw. Veranlagung von Quellensteuern
- Durchführung von Buchprüfungen bei Selbständigerwerbenden

##### Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)

- Führung Steuerregister der im Kanton Zug steuerpflichtigen juristischen Personen
- Veranlagung periodische Steuern, Nachsteuern und Ordnungsbussen inkl. steuerliche Vorbescheide, Bescheinigungen und Repartitionsgrundlagen
- Durchführung von Buchprüfungen bei juristischen Personen
- Bewertung nichtkotierter Wertpapiere
- Pauschale Steueranrechnungen

##### Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren

- Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten der Gemeinden inkl. Inventarkontrolle und Nachsteuern daraus
- Steuerstrafen bei Hinterziehung und Steuerbetrug und Strafanzeigen an Strafbehörden
- Steuerbefreiung von juristischen Personen wegen Verfolgung von öffentlichen, gemeinnützigen oder Kultuszwecken und von BVG-Einrichtungen mit späterer periodischer Überprüfung
- Nationaler und internationaler Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie Auskünfte aus den Steuerakten
- Einsprachen und gerichtliche Rechtsmittelverfahren

##### Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen

- Inkasso der Steuerforderungen inkl. Verlustscheinbewirtschaftung
- Entscheid über Steuererlass-Gesuche
- Abrechnungen mit Bund, anderen Kantonen, Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden inkl. Repartitionen

- Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, Unterstützung bei Budget und Finanzplan zugunsten Finanzdirektion und Gemeinden

##### Leistungsgruppe 5: Externe Dienstleistungen

- Bereitstellung der NFA-Ressourcen-Daten an Bundesbehörden und Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes
- Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden
- Bereitstellung von Formularen und elektronischen Medien an Bevölkerung, Unternehmen und andere Behörden
- Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung für den Grossteil der kantonalen Ämter und Gerichte

##### Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung

- Mitwirkung bei der Gesetzgebung, bei der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse, bei Vernehmlassungen und Mitberichten
- Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten
- Beratung und Unterstützung des Finanzdirektors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standortentwicklung
- Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Verbänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantonsinteressen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990 (SR 642.11) und rund 20 darauf aufbauende Verordnungen und Ausführungserlasse des Bundesrats und des Eidg. Finanzdepartements
- Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vom 14. Dezember 1990 (SR 642.14)
- Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (VStG) vom 13. Oktober 1965 (SR 642.21) und darauf aufbauende Verordnungen des Bundesrats und des Eidg. Finanzdepartements
- Rund 70 Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) des Bundes mit ausländischen Staaten sowie darauf aufbauende Protokolle und Notenwechsel

- Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (BGSA) vom 17. Juni 2005 (SR 822.41)
- Steuergesetz (StG) vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1)
- Verordnung zum Steuergesetz (Vo-StG) vom 30. Januar 2001 (BGS 632.11)
- Verordnung über die Verlustscheinbewirtschaftung für die kantonale Verwaltung und die Gerichte vom 20. April 2012 (BGS 632.15)
- Diverse Bestimmungen zur Übermittlung von Steuerdaten oder zur Bereitstellung von Abfragemöglichkeiten in zahlreichen Gesetzen des Bundes und des Kantons

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

## 2 Zielsetzungen

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele      A, B, C = Projekte      L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
A	Ablösung «ISOV STEUERN»			Submission durchgeführt; Zuschläge erteilt; Verträge unterzeichnet	
<b>Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)</b>					
1	Aktuelle Registerführung NP	Steuerpflichtige	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Gleich
2	Effiziente Veranlagung der periodischen Steuern NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	2010: 100 % 2011: 99 % 2012: 98 % 2013: 95 % 2014: 60 %	2011: 100 % 2012: 99 % 2013: 98 % 2014: 95 % 2015: 60 %	Gleich
3	Effiziente Veranlagung der Sondersteuern NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	Veranlagung i. d. R. innert Wochenfrist	Veranlagung i. d. R. innert Wochenfrist	Gleich
4	Zeitgerechte Abrechnung der Rückerstattungssteuern	Steuerpflichtige	61'000 Wertschriftenverzeichnisse/Anträge abrechnen	61'000 Wertschriftenverzeichnisse/Anträge abrechnen	Gleich
5	Zeitgerechte Abrechnung der Quellensteuern	Steuerpflichtige, Arbeitgebende, übrige Abrechnungspflichtige	100 % innert Frist	100 % innert Frist	Gleich
6	Externe Buchprüfung bei Selbständigerwerbenden vor Ort	Steuerpflichtige	Prüfung 90–100 Steuerjahre	Prüfung 90–100 Steuerjahre	Gleich
<b>Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)</b>					
7	Aktuelle Registerführung JP	Steuerpflichtige	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Gleich
8	Effiziente Veranlagung Steuern JP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	2009: 100 % 2010: 99,5 % 2011: 98 % 2012: 90 % 2013: 66 % 2014: 30 %	2010: 100 % 2011: 99,5 % 2012: 98 % 2013: 90 % 2014: 66 % 2015: 30 %	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
9	Externe Buchprüfung bei Gesellschaften vor Ort	Steuerpflichtige	Prüfung 100 Steuerjahre	Prüfung 100 Steuerjahre	Gleich
10	Zeitgerechte Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Steuerpflichtige	8'500 Bewertungen	10'500 Bewertungen	Steigend
11	Zeitgerechte Abrechnung von pauschalen Steueranrechnungen	Steuerpflichtige	100 Fälle	100 Fälle	Gleich
<b>Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren</b>					
12	Zeitgerechte Inventarkontrolle, Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten Gemeinden, Nachsteuern aus Inventarkontrolle	Steuerpflichtige, Erbinnen und Erben sowie andere Begünstigte, Gemeinden	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	Gleich
13	Zeitgerechte Entscheide über Steuerstrafen, Strafanzeigen	Steuerpflichtige, Strafbehörden und Gerichte	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft der Nachsteuer	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft der Nachsteuer	Gleich
14	Fristgerechte Beurteilung von Steuerbefreiungsgesuchen infolge öffentlicher, gemeinnütziger oder Kultuszwecke oder BVG, periodische Überprüfung	Antragstellende	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	Gleich
15	Fristgerechte Antworten im nationalen und internationalen Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie auf Begehren um Auskünfte aus Steuerakten	ESTV, kantonale und eidg. Behörden und Gerichte	100 % innert Frist (ca. 7'500 Anfragen)	100 % innert Frist (ca. 7'500 Anfragen)	Gleich
16	Zeitgerechte Behandlung von Einsprachen und gerichtlichen Rechtsmittelverfahren	Steuerpflichtige, kantonale und eidg. Behörden und Gerichte	90 % aller 2014 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2015 entschieden; gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	90 % aller 2015 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2016 entschieden; gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	Gleich
<b>Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen</b>					
17	Zeitgerechtes und vollständiges Inkasso aller Steuerforderungen; Verlustscheinbewirtschaftung	Steuerpflichtige	Inkasso laufend aktuell	Inkasso laufend aktuell	Gleich
18	Zeitgerechte Entscheide über Erlassgesuche	Antragstellende	Entscheid über 90 % der Gesuche innert 3 Monaten	Entscheid über 90 % der Gesuche innert 3 Monaten	Gleich
19	Zeitnahe fehlerfreie Abrechnung mit den verschiedenen Gemeinwesen inkl. Repartitionen	Bund, andere Kantone, Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden	100 % innert Frist (ca. 800 Abrechnungen)	100 % innert Frist (ca. 800 Abrechnungen)	Gleich
20	Fristgerechtes Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, zeitgerechte Unterstützung bei Budget und Finanzplan	Kanton und Gemeinden, Finanzdirektion, Regierung, Gemeinden	Terminplan und alle vereinbarten Fristen eingehalten	Terminplan und alle vereinbarten Fristen eingehalten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 5: Externe Dienstleistungen</b>					
21	Fristgerechte Bereitstellung der Ressourcen-Daten für den Finanzausgleich, Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes	Bund, andere Kantone	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Gleich
22	Fristgerechte Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden	AHV, Prämienverbilligung, Militär, Landwirtschaft, Stipendien, Wohnungswesen, Musikschulen, Schulzahn-pflege, Bürgergemeinden	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Alle vereinbarten Fristen eingehalten	Gleich
23	Rechtzeitige Bereitstellung der Steuerformulare und elektronischen Medien, u.a. Steuerdeklarationssoftware eTax.zug und E-Government-Anwendungen	Bevölkerung, Unternehmen, andere Behörden, Berater/innen	Alles rechtzeitig bereit	Alles rechtzeitig bereit	Gleich
24	Aktive Bewirtschaftung der Verlustscheine eines Gross-teils der kantonalen Ämter und Gerichte	Kantonale Ämter und Gerichte	1 / 3 der bis Ende 2013 über-nommenen 3'084 Verlust-scheine ist bewirtschaftet. Prioritär zu behandeln ist dabei die Hälfte jener total 334 Verlustscheine, welche im 2016 verjähren	2 / 3 der bis Ende 2013 über-nommenen 3'084 Verlust-scheine sind bewirtschaftet, darunter alle 334 Verlust-scheine, welche im 2016 ver-jähren	Gleich
L32	Einführung des elektro-nischen Steuerdossiers	Bevölkerung und Unternehmen	Weiteres Vorgehen geklärt, falls notwendig Submissionen vorbereitet und durchgeführt	Stufenweiser Ausbau des Scannings der bestehenden und neu eintreffenden Steuer-erklärungen und weiterer Dokumente innerhalb der Steuerverwaltung	Steigend
<b>Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung</b>					
25	Fristgerechte Beiträge zu Ge-setzgebung, parlamentari-schen Vorstössen, Vernehm-lassungen und Mitberichte	Finanzdirektion, andere Direktionen, Regierungsrat, Kantonsrat, Bundesbehörden	100 % innert Frist (ca. 50 Beiträge)	100 % innert Frist (ca. 50 Beiträge)	Gleich
26	Kundenorientierte Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten, d. h. Beratung und Betreuung von Ansässigen und Zuzugs-interessierten	Ansässige, Zuzugsinteres-sierte, Berater/innen, Kontaktstelle Wirtschaft	Rückmeldung und Unterstüt-zung innert der vereinbarten Termine	Rückmeldung und Unterstüt-zung innert der vereinbarten Termine	Gleich
27	Zeitgerechte Beratung und Unterstützung des Finanz-direktors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standort-entwicklung	Finanzdirektor	Laufende Beratung und Unter-stützung, proaktiv und auf Anfrage	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	Gleich
28	Laufende Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Ver-bänden und Interessengrup-pen, Vertretung der Kantons-interessen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone	Verbände und Interessen-gruppen, Kanton, Bevölkerung, Unternehmen, Berater/innen	Wesentlichen Kontakte gepflegt und Interessen des Kantons aktiv vertreten	Wesentlichen Kontakte gepflegt und Interessen des Kantons aktiv vertreten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
L8	Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III des Bundes ins kantonale Steuerrecht unter Wahrung national und international konkurrenzfähiger Unternehmenssteuern	Bevölkerung und Unternehmen, politische Entscheidungsinstanzen	Zuger Interessen in Arbeitsgruppen auf Bundesebene vertreten; konzeptionelle Vorarbeiten für Teilrevision Zuger Steuergesetz zur Umsetzung der Reform sind geleistet	Zuger Interessen in Arbeitsgruppen auf Bundesebene vertreten; Vorarbeiten für Teilrevision Zuger Steuergesetz zur Umsetzung der Reform sind in die Wege geleitet (abhängig vom Zeitplan auf Bundesebene)	Gleich

**Kommentar Zielsetzungen**  
Keine Bemerkungen

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Periodische Veranlagungen Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen	Anzahl	70'373	73'800	74'000	Steigend
Sondersteuer-Veranlagungen natürliche Personen	Anzahl	4'655	3'800	4'200	Steigend
Quellensteuerabrechnungen im Kanton Zug Ansässige	Anzahl	10'476	11'100	11'500	Steigend
Quellensteuerabrechnungen im Ausland Ansässige	Anzahl	17'877	15'900	17'000	Steigend
Verrechnungssteuerabrechnungen	Anzahl	59'064	61'000	61'000	Gleich
Abrechnungen übrige Rückerstattungssteuern	Anzahl	3'720	3'900	3'950	Steigend
Periodische Veranlagungen Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen	Anzahl	27'795	27'000	27'200	Steigend
Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Anzahl	11'693	8'500	10'500	Steigend
Erbschafts- und Schenkungssteuerveranlagungen	Anzahl	211	180	180	Gleich
Nachsteuerveranlagungen	Anzahl	194	180	180	Gleich
Steuerstrafen und Strafanzeigen	Anzahl	130	150	150	Gleich
Einsprachen	Anzahl	890	900	900	Gleich
Gerichtliche Rechtsmittelverfahren	Anzahl	32	30	30	Gleich
Provisorische und definitive Steuerrechnungen	Anzahl	478'106	500'000	500'000	Steigend
Ratenzahlungsvereinbarungen	Anzahl	7'476	8'200	8'200	Gleich
Betreibungen	Anzahl	3'988	4'300	4'300	Gleich
Pfändungsbegehren	Anzahl	2'963	3'000	3'000	Gleich
Erlassentscheide	Anzahl	281	270	270	Gleich
Bewirtschaftung von Verlustscheinen der Steuerverwaltung	Anzahl		1'000	1'000	Gleich
Bewirtschaftung von Verlustscheinen anderer Ämter und Gerichte	Anzahl		1'000	1'000	Gleich

**Kommentar Einfluss-/Plangrössen**  
Keine Bemerkungen



#### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
Total Aufwand	-20'459'874.36	-20'934'770	-21'139'960	-205'190	1,0	-21'152'040	-21'188'720	-21'305'700
Total Ertrag	4'777'819.35	4'864'000	4'728'000	-136'000	-2,8	4'887'500	4'934'000	5'024'500
Saldo	-15'682'055.01	-16'070'770	-16'411'960	-341'190	2,1	-16'264'540	-16'254'720	-16'281'200

##### Kommentar Budget

###### a) Entlastungsprogramm

- 102'800 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen
- 117'000 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- 190'000 Franken mehr Personalaufwand (befristet) durch Inbetriebnahme des internen Scanning-Centers zwecks elektronischer Erfassung der Steuererklärungen im Hinblick auf papierarme Veranlagungen und den Ausbau der eGovernment-Dienstleistungen zu Gunsten von Bevölkerung und Unternehmen (Umsetzung RRB vom 21. Oktober 2014 betreffend Inhouse-Scanning)
- 175'300 Franken kalkulatorisch höhere Personalkosten aufgrund der individuellen Lohnentwicklung 2015, welche zentral budgetiert war.
- 136'000 Franken Ertragsrückgang hauptsächlich durch rückläufige Entschädigungen der Zuger Gemeinden für die Veranlagungstätigkeit der Steuerverwaltung (jeweils 0,7 Prozent der Steuererträge des vorletzten Jahres)

##### Kommentar Finanzplan

###### a) Entlastungsprogramm

- Die Entlastungen im Budget sind nachhaltig; keine zusätzlichen Massnahmen.

###### b) Weitere wesentliche Abweichungen

- Keine

#### 5 Investitionsrechnung

##### Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
FD5060.0001 Beschaffung und Einführung Kuvertiermaschine								
Ausgaben			-100'000					
Einnahmen								
IT5060.0180 eKonto								
Ausgaben	-194'387.00	-200'000						
Einnahmen								
IT5060.0184 eDossier								
Ausgaben	-1'107'773.85	-800'000	-510'000			-150'000		
Einnahmen								
IT5060.0187 Weiterentwicklung eTax.zug NP und JP								
Ausgaben	-57'372.80							
Einnahmen								
IT5060.0188 Ablösung IPV Schnittstelle								
Ausgaben	-195'955.20							
Einnahmen								
IT5060.0189 Optimierung der Fachanwendungen								
Ausgaben		-200'000						
Einnahmen								

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016			Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
IT5060.0190	Externe Daten- bezüger – Ablösung HRA-Schnittstelle								
	Ausgaben		-170'000						
	Einnahmen								
IT5060.0191	Migration InfoStore STV								
	Ausgaben			-80'000		-170'000			
	Einnahmen								
IT5060.0192	Vorprojekt Ablösung ISOV STEUERN								
	Ausgaben			-130'000					
	Einnahmen								
IT5060.0193	Elektronische Einreichung von Steuererklärungen NP								
	Ausgaben			-300'000					
	Einnahmen								
IT5060.0194	Ablösung ISOV STEUERN								
	Ausgaben					-4'000'000	-8'000'000	-6'000'000	
	Einnahmen								
<b>Total Budgetkredite</b>									
	<b>Ausgaben</b>	-1'555'488.85	-1'370'000	-1'120'000		-4'320'000	-8'000'000	-6'000'000	
	<b>Einnahmen</b>								
	<b>Saldo</b>	-1'555'488.85	-1'370'000	-1'120'000		-4'320'000	-8'000'000	-6'000'000	

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Kommentar Budget**

FD5060.0001: Ersatz der mehr als zehnjährigen Kuvertiermaschine (steigendes Risiko von Fehlfunktionen und Fehlversänden)  
IT5060.0184: Anpassung der Geschäftsfallsteuerung im Hinblick auf die papierarme Veranlagung  
IT5060.0191: Zusammenführung aller Dokumente des elektronischen Steuere dossiers in einem einzigen Archivsystem  
IT5060.0193: Ausbau der eGovernment-Dienstleistungen entsprechend den Bedürfnissen von Bevölkerung und Unternehmen

**Kommentar Finanzplan**

IT5060.0194: Mit der notwendigen Ablösung der Applikation ISOV STEUERN, welche seit 1995 produktiv im Einsatz steht, wird das Investitionsvolumen bis 2020 deutlich zunehmen.

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'238'880.00	-1'975'000	-1'990'000	-15'000	0,8	-2'080'000	-2'265'000	-2'420'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-2'753'650.36	-2'500'000	-2'500'000	0	0,0	-2'500'000	-2'500'000	-2'500'000
319	Übriger Betriebsaufwand		225'540		-225'540	-100,0			
349	Verschiedener Finanz- aufwand	-11'265'885.85	-11'250'000	-7'550'000	3'700'000	-32,9	-6'290'000	-6'480'000	-6'690'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-16'258'416.21</b>	<b>-15'499'460</b>	<b>-12'040'000</b>	<b>3'459'460</b>	<b>-22,3</b>	<b>-10'870'000</b>	<b>-11'245'000</b>	<b>-11'610'000</b>
400	Direkte Steuern natürliche Personen	395'511'169.45	423'400'000	425'500'000	2'100'000	0,5	434'200'000	452'600'000	464'800'000
401	Direkte Steuern juristische Personen	210'000'091.95	192'200'000	206'800'000	14'600'000	7,6	210'200'000	213'600'000	217'000'000
402	Übrige direkte Steuern	2'755'386.22	3'000'000	3'000'000	0	0,0	3'000'000	3'000'000	3'000'000
429	Übrige Entgelte	286'886.25	300'000	300'000	0	0,0	300'000	300'000	300'000
440	Zinsertrag	1'414'925.15	1'200'000	980'000	-220'000	-18,3	700'000	700'000	700'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>609'968'459.02</b>	<b>620'100'000</b>	<b>636'580'000</b>	<b>16'480'000</b>	<b>2,7</b>	<b>648'400'000</b>	<b>670'200'000</b>	<b>685'800'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>593'710'042.81</b>	<b>604'600'540</b>	<b>624'540'000</b>	<b>19'939'460</b>	<b>3,3</b>	<b>637'530'000</b>	<b>658'955'000</b>	<b>674'190'000</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

Die Senkung des Zinssatzes von 2 % auf 1 % per 1. Januar 2015 führt zu einer Reduktion des Zinsaufwands. Bereits für die Rechnung 2015 beträgt die Nettoentlastung rund 2,9 Millionen Franken, für das Budget 2016 kommen zusätzlich weitere rund 1,3 Millionen Franken hinzu (349 und 440).

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Bei den Kantonssteuererträgen natürlicher Personen zeichnet sich im laufenden Jahr 2015 ab, dass das Budget voraussichtlich knapp erreicht werden kann. Darauf aufbauend wird für das Budget 2016 mit einer generellen Zunahme von 1 % gerechnet. Das Wachstum der Steuererträge natürlicher Personen flacht gegenüber früheren Jahren deutlich ab (400).

Bei den Kantonssteuererträgen juristischer Personen zeichnet sich ab, dass das Budget 2015 voraussichtlich übertroffen werden kann. Darauf aufbauend wird für das Budget 2016 von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 2 % ausgegangen. Bekannte grössere Einzelfälle wurden gesondert hinzu- oder abgerechnet. Zudem wurde die Frankenstärke berücksichtigt (401).

**Kommentar Finanzplan**

a) Entlastungsprogramm

Die Zinssatzsenkung entlastet die Finanzplanjahre nochmals um insgesamt rund 1,8 Millionen Franken (349 und 440). Die Entlastung verbleibt anschliessend nachhaltig, d. h. ist jährlich wiederkehrend.

Zusätzlich zu diesen Entlastungen kommen Mehrerträge aus der Beschränkung des Pendlerabzugs und der Streichung des Eigenbetreuungsabzugs per 1. Januar 2017 dazu. Beide Massnahmen wirken sich schwergewichtig im Rechnungsjahr 2018 erstmals aus und sind anschliessend nachhaltig, d. h. jährlich wiederkehrend. Die Beschränkung des Pendlerabzugs führt letztlich zu jährlichen Mehreinnahmen von rund 1,5 Millionen Franken und die Streichung des Eigenbetreuungsabzugs zu solchen von rund 3,5 Millionen Franken (400).

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Bei den Kantonssteuererträgen wird grundsätzlich mit einer Zunahme von 1 bis 2 % pro Jahr je nach Steuerart gerechnet (400 und 401).

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
460	Ertragsanteile	235'136'863.83	259'820'000	234'528'000	-25'292'000	-9,7	238'778'000	244'028'000	249'277'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>235'136'863.83</b>	<b>259'820'000</b>	<b>234'528'000</b>	<b>-25'292'000</b>	<b>-9,7</b>	<b>238'778'000</b>	<b>244'028'000</b>	<b>249'277'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>235'136'863.83</b>	<b>259'820'000</b>	<b>234'528'000</b>	<b>-25'292'000</b>	<b>-9,7</b>	<b>238'778'000</b>	<b>244'028'000</b>	<b>249'277'000</b>

**Kommentar Budget**

Die bisherigen Bundessteuererträge im laufenden Jahr lassen erwarten, dass das Budget 2015 voraussichtlich nicht erreicht werden kann. Für das Budget 2016 ist daher von einer tieferen effektiven Ausgangsbasis auszugehen. Darauf aufbauend erscheint ein Wachstum von etwa 1 bis 2 % je nach konkreter Steuerart sachgerecht, da die Bevölkerung im Kanton Zug weiterhin wächst und auch von weiterhin steigenden Unternehmenszahlen auszugehen ist. Zusätzliche Effekte aus bekannten grösseren Einzelfällen wurden separat hinzu- oder abgerechnet.

**Kommentar Finanzplan**

Bei den Erträgen aus dem Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer wird von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 1 bis 2 % pro Jahr ausgegangen.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
362	Finanz- und Lastenausgleich	-75'087'218.00	-64'233'380	-57'457'800	6'775'580	-10,5	-58'337'000	-59'768'000	-60'794'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-75'087'218.00</b>	<b>-64'233'380</b>	<b>-57'457'800</b>	<b>6'775'580</b>	<b>-10,5</b>	<b>-58'337'000</b>	<b>-59'768'000</b>	<b>-60'794'000</b>
462	Finanz- und Lastenausgleich	75'087'218.00	59'733'380	52'957'800	-6'775'580	-11,3	53'837'000	55'268'000	56'294'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>75'087'218.00</b>	<b>59'733'380</b>	<b>52'957'800</b>	<b>-6'775'580</b>	<b>-11,3</b>	<b>53'837'000</b>	<b>55'268'000</b>	<b>56'294'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>0.00</b>	<b>-4'500'000</b>	<b>-4'500'000</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>-4'500'000</b>	<b>-4'500'000</b>	<b>-4'500'000</b>

**Kommentar Budget**

Der Kanton wickelt den Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden für die Gemeinden ab. Die Einzahlungen der Gebergemeinden heben die Auszahlungen an die Nehmergemeinden auf; für den Kanton ergibt sich ein Nullsummenspiel. Seit 2015 beteiligt sich der Kanton zur Entlastung der Gebergemeinden mit jährlich 4,5 Millionen Franken am Finanzausgleich unter den Gemeinden, wobei die gesetzliche Grundlage für den Kantonsbeitrag ab 2018 noch geschaffen werden muss.

**Kommentar Finanzplan**

Für die Finanzplanwerte wird die Ausgleichssumme des Budgetjahres mit der erwarteten Entwicklung der Kantonssteuererträge fortgeschrieben. Entwickeln sich die Steuererträge der Einwohnergemeinden sehr unterschiedlich voneinander, kann dies aber zu bedeutenden Schwankungen in der Ausgleichssumme führen.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine



Institutionelle Gliederung  
Richterliche Behörden  
Übersicht

Saldo pro Amt

Laufende Rechnung

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'577'793.25	-5'484'790	-5'598'050	-113'260	2,1	-5'625'450	-5'653'150	-5'708'650
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'199'223.65	2'544'132	2'543'750	-382	0,0	2'543'750	2'543'750	2'543'750
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'934'578.87	-2'017'348	-1'910'810	106'538	-5,3	-1'920'210	-1'929'810	-1'948'610
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-957'197.93	-700'032	-689'500	10'532	-1,5	-689'500	-689'500	-689'500
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'927'757.90	-5'136'138	-5'073'550	62'588	-1,2	-5'098'050	-5'122'650	-5'172'150
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	250'966.75	363'389	364'300	911	0,3	364'300	364'300	364'300
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-167'878.00	-253'352	-240'500	12'852	-5,1	-240'500	-240'500	-240'500
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	-6'986.25	52'931	54'000	1'069	2,0	54'000	54'000	54'000
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-8'391'004.77	-8'371'147	-8'140'735	230'412	-2,8	-8'180'635	-8'220'435	-8'295'435
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	177'514.22	471'356	680'250	208'894	44,3	680'250	680'250	680'250
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'632'145.39	-2'678'645	-2'673'170	5'475	-0,2	-2'685'970	-2'698'770	-2'724'570
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	91'540.45	32'695	147'000	114'305	349,6	147'000	147'000	147'000
6183	Schätzungskommission	-127'452.84	-232'011	-161'035	70'976	-30,6	-162'135	-163'335	-165'535
<b>61</b>	<b>Richterliche Behörden</b>	<b>-22'003'550.13</b>	<b>-21'408'960</b>	<b>-20'698'050</b>	<b>710'910</b>	<b>-3,3</b>	<b>-20'813'150</b>	<b>-20'928'850</b>	<b>-21'155'650</b>

Investitionsrechnung

keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-2'201'745.50	-2'213'700	-2'091'600	122'100	-5,5	-2'102'000	-2'112'500	-2'133'700
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'337'448.50	-2'218'600	-2'457'800	-239'200	10,8	-2'470'100	-2'482'500	-2'507'200
305	Arbeitgeberbeiträge	-949'742.15	-931'700	-952'400	-20'700	2,2	-957'100	-961'900	-971'500
309	Übriger Personalaufwand	-8'183.70	-8'400	-6'400	2'000	-23,8	-6'400	-6'400	-6'400
310	Material- und Warenaufwand	-50'524.49	-49'500	-45'425	4'075	-8,2	-45'425	-45'425	-45'425
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-673.60	-19'900	-350	19'550	-98,2	-350	-350	-350
313	Dienstleistungen und Honorare	-2'927.01	-3'500	-3'325	175	-5,0	-3'325	-3'325	-3'325
315	Unterhalt Mobilien	-21'089.30	-29'800	-28'000	1'800	-6,0	-28'000	-28'000	-28'000
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-13'464.03	-18'500	-15'500	3'000	-16,2	-15'500	-15'500	-15'500
317	Spesenentschädigungen	-1'993.15	-3'000	-2'850	150	-5,0	-2'850	-2'850	-2'850
319	Übriger Betriebsaufwand	-1'234.40	5'310	-900	-6'210	-116,9	-900	-900	-900
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-5'589'025.83</b>	<b>-5'491'290</b>	<b>-5'604'550</b>	<b>-113'260</b>	<b>2,1</b>	<b>-5'631'950</b>	<b>-5'659'650</b>	<b>-5'715'150</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	10'673.00	5'000	5'000	0	0,0	5'000	5'000	5'000
440	Zinsertrag	559.58	1'500	1'500	0	0,0	1'500	1'500	1'500
	<b>Total Ertrag</b>	<b>11'232.58</b>	<b>6'500</b>	<b>6'500</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>6'500</b>	<b>6'500</b>	<b>6'500</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-5'577'793.25</b>	<b>-5'484'790</b>	<b>-5'598'050</b>	<b>-113'260</b>	<b>2,1</b>	<b>-5'625'450</b>	<b>-5'653'150</b>	<b>-5'708'650</b>

Kommentar Budget

- a) Entlastungsprogramm  
2'000 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen  
10'500 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung
- b) Weitere wesentliche Abweichungen  
109'500 Franken tiefere Vergütungen an nebenamtliche Richter wegen Wegfall a. o. Ersatzrichter  
230'000 Franken höhere Löhne Angestellte wegen Lohn eines (ehem.) Mitglieds für Einsatz bei der Direktion des Innern  
75'500 Franken tieferer Aufwand für Aushilfspersonal, weil das Kantonsgericht wieder ordentlich besetzt ist  
16'550 Franken Reduktion Aufwand IT: 2015 gab es einmalige Kosten für den Kauf neuer Lizenzen (Tribuna VT+ und SQL-Client für Server)

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Streitwert der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine



Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-300'286.72	-255'000	-242'250	12'750	-5,0	-242'250	-242'250	-242'250
319	Übriger Betriebsaufwand	-699'531.63	-651'868	-665'000	-13'132	2,0	-665'000	-665'000	-665'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-999'818.35</b>	<b>-906'868</b>	<b>-907'250</b>	<b>-382</b>	<b>0,0</b>	<b>-907'250</b>	<b>-907'250</b>	<b>-907'250</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	3'051'580.55	3'300'000	3'300'000	0	0,0	3'300'000	3'300'000	3'300'000
426	Rückerstattungen	146'861.45	150'000	150'000	0	0,0	150'000	150'000	150'000
427	Bussen	600.00	1'000	1'000	0	0,0	1'000	1'000	1'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>3'199'042.00</b>	<b>3'451'000</b>	<b>3'451'000</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>3'451'000</b>	<b>3'451'000</b>	<b>3'451'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>2'199'223.65</b>	<b>2'544'132</b>	<b>2'543'750</b>	<b>-382</b>	<b>0,0</b>	<b>2'543'750</b>	<b>2'543'750</b>	<b>2'543'750</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

47'750 Franken weniger Sachaufwand durch Weiterführung Kantonsratskürzung

Wichtiger Hinweis:

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und vom Streitwert der Fälle ab. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) wurden eingehalten; allerdings kann die Rechnung in diesem Bereich nicht beeinflusst werden

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

**Kommentar Finanzplan**

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Streitwert der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-970'732.90	-945'200	-900'700	44'500	-4,7	-905'200	-909'800	-918'800
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-600'740.80	-670'700	-648'100	22'600	-3,4	-651'400	-654'700	-661'200
304	Zulagen	-8'024.00	-8'000	-8'000	0	0,0	-8'000	-8'100	-8'200
305	Arbeitgeberbeiträge	-334'918.15	-351'400	-320'700	30'700	-8,7	-322'300	-323'900	-327'100
309	Übriger Personalaufwand	-2'192.80	-2'500	-1'950	550	-22,0	-1'950	-1'950	-1'950
310	Material- und Warenaufwand	-8'098.30	-17'500	-13'250	4'250	-24,3	-13'250	-13'250	-13'250
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-7'700	-2'200	5'500	-71,4	-2'200	-2'200	-2'200
313	Dienstleistungen und Honorare	-5.00	-300	-285	15	-5,0	-285	-285	-285
315	Unterhalt Mobilien	-7'219.20	-9'700	-9'100	600	-6,2	-9'100	-9'100	-9'100
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-5'715.77	-5'000	-5'750	-750	15,0	-5'750	-5'750	-5'750
317	Spesenentschädigungen	-159.80	-1'000	-950	50	-5,0	-950	-950	-950
319	Übriger Betriebsaufwand	-655.35	652	-1'325	-1'977	-303,2	-1'325	-1'325	-1'325
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-1'938'462.07</b>	<b>-2'018'348</b>	<b>-1'912'310</b>	<b>106'038</b>	<b>-5,3</b>	<b>-1'921'710</b>	<b>-1'931'310</b>	<b>-1'950'110</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	1'312.00	500	1'000	500	100,0	1'000	1'000	1'000
440	Zinsertrag	2'571.20	500	500	0	0,0	500	500	500
	<b>Total Ertrag</b>	<b>3'883.20</b>	<b>1'000</b>	<b>1'500</b>	<b>500</b>	<b>50,0</b>	<b>1'500</b>	<b>1'500</b>	<b>1'500</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-1'934'578.87</b>	<b>-2'017'348</b>	<b>-1'910'810</b>	<b>106'538</b>	<b>-5,3</b>	<b>-1'920'210</b>	<b>-1'929'810</b>	<b>-1'948'610</b>

Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

10'000 Franken weniger Personalaufwand durch Kürzung um 0,1 Personaleinheiten

550 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

5'640 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

1'000 Franken Mehraufwand für Mieten Multifunktionsgeräte (Verschiebung vom Kantonsgericht); dieser Aufwand wird beim Kantonsgericht zusätzlich eingespart

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

Kommentar Finanzplan

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden, da diese von der Anzahl, dem Umfang und dem Ausgang der gerichtlichen Verfahren abhängig sind. Insgesamt ist wohl auch in den nächsten Jahren mit einem weiter steigenden Aufwand zu rechnen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-824'334.19	-700'000	-665'000	35'000	-5,0	-665'000	-665'000	-665'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-858'242.20	-411'032	-446'500	-35'468	8,6	-446'500	-446'500	-446'500
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-1'682'576.39</b>	<b>-1'111'032</b>	<b>-1'111'500</b>	<b>-468</b>	<b>0,0</b>	<b>-1'111'500</b>	<b>-1'111'500</b>	<b>-1'111'500</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	329'497.71	290'000	300'000	10'000	3,4	300'000	300'000	300'000
426	Rückerstattungen	24'678.15	1'000	2'000	1'000	100,0	2'000	2'000	2'000
427	Bussen	85'830.00	100'000	100'000	0	0,0	100'000	100'000	100'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge	285'372.60	20'000	20'000	0	0,0	20'000	20'000	20'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>725'378.46</b>	<b>411'000</b>	<b>422'000</b>	<b>11'000</b>	<b>2,7</b>	<b>422'000</b>	<b>422'000</b>	<b>422'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-957'197.93</b>	<b>-700'032</b>	<b>-689'500</b>	<b>10'532</b>	<b>-1,5</b>	<b>-689'500</b>	<b>-689'500</b>	<b>-689'500</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

58'500 Franken weniger Sachaufwand durch Weiterführung Kantonsratskürzung

Wichtiger Hinweis:

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und vom Ausgang der Fälle ab. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) wurden eingehalten; allerdings kann die Rechnung in diesem Bereich nicht beeinflusst werden

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

**Kommentar Finanzplan**

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden, da diese von der Anzahl, dem Umfang und dem Ausgang der gerichtlichen Verfahren abhängig sind. Insgesamt ist wohl auch in den nächsten Jahren mit einem weiter steigenden Aufwand zu rechnen.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Institutionelle Gliederung**  
**Richterliche Behörden**  
**6111 – Obergericht: Verwaltung**

**Ohne Leistungsauftrag**

**1 Laufende Rechnung**

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-1'387'995.90	-1'391'300	-1'391'300	0	0,0	-1'398'300	-1'405'300	-1'419'400
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-2'552'797.40	-2'598'300	-2'634'300	-36'000	1,4	-2'647'500	-2'660'700	-2'687'400
305	Arbeitgeberbeiträge	-828'023.50	-865'300	-862'800	2'500	-0,3	-867'100	-871'500	-880'200
309	Übriger Personalaufwand	-53'046.90	-95'150	-82'400	12'750	-13,4	-82'400	-82'400	-82'400
310	Material- und Warenaufwand	-25'958.99	-29'500	-27'900	1'600	-5,4	-27'900	-27'900	-27'900
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-1'890.00	-11'700	-650	11'050	-94,4	-650	-650	-650
313	Dienstleistungen und Honorare	-124'488.63	-155'100	-99'200	55'900	-36,0	-99'200	-99'200	-99'200
315	Unterhalt Mobilien	-18'125.43	-29'800	-18'600	11'200	-37,6	-18'600	-18'600	-18'600
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-10'569.65	-15'000	-13'000	2'000	-13,3	-13'000	-13'000	-13'000
317	Spesenentschädigungen	-1'359.40	-2'000	-1'900	100	-5,0	-1'900	-1'900	-1'900
319	Übriger Betriebsaufwand	-8'404.55	-11'488	-22'000	-10'512	91,5	-22'000	-22'000	-22'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-17'000	-17'000	0	0,0	-17'000	-17'000	-17'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-5'012'660.35</b>	<b>-5'221'638</b>	<b>-5'171'050</b>	<b>50'588</b>	<b>-1,0</b>	<b>-5'195'550</b>	<b>-5'220'150</b>	<b>-5'269'650</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	80'813.90	82'000	94'000	12'000	14,6	94'000	94'000	94'000
425	Erlös aus Verkäufen	2'800.00	3'000	3'000	0	0,0	3'000	3'000	3'000
440	Zinsertrag	1'288.55	500	500	0	0,0	500	500	500
	<b>Total Ertrag</b>	<b>84'902.45</b>	<b>85'500</b>	<b>97'500</b>	<b>12'000</b>	<b>14,0</b>	<b>97'500</b>	<b>97'500</b>	<b>97'500</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-4'927'757.90</b>	<b>-5'136'138</b>	<b>-5'073'550</b>	<b>62'588</b>	<b>-1,2</b>	<b>-5'098'050</b>	<b>-5'122'650</b>	<b>-5'172'150</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

2'700 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

19'400 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

12'000 Franken zusätzlicher Ertrag für Eintragungen und Löschungen im Anwaltsregister

b) Weitere wesentliche Abweichungen

45'000 Franken tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter, da Konflikt beim KG und Folgeverfahren beendet sind

9'250 Franken Reduktion Aufwand IT: 2015 gab es einmalige Kosten für den Kauf neuer Lizenzen (Tribuna VT+ und SQL-Client für Server). Nach der Umstellung auf SQL fallen ab 2016 zudem die Kosten für die Wartung der Oracle-Server weg

**Kommentar Finanzplan**

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und teilweise vom Streitwert der Fälle ab.

**2 Investitionsrechnung**

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'000		1'000	-100,0			
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-156'562.70	-60'000	-57'000	3'000	-5,0	-57'000	-57'000	-57'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-84'627.75	-31'111	-34'200	-3'089	9,9	-34'200	-34'200	-34'200
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-241'190.45</b>	<b>-92'111</b>	<b>-91'200</b>	<b>911</b>	<b>-1,0</b>	<b>-91'200</b>	<b>-91'200</b>	<b>-91'200</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	481'726.25	450'000	450'000	0	0,0	450'000	450'000	450'000
426	Rückerstattungen	10'130.95	5'000	5'000	0	0,0	5'000	5'000	5'000
427	Bussen	300.00	500	500	0	0,0	500	500	500
	<b>Total Ertrag</b>	<b>492'157.20</b>	<b>455'500</b>	<b>455'500</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>455'500</b>	<b>455'500</b>	<b>455'500</b>
	<b>Saldo</b>	<b>250'966.75</b>	<b>363'389</b>	<b>364'300</b>	<b>911</b>	<b>0,3</b>	<b>364'300</b>	<b>364'300</b>	<b>364'300</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

5'800 Franken weniger Sachaufwand durch Weiterführung Kantonsratskürzung

Wichtiger Hinweis:

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und vom Streitwert der Fälle ab. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) wurden eingehalten; allerdings kann die Rechnung in diesem Bereich nicht beeinflusst werden

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

**Kommentar Finanzplan**

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und Streitwert der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Institutionelle Gliederung  
Richterliche Behörden  
6113 – Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-176'960.30	-250'000	-237'500	12'500	-5,0	-237'500	-237'500	-237'500
319	Übriger Betriebsaufwand	-116'694.35	-101'352	-114'000	-12'648	12,5	-114'000	-114'000	-114'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-293'654.65</b>	<b>-351'352</b>	<b>-351'500</b>	<b>-148</b>	<b>0,0</b>	<b>-351'500</b>	<b>-351'500</b>	<b>-351'500</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	101'051.50	80'000	90'000	10'000	12,5	90'000	90'000	90'000
426	Rückerstattungen	4'495.15	1'000	1'000	0	0,0	1'000	1'000	1'000
427	Bussen	20'030.00	12'000	15'000	3'000	25,0	15'000	15'000	15'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge	200.00	5'000	5'000	0	0,0	5'000	5'000	5'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>125'776.65</b>	<b>98'000</b>	<b>111'000</b>	<b>13'000</b>	<b>13,3</b>	<b>111'000</b>	<b>111'000</b>	<b>111'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-167'878.00</b>	<b>-253'352</b>	<b>-240'500</b>	<b>12'852</b>	<b>-5,1</b>	<b>-240'500</b>	<b>-240'500</b>	<b>-240'500</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

18'500 Franken weniger Sachaufwand durch Weiterführung Kantonsratskürzung

Wichtiger Hinweis:

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und vom Ausgang der Fälle ab. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) wurden eingehalten; allerdings kann die Rechnung in diesem Bereich nicht beeinflusst werden

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

**Kommentar Finanzplan**

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Umfang der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-101'409.75	-45'000	-42'750	2'250	-5,0	-42'750	-42'750	-42'750
319	Übriger Betriebsaufwand	-25'132.15	-29'069	-29'250	-181	0,6	-29'250	-29'250	-29'250
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-126'541.90</b>	<b>-74'069</b>	<b>-72'000</b>	<b>2'069</b>	<b>-2,8</b>	<b>-72'000</b>	<b>-72'000</b>	<b>-72'000</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	112'270.00	120'000	120'000	0	0,0	120'000	120'000	120'000
426	Rückerstattungen	6'985.65	5'000	5'000	0	0,0	5'000	5'000	5'000
427	Bussen	300.00	2'000	1'000	-1'000	-50,0	1'000	1'000	1'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>119'555.65</b>	<b>127'000</b>	<b>126'000</b>	<b>-1'000</b>	<b>-0,8</b>	<b>126'000</b>	<b>126'000</b>	<b>126'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-6'986.25</b>	<b>52'931</b>	<b>54'000</b>	<b>1'069</b>	<b>2,0</b>	<b>54'000</b>	<b>54'000</b>	<b>54'000</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

4'000 Franken weniger Sachaufwand durch Weiterführung Kantonsratskürzung

Wichtiger Hinweis:

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und teilweise vom Streitwert der Fälle ab. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) wurden eingehalten; allerdings kann die Rechnung in diesem Bereich nicht beeinflusst werden

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

**Kommentar Finanzplan**

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und teilweise vom Streitwert der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Institutionelle Gliederung**  
**Richterliche Behörden**  
**6141 – Staatsanwaltschaft: Verwaltung**

**Ohne Leistungsauftrag**

**1 Laufende Rechnung**

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-6'743'650.70	-6'634'500	-6'506'100	128'400	-1,9	-6'538'700	-6'571'300	-6'637'000
304	Zulagen	-46'721.45	-50'000	-50'000	0	0,0	-50'300	-50'500	-51'000
305	Arbeitgeberbeiträge	-1'438'877.90	-1'459'600	-1'401'100	58'500	-4,0	-1'408'100	-1'415'100	-1'429'300
309	Übriger Personalaufwand	-13'214.03	-13'500	-10'750	2'750	-20,4	-10'750	-10'750	-5'350
310	Material- und Warenaufwand	-50'042.05	-60'000	-55'500	4'500	-7,5	-55'500	-55'500	-55'500
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-3'313.45	-38'800	-1'150	37'650	-97,0	-1'150	-1'150	-1'150
313	Dienstleistungen und Honorare	-10'491.41	-20'300	-17'635	2'665	-13,1	-17'635	-17'635	-17'635
315	Unterhalt Mobilien	-35'204.95	-38'000	-35'100	2'900	-7,6	-35'100	-35'100	-35'100
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-53'396.96	-60'000	-57'000	3'000	-5,0	-57'000	-57'000	-57'000
317	Spesenentschädigungen	-20'376.45	-20'000	-19'000	1'000	-5,0	-19'000	-19'000	-19'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-8'122.45	4'353	-7'600	-11'953	-274,6	-7'600	-7'600	-7'600
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-8'423'411.80</b>	<b>-8'390'347</b>	<b>-8'160'935</b>	<b>229'412</b>	<b>-2,7</b>	<b>-8'200'835</b>	<b>-8'240'635</b>	<b>-8'315'635</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	11'133.43	8'000	9'000	1'000	12,5	9'000	9'000	9'000
426	Rückerstattungen	19'356.70	10'000	10'000	0	0,0	10'000	10'000	10'000
440	Zinsertrag	1'916.90	1'200	1'200	0	0,0	1'200	1'200	1'200
	<b>Total Ertrag</b>	<b>32'407.03</b>	<b>19'200</b>	<b>20'200</b>	<b>1'000</b>	<b>5,2</b>	<b>20'200</b>	<b>20'200</b>	<b>20'200</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-8'391'004.77</b>	<b>-8'371'147</b>	<b>-8'140'735</b>	<b>230'412</b>	<b>-2,8</b>	<b>-8'180'635</b>	<b>-8'220'435</b>	<b>-8'295'435</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

60'000 Franken weniger Personalaufwand durch Kürzung um ca. 0,3 Personaleinheiten

2'750 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

13'400 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

b) Weitere wesentliche Abweichungen

28'000 Franken Reduktion Kauf Fahrzeug: Neuanschaffung Piktettfahrzeug im Frühjahr 2015, weitere Neuanschaffungen sind in den nächsten Jahren nicht geplant

8'100 Franken Reduktion Aufwand IT: 2015 gab es einmalige Kosten für den Kauf neuer Lizenzen (SQL-Client für Server)

**Kommentar Finanzplan**

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Umfang der Fälle ab.

**2 Investitionsrechnung**

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine



Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
313	Dienstleistungen und Honorare	34'000.00	-5'000	-15'250	-10'250	205,0	-15'250	-15'250	-15'250
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'543'012.60	-1'300'000	-1'235'000	65'000	-5,0	-1'235'000	-1'235'000	-1'235'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-286'052.90	-133'644	-199'500	-65'856	49,3	-199'500	-199'500	-199'500
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	-2'270'193.75	-2'020'000	-2'100'000	-80'000	4,0	-2'100'000	-2'100'000	-2'100'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-4'065'259.25</b>	<b>-3'458'644</b>	<b>-3'549'750</b>	<b>-91'106</b>	<b>2,6</b>	<b>-3'549'750</b>	<b>-3'549'750</b>	<b>-3'549'750</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	2'045'383.68	1'800'000	1'950'000	150'000	8,3	1'950'000	1'950'000	1'950'000
426	Rückerstattungen	250'201.54	80'000	80'000	0	0,0	80'000	80'000	80'000
427	Bussen	1'903'000.00	2'000'000	2'150'000	150'000	7,5	2'150'000	2'150'000	2'150'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge	44'188.25	50'000	50'000	0	0,0	50'000	50'000	50'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>4'242'773.47</b>	<b>3'930'000</b>	<b>4'230'000</b>	<b>300'000</b>	<b>7,6</b>	<b>4'230'000</b>	<b>4'230'000</b>	<b>4'230'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>177'514.22</b>	<b>471'356</b>	<b>680'250</b>	<b>208'894</b>	<b>44,3</b>	<b>680'250</b>	<b>680'250</b>	<b>680'250</b>

**Kommentar Budget**

a) Entlastungsprogramm

75'750 Franken weniger Sachaufwand durch Weiterführung Kantonsratskürzung

Wichtiger Hinweis:

Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art, Umfang und vom Ausgang der Fälle ab. Die Vorgaben für das Budget (pauschale Kürzung KR) wurden eingehalten; allerdings kann die Rechnung in diesem Bereich nicht beeinflusst werden

b) Weitere wesentliche Abweichungen

10'500 Franken höherer Aufwand für Unfallversicherung während Arbeitsleistungen Jugendlicher. Dieser Betrag wurde bis 2015 beim VBD budgetiert und fällt dort ab 2016 weg

150'000 Franken höherer Ertrag für Gebühren für Amtshandlungen

150'000 Franken höherer Ertrag für Bussen (Erhöhung Bussentarife)

**Kommentar Finanzplan**

Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden; sie hängen von Anzahl, Art und Umfang der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

**Institutionelle Gliederung**  
**Richterliche Behörden**  
**6181 – Verwaltungsgericht: Verwaltung**

**Ohne Leistungsauftrag**

**1 Laufende Rechnung**

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-989'114.85	-975'200	-972'500	2'700	-0,3	-977'400	-982'300	-992'100
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-1'065'534.55	-1'129'500	-1'130'700	-1'200	0,1	-1'136'400	-1'142'100	-1'153'500
304	Zulagen	-646.00		-1'000	-1'000		-1'000	-1'000	-1'000
305	Arbeitgeberbeiträge	-437'437.85	-445'900	-445'400	500	-0,1	-447'600	-449'800	-454'400
309	Übriger Personalaufwand	-4'722.80	-10'250	-9'470	780	-7,6	-9'470	-9'470	-9'470
310	Material- und Warenaufwand	-26'079.61	-31'500	-28'600	2'900	-9,2	-28'600	-28'600	-28'600
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-2'400		2'400	-100,0			
313	Dienstleistungen und Honorare	-52'103.00	-75'000	-72'000	3'000	-4,0	-72'000	-72'000	-72'000
315	Unterhalt Mobilien	-7'067.90	-7'300	-6'600	700	-9,6	-6'600	-6'600	-6'600
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggebühren	-3'971.44	-3'900	-3'900	0	0,0	-3'900	-3'900	-3'900
317	Spesenentschädigungen	-242.40	-2'500	-2'000	500	-20,0	-2'000	-2'000	-2'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-45'422.79	3'805	-2'000	-5'805	-152,6	-2'000	-2'000	-2'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-2'632'343.19</b>	<b>-2'679'645</b>	<b>-2'674'170</b>	<b>5'475</b>	<b>-0,2</b>	<b>-2'686'970</b>	<b>-2'699'770</b>	<b>-2'725'570</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000	1'000	0	0,0	1'000	1'000	1'000
426	Rückerstattungen	197.80							
	<b>Total Ertrag</b>	<b>197.80</b>	<b>1'000</b>	<b>1'000</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>1'000</b>	<b>1'000</b>	<b>1'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-2'632'145.39</b>	<b>-2'678'645</b>	<b>-2'673'170</b>	<b>5'475</b>	<b>-0,2</b>	<b>-2'685'970</b>	<b>-2'698'770</b>	<b>-2'724'570</b>

**Kommentar Budget**

- a) Entlastungsprogramm  
780 Franken Reduktion Aufwand Personalanlässe  
2'900 Franken Reduktion Verbrauchsmaterial Büro und Fachbücher: Weitere Einsparung EP  
3'000 Franken Reduktion Aufwand IT  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

**Kommentar Finanzplan**

Das Verwaltungsgericht rechnet für die Planjahre grundsätzlich mit gleichbleibenden Aufwänden und Erträgen. Diese hängen von Anzahl, Art und Streitwert der Fälle ab.

**2 Investitionsrechnung**

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
313	Dienstleistungen und Honorare	-39'502.10	-60'000	-50'000	10'000	-16,7	-50'000	-50'000	-50'000
319	Übriger Betriebsaufwand	-54'166.05	-47'305	-53'000	-5'695	12,0	-53'000	-53'000	-53'000
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-93'668.15</b>	<b>-107'305</b>	<b>-103'000</b>	<b>4'305</b>	<b>-4,0</b>	<b>-103'000</b>	<b>-103'000</b>	<b>-103'000</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	173'360.00	140'000	250'000	110'000	78,6	250'000	250'000	250'000
426	Rückerstattungen	11'848.60							
	<b>Total Ertrag</b>	<b>185'208.60</b>	<b>140'000</b>	<b>250'000</b>	<b>110'000</b>	<b>78,6</b>	<b>250'000</b>	<b>250'000</b>	<b>250'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>91'540.45</b>	<b>32'695</b>	<b>147'000</b>	<b>114'305</b>	<b>349,6</b>	<b>147'000</b>	<b>147'000</b>	<b>147'000</b>

**Kommentar Budget**

- a) Entlastungsprogramm  
110'000 Franken höherer Ertrag für Gebühren für Amtshandlungen  
b) Weitere wesentliche Abweichungen  
Keine

**Kommentar Finanzplan**

Das Verwaltungsgericht rechnet für die Planjahre grundsätzlich mit gleichbleibenden Aufwänden und Erträgen. Diese hängen von Anzahl, Art und Streitwert der Fälle ab.

2 Investitionsrechnung

**Budgetkredite**

Keine

**Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)**

Keine

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen	-128'099.15	-100'000	-100'000	0	0,0	-100'500	-101'000	-102'000
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege	-92'444.15	-101'900	-102'500	-600	0,6	-103'000	-103'500	-104'500
305	Arbeitgeberbeiträge	-28'850.65	-31'700	-29'600	2'100	-6,6	-29'700	-29'900	-30'100
309	Übriger Personalaufwand	-4'913.00	-5'350	-3'290	2'060	-38,5	-3'290	-3'290	-3'290
310	Material- und Warenaufwand	-2'388.78	-2'500	-2'145	355	-14,2	-2'145	-2'145	-2'145
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-4'500.00	-17'700		17'700	-100,0			
313	Dienstleistungen und Honorare	-50'227.85	-50'000	-50'000	0	0,0	-50'000	-50'000	-53'323
315	Unterhalt Mobilien	-3'000.00	-15'600	-13'000	2'600	-16,7	-13'000	-13'000	-9'677
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-1'711.66	-2'700	-2'700	0	0,0	-2'700	-2'700	-2'700
317	Spesenentschädigungen	-2'175.90	-3'000	-2'500	500	-16,7	-2'500	-2'500	-2'500
319	Übriger Betriebsaufwand	-4'785.95	-1'561	-5'300	-3'739	239,5	-5'300	-5'300	-5'300
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-323'097.09</b>	<b>-332'011</b>	<b>-311'035</b>	<b>20'976</b>	<b>-6,3</b>	<b>-312'135</b>	<b>-313'335</b>	<b>-315'535</b>
421	Gebühren für Amtshandlungen	195'644.25	100'000	150'000	50'000	50,0	150'000	150'000	150'000
	<b>Total Ertrag</b>	<b>195'644.25</b>	<b>100'000</b>	<b>150'000</b>	<b>50'000</b>	<b>50,0</b>	<b>150'000</b>	<b>150'000</b>	<b>150'000</b>
	<b>Saldo</b>	<b>-127'452.84</b>	<b>-232'011</b>	<b>-161'035</b>	<b>70'976</b>	<b>-30,6</b>	<b>-162'135</b>	<b>-163'335</b>	<b>-165'535</b>

Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

2'060 Franken weniger Personalaufwand durch Umsetzung der allgemeinen Personalmassnahmen

355 Franken weniger Sachaufwand durch Umsetzung der allgemeinen EP-Massnahmen und Weiterführung Kantonsratskürzung

25'000 Franken höherer Ertrag für Gebühren für Amtshandlungen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

Kommentar Finanzplan

Die Schätzungskommission rechnet für die Planjahre grundsätzlich mit gleichbleibenden Aufwänden und Erträgen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

## **Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten**

Pädagogische Hochschule Zug

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Gebäudeversicherung Zug



## Leistungsauftrag

### 1 Grundlagen

#### 1.1 Grundauftrag

Die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) bildet Lehrpersonen für die Volksschule der Stufen Kindergarten/Unterstufe und der Primar aus, bietet bedarfsorientierte Weiter- und Zusatzausbildungen an und vermittelt und erbringt Beratungsleistungen. Sie betreibt Forschung und Entwicklung in den Bereichen Bildungsmanagement und Bildungsökonomie, Interkulturalität und pädagogische Entwicklungszusammenarbeit, Mündlichkeit in Schule und Unterricht sowie allgemeine Schul- und Unterrichtsentwicklung. Sie sorgt für den Wissenstransfer zwischen Forschung, Lehre und Praxis.

#### 1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

##### Leistungsgruppe 1: Lehre

- Studiengänge Kindergarten/Unterstufe und Primarstufe
- Stufen- und Fachweiterungsprogramme im Bereich Kindergarten/Unterstufe und Primarstufe
- Weiterbildungen in den Bereichen Volksschule und Schulentwicklung
- Zusatzausbildungen (MAS, DAS, CAS) in den Bereichen Volksschule und Schulentwicklung
- Vorbereitungskurs für Quereinsteigende und Kurse im Bereich schulergänzende Betreuung

##### Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung

- Unterrichts-, Praxisforschungs- sowie Entwicklungsprojekte in den Schwerpunktbereichen der PH Zug
- Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen für die Praxis und in der Lehre
- Expertentätigkeiten (Vorträge, Gutachten, Prüfungsexpertisen)

##### Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

- Beratungen in den Bereichen Lehre (Aus- und Weiterbildung) und Schulentwicklung
- Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse)
- Mediothek
- Studierendenaustausch (Mobilität)
- EDV- und IT-Support
- Kanzleidienste
- Mensa

##### Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung

- Information über Angebot und Entwicklung der PH Zug
- Vernetzung mit anderen Hochschulen, dem Praxisfeld und weiteren Partnerinnen und Partnern

#### 1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG) vom 30. September 2011 (SR 414.20)
- Reglement über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarschule vom 10. Juni 1999 (BGS 411.214)
- Gesetz über die Pädagogische Hochschule vom 28. Februar 2013 (BGS 414.41)
- Verordnung zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug vom 9. Juli 2013 (BGS 414.411)
- Verordnung über die Gebühren an der Pädagogischen Hochschule Zug vom 9. Juli 2013 (BGS 414.412)
- Reglement über die Studiengänge der Pädagogischen Hochschule Zug (Studienreglement) vom 14. Juni 2013 (BGS 414.413)
- Vertrag über die Kooperation zwischen der Pädagogischen Hochschulen Luzern und der Pädagogischen Hochschule Zug vom 11. Oktober 2012

#### 1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

### 2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele

A, B, C = Projekte

L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2015	Indikatoren und Zielgrössen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Gesamtzielsetzung</b>					
1	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahler/-innen	Der Kostendeckungsgrad von 45 % ist erreicht; die Zusatzausbildung sowie die kostenpflichtigen Kurse und Dienstleistungen werden kostendeckend angeboten	Der Kostendeckungsgrad von 45 % ist erreicht; die Zusatzausbildung sowie die kostenpflichtigen Kurse und Dienstleistungen werden kostendeckend angeboten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
A	Etablierung Qualitätssicherungssystem	Studierende, Kundinnen und Kunden	Das HFKG-orientierte Qualitätssicherungssystem wird umgesetzt	Das HFKG-orientierte Qualitätssicherungssystem wird implementiert	
B	Strategieprozess	Schulen, Lehrpersonen, Studierende, Kundinnen und Kunden	Gemäss Projektplan	Gemäss Entwicklungszielen	
C	Einführung eines Ressourcenmanagementtools	Kundinnen und Kunden, Steuerzahler/innen	Die Implementierung des Tools und die Einführung in den Regelbetrieb sind abgeschlossen	«Fällt weg»	
<b>Leistungsgruppe 1: Lehre</b>					
2	Festigung der Studierendenzahlen	Schulen, Studierende	70 bis 90 Abschlüsse pro Studienjahr	70 bis 90 Abschlüsse pro Studienjahr	Gleich
3	Qualitativ hochstehendes Aus-, Weiter- und Zusatzausbildungsangebot: – Positive Kompetenzentwicklung der Studierenden und Teilnehmenden – starker Berufsfeldbezug – hohe Studierendenzufriedenheit	Studierende, Kursteilnehmende, Schulen, Schulleitungen, Lehrpersonen, Bildungsregion Zentralschweiz	Ausbildung: Die Resultate der Erhebung über PaLea sind positiv (Benchmarking der PH Zug, Luzern und St. Gallen); Weiter- und Zusatzausbildung: Die Rückmeldungserhebung ist positiv	Ausbildung: Die Evaluation ist positiv; Weiter- und Zusatzausbildung: Die Rückmeldungserhebung ist positiv	Gleich
D	Umsetzung Studienreform 2013	Studierende, Schulen, Schulleitungen	Die Auswirkungen der Studienreform werden von Praxislehrpersonen und Schulleitungen als für die Schule förderlich eingeschätzt	«Fällt weg»	
E	Umsetzung Studienreform 2016 (Allrounder)	Studierende, Schulen, Schulleitungen		Start des Studiums nach Studienplan 2016 im Herbstsemester 2016	
F	Verbesserung der Hochschuldidaktischen Kompetenzen der Mitarbeitenden in der Lehre	Studierende, Schulen		Projekte im Bereich digitales Lernen werden umgesetzt; Koordination der Projekte wird institutionalisiert	
<b>Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung</b>					
4	Mitgestaltung des akademischen Diskurses in den Schwerpunktbereichen der PH Zug	Studierende, Fachkreise	Eingeworbene Projekte werden fristgerecht bearbeitet	Eingeworbene Projekte werden fristgerecht bearbeitet	Gleich
5	Nutzbarmachung des erarbeiteten Wissens, Sicherstellung des Praxistransfers	Studierende, Fachkreise	Mind. 50 Publikationen sind veröffentlicht; mind. 40 Präsentationen an Kongressen, Tagungen usw. werden abgehalten	Mind. 50 Publikationen sind veröffentlicht; mind. 40 Präsentationen an Kongressen, Tagungen usw. werden abgehalten	Gleich
G	Förderung von Praxisforschung	Studierende, Lehrpersonen, Fachkreise	Aufgleisen von ersten Projekten (Videoprojekt Kompetenzorientierung)	Aufgleisen von ersten Projekten (Videoprojekt Kompetenzorientierung)	



Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrößen 2015	Indikatoren und Zielgrößen 2016	Tendenz 2017–19
<b>Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen</b>					
6	Die PH Zug ist ein Kompetenzzentrum für Beratungen im Bildungsbereich	Kundinnen und Kunden	Die Aufträge werden fristgerecht erledigt	Die Aufträge werden fristgerecht erledigt	Gleich
7	Durchführung von Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse usw.)	Kundinnen und Kunden	Pro Jahr 2 Veranstaltungen (Tagung, Kongress usw.) an der PH Zug	Pro Jahr 2 Veranstaltungen (Tagung, Kongress usw.) an der PH Zug	Gleich
H	Beratungsangebot im Bereich Weiterbildung	Schulen, Schulleitungen, Lehrpersonen	Das Konzept Fachberatung wird umgesetzt; das fachdidaktische Zentrum «Musik & Gestaltung» ist aufgebaut	Die noch am AgS angesiedelten fachdidaktischen Beratungen «Austausch» und «Leseförderung und Autorenlesungen» sind an die PH Zug überführt	
I	Bildungs- und Schulleitungssymposium 2017	Bildungsregion Zentralschweiz, Bildungsinstitutionen des Kantons Zug, Öffentlichkeit		Vorbereitung gemäss Planung 2017 ist abgeschlossen	
<b>Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung</b>					
8	Adäquate und gezielte Information über Angebote und Entwicklungen der PH Zug	Studierende, Praxispartner/-innen (insb. Volksschulen), Kundinnen und Kunden, Öffentlichkeit	80 bis 100 Neuanmeldungen für die Studiengänge pro Studienjahr; die Veranstaltungen und Angebote sind ausgelastet	80 bis 100 Neuanmeldungen für die Studiengänge pro Studienjahr; die Veranstaltungen und Angebote sind ausgelastet	Gleich
9	Synergien durch Zusammenarbeit mit externen Partner/-innen	Bildungsregion Zentralschweiz, Bildungsinstitutionen des Kantons Zug, Kooperations-schulen in und ausserhalb des Kantons Zug	Die Vereinbarungen der Kooperation mit der PH Luzern werden umgesetzt; es werden neue Praxiscoaches gewonnen; jährlich 4 Koordinationsgespräche PH, Rektorenkonferenz, AgS	Die Vereinbarungen der Kooperation mit der PH Luzern werden umgesetzt; es werden neue Praxiscoaches gewonnen; jährlich 4 Koordinationsgespräche PH Zug, Rektorenkonferenz, AgS	Gleich
10	Mitgestaltung des Schweizerischen Hochschulraums	Lehrerinnen- und Lehrerbildung der Schweiz, Schweizer Hochschulwesen	Leitungspersonen sowie Fachexpertinnen und Fachexperten der PH Zug arbeiten in den Gremien der COHEP mit	Leitungspersonen sowie Fachexpertinnen und Fachexperten der PH Zug arbeiten in den Gremien der Kammer Pädagogische Hochschulen der Swissuniversities mit	Gleich

#### Kommentar Zielsetzungen

##### a) Entlastungsprogramm

Zielsetzung 1: Die im Rahmen des Entlastungsprogramms beschlossene Kürzung des Kantonsbeitrags erhöht den Kostendeckungsgrad aus den weiteren Erträgen der PH Zug.

##### b) Weitere wesentliche Abweichungen

Projekt E: Die Studienreform 2016 (Allrounder) ist Resultat des politischen Entscheides bezüglich der Einführung der Allrounderausbildung an der PH Zug. Dieser Entscheid wurde Ende 2014 gefällt und fand somit keinen Eingang in den Leistungsauftrag 2015. Entsprechend fehlt die Planungsphase 2015.

Projekt H (Berichtigung): Das 2014 abgeschlossene Teilprojekt Fachdidaktik «Musik und Gestaltung» zeigt, dass der Indikator 2015 treffender mit ‚die fachdidaktische Beratung «Musik & Gestaltung» ist aufgebaut‘ zu bezeichnen ist.

Zielsetzung 9: Die PH Zug arbeitet – vermittelt über die Kooperations-schulen – mit rund 400 Praxiscoaches (PxC) zusammen. Zur Erhaltung dieses hohen Standards sind austretende PxC durch Neurekruitierte zu ersetzen.

### 3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Tendenz 2017–19
Studierende der Studiengänge	Anzahl	301	300	300	300
Studierende des Vorkurses	Anzahl	45	50	50	50
Kursangebote Weiterbildung	Anzahl	120	160	160	160
Mitarbeitende	Vollzeitstellen	70	69	70	70
Praxiscoaches (Lehrpersonen in berufs- praktischer Ausbildung)	Anzahl		400	400	400

#### Kommentar Einfluss-/Plangrössen

Der Kanton Aargau übernimmt zurzeit die Kosten des Vorbereitungskurses für Studienanwärterinnen und Studienanwärter mit Wohnsitz im Kanton Aargau. Es zeichnet sich ab, dass diese Gepflogenheit künftig restriktiver gehandhabt wird. Entsprechend besteht die Möglichkeit, dass weniger Studienanwärterinnen und Studienanwärter aus dem Kanton Aargau den Vorbereitungskurs der PH Zug besuchen werden, was sich negativ auf die prognostizierte Anzahl im Vorbereitungskurs und dann auch auf die Studierendenzahl auswirken könnte. Da die Entwicklung insgesamt gesehen aber schwer zu prognostizieren ist, werden die Einfluss-/Plangrössen in den Finanzplanjahren fortgeschrieben.

### 4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Total Aufwand</b>	-18'625'784.84	-19'557'000	-20'036'600	479'600	2,5	-20'125'000	-20'244'000	-20'512'000
<b>Total Ertrag</b>	11'482'784.84	11'309'000	12'550'600	1'241'600	11,0	12'351'000	12'351'000	12'351'000
<b>Saldo</b>	-7'143'000.00	-8'248'000	-7'486'000	-762'000	9,2	-7'774'000	-7'893'000	-8'161'000

#### Kommentar Budget

a) Entlastungsprogramm

340'000 Franken tieferer Kantonsbeitrag an die Pädagogische Hochschule Zug

b) Weitere wesentlichen Abweichungen

Dem gegenüber dem Budget 2015 höheren Aufwand stehen zusätzliche Erträge sowie gemäss Beschluss des Hochschulrats vom 27. April 2015 eine Entnahme aus der Reserve in der Höhe von 200'000 Franken gegenüber. Die Entnahme aus der Reserve ist bedingt durch die Projektkosten zur Einführung der Allround-Ausbildung an der PH Zug (siehe auch Kommentar Zielsetzungen).

Für die Festlegung des Kantonsbeitrags 2016 wurden auf den Kantonsbeitrag gemäss Budget 2015 die Stufenanstiege sowie die Treue- und Erfahrungszulage dazu-gerechnet. Davon abgezogen wurde die tiefer als budgetiert ausgefallene Kostenfolge, welche im Nachgang der Auflösung des Zentralschweizer PHZ-Konkordats aus der Überführung der Mitarbeitenden der PH Zug vom Personalrecht des Kantons Luzern in das Zuger Personalrecht resultierte; zum anderen erfolgte eine Korrektur der 2015 zu tief budgetierten Erträge aus der Fachhochschulvereinbarung (ECTS). Insgesamt führt dies - zusammen mit der Reduktion Entlastungsprogramm in der Höhe von 340'000 Franken - gegenüber dem Budget 2015 zu einem rund 760'000 Franken tieferen Kantonsbeitrag 2016.

#### Kommentar Finanzplan

a) Entlastungsprogramm

80'000 Franken Reduktion des Kantonsbeitrags an die Beratungsstelle für Lehrpersonen und Schulleitungen

b) Weitere wesentliche Abweichungen

Keine

### 5 Investitionsrechnung

#### Budgetkredite

Keine

#### Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

**Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten**  
**Interkantonale Strafanstalt Bostadel**

**Ohne Leistungsauftrag**

**1 Laufende Rechnung**

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %
300	Entschädigungen an Kommissionen	-5'324.35	-6'000	-6'000	0	0,0
301	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-7'921'441.20	-7'840'000	-8'022'100	-182'100	2,3
303	Sozialversicherungsbeiträge	-486'352.15	-466'100	-471'300	-5'200	1,1
304	Personalversicherungsbeiträge	-2'024'443.65	-1'134'800	-1'077'200	57'600	-5,1
305	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	-147'151.00	-150'500	-152'600	-2'100	1,4
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	-162'074.41	-159'300	-166'200	-6'900	4,3
307	Rentenleistungen	0.00	0	-13'200	-13'200	
308	Entschädigung temporäres Aushilfspersonal	0.00	-6'000	-6'000	0	0,0
309	Übriger Personalaufwand	-244'177.50	-206'100	-192'800	13'300	-6,5
310	Büromaterial und Drucksachen	-17'202.30	-25'000	-25'000	0	0,0
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-136'346.50	-174'800	-175'050	-250	0,1
312	Wasser, Energie, Heizmaterialien	-229'789.65	-309'000	-292'000	17'000	-5,5
313	Verbrauchsmaterialien und DL Dritter für Gefangene	-1'634'277.23	-1'855'250	-1'791'950	63'300	-3,4
314	Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt	-293'110.92	-385'000	-363'000	22'000	-5,7
315	Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	-358'824.76	-353'900	-406'700	-52'800	14,9
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	-36'000.00	-36'000	-36'000	0	0,0
317	Spesenentschädigungen	-54'559.25	-61'600	-68'800	-7'200	11,7
318	Dienstleistungen und Honorare	-1'534'645.58	-1'593'400	-1'604'000	-10'600	0,7
319	Übriger Sachaufwand	-35'563.06	-52'000	-47'500	4'500	-8,7
320	Passivzinsen	-33'043.16	-50'000	-40'000	10'000	-20,0
330	Abschreibungen Finanzvermögen	-9'184.45	-5'000	-5'000	0	0,0
331	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-571'887.30	-734'000	-797'200	-63'200	8,6
	<b>Total Aufwand</b>	<b>-15'935'398.42</b>	<b>-15'603'750</b>	<b>-15'759'600</b>	<b>-155'850</b>	<b>1,0</b>
420	Vermögensertrag Banken	128.45	1'000	1'000	0	0,0
421	Vermögensertrag Guthaben	0.00	100	100	0	0,0
427	Übrige Vermögenserträge	2'534.00	2'700	2'700	0	0,0
432	Kostgelder und Kostenanteile	13'129'285.65	12'507'000	12'611'000	104'000	0,8
435	Verkäufe	3'071'699.71	3'290'450	3'120'000	-170'450	-5,2
436	Rückerstattungen	165'291.17	53'500	53'500	0	0,0
437	Entgeltsminderungen	-9'094.23	-12'000	-12'000	0	0,0
	Anteil Kanton Basel-Stadt (4/5)	-339'557.06	-191'200	-13'360	177'840	-93,0
	Anteil Kanton Zug (1/5)	-84'889.27	-47'800	-3'340	44'460	-93,0
	<b>Total Ertrag</b>	<b>15'935'398.42</b>	<b>15'603'750</b>	<b>15'759'600</b>	<b>155'850</b>	<b>1,0</b>
	<b>Saldo</b>	<b>0.00</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	

**Kommentar Budget**

315: Leicht steigende Unterhalts- und Reparaturkosten auf total 17 Konten

317: Zwei zusätzliche Diensthunde wurden bewilligt

320: Konsequente Ausgleichzahlungen und tieferer Zins

## 2 Investitionsrechnung

### Budgetkredite

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %
5030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten	-293'563.25	-730'000	-438'000	292'000	-40,0
6030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten		215'000		-215'000	-100,0
5060.01	EDV-Anlage	-12'599.70	-335'000	0	335'000	-100,0
5060.02	Möblierungen (Haus und Gewerbe)	-4'882.00	-50'000	-50'000	0	0,0
5060.03	Maschinen, Apparate und Anlagen	-70'593.05	0	-460'000	-460'000	
5060.04	Fahrzeuge	0.00	-50'000	0	50'000	-100,0
5060.05	Büromaschinen und Einrichtungen		-10'800	0	10'800	-100,0
5060.06	Maschinen und Apparate Gewerbe	-25'974.40	-232'000	-300'000	-68'000	29,3
	<b>Saldo</b>	<b>-407'612.40</b>	<b>-1'192'800</b>	<b>-1'248'000</b>	<b>-55'200</b>	<b>4,6</b>

### Kommentar Budget

5030.01: 200'000 Franken Zellenrenovationen etappiert. 100'000 Franken Fenstersanierung etappiert. 28'000 Franken Umbau Metallbearbeitung. 40'000 Franken Luftbefeuchtung Kartonage. 70'000 Franken Liftrenovationen etappiert  
 5060.03: 400'000 Franken Personensuch-/Schutzanlage. 25'000 Franken mobiles Röntgengerät. 35'000 Franken Kehrsaugmaschine  
 5060.06: 300'000 Franken sechs Maschinen und Produktionsmittel müssen ersetzt werden

**Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten**  
**Gebäudeversicherung Zug**

**Ohne Leistungsauftrag**

**1 Erfolgsrechnung**

Bezeichnung	Rechnung 2014	Budget 2015	Budget 2016	Abw. in Fr.	Abw. in %
Bruttoprämienenertrag	27'668'270.24	28'740'000	29'610'000	870'000	3,0
Stempelsteuer	-1'106'679.15	-1'160'000	-1'185'000	-25'000	2,2
Präventionsanteil	-4'427'985.50	-4'590'000	-4'740'000	-150'000	3,3
Prämienaufwand Rückversicherung <sup>1)</sup>	-6'579'693.55	-7'960'000	-9'660'000	-1'700'000	21,4
<b>Verdiente Prämien für eigene Rechnung</b>	<b>15'553'912.04</b>	<b>15'030'000</b>	<b>14'025'000</b>	<b>-1'005'000</b>	<b>-6,7</b>
Schaden- und Leistungsaufwand für eigene Rechnung <sup>2)</sup>	-11'956'967.55	-11'333'000	-7'136'800	4'196'200	-37,0
Veränderung der versicherungstechnischen Schwankungs- und Sicherheitsrückstellungen <sup>3)</sup>	-3'297'020.00	-1'800'000	-4'450'000	-2'650'000	147,2
Betriebsaufwand für eigene Rechnung	-1'998'444.05	-1'947'500	-2'068'000	-120'500	6,2
Übriger betrieblicher Ertrag <sup>4)</sup>	777'051.45	65'000	50'400	-14'600	-22,5
Übriger betrieblicher Aufwand	-6'499.94	-9'000	-9'000	0	0,0
<b>Technisches Ergebnis</b>	<b>-927'968.05</b>	<b>5'500</b>	<b>411'600</b>	<b>406'100</b>	<b>7383,6</b>
Ertrag Prävention und Intervention	5'926'086.78	6'214'500	6'405'500	191'000	3,1
Aufwand Prävention und Intervention	-3'522'943.25	-3'986'600	-4'113'000	-126'400	3,2
Personal- und Verwaltungsaufwand Prävention und Intervention	-2'404'097.53	-2'225'900	-2'292'500	-66'600	3,0
Veränderung nicht versicherungstechnische Rückstellungen Prävention und Intervention <sup>5)</sup>	954.00	-2'000	0	2'000	-100,0
<b>Ergebnis Prävention und Intervention</b>	<b>0.00</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
Ertrag aus Kapitalanlagen <sup>6)</sup>	3'974'923.53	3'980'000	4'410'000	430'000	10,8
Aufwand aus Kapitalanlagen <sup>7)</sup>	-1'608'153.80	-1'306'000	-2'678'500	-1'372'500	105,1
Vermögensverwaltungsaufwand	-40'854.04	-48'500	-48'500	0	0,0
<b>Ergebnis aus Kapitalanlagen vor Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen</b>	<b>2'325'915.69</b>	<b>2'625'500</b>	<b>1'683'000</b>	<b>-942'500</b>	<b>-35,9</b>
Veränderung Rückstellungen für Risiken in den Kapitalanlagen	0.00		-500'000	-500'000	
<b>Ergebnis aus Kapitalanlagen</b>	<b>2'325'915.69</b>	<b>2'625'500</b>	<b>1'183'000</b>	<b>-1'442'500</b>	<b>-54,9</b>
<b>Betriebliches Ergebnis</b>	<b>1'397'947.64</b>	<b>2'631'000</b>	<b>1'594'600</b>	<b>-1'036'400</b>	<b>-39,4</b>
<b>Ausserordentliches Ergebnis</b>	<b>0.00</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	
<b>Gewinn/Verlust</b>	<b>1'397'947.64</b>	<b>2'631'000</b>	<b>1'594'600</b>	<b>-1'036'400</b>	<b>-39,4</b>

**Kommentar Budget**

<sup>1)</sup> Erhöhter Aufwand Rückversicherung Brand (Brandschaden ZKB)

<sup>2)</sup> Anhebung Rückstellungen (Soll-Erreichung)

<sup>3)</sup> siehe <sup>2)</sup>

<sup>4)</sup> Veränderung Finanzertrag

<sup>5)</sup> Keine Auflösung Rückstellung

<sup>6)</sup> Anpassung Finanzerträge

<sup>7)</sup> Neu: Abschreibungen auf Immobilien



**Impressum**

Regierungsrat des Kantons Zug

**Bezugsquelle**

Staatskanzlei

Seestrasse 2

Regierungsgebäude am Postplatz

6300 Zug

Telefon +41 41 728 33 11

info@zg.ch

Publiziert auch im Internet:

[www.zg.ch](http://www.zg.ch) > Behörden > Regierungsrat > Finanzen und Geschäftsberichte

